

Nürnberger Werkstücke
zur Stadt- und Landesgeschichte

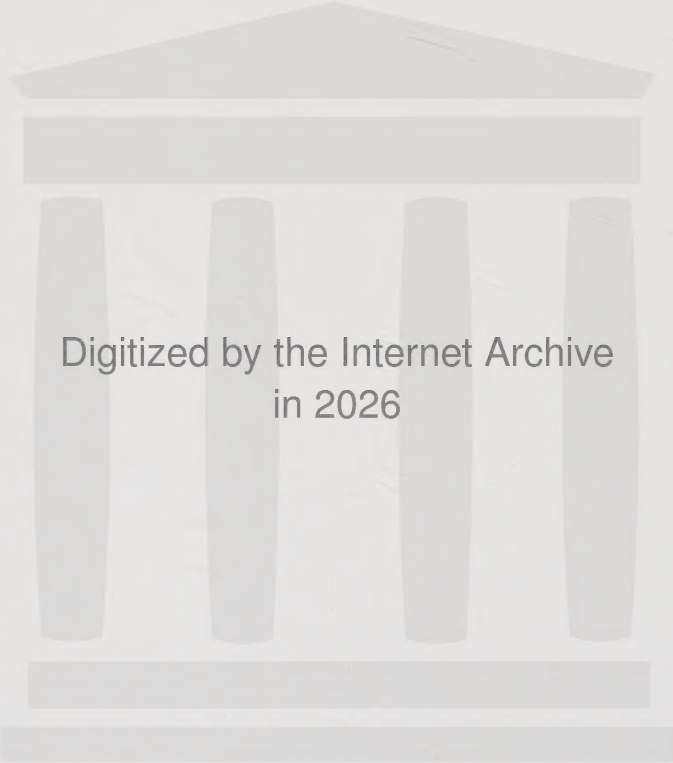
Fürth in der Weltwirtschaftskrise und nationalsozialistischen Machtergreifung

Heinrich Strauß

1979



Schriftenreihe des Stadtarchivs Nürnberg
Band 29



Digitized by the Internet Archive
in 2026

UNIVERSITÄT WÜRZBURG
BIBLIOTHEK
VERGLEICHENDE POLITIKWISSENSCHAFT UND SYSTEMLEHRE
VERGLEICHENDE POLITIKWISSENSCHAFT UND SYSTEMLEHRE
VERGLEICHENDE POLITIKWISSENSCHAFT UND SYSTEMLEHRE

Heinrich Strauß



Fürth in der Wirtschaftskrise
und nationalsozialistischen
Machtergreifung

Studien zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen
Entwicklung einer deutschen Industriestadt 1925 - 1933

Schubert, Hans

1933

NÜRNBERGER WERKSTÜCKE ZUR STADT- UND LANDESGESCHICHTE

herausgegeben von

Rudolf Endres, Gerhard Hirschmann, Gerhard Pfeiffer

Band 29

Heinrich Strauß

Fürth in der Weltwirtschaftskrise und nationalsozialistischen Machtergreifung

**Studien zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen
Entwicklung einer deutschen Industriestadt 1928 - 1933**

Schriftenreihe des Stadtarchivs Nürnberg

1980



Dissertation
im Fachbereich Philosophie,
Geschichte und Sozialwissenschaften
der Universität Erlangen-Nürnberg 1979
D 29

Alle Rechte vorbehalten

© Copyright 1980 by Stadtarchiv Nürnberg

Druck: Dissertationsdruckerei HOGL, Hauptstr. 109, 8520 Erlangen

Auslieferung: Universitätsbuchhandlung Korn und Berg, Hauptmarkt 9, 8500 Nürnberg10

ISBN 3-87432-070-7

Dem Andenken meiner Mutter gewidmet

VORWORT

Die Anregung zu dieser Arbeit, Abgrenzung wie Formulierung des Themas verdanke ich Herrn Professor Dr. Josef Becker, Augsburg. Trotz der räumlichen Distanz begleitete und förderte er ihren Fortgang über die Jahre hinweg mit seinem fachlichen Rat, mit vielen Anregungen und seiner hochgeschätzten Kritik. Seine persönliche Anteilnahme war mir in den unausbleiblichen Phasen der Entmutigung, das gesteckte Ziel erreichen zu können, eine entscheidende Hilfe. Zu danken habe ich an dieser Stelle selbstloser Freundschaft, insbesondere für die Unterstützung bei der Materialsammlung und der Auswertung der statistischen Daten. Viele Angehörige der in Anspruch genommenen Archive und Bibliotheken haben mir in den letzten Jahren über ihre pflichtgemäßen Aufgaben hinaus ihre freundliche Hilfe zukommen lassen. Dafür bedanke ich mich bei den Damen und Herren des Stadtarchivs Fürth, vor allem dem Direktor des Stadtarchivs, Herrn Verwaltungsdirektor Ammon, der mir in unbürokratisch-vertrauensvoller Weise die Auswertung mancher Quellen erst ermöglicht hat. Frau Bauerschäfer vom Bayerischen Staatsarchiv in Nürnberg war in unermüdlicher und liebenswürdiger Weise bemüht, mich bei der Suche nach einschlägigen Quellen zu unterstützen. Ihr wie den Damen und Herren der Stadtbibliothek Nürnberg und der Universitätsbibliothek Erlangen-Nürnberg, Zweigstelle Nürnberg, für ihre hilfsbereite Mühewaltung bei der Beschaffung der Fachliteratur gilt ebenfalls mein besonderer Dank. Frau Ria Merkel schließlich habe ich zu danken für die Mühe und Sorgfalt, die sie der Reinschrift des Manuskripts gewidmet hat.

Nicht nur an dieser Stelle erinnere ich mich dankbar an das freundliche und aufmunternde Wohlwollen, mit

dem neben Herrn Professor Becker auch Herr Professor Goetz und Herr Professor Riedel sowie die Herren Dr. Boldt, Dr. Medick und Dr. Schubert den Versuch begleitet haben, neben meinem Beruf ein "ordnungsgemäßes Fachstudium" als Voraussetzung dieser Arbeit zu absolvieren. Nicht zuletzt gilt aber mein Dank Herrn Dr. Horst Zettel, der mir (wie vielen jüngeren Studenten) niemals seinen Rat und seine Hilfe versagt hat.

Herrn Archivdirektor Dr. Gerhard Hirschmann, Herrn Professor D. Dr. Gerhard Pfeiffer und Herrn Professor Dr. Rudolf Endres danke ich für die Aufnahme dieser Arbeit in die Reihe der "Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte". Herrn Professor Endres bin ich besonders verpflichtet, daß er als Referent die abschließende Begutachtung der Arbeit übernommen und sich um ihre Veröffentlichung in geradezu freundschaftlicher Weise bemüht hat.

Die Niederschrift dieser Arbeit habe ich bereits zu Beginn des Jahres 1978 abgeschlossen. Die seitdem erschienene Literatur konnte nicht mehr berücksichtigt werden; sie stellt auch, soweit ich sehe, die Ergebnisse dieser Arbeit nicht in Frage. So bestätigt insbesondere der Aufsatz von Jürgen W. Falter, Wer verhalf der NSDAP zum Sieg?, (in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", B 28 - 29/79) meine Vorbehalte gegenüber manchen wahlhistorischen Aussagen und teilweise auch die Ergebnisse der vorliegenden Wahlanalyse. Dagegen erwies sich u.a. in Fürth die Konfession nicht als die wichtigste Einflußgröße des Wahlverhaltens (Falter, a.a.O., S. 167).

Diese Arbeit wurde im Jahre 1979 vom Fachbereich Philosophie, Geschichte und Sozialwissenschaften der Universität Erlangen-Nürnberg als Dissertation angenommen. Aus Platz- und Kostengründen mußte hier allerdings auf den Abschnitt über die nicht parteigebundene lokale

Presse, die mit einer Ausnahme die Weimarer Republik kategorisch ablehnte, verzichtet werden. Ihre verhängnisvolle Rolle wird deshalb im Rahmen der Zusammenfassung (S. 452 f.) nur kurz umrissen. Ungekürzte Fassungen der Dissertation, die auch zahlreiche weitere Diagramme und Karten (mit graphischen Darstellungen der Wahlergebnisse und der sozialen wie konfessionellen Strukturen) enthalten, liegen beim Stadtarchiv Fürth und bei der Universität Erlangen-Nürnberg auf.

INHALTSVERZEICHNIS

I. Einleitung	1
II. Fürths politische Entwicklung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (Überblick)	7
III. Die Wahlergebnisse der Stadt Fürth von 1919 bis 1933	20
IV. Die Reichstagswahlergebnisse von 1928 bis 1933 in den Stimmbezirken der Stadt Fürth	49
1. Zur Vergleichbarkeit der Wahlergeb- nisse in den Stimmbezirken	50
2. Charakterisierung der Stimmbezirke nach den Wahlergebnissen	54
3. Die Entwicklung der Reichstagswahl- ergebnisse von 1928 bis 1933 in den Stimmbezirken	61
a) Die Reichstagswahlergebnisse am 20.5.1928 in den Stimmbezirken	62
b) Die Reichstagswahlergebnisse am 14.9.1930 in den Stimmbezirken	66
Exkurs über die Zunahme der Wahl- beteiligung und NSDAP-Gewinne am 14.9.1930	70
c) Die Reichstagswahlergebnisse am 31.7.1932 in den Stimmbezirken	84
d) Die Reichstagswahlergebnisse am 6.11.1932 in den Stimmbezirken	92
e) Die Reichstagswahlergebnisse am 5.3.1933 in den Stimmbezirken	93
V. Religion und Wahlentscheidung	99
1. Überblick	99
2. Die konfessionelle Gliederung der Stadt Fürth	105

VI

3. Das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung Fürths	108
4. Das Wahlverhalten der katholischen Bevölkerung Fürths	113
5. Das Wahlverhalten der evangelischen Bevölkerung Fürths	123
VI. Soziale Stellung und Wahlentscheidung	130
1. Überblick	130
2. Die soziale Struktur der Bevölkerung Fürths	141
3. Soziale Stellung und Wahlentscheidung in Fürth	145
VII. Entwicklung und Struktur der Wirtschaft Fürths	153
1. Die Voraussetzungen und Anfänge der gewerblichen Entwicklung	153
2. Der wirtschaftliche Aufschwung im 19. Jahrhundert	155
3. Struktur und Geschäftslage der Fürther Wirtschaft vor Ausbruch der Krise	160
4. Zusammenfassung und Folgerungen	173
VIII. Die Wirtschaftskrise in Fürth	176
1. Die allgemeine Entwicklung	176
2. Gewerbe und Handel Fürths in der Krise	185
3. Die Sparentwicklung in Fürth	195
4. Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit in Fürth	201
5. Lebenshaltung	213
6. Zusammenfassung	225
IX. Lokale Strukturen	229
1. Freie Gewerkschaften	229

VII

2. Gewerkschaftsbund der Angestellten und Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband	237
3. Organisationen des gewerblichen Mittelstandes	249
4. Vereine und Verbände	260
a) "Treu-Fürth"	262
b) Bayerischer Heimat- und Königsbund	264
c) Veteranenvereine	267
d) Nationale Verbände	273
e) Republikanische Verbände	281
5. Nationales Denken in der evangelischen Kirche	286
 X. Die Parteien	 295
1. Die bürgerlichen Parteien	295
a) Die Deutsche Demokratische Partei und Deutsche Staatspartei	298
b) Die Wirtschaftspartei	309
c) Die Deutschnationale Volkspartei	318
2. Die Sozialdemokratische Partei	329
3. Die Kommunistische Partei	359
4. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	381
 XI. Die Gleichschaltung Fürths	 415
 XII. Ergebnisse	 447
 XIII. Tabellen, Diagramme, Karte	 456
 XIV. Quellen- und Literaturverzeichnis	 474
 XV. Personenregister	 489

VERZEICHNIS DER TABELLEN, DIAGRAMME UND STIMMBE-
ZIRKSKARTE

Tabelle 1:	Die Ergebnisse der Stadt Fürth bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 und zum Reichstag 1920 bis 1933	457
Tabelle 2:	Die Ergebnisse bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 und zum Reichstag 1920 bis 1933 in Fürth, im Dt. Reich, in Bayern, Franken, Mittelfranken und Nürnberg	461
Tabelle 3:	Die Reichstagswahlergebnisse 1928 bis 1933 in den sozialistischen Stimmbezirken Fürths	464
Tabelle 4:	Die Reichstagswahlergebnisse 1928 bis 1933 in den bürgerlichen und NSDAP-Stimmbezirken Fürths	466
Tabelle 5:	Die Arbeitslosigkeit in Fürth 1928 bis 1933	468
Diagramm 1:	Die Ergebnisse der Stadt Fürth bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 und zum Reichstag 1920 bis 1933	469
Diagramm 2:	Die Entwicklung der Geldeinlagen bei der Städt. Sparkasse Fürth 1928 bis 1932	471
Diagramm 3:	Die Arbeitslosigkeit in Fürth 1928 bis 1933	472
Karte:	Die Stimmbezirke der Stadt Fürth (Übersichtskarte)	473

VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Alu	Arbeitslosenunterstützung
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
Bd.	Band
BVP	Bayerische Volkspartei
CSVD	Christlich-sozialer Volksdienst
CVP	Christliche Volkspartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband
DNF	Deutschnationale Front
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
EF	Eiserne Front
FK	Fränkischer Kurier
FT	Fränkische Tagespost
Fü	Fürth
FüA	Fürther Anzeiger
FüT	Fürther Tagblatt
GdA	Gewerkschaftsbund der Angestellten
HJ	Hitlerjugend
HZ	Historische Zeitschrift
KJV	Kommunistischer Jugendverband
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
Kru	Krisenunterstützung
MP	Nürnberg-Fürther Morgenpresse
MSP	(Mehrheits)Sozialdemokratische Partei

Nbg	Nürnberg
NBZ	Nordbayerische Zeitung
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellen- organisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter- partei
Polizeidir.	Lageberichte der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth (Bestandsbezeichnung beim Staatsarchiv Nürnberg: Rep. 278/1 ^I)
Reg. Mfr	Regierung von Mittelfranken, Kammer des Innern, Abgabe 1968 (Bestandsbezeichnung beim Staatsarchiv Nürnberg: Rep. 270/IV)
RFB	Roter Frontkämpferbund
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
RHD	Rote Hilfe Deutschland
SP	Nürnberg-Fürther Sonntagspresse (Sonntagsausgabe der MP)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StA	Staatsarchiv
StadtA	Stadtarchiv
StDR	Statistik des Deutschen Reiches
USP	Unabhängige Sozialdemokratische Partei
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
VKPD	Vereinigte Kommunistische Partei Deutsch- lands
WE	Wohlfahrtserwerbslose
WP	Wirtschaftspartei (Reichspartei des deutschen Mittelstandes)
ZfP	Zeitschrift für Politik

I. EINLEITUNG

Neben dem großen Nürnberger Nachbarn spielt die Stadt Fürth auch in bezug auf die Erforschung ihrer Geschichte eine bescheidenere Rolle. Gerade das zeitgeschichtliche Interesse wurde verständlicherweise von Nürnberg als der größten Stadt Frankens, besonders aber als der Stadt der Reichsparteitage und dem Wirkungszentrum eines Julius Streicher stärker geweckt¹. Tatsächlich boten sich von vorneherein kaum Aussichten, über die Vorgeschichte des Nationalsozialismus in Fürth von einer organisationsgeschichtlichen Fragestellung aus zu lohnenden Ergebnissen zu kommen. Dafür hätte eine lokale Parteiorganisation von relativ bescheidenem Range wie die Fürther NSDAP, von der Quellenlage einmal abgesehen, keine ausreichende Grundlage geboten. Dagegen versprach in dem ehemaligen "Demokratennest" und späteren "roten Fürth" der wahlsoziologische Ansatz eher Aufschlüsse über die Voraussetzungen wie die Grenzen des Aufstiegs der NSDAP, wenn es gelang, die dabei gewonnenen Ergebnisse aus den sozialen und ökonomischen Gegebenheiten der Stadt abzuleiten oder wenigstens verständlich zu machen. Deshalb steht die NSDAP keinesfalls im Vordergrund der Darstellung, auch wenn es

1 Z.B. Helmut Beer, Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1933 - 1945, Nürnberg 1976; Utho Grieser, Himmlers Mann in Nürnberg, Nürnberg 1974; Hermann Hanschel, Oberbürgermeister Hermann Luppe, Nürnberg 1977; Robin Lenman, Julius Streicher and the Origins of the NSDAP in Nuremberg 1918 - 1923, in: Anthony Nicholls and Erich Matthias (Hrsg.), German Democracy and the Triumph of Hitler, London 1971; Eric Reiche, The Development of the SA in Nuremberg, 1922 - 1934, Phil. Diss. University of Delaware 1972; Manfred Rühl, Der Stürmer und sein Herausgeber, Diplomarbeit am Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Erlangen-Nürnberg 1960 (Masch. unveröff.); Klaus Dieter Schwarz, Weltkrieg und Revolution in Nürnberg, Stuttgart 1971.

schließlich die Absicht dieser Untersuchung ist, zur Erklärung ihres Aufstiegs (in Fürth) beizutragen. Ohne zu übersehen, daß nicht die "Verhältnisse", sondern Menschen "letzten Endes" den Gang der Ereignisse bestimmen, tritt als Konsequenz dieses Ansatzes auch das persönliche Moment stark zurück.

Die vorliegende Untersuchung orientiert sich an Rudolf Heberles vielzitiierter Studie über die politische Entwicklung Schleswig-Holsteins von 1918 bis 1932² sowie an den von Wolfgang Abendroth postulierten Grundsätzen einer durch die historische Dimension erweiterten Wahlsoziologie³, ohne daß sie allerdings in Anspruch nehmen könnte, die dort angewandten bzw. entwickelten Methoden in der wünschenswerten Vollständigkeit auch realisiert zu haben. Die Absicht dieser Arbeit geht jedenfalls dahin, die politische Ausgangslage und Entwicklung der Stadt Fürth in den Jahren 1928 bis 1933 aufzuzeigen und aus dem Zusammenhang ihrer politischen Tradition, ihrer sozialen und konfessionellen Schichtung wie der Struktur und Veränderungen ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse zu erklären und zu verstehen.

In einer parlamentarischen Demokratie äußert sich der politische Wille der Bevölkerung in erster Linie bei den Wahlen. Deshalb nimmt das Wahlverhalten der Fürther Bevölkerung in unserer Untersuchung eine zentrale Stellung ein. Dabei sind zunächst als Ausgangspunkt der weiteren Entwicklung das Stärkeverhältnis der Parteien in Fürth vor Ausbruch der Staats- und Wirtschaftskrise der Weimarer Republik, dann aber vor allem die Wählerbewegungen im Zuge der fortschreitenden

2 Rudolf Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus, Stuttgart 1963; zuerst veröffentl. unter dem Titel: From Democracy to Nazism, Baton Rouge 1945. Zur Methode vgl. vor allem auch: ders., Social Movements. An Introduction to Political Sociology, New York 1951, S. 205 ff.

3 Wolfgang Abendroth, Aufgaben und Methoden einer deutschen historischen Wahlsoziologie, in: VfZ 5 (1957), S. 300 ff.

Radikalisierung zu analysieren, soweit dies aus den Wahlergebnissen allein noch möglich ist. Von besonderer Bedeutung ist dabei naturgemäß die Frage, wem die NSDAP ihre Wahlsiege, insbesondere aber ihre Anfangserfolge zu danken hatte: ehemaligen Wählern der liberalen und konservativen Parteien oder den traditionellen, im Zeichen der Krise aber mobilisierten Nichtwählern. Zur Veranschaulichung der Ergebnisse dient eine graphische Darstellung. Wo immer es lohnend erscheint, sucht die Wahlanalyse bereits hier, die Stärke der aufgezeigten Zusammenhänge mit Hilfe der Korrelationsrechnung auch quantitativ zu bestimmen. Mit den gleichen Mitteln wird anschließend die Frage untersucht, inwieweit Konfessionszugehörigkeit und soziale Stellung die Wahlentscheidungen beeinflussten. Dabei konnte die Wahlanalyse mit den verfügbaren Wahlergebnissen der Stimmbezirke zwar auf die kleinsten Wahlgebiete überhaupt zurückgreifen, allerdings erfüllte sich die daran geknüpfte Hoffnung nicht, in diesen kleinsten geographischen Einheiten auch eine weitgehend homogene konfessionelle und soziale Schichtung vorzufinden. Dazu kommt, daß über die soziale Schichtung in Fürth außer den veröffentlichten Gesamtergebnissen der Stadt von den Volks-, Berufs- und Betriebszählungen 1925 und 1933 keinerlei Material mehr vorhanden ist. Das ersatzweise herangezogene Adreßbuch 1931 ließ aber hinsichtlich der Stellung im Beruf nur eine Unterscheidung nach den drei großen Kategorien - Selbständige, Angestellte und Beamte, Arbeiter -, jedoch keine weitere Differenzierung zu, wie sie aus den Zählungsergebnissen hätte gewonnen werden können.

Diese Arbeit kann und will keineswegs alle aufgezeigten Bedingungsfaktoren der politischen Entwicklung Fürths mit Hilfe statistischer Maßzahlen quantifizieren. Das wäre bei entsprechender Quellenlage allenfalls noch möglich für den Zusammenhang der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt, besonders der Arbeitslosigkeit und der politischen Reaktion der Wählerschaft, aber schon nicht mehr für den Einfluß der ökonomischen

Struktur und ihrer langfristigen Veränderungen auf die politischen Kräfteverhältnisse. Gleichwohl ist es die Absicht der weiteren Untersuchung, das konstatierte Wahlverhalten der Fürther Bevölkerung im historischen, ökonomischen und sozialen Zusammenhang darzustellen und, soweit dies eben möglich ist, daraus zu erklären. Dabei konnten die politischen Traditionen der Stadt leider nur grob umrissen werden, weil darüber, von einer Arbeit über die Fürther Arbeiterbewegung abgesehen ⁴, auf keinerlei Literatur zurückgegriffen werden konnte. Besondere Bedeutung in unserem Erklärungsversuch kommt den lokalen gesellschaftlichen Strukturen zu. Dabei gilt es, den Einfluß der verschiedenen Organisationen - Gewerkschaften, Verbände und Vereine - auf die politische Haltung ihrer Mitglieder aufzuzeigen. Leider können wir die einflußreiche Rolle, die die beiden großen christlichen Konfessionen in diesem Zusammenhang spielten, nur für die evangelische Kirche andeuten. Diese durch die Quellenlage aufgezwungene Einseitigkeit ist zwar bedauerlich, angesichts der überwiegend evangelischen Bevölkerung der Stadt und der dadurch bedingten schwachen Stellung der BVP jedoch kein gravierender Mangel ⁵.

Selbstverständlich sind im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung auch die Aktionen der politischen Parteien zu erörtern. Unsere Darstellung wird sich dabei auf die Aktivitäten der lokalen Parteiorgani-

4 Walter Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis 1870, Wirtsch.- u. sozialwiss. Diss. Erlangen-Nürnberg 1965.

5 Über das Verhältnis der katholischen Kirche und des politischen Katholizismus zum Nationalsozialismus vgl. u.a.: Ernst Wolfgang Böckenförde, Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933, in: Hochland 53 (1960/61), S. 215 ff. (erneut abgedruckt in: Gotthard Jasper (Hrsg.), Von Weimar zu Hitler 1930 - 1933, Köln/Berlin 1968, S. 317 ff.) und Hochland 54 (1961/62),

sationen und ihre wesentliche Propaganda, vor allem in den Wahlkämpfen beschränken. Für die Organisationsgeschichte und die Voraussetzungen der Politik der Parteien dürfen in diesem Rahmen allerdings keine Ergebnisse erwartet werden.

In dem abschließenden Kapitel über die Gleichschaltung Fürths soll nicht so sehr das lokalgeschichtliche Interesse befriedigt werden. Im Vordergrund steht deshalb nicht das Schicksal der Akteure aus den Parteien, Verbänden und Vereinen, sondern mit welchen Mitteln und Methoden die Gleichschaltung alle gesellschaftlichen Organisationen und jeden einzelnen erfaßte und zur Unterwerfung zwang.

Die Ergebnisse einer Arbeit sind in hohem Maße auch davon abhängig, inwieweit es gelingt, Quellen zu erschließen, die eine Antwort auf die Fragestellungen ermöglichen. In dieser Beziehung war die Situation für die vorliegende Untersuchung recht ungünstig. Abgesehen von den vollständig vorhandenen Unterlagen über die Wahlen verfügt das Stadtarchiv Fürth nur über sehr geringe und insgesamt unergiebigste Bestände aus der Zeit der Weimarer Republik. Vielversprechend erschien dagegen zunächst die Auswertung der Archivalien des Staatsarchivs Nürnberg, insbesondere der politischen Lageberichte der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth und der Akten der Regierung von Mittelfranken (Kammer des Innern).

S. 217 ff.; Hans Buchheim, Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933, in: Hochland 53 (1960/61), S. 497 ff.; Josef Becker, Das Ende der Zentrumspartei und die Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland, in: Welt als Geschichte 23 (1963), S. 149 ff. (erneut abgedruckt in: Von Weinmar zu Hitler, S. 344 ff.); Hans Müller, Katholische Kirche und Nationalsozialismus. Dokumente 1930 - 1935, München 1963; Guenter Lewy, Die katholische Kirche und das Dritte Reich, München 1965; Ludwig Volk, Der bayerische Episkopat und der Nationalsozialismus 1930 - 1934, Mainz 1965; Detlef Junker, Die deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33, Stuttgart 1969; Rudolf Morsey, Der Untergang des politischen Katholizismus, Stuttgart/Zürich 1977; Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Band 1, Frankfurt a. Main/Berlin/Wien 1977, S. 166 ff., 184 ff., 300 ff., 482 ff.

Leider sollte sich jedoch herausstellen, daß sich auch in den Lageberichten das stärkere Gewicht und die größere Bedeutung Nürnbergs niedergeschlagen haben, Informationen über Fürth deshalb seltener zu finden waren. Deshalb wurde die lokale Presse, deren Jahrgänge beim Stadtarchiv Fürth nahezu lückenlos gesammelt sind, zur wichtigsten Quelle unserer Untersuchung. Zuverlässigkeit und Wahrheitsgehalt ihrer Informationen konnten durch gegenseitiges Vergleichen, häufig genug auch anhand anderer Archivalien geprüft werden. Die Bemühungen um weitere Quellen über die Geschichte Fürths in der Endphase der Weimarer Republik (beim Hauptstaatsarchiv München und beim Bundesarchiv Koblenz) waren leider vergeblich.

Nicht zuletzt deshalb muß bei diesem Versuch, die politische Entwicklung der Stadt Fürth in den Jahren 1928 bis 1933 aus ihren historischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen zu erklären oder verstehbar zu machen, manche Frage, zum Beispiel nach der Haltung der katholischen Kirche, einer differenzierteren sozialen Schichtung, den personellen Verflechtungen zwischen den Parteien, Verbänden und Vereinen wie nach der Mitgliederstruktur und den Führungsschichten dieser Organisationen unbeantwortet bleiben.

II. FÜRTHS POLITISCHE ENTWICKLUNG BIS ZUM ENDE DES ERSTEN WELTKRIEGES (ÜBERBLICK)

Die Anfänge Fürths reichen möglicherweise zurück bis in die karolingische Zeit (um 750) ¹. Die älteste zuverlässige Erwähnung Fürths stammt jedoch erst aus dem Jahre 1007, als Kaiser Heinrich II. die Kanoniker des neugegründeten Bistums Bamberg u.a. mit dem an der Rednitzfurt gelegenen Königshof "locus furthi" austattete. Damit wurden die Möglichkeiten einer - im Rückblick - hoffnungsvollen Weiterentwicklung des Fleckens abgeschnitten. Trotz des Marktrechtes, das der "Hofmark" Fürth erhalten blieb, veränderte sie bis ins 17. Jahrhundert hinein nicht ihren dörflich-bäuerlichen Charakter. Noch die Fürther Gemeindeordnung von 1652 war wie ihre Vorläuferin von 1497 "ganz auf bäuerliche Bedürfnisse abgestellt" ². Bemerkenswert, weil sie eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung des Ortes seit der Mitte des 17. Jahrhunderts schuf, ist die Dreiherrschaft in Fürth. Seit dem 14. Jahrhundert hatten neben dem ursprünglichen Grundherrn, der Dompropstei Bamberg, die Burggrafen von Nürnberg, an ihrer Stelle seit 1415 die Markgrafen von Ansbach und schließlich auch die freie Reichsstadt Nürnberg Hoheitsrechte in Fürth beansprucht. Dem steten Konkurrenzkampf der drei Obrigkeiten verdankten die Fürther Einwohner mancherlei Belastungen, aber auch die "Fürther Freiheit", nämlich relativ "liberale" Gemeinde- und Zunftordnungen. Im Dreißigjährigen Krieg (1634) nahezu vollständig zerstört, begann Fürths Aufwärtsentwicklung mit der Ausdehnung seiner handwerklichen Produktion über den lokalen

¹ Zur frühen Entwicklung Fürths: Adolf Schwammberger und Ursula Pfistermeister, "Fürth", Frankfurt a. Main 1971. Kurze Darstellung der Geschichte Fürths: Adolf Schwammberger, Fürth von A bis Z. Ein Geschichtslexikon, Fürth o.J., unter dem Stichwort "Ortsgeschichte".

² Schwammberger/Pfistermeister, "Fürth", S. 6.

Bedarf hinaus seit der Mitte des 17. Jahrhunderts. Als Fürth 1792 preußisch wurde, war es mit 12 000 Einwohnern der volkreichste Ort des Fürstentums Ansbach, das im Verlaufe des 18. Jahrhunderts hier allmählich die Vorherrschaft gewonnen hatte. Mit dem Fürstentum Ansbach kam Fürth 1806 zu Bayern und erhielt 1818 mit dem Stadtrecht (I. Klasse) die gemeindliche Selbstverwaltung ³.

Die drei neugegründeten bürgerlichen Vereine ⁴, die während der Revolutionsjahre 1848/49 das politische Leben Fürths bestimmten, "waren demokratisch eingestellt und unterschieden sich nur durch die Schärfe ihres Auftretens ..." ⁵. Die Abgeordneten Fürths im bayerischen Landtag waren dementsprechend engagierte Demokraten ⁶. Eine politische Rechte trat dagegen in Fürth nicht in Erscheinung. Aber schon im März 1850, unmittelbar nach der Veröffentlichung des Versammlungs- und Vereinsgesetzes (26.2.1850), lösten sich zwei der politischen Vereine Fürths auf. Der Bürgerverein, der sich trotz schwindender Mitgliederzahl zu behaupten suchte, wurde ein Jahr später verboten. In seinem Bericht an die Regierung bezeichnete der Fürther Bürgermeister die Vorstände und Ausschußmitglieder des Bürgervereins als die "Koriphäen der Umwälzungspartei", die mit "dem damals bestehenden Arbeiterverein in der innigsten Verbindung" standen und ihr ganzes Streben dahin richteten, "den deutschen Grundrechten und der neuen Reichsverfassung volle Geltung zu verschaffen" ⁷. Die politisch aktive Bevölkerung Fürths der Revolutionsjahre war "überwiegend demokratisch", wenn auch nicht republikanisch eingestellt. Für eine Liberalisierung sprachen die insgesamt auf Expansion drängenden wirt-

³ Fronmüller, Chronik der Stadt Fürth, 2. Ausgabe, Fürth 1887, S. 252 f.

⁴ Der Patriotische Verein, der Bürgerverein und der Volksverein. Vgl. dazu u. zum folgenden: Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung, S. 47 ff.

⁵ Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung, S. 50.

⁶ Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung, S. 56, 61, 63.

⁷ Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung, S. 65.

schaftlichen Kräfte Fürths, insbesondere des Handels, wenn auch die Gewerbevorsteher der Stadt die volle Gewerbefreiheit ablehnten ⁸. Besonders gefördert wurde die liberale und demokratische Bewegung aber durch die Juden Fürths, deren Intelligenz auch in den folgenden Jahren eine führende politische Rolle spielte ⁹.

Während der Revolutionsjahre, und zwar spätestens im Oktober 1848, hatte sich auch in Fürth ein Arbeiterverein gebildet ¹⁰. Der Verein, der bis zu 300 Mitglieder zählte, schloß sich der "Allgemeinen deutschen Arbeiterverbrüderung" unter Stefan Born an und war keineswegs politisch radikal orientiert. Aber wie die bürgerlichen Vereine wurde auch er im März 1850 zum politischen Verein erklärt und schließlich Ende Juni 1850 "geschlossen".

Mehr als zehn Jahre unterband die Reaktion auch in Fürth jede politische Tätigkeit. Erste Anzeichen einer wiederauflebenden politischen Bewegung sind erst zu Beginn der sechziger Jahre zu registrieren. Und zwar gründeten Mitglieder des Lesevereins von 1848, der als einziger Verein während der Reaktionszeit nicht verboten war und dem die "führenden Persönlichkeiten der demokratischen Vereine der Revolutionsjahre" ¹¹ angehörten, im Februar 1861 einen Bürgerverein. Mit Rücksicht auf das Vereinsgesetz beschränkte sich der Verein allerdings auf bildungspolitische Ziele und enthielt sich politischer Stellungnahmen. Obwohl die bayerische Fortschrittspartei (am 15.3.) 1863 in Nürnberg unter Teilnahme "vieler Fürther Demokraten" gegründet wurde ¹², bildete sich erst im Februar 1865 mit dem Volksverein auch in Fürth eine lokale Organisation mit dem Programm

8 Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung, S. 65, 66.

9 Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung, S. 48, 65.

10 Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung, S. 72 ff.

11 Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung, S. 109.

12 Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung, S. 110.

der Fortschrittspartei ¹³. Auseinandersetzungen über die Frage der deutschen Einheit seit 1866 führten jedoch bereits im Oktober 1867 zur Spaltung des Volksvereins. Nachdem sich eine Mehrheit für den Anschluß an die Volkspartei und für die (deutsche) Einheit durch Freiheit und nicht durch Preußen erklärt hatte, verließen die Anhänger der Fortschrittspartei den Volksverein und schufen sich im Bürgerverein ihre eigene lokale Organisation ¹⁴.

Um dem "Arbeiterstande" Gelegenheit zu geben "zur geistlichen und sittlichen Ausbildung, zur belehrenden Unterhaltung und zu geselligen Vergnügungen", gründeten im Dezember 1863 Angehörige des Fürther Bürgertums einen neuen Arbeiterverein ¹⁵. Dieser Arbeiterverein von 1863 löste sich nie von der Fortschrittspartei. Bis zu seinem Ende im Jahre 1870 enthielt er sich im Sinne Schulze-Delitzsch' jeder politischen Betätigung und vertraute darauf, die soziale Lage der Arbeiterschaft durch Bildungsmaßnahmen und die Schaffung von Genossenschaften bessern zu können ¹⁶.

Gabriel Löwenstein, der "Schöpfer der Sozialdemokratie in Fürth" ¹⁷, seit Mai 1867 im Vorstand des Arbeitervereins von 1863, suchte diesen aus der Selbstbeschränkung zu lösen und allmählich an den seit Oktober 1867 rein "demokratischen" Volksverein und die Volks-

¹³ Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung, S. 112. Der neue Volksverein war mit seinem Namen und seinen Mitgliedern der "legitime Nachfolger" des Volksvereins von 1848. Über eine "starke Gruppe radikaler Demokraten", die noch auf dem Boden der Ideen von 1848 standen, berichtet auch die FT v. 12.10.30.

¹⁴ Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung, S. 128.

¹⁵ Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung, S. 130. Für eine Beteiligung von Mitgliedern des Arbeitervereins von 1848 und der "Arbeiterverbrüderung" an der Neugründung gibt es keine Hinweise.

¹⁶ Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung, S. 202.

¹⁷ Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung, S. 136.

partei heranzuführen ¹⁸. Nach der Ablehnung einer Satzungsänderung durch die konservative Mehrheit trennte er sich jedoch von dem Verein und gründete im Mai 1868 den Arbeiterverein "Zukunft" ¹⁹. Sofort nach dem 5. Vereinstag deutscher Arbeitervereine, der Anfang September 1868 in Nürnberg stattfand und dessen zweiter Vorsitzender Löwenstein war, übernahm der Arbeiterverein "Zukunft" die Beschlüsse des Vereinstages und damit das Programm der Internationalen Arbeiter-Assoziation ²⁰. Anfang September 1869 erklärte eine Generalversammlung des Arbeitervereins "Zukunft" schließlich einstimmig die Eisenacher Beschlüsse (vom 8. August 1869) als verbindlich für den Verein. Nach einer neu aufgenommenen Satzungsbestimmung waren künftig die Mitglieder des Vereins zugleich auch Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach. Mit diesem Beschluß vom 6. September 1869 begann die Geschichte der Fürther Sozialdemokratie, wenn sich auch der Sozialdemokratische Verein Fürth mit Rücksicht auf die Vereinsgesetze offiziell erst am 29. Juli 1872 konstituierte ²¹. Auch nach der Trennung der Sozialdemokratie von der Volkspartei ²² bestand in Fürth im Gegensatz zu andern Städten bis in die neunziger Jahre ein enger Kontakt zwischen dem Volksverein und dem Arbeiterverein "Zukunft", insbesondere in gemeindepolitischen Fragen.

Als Folge dieser Zusammenarbeit war in Fürth als einziger Stadt Bayerns bereits am 1. Dezember 1869 eine Gemeindevertretung mit demokratischer Mehrheit gewählt worden. Mit Löwenstein zog auch erstmals in einer bayrischen Stadt ein Sozialdemokrat in ein Stadtparlament

18 Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung, S. 138 ff.

19 Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung, S. 145 f.

20 Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung, S. 153 ff.

21 Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung, S. 174 ff.

22 Auf dem Stuttgarter Kongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Juni 1870. Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung, S. 186 f.

ein ²³. Anders als in Württemberg konnten sich die Demokraten in Bayern allein in Fürth entscheidend durchsetzen, so daß die Stadt in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre "das Zentrum der reinen Demokratie in Bayern" wurde. Maßgeblichen Einfluß auf diese Entwicklung hatten jüdische Bürger Fürths dank ihrer bestimmenden Stellung in den politischen Vereinen Fürths sowohl der Revolutionsjahre als auch der sechziger Jahre ²⁴.

Die weitere politische Entwicklung in Fürth können wir nur anhand der Wahlergebnisse kurz skizzieren. Die deutliche Überlegenheit der Volkspartei in Fürth bei der Landtagswahl am 12. Mai 1869, die sich schon bis zur folgenden Landtagswahl am 15. November des gleichen Jahres recht drastisch reduziert hatte ²⁵, schien bei der ersten Reichstagswahl am 3. März 1871 verloren, als die Fortschrittspartei in Fürth 69 Prozent der Stimmen gewann, die Volkspartei sich dagegen mit knapp 31 Prozent bescheiden mußte ²⁶. Aber bereits am 10. Januar 1874 erhielt Löwenstein in Fürth für die Volkspartei - wenn auch knapp - die absolute Mehrheit, am 10. Januar 1877 als Kandidat der "vereinigten demokratischen Parteien" sogar 60 Prozent der gültigen Stimmen; ein Ergebnis, das die "vereinigten demokratischen Parteien" auch am 30. Juli 1878 mit knapp 58 Prozent der gültigen Stimmen nahezu halten konnten ²⁷. Die übrigen Stimmen erhielt fast vollständig die Fortschrittspartei bzw. an deren Stelle seit 1877 die Nationalliberale Partei, da die wenigen Stimmen

23 Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung, S. 180.

24 Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung, S. 111 (Zitat) und 203. Lt. FT v. 21.11.29 galt Fürth 1869 als "Demokratenest".

25 Am 12.5.69: Volkspartei 1385, Fortschrittspartei 641 Stimmen; am 15.11.69: Volkspartei 1357, Fortschrittspartei 1102 Stimmen. Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung, S. 170, 186. Im Wahlkreis setzte sich ohnehin die Fortschrittspartei durch.

26 Füt vom 5.3.1871.

27 Füt vom 13.1.1874, 12.1.1877 und 1.8.1878.

der Konservativen kaum ins Gewicht fielen. Bei der Reichstagswahl am 27. Oktober 1881 traten im Wahlkreis Erlangen-Fürth-Hersbruck-Lauf die Sozialdemokraten erstmals selbständig auf ²⁸ und blieben in Fürth mit 47 Prozent nicht weit unter der absoluten Mehrheit der gültigen Stimmen ²⁹. Nach erheblichen Einbußen im weiteren Verlauf der achtziger Jahre ³⁰ konnte die Fürther SPD erst am 20. Februar 1890, nach dem Fall des Sozialistengesetzes, das alte Niveau wieder erreichen ³¹. Sie baute dieses Ergebnis, das sie 1893 zunächst nur halten konnte, schon 1898 zu einer sicheren Mehrheit von 60 Prozent aus und behauptete sich in dieser Vormachtstellung mit geringen Schwankungen bis zum Kriegsausbruch ³².

Die wechselnden Konstellationen und Wahlbündnisse im liberalen Lager erschweren einen Überblick über die gleichzeitige Entwicklung der liberalen Parteien in Fürth. Nimmt man die Ergebnisse der Nationalliberalen, der Deutschfreisinnigen Partei und der Volkspartei zusammen, dann sind, gegenläufig zum Anwachsen der SPD, erhebliche Verluste der liberalen Parteien festzustellen, und zwar von knapp drei Viertel der gültigen Stimmen im Jahre 1884 (74,5 %) auf ein gutes Drittel bei der Reichstagswahl 1912 (34,1 %). Bei der Beurteilung dieser Verluste der liberalen Parteien muß jedoch berücksichtigt werden, daß die Sozialdemokraten schon 1881 knapp die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hatten, 1884 folglich mit einer erheblichen Zahl sozialdemokratischer Stimmen für die Volkspartei zu rechnen ist, die bei den nächsten Reichstagswahlen wieder zur

28 Ihr erster Kandidat war Löwenstein. 1887 und 1890 kandidierte übrigens Bebel im Wahlkreis.

29 FfT vom 29.10.1881.

30 1884: 24,8 %; 1887: 36,7 %; FfT vom 30.10.1884 und 23.2.1887.

31 47,6 %. Fürther Bürgerzeitung (Fränkische Tagespost) vom 21.2.1890.

32 1903: 56,3 %; 1907: 58,4 %; 1912: 62,6 %. FfT vom 17.6.03, NBZ vom 26.1.07 und 17.1.12.

SPD zurückwanderten. Die gemeinsame Rechnung wird den tatsächlichen Verhältnissen bis 1898 aber auch aus einem anderen Grunde nicht ganz gerecht. Zwar unterstützte die Volkspartei im Wahlkreis Erlangen-Fürth-Hersbruck-Lauf bei den Stichwahlen 1884 und 1887 zusammen mit der SPD noch den Kandidaten der Deutschfreisinnigen Partei ³³, bei den Stichwahlen der drei folgenden Reichstagswahlen (1890, 1893, 1898) empfahl sie dann aber ihren Wählern (des Wahlkreises), jeweils für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen ³⁴. Diese Wahlempfehlungen, die bei ihrer Wählerschaft im großen und ganzen (jedenfalls in Fürth) auch Gehör fanden, sind ein deutlicher Hinweis für die politischen Bindungen und Sympathien der Volkspartei. Erst bei der Reichstagswahl 1903, bei der sie (im Wahlkreis) gar nicht mehr selbständig auftrat, unterstützte die Volkspartei den Kandidaten der Deutschfreisinnigen Partei, die sich dadurch im Wahlkreis nur um zwei Prozent, in Fürth allerdings um mehr als zehn Prozent auf knapp 28 Prozent der gültigen Stimmen steigern konnte ³⁵. Diese Parteienkonstellation blieb auch bei den folgenden Reichstagswahlen, 1907 und 1912, unverändert. Nunmehr standen in Fürth (wie im Wahlkreis)

33 Und verhalf ihm damit zum Erfolg. Füt vom 2.11.1884, Fürther Bürger-Zeitung (Fränkische Tagespost) vom 27.2.1887.

34 General-Anzeiger für Fürth und Umgebung vom 21.2. und 3.3.1890; Füt vom 17.6. und 23.6.1893; Füt vom 17.6. und 25.6.1898; Paul Käppner, Chronik der Stadt Fürth, Fürth 1901/07 (zitiert: Chronik I), S. 217, 358. Aber erst 1898 gewann der Fürther Segitz für die SPD die Stichwahl. Die Unterstützung durch die Volkspartei brachte ihm kaum mehr als 1500 Stimmen (bei insgesamt rd. 12 800) gegenüber ehemals 3 600 Volkspartei-Wählern noch bei der Hauptwahl 1890, war aber entscheidend für seinen Erfolg.

35 Die Stichwahl entschied diesmal das "vereinigte liberale Bürgertum" wohl mit Hilfe der Konservativen zugunsten der "freisinnigen" Kandidaten. Füt vom 17.6. und 26.6.03; Käppner, Chronik I, S. 648.

die liberalen Parteien gemeinsam ³⁶ der Sozialdemokratie gegenüber, der es, 1907 in der Stichwahl noch ganz knapp geschlagen, erst 1912 gelang, dann allerdings schon im ersten Wahlgang, den Wahlkreis zurückzuerobern ³⁷.

Die politische Szene Fürths vor dem Ersten Weltkrieg war folglich vor allem charakterisiert durch den stetigen Aufstieg der Sozialdemokratie zur weit- aus stärksten Partei. Im liberalen Bürgertum, das auch in Fürth wie insgesamt im Deutschen Reich in mehrere Parteien zersplittert war, fanden die linksliberalen Parteien dank der (zunächst) relativ starken Stellung der Volkspartei wesentlich mehr Resonanz als die Nationalliberalen. Abgesehen von den Reichstagswahlen 1878 und 1881, als sie immerhin auch in Fürth 4,2 und 6,6 Prozent der gültigen Stimmen erhielten, fielen die Anteile der Konservativen, soweit sie im Wahlkreis überhaupt selbständig auftraten, in Fürth überhaupt nicht ins Gewicht. Ebenso wenig wie die Konservativen gehörte auch das Zentrum mit Stimmenanteilen zwischen 2,5 und 3,6 Prozent bei den drei letzten Reichstagswahlen vor Kriegsausbruch zu den bestimmenden poli-

36 1907 präsentierten die drei liberalen Parteien einen gemeinsamen Kandidaten, 1912 unterstützten die Nationalliberalen den Kandidaten der aus der Deutschfreisinnigen Partei und der Volkspartei hervorgegangenen Fortschrittlichen Volkspartei.

37 NBZ vom 26.1.07, 13.1. und 17.1.12; Paul Käppner, Chronik der Stadt Fürth, Fürth 1907/08, S. 6, 9. Die Überlegenheit der Sozialdemokraten und der Demokraten bzw. Linksliberalen wird auch bei anderen Wahlen deutlich. Bei der Wahl zur bayerischen Abgeordnetenversammlung 1887 siegten die "vereinigten Demokraten" in Fürth in acht von neun Urwahlbezirken. Die SPD stellte 24 Wahlmänner, die Volkspartei 25, die Deutschfreisinnige Partei und die Nationalliberalen dagegen nur je 3 Wahlmänner. FfT v. 6.8.30 u. NBZ v. 28.12.32. 1911 gehörten von den Fürther Gemeindebevollmächtigten 19 zur SPD, 16 zur Fortschrittlichen Volkspartei und 7 zur "Unabhängigen Bürgerpartei". StA Nbg, Reg. Mfr X, Nr. 946.

tischen Kräften der Stadt. Diese Rolle schien der Sozialdemokratie und dem (links)liberalen Bürgertum der Stadt vorbehalten ³⁸. Die seit 1890 stets erheblich über dem Durchschnitt (des Wahlkreises wie des Deutschen Reiches) liegende Wahlbeteiligung, die in Fürth auch während der Weimarer Republik zu beobachten sein wird, erlaubt Rückschlüsse auf ein relativ großes politisches Interesse der Fürther Wählerschaft ³⁹.

Als bestimmende politische Kraft erwies sich die Mehrheit der Fürther SPD vor allem bei Kriegsende. Gegen die revolutionären Bestrebungen der USP, die sich dabei anscheinend auf radikale Strömungen unter den Arbeitslosen und auch in der militärischen Garnison stützte, behauptete sie sich schließlich mit ihrem gemäßigten Kurs. Am 9. November 1918 übernahm auch in Fürth ein Arbeiter- und Soldatenrat die Macht. Der Fürther Oberbürgermeister erklärte sich den neuen Machthabern gegenüber zur Mitarbeit bereit. Die Fürther Truppen schlossen sich der "Bewegung" an und wurden auf die Republik verpflichtet. Eine Massenkundgebung noch am gleichen Tage verlief ruhig und ohne Störungen. Der Machtwechsel hatte sich in geordneten Bahnen vollzogen ⁴⁰.

³⁸ Von den ausgeprägten linksliberalen Tendenzen abgesehen, entsprach diese Parteienkonstellation der allgemeinen Entwicklung in den evangelischen Industriestädten Bayerns, in denen die zunächst dominierenden Liberalen spätestens 1912 von den Sozialdemokraten überflügelt wurden. Dietrich Thränhardt, Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848 - 1953, Düsseldorf 1973, S. 68 f.

³⁹ Thränhardt, Wahlen und politische Strukturen in Bayern, S. 100 ff., führt eine hohe Wahlbeteiligung auf zwei Ursachen zurück: auf die scharfe Konkurrenz und Konfrontation der Parteien sowie auf die im Zuge des Ausbaues ihrer Organisation sich steigernden Aktivitäten der Parteien. Beide Voraussetzungen, die zweite vor allem für die SPD und die freien Gewerkschaften, waren in Fürth gegeben.

⁴⁰ Chronik der Stadt Fürth. Aufzeichnungen von Gg. Paul Rieß, 1918, 9.11.

Schon zwei Tage später stellten sich die Fortschrittliche Volkspartei und der Bürgerbund auf den Boden der Republik und boten dem Arbeiter- und Soldatenrat ihre Mitarbeit an ⁴¹. Im Bewußtsein seiner neugewonnenen Macht lehnte der Arbeiter- und Soldatenrat dieses Angebot ebenso ab wie einen Monat später die Mithilfe von vierzig zusammengeschlossenen Organisationen aus Industrie, Handel und Handwerk der Stadt. In einem Aufruf vom 5. Dezember hatten sich diese Organisationen ebenfalls für die Republik erklärt und ihre Mitarbeit angeboten, gleichzeitig aber ihre Forderungen formuliert: nämlich (gegen die Alleinherrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates) gleiche Rechte für alle Schichten, keine Preisgabe ihrer wirtschaftspolitischen Anschauungen, folglich freie Betätigung für jedermann und Verzicht auf eine allgemeine Sozialisierung ⁴². Zu Beginn des neuen Jahres konnte der Chronist beruhigt feststellen, daß "die jungen Republiken streng bemüht (sind), Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und geordnete Zustände herbeizuführen" ⁴³. Im Arbeiter- und Soldatenrat war man mit dem Lauf der Dinge jedoch nicht so ganz zufrieden. In einer einstimmig angenommenen Resolution drückte der Fürther Arbeiter- und Soldatenrat in den ersten Januartagen dem bayerischen Kriegsminister sein Befremden darüber aus, daß er mit gegenrevolutionären Elementen und dem alten Offizierskorps paktiere ⁴⁴. Der Arbeiter- und Soldatenrat spürte, wie ihm die Macht wieder entglitt und mehr und mehr von den staatlichen Instanzen ausgeübt wurde. Deshalb meinte ein Mitglied des Vollzugsausschusses des Fürther Arbeiter- und Soldatenrates schon im Januar 1919, man habe sich die Tätigkeit des Vollzugsausschusses anders vorgestellt. Nur in den ersten Tagen der Revolution habe er die Vollzugsgewalt über die städtischen Körperschaften tatsächlich innegehabt. Inzwischen sei der Vollzugsausschuß mehr

41 Rieß, Stadtchronik 1918, 11.11.

42 Rieß, Stadtchronik 1918, 5.12.

43 Rieß, Stadtchronik 1919, 1.1.

44 Rieß, Stadtchronik 1919, 7.1.

eine vermittelnde Instanz und eine Auskunftsstelle für Regierungserlasse geworden. Symbolisch für den Stand der Dinge war gewiß die Tatsache, daß etwa zur gleichen Zeit die rote Fahne wieder vom Rathausurm heruntergenommen wurde ⁴⁵.

Mit der Ausrufung der Räterepublik am 7. April 1919 schien aber der Arbeiter- und Soldatenrat doch noch die ganze Macht gewonnen zu haben ⁴⁶. Sehr schnell sollte sich allerdings zeigen, daß dafür so gut wie alle Voraussetzungen fehlten. Mit einem Mehrheitsbeschluß (von vier Fünfteln) hatte sich der Fürther Arbeiter- und Soldatenrat am 6. April hinter den "revolutionären Zentralrat Bayerns" gestellt, am nächsten Tag die Übernahme der gesamten öffentlichen Gewalt bekanntgegeben und in einer "Volksversammlung" die Diktatur des Proletariats in Fürth verkündet. Aber dieser reibungslose Ablauf und das mittägliche Glockenläuten aus diesem Anlaß trogen. Noch am Abend des gleichen Tages lehnten die Mehrheitssozialdemokraten mit 193 gegen 178 Stimmen die Räterepublik ab. Die Bürgermeister der Stadt hatten schon im Laufe des Tages eine Zusammenarbeit mit der Räterepublik verweigert und waren zurückgetreten. Trotzdem schien die Verwaltung funktionsfähig zu bleiben, da sich die städtischen Bediensteten zur Mitarbeit unter den beiden vom Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates eingesetzten Stadtkommissaren bereiterklärten. Aber schon vor dem Magistrat und dem Kollegium der Gemeindebevollmächtigten (Stadtrat) kapitulierte die Räterepublik. Der Vollzugsausschuß entsprach der Forderung der beiden Gremien und hob am 10. April die gegen das Selbstverwaltungsrecht der Stadt getroffenen Maßnahmen wieder auf. Damit hatte man die Vollzugsgewalt wieder aus der Hand gegeben und war, wie Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates selbst erkannten, die Räterepublik gefallen. Bereits am

45 Rieß, Stadtchronik 1919, 20. und 27.1.

46 Die folgende Darstellung nach Rieß, Stadtchronik 1919, 6. - 11.4. und StadtA Fü: Ausrufung der Räterepublik 1919.

Tag darauf löste sich die Fürther Räterepublik selbst auf. Anders als bei der Entscheidung über die Ausrufung der Räterepublik, als die Mehrzahl der MSP-Mitglieder nicht anwesend war ⁴⁷, entschied sich der Arbeiter- und Soldatenrat am 11. April mit 91 gegen 72 Stimmen gegen die Räterepublik. Die Soldaten der Garnison trafen die gleiche Entscheidung. Nach nur vier Tagen wurde die seit 7. April über der Stadt wehende rote Fahne wieder eingeholt, noch bevor größeres Unheil angerichtet wurde. Schon in den wenigen Tagen ihrer "Herrschaft" hatte sich nämlich abgezeichnet, daß die Räterepublik sehr bald in ernsthafte Versorgungsschwierigkeiten geraten wäre ⁴⁸. Weit bedrohlicher war jedoch der Kriegszustand, den das Generalkommando des 3. Armee-korps auch über Fürth verhängt hatte. Es war nicht mehr als eine leere Geste eingebildeter Macht, wenn der Arbeiter- und Soldatenrat die Anordnung des Generalkommandos für ungültig erklärte und die Plakate wieder abnehmen ließ; denn trotz der starken Garnison war an Widerstand ernsthaft nicht zu denken. Glücklicherweise erwies sich Fürth rechtzeitig, bevor die Probe aufs Exempel gemacht werden mußte, wie schon bei den Wahlen zum Landtag und zur verfassungsgebenden Nationalversammlung im Januar erneut als Hochburg der (Mehrheits)Sozialdemokratie.

47 Dazu auch: Wolfgang Lippert, Geschichte der Räterepublik Fürth i. Bay. 1919, Fürth i. Bay. (1921), S. 22 f.

48 Über die finanziellen Schwierigkeiten auch Lippert, Räterepublik, S. 34 f.

III. DIE WAHLERGEBNISSE DER STADT FÜRTH VON 1919 BIS 1933

Der folgende Überblick über die Wahlergebnisse Fürths von 1919 bis 1933 soll Aufschluß geben über die Entwicklung der Parteienkonstellation der Stadt während der Weimarer Republik. Eine Beurteilung der lokalen Ergebnisse ist aber nur möglich durch den Vergleich mit der gleichzeitigen allgemeinen Wahlentwicklung. Deshalb werden die Gesamtergebnisse des Deutschen Reiches, soweit dies hierzu erforderlich erscheint, in die Darstellung einbezogen ¹. Da die bayerischen Landtagswahlen entweder gleichzeitig mit oder kurze Zeit vor Reichstagswahlen stattfanden, werden ihre Abstimmungsergebnisse nur dort erörtert, wo sie in nennenswertem Umfang von den Reichstagswahlergebnissen abweichen ².

Von den 19 Parteien, die sich im Reichsgebiet an den Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 beteiligten, hatten im Wahlkreis Franken nur fünf Parteien einen Wahlvorschlag eingereicht: die Bayerische Mittelpartei und National-liberale Landespartei, die Bayerische Volkspartei, die Deutsche Volkspartei in Bayern, die Sozialdemokratische Partei und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Die Deutsche Volkspartei hatte in Bayern nur in der Pfalz (Wahlkreis 27) eine Liste aufgestellt,

¹ Eine Zusammenstellung der absoluten und relativen Wahlergebnisse Fürths vgl. in Tabelle 1 (dort in Anm. 1 auch alle Quellenhinweise) sowie Diagramm 1. Die relativen Wahlergebnisse Fürths im Vergleich mit denen Nürnbergs, Mittelfrankens, Frankens, Bayerns und des Deutschen Reiches vgl. Tabelle 2. Zur Wahlentwicklung allgemein: Alfred Milatz, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, 2. Aufl. Bonn 1968; in Bayern: Meinrad Hagmann, Der Weg ins Verhängnis, München 1946 und Thranhardt, Wahlen und politische Strukturen in Bayern, S. 125 ff.

² Quellen für die Landtagswahlergebnisse: StadtA Fü: Landtagswahlen am 12.1.1919, 6.6.1920, 6.4.1924, 20.5.1928 und 24.4.1932.

die eben gegründete Kommunistische Partei überhaupt nicht an den Wahlen teilgenommen. Wahlvorschläge und Ergebnisse der Bayerischen Mittelpartei und National-liberalen Landespartei im Wahlkreis Franken wurden der Deutschnationalen Volkspartei, die der BVP der Christlichen Volkspartei (Zentrum) und die der Deutschen Volkspartei in Bayern der Deutschen Demokratischen Partei zugerechnet ³.

Fürth weist während der Weimarer Republik eine außerordentlich hohe, immer über dem Reichsdurchschnitt liegende Wahlbeteiligung auf ⁴. Nur am 19. Januar 1919 blieb die Stadt mit 78,1 Prozent um 4,9 Prozent darunter ⁵. Für die Zivilbevölkerung trifft dies aber auch für 1919 nicht zu. Denn wenn man die drei Kasernen-Stimmbezirke der Stadt mit 9,4 Prozent der Wahlberechtigten und einer sehr niedrigen Wahlbeteiligung von 28,3 Prozent eliminiert, errechnet sich für die Zivilbevölkerung eine knapp überdurchschnittliche Wahlbeteiligung von 83,2 Prozent.

Das Wahlergebnis vom 19. Januar 1919 war insgesamt im Deutschen Reich gekennzeichnet durch den überragenden Stimmenanteil der SPD, der CVP (Zentrum) und der DDP, die zusammen 76,1 Prozent der Stimmen erhielten ⁶.

³ Vierteljahreshefte zur StDR, 28. Jg. (1919), I. Ergänzungsheft, S. 3 f. u. S. 54 f. Zur Parteienkonstellation der ersten Nachkriegswahlen vgl. auch Thränhardt, Wahlen und politische Strukturen in Bayern, S. 132 ff.

⁴ Interessant ist, besonders im Hinblick auf die später auftauchende Frage eines Zusammenhanges zwischen hoher Wahlbeteiligung und den Erfolgen der NSDAP, daß im 'roten Offenbach' die Wahlbeteiligungsziffern ebenfalls überdurchschnittlich hoch waren: 1919 = 89 %, 1920 = 81 %, 1924/I = 81 %, 1924/II = 82 %, 1928 = 75 %, 1930 = 87 %, 1932/I = 88 %, 1932/II = 87 %, 1933 = 94 % (jeweils gerundet). Nach Alfred Kurt, Wahlen und Wähler im Wahlkreis Offenbach, Offenbach a. Main 1966, S. 88.

⁵ Vgl. Tabelle 2.

⁶ Vgl. dazu: Milatz, Wähler und Wahlen, S. 34 und Bernhard Vogel, Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schultze, Wahlen in Deutschland, Theorie, Geschichte, Dokumente 1848-1970, Berlin und New York 1971, S. 141. Vgl. auch Tabelle 2.

Anders als im Deutschen Reich, wo beide sozialistischen Parteien mit 45,5 Prozent der Stimmen auch gemeinsam noch deutlich von der absoluten Mehrheit entfernt blieben, kam in Fürth die SPD mit 58,4 Prozent allein schon weit darüber hinaus und lag damit um mehr als 20 Prozent über ihrem Reichsergebnis (37,9 %). Bei den späteren Reichstagswahlen konnte die SPD in Fürth zwar ihrem Ergebnis vom 19. Januar 1919 nie mehr nahekommen, sie blieb aber bis zu den Juliwahlen 1932, als sie von der NSDAP überholt wurde, die stärkste Partei in Fürth. Trotz des hohen Bevölkerungsanteils der Arbeiterschaft erreichte die USP dagegen am 19. Januar 1919 mit nur 7,4 Prozent der gültigen Stimmen gerade ihr Gesamtergebnis im Deutschen Reich von 7,6 Prozent. Wie die SPD übertraf auch die DDP in Fürth mit 25,3 Prozent ihren Reichsdurchschnitt von 18,5 Prozent ganz erheblich. Für SPD und DDP, d.h. für die vorbehaltlos republikanischen Parteien hatten folglich am 19. Januar 1919 in Fürth 83,7 Prozent der Wähler gestimmt. Mit einem Anteil von 5,8 Prozent lag dagegen die BVP in Fürth weit unter dem Reichsergebnis der CVP (19,7 %) und noch deutlicher unter ihrem Wahlergebnis in Bayern (34,6 %). Mit dem Anteil der BVP, die noch bis Januar 1920 mit dem Zentrum eine Fraktionsgemeinschaft in der Nationalversammlung bildete und bis dahin mit einem Minister an der Regierung beteiligt war ⁷, erhöht sich der Stimmenanteil der Weimarer Koalition in Fürth am 19. Januar 1919 auf knapp 90 Prozent. Entsprechend niedrig war das Ergebnis der Flügelparteien, denn die DNVP schnitt in Fürth noch schlechter ab als die USP. Mit 3,1 Prozent blieb sie mehr als 7 Prozent unter ihrem Reichsergebnis.

⁷ Dazu und zum politischen Standort der BVP 1919/20 vgl. Heinz Gollwitzer, Bayern 1918 - 1933, in: VfZ 3 (1955), S. 381; Wolfgang Benz, Süddeutschland in der Weimarer Republik, Berlin 1970, S. 328 f.; Karl Buchheim, Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland, München 1953, S. 350, 357; Klaus Schönhoven, Die Bayerische Volkspartei 1924 - 1932, Düsseldorf 1972, S. 24 f., 31, 37 f., 42, 284; Karl Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, München 1954, S. 103 f., 125, 131, 360.

Mit der SPD und der DDP hatten sich am 19. Januar 1919 in Fürth die dominierenden Parteien der letzten Vorwahlwahl wieder durchgesetzt. Gemeinsam übertraf die gespaltene Linke die 62,6 Prozent der Sozialdemokraten vom 12. Januar 1912 sogar noch um drei Prozent. Die DDP hatte allerdings gegenüber dem Anteil von 34,1 Prozent der Fortschrittlichen Volkspartei recht erhebliche Einbußen hinnehmen müssen. Ihre Verluste dürften außer der SPD auch der BVP und der DNVP zugute gekommen sein ⁸.

Die Fürther Wahlstatistik weist am 6. Juni 1920 im Vergleich zum 19. Januar 1919 eine Abnahme der Wahlberechtigten um fast 8 000 Personen aus. Trotz der überdurchschnittlich hohen Wahlbeteiligung von 84,1 Prozent hatten sich deshalb die abgegebenen Stimmen am 6. Juni 1920 um rund 3 800, die gültigen Stimmen wegen der in Fürth wie allgemein ungewöhnlich großen Zahl an ungültigen Stimmen um fast 5 000 vermindert. Inwieweit diese Differenz, insbesondere die Abwanderung von früheren Wählern aus Fürth, das Ergebnis vom 6. Juni 1920 beeinflusst hat, muß dahingestellt bleiben ⁹.

Neben den Parteien, die schon am 19. Januar 1919 aufgetreten waren, stellten sich am 6. Juni 1920 auch in Fürth (wie im Wahlkreis Franken) die DVP und erstmals überhaupt die KPD zur Wahl ¹⁰. Als achte Partei kam die Deutschsozialistische Partei hinzu (mit Julius Streicher als Spitzenkandidaten), deren Stimmenanteil jedoch minimal blieb.

8 Das Zentrum erzielte 1912 2,5 %, die Deutsch-Konservativen erreichten nur 0,7 %. Die Wahlergebnisse vgl. StDR, Bd. 250, Heft 3 (1913), S. 72 f.

9 Vgl. dazu Anm. 5 zu Tabelle 1. Der Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung betrug am 6.6. 1920 in Fürth 60,4 %, im Deutschen Reich 60,7 %; der Prozentsatz für das Deutsche Reich bei Vogel/Nohlen/Schultze, Wahlen in Deutschland, S. 296.

10 StDR, Bd. 291, Heft I, S. 46 f.

Ebenso wie das gesamte Reichsergebnis ¹¹ zeigt das Wahlergebnis Fürths am 6. Juni 1920 eine Wendung vieler Wähler von den gemäßigten Parteien nach links und nach rechts. In Fürth erlitt die SPD eine katastrophale Niederlage, die ihre Verluste im Deutschen Reich weit übertraf. Mit 31,5 Prozent der gültigen Stimmen wurde ihr Ergebnis vom 19. Januar 1919 nahezu halbiert. Nutznießer dieser Verluste war die USP, die mit 26,4 Prozent auch in Fürth vorübergehend zur zweitstärksten Partei wurde. Trotzdem hatte aber die Linke auch mit den 2,0 Prozent der KPD insgesamt 5,9 Prozent der Stimmen verloren.

Überraschen muß die Tatsache, daß die DDP im Gegensatz zur Gesamtentwicklung im Reich ihre Position in Fürth mit 21,4 Prozent nahezu behaupten konnte. Während die Partei insgesamt von 18,5 auf 8,3 Prozent zurückfiel, auch in Nürnberg fast 12 Prozent und im Wahlkreis Franken noch 7,5 Prozent verlor, hielt sich ihr Rückgang in Fürth mit 3,9 Prozent (noch) in Grenzen. Zwar folgten damit der SPD und DDP, den beiden Parteien, die die Weimarer Republik vorbehaltlos unterstützten ¹², immer noch 52,9 Prozent der Fürther Wähler, mehr als 30 Prozent waren aber seit dem 19. Januar 1919 nach links und nach rechts abgewandert. Die Lösung vom Zentrum hat der BVP in Fürth weder genutzt noch geschadet. Während sie in Bayern 4,3 Prozent dazugewann, blieb ihr Stimmenanteil in Fürth mit 5,7 Prozent praktisch unverändert, hielt sich aber auch bei den folgenden Wahlen mit einer Ausnahme (1924/I) immer über 5 Prozent.

¹¹ Dazu Milatz, Wähler und Wahlen, S. 114 f.; Vogel/Nohlen/Schultze, Wahlen in Deutschland, S. 154 ff.; Karl Dietrich Bracher, Probleme der Wahlentwicklung in der Weimarer Republik, in: ders., Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur, Bern/München/Wien 1964, S. 60 - 63.

¹² Die BVP kann nach Auflösung der Fraktionsgemeinschaft mit dem Zentrum und ihrem Ausscheiden aus der Reichsregierung im Januar 1920 nicht mehr dazu gerechnet werden, vgl. S. 22, Anm. 7 und Helmut Heiber, Die Republik von Weimar, dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 3, 7. Auflage, München 1974, S. 84.

Auf dem rechten Flügel konnten vor allem die DVP und auch die DNVP mit einem Zuwachs von 9,5 bzw. 4,8 Prozent der gültigen Stimmen große Gewinne buchen ¹³. Diesem allgemeinen Wahlrend folgte auch die Stadt Fürth, wo die DVP trotz der relativen Stabilität der DDP 7,4 Prozent erreichte, die DNVP sich allerdings nur um 2,3 Prozent verbessern konnte ¹⁴. Fürth fiel aber damit aus dem Rahmen des fränkischen und insbesondere des mittel-fränkischen Wahlergebnisses; denn hier hatte die DNVP weit größere Wahlerfolge als die DVP. Mehr Zulauf erhielt die DNVP in Fürth erst im Dezember 1924, als sich die bürgerlichen Wähler wieder vom Völkischen Block abwandten und vorzugsweise für die DNVP stimmten, die DVP und die DDP dagegen in Fürth wie allgemein den Stand von 1920 bzw. 1919 und 1920 auch nicht mehr annähernd erreichten.

Die Tendenz vom 6. Juni 1920 setzte sich auch bei der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 fort. Als Nachwirkung der Krise des Jahres 1923 wandten sich weiterhin viele Wähler der republikanischen Parteien den links- und rechtsradikalen Parteien zu ¹⁵. Die SPD hatte eine schwere Niederlage erlitten. Im Vergleich zum Ergebnis der Wahl von 1920 hatte sie zwar nur 1,2 Prozent der Stimmen verloren. Das bedeutete aber, daß sie nach der Wiedervereinigung mit dem rechten Flügel der USP dessen Wähler nicht gewonnen hatte ¹⁶. In Fürth dagegen (etwas schwächer auch im Wahlkreis Franken) war die SPD erfolgreicher. Ehemalige USP-Wähler verhalfen ihr zu einem Stimmenzuwachs von 10,6 Prozent, so daß sie die Verluste des Jahres 1920 schon im Mai 1924 teilweise wieder auf-

¹³ Milatz, Wähler und Wahlen, S. 99, 103, 115; Heiber, Die Republik von Weimar, S. 70; Tabelle 2.

¹⁴ Bei den gleichzeitigen Landtagswahlen hatten DVP und DNVP gemeinsam nur 11,2 % der Stimmen erreicht, die DDP dagegen sich mit 22,6 % noch besser als bei der Reichstagswahl gehalten.

¹⁵ Dazu und zum folgenden: Bracher, Probleme der Wahlentwicklung, S. 67 f.; Milatz, Wähler u. Wahlen, S. 116 f.

¹⁶ Die Größe des Verlustes zeigt sich am Rückgang der SPD-Reichstagsmandate von 171 auf 100. Milatz, Wähler u. Wahlen, S. 116.

holen konnte. Trotzdem erreichte auch die KPD in Fürth durch den Zustrom von der USP 11,1 Prozent; sie blieb aber damit - wie bei allen Reichstagswahlen in der Weimarer Republik - unter ihrem Reichsdurchschnitt (1924/I: 12,6 %). Herausragendes Ereignis dieser Wahl war aber in Fürth wie in ganz Mittelfranken und auch im Wahlkreis Franken das Abschneiden des Völkischen Blocks. Mit 25,6 Prozent lag Fürth fast auf dem gleichen Niveau wie Nürnberg (26,0%) und noch über dem des Regierungsbezirks (24,7 %). Während aber die DNVP gleichzeitig mit dem Wahlerfolg des Völkischen Blocks im Wahlkreis Franken und schwächer auch noch in Bayern, im Gegensatz zum Reichsergebnis, Verluste hinnehmen mußte, gewann sie in Fürth noch 2,3 Prozent der Stimmen hinzu. Diese Gewinne des Völkischen Blocks und der DNVP wurden in erster Linie von der DDP gespeist, die fast drei Viertel der ihr 1920 noch verbliebenen Wähler verlor und nun in Fürth mit 5,6 Prozent knapp unter den Reichsdurchschnitt sank. Die DVP fiel von 7,4 Prozent (1920) auf 0,8 Prozent und spielte hier wie im Wahlkreis insgesamt (0,5%) nur noch die Rolle einer Splitterpartei ¹⁷.

Mit den Verlusten der DVP und der DDP lassen sich die Gewinne des Völkischen Blocks in Fürth aber nicht restlos erklären. Denn der Völkische Block und die DNVP gewannen hier am 4. Mai 1924 27,9 Prozent der Stimmen hinzu, während die DDP und DVP "nur" 22,4

¹⁷ Die BVP hatte statt 5,7 nur noch 4,3 % der Stimmen erhalten. Die erstmals im Wahlkreis bei Reichstagswahlen aufgetretene Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) kam auf 1,3 %. Gegenüber der Landtagswahl am 6. 4. 1924 hatten sich der Völkische Block um 1,2 % und die SPD sogar um 6,3 % verbessert. Gleichzeitig hatten die DDP 3,9 % und die KPD 4,3 % verloren. Mit Sicherheit ging der Gewinn der SPD zu Lasten der KPD. Das Plus der DDP bei der Landtagswahl kann teilweise auf Anhänger der DVP und der Wirtschaftspartei zurückzuführen sein, da beide Parteien bei der Landtagswahl in Fürth nicht in Erscheinung getreten sind. Die Abnahme innerhalb eines Monats kann aber auch durchaus dem rückläufigen Trend der DDP entsprechen.

Prozent der Wählerstimmen verloren ¹⁸. Da der Stimmenanteil der Linksparteien auch bei dieser Wahl sank, und zwar von 59,9 (1920) auf 53,8 Prozent, ist außerdem eine Wählerbewegung von den Linksparteien nach rechts anzunehmen.

Der beginnende wirtschaftliche Aufschwung zeigte am 7. Dezember 1924 seine politisch mäßigende und stabilisierende Wirkung auf das Wahlverhalten. Die Radikalisierung der Wählerschaft war gestoppt und rückläufig geworden ¹⁹. Der Stimmenanteil der Kommunisten ging von 12,6 auf 9,0 Prozent, der der Nationalsozialisten von 6,5 auf 3,0 Prozent zurück. Gleichzeitig konnten die bürgerlichen Parteien (von der DNVP bis zur DDP) bescheidene Gewinne erzielen. Größeren Erfolg hatte nur die SPD, die sich auf 26,0 Prozent steigerte ²⁰. Die gleiche Tendenz wie das Gesamtergebnis im Deutschen Reich zeigt sich auch in Fürth. Allerdings erlitten die Nationalsozialisten hier, entsprechend ihrem höheren Ergebnis bei der Maiwahl, viel größere Verluste (- 17,4 %). Mit 8,2 Prozent der gültigen Stimmen für den Völkischen Block blieb die Stadt jedoch ebenso wie der Regierungsbezirk (9,1 %), der Wahlkreis (7,5 %) und auch Bayern (5,1 %) noch erheblich über dem Reichsdurchschnitt. Der große Nutznießer dieser Verluste war die DNVP, die mit 16,5 Prozent der Stimmen ihr Mai-Resultat mehr als verdoppelte und damit auch in Fürth wie im Deutschen Reich (20,5 %) ihren höchsten Stand während der Weimarer Republik erreichte. Bei unveränderter Wahlbeteiligung (81,5 %) hatten auch die DDP (+ 2,2 %), die DVP (+ 3,3 %) und die BVP (+ 1,9 %) mäßige Gewinne zu verzeichnen.

18 Kräftigen Zuzug, der allerdings zur Erklärung keineswegs ausreicht, hatten die DNVP und der Völkische Block in Fürth aus dem im Dezember 1923 eingemeindeten Burgfarrnbach erhalten: Wahlberechtigte: 1 329; Wahlbeteiligung: 87,7 %; Völkischer Block: 40,1 %; DNVP: 12,7 %. StadtA Fü: Reichstagswahl 4.5.1924.

19 Milatz, Wähler und Wahlen, S. 117 f.; Vogel/Nohlen/Schultze, Wahlen in Deutschland, S. 162 f.; Bracher, Probleme der Wahlentwicklung, S. 68 f.

20 Vgl. Tabelle 2.

Die Mehrzahl der Wähler, die sich (vorübergehend) von der äußersten Rechten abwandte, war nicht mehr zur bürgerlichen Mitte zurückgekehrt, sondern hatte sich bei der DNVP gesammelt ²¹. Der Zuwachs der SPD von 3,8 Prozent der gültigen Stimmen deckt sich ziemlich genau mit dem Verlust der KPD (- 4,2 %). Mit einem Stimmenanteil von 45,9 Prozent lag die SPD in Fürth wiederum mehr als 20 Prozent über ihrem Reichsergebnis.

Ein Vergleich mit dem Reichstagswahlergebnis vom Dezember 1924 zeigt, daß bei der Reichspräsidentenwahl am 29. März 1925 ²² der gemeinsame Kandidat der DNVP und der DVP, Jarres, mit 32,8 Prozent auch in Fürth das Reichstagswahlergebnis vom 7. Dezember 1924 beider Parteien ganz erheblich übertraf. Ludendorff hatte hier mit 3,0 Prozent der Stimmen gegenüber dem Reichstagswahlergebnis des Völkischen Blocks mehr als 5 Prozent verloren. Außer von der Wirtschaftspartei müssen Jarres aber auch von der BVP und der DDP Stimmen zugeflossen sein; denn mit nur 3,9 bzw. 5,5 Prozent konnten weder Held noch Hellpach das Reichstagswahlergebnis ihrer Parteien erreichen. Da offensichtlich ein Teil der KPD-Wähler für den Kandidaten der SPD stimmte - Thälmann brachte es in Fürth nur auf 3,9 Prozent - erhielt Braun mit 50,2 Prozent die absolute Mehrheit ²³.

Im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 26. April 1925 folgte die weitaus überwiegende Mehrheit der SPD-Wählerschaft in Fürth der Empfehlung der Partei:

21 Die DNVP wurde in Bayern erst zu einer starken Partei, nachdem sie im Dez. 1924 Stimmen von der NSDAP auf-fangen konnte. Thränhardt, Wahlen und politische Strukturen in Bayern, S. 138.

22 Die Ergebnisse beider Wahlgänge für das Deutsche Reich vgl. Vogel/Nohlen/Schultze, Wahlen in Deutschland, S. 302; für Fürth: Stadta Fü: Wahlen des Reichspräsidenten am 29.3.1925 und 26.4.1925.

23 Wie die Analyse der späteren Reichstagswahlen zeigen wird, war die Wahlbeteiligung zunächst in den starken SPD/KPD-Stimmbezirken höher als in den bürgerlichen. Bei einer Wahlbeteiligung von 74,7 % dürfte sich auch dieser Faktor zugunsten Brauns ausgewirkt haben.

Marx, der im ersten Wahlgang nur 0,6 Prozent der Stimmen erreicht hatte, gewann - wohl aufgrund der höheren Wahlbeteiligung (83,1 %) - noch rund 2 000 Stimmen hinzu und brachte es mit 50,1 Prozent der Stimmen praktisch auf das gleiche Ergebnis wie Braun im ersten Wahlgang. Das Resultat Thälmanns blieb unverändert. Für Hindenburg, den neuen Kandidaten der Rechten, votierten 46,0 Prozent. Im ersten Wahlgang hatten jedoch für Braun und Hellpach zusammen 55,7 Prozent gestimmt. Ein Teil dieser Wähler war folglich zu Hindenburg übergewechselt. Da das Manko fast genau dem Prozentsatz entspricht, den zuvor Hellpach erhalten hatte, liegt der Schluß (allzu) nahe, daß die Hellpach-Wähler der Empfehlung der DDP, im zweiten Wahlgang für Marx zu stimmen, nicht gefolgt sind. Der Wirklichkeit näher kommt wohl die Annahme, daß sich auch protestantische SPD-Wähler nicht für den Zentrumspolitiker Marx entschließen konnten oder (und) sich unabhängig von der Konfession in ihrer Entscheidung vom Namen Hindenburgs bestimmen ließen²⁴.

Obwohl die Fürther Bürger bei der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 zwischen 21 Parteien wählen konnten²⁵, blieb es beim gewohnten Bild. Außer der Wirtschaftspartei, die sich wie im Deutschen Reich (4,5 %) auch in Fürth mit 6,4 Prozent erheblich in den Vordergrund schieben konnte, gelang es keiner der anderen Parteien, in die Gruppe der sieben schon bisher erfolgreichen Parteien (NSDAP, DNVP, DVP, BVP, DDP, SPD, KPD) einzudringen. Immerhin zogen die Splitterparteien in Fürth zusammen fast 1 900 Stimmen (4,6 %) auf sich, eine Erscheinung, wie sie insgesamt noch stärker im ganzen Reichsgebiet zu beobachten war. Auch die übrigen Ergebnisse in Fürth entsprachen mit einer Ausnahme der allgemeinen Entwicklung²⁶. Die NSDAP hatte auch in Fürth

24 Genauere Feststellungen, woher die rund 2 000 Wechselwähler kamen, lassen sich aus dem Gesamtergebnis nicht gewinnen.

25 StDR, Bd. 372 (1931), Heft I, S. 83 ff.

26 Dazu: Milatz, Wähler und Wahlen, S. 122 f. und Vogel/Nohlen/Schultze, Wahlen in Deutschland, S. 162 f.; Tabelle 2.

Stimmen verloren ²⁷, blieb aber mit 6,6 Prozent weiterhin erheblich über dem Reichsdurchschnitt (2,6 %). Größer noch waren die Verluste der DNVP, die in Fürth auf 11,7 Prozent zurückfiel. Der Anteil der beiden Rechtsparteien war damit seit der Maiwahl 1924 von 33,3 Prozent um fast die Hälfte auf 18,3 Prozent gesunken. 1928 zogen aber offenbar aus diesen Verlusten nur die Interessenparteien (die Wirtschaftspartei und die meisten Splitterparteien) größeren Gewinn; denn bei einem leichten Anstieg der Wahlbeteiligung in Fürth büßten die DVP 0,4, die BVP 0,8 und die DDP 2,2 Prozent der Stimmen ein ²⁸. Die positive Entwicklung dieser Parteien vom Dezember 1924 setzte sich 1928 nicht mehr fort. Dagegen hatte die SPD in Fürth durch Gewinne von der KPD, die hier anders als im Reich nochmals 2,0 Prozent verlor und mit 4,9 Prozent noch weiter als zuvor unter ihrem Reichsdurchschnitt (10,6 %) lag, und von den bürgerlichen Parteien, zuerst wohl von der DDP, mit 51,1 Prozent der gültigen Stimmen noch einmal die absolute Mehrheit überschreiten können. Nach dieser Wahl schien auch der Rechtsradikalismus in Fürth weitgehend eingedämmt. Entscheidend war jedoch, daß es anders als der SPD bei der Linken, den bürgerlichen Mittelparteien nicht gelang, das Vertrauen ihrer früheren Wähler zurückzugewinnen.

Der Kampf der "Nationalen Opposition" gegen den Young-Plan hatte weiterreichende Bedeutung durch die Lösung der NSDAP aus ihrer Isolierung als radikale

27 Im Wahlkreis konnte die NSDAP ihren Anteil bereits wieder steigern, im Regierungsbezirk und in Nürnberg zumindest halten. Vgl. Tabelle 2.

28 Nennenswerte Unterschiede zum Landtagswahlergebnis zeigen nur die Wahlbeteiligung (RT 81,9 % : LT 78,6 %), obwohl gleichzeitig abgestimmt wurde, und die Ergebnisse der DNVP (RT 11,7 % : LT 9,6 %) und der DDP (RT 5,6 % : LT 7,6 %). Während sich die geringere Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl auf fast alle Ergebnisse auswirkte, dürfte die DNVP bei der Landtagswahl Wähler an den Christlichen Volksdienst verloren, die DDP gleichzeitig Wähler von Splitterparteien (Volksrechtspartei) gewonnen haben.

Splittergruppe ²⁹ als durch die Abstimmungsergebnisse des Volksbegehrens und des Volksentscheids; denn beide Abstimmungen waren für die Initiatoren der Kampagne klare Mißerfolge. Während sich im Deutschen Reich beim Volksbegehren (16. - 29. 10. 1929) gerade 10,02 Prozent der Stimmberechtigten für das "Gesetz gegen die Versklavung des Deutschen Volkes" erklärten, stimmten in Fürth nur 4,32 Prozent für den Entwurf dieses sogenannten "Freiheitsetgesetzes". Beim Volksentscheid am 22. Dezember 1929 verdoppelte sich zwar die Zahl seiner Befürworter in Fürth, blieb aber damit, wie die folgende Zusammenstellung zeigt, noch weit unter dem gemeinsamen Wahlergebnis der DNVP und der NSDAP am 20. Mai 1928.

Vergleich der Reichstagswahlergebnisse der DNVP und der NSDAP am 20. 5. 1928 mit dem Ergebnis des Volksentscheides am 22. 12. 1929 in v.H. der Wahlberechtigten ³⁰

Wahlgebiet	20. 5. 1928			22. 12. 1929
	DNVP	NSDAP	zus.	
Fürth	9,51	5,38	14,89	8,86
Nürnberg	9,27	8,48	17,75	11,51
Mittelfranken	20,43	7,21	27,64	23,90
Franken	14,46	6,22	20,68	19,22
Bayern	7,33	4,67	12,00	11,02
Deutsches Reich	10,63	1,96	12,59	13,81

Gegenüber dem Reichstagswahlergebnis von 1928 hatte sich die "Nationale Opposition" im Deutschen Reich um 1,2 Prozent der Wahlberechtigten steigern können. In Bayern und ebenso im Wahlkreis Franken konnte sie dagegen den Anteil von 1928 nicht erreichen, in ihrer Hochburg Mittelfranken blieb sie um knapp 4 Prozent, in den Städten Nürnberg und Fürth sogar um 6 Prozent (der Stimmberechtigten) unter dem Reichstagswahlergebnis von 1928. Die antirepublikanischen Rechtsparteien vermochten hier also nicht einmal ihre alten Wähler zu mobilisieren,

²⁹ Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur, 2. Auflage, Köln/Berlin 1969, S. 176; Milatz, Wähler und Wahlen, S. 123 ff.

³⁰ StDR, Bd. 372 (1931), Heft III, S. 36 f., 51, 58.

geschweige denn neue zu gewinnen. Das sollte schon ein Dreivierteljahr später der NSDAP allein und vor allem auf Kosten der DNVP gelingen.

Bei der nächsten Reichstagswahl am 14. September 1930 errang die NSDAP im Deutschen Reich einen Wahlsieg, der sogar ihre eigenen hochgesteckten Erwartungen übertraf ³¹. Mit fast achtmal mehr Stimmen als 1928 erhöhte sie ihren relativen Anteil von 2,6 auf 18,3 Prozent. Dieser ungeheure Stimmenzuwachs ging in erster Linie auf Kosten der DNVP, der DVP und der Deutschen Staatspartei. Zusätzlich geschwächt wurde die DNVP durch Abspaltungen bzw. Parteineugründungen auf der Rechten, durch die Konservative Volkspartei, den Christlich-sozialen Volksdienst und das Deutsche Landvolk, so daß ihr Wähleranteil gegenüber 1928 auf 7,0 Prozent halbiert wurde ³². Das Zentrum und die BVP gewannen dagegen Wähler hinzu und erreichten deshalb trotz wesentlich höherer Wahlbeteiligung mit 11,8 bzw. 3,0 Prozent nahezu wieder das relative Wahlergebnis von 1928. Verhältnismäßig gut behauptete sich von den bürgerlichen Mittelparteien auch noch die Wirtschaftspartei. Mit 24,5 Prozent blieb die SPD trotz ihrer Verluste an die KPD, die 13,1 Prozent der Stimmen erhielt, noch einmal die stärkste Partei. Absolut hatte die Linke zwar rund 750 000 Stimmen dazugewonnen, ihr relativer Stimmenanteil war jedoch um 2,8 Prozent gesunken ³³. Die Linke insgesamt hatte also entweder nicht entsprechend ihrem Stimmenanteil von der höheren Wahlbeteiligung profitiert oder sie hatte Wähler an die radikale Rechte

31 Zum Ergebnis dieser Wahl vgl. u.a.: Milatz, Wähler und Wahlen, S. 127 ff.; Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, 5. Auflage, Villingen 1971, S. 323 ff.; Bracher, Die deutsche Diktatur, S. 200 f.

32 Vgl. Tabelle 2.

33 Nach StDR, Bd. 372 (1931), Heft III, S. 4 ff., Bd. 382 (1932), Heft III, S. 4 ff.; Vogel/Nohlen/Schultze, Wahlen in Deutschland, S. 296 f.

verloren (oder auch beides) ³⁴.

Obwohl in Fürth mit 81,9 Prozent schon 1928 die Wahlbeteiligung sehr hoch war, stieg sie bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 wie im gesamten Reichsgebiet um mehr als 6 Prozent an. Während die Wahlberechtigten nur um 2 000 Personen zugenommen hatten, wurden aufgrund der Wahlbeteiligung von 88,1 Prozent fast 5 000 Stimmen mehr ausgezählt als bei der Reichstagswahl 1928 ³⁵. Auch die Ergebnisse der einzelnen Parteien in Fürth entsprechen der allgemeinen Entwicklung. Abgesehen vom Christlich-sozialen Volksdienst, der trotz der überwiegend protestantischen Bevölkerung der Stadt nur 3,6 Prozent der Stimmen erhielt, blieb auch bei dieser Wahl, bei der sich in Franken immer noch vierzehn Parteien bewarben ³⁶, der Kreis der Parteien mit nennenswertem Ergebnis unverändert. Der absolute Verlust der SPD von 1 000 Stimmen hielt sich zwar auch in Fürth in Grenzen, ihr relativer Stimmenanteil sank aber aufgrund der höheren Wahlbeteiligung gleichzeitig von 51,1 (1928) auf 43,3 Prozent, also stärker als im Reichsdurchschnitt (- 5,3 %) und noch unter das Ergebnis von 1924/II. Sie lag aber damit immer noch fast 20 Prozent über ihrem durchschnittlichen Niveau im gesamten Reichsgebiet. Mit knapp 1 700 zusätzlichen Stimmen, auch hier mehr als die SPD (netto) verlor, erhöhte die KPD ihren relativen Anteil auf 8,0 Prozent, blieb aber damit nach wie vor deutlich unter ihrem Reichsdurchschnitt (13,1 %). Da die Linke von den 5 000 zusätz-

³⁴ Die Rechnung bei Milatz, Wähler und Wahlen, S. 127, 130, erscheint zu einfach. Den Verlust der SPD bucht er ohne Einschränkungen auf das Konto der KPD. Den darüber hinausgehenden Gewinn der KPD rekrutiert er, ohne dafür den Nachweis zu führen, aus Neu- und Jungwählern. Auch in seiner Abhandlung "Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930 bis 1933" in: Erich Matthias und Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 746 f., verfährt Milatz nicht anders.

³⁵ Vgl. Tabelle 1 und 2.

³⁶ StDR, Bd. 382 (1932), Heft I, S. 92 f.

lichen Stimmen nur rund 600 (netto) dazugewonnen hatte, verminderte sich ihr relatives Ergebnis um 4,7 Prozent. Auch auf der lokalen Ebene bieten sich als Erklärung zwei Möglichkeiten an (oder ihre Kombination), daß nämlich die Linke nicht im Verhältnis ihrer Gesamtstärke von den zusätzlichen Stimmen profitierte oder (und) daß Wähler von ihr zur NSDAP wechselten ³⁷. Immer noch folgte aber den beiden Linksparteien die Mehrheit (51,3 %) der Fürther Wähler, von der wiederum fast 85 Prozent immun geblieben waren gegen eine Radikalisierung.

Auch die Fürther Wähler honorierten der DDP nicht den Zusammenschluß mit der Volksnationalen Reichsvereinigung (Jungdeutscher Orden). Als Deutsche Staatspartei erreichte sie nur noch 3,1 Prozent. Praktisch halbiert auf 1,9 Prozent wurde das relative Wahlergebnis der DVP von 1928. Beide Parteien lagen in Fürth unter ihrem allgemeinen Durchschnitt. Im Vergleich dazu konnte sich dagegen die Wirtschaftspartei mit 5,8 Prozent gut behaupten. Noch besser gelang das der BVP, die durch zusätzliche Stimmen ihren relativen Anteil sogar um einige Bruchteile auf 5,7 Prozent erhöhte. Völlig geschlagen, von 11,7 auf 2,7 Prozent der gültigen Stimmen zurückgestutzt wurde die DNVP ³⁸. Selbst wenn man annehmen wollte, daß die insgesamt 2 500 Wähler (5,5 %) des CSVD, des Deutschen Landvolks und der Konservativen Volkspartei sich allein aus ehemaligen DNVP-Wählern, nicht auch aus Wählern anderer Parteien und aus Neuwählern rekrutierten ³⁹,

³⁷ Ein Wechsel von rechten SPD-Wählern zur bürgerlichen Mitte (Staatspartei) in größerem Umfang ist angesichts deren Schwäche unwahrscheinlich.

³⁸ Noch katastrophaler war ihre Niederlage im Wahlkreis: von 18,8 % auf 2,3 % und im Regierungsbezirk: von 25,6 % auf 2,6 %. Vgl. Tabelle 2.

³⁹ Von geringen Ausnahmen abgesehen kamen die CSVD-Wähler nicht von den sozialistischen oder liberalen Parteien, sondern direkt von der DNVP oder von Splitterparteien, zu denen sie bereits früher von der DNVP abgewandert waren. Gering dürfte der Zuwachs des CSVD durch frühere Nichtwähler gewesen sein. Günter Opitz, Der Christlich-soziale Volksdienst, Düsseldorf 1969, S. 183. In Fürth wird der CSVD die 440 Stimmen (= 1,1 %) der Evangelischen Volksgemeinschaft vom 20.5.1928 größtenteils absorbiert haben.

mußte sie mindestens 1 000 Stimmen (rd. 20 % der Stimmen von 1928) an die NSDAP verloren haben. Denn die NSDAP war auch in Fürth der große Sieger dieser Wahl: Da sie schon 1928 ein überdurchschnittliches Wahlergebnis erzielt hatte, konnte sie anders als insgesamt im Deutschen Reich mit mehr als 8 000 zusätzlichen Stimmen dieses Ergebnis "nur" verdreifachen. Mit 23,6 Prozent lag ihr relativer Anteil in Fürth wie auch im Wahlkreis (20,5 %) und im Regierungsbezirk (23,7 %) über dem Reichsdurchschnitt (18,3 %) der NSDAP, aber immer noch unter den Ergebnissen der Reichstagswahl am 4. 5. 1924⁴⁰. Verantwortlich für den spektakulären Gewinn der NSDAP waren auch in Fürth mit Sicherheit die Verluste der DNVP, der DVP und der Deutschen Staatspartei, kaum oder nur begrenzt die der Wirtschaftspartei und vermutlich in geringem Umfang auch Einbußen der Linksparteien. Diese Faktoren aber im einzelnen nach ihrer Größenordnung genauer bestimmen zu wollen, wäre hier pure Spekulation, da aus den Nettogewinnen und Nettoverlusten des Gesamtergebnisses nicht auf ein einheitliches und eindeutiges Wählerverhalten geschlossen werden kann. Die Wählerbewegungen können durchaus differenzierter, zum Teil auch gegenläufig gewesen sein. Insbesondere kann der Zusammenhang zwischen höherer Wahlbeteiligung und den Gewinnen der KPD und der NSDAP nicht ohne Nachweis vorausgesetzt werden. Zwar geht auch in Fürth der Wahlsieg der NSDAP mit einer höheren Wahlbeteiligung einher. Die naheliegende Schlußfolgerung auf einen positiven Zusammenhang zwischen den beiden Größen wäre jedoch ohne ausreichende Begründung voreilig. "Wenn solchen Beurteilungen des Einflusses der Wahlbeteiligung lediglich ein Vergleich der Ergebnisse mehrerer Wahlen mit verschieden hoher Beteiligung zugrunde liegt, kann man indessen selten genau abwägen, wieweit Veränderungen in der Stärke der Parteien der Höhe der Wahlbeteiligung und inwieweit sie allgemeinen Wandlungen der politischen Präferenzen zuzuschreiben sind. Gewißheit darüber können nur Erhebungen verschaffen ..." ⁴¹.

⁴⁰ Vgl. Tabelle 2.

⁴¹ Wolfgang Hirsch-Weber und Klaus Schütz, Wähler und Gewählte, Köln/Opladen 1967, S. 274.

Hier, in dieser Arbeit, kann nur der Versuch unternommen werden, die Frage nach einem derartigen Zusammenhang in einer auf die Wahlergebnisse der städtischen Stimmbezirke gestützten Wahlanalyse zu beantworten ⁴².

Die Ergebnisse Fürths bei der Wahl des Reichspräsidenten am 13. März und am 10. April 1932 weichen nur wenig vom Gesamtergebnis ab. Während Hindenburg aber beim ersten Wahlgang im Deutschen Reich mit 49,6 Prozent der gültigen Stimmen ⁴³ die absolute Mehrheit verfehlte, erreichte er in Fürth schon am 13. März 53,3 Prozent. Allerdings übertraf auch Hitler mit 34,0 Prozent hier sein Reichsergebnis von 30,1 Prozent. Dieses Plus ging zu Lasten Duesterbergs, der in Fürth mit 2,5 Prozent gerade noch an das Ergebnis der DNVP vom September 1930 und der folgenden Reichstagswahl im Juli herankam, damit aber um mehr als 4 Prozent hinter seinem Gesamtergebnis von 6,8 Prozent zurückblieb. Thälmann schließlich erhielt mit 10,0 Prozent der gültigen Stimmen fast den gleichen Anteil wie die KPD bei der kurz darauf folgenden Landtagswahl am 24. April 1932 ⁴⁴. Mit 91,9 Prozent war die Wahlbeteiligung selbst für Fürther Verhältnisse ungewöhnlich hoch. Angesichts der starken Stimmenzunahme kann deshalb aus dem Gesamtergebnis nur sehr vorsichtig auf Wählerbewegungen seit dem September 1930 geschlossen werden. Wenn sich, wie die weitere Wahlanalyse für den 14. September 1930 zeigen wird, die höhere Wahlbeteiligung auch bei dieser Wahl nicht einseitig für Hitler ausgewirkt hat, haben die hinter Hindenburg stehenden Parteien seit der letzten Reichstagswahl rund 10 Prozent der Wähler verloren, und zwar überwiegend an Hitler.

42 Vgl. unten S. 61 ff.

43 Zu dieser Wahl vgl. Milatz, Wähler und Wahlen, S. 137 ff., Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 418 ff. Die Ergebnisse beider Wahlgänge in StDR, Bd. 427 (1932), S. 6 f. und S. 42 f.

44 Vgl. unten S. 41.

Während Hindenburg insgesamt im zweiten Wahlgang rund 700 000 Stimmen dazugewann und damit 53,0 Prozent der gültigen Stimmen erreichte, verlor er in Fürth am 10. April 1932 knapp 800 Stimmen und konnte mit 53,4 Prozent das Ergebnis des ersten Wahlganges gerade behaupten. Hitler dagegen buchte in Fürth zusätzlich rund 2000 Stimmen, sicher also auch die Mehrzahl der Duesterberg-Wähler, und steigerte sich dadurch auf 39,3 Prozent der gültigen Stimmen gegen 36,8 Prozent im Deutschen Reich. Obwohl Thälmann auch in Fürth erheblich an Stimmen einbüßte und auf 7,3 Prozent zurückfiel, läßt sich nicht bestimmen, ob und inwieweit der Stimmengewinn Hitlers auch manchen kommunistischen Wählern zu danken ist, wie Milatz ⁴⁵ dies für das Deutsche Reich insgesamt annimmt. Der Erfolg Hitlers war auch in Fürth außerordentlich. Der Vergleich mit dem mittelfränkischen Umland zeigt aber, daß nur die starke SPD-Wählerschaft einen größeren Triumph Hitlers in Fürth verhindert hat. Im Regierungsbezirk (insgesamt) verfehlte Hitler zwar noch die absolute Mehrheit, mit 48,9 zu 46,4 Prozent konnte er aber Hindenburg hier glatt überflügeln ⁴⁶.

Nach den Erfolgen Hitlers bei der Reichspräsidentenwahl und der NSDAP bei den Landtagswahlen am 24. April 1932 (u.a. in Preußen, Bayern und Württemberg) konnte es nicht mehr überraschen, daß die NSDAP bei der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 ihren Stimmenanteil im Deutschen Reich gegenüber September 1930 auf 37,3 Prozent mehr als verdoppeln konnte ⁴⁷. Angesichts dieses ungeheuren Erfolges der NSDAP hielt sich der Rückgang der DNVP von 7,0 auf 5,9 Prozent noch in erträglichen Grenzen. Aufgerieben und zu Splitterparteien degradiert wurden dagegen die DVP mit nur noch 1,2 Prozent, der CSVD und die Deutsche Staatspartei mit je 1,0 Prozent

⁴⁵ Milatz, Wähler und Wahlen, S. 140 f.

⁴⁶ Die Ergebnisse Mittelfrankens in: StDR, Bd. 427 (1932), S. 58 f.

⁴⁷ Zum Ergebnis dieser Wahl vgl. Milatz, Wähler und Wahlen, S. 142 ff.; Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 533 ff.

und die Wirtschaftspartei mit 0,4 Prozent der gültigen Stimmen. Unerschüttert stabil hielten sich das Zentrum und die BVP; mit einem relativen Anteil von 12,5 bzw. 3,2 Prozent hatten sie sogar kleine Gewinne erzielt. Die KPD gewann mit einem Plus von 760 000 Stimmen (netto) etwa 140 000 Stimmen mehr dazu, als die SPD verloren hatte. Bei einem erneuten, aber erheblich schwächeren Anstieg der Wahlbeteiligung als 1930 (+ 2,1 %) sank deshalb der relative Stimmenanteil der SPD um 2,9 auf 21,6 Prozent, während sich die KPD um 1,2 auf 14,3 Prozent ⁴⁸ der gültigen Stimmen verbesserte.

Dieser allgemeinen Entwicklung entspricht auch das Wahlergebnis Fürths am 31. Juli 1932. Während die NSDAP im Reichsdurchschnitt am 14. September 1930 mit ihrem relativen Wahlergebnis bis auf 6,2 Prozent an die SPD herangerückt war, hatte die SPD in Fürth noch einen Vorsprung von rund 20 Prozent. Trotzdem überflügelte die NSDAP bei der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 mit 38,7 Prozent der gültigen Stimmen auch in Fürth die SPD, deren Anteil auf 35,3 Prozent sank ⁴⁹. Bei einem leichten Rückgang der in der Wahlstatistik ausgewiesenen Stimmberechtigten ⁵⁰ und einer geringen Zunahme der

48 Da bei Vogel/Nohlen/Schultze, Wahlen in Deutschland, S. 296 (Tab. A 11), die rund 72 600 Stimmen der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands bereits der KPD hinzugerechnet sind, ergeben sich dort für die KPD insgesamt 14,5 Prozent.

49 Vgl. Tabelle 2.

50 Der Rückgang der Wahlberechtigten am 31.7.1932 und die ungewöhnliche Zunahme um mehr als 2 000 Wahlberechtigte bis zum 6.11.1932 finden ihre Erklärung darin, daß in Fürth für die Juliwahl 2 324 Wahlscheine mehr ausgestellt als bei der Wahl abgegeben wurden. (StadtA Fü: Reichstagswahl 31.7.1932 und 6.11.1932). Diese ungewöhnlich hohe Differenz (am 6.11.1932 nur noch 500) läßt darauf schließen, daß diese Stimmscheininhaber im Ausflugs- und Ferienmonat Juli überwiegend außerhalb Fürths abstimmten. Der tatsächliche Zuwachs an Wahlberechtigten von rund 1 500 Personen seit dem 14. 9. 1930 schlug sich erst im Ergebnis der Novemberwahl nieder. Für die Landtagswahl am 24.4.1932 sind dagegen bereits knapp 53 800 Wahlberechtigte nachgewiesen. Brächer, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 569, Anm. 15, konstatiert in den bayerischen

Wahlbeteiligung (+ 1,1 %) war die Zahl der gültigen Stimmen praktisch unverändert geblieben (rund 46 000). Der Gewinn der KPD von mehr als 2 700 Stimmen, die damit 13,9 Prozent der gültigen Stimmen auf sich vereinigte, ging zu Lasten der SPD. Da die Verluste der SPD um rund 900 Stimmen darüber lagen, müssen ehemalige Linkswähler nach rechts, bei der Schwäche der bürgerlichen Parteien mit großer Wahrscheinlichkeit überwiegend zur NSDAP gewechselt sein.

In absoluten Zahlen hatten sich die beiden sozialistischen Parteien zusammen im Vergleich mit dem Reichstagswahlergebnis von 1928 fast ohne Einbuße behauptet. Ihre Stimmen waren von 22 950 im Mai 1928 sogar auf rund 23 600 im September 1930 gestiegen und hatten im Juli 1932 mit 22 700 den Stand von 1928, allerdings mit einer deutlichen Verschiebung des Stärkeverhältnisses zugunsten der KPD, nur wenig unterschritten. Gleichzeitig hatten beide Parteien jedoch infolge der hohen Wahlbeteiligung auf die gültigen Stimmen bezogen fast 7 Prozent verloren (1928: 56,0 %; 1930: 51,3 %; 1932/I: 49,2 %).

An den Verlusten der bürgerlichen Parteien gemessen waren die Einbußen der beiden sozialistischen Parteien vergleichsweise gering. Nur die BVP-Wähler hielten zu ihrer Partei, die mit 5,8 Prozent ihr Ergebnis von 1930 fast unverändert behauptete. Auch die DNVP konnte mit 2,7 Prozent ihr (allerdings sehr bescheidenes) Ergebnis von 1930 halten ⁵¹. Alle übrigen bürgerlichen

Fremdenverkehrsorten eine relativ hohe Zahl an Stimm-scheinwählern und (unter Hinweis auf Hagmann, Der Weg ins Verhängnis, S. 22 f.) gleichzeitig "eine stärkere Anfälligkeit für die nationalsozialistische Expansion".

⁵¹ Keineswegs muß deshalb auch die Wählerschaft der DNVP unverändert geblieben sein. So ist es durchaus möglich, daß Rückkehrer vom CSVD, von der Konservativen Volkspartei oder vom Deutschen Landvolk die Lücken, die durch Verluste an die NSDAP entstanden sind, geschlossen haben. Diese möglichen Alternativen zeigen, daß auch ein unverändertes, anscheinend eindeutig interpretierbares Wahlergebnis nur schwer zu durchschauen ist.

Parteien verloren das Gros ihrer Wähler an die NSDAP und wurden fast vollständig aufgerieben. Nunmehr konnten auch die Wirtschaftspartei und der CSVD, die sich am 14. September 1930 noch relativ gut gehalten hatten, dem nationalsozialistischen Sog nicht mehr widerstehen. Außer der BVP und der DNVP erreichte nur noch der CSVD mehr als 1 Prozent der Stimmen. Unter diese Marke war auch der gemeinsame Anteil der Splitterparteien gesunken. Zehn - überwiegend bürgerliche - Splitterparteien hatten nur noch 160 Wähler gefunden. Einschließlich der (bürgerlichen) Splittergruppen hatten die bürgerlichen Parteien in Fürth gegenüber der Septemberwahl 1930 etwas mehr als 6 000 Stimmen verloren; die NSDAP hatte knapp 7 000 Stimmen dazugewonnen.

Mit einem absoluten und relativen Zuwachs von rund 900 Stimmen bzw. 1,0 Prozent hatte die NSDAP am 31. Juli 1932 ihren Erfolg bei der Landtagswahl vom 24. April 1932 weiter ausgebaut. Obwohl am 31. Juli 1932 durch die Stimmabgabe vorwiegend bürgerlicher Wähler außerhalb Fürths der Stimmenzuwachs gedrückt wurde, und zwar einseitig zuungunsten der NSDAP und auch der bürgerlichen Parteien, ist ein Vergleich der Ergebnisse beider Wahlen wegen der Auswirkungen der unterschiedlichen Wahlbeteiligung aufschlußreich (Vgl. Tabelle auf S. 41).

Ergebnisse der Landtagswahl am 24. 4. 1932⁵² und der Reichstagswahl am 31. 7. 1932 in Fürth

	LTW 1932		RTW 1932/I	
	absolut	relat.	absolut	relat.
Wahlberechtigte	53 791	-	52 041	-
abgegebene Stimmen	45 162	83,9	46 415	89,2
gültige Stimmen	44 949	-	46 126	-
NSDAP	16 943	37,7	17 853	38,7
DNVP	1 422	3,2	1 259	2,7
CSDV	876	1,9	549	1,2
DVP	1 733	3,8	288	0,6
WP			236	0,5
BVP	2 753	6,1	2 662	5,8
Dt. Staatspartei	-	-	413	0,9
SPD	15 371	34,2	16 293	35,3
KPD	4 683	10,4	6 413	13,9
Bayer. Bauern- ⁵³ u. Mittelstandsbund	919	2,0	13	0,0

Besonders überraschen muß die Tatsache, daß der absolute Zuwachs der SPD (rund 900 Stimmen) am 31. Juli 1932 ebenso hoch war wie der der NSDAP, deren Anziehungskraft auf die Wähler der bürgerlichen Parteien auch hier wieder zutage tritt. Fast doppelt so hoch liegt aber der gleichzeitige Stimmengewinn der KPD (rund 1 700 Stimmen). SPD und KPD müssen folglich am 31. Juli 1932 von der höheren Wahlbeteiligung profitiert haben⁵⁴. Und zwar gewan-

52 StadtA Fü: Landtagswahl am 24. 4. 1932.

53 Bei der LTW 1932 hatte sich die Deutsche Staatspartei mit dem Bayer. Bauern- und Mittelstandsbund unter dessen Namen zu einem gemeinsamen Wahlvorschlag verbunden.

54 Es ist sehr wahrscheinlich, daß die SPD am 31. 7. 1932 über den in der Wahlstatistik ausgewiesenen Nettozuwachs von 900 Stimmen hinaus an der höheren Wahlbeteiligung partizipierte, der Zugang von Neuwählern bei der SPD aber durch Verluste an die KPD teilweise kompensiert wurde.

nen beide Parteien mit Sicherheit am 31. Juli 1932 mehr Neuwähler hinzu, als es der Nettozuwachs von knapp 1 200 Stimmen ohne Berücksichtigung der auswärts abstimmenden Wähler zunächst überhaupt möglich erscheinen läßt; denn es ist äußerst unwahrscheinlich, daß die darüber hinausgehenden 1 400 zusätzlichen Stimmen der SPD und KPD am 31. Juli 1932 diesen Parteien bzw. der SPD allein von den bürgerlichen Parteien zugeflossen sind ⁵⁵. Jedenfalls zeigt dieser Vergleich, daß der Anstieg der Wahlbeteiligung in Fürth am 31. Juli 1932 im Vergleich zur Landtagswahl am 24. April 1932 der KPD und der SPD in größerem Umfange zugute kam als der NSDAP. Damit wird aber die Behauptung eines generellen positiven Zusammenhanges zwischen der hohen Wahlbeteiligung und den Erfolgen der NSDAP in Frage gestellt.

Mit dem Reichstagswahlergebnis vom 31. Juli 1932 hatte die NSDAP in Fürth für ihre weitere Entwicklung einen entscheidenden Punkt, wenn nicht ihre Grenze erreicht. Bei einer Wahlbeteiligung von 89,2 Prozent war - bei regulären Wahlen - mit einer Mobilisierung zusätzlicher Wähler in nennenswertem Umfang nicht mehr zu rechnen. Für die bürgerlichen Parteien von der Deutschen Staatspartei bis zur DNVP einschließlich der Splitterparteien, aber ohne die nach wie vor stabile,

⁵⁵ Werner Stephan, Die Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932. Eine Analyse der Wahlziffern, in: Zeitschrift für Politik 22 (1933), S. 358, der ebenfalls die Landtagswahlergebnisse vom 24. 4. 1932 auf die Reichstagswahlergebnisse bezieht, kommt zu dem Ergebnis, daß sowohl die sozialistischen Parteien wie NSDAP und DNVP, geringfügig auch Zentrum/BVP aus dem Zusammenbruch der "sonstigen bürgerlichen Parteien" (von der DVP bis zur Staatspartei) profitiert haben. Dabei weist er zwar auf den Anstieg der Wahlbeteiligung hin, läßt aber unerörtert, wie sich dieser Anstieg ausgewirkt hat. Die Annahme einer ausschließlichen Stimmenwanderung von den bürgerlichen Parteien nach links widerspräche in Fürth wie im Deutschen Reich allen gesicherten Erkenntnissen der Wahlentwicklung der Jahre 1930 bis 1933. In Fürth ist dies insbesondere auch deshalb unwahrscheinlich, weil der rechte Nachbar der SPD, die Dt. Staatspartei, am 31. 7. 1932 im Gegensatz zur Landtagswahl wieder eine eigene Liste aufstellte.

in Fürth aber relativ schwache BVP, hatten am 31. Juli 1932 nur noch rund 2 900 Wähler gestimmt. Angesichts dieser Dezimierung der bürgerlichen Parteien durfte die NSDAP auch nicht mehr darauf hoffen, durch Zuzug von dieser Seite ihren Stimmenanteil wesentlich zu erhöhen. Das konnte ihr folglich nur durch einen Einbruch in die immer noch starke Stellung der Linksparteien gelingen, deren Wähler aber bisher trotz der Krise erstaunlich immun gegen den Nationalsozialismus geblieben waren.

Das wichtigste Ergebnis der Reichstagswahl am 6. November 1932 waren die Einbußen der NSDAP. Durch den Verlust von 2 Millionen Stimmen sank ihr relativer Anteil um 4,2 auf 33,1 Prozent ⁵⁶. Davon profitierten offenbar die DNVP mit nunmehr 8,3 Prozent und in geringem Umfang auch die DVP mit 1,9 Prozent der gültigen Stimmen. Dagegen gelang es weder der Wirtschaftspartei (0,3 %) noch der Deutschen Staatspartei (1,0 %), verlorenen Boden wiederzugewinnen. Zentrum und BVP konnten die Gewinne der Juliwahl nicht halten. Mit 11,9 bzw. 3,1 Prozent fielen sie nahezu wieder auf den Stand vom 14. September 1930 zurück. Trotz rückläufiger Wahlbeteiligung (80,6 %) hatte die KPD einen erheblichen Zuwachs von knapp 700 000 Stimmen, der ziemlich genau dem weiteren Wählerschwund bei der SPD (- 712 000) entsprach. Mit einem relativen Anteil von 16,9 Prozent war die KPD damit sehr nahe an die SPD, die gerade noch über 20 Prozent kam, herangerückt.

Das Abstimmungsergebnis in Fürth weist im Vergleich zum Reichsergebnis nur graduelle Unterschiede auf. Im Zuge der allgemeinen Wahlmüdigkeit ging auch hier die Wahlbeteiligung um 3 Prozent zurück, lag aber mit 86,2 Prozent nach wie vor weit über dem Durchschnitt. Die Zahl der abgegebenen Stimmen blieb jedoch annähernd konstant (+ rund 150), da gleichzeitig die Wahlberech-

⁵⁶ Zu dieser Wahl vgl. Milatz, Wähler und Wahlen, S. 144 ff.; Bracher, Die Auflösung d. Weimarer Republik, S. 564 ff.

tigten um 2 100 Personen zugenommen hatten ⁵⁷. Bei nahezu unveränderter Stimmenzahl setzte sich der allgemeine Trend dieser Reichstagswahl auch in Fürth durch. Die NSDAP verlor rund 1 400 Stimmen, ihr relativer Anteil ging etwas weniger als im Reichsdurchschnitt auf 35,6 Prozent zurück. Die DNVP verbesserte sich um 2,7 auf 4,9 Prozent, blieb damit jedoch noch deutlich unter ihrem Reichsergebnis. Von den übrigen bürgerlichen Parteien konnten sich außerdem der CSVD auf 1,6 Prozent und die DVP auf 1,2 Prozent steigern. Die Wirtschaftspartei und die Deutsche Staatspartei stagnierten (bei 0,5 bzw. 0,9 %). Die BVP hatte auch in Fürth geringfügige Einbußen (- 0,4 %) und fiel auf 5,4 Prozent zurück. Der Verlust der SPD von rund 340 Stimmen war nicht gravierend. Sie hielt danach immer noch einen relativen Stimmenanteil von 34,4 Prozent. Mit einem Plus von rund 520 Stimmen hatte die KPD zweifellos aus den Verlusten der SPD den Gewinn gezogen. Den darüber hinausgehenden Zulauf erhielt sie möglicherweise von der NSDAP. Mit 15,0 Prozent erzielte die KPD am 6. November 1932 in Fürth das höchste Wahlergebnis während der Weimarer Republik. Auch in Fürth war also die Radikalisierung auf der Linken noch nicht zum Stehen gekommen. Immer noch behauptete sich aber die SPD, und zwar mehr als doppelt so stark wie die radikale Linke.

Bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 war das Feld der Parteien bereits dezimiert. Nur noch neun Parteien hatten sich im Wahlkreis Franken zur Wahl gestellt ⁵⁸. Mit Ausnahme der Wirtschaftspartei kandidierten jedoch noch alle Parteien, die auch zuvor in Fürth eine nennenswerte Rolle gespielt hatten. Trotz des wesentlich höheren Ausgangsniveaus blieb der Anstieg der Wahlbeteiligung in Fürth nur wenig hinter der allgemeinen Steigerung zurück. Mit 93,0 Prozent lag die Stadt immer noch weit über dem Reichsdurchschnitt von

⁵⁷ Vgl. S. 38, Anm. 50.

⁵⁸ StDR, Bd. 434 (1935), S. 158.

88,8 Prozent ⁵⁹. Obwohl die Zahl der Wahlberechtigten in Fürth so gut wie konstant geblieben war, wurden 50 100 gültige Stimmen, 3 800 mehr als am 6. November 1932, ausgezählt. Auch hier übertraf die NSDAP ihr Wahlergebnis vom Juli 1932 noch ganz erheblich. Mit 44,8 Prozent lag sie immer noch, wenn auch nur um 0,9 Prozent über dem Reichsergebnis. Anders als im Regierungsbezirk Mittelfranken, wo sie mit 51,6 Prozent die absolute Mehrheit überschritt, war die NSDAP in Fürth von diesem Ziel noch ein gutes Stück entfernt. Selbst mit dem Koalitionsgenossen, der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot, die in Fürth deutlicher als im gesamten Reichsgebiet (- 0,3 %) um 1,3 auf 3,6 Prozent zurückfiel, reichte es nicht zur absoluten Mehrheit. Wie insgesamt bildeten auch in Fürth immer noch die Arbeiterparteien und der politische Katholizismus die Bastion gegen den "nationalsozialistischen Wählersog" ⁶⁰. Die SPD hatte insgesamt im Deutschen Reich nur wenige Stimmen verloren (- 66 000), war aber wegen der höheren Wahlbeteiligung von 20,4 auf 18,3 Prozent der gültigen Stimmen zurückgefallen. Aus dem gleichen Grund sank auch der relative Anteil des Zentrums auf 11,2 Prozent, obwohl es 200 000 Stimmen dazugewonnen hatte. Einschließlich der BVP (mit einer Einbuße von 20 000 Stimmen) standen noch 13,9 Prozent der Wähler zu den Parteien des politischen Katholizismus. Als Opponent der NSDAP spielte die BVP allerdings in Fürth mit 5,2 Prozent der gültigen Stimmen nur eine Nebenrolle. Um so erstaunlicher ist es aber, daß diese kleine nur zweieinhalbtausend Menschen starke Wählergruppe unerschütterlich zu ihrer Partei stand, sich am 5. März 1933 sogar noch um 100 Stimmen vergrößern konnte. In ihrer weit stärkeren Stellung behauptete sich auch die SPD

⁵⁹ Zum Ergebnis dieser Wahl vgl. Milatz, Wähler und Wahlen, S. 148 ff.; Karl Dietrich Bracher, Gerhard Schulz, Wolfgang Sauer, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Band I (Ullstein Buch Nr. 2992), Frankfurt a.M./Berlin/Wien o.J., S. 143 ff.

⁶⁰ Bracher/Schulz/Sauer, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Bd. I, S. 144.

in Fürth gegen die NSDAP. Rund 800 neue Wähler hatte sie dazugewonnen, war aber trotzdem infolge der höheren Wahlbeteiligung auf 33,5 Prozent (- 0,9 %) der gültigen Stimmen zurückgefallen. Die zusätzlichen SPD-Stimmen können von Neuwählern, aber auch von der KPD stammen, die rund 1 900 Stimmen verlor und damit nur noch einen Stimmenanteil von 10,0 Prozent erreichte. Inwieweit die verlorenen KPD-Stimmen zur SPD und NSDAP übergegangen oder auf Stimmenthaltung zurückzuführen sind, läßt sich nicht ausmachen ⁶¹.

Zum CSVD, zur DVP und zur Deutschen Staatspartei hielten am 5. März 1933 gerade noch rund 1 400 Fürther Wähler, das sind 2,8 Prozent der gültigen Stimmen. Im Gegensatz zum CSVD (- 0,5 %) und zur DVP (- 0,8 %) hatte die Deutsche Staatspartei allerdings einen bescheidenen Gewinn von 0,4 Prozent erzielt.

Obwohl in Fürth im Vergleich zum Deutschen Reich erhebliche Unterschiede im Stärkeverhältnis der Parteien bestanden, spiegeln die Wahlergebnisse Fürths die Gesamtentwicklung deutlich wider. Trotz des außerordentlichen Anfangserfolges der SPD und der DDP bei der Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung haben nämlich diese Parteien in Fürth ihre allgemeine Abwärtsbewegung sogar stärker als im Reich, die DDP allerdings erst vier Jahre später, mitvollzogen. Während sich aber die SPD, indem sie nach der Auflösung der USP ihre Verluste wenigstens teilweise wieder aufholte, in einer sehr starken Position behaupten konnte, gelang es weder der DDP noch einer der gemäßigteren bürgerlichen Parteien, eine größere Wählerschaft dauerhaft zu binden. Im Vergleich mit dem Reich, dem Wahlkreis Franken, dem Regierungsbezirk und der Nachbarstadt

61 Milatz, Wähler und Wahlen, S. 150, nimmt an: "Nur ein kleiner Teil der Abgefallenen stimmte für die SPD, ein weitaus größerer ging dagegen unmittelbar zur NSDAP, während andere sich der Stimme enthielten." Auch Bracher/Schulz/Sauer, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Bd. I, S. 145, rechnet mit "Überläufern" von der KPD zur NSDAP.

Nürnberg fällt außerdem die mit der anfänglichen Stärke der DDP offenbar korrespondierende geringe Resonanz der DNVP auf, die diese Partei bis 1924 in Fürth gefunden hat. Vergleichbare Ergebnisse wie im Deutschen Reich oder im übrigen Wahlkreis konnte die DNVP in Fürth erst bei der Dezemberwahl 1924, also nach und aus der Niederlage des Völkischen Blocks erzielen. Trotz des stetigen Rückgangs seit 1919 stimmte auch 1924 noch die Mehrheit der Fürther Wähler für die sozialistischen Parteien. Diese Mehrheit war auch, wie die Maiwahl 1924 gezeigt hatte, weit weniger anfällig für den Linksradikalismus als die bürgerlichen Wähler, die zur gleichen Zeit mehr als zur Hälfte bereits (= ein Viertel der Gesamtwählerschaft) für den Nationalsozialismus stimmten, für den Rechtsradikalismus.

Auch in der Schlußphase der Weimarer Republik zeichnen sich in den Wahlergebnissen Fürths die Tendenzen der allgemeinen Wahlentwicklung deutlich ab. Insbesondere war auch in Fürth der Aufstieg der NSDAP in den Jahren 1930 bis 1933 vom Niedergang der bürgerlichen Parteien und der Splitterparteien begleitet: Von mehr als 15 000 Wählern oder rund 37 Prozent der gültigen Stimmen am 20. Mai 1928 waren die bürgerlichen Parteien von der DDP bis zur DNVP am 5. März 1933 auf knapp 5 900 Wähler oder 11,7 Prozent der gültigen Stimmen geschrumpft. Allerdings blieb die NSDAP in Fürth, wo sie noch am 14. September 1930 fast genau auf dem durchschnittlichen mittelfränkischen Niveau lag, anders als im Regierungsbezirk auch am 5. März 1933 noch deutlich unter der absoluten Mehrheit ⁶². Ein starker Block von SPD- und KPD-Wählern und auch die weit schwächere, aber sehr stabile Wählerschaft der BVP hatten dem Wachstum der NSDAP diese Grenze gesetzt. Die sozialistischen Parteien hatten nämlich seit der letzten Reichstagswahl vor der Krise am 20. Mai 1928 in absoluten Zahlen nur geringe Stimmeneinbußen (- 1 200) erlitten, allerdings

62 Vgl. Tabelle 2.

bei steigender Wahlbeteiligung ganz erheblich an relativen Anteilen verloren (- 12,5 %). Innerhalb der sozialistischen Wählerschaft hatte außerdem die SPD Verluste an die KPD hinnehmen müssen. Ob der für die Wahlentwicklung von 1930 bis 1933 allgemein kennzeichnende und mit Sicherheit bedeut-same Anstieg der Wahlbeteiligung bevorzugt den radikalen Flügelparteien, hier wiederum insbesondere der NSDAP zugute kam, läßt sich aus dem Vergleich der Gesamtergebnisse der Reichstagswahlen in Fürth nicht entscheiden, viel weniger noch nach der Größenordnung bestimmen. Dazu bedarf es einer eingehenderen Analyse der Wahlergebnisse in den Stimmbezirken der Stadt.

IV. DIE REICHSTAGSWAHLERGEBNISSE VON 1928 BIS 1933 IN DEN STIMMBEZIRKEN DER STADT FÜRTH

Die Frage nach dem Zusammenhang zwischen der höheren Wahlbeteiligung und der Zunahme insbesondere der NSDAP-Stimmen wird ebenso wie die Frage nach Zusammenhängen zwischen den Gewinnen und Verlusten der einzelnen Parteien Gegenstand der folgenden, die Wahlergebnisse der Stimmbezirke der Stadt auswerten- den Wahlanalyse sein. Denn die lückenlos vorliegenden Wahlergebnisse aller Stimmbezirke der Stadt bieten die Chance, nähere Aufschlüsse über das Wahlverhalten der Bevölkerung Fürths zu gewinnen, als sie die Gesamtergebnisse bieten können ¹.

¹ Heberle, Social Movements, S. 206 und Abendroth, Aufgaben und Methoden, S. 302 erwarten von Wahlanalysen aufschlußreichere und zuverlässigere Ergebnisse, je kleiner die untersuchten Wahlgebiete sind. Für den Bezug der Wahlergebnisse auf die sozialen und ökonomischen Charakteristika der Bevölkerung hofft Heberle in kleineren Einheiten eine größere Homogenität vorzufinden. Ähnlich der Standpunkt Abendroths, der eine relativ glaubhafte Bestimmung der sozialen und konfessionellen Schichtung nur in Kleinststrukturen für möglich hält. Auch schon Werner Stephan, Zur Soziologie der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, in: Zeitschrift für Politik 20 (1931), S. 794 und 797 f. gewinnt seine Ergebnisse nicht aus der Analyse der Wahlkreisresultate, sondern der Ergebnisse der unteren Verwaltungsbezirke und der Stadtbezirke oder Stadtviertel. Zu Recht rechnen er und Heberle allerdings nicht mit völlig homogenen Bevölkerungsschichten in diesen kleinen Einheiten. Vgl. dazu auch Nils Diederich, Empirische Wahlforschung, Köln und Opladen 1965, S. 22 f. u. 67 f. Übrigens plädierte schon Max Weber in seinen Bemerkungen zu dem Aufsatz von R. Blank: Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 20 (1905), S. 550, für möglichst viele Einzeluntersuchungen "typischer" Wahlkreise, um beweiskräftige Ergebnisse zu erhalten.

1. Zur Vergleichbarkeit der Wahlergebnisse in den Stimmbezirken

Vor einer Analyse der Wahlergebnisse in den einzelnen Stimmbezirken muß geprüft werden, ob und inwieweit die demographischen Veränderungen zwischen den fünf Reichstagswahlen, die innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren stattfanden, und die dadurch möglicherweise bedingten politischen Strukturänderungen näher bestimmt werden können oder ob, wenn dies nicht möglich ist, die Wahlergebnisse überhaupt noch vergleichbar sind. In der Studie über die Bundestagswahl 1953 verzichtet Klaus Schütz ² wegen der starken Veränderungen der Struktur der Wählerschaft während des Krieges und in der Nachkriegszeit darauf, die vergleichende Betrachtung der Wahlergebnisse auf die Zeit vor 1945 bzw. 1933 auszudehnen. Denn dafür ist "die Grundvoraussetzung einer vergleichenden Wahlstatistik, die annähernd gleiche Bevölkerung, nicht gegeben" ³. Mit den Kriegs- und Nachkriegsereignissen vergleichbare Umwälzungen haben in Fürth im Zeitraum unserer Wahlanalyse mit Sicherheit nicht stattgefunden, so daß bei aller Unschärfe dieses Begriffes von einer "annähernd gleichen Bevölkerung" ausgegangen werden kann. Allerdings müssen schon "nach zwei bis vier Jahren zwischen zwei Wahlen Zugänge und Abgänge von Wahlberechtigten berücksichtigt werden" ⁴. Ein Vergleich zeitlich aufeinanderfolgender Wahlen kann deshalb nicht von der gleichen Zusammensetzung der Wählerschaft ausgehen, er müßte vielmehr die Veränderungen des Wahlkörpers und die dadurch bedingten Änderungen der politischen Struktur feststellen. Eine solche Veränderung muß nicht von der Umorientierung bisheriger Wähler kommen, sondern kann "auf dem personellen Wandel der Wählerschaft

² Hirsch-Weber/Schütz, Wähler und Gewählte, S. 150.

³ Ebenda.

⁴ Ebenda.

beruhen" ⁵.

Die historische Untersuchung hat nachträglich natürlich keine Möglichkeit mehr, durch Befragung das Wahlverhalten der Neuwähler zu erforschen und damit eine mögliche Teilursache für die Veränderung der politischen Struktur der Stadt herauszukristallisieren. Die daraus resultierende Unvollständigkeit der Ergebnisse der Untersuchung muß in Kauf genommen werden. Andererseits wird die Analyse der Wahlergebnisse der einzelnen Stimmbezirke zeigen, daß trotz der teils ganz erheblichen Verschiebungen zwischen den Parteien in diesem Wechsel eine gewisse Kontinuität des Wahlverhaltens und eine relativ konstante Position der Stimmbezirke innerhalb des gesamten Wahlkörpers der Stadt festzustellen ist.

Die Zahl der Jungwähler, d.h. der Wähler, die in Fürth zwischen dem 20. Mai 1928 und dem 5. März 1933 bei Reichstagswahlen erstmals wahlberechtigt wurden, ist nicht völlig exakt feststellbar, da die veröffentlichten Ergebnisse der Volkszählungen vom 16. Juni 1925 ⁶ und vom 16. Juni 1933 ⁷ die Bevölkerung der Stadt Fürth nicht nach einzelnen Altersjahrgängen, sondern nur nach einigen wichtigen Altersgruppen aufschlüsseln ⁸. Daraus läßt sich jedoch die Stärke der

5 Diederich, Empirische Wahlforschung, S. 157. An gleicher Stelle schätzt Diederich den Wandel im Personenbestand der Wählerschaft auf 8 bis 12 Prozent. Erwin Faul, Soziologie der westdeutschen Wählerschaft, in: ders. (Hrsg.), Wahlen und Wähler in Westdeutschland, Villingen 1960, S. 189 schätzt in der Bundesrepublik der 50er Jahre den Anteil neuer junger Wahlberechtigter von Bundestagswahl zu Bundestagswahl auf über 7 %. Dieser Prozentsatz variiert je nach der Stärke der Geburtenjahrgänge, die die Wahlfähigkeit erreichen.

6 StDR, Bd. 401 (1930), S. 341.

7 StDR, Bd. 451, Heft II (1936), S. 160.

8 Auch die Akten beim StadtA Fü "Volks-, Berufs- und Betriebszählung am 16. Juni 1925" enthalten keine detaillierteren Angaben. Über die Volkszählung am 16. 6. 1933 liegen beim Stadtarchiv Fürth keine Akten mehr vor.

in Betracht kommenden Jahrgänge (1905 bis 1913) mit annähernder Genauigkeit ermitteln und durch Kontrollrechnungen absichern. Aus der bei der Volkszählung 1925 ermittelten Altersschichtung errechnen sich folgende Anteile an Jungwählern, die seit den jeweils vorhergehenden Reichstagswahlen stimmberechtigt geworden sind: ⁹

Wahltag	Wahlberechtigte	davon Jungwähler	
		absolut	relativ
20. 5. 1928	50 650	5 700	11,25 %
14. 9. 1930	52 643	3 100	5,89 %
31. 7. 1932	52 041	2 800	5,38 %
5. 3. 1933	54 155	1 000	1,85 %

Von den 54 155 Wahlberechtigten der Stadt Fürth am 5. März 1933 sind folglich insgesamt rund 12 600 Personen (23,3 %) am 20. Mai 1928 oder bei einer der folgenden Reichstagswahlen erstmals stimmberechtigt geworden.

Die Bedeutung der Frage, in welcher Weise und in welchem Umfang sich die Wählerstruktur als Folge der Bevölkerungswanderung geändert hat, wächst mit der Größe des beobachteten Zeitabschnittes. Die relativ kurze Zeit zwischen den Reichstagswahlen von 1928 und 1933 sowie der geringe Wanderungsverlust Fürths von 188 Personen zwischen den Volkszählungen von 1925 und 1933, d.s. 0,3 Prozent der Wohnbevölkerung ¹⁰ von 1925, lassen vermuten, daß sich die Wanderungsbewegung in den Jahren 1928 bis 1933 in engen Grenzen hielt und deshalb ohne Einfluß auf die Wählerstruktur blieb. Tatsächlich könnten sich jedoch hinter dem geringen Wanderungsverlust auch starke Zugänge und Abgänge verbergen, die

⁹ Eine Berechnung der Zahl der Jungwähler am 6.11.1932 ist wegen der kurzen Zeitspanne zur Vorwahl unergiebig.

¹⁰ "Als Wohnbevölkerung gilt die Gesamtheit der Personen, die am Aufnahmetag in der Zählgemeinde ihren ständigen Wohnsitz haben." Zufällig Abwesende werden gezählt, vorübergehend Anwesende nicht mitgezählt. StDR, Bd. 401 (1930), S. 8.

sich gegenseitig nahezu aufheben. Gesicherte Aufschlüsse darüber sind aus dem zur Verfügung stehenden Quellenmaterial allerdings nicht zu gewinnen: Von 1926 bis 1932 (für 1925 liegen keine Angaben vor) verließen 33 305 Personen oder 44,9 Prozent der Wohnbevölkerung des Jahres 1925 die Stadt; gleichzeitig zogen 36 547 Menschen oder 47,4 Prozent der Wohnbevölkerung des Jahres 1933 zu ¹¹. Da innerhalb von ca. 15 Jahren nicht die alte Stadtbevölkerung vollständig weg- und gleichzeitig eine neue zugezogen sein kann, muß der Anteil der "Pendler", d.h. der Personen, die auf beiden Seiten der Wanderungsbilanz (u.U. auch mehrmals) erscheinen, sehr hoch gewesen sein ¹². Die Größenordnung der Bevölkerungsfluktuation in Fürth zwischen den Reichstagswahlen von 1928 und 1933 und die damit möglicherweise verbundenen Veränderungen der Wählerstruktur lassen sich folglich ebenfalls nicht näher bestimmen.

Das Fürther Stadtgebiet war am 20. Mai 1928 in 64 geographisch abgegrenzte Stimmbezirke eingeteilt ¹³. Diese Einteilung bestand in ihrem Kern bereits seit Januar 1919 und bildete die Grundlage für die Stimmbezirkseinteilung bis 1933. Die überwiegende Mehrzahl der Stimmbezirke blieb völlig unverändert, bei einigen

11 Berechnet nach der Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Fürth vom 28.8.1973 an den Verf. Daraus würde sich - allerdings im Widerspruch mit den amtlichen Volkszählungsergebnissen von 1925 und 1933 (Geburtenüberschuß von 3 128 - Wanderungsverlust von 188 = Zunahme der Wohnbevölkerung von 2 940 Köpfen) - ein Wanderungsgewinn von mehr als 3 200 Personen errechnen.

12 Das gleiche dürfte auch für die Stadt Essen zutreffen. Nach Herbert Kühr, Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen in der Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1973, S. 37, sind von 1925 bis 1933 (ohne die Jahre 1928 und 1929, für die entsprechende Zahlen fehlen) rund 220 000 Personen zu- und rund 240 000 Personen weggezogen bei 470 000 Einwohnern im Jahre 1925 und 650 000 Einwohnern im Jahre 1933 (nach Eingemeindungen).

13 Dazu kam ein (sehr schwacher) "fliegender" Stimmbezirk für transportunfähige Kranke in den Krankenhäusern. Dieser Bezirk mit ständig wechselnder Zusammensetzung ist für eine Wahlanalyse völlig ungeeignet und bleibt deshalb außerhalb der Erörterung.

wurden kleine Korrekturen vorgenommen, die ihre Bevölkerungsstruktur nur geringfügig beeinflussen konnten. Obwohl man sich 1919 in Fürth offenbar an die Auflage gehalten hatte, Stimmbezirke mit durchschnittlich 2 500 Einwohnern zu bilden ¹⁴, in den meisten Fällen sogar kleinere Stimmbezirke geschaffen hatte, mußten 1930 und 1932 einzelne Stimmbezirke (in Neubaugebieten) mit besonders starker Zunahme der Wahlberechtigten geteilt werden. Soweit die geographische Abgrenzung und die Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten in diesen geteilten Stimmbezirken einen Vergleich der Wahlergebnisse überhaupt noch zuließen, wurden ihre Ergebnisse auf der Basis der Abgrenzung von 1928 zusammengefaßt und in die vergleichende Betrachtung einbezogen ¹⁵. Auch von den übrigen nach ihrer geographischen Abgrenzung unverändert gebliebenen Stimmbezirken wurde jeder einzelne geprüft, ob die Zahl seiner Wahlberechtigten zu stark gewachsen war, so daß die Voraussetzungen für einen Vergleich der Wahlergebnisse nicht mehr gegeben waren. Unter Berücksichtigung beider Kriterien, Veränderung der geographischen Abgrenzung und zu starke Zunahme der Wahlberechtigten, konnten 10 der 64 Stimmbezirke (nämlich: Nr. 1, 2, 3, 45, 51, 54, 55, 59, 62, 64) in die vergleichende Wahlanalyse nicht einbezogen werden ¹⁶.

2. Charakterisierung der Stimmbezirke nach den Wahlergebnissen

Auf einfachste Weise läßt sich nach den Ergebnissen der Reichstagswahlen von 1928 bis 1933 in den verbleibenden 54 Stimmbezirken eine deutliche Gruppierung und

¹⁴ Vierteljahreshefte zur StDR, 28. Jg. (1919), 1. Erg. Heft, S. 2.

¹⁵ In der textlichen, kartographischen und wahlstatistischen Darstellung wurde deshalb auch die Numerierung der Stimmbezirke von 1928 beibehalten.

¹⁶ Soweit sie ausnahmsweise in der textlichen Darstellung erscheinen, sind sie mit + gekennzeichnet.

damit erste Charakterisierung der meisten dieser Stimmbezirke gewinnen: Mit einer Präferenz für eine Partei wurde ein Stimmbezirk gekennzeichnet, wenn er bei jeder der fünf Reichstagswahlen ein überdurchschnittliches Wahlergebnis für die betreffende Partei erzielte. Bei der KPD und der NSDAP wurde, da die Radikalisierung der Wählerschaft erst 1930 (wieder) einsetzte, als Kriterium der Abgrenzung ein viermaliges überdurchschnittliches Wahlergebnis seit der Septemberwahl von 1930 gewählt. Durch die Bildung einfacher Rangfolgen nach den Reichstagswahlergebnissen wurde außerdem die Stellung eines jeden Stimmbezirks innerhalb der Gesamtheit der Bezirke hinsichtlich jeder Partei bei jeder der fünf Reichstagswahlen bestimmt. Das arithmetische Mittel der bei den fünf Reichstagswahlen erzielten Rangplätze charakterisiert das Wählerverhalten der einzelnen Stimmbezirke - zunächst global - für den ganzen Zeitraum von 1928 bis 1933. Wenn man dieses Verfahren auf die relativen Wahlergebnisse der SPD, KPD und der bürgerlichen Parteien (DNVP, CSVD, DVP, WP, BVP und DDP) anwendet, ergibt sich folgende Gliederung der Stimmbezirke: In 20 Stimmbezirken ¹⁷ lag der relative Stimmenanteil der SPD bei allen fünf Reichstagswahlen immer über dem durchschnittlichen relativen Wahlergebnis der Partei im gesamten Stadtgebiet. Das gleiche gilt für die KPD in ebenfalls 20 Stimmbezirken. Dabei handelt es sich überwiegend um die gleichen Stimmbezirke, die auch für die SPD überdurchschnittliche Stimmenanteile erzielt hatten ¹⁸. Den insgesamt 27 Stimmbezirken, in denen die SPD und KPD entweder gemeinsam oder eine von ihnen überdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielt hatten und die deshalb, wenn sie künftig zusammen erfaßt und genannt werden, als sozialistische Stimmbezirke bezeichnet werden sollen, steht eine starke Gruppe von

¹⁷ Nr. 4, 5, 6, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 20, 28, 29, 30, 46, 48, 49, 53, 58 mit den sich aus den relativen Wahlergebnissen ergebenden Durchschnittsrangplätzen 1 - 20. Zur Lage der Stimmbezirke (mit Ausnahme von Nr. 61 und 63) vgl. Übersichtskarte S. 473.

¹⁸ Nr. 4, 6, 7, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 19, 20, 29, 43, 44, 46, 47, 48, 49, 50 mit den Durchschnittsrangplätzen 1 - 14, 16 - 20 und 22. Die SPD-Bezirke 5, 8,

20 bürgerlichen Stimmbezirken gegenüber ¹⁹. Die übrigen 7 Stimmbezirke lassen sich nicht so eindeutig einordnen. Von ihnen können 6 Stimmbezirke als gemischte Bezirke bezeichnet werden ²⁰, während 1 Stimmbezirk in keine dieser drei Stimmbezirksgruppen paßt, andererseits aber der Spitzenbezirk der NSDAP unter den 54 hier zur Erörterung stehenden Stimmbezirken war ²¹. Interessant für unsere Untersuchung ist die Feststellung, daß sich unter den 24 NSDAP-Stimmbezirken ²² nur 2 sozialistische, jedoch 16 von 20 bürgerlichen Stimmbezirken befinden.

Die Stimmbezirke, in denen der Einfluß bestimmter Parteien vorherrschend war, gruppieren sich zu zusammenhängenden Flächen: Die beiden sozialistischen Parteien waren sehr stark in den Stimmbezirken westlich der Rednitz beiderseits der Würzburger Straße, nördlich bzw. östlich der Pegnitz zu beiden Seiten des ehemaligen Ludwig-Donau-Main-Kanals (Poppenreuth, Ronhof), in der Altstadt nördlich und

9, 28, 30, 53 und 58 sind nicht gleichzeitig auch KPD-Bezirke, während die KPD-Bezirke 7, 16, 19, 43, 44, 47 und 50 nicht als SPD-Bezirke zu kennzeichnen waren.

- ¹⁹ Nr. 17, 22, 23, 24, 25, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 52, 56, 60 mit den Durchschnittsrangplätzen 1 - 19,5.
- ²⁰ Nr. 18, 21, 26, 27, 57, 61 mit Rangplätzen zwischen 21 und 49,5 für SPD, KPD und bürgerliche Parteien. Am deutlichsten drückt sich diese Mittelstellung beim Stimmbezirk Nr. 21 aus mit folgenden Durchschnittsrangplätzen: SPD: 26; KPD: 30; bürgerliche Parteien: 24; NSDAP: 30.
- ²¹ Es handelt sich um den im Jahre 1923 aus dem Bezirksamt Fürth eingemeindeten Vorort Burgfarrnbach. Als Stimmbezirk Nr. 63 ist er atypisch für die Stadt, steht vielmehr nach seiner konfessionellen und sozialen Struktur wie nach seinen Wahlergebnissen näher beim Bezirksamt Fürth: besonders hoher Anteil der Protestanten, hoher Anteil an Arbeitern, frühzeitige und große NSDAP-Wählerschaft (Für das Bezirksamt Fürth vgl. Hagmann, Der Weg ins Verhängnis, S. 25⁴ und (= Tabellenwerk) S. 25).
- ²² Nr. 7, 18, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 31, 33, 34, 35, 36, 38, 39, 40, 41, 42, 56, 57, 58, 60, 61, 63, deren Kennzeichnung auf die gleiche Weise wie bei den sozialistischen und bürgerlichen Parteien erfolgte. Vgl. S. 54 f.

südlich der Königstraße sowie entlang der Rednitz, besonders stark auch in den Stimmbezirken an der Stadtgrenze nach Nürnberg beiderseits der Bahnlinie Nürnberg-Würzburg und in der Südstadt. Davon waren einige Stimmbezirke der Altstadt und die an der östlichen Stadtgrenze südlich der Bahnlinie Nürnberg-Würzburg gelegenen Stimmbezirke besondere Domänen der KPD. Abgesehen von den Vororten Dambach, Unter- und Oberfürberg (Nr. 60), Atzenhof, Stadelhof und Unterfarnbach (Nr. 61) sowie Burgfarnbach (Nr. 63) im großflächigen Bereich westlich der Rednitz (mit großer Nord-Süd-Ausdehnung) umschließen die sozialistischen Stimmbezirke ein zusammenhängendes Gebiet bürgerlicher Stimmbezirke, das sich zu beiden Seiten der Schwabacher Straße bis in die Südstadt ausdehnt und hier ebenso wie nördlich der Bahnlinie Nürnberg-Würzburg durch die an der östlichen Stadtgrenze gelegenen sozialistischen Stimmbezirke begrenzt wird. Schon ein erster Vergleich zeigt, daß zwar nicht ausschließlich, aber vorwiegend im Bereich der bürgerlichen Stimmbezirke die NSDAP ihre größten Erfolge errang ²³.

Für die Wahlbeteiligung sind ähnlich starke und eindeutige Gruppierungen der Stimmbezirke nicht feststellbar. Aus einem Vergleich der maximalen Rangplatzdifferenzen der Stimmbezirke, durch die der Unterschied zwischen dem niedrigsten und dem höchsten relativen Ergebnis gekennzeichnet ist, läßt sich erkennen, daß sich bezüglich der Wahlbeteiligung die Position der meisten Stimmbezirke innerhalb der Gesamtheit häufiger und stärker verändert hat, als dies in bezug auf ihr Votum für die einzelnen Parteien festgestellt werden konnte ²⁴. Anders

²³ Vgl. Stimmbezirkskarte, S. 473.

²⁴ Bei den fünf Reichstagswahlen hatten eine Differenz der Rangplätze zwischen 1 und 9: SPD in 68,5 %, KPD in 57,4 %, bürgerliche Parteien (insgesamt) in 66,7 % und die NSDAP noch in 35,2 % der Stimmbezirke. Für die Wahlbeteiligung sind die gleichen niedrigen Rangplatzdifferenzen nur in 7,4 % der Stimmbezirke aufgetreten. Es muß betont werden, daß diese Zahlen nicht eine Konstanz des Wählerverhaltens überhaupt ausdrücken, sondern nur, ob und in welchem Umfang die Stimmbezirke den jeweiligen Änderungen gefolgt sind.

ausgedrückt: Überproportionale Zunahme oder Abnahme war bei der Wahlbeteiligung häufiger festzustellen als bei den Wahlergebnissen der Parteien. Unter den Parteien hatte die NSDAP die stärksten Schwankungen. Nur 8 von den 54 Stimmbezirken hatten von 1928 bis 1933 durchgehend eine überdurchschnittliche Wahlbeteiligung²⁵, darunter 7 sozialistische und nur 1 NSDAP-Bezirk (Nr. 63). Von den 7 Stimmbezirken mit jeweils unterdurchschnittlicher Wahlbeteiligung²⁶ hatten dagegen 5 seit 1928 und 1 seit 1930 immer einen überdurchschnittlichen NSDAP-Stimmenanteil erzielt. Auch diese Beobachtungen widersprechen dem häufig gesehenen Zusammenhang zwischen hoher Wahlbeteiligung und großen Erfolgen der NSDAP.

Die beschriebenen Zusammenhänge lassen sich auch durch eine statistische Maßzahl, den Rangkorrelationskoeffizienten nach Spearman, kennzeichnen²⁷. Für den Gegensatz zwischen den sozialistischen und den bürgerlichen Parteien bzw. der NSDAP errechnen sich aus den

25 Nr. 5, 6, 9, 14, 47, 48, 53, 63.

26 Nr. 24, 26, 38, 41, 42, 44, 60.

27 Er wird nach der Formel $R = 1 - \frac{6 \sum d^2}{n(n^2 - 1)}$ berechnet;

dabei ist d die Differenz und n die Anzahl der Rangplätze. R kann Werte zwischen - 1 und + 1 annehmen, wobei ein starkes Gegensatzverhältnis (hohe Werte der einen sind niedrigen Werten der anderen Variablen zugeordnet) durch $R = - 1$, ein starker positiver Zusammenhang durch $R = + 1$ (hohe Werte der einen sind hohen Werten der anderen Variablen zugeordnet) ausgedrückt wird. $R = 0$ bedeutet, daß kein statistischer Zusammenhang besteht. Nach G. Clauß und H. Ebner, Grundlagen der Statistik für Psychologen, Pädagogen und Soziologen, Frankfurt a.M./Zürich 1971, S. 103 f., 114. Je näher also der Koeffizient bei + 1 oder - 1 liegt, umso stärker ist der positive oder negative Zusammenhang. Allein aus der Größe der Koeffizienten läßt sich jedoch die Stärke der Zusammenhänge nicht beurteilen. Dazu müssen sie mit anderen, für gleichartige Zusammenhänge errechneten Koeffizienten verglichen werden. "Jede Korrelation hat nur in bezug auf eine bestimmte und in einer bestimmten Weise gegliederte Beobachtungsmasse Geltung und erhält ihren Erkenntniswert erst durch den Vergleich mit anderen Korrelationen, die an derselben Masse auf dieselbe

Durchschnittsrangziffern²⁸ folgende Korrelationskoeffizienten:

SPD - bürgerliche Parteien:	- 0,89,
KPD - bürgerliche Parteien:	- 0,79,
SPD - NSDAP:	- 0,83,
KPD - NSDAP:	- 0,86.

Zwischen den Wahlergebnissen der beiden sozialistischen Parteien und der bürgerlichen Parteien sowie denen der NSDAP besteht folglich ein starker negativer Zusammenhang. Das heißt: Bei hohen Stimmenanteilen einer der beiden sozialistischen Parteien (besonders beider) bleiben die relativen Wahlergebnisse der bürgerlichen Parteien und der NSDAP gering. Das gleiche gilt umgekehrt. Dementsprechend besteht zwischen den Wahlergebnissen der bürgerlichen Parteien und der NSDAP ein

Weise gewonnen sind." (Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus, S. 107). Bei der Beurteilung eines Korrelationskoeffizienten muß außerdem beachtet werden, daß die "Koeffizienten Kausalitätsbeziehungen gegenüber neutral sind: Im Falle der rechnerischen Bestätigung von Zusammenhängen besagen diese Maße nichts darüber, ob eine Variable die andere verursacht. Im negativen Falle ist lediglich festgestellt, daß keine Korrelation nachzuweisen ist; sie kann dennoch ... bestehen" (Ingeborg Esenwein-Rothe, Theorie der Wirtschaftsstatistik, in: Kompendium der Volkswirtschaftslehre, hrsg. von Werner Ehrlicher, Ingeborg Esenwein-Rothe, Harald Jürgensen, Klaus Rose, 2. durchgesehene Auflage, Göttingen 1969, Band 2, S. 464). Ebenso Paul Neurath, Grundbegriffe und Rechenmethoden der Statistik für Sozialwissenschaftler, in: Handbuch der empirischen Sozialforschung, hrsg. von René König, 2. veränderte, durch einen Anhang und Register erweiterte Auflage, I. Band, Stuttgart 1967, S. 286: Ein signifikanter Korrelationskoeffizient kann Material zur Stützung einer Hypothese darstellen oder auch die Anregung zu einer Kausalhypothese, die sich im Verlauf der weiteren Untersuchung dann als richtig oder falsch erweisen mag, geben.

28 Vgl. S. 54 f.

positiver Zusammenhang von + 0,70²⁹. Dagegen läßt sich zwischen hoher Wahlbeteiligung und großen Erfolgen der NSDAP statistisch kein positiver Zusammenhang nachweisen. Der dafür errechnete Korrelationskoeffizient von - 0,49 deutet sogar auf eine schwache negative Beziehung hin.

Die für die Zeit von 1928 bis 1933 trotz der umfangreichen Wählerbewegungen feststellbaren Gruppierungen und Positionen der Stimmbezirke innerhalb der Gesamtheit beruhen offensichtlich auf einer älteren politischen Tradition: Es überrascht keineswegs, daß die bürgerlichen Stimmbezirke von 1928 bei den Wahlen zur Nationalversammlung für die DDP gestimmt hatten. Zwischen deren Wahlergebnissen am 19. Januar 1919 und denen der bürgerlichen Parteien am 20. Mai 1928 besteht ein sehr starker positiver Zusammenhang ($R = + 0,88$). Das gleiche gilt für die SPD ($R = + 0,90$). Auch im Ausmaß der Radikalisierung zeigen die Stimmbezirke eine gewisse Kontinuität. Wo die USP am 6. Juni 1920 erfolgreich war, hatte die KPD auch am 6. November 1932 noch einen großen Anhang ($R = + 0,88$). Nur etwas schwächer ist der Zusammenhang zwischen den Wahlergebnissen des Völkischen Blocks am 4. Mai 1924 und der NSDAP

29 Die hier errechneten Korrelationen sind keine Scheinkorrelationen, d.h. Korrelationen, die aus zwei Reihen errechnet worden sind, die sich "in spiegelbildlicher Entwicklung wechselseitig erzeugen" wie z.B. die Beschäftigten- und Arbeitslosenzahlen (Esenwein-Rothe, Theorie der Wirtschaftsstatistik, S. 463). Das wäre hier nur dann der Fall, wenn die Korrelationen aus sämtlichen oder nahezu sämtlichen Stimmenanteilen berechnet worden wären. Da aber mindestens jeweils eine der starken Gruppierungen (die sozialistischen Parteien, die bürgerlichen Parteien oder die NSDAP) außerhalb der Korrelationsrechnung blieb, erscheint die Berechnung der Koeffizienten noch sinnvoll. Es wäre ja auch - theoretisch - möglich, daß sozialistische Parteien und NSDAP positiv korrelieren. Natürlich ist die Ursache für ein hohes Wahlergebnis, z.B. der SPD, nicht das entsprechend niedrige der bürgerlichen Parteien und/oder der NSDAP. Die Ursache dafür ist vielmehr die Zusammensetzung der Wählerschaft und deren Entscheidung. Diese Zusammensetzung ist noch festzustellen und später auf die Wahlergebnisse mit Hilfe der Korrelationsrechnung zu beziehen.

am 14. September 1930 und am 31. Juli 1932 ($R = + 0,84$ bzw. $+ 0,83$)³⁰.

3. Die Entwicklung der Reichstagswahlergebnisse von 1928 bis 1933 in den Stimmbezirken

Wie nicht anders zu erwarten war, waren die Stimmenanteile der Parteien in den Stimmbezirken³¹ sehr unterschiedlich. Auch innerhalb

30 Alexander Weber, Soziale Merkmale der NSDAP-Wähler, Phil. Diss. Freiburg i. Br. 1969, S. 123, 135, kommt zu dem entgegengesetzten Ergebnis, daß nämlich die Wählerschaft der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei 1924/I mit der Wählerschaft der NSDAP von 1928 "nicht identisch" gewesen sei. Für eine derartig weitgehende Schlußfolgerung ist die Beweisführung jedoch nicht ausreichend fundiert. Zu diesem Ergebnis kommt Weber, der hier auf die Berechnung des Korrelationskoeffizienten verzichtet, aufgrund der Beobachtung, daß von den 41 konfessionell gemischten Gemeinden (= katholischer Bevölkerungsanteil zwischen 10 und 90 %) nur 9 Gemeinden (= 22 %) 1928 ebenso wie 1924/I einen relativen Anteil der NSDAP bzw. der Völkischen von mehr als 15 Prozent aufweisen. Das ist aber keineswegs bemerkenswert, da ja die NSDAP gleichzeitig in Baden/Hessen insgesamt von 4,0 auf 2,5 Prozent zurückfiel. Umgekehrt gewann die NSDAP 1928 in 54 von 426 (gemischten) Gemeinden (= 12 %), in denen die Völkischen 1924/I unter 5 Prozent geblieben waren, mehr als 5 Prozent der abgegebenen Stimmen. Wohl eine zu schmale Basis für eine Generalisierung. Auch Thomas Childers, The Social Bases of the National Socialist Vote, in: Journal of Contemporary History 11 (1976), H. 4, S. 18, 25, vertritt die Auffassung, daß sich die NSDAP-Wählerschaft der zwanziger Jahre von der späteren unterschied. Vor 1930 sei die NSDAP eine "catch-all party of protest" gewesen (S. 25).

31 Hinsichtlich der Kennzeichnung der Stimmbezirke begegnet die Untersuchung einer Schwierigkeit, mit der andere, mit größeren Wahlgebieten befaßte Arbeiten nicht konfrontiert werden: Es fehlen die historisch gewachsenen und deshalb allgemein geläufigen Bezeichnungen der Wahlgebiete. Eine Stadt, ein Landkreis, ein Regierungsbezirk oder ein Wahlkreis kann durch Nennung auf einer Karte lokalisiert und dann anschaulich vorgestellt werden. Die Bezeichnung der Stimmbezirke mit Zahlen bleibt trotz der Stimmbezirkskarte unanschaulich.

der einzelnen Stimmbezirksgruppen war das wahlverhalten keineswegs einheitlich. Die Stimmbezirke weisen vielmehr unter sich noch sehr große Unterschiede auf. Da jedoch die Wahlergebnisse aller 54 Stimmbezirke bei fünf Reichstagswahlen nicht im einzelnen wiedergegeben werden können, werden im folgenden die Ergebnisse der gruppierten Bezirke zusammengefaßt und von Wahl zu Wahl ebenfalls miteinander verglichen³². Wo es erforderlich und lohnend erscheint, werden die Ergebnisse der DNVP, des CSVD, der DVP, WP, BVP und DDP auch im einzelnen untersucht. Um die Darstellung jedoch nicht in Unübersichtlichkeit ausufern zu lassen, müssen die Wahlergebnisse dieser Parteien unter dem Begriff "bürgerliche Parteien" zusammengefaßt werden. Eine solche Zusammenfassung wird außerdem durch die Frage nahegelegt, inwieweit insbesondere (die) Wähler dieser Parteien den spektakulären Aufstieg der NSDAP ermöglichten. Diese Frage stellt sich, da diese Parteien (mit Ausnahme der BVP) gleichzeitig mit den Wahlsiegen der NSDAP starke Verluste erlitten. Unabhängig davon, daß SPD und KPD politisch keineswegs gemeinsam handelten, werden ihre Wahlergebnisse auch zusammengefaßt dargestellt, da beide Parteien sich vorwiegend auf die Arbeiterschaft stützten und, wenn überhaupt, nur an der Gesamtentwicklung der beiden sozialistischen Parteien die Verluste an die NSDAP sichtbar gemacht werden können.

a) Die Reichstagswahlergebnisse am 20. Mai 1928 in den Stimmbezirken

In den 27 sozialistischen Stimmbezirken insgesamt lag die Wahlbeteiligung am 20. Mai 1928 1,4 Prozent über dem Durchschnitt der Stadt (81,9 %) und deutliche 4,3 Prozent über der durchschnittlichen Wahlbeteiligung in den 20 bürgerlichen Stimmbezirken³³. Die Ergebnisse der

³² Vgl. Tabelle 3 und 4. Da viele Bezirke gleichzeitig als SPD- und KPD-Bezirke oder als bürgerliche und NSDAP-Bezirke zu kennzeichnen waren, können die Ergebnisse der Tabellen 3 und 4 nicht zum Gesamtergebnis addiert werden.

³³ Vgl. Tabelle 3 und 4.

einzelnen Stimmbezirke bestätigen diese Feststellung: Von den 27 sozialistischen Stimmbezirken kamen nämlich 19, und zwar maximal um 9,6 Prozent, von den bürgerlichen dagegen nur 5 Stimmbezirke bis zu 2 Prozent über den Fürther Durchschnitt hinaus. Die übrigen 15 bürgerlichen Stimmbezirke lagen bis zu 7,7 Prozent darunter. Der hier beschriebene Zusammenhang tritt auch in der Korrelationsrechnung in Erscheinung. Zwischen der Wahlbeteiligung und den relativen Wahlergebnissen der beiden sozialistischen Parteien (SPD + KPD) sowie der bürgerlichen Parteien errechnet sich mit $R = + 0,63$ und $R = - 0,64$ ein mittelstarker positiver bzw. negativer Zusammenhang. Damit dürfte hinreichend gesichert sein, daß am 20. Mai 1928 in Fürth die Wahlfreudigkeit in den Bevölkerungsschichten, auf die sich SPD und KPD stützten, größer war als unter der potentiellen Wählerschaft der bürgerlichen Parteien ³⁴.

³⁴ A. Weber, Soziale Merkmale der NSDAP-Wähler, S. 145 f., 160 f., beobachtete in Baden und Hessen die gleiche Tendenz: In Gemeinden mit hohem Arbeiteranteil, aber geringem Anteil landwirtschaftlicher Bevölkerung (die zu 85 % aus Selbständigen und deren Angehörigen besteht, a. a. O., S. 119) war am 20. 5. 1928 die Wahlbeteiligung höher als in den übrigen Gemeinden. In den protestantischen und den gemischten Gemeinden, nicht dagegen in den katholischen, steigt dann bis 1932/I die Wahlbeteiligung umso stärker an, je höher der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung (d.h. der Selbständigen) und je geringer der Arbeiteranteil ist. Seymour Martin Lipset, Soziologie der Demokratie, Neuwied/Berlin 1962, S. 214 f., berichtet ebenfalls von der besonders hohen Wahlbeteiligung der Arbeiter in Wien vor 1934 (94 %), in Frankreich und (allerdings für 1950) in Berlin. Auch nach Johannes Schauff, Zur Soziologie der Wahlen, in: Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Mainz 1975, S. 207, gehörten die Nichtwähler stärker den bürgerlichen Schichten als der Arbeiterschaft an. Über die größere Wahlfreudigkeit der dem Zentrum und der SPD nahestehenden potentiellen Wählerschaft in Essen vgl. Kühr, Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen, S. 216 ff. Die hohe Wahlbeteiligung im 'roten Offenbach' wurde bereits erwähnt, S. 21, Anm.4.

Im Gegensatz dazu beobachtet Herbert Tingsten, Political Behavior, London 1937, S. 120, 128 f., 131 f., 139, 161 f., wiederholt, daß die Wahlbeteiligung mit dem sozialen Standard steigt. In der hohen Wahlbeteiligung unter der Arbeiterschaft Wiens (T. erwähnt nur

Die relativen Stimmenanteile der SPD und der bürgerlichen Parteien insgesamt sind in den einzelnen Stimmbezirken weit gestreut; die der SPD reichen von 21,3 bis zu 73,4 Prozent ³⁵. Entsprechend ihrem Gesamtanteil von 4,9 Prozent blieb die KPD in den Stimmbezirken meist unter 5 Prozent, nur in 5 Stimmbezirken kam sie über 10 Prozent hinaus, in 1 Stimmbezirk erreichte sie knapp 20 Prozent ³⁶. Obwohl die sozialistischen Stimmbezirke nur 35,8 Prozent der Wahlberechtigten umfaßten, erhielt die KPD hier 55 Prozent, die SPD 41,9 Prozent ihrer Gesamtstimmen ³⁷. Die bürgerlichen Parteien blieben in den sozialistischen Bezirken 9 Prozent unter dem Gesamtdurchschnitt von 32,8 Prozent. Nur in 4 Stimmbezirken kamen sie über 30 Prozent hinaus; ihr niedrigstes Ergebnis überhaupt lag bei 7,8 Prozent ³⁸. Das Spiegelbild liefern, da die NSDAP am 20. Mai 1928 mit insgesamt 6,6 Prozent noch keine große Rolle spielte, naturgemäß die bürgerlichen Stimmbezirke: Von 31,9 Prozent aller Stimmberechtigten erhielten die bürgerlichen Parteien in diesen 20 Stimmbezirken 45,6 Prozent ihrer Gesamtstimmen. Ihr höchstes Ergebnis lag bei 66,7 Prozent ³⁹.

die Nationalratswahlen 1923) sieht Tingsten die Ausnahme von der allgemeinen Regel (a.a.O., S. 154 f.). Die gleiche Beobachtung, die für die Reichstagswahl 1930 in Nürnberg gemacht wurde (M. Meyer, Der Nichtwähler, Allgemeines Statistisches Archiv 22 (1931), S. 520 ff.) qualifiziert Tingsten als unzuverlässig ab, weil sie sich auf die zu weit zurückliegenden Ergebnisse der Berufszählung 1925 stütze und deren Klassifizierung undifferenziert sei. Außerdem liege die Wahlbeteiligung der Arbeiterschaft Nürnbergs nach Hinzunahme der Hausangestellten ohnehin unter dem Durchschnitt (a.a.O., S. 142 f.).

³⁵ In den Stimmbezirken 37 und 48. Das Maximum überhaupt erreichte die SPD im Stimmbezirk 3⁺ mit 87,2 Prozent.

³⁶ Stimmbezirk 50 mit 19,6 Prozent.

³⁷ Der recht niedrige Prozentsatz der SPD rührt daher, daß die SPD in diesen Tabellen unterrepräsentiert ist, da sich bei den 10 Stimmbezirken, die aus der Analyse ausscheiden mußten, 8 Stimmbezirke mit sehr hohen SPD-Stimmenanteilen befanden.

³⁸ Stimmbezirk 3⁺.

³⁹ Stimmbezirk 37.

Entsprechend niedrig war der Stimmenanteil der SPD, die hier mehr als 15 Prozent unter ihrem allgemeinen Durchschnittsergebnis blieb, vor allem aber der KPD mit 2,0 Prozent oder 12,8 Prozent ihrer Gesamtstimmen. Die KPD war also besonders stark auf die sozialistischen Stimmbezirke konzentriert, während die SPD im Vergleich dazu in den bürgerlichen Stimmbezirken noch relativ erfolgreich war. Bei den bürgerlichen Parteien fällt die verhältnismäßig breite Streuung der DNVP-Stimmen auf. Als stärkste der bürgerlichen Parteien erreichte sie in 6 Stimmbezirken 20 Prozent und mehr, in 1 Stimmbezirk sogar 39,3 Prozent. Die DVP überschritt nur noch in 1 Stimmbezirk 10 Prozent, die Wirtschaftspartei noch in 4 Stimmbezirken, die BVP nur in 2, die DDP dagegen, obwohl ihr Gesamtanteil von 5,6 Prozent nur um zwei Zehntel über dem der BVP lag, noch in 7 Stimmbezirken ⁴⁰.

Eine ähnliche Streuung wie bei der KPD finden wir auch bei der NSDAP. In den weitaus meisten Stimmbezirken erhielt sie zwischen 5 und 10 Prozent der gültigen Stimmen. Nur 1 Stimmbezirk überschritt ganz knapp 15 Prozent ⁴¹. Überdurchschnittlich mit 8,7 Prozent der abgegebenen Stimmen war die NSDAP in den 20 bürgerlichen Stimmbezirken repräsentiert, während sie in den 27 sozialistischen

40 Zur Veranschaulichung der Schwerpunkte der einzelnen Parteien des bürgerlichen Lagers werden hier die Ergebnisse der jeweils ersten zehn Stimmbezirke zusammengestellt:

DNVP		DVP		WP		BVP		DDP	
Bez.	%	Bez.	%	Bez.	%	Bez.	%	Bez.	%
61	39,3	38	10,9	12	13,8	36	11,4	38	22,2
60	26,2	34	9,8	21	12,1	34	10,7	41	21,0
42	25,8	37	9,8	13	11,2	46	9,1	37	20,8
31	24,2	31	9,7	25	10,6	52	9,0	39	15,4
41	22,5	42	8,7	24	9,8	39	8,2	17	13,2
63	21,7	60	8,2	35	9,5	37	8,0	23	12,3
38	20,0	39	8,1	56	9,2	24	7,3	24	11,5
37	19,7	24	7,9	20	9,1	33	7,3	31	10,0
34	18,3	22	7,7	18	8,9	47	7,2	25	9,9
7	16,3	41	7,7	15	8,8	32	6,9	42	9,8

41 Stimmbezirk 62⁺ mit 15,1 Prozent.

Stimmbezirken 0,8 Prozent unter dem Durchschnitt lag.

Die beschriebene Akzentuierung der Wahlergebnisse in den sozialistischen und bürgerlichen Stimmbezirken birgt keine Überraschungen. Festzuhalten bleibt: Die Tatsache, daß die Wahlbeteiligung am 20. Mai 1928 in den sozialistischen Stimmbezirken höher war als in den bürgerlichen Stimmbezirken, berechtigt zu der Annahme, daß dies in gleicher Weise für das gesamte Wählerpotential der sozialistischen und der bürgerlichen Parteien galt. Im weiteren Verlauf der Untersuchung wird zu prüfen sein, ob in der Folgezeit die bürgerlichen Schichten in größerem Umfang politisch mobilisiert wurden und, wenn dies der Fall war, von wem sie sich aktivieren ließen.

b) Die Reichstagswahlergebnisse am 14. September 1930 in den Stimmbezirken

Einer Analyse der Wahlergebnisse vom 14. September 1930 stellt sich auch für Fürth die Frage, worauf der Wahlsieg der NSDAP und der erheblich bescheidenere Erfolg der KPD zurückzuführen ist. Nach dem Gesamtergebnis der Stadt kommen dafür als ursächliche Faktoren (innerhalb der Analyse der Ergebnisse) in Betracht: die höhere Wahlbeteiligung, die Verluste der bürgerlichen Parteien sowie der Splitterparteien und die Verluste der SPD oder der beiden sozialistischen Parteien. Wahlbeteiligung und Ergebnisse der bürgerlichen Parteien wie der SPD sind folglich auf die Ergebnisse der NSDAP und KPD und, wo es erfolgversprechend erscheint, auch auf die jeweiligen positiven und negativen Veränderungen zu beziehen.

In gleicher Weise bedeutsam wie schwierig ist dabei die Frage, wie sich die Wahlbeteiligung ausgewirkt hat. Am 14. September 1930 stieg in allen 64 Stimmbezirken der Stadt Fürth die Wahlbeteiligung an. Während am 20. Mai 1928 die Beteiligungsziffern in den 54 Stimm-

bezirken dieser Analyse noch breit gestreut waren zwischen 74,2 und 93,7 Prozent, führte die Steigerung der Beteiligung am 14. September 1930 gleichzeitig zu einer Verringerung der Streuung. Die Wahlbeteiligung schwankte nur noch zwischen 80,8 und 95,8 Prozent. Abgesehen von drei Stimmbezirken mit Werten zwischen 80 und 83 Prozent und einem "Ausreißer" mit 95,8 Prozent lag die Wahlbeteiligung noch dichter zusammen, nämlich zwischen 85 und 92,2 Prozent ⁴². Die Stimmbezirke mit ehemals (20. 5. 28) schwacher Wahlbeteiligung hoben also ihr Niveau stärker an als diejenigen Stimmbezirke, die zuvor ohnehin schon eine hohe Wahlbeteiligung aufzuweisen hatten ⁴³. Zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung am 20. Mai 1928 und der Zunahme der Wahlbeteiligung am 14. September 1930 besteht ein entsprechend starker negativer Zusammenhang ($R = - 0,73$). Je niedriger also die Wahlbeteiligung am 20. Mai 1928 war, umso stärker, je höher, umso schwächer war in der Mehrzahl der Stimmbezirke die Steigerung der Wahlbeteiligung am 14. September 1930. Die 20 bürgerlichen Stimmbezirke, deren Wahlbeteiligung insgesamt am 20. Mai 1928 noch 2,9 Prozent unter dem Durchschnitt lag, erreichten infolgedessen am 14. September 1930 mit 87,7 Prozent bis auf 0,4 Prozent fast den allgemeinen Durchschnitt der Stadt. Ihr Abstand zur durchschnittlichen Wahlbeteiligung in den 27 sozialistischen Stimmbezirken, die nur noch 0,9 Prozent über dem Gesamtdurchschnitt lagen, verringerte sich gleichzeitig auf 1,3 Prozent. Unter den 33 Stimmbezirken mit überdurchschnittlicher Wahlbeteiligung befanden sich 20 sozialistische und nur 10 bürgerliche Stimmbezirke, zu den ebenfalls 33 Stimmbezirken mit einer überdurchschnittlichen Steigerung der Wahlbeteiligung (mehr als 6,2 %) zählten dagegen 17 bürgerliche (von 20) und nur 12 sozialistische Stimmbezirke.

42 Der gleiche Effekt wird auch am 31.7.32 und 5.3.33 zu beobachten sein.

43 Tingsten, Political Behavior, S. 230 spricht in diesem Zusammenhang von einem Streuungsgesetz: Er hatte beobachtet, daß regelmäßig mit der höheren allgemeinen Wahlbeteiligung die Unterschiede in der Wahlbeteiligung der verschiedenen Wählergruppen geringer wurden.

Die Stimmenanteile der SPD in den 54 Stimmbezirken waren auch am 14. September 1930 weit gestreut, allerdings auf niedrigerem Niveau zwischen 18,7 und 61,7 Prozent ⁴⁴. Ihre Verluste bewegten sich zwischen 1,3 und 17 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Stimmenanteile der KPD lagen diesmal etwas breiter gestreut zwischen 1,3 und 19,9 Prozent. Im Stimmbezirk 50 erreichte sie sogar 25,3 Prozent. Bis auf zwei Ausnahmen ⁴⁵ konnte sie in allen Stimmbezirken Gewinne erzielen, und zwar zwischen bescheidenen 0,3 und 9,6 Prozent. In den 27 sozialistischen Stimmbezirken insgesamt erhöhte die KPD ihren relativen Stimmenanteil um 4,2 Prozent auf 11,6 Prozent. Ihr absoluter Gewinn von 781 Stimmen war hier fast gleich groß wie der Verlust der SPD (- 847 Stimmen). Von ihrem Gesamtgewinn von 1 880 Stimmen hatte sie hier bei 35,1 Prozent der Wahlberechtigten allein 46,7 Prozent hinzugewonnen. In den 20 bürgerlichen Stimmbezirken konnte die KPD ihr niedriges Gesamtergebnis von 1928 auf 4,1 Prozent der gültigen Stimmen verdoppeln. Die Zunahme um 321 Stimmen übertraf noch die Verluste der SPD (- 215 Stimmen) in diesen Stimmbezirken ⁴⁶. Diese durch die absoluten Zahlen bereits angedeutete Beziehung wird durch die Korrelationsrechnung bestätigt. Zwischen den Verlusten der SPD und den Gewinnen der KPD (jeweils der relativen Ergebnisse) errechnet sich ein mittelstarker positiver Zusammenhang von $R = + 0,62$ ⁴⁷. Da der absolute Gewinn der KPD den abso-

44 Stimmbezirk 37 bzw. 5. Das höchste Ergebnis überhaupt erreichte wieder der Stimmbezirk 3⁺ mit 80,6 % der gültigen Stimmen für die SPD.

45 Stimmbezirke 22 und 2⁺ mit einer Abnahme des relativen Stimmenanteils von 0,2 bzw. 0,7 %.

46 Vom Gesamtgewinn der KPD entfielen auf die bürgerlichen Stimmbezirke 19,2 %.

47 Für alle 64 Stimmbezirke ergibt sich $R = + 0,59$. In den sozialistischen Stimmbezirken war der Zusammenhang stärker, als es dieser Koeffizient ausdrückt. Das Ergebnis wird stark negativ beeinflusst durch die bürgerlichen Stimmbezirke. Tönnies spricht in diesem Zusammenhang von Wählermassen, "die zwischen den beiden Parteien fluktuieren" (Ferdinand Tönnies, Zur Statistik der Deutschen Reichstagswahlen, in: Deutsches Statistisches Zentralblatt 23 (1931), H. 2, Sp. 38).

luten Verlust der SPD übersteigt, die SPD möglicherweise auch nach rechts einige Stimmen verloren hat, muß die KPD, selbst wenn sie keine Stimmen eingebüßt hätte, außer von den Verlusten der SPD auch von der höheren Wahlbeteiligung profitiert haben, auch wenn dieser Sachverhalt rechnerisch nicht belegt werden kann ⁴⁸. Ebenso wenig läßt sich ein denkbarer Zusammenhang zwischen der Zunahme der Wahlbeteiligung und der Abnahme der zusammengefaßten relativen Wahlergebnisse von SPD und KPD finden. Absolut hatten sich zwar die Stimmen der beiden Parteien um mehr als 600 erhöht, ihr Anteil an den gültigen Stimmen war jedoch um 4,7 auf 51,3 Prozent zurückgegangen. Es bleibt auch hier offen, inwieweit dieser Rückgang des relativen Stimmenanteils durch direkte Stimmenverluste oder mittelbar dadurch verursacht worden ist, daß die Neuwähler am 14. September 1930 nicht proportional zum Ergebnis der Wahl von 1928 für die SPD und/oder die KPD votierten.

Die bürgerlichen Parteien mußten in fast allen Stimmbezirken Verluste hinnehmen ⁴⁹. Bei einem durchschnittlichen Verlust von 10 Prozent der abgegebenen Stimmen hatten die bürgerlichen Parteien in 53 der 54 Stimmbezirke zwischen 0,3 und 26 Prozent eingebüßt ⁵⁰. Ihre Stimmenanteile lagen immer noch weit gestreut zwischen 9,5 und 49,5 Prozent, erreichten also auch in den bürgerlichen Hochburgen nicht mehr die 50-Prozent-

48 Das entsprechende - nicht wiedergegebene - Streudiagramm läßt keine Korrelation erkennen. Die Zunahme der Wahlbeteiligung dürfte durch zahlenmäßig stärkere Faktoren bestimmt worden sein, als es die - aufs Ganze bezogen - wenigen neuen KP-Wähler waren.

49 Nur in 3 von 64 Stimmbezirken verbesserten sie ihr relatives Wahlergebnis: Nr. 3⁺: + 0,2 %, Nr. 48: + 3,0 %, Nr. 54⁺: + 1,6 %. Auffallend ist, daß es sich dabei um 3 Stimmbezirke mit hohen SPD-Anteilen handelt; in Nr. 48 und 54 hatte die SPD außerdem besonders hohe Verluste. Für weitergehende Schlußfolgerungen ist die Basis von 3 Stimmbezirken zu schmal. Aber es ist durchaus möglich, daß hier Stimmenverluste der SPD nach rechts sichtbar werden.

50 In den bürgerlichen Stimmbezirken schwankten die Verluste zwischen 5,4 und 26,0 %, in den sozialistischen Stimmbezirken zwischen 0,3 % (bzw. dem Plus von 3,0 % im Bezirk 48) und 14,0 %.

Marke. In den 20 bürgerlichen Stimmbezirken verloren die bürgerlichen Parteien 1 310 Stimmen, das sind 44,6 Prozent ihrer gesamten Einbußen. Die 27 sozialistischen Stimmbezirke waren am Gesamtverlust der bürgerlichen Parteien mit einem Anteil von 21,9 Prozent (- 645 Stimmen) beteiligt. Auf das absolute Ergebnis vom 20. Mai 1928 bezogen, verloren die bürgerlichen Parteien am 14. September 1930 in den sozialistischen Stimmbezirken 18,2 Prozent, in den bürgerlichen Stimmbezirken dagegen 21,4 Prozent der Stimmen.

Besondere Beachtung unter den Wahlergebnissen des 14. September 1930 verdienen die Erfolge der NSDAP. Ihr Zuwachs um knapp 8 150 Stimmen bedeutete eine Steigerung um rund 300 Prozent. Dieser Zuwachs muß, wie aus der bisherigen Erörterung klar hervorgeht, aus verschiedenen Quellen gespeist worden sein. Denn keine der aus dem Gesamtergebnis sichtbaren Veränderungen, auch nicht die zusätzlichen 5 000 gültigen Stimmen, reichen hin, den Wahlerfolg der NSDAP zu erklären, selbst wenn man annehmen wollte, daß diese zusätzlichen Stimmen überwiegend oder gar ausschließlich für die NSDAP abgegeben worden sind. Das war aber sicher nicht der Fall.

Exkurs über Zunahme der Wahlbeteiligung und NSDAP-Gewinne am 14. September 1930

In der Literatur wird häufig die Auffassung vertreten, die hohe Wahlbeteiligung sei ein wichtiger oder gar der entscheidende Faktor für den Wahlsieg der NSDAP gewesen, ohne daß diese Aussage belegt wird⁵¹. Auch

51 Milatz, Wähler und Wahlen, S. 113, 127, 136 f., 143; Bracher, Probleme der Wahlentwicklung, S. 76; Martin Broszat, Der Staat Hitlers, 2. Auflage, München 1971, S. 14; Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, 2. Bd., 3. Auflage, Erlenbach/Zürich/Stuttgart 1962, S. 350; Günther Franz, Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867 bis 1949, 3. erg. Auflage, Bremen-Horn 1957, S. 62; Helmut Heiber, Die Republik von Weimar, 7. Auflage, München 1974, S. 226 f.;

Bracher begnügt sich in seiner "Auflösung der Weimarer Republik" in diesem Zusammenhang mit einem Hinweis auf Tingsten ⁵², der aber auf diese Frage überhaupt nicht näher eingegangen ist, sondern am Ende seiner Studie über die Wahlbeteiligung lediglich der Auffassung entgegentritt, daß eine höhere Wahlbeteiligung positiv für die Demokratie sei. Zwar wertet Tingsten die hohen Wahlbeteiligungsziffern in Österreich (1923 - 1930) und in Deutschland (1930 - 1933) als Symptome einer bis zum äußersten zugespitzten politischen Spannung. Welchen Parteien sich die zusätzlichen Wähler zugewandt haben, darüber sagt er jedoch nichts aus ⁵³. Das widerspräche seiner Methode, alles verfügbare Material aufzuarbeiten und darzulegen, bevor er derartige Aussagen macht. Nach Arthur Schweitzer gab 1930 "die Mehrzahl der 2,5 Millionen traditioneller Nichtwähler ihre Stimme für die NSDAP ab" ⁵⁴. Eine nähere Begründung fehlt, denn die soziale Schichtung der Nichtwähler könne statistisch nicht ermittelt werden. Man gehe aber aufgrund "politischer Beobachtung" davon aus, "daß die Mehrzahl der Nichtwähler in den untersten Mittelstandsschichten zu finden war ..." ⁵⁵ (und eben von den Nationalsozialisten mobilisiert werden konnte). Sehr bestimmt kritisiert Nils Diederich ⁵⁶ eine derartige unbelegte Behauptung Molts über die Masse der Nichtwähler als bedeutsames

Walter Tormin, Geschichte der deutschen Parteien seit 1848, 3. Auflage, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966, S. 185, 205; Siegmund Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik, 3. Auflage, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1973, S. 82; Gerhard Stoltenberg, Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918 - 1933, Düsseldorf 1962, S. 164; Geoffrey Pridham, Hitler's Rise to Power, London 1973, S. 142; Jeremy Noakes, The Nazi Party in Lower Saxony 1921 - 1933, London 1971, S. 153; Louis Hallgring jr., The German Reichstag Elections of September 1930, Phil. Diss. New York (Columbia) 1950, S. 227 f.; Samuel A. Pratt, The Social Basis of Nazism and Communism in Urban Germany, M.A. Thesis Michigan State College 1948, S. 39 f., 58.

52 Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 323, 327.

53 Tingsten, Political Behavior, S. 225.

54 Arthur Schweitzer, Die Nazifizierung des Mittelstandes, Stuttgart 1970, S. 9.

55 Ebenda.

56 Empirische Wahlforschung, S. 155.

Reservoir für die NSDAP ⁵⁷. Auch Alexander Weber konstatiert die mangelnde empirische Fundierung der Aussagen über Zusammenhänge zwischen den Wahlergebnissen (insbesondere der NSDAP) und der Wählerschaft ⁵⁸. Unter Berufung auf Lipset warnen Vogel/Nohlen/Schultze vor einer Überbewertung der angestiegenen Wahlbeteiligung im Zusammenhang mit dem Wahlerfolg der NSDAP ⁵⁹. Auch Jerzy Holzer schließt sich Lipset an. Der bedeutende Anteil der Nichtwähler in der Anhängerschaft der NSDAP ließe sich kaum bestreiten, sollte aber auch nicht überschätzt werden. Denn die größere Wahlbeteiligung sei zweifellos auch den katholischen Parteien und der KPD zugute gekommen ⁶⁰. Herbert Kühr stellt zunächst fest, "daß eine hohe Wahlbeteiligung KPD und NSDAP mehr begünstigte als eine der anderen Parteien" ⁶¹. Gestützt auf eine wahlstatistische Untersuchung des Amtes für Statistik und Wahlen der Stadt Essen über die Reichstagswahl 1932/I, wonach "eine sehr starke Wahlbeteiligung mit höheren Zentrumsanteilen korreliert" ⁶², kommt er dann aber zu dem Ergebnis, daß "die Krise und die extrem-radikalen Bewegungen ... indirekt aber auch alle potentiellen Zentrumswähler" ⁶³ mobilisierten, "mehr noch als KPD und NSDAP ... das Zentrum von der ungewöhnlich hohen Wahlbeteiligung in den Jahren 1930 bis 1933" profitierte ⁶⁴.

⁵⁷ Peter Molt, Vom kaiserlichen Reichstag zum Bundestag, in: Erwin Faul (Hrsg.), Wahlen und Wähler in Westdeutschland, S. 119, 132.

⁵⁸ A. Weber, Soziale Merkmale der NSDAP-Wähler, S. 53.

⁵⁹ Wahlen in Deutschland, S. 165, Anm. 77.

⁶⁰ Jerzy Holzer, Parteien und Massen, Wiesbaden 1975, S. 99, Anm. 83.

⁶¹ Kühr, Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen, S. 259.

⁶² Kühr, Parteien und Wahlen, S. 260.

⁶³ Ebenda.

⁶⁴ Kühr, Parteien und Wahlen, S. 293. Über die größere Wahlfreudigkeit potentieller Zentrums- und SPD-Wähler vgl. auch a.a.O., S. 216 ff. Auf die hohe Wahlbeteiligung im "roten Offenbach" wurde bereits oben S. 21, Anm. 4, hingewiesen.

Die naheliegende Auffassung, daß die Neuwähler überwiegend für die NSDAP gestimmt haben, findet sich schon bei den zeitgenössischen Beobachtern auf der Linken ⁶⁵ wie bei den Nationalsozialisten ⁶⁶. Auch unmittelbar unter dem Eindruck der Ereignisse geschriebene Wahlanalysen, die sich jedoch lediglich auf die Gesamtergebnisse, nur ausnahmsweise auch auf regionale Ergebnisse stützen, aber kein Material aus besonderen Erhebungen zu dieser Frage zur Verfügung hatten, betonten übereinstimmend die große Bedeutung der Neuwähler für den Wahlsieg der NSDAP. Dix führt das Wachstum der linksradikalen, besonders aber der rechtsradikalen Stimmen auf die Jungwähler zurück. Die 2 1/2 Millionen Jungwähler seien "beträchtlich in die Waagschale der radikalen Rechtsopposition gefallen ..." ⁶⁷. Auch Theodor Geiger meint, ebenfalls ohne den Nachweis zu führen, daß die 4 Millionen Wähler, die am 14. September 1930 ihre politische Abstinenz aufgegeben haben, zum größten Teil der NSDAP zugelaufen sind ⁶⁸. Walther Scheunemann stellt fest, daß die Gewinne der NSDAP nicht zu Lasten der linken Parteien gingen, sondern auf Kosten der Mittelparteien, "denen sie vor allem die Reserven der vielzitierten 'jungen Generation' und der Nichtwähler wegnahm" ⁶⁹. Werner Stephan, der die Wahlen der Jahre 1930 bis 1932 laufend analysiert, dieser Frage dabei allerdings wenig Platz eingeräumt hat, teilt auch die Auffassung, daß

65 Z.B. Carl Mierendorf, Die Lehre von Hamburg, in: Neue Blätter für den Sozialismus 2 (1931), S. 519.

66 Z.B. Wilhelm Seipel, Entwicklung der nationalsozialistischen Bauernbewegung in Hessen, in: Eugen Schmahl und Wilhelm Seipel, Entwicklung der völkischen Bewegung, Gießen 1933, S. 150 f.

67 Arthur Dix, Die deutschen Reichstagswahlen 1871 - 1930 und die Wandlungen der Volksgliederung, Tübingen 1930, S. 33, 37 und (Zitat) 46.

68 Theodor Geiger, Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit 7 (1930), S. 648.

69 Walther Scheunemann, Der Nationalsozialismus, Berlin 1931, S. 15.

"die Aktivierung der bisherigen Nichtwähler ... bei den meisten Wahlen des letzten Jahres der Hitlerbewegung zugekommen ist ..." ⁷⁰.

Mit diesen zeitgenössischen Aussagen scheint auch die Selbstverständlichkeit und Sicherheit begründet, mit der die Frage nach den Auswirkungen der höheren Wahlbeteiligung auf die Wahlergebnisse in der oben zitierten Literatur beantwortet wird. Einer so breiten Darstellung hätte es allerdings nicht bedurft, wenn diese Frage bereits so eindeutig beantwortet wäre. Tatsächlich sind Zweifel an der schon frühzeitig verbreiteten Auffassung vom Zusammenhang zwischen der höheren Wahlbeteiligung und den Gewinnen der NSDAP und KPD aufgekommen, sobald versucht wurde, diesen Zusammenhang durch detaillierte Analysen statistisch nachzuweisen. Auffallend ist dabei, daß die daraus entstehende Kontroverse bisher hauptsächlich in der englischsprachigen Literatur ausgetragen wurde.

Während Mellen (auch ohne nähere Analyse der Ergebnisse) noch annahm, daß die NSDAP neben den Stimmengewinnen von den bürgerlichen Parteien - ohne Zentrum - am 14. September 1930 von der starken Stimmenzunahme profitierte und am 31. Juli 1932 nach einem weiteren - aber geringeren - Anstieg der Wahlbeteiligung die große Mehrheit der Erstwähler für sich gewann ⁷¹, findet Pollock wenig Zusammenhang zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und dem Wahlergebnis ⁷². Er stellt zwar noch die Beobachtung heraus, daß im Gegensatz zu den Erwartungen die Wahlbeteiligung (zwischen 1930 und 1933) in vielen städtischen Industriegebieten des Deutschen Reiches höher

⁷⁰ Werner Stephan, Grenzen des nationalsozialistischen Vormarsches, in: Zeitschrift für Politik 21 (1932), S. 577.

⁷¹ Sydney L.W. Mellen, The German People and the Postwar World, in: The American Political Science Review 37 (1943), S. 620.

⁷² James K(err) Pollock, An Areal Study of the German Electorate, 1930 - 1933, in: The American Political Science Review 38 (1944), S. 93 f.

war als in den landwirtschaftlichen Gebieten und gleichzeitig die zusätzlichen Stimmen in den großen Städten im allgemeinen gegen Hitler abgegeben wurden, die landwirtschaftlichen Gebiete aber eine stärkere Neigung zur NSDAP zeigten. Um zu definitiven Schlüssen in dieser Frage zu gelangen, bedürfe es jedoch noch intensiver Analysen des Zusammenhanges zwischen dem Anstieg der Wahlbeteiligung und den NSDAP-Gewinnen. Diese Forderung war schon deshalb berechtigt, weil er selbst nur die aus den Ergebnissen der vier Reichstagswahlen (1930 - 1933) gebildeten Durchschnittsergebnisse in den 35 Wahlkreisen analysierte. Schließlich hatte er nur die Höhe der Wahlbeteiligung den Ergebnissen der NSDAP gegenübergestellt. Ein Vergleich der Veränderungen versprach dagegen mehr Erfolg.

Einen solchen Vergleich führte Lipset durch. Er bezog in den einzelnen Wahlkreisen die Zunahme der Wahlbeteiligung auf die Zunahme der nationalsozialistischen Stimmen und errechnete eine leicht negative Rangkorrelation von $-0,2$ ⁷³. Lipset sah sich durch das Ergebnis der Analyse Pollocks unterstützt ebenso wie durch die Feststellungen von Loomis/Beegle, die zwischen dem Anteil der Nichtwähler und den NSDAP-Stimmen in 59 (protestantischen) Landkreisen der Provinz Hannover eine positive, in 87 bayerischen Landkreisen keine signifikante Korrelation errechnet hatten und dadurch die These, daß die NSDAP vor allem bei den Nichtwählern Unterstützung fand, ebenfalls in Frage gestellt hätten⁷⁴. Lipset stützt sich außerdem auf "allgemeine Sätze über die Entwicklung neuer sozialer Bewegungen", wonach "die ausgestoßenen und apathischen Bevölkerungskreise durch extremistische und autoritäre Parteien" erst gewonnen werden können, "nachdem sich solche Parteien zu großen

⁷³ Bei $n = 35$ ist dieser Koeffizient allerdings nicht signifikant. Vgl. Lipset, Soziologie der Demokratie, S. 156.

⁷⁴ Charles P. Loomis and J. Allan Beegle, The Spread of German Nazism in Rural Areas, in: American Sociological Review 11 (1946), S. 733.

Bewegungen entwickelt haben ..." ⁷⁵. Außerdem würden Erstwähler in hohem Maße 'erblichen' Wahlschablonen folgen ⁷⁶. Zwar wird der Einfluß der Familie, der Gruppe überhaupt durch andere Forschungsergebnisse bestätigt ⁷⁷, die aufgezeigten Verhaltensmuster berechtigen jedoch noch nicht zu einer derart weitgehenden Generalisierung, die einen Rückschluß auf das Wahlverhalten unter jeweils anderen, insbesondere aber unter den extremen politischen Verhältnissen Deutschlands 1930 bis 1933 gestatteten. Mit anderen Worten: Die These Lipsets muß empirisch bewiesen oder widerlegt werden.

Heinrich Striefler versucht, den aus den Gesamtergebnissen von 1930 festgestellten Trend der Neuwähler zu begründen. Ausgehend von einer Teiluntersuchung des Statistischen Reichsamtes über die Altersstruktur der Nichtwähler bei der Reichstagswahl 1924/I nimmt er als wahrscheinlich an, daß auch 1928 der Anteil jugendlicher Nichtwähler (im Alter von 20 bis 30 Jahren) gleich hoch gewesen sei (ca. 3,5 Millionen von 10,4 Millionen Nichtwählern) und diese jugendlichen Nichtwähler dann (1930) "aus psychologischen Gründen" eher von einer radikalen Partei mobilisiert werden konnten ⁷⁸. Tingsten dagegen interpretiert die aus Nürnberg 1924/I und aus Hamburg, Ludwigshafen und Nürnberg 1929/1930 vorliegenden Daten sehr vorsichtig als eine - allerdings nicht sehr starke - Bestätigung der Auffassung, daß das verstärkte politische Interesse besonders unter der Jugend zutage getreten sei ⁷⁹.

⁷⁵ Lipset, Soziologie der Demokratie, S. 156.

⁷⁶ Lipset, Soziologie der Demokratie, S. 233 f.

⁷⁷ Vgl. Paul F. Lazarsfeld, Bernard Berelson und Hazel Gaudet, Wahlen und Wähler. Soziologie des Wahlverhaltens, Neuwied/Berlin 1969, S. 176, 180 ff. Vgl. auch Diederich, Empirische Wahlforschung, S. 101, 103, 139.

⁷⁸ Heinrich Striefler, Deutsche Wahlen in Bildern und Zahlen, Düsseldorf 1946, S. 20.

⁷⁹ "These data ... may be possibly be interpreted as a confirmation, though not very strong, of the widespread view that the heightened political interest manifesting itself in Germany during the break-through of national socialism was especially apparent among the young." Tingsten, Political Behavior, S. 97.

Eine besonders große Unterstützung der Nationalsozialisten und Kommunisten durch die Jungwähler hält auch er aufgrund der sichtbaren Tendenz für wahrscheinlich, aber nicht für erwiesen. Er vermeidet es aber, den fehlenden statistisch-empirischen Nachweis durch psychologische Generalisierungen zu ersetzen ⁸⁰.

Wenn Keles Schlußfolgerung richtig ist, daß die hohen prozentualen Zunahmen der NSDAP, die diejenigen der KPD in allen Wahlkreisen weit überstiegen, eindeutig zeigen, daß die Nationalsozialisten viel erfolgreicher als die Kommunisten die Neuwähler an sich zogen ⁸¹, dann müßte eine Korrelationsanalyse, wie Lipset sie durchgeführt hatte, ein positives Ergebnis bringen, d. h. den Zusammenhang bestätigen. Diese Bestätigung hat eine neuerliche Korrelationsanalyse der Wahlergebnisse von O'Lessker geliefert ⁸², der zwar auch nur die relativ großen Ein-

⁸⁰ Tingsten, *Political Behavior*, S. 114, 116 f., 231. Auch Johannes Schauff, *Zur Soziologie der Wahlen*, S. 211, bewahrt die gebotene Vorsicht vor allzu schnellen Schlußfolgerungen. Für die politische Stellung der jungen Generation "fehlen uns bisher (= 1928, Anm. H.St.) leider alle Anhaltspunkte. Es müßte sich noch erweisen, ob der ihr gewöhnlich zugesprochene Hang zum Radikalismus wirklich besteht". Pratt, *The Social Basis of Nazism and Communism*, S. 235, 241 f., kommt - allerdings für die Reichstagswahl 1932/I - zu dem Ergebnis, daß die soziale Stellung der primäre Bestimmungsfaktor für die politische Haltung auch der Jungwähler war. Bei den sozialistischen Parteien sei die KPD von den Jungwählern bevorzugt worden; die NSDAP habe alle Altersschichten der "Mittelklasse" angesprochen. Nach Childers, *The Social Bases of the National Socialist Vote*, S. 26, waren die Gewinne der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1930 und 1932/I das Ergebnis sowohl des Niederganges der nichtkonfessionellen bürgerlichen Parteien als auch des Zustroms ehemaliger Nichtwähler. Deren sozialer Standort sei aber dem der ehemaligen Wähler der aufgeriebenen bürgerlichen Parteien sehr ähnlich und, das kann gefolgert werden, ebenfalls bestimmend gewesen für ihre Wahlentscheidung.

⁸¹ Max H. Kele, *Nazis and Workers. National Socialist Appeals to German Labor, 1919 - 1933*, Chapel Hill 1972, S. 165.

⁸² Karl O'Lessker, *Who Voted for Hitler? A New Look at the Class Basis of Nazism*, in: *The American Journal of Sociology* 74 (1968), S. 63 - 69.

heiten der Wahlkreise einbezieht, aber mit verfeinerten statistischen Methoden ⁸³ den Zusammenhang der NSDAP-Gewinne mit der Zunahme der Wahlbeteiligung und den Ergebnissen der anderen Parteien prüft mit dem Resultat, daß vor den Gewinnen von den (nichtkatholischen) Mittelparteien die Neuwähler und früheren DNVP-Wähler die NSDAP zur Massenbewegung machten ⁸⁴. Zwar hält McKibbin in einem späteren Aufsatz gegen O'Lessker nach wie vor an der These Lipsets fest, läßt aber dabei die Ergebnisse der Korrelationsrechnung O'Lesskers unerörtert und greift zum statistischen Nachweis auf Loomis/Beegle und Pollock zurück ⁸⁵.

Vor dem Hintergrund dieser kontroversen Frage gewinnt unsere Untersuchung des Zusammenhanges zwischen der höheren Wahlbeteiligung und den NSDAP-Ergebnissen am 14. September 1930 in Fürth über den lokalen Rahmen hinaus an Bedeutung. Angesichts der hohen Wahlbeteiligung in den sozialistischen Stimmbezirken Fürths, die für die beiden Reichstagswahlen von 1928 und 1930 nachgewiesen werden konnte, überrascht es keineswegs, daß am 14. September 1930 zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und den relativen Wahlergebnissen der NSDAP kein

83 U.a. wendet sich O'Lesskers Kritik gegen die Anwendung einfacher Rangkorrelationen mit den zugrunde gelegten relativen Veränderungen. Er setzt die absoluten Zunahmen der Wahlbeteiligung in Beziehung zu den absoluten Zunahmen der NSDAP-Stimmen und berücksichtigt gleichzeitig die Ergebnisse der anderen Parteien (bzw. Parteigruppen) durch Anwendung multipler Korrelationen. Vgl. O'Lessker, *Who Voted for Hitler?*, S. 65 f.

84 O'Lessker, *Who Voted for Hitler?*, S. 66 f.: "... one can hardly escape the conclusion that it was a combination of new voters and defecting Nationalists that transformed the Nazi party into a true mass movement in September, 1930."

85 R.I. McKibbin, *The Myth of the Unemployed: Who Did Vote for the Nazis?*, in: *The Australian Journal of Politics and History* 15 (1969), Heft 2, S. 36 f., Anm. 50.

Zusammenhang erkennbar ist ⁸⁶. Aber auch zwischen der Zunahme der Wahlbeteiligung und der Zunahme der relativen NSDAP-Ergebnisse (im Vergleich zu 1928) läßt sich nur ein sehr schwacher positiver Zusammenhang feststellen ⁸⁷. In den 24 NSDAP- und den 20 bürgerlichen Stimmbezirken hatten sich zwar die gültigen Stimmen mit 10,7 bzw. 10,8 Prozent (bezogen auf die gültigen Stimmen vom 20. 5. 1928) stärker als in den 27 sozialistischen Stimmbezirken (+ 8,9 %) vermehrt. Damit werden aber nur unsere früheren Feststellungen über die stärkere Zunahme der Wahlbeteiligung in den bürgerlichen Stimmbezirken, von denen viele gleichzeitig NSDAP-Stimmbezirke waren, bestätigt. Ein Zusammenhang zwischen der höheren Wahlbeteiligung und den NSDAP-Erfolgen tritt hier noch nicht zutage. Dieser Zusammenhang wird erst deutlich, wenn man dem kritischen Einwand O'Lesskers folgt und statt der Rangkorrelation mit den Verhältniszahlen die Maßkorrelation mit den absoluten Zahlen (Veränderungen) anwendet ⁸⁸. Der so errechnete Koeffizient $r = + 0,54$ läßt keinen Zweifel mehr am Zusammenhang zwischen den Veränderungen der Wahlbeteiligung und der NSDAP-Ergebnisse. Andererseits bestätigt der vergleichbare Koeffizient für den Zuwachs der gültigen Stimmen und den gemeinsamen Gewinnen bzw. Verlusten der SPD und KPD einen positiven, und zwar mit $r = + 0,64$

86 Das - nicht wiedergegebene - Streuungsdiagramm zeigt eine Punktwolke.

87 $R = + 0,33$. Unter Einschluß der 10 Stimmbezirke, die wegen der starken Zunahme der Wahlberechtigten aus der Wahlanalyse ausscheiden mußten, erhöht sich allerdings R auf $+ 0,42$.

88 O'Lessker, Who Voted for Hitler?, S. 65, Anm. 7. Soweit es im Übrigen nicht geboten erschien, wurden aus arbeitsökonomischen Gründen sonst meist nur Rangkorrelationen berechnet. Zur Berechnung des Maßkorrelationskoeffizienten (r) vgl. z.B. Clauss/Ebner, Grundlagen der Statistik, S. 105. Unsere Untersuchung muß sich anders als O'Lessker auf einfache Korrelationen beschränken, kann also immer nur zwei Variable einbeziehen.

einen noch stärkeren Zusammenhang⁸⁹. Dieses Resultat wird gestützt durch unsere früheren Feststellungen, wonach sich das Wahlbeteiligungsniveau der bürgerlichen wie der sozialistischen Stimmbezirke stark angehoben hatte⁹⁰. Unter welchen Voraussetzungen diese Zusammenhänge stärker oder schwächer werden, müßten weitere lokale oder zumindest regionale Wahlanalysen ergeben. Eine Bestätigung des Erklärungsversuches von Alexander Weber, "daß die Wahlbeteiligungsgewinne von Rtgw. 1928 auf 1930 in NSDAP-günstigen Gebieten vor allem der NSDAP zugute kamen, in NSDAP-ungünstigen Gebieten hingegen in gleichem Maße vor allem den katholischen und sozialistischen Parteien zustatten kamen"⁹¹, würde die These vom Zusammenhang zwischen der angestiegenen Wahlbeteiligung und den Erfolgen der NSDAP zwar nicht insgesamt in Frage stellen, aber in der Weise differenzieren, daß am 14. September 1930 je nach der sozialen und konfessionellen Zusammensetzung der Wahlberechtigten neben und nach der NSDAP auch die katholischen und sozialistischen Parteien unter den Neuwählern in größerem Umfange Stimmen gewinnen konnten. Für die Stadt Fürth jedenfalls dürfte diese Schlußfolgerung, soweit sie sich auf die NSDAP und die sozialistischen Parteien bezieht, hinreichend belegt sein⁹².

89 O'Lessker, Who Voted for Hitler?, S. 67, errechnet zwischen der Zunahme der Wahlbeteiligung und der Zunahme der Stimmen für Zentrum/BVP und der KPD ebenfalls positive Korrelationen von $r = + 0,64$ bzw. $r = + 0,63$. Für die Zunahme der Wahlbeteiligung und die Stimmengewinne der KPD allein ergibt sich in Fürth mit $r = + 0,11$ kein signifikanter Zusammenhang.

90 Vgl. S. 66 f. Die stärkere Zunahme in den bürgerlichen Stimmbezirken zugunsten der NSDAP, wie man anzunehmen hat, kommt in diesen beiden Koeffizienten allerdings nicht zum Ausdruck.

91 Alexander Weber, Soziale Merkmale der NSDAP-Wähler, S.85.

92 Werner Kaltefleiter, Wirtschaft und Politik in Deutschland, Köln und Opladen 1966, S. 39, beobachtete in Gebieten, in denen die Bedingungen für die NSDAP günstig waren oder das Zentrum vorherrschte, einen überproportionalen Anstieg der Wahlbeteiligung zugunsten dieser Parteien und nannte dies den "Verstärkereffekt". Dieser Verstärkereffekt zeigt sich in Fürth auch zugunsten der sozialistischen Parteien.

Viel einfacher liegen die Verhältnisse, wenn man die Ergebnisse der NSDAP und der bürgerlichen Parteien aufeinander bezieht. Und zwar zeigt sich eine starke positive Korrelation ($R = + 0,75$) zwischen den relativen Wahlergebnissen der bürgerlichen Parteien am 20. Mai 1928 und der NSDAP am 14. September 1930. Noch stärker tritt dieser Zusammenhang hervor, wenn man die Verluste der bürgerlichen Parteien auf die Gewinne der NSDAP (jeweils am 14. 9. 1930) bezieht. Hierfür ergibt sich eine Korrelation von $R = + 0,80$ ⁹³. Dieses Ergebnis wird zusätzlich durch die Feststellung gesichert, daß die NSDAP in den 27 sozialistischen Stimmbezirken mit 35,1 Prozent der Wahlberechtigten nur 30,4 Prozent ihrer neuen Stimmen gewann; dagegen brachten ihr die 20 bürgerlichen Stimmbezirke mit nur 30,7 Prozent der Wahlberechtigten 36,7 Prozent der zusätzlichen Stimmen. Das gleiche Bild bieten die Ergebnisse der 24 NSDAP-Stimmbezirke ⁹⁴, unter denen sich 17 der 20 bürgerlichen Stimmbezirke befinden. In diesen 24 Stimmbezirken sammelte die NSDAP bei nur 37,2 Prozent der Wahlberechtigten 48,1 Prozent ihrer zusätzlichen Stimmen (+ 3 920). Dieser außerordentliche Stimmengewinn ging in erster Linie zu Lasten der bürgerlichen Parteien. Sie haben in den NSDAP-Stimmbezirken sowohl absolut wie relativ mehr verloren als die beiden sozialistischen Parteien.

Der große Verlierer unter den bürgerlichen Parteien war zweifellos die DNVP. Obwohl ihr mit Sicherheit der CSVD, in einigen Stimmbezirken wohl auch das Deutsche

93 Je höher die Verluste der bürgerlichen Parteien, umso größer waren die Gewinne der NSDAP. Das Vorzeichen des Rangkorrelationskoeffizienten ist nur deshalb positiv, weil zur Vereinfachung der Rechenarbeit die höchsten Verluste positiv, die niedrigsten Verluste negativ ausgezeichnet wurden. Aus den absoluten Verlusten errechnet sich dementsprechend ein negativer, mit $r = - 0,92$ noch stärkerer (Maß)Korrelationskoeffizient.

94 Vgl. Tabelle 4.

Landvolk ⁹⁵ Stimmen in größerem Umfang abgenommen haben, dürfte sie die rund 3 500 Stimmen, die sie am 14. September 1930 weniger erhalten hat, zum größeren Teil an die NSDAP verloren haben. Die absoluten Veränderungen weisen auf eine weitgehende Abhängigkeit der NSDAP-Gewinne von den Verlusten der DNVP hin ($r = -0,84$). Die Ergebnisse wie die Verluste der übrigen bürgerlichen Parteien sind für sich allein zu gering, um sie in Beziehung zu den Gewinnen der NSDAP setzen zu können ⁹⁶.

Während sich demnach die Wahlerfolge der NSDAP in erster Linie auf die Verluste der bürgerlichen Parteien stützten, besteht zwischen den beiden sozialistischen Parteien und der NSDAP, wenn man ihre relativen Wahlergebnisse vergleicht, eine ausgeprägte gegenläufige Beziehung ($R = -0,84$). Da das gemeinsame relative Wahlergebnis von SPD und KPD um 4,7 Prozent gefallen ist, liegen geringe Verluste von hier aus zur NSDAP trotzdem durchaus im Bereich des Wahrscheinlichen, auch wenn sich ein Zusammenhang zwischen den Verlusten der sozialistischen Parteien und den Gewinnen der NSDAP (jeweils nach den relativen Ergebnissen) rechnerisch nicht

⁹⁵ Das Deutsche Landvolk erhielt in den meisten Stimmbezirken lediglich einzelne Stimmen. Nur in den Stimmbezirken 55⁺ mit 2,9 %, 59⁺ mit 6,8 %, 60 mit 11,8 %, 61 mit 17,1 %, 63 mit 5,5 % und 64⁺ mit 13,8 % kam die Partei über eine Außenseiterrolle hinaus. Nicht zufällig handelt es sich dabei um Außenbezirke. Im gesamten Stadtgebiet erhielt das Deutsche Landvolk nur 1,2 % der gültigen Stimmen. Über die Stärke des Deutschen Landvolkes im ländlichen Mittelfranken: Pridham, Hitler's Rise to Power, S. 141.

⁹⁶ Bei niedrigen Wahlergebnissen können schon aus geringen Änderungen der absoluten Zahlen sehr große Unterschiede in der Rangreihe der relativen Wahlergebnisse resultieren. Als extremes Beispiel mag der Stimmbezirk 19 dienen, in dem die DVP 1932/I ihre Stimmen von 11 auf 14, ihren relativen Stimmenanteil von 2,0 auf 2,6 % erhöhte und dadurch in der Rangreihe von Platz 28,5 auf Platz 1 vorrückte. Unter solchen Voraussetzungen verbietet es sich von selbst, eine derartige Rangreihe noch mit anderen in Beziehung zu setzen.

bestätigen läßt 97.

Als Ergebnis ist festzuhalten: Am 14. September 1930 war die Wahlbeteiligung in den Stimmbezirken Fürths erheblich höher und ausgeglichener als am 20. Mai 1928. Die durchschnittlichen Wahlbeteiligungsziffern der bürgerlichen und der sozialistischen Stimmbezirke haben sich einander knapp unter bzw. über dem Gesamtdurchschnitt angeglichen. In den bürgerlichen Stimmbezirken wurden folglich die Nichtwähler des Jahres 1928 relativ stärker aktiviert als in den sozialistischen Stimmbezirken. Da gleichzeitig gerade in den bürgerlichen Stimmbezirken die NSDAP besonders erfolgreich war, kann als gesichert gelten, daß sich diese größere Steigerung der Wahlbeteiligung in den bürgerlichen Stimmbezirken ganz überwiegend zugunsten der NSDAP ausgewirkt hat. Der Einfluß der höheren Wahlbeteiligung auf die NSDAP-Ergebnisse war jedoch schwächer, jedenfalls im rechnerischen Nachweis, als dies häufig postuliert wird 98, und auch schwächer als der außerdem festgestellte Zusammenhang zwischen der höheren Wahlbeteiligung und den gemeinsamen Ergebnissen der sozialistischen Parteien. Von der SPD sind Stimmenverluste nach rechts möglich, in Einzelfällen auch sichtbar geworden. Ihre Verluste schlugen sich jedoch in den Gewinnen der KPD nieder. Darüber hinaus wird die KPD auch von der höheren Wahlbeteiligung profitiert haben. Das kann als wahrscheinlich gelten. Zu beweisen war es jedoch nicht, inwieweit die zusätzlichen Stimmen der KPD oder auch der SPD zugute kamen. Für die gemeinhin angenommene stärkere Anziehungskraft der KPD auf Neu-, insbesondere auf Jungwähler fehlt in Fürth wie insgesamt der Nachweis. Wegen des Rückgangs

97 Das - nicht wiedergegebene - Streuungsdiagramm zeigt eine Punktwolke. Der Korrelationskoeffizient dürfte deshalb nahe bei Null liegen. Auch der Versuch, eine entsprechende Beziehung allein in den 27 sozialistischen Stimmbezirken festzustellen, da dort der Einfluß der Verluste der bürgerlichen Parteien weniger bestimmend war für die Gewinne der NSDAP, ist fehlgeschlagen.

98 Vgl. oben S. 70 f.

des relativen Stimmenanteils der beiden sozialistischen Parteien sind ebenfalls als wahrscheinlich Verluste aus dem Wählerpotential der SPD und KPD an die NSDAP anzunehmen. Keinem Zweifel unterliegt dagegen nach den dargelegten Ergebnissen der Wahlanalyse der durchgehend starke Zusammenhang zwischen den Verlusten der bürgerlichen Parteien und den NSDAP-Gewinnen in den Stimmbezirken. Empirisch nicht zu bestätigen (für Fürth) ist folglich die These, daß zunächst die Neuwähler radikalisiert wurden und sich als erste dem Nationalsozialismus zuwandten, die Angehörigen des Mittelstandes die NSDAP dagegen erst später in größerem Ausmaß unterstützten, als die Partei sich dank der Neuwähler (von 1930) bereits zu einer Massenbewegung entwickelt hatte ⁹⁹. Aber auch für Lipsets Auffassung, daß kein oder gar ein negativer Zusammenhang zwischen der höheren Wahlbeteiligung und den Erfolgen der NSDAP bestehe, bieten die Wahlergebnisse Fürths am 14. September 1930 keine Grundlage. Die Wahrheit liegt, wie unsere Darstellung gezeigt haben dürfte, in der Mitte zwischen den beiden extremen Positionen. In Fürth hatten dabei die Stimmen der ehemaligen Wähler bürgerlicher Parteien stärkeres Gewicht für den Erfolg der NSDAP als die der Neuwähler.

c) Die Reichstagswahlergebnisse am 31. Juli 1932
in den Stimmbezirken

Bei einer geringen Erhöhung um 1,1 Prozent blieb am 31. Juli 1932 auch die Streuung der Wahlbeteiligung praktisch unverändert zwischen 83,8 und 95,2 Prozent. In mehr als zwei Drittel der 64 Stimmbezirke war die Änderung der Wahlbeteiligung nicht größer als 2 Prozent ¹⁰⁰. Da die bürgerlichen Stimmbezirke insgesamt mit 87,6 Prozent dem leichten Anstieg der Wahlbetei-

⁹⁹ So - nach Lipset, Soziologie der Demokratie, S. 155, - ursprünglich Reinhard Bendix.

¹⁰⁰ Die Extremwerte lagen bei - 0,4 und 5,2 %.

ligung nicht folgten, lagen sie jetzt wieder 1,6 Prozent unter dem Gesamtdurchschnitt und 2,1 Prozent unter dem Durchschnitt der sozialistischen Stimmbezirke, aber noch keineswegs so weit darunter wie 1928. Die folglich nach wie vor stärkere Wahlbeteiligung in den sozialistischen und die schwächere Wahlbeteiligung in den bürgerlichen Stimmbezirken, die zum größten Teil auch als NSDAP-Stimmbezirke einzustufen waren, wird auch durch die Korrelationsrechnung bestätigt ¹⁰¹. Infolge der geringeren Zahl der Wahlberechtigten nahm in den bürgerlichen Stimmbezirken bei fast unveränderter Wahlbeteiligung die Zahl der gültigen Stimmen ¹⁰² um rund 3,4 Prozent ab. In den sozialistischen Stimmbezirken blieb dagegen die Zahl der gültigen Stimmen nahezu unverändert (-0,9 %). Obwohl auch für die "Partei" der Nichtwähler ein fester Stamm angenommen werden muß ¹⁰³, kann nicht ausgeschlossen werden, daß sich hinter der zahlenmäßig wenig veränderten Wahlbeteiligung stärkere Bewegungen verbergen. Jedenfalls sind die Änderungen der Wahlbeteiligung zu gering, um zur Erklärung des neuerlichen Wahlerfolges der NSDAP beitragen zu können. Sie lassen sich deshalb - mit Aussicht auf ein verwertbares Ergebnis - nicht auf die Wahlergebnisse der Parteien und deren Veränderungen beziehen ¹⁰⁴.

Das herausragende Ergebnis der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 war wie 1930 der außerordentliche Erfolg der NSDAP. Mit knapp 7 000 zusätzlichen Stimmen erreichte sie 38,7 Prozent der gültigen Stimmen und wurde damit die

¹⁰¹ Zwischen der Wahlbeteiligung und den relativen Wahlergebnissen der sozialistischen Parteien ergibt sich ein positiver Zusammenhang ($R = + 0,59$), zwischen der Wahlbeteiligung und den relativen Wahlergebnissen der bürgerlichen Parteien wie der NSDAP ein negativer Zusammenhang ($R = - 0,50$ bzw. $R = - 0,60$).

¹⁰² Die ungültigen Stimmen können hier wie auch sonst vernachlässigt werden, da ihre geringe Zahl nicht auf eine Stimmenenthaltung als Protest schließen läßt.

¹⁰³ Vgl. Diederich, Empirische Wahlforschung, S. 89 f.

¹⁰⁴ Zu dem problematischen Wert einer Rangreihe, bei der die zugrundeliegenden Variablen zu geringe Abstände aufweisen vgl. S. 82, Anm. 96.

stärkste Partei in Fürth. In den 64 Stimmbezirken der Stadt lagen ihre Stimmenanteile nun breit gestreut zwischen 12,3 und 66,2 Prozent ¹⁰⁵. Bei einer durchschnittlichen Zunahme um 15,1 Prozent erhöhte sich der Stimmenanteil der NSDAP in den einzelnen Stimmbezirken allerdings sehr unterschiedlich, nämlich zwischen 3,0 und 35,2 Prozent. Entscheidenden Einfluß auf die Höhe des NSDAP-Gewinnes hatten, das ergibt sich bereits aus dem Gesamtergebnis der Stadt Fürth, die Einbußen der bürgerlichen Parteien. Zwischen den Verlusten der bürgerlichen Parteien und den Gewinnen der NSDAP errechnet sich in den 54 Stimmbezirken unserer Wahlanalyse erwartungsgemäß ein positiver, mit $R = + 0,70$ mittelstarker Zusammenhang. Zwischen den zusammengefaßten Verlusten bzw. Gewinnen der beiden sozialistischen Parteien und den Gewinnen der NSDAP ist dagegen kein Zusammenhang feststellbar ¹⁰⁶. Die stärkere Lieferantenrolle der bürgerlichen Parteien wird auch aus den zusammengefaßten Ergebnissen der gruppierten Stimmbezirke sichtbar. Von 29,7 Prozent der Wahlberechtigten gewann die NSDAP in den 20 bürgerlichen Stimmbezirken 32,8 Prozent, in den 27 sozialistischen Stimmbezirken von 34,7 Prozent der Wahlberechtigten dagegen nur 20,8 Prozent ihrer zusätzlichen Stimmen ¹⁰⁷.

Die stärksten Verluste unter den bürgerlichen Parteien mußten die Wirtschaftspartei, dann die Deutsche Staatspartei und der CSVD hinnehmen, während DNVP und BVP das Ergebnis der Reichstagswahl von 1930 halten bzw. geringfügig verbessern konnten. In den 35 (von 54) Stimmbezirken, die 1930 noch mehr als 5,8 Prozent der Stimmen für die Wirtschaftspartei abgegeben und damit über dem

¹⁰⁵ Unter 20 % blieben nur die Stimmbezirke 3⁺ und 48, mehr als 50 % erreichten bereits 6 Stimmbezirke: Nr. 61, 63, 31, 42, 60, 24, 41.

¹⁰⁶ Das - nicht wiedergegebene - Streuungsdiagramm zeigt eine Punktwolke. Der Korrelationskoeffizient dürfte deshalb nahe bei Null liegen.

¹⁰⁷ In den 24 NSDAP-Stimmbezirken mit 36,7 % der Wahlberechtigten erhielt die NSDAP 43,9 % der zusätzlichen Stimmen. Berechnet nach Tabelle 4.

Durchschnitt der Stadt gelegen hatten, verlor die Wirtschaftspartei zwischen 5,0 und 10,9 Prozent der gültigen Stimmen. Nur noch in einem Stimmbezirk kam sie über 2 Prozent, in 12 auf 1 - 2 Prozent, in allen anderen blieb sie darunter oder ohne eine einzige Stimme. Ähnlich erging es der Deutschen Staatspartei. Auch in ihren Spitzenbezirken, wo sie 1930 noch Ergebnisse zwischen 7,9 und 19,4 Prozent erzielt hatte ¹⁰⁸, büßte sie zwischen 4,5 und 15,0 Prozent der gültigen Stimmen ein. Ihr höchstes Ergebnis überhaupt lag jetzt bei 4,4 Prozent ¹⁰⁹. In den meisten Stimmbezirken erhielt sie weniger als 1 Prozent der gültigen Stimmen oder gar keine mehr. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß das Gros der fast 5 100 Stimmen, die die bürgerlichen Parteien am 31. Juli 1932 verloren, zur NSDAP überging. Die Verluste der beiden sozialistischen Parteien sind dagegen vergleichsweise gering ¹¹⁰.

Zwischen den beiden Linksparteien gab es jedoch eine deutliche Wählerbewegung von der SPD zur KPD, die mit einem Plus von 2 743 Stimmen ihren relativen Anteil um 5,9 Prozent, also wesentlich mehr als 1930 erhöhte. Die Korrelationsrechnung ergibt einen eindeutig positiven Zusammenhang von $R = + 0,69$. Dies wird bestätigt durch die zusammengefaßten Ergebnisse der 27 sozialistischen wie der 20 bürgerlichen Stimmbezirke ¹¹¹. Von nur 34,7 Prozent der Wahlberechtigten sicherte sich die KPD in den sozialistischen Stimmbezirken allein 49,9 Prozent ihres gesamten Gewinnes, in den bürgerlichen Stimmbezirken mit 29,7 Prozent der Wahlberechtigten dagegen nur

108 Stimmbezirke 37, 38, 39, 41, 42.

109 Stimmbezirk 38.

110 Zusammen haben beide Parteien knapp 900 Stimmen verloren. Das gleiche Verhältnis zeigen die Tabellen 3 und 4. Die Gewinne der NSDAP gehen überwiegend auf Kosten der bürgerlichen Parteien.

111 Vgl. Tabelle 3 und 4.

18,4 Prozent der zusätzlichen Stimmen. Wie im gesamten Stadtgebiet überstiegen die Verluste der SPD in den sozialistischen wie in den bürgerlichen Stimmbezirken (jeweils nach den zusammengefaßten Ergebnissen) die Gewinne der KPD. Es ist unwahrscheinlich, daß bei der allgemeinen Radikalisierung der Wählerschaft sich ehemalige SPD-Wähler in größerem Umfang der bürgerlichen Mitte zugewandt haben. In den die Gewinne der KPD übersteigenden Verlusten der SPD wird vielmehr in erster Linie der Tribut der beiden sozialistischen Parteien an den Nationalsozialismus zu erblicken sein.

Bei den aus dem Gesamtergebnis und den gruppierten Ergebnissen gefolgerten Wählerbewegungen kann es sich aber nur um die großen Tendenzen dieser Wahl handeln. Dahinter werden sich in kleinerem und kleinstem Umfang Bewegungen zwischen fast allen Parteien verbergen. Zusätzliche Informationen können sich möglicherweise ergeben, wenn man die Abweichungen der Korrelationsrechnungen näher betrachtet. Da die Wahlbeteiligung nahezu konstant blieb und deshalb keinen Erklärungsansatz bietet, wurden aus den Wahlergebnissen des 31. Juli 1932 lediglich die Verluste der bürgerlichen Parteien auf die Gewinne der NSDAP ($R = + 0,70$) und die Verluste der SPD auf die Gewinne der KPD ($R = + 0,69$) bezogen. Die Korrelationen sind, wie nicht anders zu erwarten, noch deutlich unterschieden von 1. Es liegt deshalb nahe, die nicht korrelierenden Stimmbezirke, insbesondere diejenigen mit größeren Abweichungen der Rangziffern ($|d| \geq 10$) näher zu untersuchen und die Gründe für diese Abweichungen festzustellen. Zu diesem Zweck wurden zunächst die Stimmbezirke herausgegriffen, in denen sich die Verluste der bürgerlichen Parteien nicht in gleich-

wertigen Gewinnen der NSDAP niederschlugen ¹¹². Dabei zeigt sich, daß in 11 von 12 Stimmbezirken, in denen zwischen den Verlusten der bürgerlichen Parteien und den Gewinnen der NSDAP größere Differenzen (genau: zwischen den entsprechenden Rangziffern) bestanden, die sozialistischen Parteien anders als im Gesamtergebnis Gewinne erzielt hatten, die Verluste der SPD unter den Gewinnen der KPD lagen und in zwei Fällen die SPD auch selbst ihr relatives Ergebnis erhöhen konnte. Bemerkenswert ist, daß sich unter diesen Stimmbezirken sozialistische wie bürgerliche, allerdings nur zwei NSDAP-Stimmbezirke (Nr. 25, 41) befanden. In diesen Stimmbezirken müssen also Stimmen von den bürgerlichen Parteien, abgesehen von den Stimmbezirken 10, 37, 41 allerdings kaum in erheblichem Umfang, auch nach links zu den sozialistischen Parteien gewandert sein. Theoretisch ist es zwar denkbar, daß diese Stimmen der KPD zugute gekommen sind und die Verluste der SPD deshalb geringer waren als deren Gewinne. Zutreffen wird jedoch die andere Alternative, daß sich Stimmen aus dem bürgerlichen Lager der SPD zugewandt und deren Verluste an die KPD zum Teil ausgeglichen haben. Diese Feststellung läßt sich durch einen Vergleich der 12 (von 54) Stimmbezirke untermauern,

¹¹² Ausgewählt wurden alle Stimmbezirke (von den 54 der Wahlanalyse), bei denen die Differenz der Rangziffern für die Verluste der bürgerlichen Parteien und die Gewinne der NSDAP negativ und ≥ 10 war, wenn also einem großen Verlust der bürgerlichen Parteien (= niedrige Rangziffer) ein relativ kleiner Gewinn der NSDAP (= höhere Rangziffer) gegenüberstand:

Bez.	$d_{\text{neg}} = \geq 10$	Plus/Minus soz. Parteien	Plus/Minus SPD	Plus KPD
4	- 15	+ 1,8 %	- 7,7 %	+ 9,5 %
10	- 12	+ 5,7 %	- 0,2 %	+ 5,9 %
12	- 12	+ 2,5 %	- 7,4 %	+ 9,9 %
13	- 13	+ 0,3 %	- 10,0 %	+ 10,3 %
14	- 10	+ 0,7 %	- 19,6 %	+ 20,3 %
17	- 15	+ 1,6 %	- 8,6 %	+ 10,2 %
20	- 12,5	+ 1,2 %	- 10,1 %	+ 11,3 %
25	- 10	+ 0,7 %	- 1,8 %	+ 2,5 %
32	- 10,5	- 0,9 %	- 4,5 %	+ 3,6 %
37	- 17	+ 5,6 %	+ 2,5 %	+ 3,1 %
41	- 25	+ 5,1 %	+ 1,4 %	+ 3,7 %
43	- 10,5	+ 2,0 %	- 9,0 %	+ 11,0 %

in denen der Gewinn der KPD deutlich höher war als der Verlust der SPD. Hierfür bietet sich die gleiche Erklärung an: Die Höhe des Gewinnes der NSDAP entspricht nicht dem Verlust der bürgerlichen Parteien ¹¹³. Die sozialistischen Parteien konnten demzufolge, gemessen am durchschnittlichen Verlust von 2,1 Prozent, in diesen Stimmbezirken kleine bis beachtliche Gewinne erzielen. Diese Gewinne verdanken sie Zugängen von den bürgerlichen Parteien, die in diesen Stimmbezirken meist mehr verloren hatten, als die NSDAP dazugewann. Aus den oben dargelegten Gründen ¹¹⁴ wird die SPD Nutznießer dieser allerdings nicht umfangreichen Wendung bürgerlicher Wähler nach links gewesen sein. In 16 von 54 Stimmbezirken ¹¹⁵ muß folglich ein Teil der bürgerlichen Wähler trotz der insgesamt gegenläufigen Tendenz für die SPD votiert haben.

¹¹³ In analogem Verfahren werden die relativen Wahlergebnisse in den nicht korrelierenden Stimmbezirken gegenübergestellt, und zwar in den Stimmbezirken, in denen die Differenz der Rangziffern für die Gewinne der KPD und die Verluste der SPD negativ und ≥ 10 war, wenn also einem großen Gewinn der KPD (= niedrige Rangziffer) ein relativ kleiner Verlust der SPD (= höhere Rangziffer) gegenüberstand.

Bez.	$d_{\text{neg}} = \geq 10$	Plus/Minus soz. Parteien	Minus d. bürg. Part.	Plus d. NSDAP
4	- 17,5	+ 1,8 %	- 13,1 %	+ 12,0 %
7	- 11	+ 0,9 %	- 7,8 %	+ 8,2 %
10	- 27	+ 5,7 %	- 8,1 %	+ 3,0 %
12	- 21,5	+ 2,5 %	- 8,9 %	+ 7,2 %
17	- 14	+ 1,6 %	- 13,8 %	+ 13,5 %
20	- 10	+ 1,2 %	- 12,5 %	+ 10,0 %
22	- 18	+ 0,3 %	- 13,7 %	+ 14,8 %
37	- 10	+ 5,6 %	- 18,8 %	+ 16,5 %
41	- 13	+ 5,1 %	- 17,3 %	+ 13,8 %
43	- 14,5	+ 2,0 %	- 12,5 %	+ 11,5 %
57	- 15	$\pm$ 0,0 %	- 13,9 %	+ 15,5 %
58	- 15	+ 0,8 %	- 11,9 %	+ 11,8 %

Die in diesen Anteilsziffern sich niederschlagende Bewegung eines Teils der bürgerlichen Wähler zur SPD tritt deutlicher hervor, wenn man beachtet, daß die bürgerlichen Parteien im Durchschnitt "nur" 11,1 % verloren, die NSDAP aber 15,1 %, also wesentlich mehr gewann.

¹¹⁴ Vgl. S. 89.

¹¹⁵ Vgl. Anm. 113 sowie S. 89, Anm. 112.

Mit den gleichen Mitteln läßt sich feststellen, daß in 11 Stimmbezirken Wähler der sozialistischen Parteien zur NSDAP abgewandert sind und in nicht unerheblichem Umfang zum Erfolg der NSDAP beigetragen haben. Dieser Zuzug von links kann aber (in den hier untersuchten 11 Stimmbezirken) einen relativen Stimmenanteil von rund 5 Prozent nicht wesentlich überschritten haben ¹¹⁶.

- 116 a) Stimmbezirke, in denen einem relativ kleinen Verlust der bürgerlichen Parteien größere Gewinne der NSDAP gegenüberstehen:

Bez.	d. pos. ≥ 10	Minus d. soz. Part.	Minus d. SPD	Plus/Minus d. KPD
6	+ 10	- 5,8 %	- 10,6 %	+ 4,8 %
8	+ 24	- 7,7 %	- 13,2 %	+ 5,5 %
23	+ 16	- 3,5 %	- 7,7 %	+ 4,2 %
28	+ 12	- 4,7 %	- 8,0 %	+ 3,3 %
35	+ 22,5	- 6,3 %	- 11,3 %	+ 5,0 %
44	+ 12,5	- 2,5 %	- 8,3 %	+ 5,8 %
49	+ 19,5	- 7,1 %	- 13,8 %	+ 6,7 %
63	+ 49	- 11,7 %	- 10,0 %	- 1,7 %

- b) Stimmbezirke, in denen einem relativ kleinen Gewinn der KPD ein größerer Verlust der SPD gegenübersteht:

Bez.	d. pos. ≥ 10	Minus d. soz. Part.	Minus d. bürgerl. Part.	Plus d. NSDAP
6	+ 22	- 5,8 %	- 6,0 %	+ 12,2 %
8	+ 20	- 7,7 %	- 12,8 %	+ 21,8 %
21	+ 10	- 4,1 %	- 14,9 %	+ 19,9 %
26	+ 13	- 2,4 %	- 14,9 %	+ 17,4 %
28	+ 15,5	- 4,7 %	- 13,0 %	+ 18,4 %
35	+ 23	- 6,3 %	- 12,8 %	+ 19,9 %
49	+ 13,5	- 7,1 %	- 4,9 %	+ 13,6 %
61	+ 31	- 9,3 %	- 25,5 %	+ 35,3 %
63	+ 37,5	- 11,7 %	- 4,4 %	+ 22,1 %

Wenn man unterstellt, daß alle von den sozialistischen Parteien verlorenen Stimmen zur NSDAP gingen, errechnet sich für diese Stimmenverschiebung ein relativer Anteil von rund 5 Prozent. Ausgeschlossen ist die andere Möglichkeit, daß sich SPD-Wähler in größerer Zahl der bürgerlichen Mitte zugewandt haben. Dagegen spricht der Verfall der Mittelparteien, die ihre Anziehungskraft mehr und mehr verloren hatten und in diesen 11 Stimmbezirken (ohne die BVF) oft nicht einmal mehr über so viele Stimmen insgesamt verfügten, wie die sozialistischen Parteien verloren hatten.

Ohne Zunahme der Wahlberechtigten, bei fast konstanter Wahlbeteiligung und praktisch unveränderter Zahl der gültigen Stimmen stützten sich am 31. Juli 1932 die Gewinne der NSDAP auf die Verluste der bürgerlichen Parteien. Wenn auch in einzelnen Stimmbezirken eine vergleichsweise schwache gegenläufige Bewegung von den bürgerlichen Parteien zur SPD festzustellen war, zeigten die Ergebnisse der Stimmbezirke eine sehr deutliche Neigung der bürgerlichen Stimmbezirke zur NSDAP. In den bürgerlichen Stimmbezirken buchte die NSDAP deutlich größere Gewinne als in den sozialistischen Stimmbezirken. Die SPD verlor fast in allen Stimmbezirken, und zwar wieder an die KPD, deren Gewinn allein von der SPD kommen kann. Aufschlüsse darüber, wie sich die begrenzten Verluste der beiden sozialistischen Parteien auf die SPD und KPD aufschlüsseln, lassen sich auch aus der Analyse der Ergebnisse der Stimmbezirke nicht gewinnen.

d) Die Reichstagswahlergebnisse am 6. November 1932 in den Stimmbezirken

Abgesehen von drei Ausnahmen ¹¹⁷ ging die Wahlbeteiligung am 6. November 1932 in den (übrigen 61) Stimmbezirken zurück. Der Rückgang, der die bürgerlichen wie die sozialistischen Stimmbezirke fast gleichmäßig traf ¹¹⁸, bewegte sich zwischen 0,3 und 7,6 Prozent. Ein Vergleich der Wahlergebnisse in beiden Stimmbezirksgruppen zeigt wie das Gesamtergebnis der Stadt die enge Beziehung zwischen den Verlusten der NSDAP und den Gewinnen der bürgerlichen Parteien sowie den Verlusten der SPD und den Gewinnen der KPD ¹¹⁹. In den bürgerlichen Stimmbezirken, wo die Zahl der Wahlberechtigten stärker gestiegen war

¹¹⁷ Stimmbezirke 8, 34 und 61 mit einem minimalen Plus zwischen 0,2 und 0,6 %.

¹¹⁸ Jeweils - 2,8 %; vgl. Tabelle 3 und 4.

¹¹⁹ Für den Zusammenhang zwischen den Verlusten der NSDAP und den Gewinnen der bürgerlichen Parteien errechnet sich $R = + 0,63$. Zur Problematik der Berechnung eines Korrelationskoeffizienten bei geringen Veränderungen vgl. S. 82 Anm. 96.

als in den sozialistischen Stimmbezirken ¹²⁰; wurde diese Zunahme von der gesunkenen Wahlbeteiligung nicht vollständig kompensiert, so daß die Gewinne der bürgerlichen Parteien die Verluste der NSDAP überstiegen, sogar die SPD neben der KPD noch einige Stimmen dazugewinnen konnte. Die DNVP hat sich mit zwei Ausnahmen in allen Stimmbezirken verbessert ¹²¹. Kleine bis kleinste Gewinne hatte die DVP in den meisten der 64 Stimmbezirke der Stadt. Unerheblich blieben auch die Veränderungen der BVP, die überwiegend geringe Verluste erlitt. Die Deutsche Staatspartei konnte sich nicht einmal in ihren ehemaligen Domänen nennenswert verbessern ¹²², die Wirtschaftspartei sich nirgends erholen ¹²³. Im Zusammenhang mit den Verlusten der NSDAP hatte folglich nur die DNVP etwas Aufwind erhalten. Die Lage der Mittelparteien dagegen war nach wie vor hoffnungslos.

e) Die Reichstagswahlergebnisse am 5. März 1933
in den Stimmbezirken

Wie schon bei den vorangegangenen Wahlen zu beobachten war, verminderte sich mit der Zunahme der Wahlbeteiligung ihre Streuung ¹²⁴. Am 5. März 1933 bewegte sich die Wahlbeteiligung in den 64 Stimmbezirken der Stadt zwischen 89,0 und 96,1 Prozent. Bereits diese Dichte der Wahlbeteiligung weist auf den Sachverhalt hin, daß in Stimmbezirken mit ehemals schwächerer Wahlbeteiligung die Nichtwähler stärker mobilisiert werden konnten als in Stimmbezirken mit ohnehin hoher Wahlbeteiligung. Tatsächlich ergibt die Korrelationsrechnung mit

¹²⁰ Dadurch wird die Vermutung gestützt, daß es sich bei den am 31. 7. 1932 außerhalb Fürths abstimmenden Stimmscheinwählern überwiegend um bürgerliche Wähler handelte. Vgl. S. 38, Anm. 50.

¹²¹ Die Zunahmen bewegen sich zwischen 0,1 und 8,6 %.

¹²² In den Stimmbezirken 37 und 38 gewann sie jeweils magere 1,2 %. Das war ihr bestes Ergebnis.

¹²³ Die Ergebnisse des CSVD wurden für die Stimmbezirke nicht im einzelnen festgestellt.

¹²⁴ Vgl. oben S. 67 und S. 84.

$R = - 0,86$ einen sehr starken negativen Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung am 6. November 1932 und der Zunahme der Wahlbeteiligung am 5. März 1933. Die Zunahme der Wahlbeteiligung war in den bürgerlichen Stimmbezirken insgesamt stärker als in den sozialistischen Stimmbezirken. Der Unterschied der Wahlbeteiligungsquote in den beiden Stimmbezirksgruppen verringerte sich nämlich von 2,1 (1932/II) auf 0,5 Prozent. Zwischen den beiden Stimmbezirksgruppen bestanden damit in bezug auf die Wahlbeteiligung praktisch keine Unterschiede mehr ¹²⁵.

Angesichts der Agitation und des Terrors der Nationalsozialisten ist die Annahme naheliegend, daß der größte Teil der zusätzlich mobilisierten Wähler für die NSDAP votierte. Der Versuch, diese Hypothese zu sichern, wird bei dieser Wahl dadurch begünstigt, daß der Zuwachs an gültigen Stimmen (+ 3 800) die weitaus stärkste Veränderung im Vergleich zur Novemberwahl 1932 war, die Verluste der bürgerlichen Parteien (- 900 Stimmen) und auch der sozialistischen Parteien (- 1 100 Stimmen) ganz erheblich darunter lagen. Die außergewöhnlich hohe Wahlbeteiligung von 93,0 Prozent kann allerdings auch hier nicht ohne weiteren Nachweis mit einer besonderen Anziehungskraft der NSDAP auf Neuwähler oder allein damit erklärt werden, daß die Nationalsozialisten nach der Machtergreifung den staatlichen Macht- und Propagandaapparat für sich einsetzen konnten. Denn eine fast gleich hohe Wahlbeteiligung von 91,9 Prozent hatte Fürth schon zuvor, zwar nicht bei einer Reichstagswahl, aber bei der Wahl des Reichspräsidenten am 13. März 1932 (1. Wahlgang), als Hindenburg mit 53,3 Prozent klar die absolute Mehrheit überschritt, Hitler aber nur 34,0 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt ¹²⁶, die außergewöhnlich hohe Wahlbeteiligung sich also keineswegs einseitig für Hitler ausgewirkt haben konnte. Tatsächlich tritt aber der Zusammenhang zwischen der Zunahme der Wahlbeteiligung und den NSDAP-Gewinnen, der unter

¹²⁵ Vgl. Tabelle 3 und 4.

¹²⁶ Vgl. oben S. 36.

anderen Bedingungen am 14. September 1930 z. B. durch die hohen Verluste der bürgerlichen Parteien teilweise verdeckt sein konnte, am 5. März 1933 sehr deutlich hervor. Lipset selbst, der ja einen solchen Zusammenhang für September 1930 bestreitet, weist für die Märzwahl 1933 eine mittelstarke, nach seiner Einschätzung hohe positive Korrelation von $+ 0,60$ nach ¹²⁷. Auch in Fürth hatte die NSDAP zweifelsfrei ihre Stimmengewinne in hohem Maße dem Anstieg der Wahlbeteiligung zu danken. Mit $r = + 0,75$ tritt dieser Zusammenhang sogar wesentlich stärker hervor als bei Lipset für die 35 Wahlkreise des Deutschen Reiches ¹²⁸. Trotz der verhältnismäßig geringen Verluste der bürgerlichen Parteien ¹²⁹ ist ein mittelstarker Zusammenhang mit den Gewinnen der NSDAP rechnerisch nachweisbar ($R = + 0,65$). In den Stimmbezirken, die in der Korrelationsrechnung am stärksten nach der einen oder anderen Seite abweichen, zeigt sich der Einfluß der Ergebnisse der sozialistischen Parteien auf die Gewinne der NSDAP ¹³⁰. Die Korrelationsrechnung ergibt auch einen Zusammenhang zwischen den Verlusten der beiden sozialistischen Parteien und den Gewinnen der NSDAP, der aber mit $R = + 0,43$ recht schwach ist. Wie das - nicht wiedergegebene - Streuungsdiagramm zeigt,

127 Lipset, Soziologie der Demokratie, S. 157 f.

128 Wiederum ergab die Korrelationsrechnung mit den Prozentzahlen (Rangkorrelation) mit $R = + 0,28$ nur einen schwach positiven, nicht signifikanten Koeffizienten. Erst die Rechnung mit den absoluten Veränderungen brachte ein positives Ergebnis. Vgl. oben S. 79.

129 Trotz der Regierungsbeteiligung der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot werden deren Stimmenanteile schon aus Gründen der Vergleichbarkeit mit den Untersuchungen der früheren Reichstagswahlen den Wahlergebnissen der bürgerlichen Parteien hinzugerechnet.

130 In den Stimmbezirken a) 19, 52 und 56 und b) 6, 23, 43 und 47 korrelieren die Verluste der bürgerlichen Parteien nicht mit den Gewinnen der NSDAP (in Nr. 47 hatte sie sogar einen minimalen Verlust): im Fall a), weil die NSDAP-Gewinne weit überwiegend von den Verlusten der sozialistischen Parteien gespeist werden; im Fall b), weil die sozialistischen Parteien nur sehr geringe Verluste hatten. Der NSDAP-Zuwachs wurde hier also entweder positiv oder negativ bestimmt durch die sozialistischen Parteien.

ist jedoch der Zusammenhang in den meisten Stimmbezirken wesentlich strenger ¹³¹. Ohne die sieben Stimmbezirke, die in besonders großem Umfang abweichen, ergibt sich für die restlichen 47 Stimmbezirke eine wesentlich stärkere Korrelation von $R = + 0,77$. SPD und KPD müssen nun auch, darauf weist diese strenge Korrelation hin, mehr als bisher Wähler an die NSDAP verloren haben. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß sich schon seit 1930 der Besitzstand der Linken ständig verschlechtert hatte. Es ist durchaus möglich, daß dieser Zusammenhang aber bisher hinter dem sehr viel stärkeren Strom bürgerlicher Wähler zur NSDAP verborgen blieb und erst jetzt angesichts der verhältnismäßig geringen Verluste der bürgerlichen Parteien, deren Wählerschaft offensichtlich bis auf den harten Kern geschrumpft war, deutlicher in Erscheinung trat.

Interessant ist noch die Beobachtung, daß die Verluste der sozialistischen Parteien in den bürgerlichen Stimmbezirken größer waren. Während die bürgerlichen Parteien in den sozialistischen wie in den bürgerlichen Stimmbezirken fast den gleichen Anteil an Stimmen verloren (13,9 bzw. 12,9 % der Stimmen von 1932/II), büßten die sozialistischen Parteien in den bürgerlichen Stimmbezirken mit 9,5 Prozent gegen nur 4,7 Prozent in den sozialistischen Stimmbezirken einen wesentlich größeren Teil der 1932/II noch für sie abgegebenen Stimmen ein ¹³².

¹³¹ Der positive Zusammenhang wird sehr stark von den 7 nicht korrelierenden Stimmbezirken a) 31, 34, 42, 60 und 61 sowie b) 48 und 50 abgeschwächt. Im Fall a) gingen die hohen Gewinne der NSDAP auf Kosten der bürgerlichen Parteien, während die sozialistischen Parteien hier nur relativ geringe Verluste hatten. Im Fall b) dagegen waren zwar die Verluste der sozialistischen Parteien hoch, nicht aber die Gewinne der NSDAP. Dagegen verloren die bürgerlichen Parteien in Nr. 48 nur 0,9 % der abgegebenen Stimmen, in Nr. 50 buchten sie sogar einen bescheidenen Gewinn von 1,4%.

¹³² Berechnung nach den Tabellen 3 und 4. Insgesamt verloren die bürgerlichen Parteien im Stadtgebiet gegenüber 1932/II 13,2 %, die sozialistischen Parteien 4,8 % ihrer Stimmen.

Sozialistische Wähler ließen sich offenbar in den bürgerlichen Stimmbezirken, in einer Umgebung also, in der sie für ihre politische Entscheidung weniger starken Rückhalt fanden, leichter vom Nationalsozialismus anziehen als in den sozialistischen Stimmbezirken, wo sie sich mit 52,6 Prozent der gültigen Stimmen immer noch in der Mehrheit befanden ¹³³. Die NSDAP hatte nach wie vor in den bürgerlichen Stimmbezirken, wo sie deutlich über die absolute Mehrheit hinaus kam, einen ganz erheblich höheren Stimmenanteil als in den sozialistischen Stimmbezirken. Ihre prozentualen Gewinne (bezogen auf das absolute Ergebnis 1932/II) waren jedoch in den beiden Stimmbezirksgruppen praktisch gleich ¹³⁴.

Die SPD hatte ihr verhältnismäßig günstiges Ergebnis am 5. März 1933 den Stimmengewinnen von der KPD zu danken. In den 21 von 54 Stimmbezirken, in denen die SPD Gewinne zwischen 0,1 und 8,8 Prozent der gültigen Stimmen erzielen konnte, lagen die Verluste der KPD mit einer Ausnahme im Stimmbezirk 47 über den Gewinnen der SPD, die folglich nicht alle Wähler, die sich von der KPD abwandten, an sich ziehen konnte. Die Gewinne der SPD und auch die Höhe ihrer Verluste in den übrigen Stimmbezirken stehen jedoch in einem eindeutigen mittelstarken Zusammenhang von $R = + 0,62$ mit den Verlusten der KPD. Ohne die 5 Stimmbezirke mit den größten Abweichungen verstärkt sich die Korrelation auf

¹³³ Es ist durchaus möglich, daß sich die Wähler der sozialistischen Parteien in den bürgerlichen und sozialistischen Stimmbezirken ihrer Sozialstruktur nach unterschieden, in der SPD-Wählerschaft der bürgerlichen Bezirke z. B. mehr Angestellte vertreten waren. Diese Frage läßt sich jedoch mit unserem wenig differenzierten Datenmaterial nicht weiterverfolgen.

¹³⁴ Bürgerliche Stimmbezirke + 37,1 %, sozialistische Stimmbezirke + 36,9 %. Berechnet aus den Tabellen 3 und 4.

$R = + 0,81^{135}.$

Obwohl die Wählerschaft der bürgerlichen Parteien schon zuvor dezimiert war, gelang es der NSDAP auch am 5. März 1933, noch eine beachtliche Zahl von Wählern bürgerlicher Parteien zu gewinnen. Die Wählerbewegung von der SPD zur KPD kehrte sich um. Zweifellos wandten sich jedoch nicht alle Abwanderer von der KPD der SPD zu, und auch die SPD wird Stimmen an die NSDAP verloren haben. Mit Sicherheit aber hatte die NSDAP den größten Teil ihrer Stimmengewinne diesmal den Neuwählern zu danken.

¹³⁵ Bei der Untersuchung der nicht korrelierenden Stimmbezirke treten zum Teil die gleichen Stimmbezirke in Erscheinung wie zuvor bei der Berechnung der Korrelation zwischen den Verlusten der bürgerlichen Parteien und den Gewinnen der NSDAP (vgl. S. 95, Anm. 130). Unter den hier nicht korrelierenden Stimmbezirken hatte sich die SPD in den Stimmbezirken 6, 47 und 63 bei relativ geringen Verlusten der KPD gut bis sehr gut behauptet (+ 2,2 %, + 8,8 %, + 0,5 %). Bei mittleren (Nr. 6, 47) bis geringen (Nr. 63) Verlusten der bürgerlichen Parteien weist die NSDAP in diesen Stimmbezirken den geringsten Stimmenzuwachs auf. In den Stimmbezirken 19 und 52 ist es umgekehrt: Bei ebenfalls mittleren Positionen der bürgerlichen Parteien stehen stärksten Verlusten der sozialistischen Parteien höchste Gewinne der NSDAP gegenüber. Die hier nicht korrelierenden Stimmbezirke weisen folglich zwischen den Verlusten der sozialistischen Parteien und den Gewinnen der NSDAP die stärkste positive Korrelation auf.

V. RELIGION UND WAHLENTSCHEIDUNG

1. Überblick

Während wir bisher allein die Präferenzen, Kontinuitäten und vor allem die Veränderungen des Wahlverhaltens der Fürther Bevölkerung betrachteten, gilt es nun zu versuchen, dieses Wahlverhalten auf die zugrundeliegenden sozialen Faktoren zu beziehen und dadurch weitere Aufschlüsse über den politischen Standort und die politische Reaktion der sozialen Gruppen zu gewinnen. Neben der Schichtenzugehörigkeit spielte schon für André Siegfried die Religion der Wählerschaft und die Intensität ihrer religiösen Bindung für das Wählerverhalten eine wichtige Rolle. Nach Siegfried könne bei besonders starkem Einfluß des Klerus der religiöse Faktor sogar alle anderen übertreffen¹. Seitdem untersuchen und bestätigen Wahlanalysen immer wieder den Einfluß der Religionszugehörigkeit auf die Wahlentscheidungen², wobei sich die Religionszugehörigkeit unabhängig vom sozioökonomischen Status als "wichtiger Bestimmungsfaktor des Wahlverhaltens" erwiesen hat³. Konfessionszugehörigkeit und Schichtenzugehörigkeit können aber auch weitgehend identisch sein "wie in England, wo die Katholiken überwiegend die Labour Party wählen, aber auch überwiegend zur Arbeiterschaft gehören"⁴.

Blankenburgs Feststellung, daß die Konfessionszugehörigkeit oft nur noch nominell und deshalb nicht

1 Vgl. Diederich, Empirische Wahlforschung, S. 18, 31.

2 Diederich, Empirische Wahlforschung, S. 70, 77, 84, 95, 163 f. und passim.

3 Lazarsfeld/Berelson/Gaudet, Wahlen und Wähler, S. 57.

4 Erhard Blankenburg, Kirchliche Bindung und Wahlverhalten. Olten/Freiburg 1967, S. 55.

verhaltensrelevant ist, trifft auch schon für die Zeit der Weimarer Republik zu ⁵. Trotzdem muß in einem konfessionell stark gemischten Land wie dem Deutschen Reich, wo am 16. Juni 1925 64,1 Prozent der Bevölkerung der evangelischen und 32,4 Prozent der katholischen Konfession angehörten, außerdem 0,9 Prozent Juden lebten ⁶, diese Frage ein ganz besonderes Interesse gewinnen. Lipset und Bracher kommen sogar zu dem Schluß, daß die konfessionelle Struktur noch vor der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der entscheidende Faktor für das Ausmaß der nationalsozialistischen Erfolge in den einzelnen Wahlgebieten war ⁷. Abgesehen von der Frage der Rangfolge der Faktoren ist die Übereinstimmung allgemein, daß die Resistenz gegenüber dem Nationalsozialismus mit dem Anteil der Katholiken zunahm, während die protestantische Bevölkerung eine starke Neigung zur NSDAP zeigte ⁸. Loomis und Beegle errechneten für die Beziehung zwischen dem relativen Wahlergebnis der NSDAP am 31. Juli 1932 und dem Bevölkerungsanteil der Katholiken in der Provinz Hannover und in Bayern sehr starke nega-

-
- 5 Blankenburg, Kirchliche Bindung und Wahlverhalten, S. 25. Er versucht deshalb wie schon Johannes Schauff einen Maßstab für die kirchliche Bindung zu finden, um aus dem Wahlverhalten der "Bekennnistreuen" zuverlässigere Aufschlüsse über den Einfluß der Religion bzw. der Konfession auf die politische Entscheidung der Wähler zu gewinnen.
- 6 StDR, Bd. 401 (1930), S. 372 ff. Vgl. auch Milatz, Wähler und Wahlen, S. 70.
- 7 Lipset, Soziologie der Demokratie, S. 150, Anm. 2, S. 151, Anm. 1; Bracher, Auflösung der Weimarer Republik, S. 568 ff.
- 8 Außer Lipset und Bracher vgl. dazu u.a. Hagmann, Der Weg ins Verhängnis, S. 12 f.; Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus, S. 36; Kaltefleiter, Wirtschaft und Politik in Deutschland, S. 50 ff.; Mario Rainer Lepsius, Extremer Nationalismus, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966, S. 31 f.; Vogel/Nohlen/Schultze, Wahlen in Deutschland, S. 166; A. Weber, Soziale Merkmale der NSDAP-Wähler, S. 77 ff., 137 ff.; Pratt, The Social Basis of Nazism and Communism, S. 85 f. errechnete für den Zusammenhang zwischen der Stärke der katholischen Bevölkerung und der NSDAP starke negative Korrelationskoeffizienten. Für das Verhältnis der Protestanten zu den einzelnen Parteien führte er keine Berechnungen durch. Die Unterstützung der NSDAP durch viele Protestanten sei offensichtlich. A.a.O., S. 88 f.

tive Korrelationen von - 0,89 bzw. - 0,90. Ebenso wie Heberle für Schleswig-Holstein weisen sie hin auf den hohen Anteil der NSDAP-Stimmen 1932/I im überwiegend protestantischen westlichen Mittelfranken ⁹. Diese Wahlanalyse ist nicht der Ort, die Haltung der evangelischen Kirche zum Nationalsozialismus zu erörtern ¹⁰, eine "besondere Affinität zur Rechten" war im deutschen Protestantismus zweifellos vorhanden ¹¹. Wenn auch die DNVP "im großen und ganzen" als eine evangelische Partei galt ¹², so hatte der Protestantismus allerdings keineswegs eine dem Katholizismus vergleichbare Integrationskraft ¹³.

Zentrum und BVP dagegen waren fast ausschließlich katholische Parteien. Schauff rechnet lediglich mit 2 Prozent nichtkatholischen Zentrumswählern ¹⁴. Für die

9 Loomis/Beegle, The Spread of German Nazism, S. 727, 732.

10 Vgl. dazu Günther van Norden, Die Stellung der evangelischen Kirche zum Nationalsozialismus 1932/33, in: Gotthard Jasper (Hrsg.), Von Weimar zu Hitler, S. 389, 395.

11 Van Norden, Die Stellung der evangelischen Kirche zum Nationalsozialismus, S. 378, 384, 396 f.; Attila Chanady, The Disintegration of The German National Peoples' Party 1924 - 1930, in: The Journal of Modern History 39 (1967), S. 67; Günther Dehn, Proletarische Jugend, 3. Auflage, Berlin 1933, S. 28, 146 f.; Opitz, Der Christlich-soziale Volksdienst, S. 27 ff.

12 Van Norden, Die Stellung der evangelischen Kirche zum Nationalsozialismus, S. 378; Milatz, Wähler und Wähler, S. 99; Johannes Schauff, Die deutschen Katholiken und die Zentrumsparität, Köln 1928 (Neu hrsg. u. eingel. von Rudolf Morsey unter dem Titel: Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Mainz 1975), S. 131, kommt auf einen protestantischen Stimmenanteil der DNVP von 88,1 Proz.

13 Opitz, Der Christlich-soziale Volksdienst, S. 15 f.

14 Schauff, Die deutschen Katholiken, S. 70, 130; Vgl. dazu auch: Hermann Mulert, Konfession und politische Parteistellung in Deutschland, in: Zeitschrift für Politik 21 (1932), S. 334; Schönhoven, Die Bayerische Volkspartei 1924 - 1932, S. 279. Die Zahl der nicht-katholischen Zentrumswähler erhöhte sich leicht nach 1930, blieb aber immer, auch im Sommer 1932, als sie am höchsten war, verschwindend gering. Josef Becker, Die Deutsche Zentrumsparität 1918 - 1933, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu "Das Parlament", B 11/68, S. 6.

Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 ermittelte er, daß 55,9 Prozent der Katholiken Zentrum oder BVP gewählt hatten. In Bayern lag diese Ziffer wesentlich niedriger bei 44 Prozent, in Mittelfranken wählten sogar nur 40,5 Prozent die BVP¹⁵. Bei den Reichstagswahlen 1928 bis 1933 sank dieser Prozentsatz im Deutschen Reich bis unter 50 Prozent ab¹⁶.

Die Berechnungen über die Verteilung der protestantischen Stimmen und der anderen Hälfte der katholischen Stimmen auf die übrigen Parteien, die sich teilweise auf Annahmen und Schätzungen stützen müssen, sollen hier im einzelnen nicht erörtert werden¹⁷. Wichtig auch für unsere Wahlanalyse ist noch die Feststellung Schauffs, daß nach dem Zentrum bzw. der BVP von den größeren Parteien die KPD den höchsten Anteil katholischer Stimmen hatte¹⁸. Dieser Sachverhalt wird bestätigt durch Mulerts Analyse der Reichstagswahlergebnisse vom 14. September

-
- ¹⁵ Schauff, Die deutschen Katholiken, S. 100 f., 115, 124, 140, 86 f. Am 20.5.1928 wählten in Mittelfranken fast unverändert 40,8 % der Katholiken die Zentrumspartei. Johannes Schauff, Die Schicksalskurve der Zentrumspartei, in: Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken, S. 198.
- ¹⁶ 1928: 50,5 %; 1930: 46,7 %; 1932/I: 52,3 %; 1932/II: 50,0 %; 1933: 47,8 %. Nach Helga Grebing, Zentrum und katholische Arbeiterschaft 1918 - 1933. Phil. Diss. (Masch.) Berlin 1953, Tabelle 5. Die gleiche Feststellung für 1928 und 1930 auch bei Mulert, Konfession und politische Parteistellung, S. 335.
- ¹⁷ Vgl. dazu Schauff, Die deutschen Katholiken, S. 129, 131; Mulert, Konfession und politische Parteistellung, S. 336 ff. A. Weber, Soziale Merkmale der NSDAP-Wähler, S. 77 ff.
- ¹⁸ Schauff, Die deutschen Katholiken, S. 130 f., 112 f. Pratt, The Social Basis of Nazism and Communism, S. 87 ff. bezeichnete die Beziehung zwischen dem Anteil der Katholiken und der KPD-Stimmen als unbestimmt. Für die Britische Besatzungszone (Ruhrgebiet!) errechnete er zwar einen positiven Korrelationskoeffizienten, sieht darin aber nur eine mathematische, keine tatsächliche Beziehung; vermutlich deshalb, weil er angesichts der Feindschaft zwischen katholischer Kirche u. Marxismus eher einen negativen Zusammenhang erwartete. Auch Kaltefleiter, Wirtschaft und Politik, S. 67 f., 70 verneint einen Zusammenhang zwischen Konfessionszugehörigkeit und KPD-Wahlergebnissen.

1930¹⁹, im einzelnen auch durch Untersuchungen für den Regierungsbezirk Aachen²⁰ und die Stadt Essen²¹.

Der politische Standort der deutschen Juden läßt sich ebenso wie bei den Angehörigen der christlichen Konfessionen nicht einheitlich bestimmen²². Die stärkste und am ehesten für das deutsche Judentum repräsentative Organisation, der "Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" (C.V.) vermied es, sich auf eine Partei politisch festzulegen²³. Das galt allerdings nicht für die Flügelparteien, die unter den Juden ohnehin wenig Anhang hatten. Der "Verband nationaldeutscher Juden", der sich keineswegs mit der politischen Rechten identifiziert sehen wollte, umfaßte nur eine kleine jüdische Minderheit²⁴. Noch bei der Reichstagswahl 1928 richtete sich die jüdische Abwehr gegen die DNVP als den Hauptfeind²⁵. Die jüdische

19 Mulert, Konfession u. politische Parteistellung, S. 342.

20 Günter Plum, Gesellschaftsstruktur und politisches Bewußtsein in einer katholischen Region 1928 - 1933, Stuttgart 1972, S. 31 ff. und S. 164: Die Katholiken zeigten eine starke Neigung zur KPD, wenn zusätzlich eine der folgenden sozialen Situationen gegeben war: Auflösung der "weltanschaulichen und sozialen Bindungen" in industrialisierten Großgemeinden und mangelnde soziale Anerkennung.

21 Kühr, Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen, S. 270, 292 (mit Ausnahme des evangelischen und gleichzeitig stark kommunistischen Nordviertels der Stadt).

22 Die tatsächliche Zahl der Juden dürfte höher gewesen sein als die der statistisch erfaßten; denn der Teil der Juden der sich bei der Erhebung nicht als Glaubensjude bekannte, wurde bei der Volkszählung 1925 auch nicht als Jude gezählt. Vgl. Esra Bennathan, Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden, in: Entscheidungsjahr 1932, hrsg. von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker, Tübingen 1965, S. 88. Bennathan kann aber offensichtlich keinen Hinweis geben, wie hoch der Anteil dieser Juden war.

23 Arnold Paucker, Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik, Hamburg 1968, S. 27 f., 89.

24 Hans-Helmuth Knütter, Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918 - 1933, Düsseldorf 1971, S. 101 ff.; Paucker, Der jüdische Abwehrkampf, S. 27 f.

25 Paucker, Der jüdische Abwehrkampf, S. 18 f.

Bevölkerung gehörte in ihrer großen Mehrheit dem Mittelstand an ²⁶. Nach den Ergebnissen der Berufszählung von 1925 waren unter den Juden die Arbeiter und Hausangestellten mit knapp 10 Prozent stark unterrepräsentiert im Vergleich zur Gesamtbevölkerung. Bei den Angestellten (und Beamten) mit fast 35 Prozent und bei den Selbständigen (einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen) mit mehr als 55 Prozent war das Verhältnis umgekehrt ²⁷. Aufgrund ihrer Sozialstruktur gruppieren sich die Juden in der Mehrzahl um die bürgerliche Linke. In ihrer immer noch nicht hinreichend gesicherten rechtlichen und sozialen Gleichstellung sieht Eva Reichmann den entscheidenden Bestimmungsfaktor der politischen Haltung der Juden, während die soziale Schichtung daneben "nur eine zusätzliche Rolle" spielte ²⁸. Jedenfalls gibt es keinen Zweifel daran, daß bis 1930 die deutschen Juden von den Parteien der Weimarer Koalition überwiegend die DDP unterstützten. Erst angesichts des Zusammenbruchs der DDP und des Bündnisses der DDP mit dem Jungdeutschen Orden fanden sich auch mehr jüdische Wähler bereit, für die SPD zu stimmen. Ein erheblicher Teil der deutschen Juden wandte sich aber auch dem Zentrum als der stabilsten nichtsozialistischen Partei zu. Die KPD scheint dagegen nur wenige radikalisierte, vor allem jüngere jüdische Wähler an sich gezogen zu haben. Den quantitativen Anteil der Parteien an jüdischen Stimmen genauer zu bestimmen ist nicht möglich ²⁹.

-
- 26 Werner E. Mosse, Der Niedergang der Weimarer Republik und die Juden, in: Entscheidungsjahr 1932, S. 6; Knütter, Die Juden und die deutsche Linke, S. 89, 222 f.
- 27 Bennathan, Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden, in: Entscheidungsjahr 1932, S. 123 f.
- 28 Eva G. Reichmann, Diskussionen über die Judenfrage 1930 - 1932, in: Entscheidungsjahr 1932, S. 527
- 29 Zur Verteilung der jüdischen Stimmen: Paucker, Der jüdische Abwehrkampf, S. 29, 89 ff., 104. Paucker schätzt, daß bei den Reichstagswahlen 1932 SPD und Zentrum je 25 - 30 % der jüdischen Stimmen erhalten haben. Er rechnet allerdings auch mit einer hohen Stimmenenthaltungsquote. A.a.O., S. 102, Anm. 95; Knütter, Die Juden und die deutsche Linke, S. 90 ff., 109, 119 ff.; Mosse, Der Niedergang der Weimarer Republik und die Juden, in: Entscheidungsjahr 1932, S. 6, 10 ff., 20 f.; P.B. Wiener, Die Parteien der Mitte, in:

2. Die konfessionelle Gliederung der Stadt Fürth

Bei 68,4 Prozent evangelischen und 26,4 Prozent katholischen Christen hatten die Protestanten in Fürth ein noch stärkeres Übergewicht als im allgemeinen Reichsdurchschnitt ³⁰. Bis 1933 verschob sich in der Stadt das Verhältnis auf 70,1 zu 25,1 Prozent; während die katholische Bevölkerung praktisch konstant geblieben war, hatte die evangelische Bevölkerung um rd. 3 500 Personen zugenommen ³¹. Die konfessionelle Gliederung Fürths entsprach fast der des Regierungsbezirks insgesamt ³², war damit aber konfessionell wesentlich stärker gemischt als die benachbarten Gebiete des westlichen und südlichen Mittelfranken mit teilweise mehr als 90 Prozent Protestanten ³³. Weit über dem Durchschnitt des Regierungsbezirks von knapp 1,4 Prozent lag mit 3,4 Prozent (2 500 Personen) der Anteil der jüdischen Bevölkerung in Fürth. Nach der Größe seines jüdischen Bevölkerungsanteils stand Fürth unter den Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern an elfter Stelle im Deutschen Reich ³⁴. Die Masse der 1925 in Mittelfranken gezählten Juden war auf Nürnberg mit einem Bevölkerungsanteil von rd. 2,2 Prozent (8 600 Personen) und auf Fürth konzentriert.

Diese konfessionelle Gliederung hatte sich erst im Laufe des 19. Jahrhunderts herausgebildet. Noch 1829, bei

Entscheidungsjahr 1932, S. 304 f.; Rudolf Morsey, Die deutsche Zentrumspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 314, zitiert aus einem Bericht des englischen Botschafters in Berlin vom 3. 8. 1932, wonach die Zunahme der Zentrumsstimmen teilweise auf ehemalige jüdische DDP-Wähler zurückzuführen sei.

30 Diese und die folgenden Zahlen nach StDR, Bd. 401 (1930), S. 372 ff.

31 StDR, Bd. 451 (1936), Heft III, S. 58.

32 69,2 % Protestanten und 28,4 % Katholiken.

33 Vgl. Milatz, Wähler und Wahlen, S. 80.

34 StDR, Bd. 401 (1930), S. 372 ff.

der Grundsteinlegung der ersten katholischen Kirche in Fürth, waren die Katholiken mit einem Bevölkerungsanteil von 3 Prozent gegenüber 78 Prozent Protestanten und 19 Prozent Juden eine kleine Minderheit ³⁵. Um 1850 lebten in Fürth bereits 10,3 Prozent Katholiken, dagegen nur noch 74,4 Prozent Protestanten und 15,3 Prozent Juden. Offensichtlich verstärkte sich dann bis 1880 auch der Zustrom der Protestanten, denn sie konnten diesen Prozentsatz annähernd halten. Die Katholiken hatten jetzt mit 15 Prozent bereits die Juden mit ihren 10,7 Prozent überflügelt ³⁶. Bis 1900 waren die Relationen von 1925 schon fast erreicht ³⁷. Die Zunahme der Katholiken liegt folglich im ganzen 19. Jahrhundert über dem Zuwachs der Protestanten, bleibt aber insgesamt abhängig vom allgemeinen Wachstum der Stadt ³⁸. Diese überproportionale Erhöhung des katholischen Bevölkerungsanteils ist wie die allgemeine Bevölkerungszunahme auf die starke Zuwanderung zurückzuführen. Dabei wird der Großteil der katholischen Zuwanderer aus der überwiegend katholischen Oberpfalz gekommen sein. Die Zahl der jüdischen Einwohner hatte sich von 1829 bis 1850 zunächst von 2 500 auf rd. 2 650 nicht wesentlich, dann aber bis 1880 auf mehr als 3 300 Personen erhöht; bis 1900 ging ihre Zahl jedoch bereits wieder auf 3 000 zurück. Diese bescheidene Zunahme entsprach natürlich nicht annähernd dem Gesamtwachstum, so daß der relative Anteil der jüdischen Bürger immer weiter sank.

Fürth war also eine überwiegend evangelische Stadt mit einer starken katholischen Minderheit und einer kleinen, am allgemeinen Durchschnitt gemessen, relativ starken

³⁵ NBZ vom 24.7.1929.

³⁶ NBZ vom 20.4.1931.

³⁷ Protestanten: 71,6 %, Katholiken: 22,9 %, Juden: 5,5 %, nach NBZ vom 23.2.32. Von 1892 bis 1904 wuchs die katholische Pfarrei Fürth - nicht identisch mit dem Stadtgebiet - von 8 000 auf 15 500 "Seelen".
StA Nbg: Reg. Mfr XIV, 491.

³⁸ Vgl. unten S. 155.

jüdischen Gruppe.

Da die Mehrzahl der Katholiken erst im Zuge der Industrialisierung während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach Fürth zugewandert ist, und zwar überwiegend Arbeiter, lag die Vermutung nahe, daß die Katholiken sowohl im gewerblichen Mittelstand als auch unter den Angestellten und Beamten unterrepräsentiert waren; denn es war kaum zu erwarten, daß es vielen aus diesen Zuwandererfamilien bereits in der ersten oder zweiten Generation gelungen war, in die Mittelstandsschichten aufzusteigen ³⁹. Tatsächlich waren die Katholiken in den Arbeitervierteln im Osten und Süden der Stadt stark konzentriert ⁴⁰. Andererseits hatten aber auch die Arbeiterviertel im Stadtzentrum sehr hohe protestantische Bevölkerungsanteile. Die Untersuchung des Wahlverhaltens der katholischen Bevölkerung Fürths wird schließlich auch zeigen, daß sich die BVP-Wähler vor allem aus mittelständischen Schichten rekrutierten ⁴¹. Diesen Beobachtungen entsprechen die Ergebnisse der Korrelationsrechnung, die in keinem Falle einen positiven oder negativen Zusammenhang zwischen Konfessionszugehörigkeit und sozialer Stellung erkennen ließen ⁴². Es ist deshalb davon auszugehen, daß die soziale Schichtung der beiden Konfessionen ihrem Stärkeverhältnis entsprechend nicht ungleichmäßig war ⁴³.

39 Eine unterschiedliche soziale Lage, deren historische Ursachen in die Reformationszeit zurückreichen, hatte z.B. auch Martin Offenbacher, Konfession und soziale Schichtung. Phil. Diss. Heidelberg 1901, für die Katholiken und Protestanten des Großherzogtums Baden festgestellt. Danach befanden sich - insgesamt gesehen - die Protestanten in der günstigeren wirtschaftlichen Lage und sozialen Stellung.

40 Vor allem Arbeiter der Glasindustrie, die aus der überwiegend katholischen Oberpfalz zugewandert waren.

41 Vgl. unten S. 120.

42 Keiner der Rangkorrelationskoeffizienten für einen - vermuteten - Zusammenhang zwischen den Anteilen der evangelischen und katholischen Bevölkerung auf der einen und der Selbständigen, Angestellten und Beamten sowie der Arbeiter (a-, b-, c-Personen) auf der anderen Seite war signifikant.

43 Zur Sozialstruktur der deutschen Katholiken am Ende des Kaiserreiches vgl. Clemens Bauer, Deutscher Katholizismus, Frankfurt a. Main 1964, S. 42.

3. Das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung Fürths

Das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung Fürths könnte unmöglich festgestellt werden, wenn sie sich gleichmäßig auf das ganze Stadtgebiet verteilt hätte. Tatsächlich waren von der gesamten jüdischen Bevölkerung 69,3 Prozent (1 735 Personen) in einem zusammenhängenden Wohngebiet von 15 Stimmbezirken konzentriert⁴⁴. In diesen 15 Stimmbezirken lag der jüdische Bevölkerungsanteil über dem allgemeinen Durchschnitt der Stadt, und zwar zwischen 3,8 und 20,7 Prozent⁴⁵. Alle 15 Stimmbezirke mit überdurchschnittlichem jüdischem Bevölkerungsanteil waren nach der Analyse der Wahlergebnisse entweder als bürgerliche oder als gemischte Stimmbezirke zu kennzeichnen⁴⁶. Schon bei der Betrachtung der Wahlergebnisse muß auffallen, daß die DDP, gemessen an ihrem bescheidenen Durchschnittsergebnis von 5,6 Prozent, das sie am 20. Mai 1928 in der Stadt noch erzielte, in einigen Stimmbezirken überraschend hohe Stimmenanteile bis maximal 22,2 Prozent erringen konnte. Eine eingehendere Prüfung zeigt, daß die

44 Diese und alle folgenden Angaben über die konfessionelle Gliederung der Stimmbezirke Fürths wurden aus den beim Stadtarchiv Fürth vorliegenden Akten "Volks-, Berufs- und Betriebszählung am 16. Juni 1925, Zusammenstellung des Ergebnisses" gewonnen. Die Zusammenstellung enthielt im wesentlichen nur Angaben über die Konfessions- bzw. Religionszugehörigkeit, leider keine Daten über die für die Analyse des Wahlverhaltens noch wichtigere Berufszugehörigkeit der Bevölkerung. Andere Unterlagen sind nicht mehr vorhanden. Das Urmaterial der Volks-, Berufs- und Betriebszählungen von 1925 und 1933 wurde unmittelbar nach Abschluß der Zählungen an das Bayerische Statistische Landesamt gesandt und ist dort mit den nicht veröffentlichten Arbeitstabellen im Laufe der Kriegseignisse vernichtet worden. Schreiben des Bayer. Statistischen Landesamtes II - 2577 vom 2. 4. 1973 an den Verf.

45 16 Stimmbezirke hatten überhaupt keine jüdischen Bewohner, weitere 13 Stimmbezirke erreichten nicht einmal 1 Prozent. Die Konzentration auf (Groß) Städte und in den Städten auf bestimmte Wohnviertel ist für die Juden charakteristisch. Vgl. Bennathan, Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden, in: Entscheidungsjahr 1932, S. 88 ff.

46 Bürgerliche Stimmbezirke: 17, 22, 23, 24, 25, 31, 32, 37, 38, 39, 41, 42, 56; gemischte Stimmbezirke: 26, 57.

Stimmbezirke mit einem hohen jüdischen Bevölkerungsanteil auch ein hohes relatives Wahlergebnis der DDP aufweisen; in diesen Stimmbezirken erhielt die DDP 1928 allein 50,9 Prozent ihrer Gesamtstimmen ⁴⁷. Zwischen der Dichte der jüdischen Bevölkerung und dem relativen Wahlergebnis der DDP am 20. Mai 1928 errechnet sich für die 15 Stimmbezirke mit $R = + 0,88$ ein sehr starker positiver Zusammenhang. Für die nächste Reichstagswahl am 14. September 1930, bei der sich die DDP nach der Vereinigung mit dem Jungdeutschen Orden als Deutsche Staatspartei zur Wahl stellte, ist dieser positive Zusammenhang immer noch nachweisbar, mit $R = + 0,70$ allerdings schon erheblich abgeschwächt ⁴⁸. In den meisten der 15 Stimmbezirke hatte sich 1930 das relative Wahlergebnis der Deutschen Staatspartei gegenüber dem Ergebnis der DDP von 1928 um ein Drittel bis um mehr als die Hälfte verschlechtert. Wohin die verlorenen DDP-Stimmen gegangen sind, läßt sich nicht mit Bestimmtheit feststellen. Da ja die DDP nicht ausschließlich von Juden, sondern auch von Wählern anderer Konfessionen gewählt worden ist, wird sie mit Sicherheit auch an die NSDAP Stimmen verloren haben. Gewiß hat die SPD in einigen Stimmbezirken ⁴⁹, wo sie, gemessen an ihrem durchschnittlichen Verlust, nur relativ wenig verlor, von den Einbußen der Deutschen Staatspartei profitiert. Das könnten durchaus jüdische Stimmen gewesen sein. Spätestens am 31. Juli 1932 verlor die Deutsche Staatspartei das Gros ihrer jüdischen Wähler.

⁴⁷ 1 160 von 2 280 Stimmen. Abgesehen von den 15 Stimmbezirken mit überdurchschnittlichem jüdischem Bevölkerungsanteil hatte die DDP am 20. 5. 1928 nur noch in den Stimmbezirken 8, 21, 27, 34, 40 und 60 ihr durchschnittliches Wahlergebnis von 5,6 % überschritten.

⁴⁸ Stärkere Abweichungen der Rangziffern sind festzustellen in den Stimmbezirken 17, 24 und 26, wo das Ergebnis der Deutschen Staatspartei der Höhe nach nicht mehr dem jüdischen Bevölkerungsanteil entsprach, und im Stimmbezirk 42, wo das Ergebnis der Deutschen Staatspartei höher lag, als es der Anteil der Juden an der Bevölkerung erwarten ließ.

⁴⁹ Nr. 17, 31, 40.

Wenn wie in der Gesamtrechnung für die Stadt Fürth auch bei den Juden die gültigen Stimmen ca. 60 Prozent der Wohnbevölkerung ausmachten, kann am 31. Juli 1932 bei einer jüdischen Wohnbevölkerung von 2 500 Personen mit ca. 1 500 jüdischen Stimmen gerechnet werden ⁵⁰. Zwar konnte für die vorangegangenen Wahlen nur ein starker Zusammenhang zwischen der Dichte der jüdischen Bevölkerung und der DDP(Staatspartei)-Stimmen festgestellt werden, nicht aber die Zahl der jüdischen DDP-Stimmen bestimmt werden. Da aber die Deutsche Staatspartei am 31. Juli 1932 insgesamt in Fürth nur noch 443 Stimmen erhielt und auch diese Stimmen nicht ausschließlich von jüdischen Wählern stammen werden, muß sie den größten Teil ihrer früheren jüdischen Wähler bei dieser Wahl verloren haben. Auch in den einzelnen Stimmbezirken mit überdurchschnittlichem jüdischem Bevölkerungsanteil liegen die Stimmen der Deutschen Staatspartei so weit unter der geschätzten Zahl der jüdischen Stimmen überhaupt ⁵¹, daß deren Abwanderung in großer Zahl sicher erscheint.

Wohin haben sich aber die ehemaligen jüdischen DDP-Wähler gewandt? Eine Stimmenenthaltung, jedenfalls als generelle Erklärung, scheidet aus. Denn in den untersuchten 15 Stimmbezirken hat sich am 31. Juli 1932 die Wahlbeteiligung teils erhöht, teils vermindert. Gerade von den 4 Stimmbezirken mit den größten Verlusten der Deutschen Staatspartei hatten 3 Stimmbezirke eine überdurchschnittliche Zunahme, der vierte nur eine minimale Abnahme der Wahlbeteiligung. Keiner der 15 Stimmbezirke zeigt in bezug auf die Wahlbeteiligung auffällige Abweichungen gegenüber den übrigen Stimmbezirken. Dagegen

⁵⁰ Die Wohnbevölkerung Fürths wurde, kontinuierliche Zunahme von 1925 bis 1933 vorausgesetzt, für den 31. 7. 1932 auf rund 76 500 Personen geschätzt. Über die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung Fürths ist keine derartige Schätzung möglich, da die Verminderung um 500 Personen zwischen den beiden Volkszählungen 1925 und 1933 möglicherweise nicht kontinuierlich stattgefunden hat, sondern auf die späteren politischen Ereignisse zurückzuführen ist.

⁵¹ Jeweils 60 % der jüdischen Wohnbevölkerung von 1925.

gibt es Anzeichen dafür, daß die jüdischen Wähler, die zuvor für die DDP bzw. die Deutsche Staatspartei gestimmt hatten, am 31. Juli 1932 in größerer Zahl für die SPD votierten ⁵². Zwischen den Verlusten der Deutschen Staatspartei und den Gewinnen bzw. Verlusten der beiden sozialistischen Parteien (jeweils der relativen Wahlergebnisse) errechnet sich eine positive mittelstarke Korrelation von $R = + 0,65$. Aus der Gegenüberstellung der Veränderungen der relativen Wahlergebnisse im Vergleich zur letzten Reichstagswahl ist abzulesen, daß die beiden sozialistischen Parteien bei einem Verlust von 2,1 Prozent der gültigen Stimmen im gesamten Stadtgebiet in 9 der 15 starken jüdischen Stimmbezirke nur einen minimalen Verlust (unter 1 %) oder einen bescheidenen Gewinn, in weiteren 2 Stimmbezirken mit sehr hohen Verlusten der Deutschen Staatspartei sogar ein Plus von mehr als 5 Prozent hatten ⁵³. Ein Vergleich mit

⁵² Da die SPD in starkem Maße die Gewinne der KPD gespeist hat, kann eine Wählerbewegung von der Deutschen Staatspartei zur SPD nicht aus deren Ergebnissen allein, sondern nur aus dem gemeinsamen Plus oder Minus der beiden sozialistischen Parteien sichtbar werden. Die von der SPD und/oder KPD an die NSDAP möglicherweise verlorenen Stimmen bleiben dabei im dunkeln. Soweit derartige Verluste eingetreten sind, haben sie das Hervortreten des Trends von der Dt. Staatspartei zur SPD nur beeinträchtigt. Eine unbekannte Größe muß die Auswirkung der allerdings meist nur geringfügigen Änderung der Wahlbeteiligung bleiben.

⁵³ Veränderung der relativen Wahlergebnisse (in Prozent) am 31. 7. 1932 im Vergleich zum 14. 9. 1930 in den 15 Stimmbezirken mit überdurchschnittlichem jüdischem Bevölkerungsanteil:

Bez.	Wahl- beteil.	bürgerl. Parteien	Dt.Staats- partei	SPD	sozial. Part.	NSDAP
17	- 0,4	- 13,8	- 5,7	- 8,6	+ 1,6	+ 13,5
22	+ 3,3	- 13,7	- 3,8	- 6,5	+ 0,3	+ 14,8
23	- 1,7	- 12,8	- 4,2	- 7,7	- 3,5	+ 18,7
24	- 1,1	- 19,1	- 5,2	- 1,5	+ 1,1	+ 19,3
25	- 0,2	- 13,8	- 3,3	- 1,8	+ 0,7	+ 14,0
26	+ 2,4	- 14,9	- 1,7	- 4,1	- 2,4	+ 17,4
31	- 2,7	- 14,9	- 2,5	- 4,4	- 2,1	+ 19,7
32	- 0,9	- 15,9	- 2,7	- 4,5	- 0,9	+ 17,2
37	+ 3,5	- 18,8	- 14,4	+ 2,5	+ 5,6	+ 16,5
38	+ 2,1	- 19,5	- 15,0	+ 0,2	+ 1,0	+ 23,0
39	+ 1,7	- 14,0	- 7,9	- 3,1	- 0,8	+ 15,9
41	- 0,6	- 17,3	- 9,3	+ 1,4	+ 5,1	+ 13,8
42	- 1,1	- 13,4	- 4,5	- 3,5	- 1,9	+ 18,2
56	- 1,2	- 13,5	- 4,1	- 3,1	- 0,4	+ 13,9
57	+ 1,8	- 13,9	- 2,6	- 6,2	+ 0,0	+ 15,5
Fürth	+ 1,1	- 11,1	- 2,2	- 8,0	+ 2,1	+ 15,1

der Berechnung der Korrelation zwischen den Verlusten der bürgerlichen Parteien und den Gewinnen der NSDAP am 31. Juli 1932 in den 54 Stimmbezirken der Wahlanalyse zeigt, daß in diesen 11 Stimmbezirken, gemessen am jeweiligen Durchschnitt von + 15,1 Prozent für die NSDAP und - 11,1 Prozent für die bürgerlichen Parteien, die Gewinne der NSDAP niedriger waren, als es den Verlusten der bürgerlichen Parteien entsprach. In den übrigen 4 der 15 Stimmbezirke mit überdurchschnittlichem jüdischem Bevölkerungsanteil lagen die Verluste der beiden sozialistischen Parteien auf der Ebene des Stadtdurchschnitts oder darüber, mit einer Ausnahme waren dort auch die Gewinne der NSDAP höher als die Verluste der bürgerlichen Parteien und sind folglich auch, allerdings zum geringeren Teil auf die Verluste der sozialistischen Parteien zurückzuführen ⁵⁴.

Am 6. November 1932 und etwas stärker noch am 5. März 1933 gewann die Deutsche Staatspartei in diesen 15 Stimmbezirken bis zu insgesamt 3 Prozent der gültigen Stimmen zurück, so daß sie in ihren ehemaligen Domänen, den Stimmbezirken 37, 38, 39 und 41 sogar wieder zwischen 5 und knapp 8 Prozent erreichte. Auffallende Stimmenverschiebungen, die Rückschlüsse auf das Wahlverhalten jüdischer Wähler zuließen, sind bei diesen Wahlen nicht mehr zu erkennen. Ob es sich vielleicht bei den Stimmen, die der Deutschen Staatspartei bis zum 5. März 1933 noch treu blieben oder sich ihr wieder zuwandten (am 5. 3. 1933 insgesamt 664), teilweise um jüdische Wähler handelte, läßt sich aus den Wahlergebnissen nicht ablesen.

Wahrscheinlich hat sich in den Stimmbezirken 37, 38 und 39 und in geringem Umfang auch in 24 ein Teil der ehemaligen Wähler der Dt. Staatspartei am 31.7.1932 auch der BVP zugewandt, die in diesen Stimmbezirken ihr relatives Wahlergebnis um 6,5, 6,7, 3,0 bzw. 3,6 % verbessern konnte. Vgl. unten S. 120, Anm. 71.

⁵⁴ Es ist nicht auszumachen, ob hier von der Dt. Staatspartei keine Stimmen zur SPD gegangen sind oder ob die Verluste von SPD und/oder KPD so groß waren, daß eine Bewegung von der Dt. Staatspartei zur SPD nicht sichtbar werden konnte.

Als Ergebnis ist festzuhalten, daß die außerordentlich hohen Stimmenanteile der DDP in einigen Stimmbezirken bei der Reichstagswahl von 1928 in den Ergebnissen der übrigen bürgerlichen Parteien, abgesehen von der DNVP, die allerdings ein wesentlich höheres Gesamtergebnis in der Stadt erzielte, keine Parallele finden und die Ergebnisse der DDP allein mit der großen Dichte jüdischer Wähler in diesen Stimmbezirken erklärbar sind. Bereits 1930 sind bei der Deutschen Staatspartei wohl als Folge des Zusammenschlusses der DDP mit dem Jungdeutschen Orden zur Deutschen Staatspartei starke Einbußen an jüdischen DDP-Wählern erkennbar. Am 31. Juli 1932, als die Deutsche Staatspartei mit ihrem Gesamtergebnis in Fürth unter ein Prozent gedrückt wurde, erlitt sie in ihren Hochburgen (Stimmbezirke 37, 38, 39, 41) eine vernichtende Niederlage, von der sie sich nicht mehr erholte. Mit einiger Berechtigung kann angenommen werden, daß spätestens zu diesem Zeitpunkt eine größere Zahl ihrer jüdischen Wähler der SPD den Vorzug gab. Ein Teil der jüdischen Wähler hatte es jedoch offenbar vorgezogen, sich der BVP zuzuwenden⁵⁵. Die späteren Reichstagswahlen bringen keine entscheidenden Änderungen mehr.

4. Das Wahlverhalten der katholischen Bevölkerung Fürths

Als Partei des politischen Katholizismus konnte die BVP in überwiegend evangelischen Wahlgebieten wie in Mittelfranken nur auf eine geringe Resonanz hoffen. Noch weit unter dem niedrigen Stimmenniveau des Regierungsbezirks lag die BVP in Nürnberg und insbesondere

⁵⁵ Vgl. S. 111, Anm. 53.

in Fürth ⁵⁶.

Katholische Bevölkerung und BVP/Zentrumsstimmen

Wahlgebiet	Kathol. ⁵⁷ am 6.6.25 in % der Bevölker.	Stimmen- ⁵⁸ anteile von BVP/Zentrum am 20.5.28 in %	BVP/Zentr. wählende Katholiken in %	I
Fürth	26,4	5,4	20,4	4,89
Nürnberg	32,2	8,6	26,7	3,74
Mittelfranken	28,4	11,7	41,2	2,43
Bayern(mit Pfalz)	70,0	31,1	44,4	2,25
Deutsches Reich	32,4	15,2	46,9	2,13

Ein Blick auf die Tabelle zeigt, daß in Fürth weit seltener als in Mittelfranken, in Bayern ⁵⁹ oder im Deutschen

⁵⁶ Wieviele Katholiken das Zentrum bzw. die BVP gewählt haben, wird in der Tabelle durch den prozentualen Stimmenanteil des Zentrums und/oder der BVP am prozentualen Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung ausgedrückt. Dabei werden wie bei Schauffs "synthetischem Verfahren" gleichgesetzt: das Verhältnis zwischen Katholiken und Gesamtbevölkerung dem Verhältnis zwischen wählenden Katholiken und wählender Gesamtbevölkerung. Vgl. Schauff, Die deutschen Katholiken, S. 79.

Inwieweit die Katholiken das Zentrum und/oder BVP wählten, läßt sich auch durch einen Index (I) darstellen, der sich aus der Division des Prozentsatzes der katholischen Bevölkerung im Wahlgebiet durch das relative Wahlergebnis des Zentrums und/oder der BVP ergibt. Die Berechnung dieses Index' ist eine analoge Anwendung der von Diederich, Empirische Wahlforschung, S. 38, referierten Methode Claude Leleus, aus den Wahlergebnissen Indices "der politischen Richtung", "der Entwicklung" usw. zu bilden. Auch Holzer, Parteien und Massen, S. 26 ff., rechnet mit solchen Indices. Es zeigt sich aber, daß die Prozentzahlen hier anschaulicher sind als die Indices.

⁵⁷ StDR, Bd. 401 (1930), S. 372 ff.

⁵⁸ StDR, Bd. 372 (1931), Heft II, S. 58, 80 und Heft III, S. 4 ff.

⁵⁹ Bei der Beurteilung des Prozentsatzes und des Index' für Bayern muß beachtet werden, daß der Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund seine 11,1 % an gültigen Stimmen überwiegend in den katholischen Regierungsbezirken Oberbayern, Schwaben, Niederbayern und Oberpfalz

Reich die katholische Konfession Bestimmungsgrund dafür war, die BVP bzw. das Zentrum zu wählen⁶⁰. Obwohl es nach der konfessionellen Struktur der Bevölkerung noch durchaus hätte möglich sein müssen, gelang es der BVP in Fürth nicht, über ihre Stammwähler hinaus neue Wähler zu gewinnen. Mit einer Ausnahme⁶¹ pendelte das relative Wahlergebnis der BVP in Fürth während der Weimarer Republik zwischen 5 und 6 Prozent⁶². Allerdings konnte sich die BVP ihre kleine Wählerschaft mit erstaunlicher Beständigkeit auch dann noch erhalten, als alle übrigen bürgerlichen Parteien von der NSDAP dezimiert wurden⁶³.

eroberte. Vgl. Hagmann, Der Weg ins Verhängnis, S. 17 ff. und Karte 22. Auch Schauff, Die deutschen Katholiken, S. 115, stellt in Bayern eine geringere Neigung der Katholiken zum Zentrum bzw. zur BVP fest als im übrigen Reichsgebiet, insbesondere in Preußen zum Zentrum. Der von ihm konstatierte starke Linkstrend der bayerischen Katholiken kommt durch seine Zurechnung des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes zu den Linksparteien zustande.

60 Die Zahl der Nichtkatholiken, die in Fürth BVP wählten, kann in Anbetracht des niedrigen Wahlergebnisses der BVP mit noch größerer Berechtigung als in einer Berechnung für das ganze Reichsgebiet vernachlässigt werden. Wie gering der Anteil von 20,4 % BVP wählender Katholiken in Fürth war, wird durch die Tatsache belegt, daß Nürnberg mit einem noch um gut 6 % höheren Anteil unter 33 Großstädten des Deutschen Reiches an letzter Stelle rangierte. Schauff, Die Schicksalskurve der Zentrumspariei, in: Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken, S. 200.

61 Am 4. 5. 1924 mit 4,3 %.

62 Vgl. Tabelle 1.

63 Schauff, Die deutschen Katholiken, S. 69, weist für die Reichstagswahlen seit 1874 bis Dezember 1924, mit der er seine Untersuchung abschließt, für die Wahlergebnisse des Zentrums bzw. des Zentrums und der BVP zwar allmähliche Verringerungen nach, die aber immer relativ gering sind und "selten so stark, wie sie bei anderen Parteien in Erscheinung treten". Zentrum bzw. Zentrum und BVP hatten danach eine feste Stammwählerschaft, konnten aber ihren Stimmenanteil nur verteidigen, nicht vergrößern. Diese Tendenz tritt auch in den Fürther Wahlergebnissen seit 1919 hervor und setzt sich bis 1933 fort. Mit der langfristigen Entwicklung, dem Trend des Zentrums seit 1871 befaßt sich Schauff ausdrücklich in seiner Denkschrift "Die Schicksalskurve der Zentrumspariei". (Vgl. Anm. 60).

Trotz der bereits aus dem Gesamtergebnis der Stadt sichtbaren geringen Neigung der Fürther Katholiken zur BVP muß der Frage nach dem Zusammenhang zwischen katholischer Konfessionszugehörigkeit und der Wahlentscheidung für die BVP in den 54 Stimmbezirken unserer Wahlanalyse nachgegangen werden, da diese Tendenz nicht in allen Stimmbezirken gleichmäßig auftreten muß. Außerdem ist gerade wegen der am katholischen Bevölkerungsanteil gemessenen geringen Erfolge der BVP zu prüfen, ob eine Affinität der Katholiken zu einer anderen Partei oder zu anderen Parteien bestand.

Die knapp 20 000 im Jahre 1925 in Fürth ansässigen Katholiken waren viel gleichmäßiger als die Juden auf das Stadtgebiet verteilt ⁶⁴. In 41 von 63 Stimmbezirken ⁶⁵ lag der Anteil der katholischen Bevölkerung dicht um den arithmetischen Mittelwert von 26,4 Prozent, nämlich zwischen 20 und 30 Prozent. Nur in 4 Stimmbezirken ⁶⁶ waren die Katholiken in der Mehrheit, weniger als 10 Prozent wohnten nur in dem für die Stadt atypischen Stimmbezirk 63, im 1923 aus dem Bezirksamt Fürth eingemeindeten Vorort Burgfarnbach.

Für den Zusammenhang zwischen dem Bevölkerungsanteil der Katholiken am 16. Juni 1925 und dem relativen Wahlergebnis der BVP am 20. Mai 1928 errechnet sich in den 54 Stimmbezirken unserer Wahlanalyse als Korrelationskoeffizient $R = + 0,55$. Wegen der geringen Streuung der BVP-Wahlergebnisse und der katholischen Bevölkerung (im größeren Teil der Stimmbezirke) darf dieser im Vergleich mit früher errechneten Koeffizienten schon recht schwache positive Zusammenhang außerdem nur mit Vorsicht

⁶⁴ Vgl. oben S. 108.

⁶⁵ Ronhof wurde erst 1927 als Stimmbezirk 64 nach Fürth eingemeindet.

⁶⁶ Nr. 48, 49, 50, 62.

gewertet werden ⁶⁷. Dazu kommt, daß ebenso wie im gesamten Stadtgebiet auch in den einzelnen Stimmbezirken der Anteil der BVP-Stimmen weit hinter dem Prozentsatz der katholischen Bevölkerung zurückblieb ⁶⁸. Selbst wenn also aufgrund des errechneten positiven Koeffizienten festgestellt werden kann, daß in einem Teil der Stimmbezirke das BVP-Wahlergebnis in positiver Beziehung zum Bevölkerungsanteil der Katholiken stand, muß immer diese große und allgemeine Diskrepanz zwischen den beiden Variablen bedacht werden. Überraschend ist die aus dem (nicht wiedergegebenen) Streuungsdiagramm abzulesende Beobachtung, daß der positive Zusammenhang zwischen dem Anteil der katholischen Bevölkerung und dem BVP-Wahlergebnis fast ausschließlich nur für die Stimmbezirke mit weniger als 26,4 Prozent Katholiken gilt. Für die 15 Stimmbezirke mit überdurchschnittlichem katholischem Bevölkerungsanteil ist dagegen statistisch kein Zusammenhang zwischen katholischer Konfessionszugehörigkeit und der Wahlentscheidung für die BVP feststellbar ⁶⁹. Die bereits auf das Gesamtergebnis gestützte Vermutung, daß nur für einen geringen Teil der Katholiken die Konfessionszugehörigkeit für ihre Wahlentscheidung

67 Schon geringe Differenzen zwischen den Prozentwerten können in der Rangreihe zu größeren Abständen führen. In der Rangreihe werden dagegen gleiche Abstände unterstellt und deshalb bei geringer Streuung die Unterschiede, die zwischen mehreren Stimmbezirken nur einige Zehntelprozent betragen können, über Gebühr vergrößert; allerdings hier nicht in dem Ausmaß wie in dem oben S. 82, Anm. 96, geschilderten Beispiel.

68 Nur in einem Stimmbezirk erreichte das relative BVP-Wahlergebnis wenigstens annähernd die Hälfte des prozentualen Anteils der Katholiken; der niedrigste Wert war etwa 1/12.

69 Da in 4 der aus der Wahlanalyse ausgesonderten 10 Stimmbezirke die Katholiken überdurchschnittlich vertreten waren, wurden diese Stimmbezirke hier ausnahmsweise in die Korrelationsrechnung einbezogen. Für die 15 (von 63) Stimmbezirke mit mehr als 26,4 % Katholiken errechnet sich $R = -0,19$, ohne die 4 genannten Stimmbezirke $R = -0,37$. Auch wenn man umgekehrt die 22 (von 54) Stimmbezirke mit überdurchschnittlichem BVP-Wahlergebnis erfaßt und auf deren katholischen Bevölkerungsanteil bezieht, errechnet sich mit $R = +0,25$ kein überzufälliger Zusammenhang.

zugunsten der BVP bestimmend war, hat sich für alle Stimmbezirke durchgehend bestätigt. Der schwache positive Zusammenhang zwischen der Größe der katholischen Wählerschaft und dem BVP-Wahlergebnis tritt auffallenderweise in Stimmbezirken mit unterdurchschnittlichem Anteil der Katholiken in Erscheinung. Inwieweit sich Katholiken für die BVP aktivieren ließen, hing demnach nicht oder nicht in erster Linie von ihrer Zahl, sondern offenbar von anderen Faktoren ab.

Einen ersten Hinweis, daß die soziale Struktur ein stärkerer Bestimmungsgrund für die Wahlentscheidung war als die katholische Konfessionszugehörigkeit, gibt folgende Beobachtung: Unter 22 Stimmbezirken (von 54 der Wahlanalyse) mit überdurchschnittlichem Wahlergebnis der BVP befinden sich 16 bürgerliche, 2 gemischte und nur 4 sozialistische Stimmbezirke. Dabei überschritt der Anteil der Katholiken nur in 3 dieser 16 bürgerlichen Stimmbezirke bis zu knapp 2 Prozent den Durchschnitt der Stadt von 26,4 Prozent, in allen übrigen lag er darunter. Unter den 15 Stimmbezirken mit überdurchschnittlichem Anteil der Katholiken hatten die 3 bürgerlichen Stimmbezirke den niedrigsten nur knapp überdurchschnittlichen Anteil. Bei den anderen 12 Stimmbezirken, darunter die ausnahmsweise in die Wahlanalyse einbezogenen 4 Stimmbezirke, handelt es sich um sozialistische Stimmbezirke. Zwar überschritt das relative Wahlergebnis der BVP auch in diesen Stimmbezirken den Durchschnittswert von 5,4 Prozent, sie weisen jedoch durchwegs eine außerordentliche Diskrepanz zwischen dem Bevölkerungsanteil der Katholiken und dem BVP-Wahlergebnis auf. Diese Diskrepanz läßt sich wieder prozentual ausdrücken ⁷⁰:

⁷⁰ Der Einwand Diederichs, Empirische Wahlforschung, S. 37f. daß bei einem Vergleich der Ergebnisse zweier Wahlen mit Hilfe dieser Methode die Veränderungen der Wählerschaft unberücksichtigt bleiben, gilt auch hier, da zwischen der Volkszählung von 1925 und der Wahl immerhin 3 Jahre liegen. Um diesen berechtigten Bedenken so weit wie möglich Rechnung zu tragen, wurden von vorneherein die Stimmbezirke mit starken Veränderungen der Wählerschaft nicht in die Wahlanalyse einbezogen. Auf die Wiedergabe der weniger anschaulichen Indexziffern wurde hier verzichtet.

Das Verhältnis der katholischen Bevölkerung (am 16. 6. 1925) zu den BVP-Stimmen (am 20. 5. 1928)

bürgerliche Stimmbezirke		sozialistische Stimmbezirke	
Bezirk	BVP wählende Katholiken in %	Bezirk	BVP wählende Katholiken in %
17	34,1	4	21,6
22	26,7	5	14,6
23	27,0	6	10,3
24	29,3	7	9,4
25	21,1	8	15,4
31	23,8	9	22,0
32	25,4	10	16,3
33	31,1	11	19,6
34	39,5	12	8,3
35	24,4	13	15,5
36	46,5	14	13,0
37	32,9	15	7,5
38	24,6	16	14,5
39	33,1	19	19,7
40	22,7	20	26,4
41	25,3	28	21,4
42	21,3	29	12,0
52	34,3	30	15,7
56	29,5	43	16,3
60	28,3	44	16,1
		46	23,0
		47	16,0
		48	7,6
		49	10,6
		50	10,6
		53	16,0
		58	22,5

Für die Stadt Fürth insgesamt beträgt der Anteil der BVP wählenden Katholiken 20,4 Prozent. In allen bürgerlichen Stimmbezirken lag der prozentuale Anteil der BVP wählenden Katholiken über dem Durchschnitt und übertraf damit die meisten sozialistischen Stimmbezirke, zum Teil sogar ganz erheblich. Die BVP schnitt demnach, am Bevölkerungsanteil der Katholiken, ihrem Wählerpotential gemessen, in den bürgerlichen Stimmbezirken weitaus besser ab als in den sozialistischen Stimmbezirken. Von geringen Schwankungen abgesehen, bleibt es bis 1933 bei diesem Verhältnis der BVP zur katholischen Wählerschaft in den

gruppierten Stimmbezirken ⁷¹. Es kann deshalb keinem Zweifel unterliegen, daß die BVP in der gesamten hier beobachteten Phase der Weimarer Republik im katholischen Bürgertum mehr Anhänger fand als in der katholischen Arbeiterschaft Fürths. Es bestätigt sich damit, soweit sie die bürgerlichen Schichten betrifft, die allgemeine Feststellung, daß "sich die BVP in der Hauptsache ... auf die bürgerlichen und bauerlichen Bevölkerungsschichten Bayerns" stützte ⁷².

Mit einer Ausnahme konnten darüber hinaus keine weiteren - positiven wie negativen - Zusammenhänge zwischen dem Bevölkerungsanteil der katholischen Wählerschaft und ihren politischen Entscheidungen nachgewiesen werden. Auf die Wahlbeteiligung blieb die katholische Konfessionszugehörigkeit ohne Einfluß ⁷³. Auch die Wahlergebnisse der

71 Es erübrigt sich, die Prozentsätze im einzelnen wiederzugeben. Nur in den Stimmbezirken 24, 37, 38 und 39 konnte die BVP am 31. 7. 1932 ihr relatives Wahlergebnis um 3 bis 6,7 Prozent verbessern. Dieser aus dem Rahmen fallende Zuwachs der BVP ist nicht auf eine zusätzliche Aktivierung von Katholiken, sondern nach den Ergebnissen der übrigen Parteien in diesen Stimmbezirken den hohen Verlusten der Deutschen Staatspartei zu danken. Vgl. S. 111, Anm. 53. Ein Stimmenzuwachs von der Dt. Staatspartei ist wahrscheinlicher als von der Wirtschaftspartei, die hier auch hohe Verluste (3,5 bis 8,6 %) hinnehmen mußte, in vielen anderen Stimmbezirken jedoch dasselbe Schicksal erlitt, ohne daß die BVP gleichzeitig deutlich gewonnen hätte wie in diesen 4 Stimmbezirken.

72 Schönhoven, Die Bayerische Volkspartei, S. 282. Ebenso Falk Wiesemann, Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/33, Berlin 1975, S. 49. Auch für das Zentrum nimmt Morsey, Der Untergang des politischen Katholizismus, S. 34, ein Überwiegen des mittelständischen Elementes an. Dies wird durch die Berechnungen Holzners, Parteien und Massen, S. 30 bestätigt. Zur Sozialstruktur des deutschen Katholizismus vgl. auch Bauer, Deutscher Katholizismus, S. 42.

73 Aus den 5 Rangziffern, die den Stimmbezirken für die Höhe der Wahlbeteiligung bei jeder Reichstagswahl von 1928 bis 1933 zu geben war, wurde die Durchschnittsziffer errechnet, nach der wiederum eine Rangreihe der durchschnittlichen Wahlbeteiligung gebildet werden konnte. Zwischen der auf diese Weise gekennzeichneten Wahlbeteiligung und dem Bevölkerungsanteil der Katho-

Wirtschaftspartei und der DDP stehen in keinem Zusammenhang mit der Stärke der katholischen Bevölkerung⁷⁴. Das gleiche gilt in den meisten Stimmbezirken für den Zusammenhang zwischen dem Anteil der Katholiken und dem relativen Wahlergebnis der NSDAP; ein durchgehender Zusammenhang ist jedenfalls nicht nachweisbar. Lediglich von den wenigen Stimmbezirken mit extrem hohem zu den ebenfalls wenigen Stimmbezirken mit sehr niedrigem Anteil der Katholiken läßt sich ähnlich wie bei der DNVP eine steigende Tendenz der NSDAP-Wahlergebnisse feststellen. Dieser andeutungsweise sichtbare negative Zusammenhang zwischen Katholikenanteil und NSDAP-Ergebnissen erklärt sich aber möglicherweise aus der sozialen Struktur der Stimmbezirke; denn in den Stimmbezirken mit sehr hohem Anteil an Katholiken besteht ein gegensätzliches Verhältnis zwischen hohen SPD- und KPD-Ergebnissen und den relativ schlechten Resultaten der NSDAP. In der Mehrzahl der Stimmbezirke zeigen sich die Wahlergebnisse der beiden sozialistischen Parteien ohnehin unbeeinflußt vom Bevölkerungsanteil der Katholiken. In den (wenigen) Stimmbezirken mit hohem Katholikenanteil tritt allerdings ein Zusammenhang zwischen katholischer Konfessionszugehörig-

liken (ebenfalls in Rangziffern umgesetzt) errechnet sich $R = -0,01$, also praktisch gleich Null. Schauff, Die deutschen Katholiken, S. 58-60, stellt für die Wahlen zur Nationalversammlung und für die Reichstagswahlen von 1920 bis 1924 eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung der Katholiken fest (97 bis 98 % des Reichsdurchschnitts). Auf Fürth bezogen ergäbe dies maximal 360 katholische Stimmen weniger (3 % von 12 000), die insgesamt ohne Bedeutung sind. Schauff hat zudem die geringere Wahlbeteiligungsziffer in überwiegend katholischen Gebieten ermittelt; sie sind also für Fürth nicht repräsentativ.

⁷⁴ Der Bevölkerungsanteil der Katholiken wurde auf die relativen Wahlergebnisse der Parteien vom 20. 5. 1928 bezogen. In den Stimmbezirken mit hohem Katholikenanteil schnitten WP und DDP zwar recht schlecht ab. Gleich niedrige Wahlergebnisse sind jedoch auch in Stimmbezirken mit unterdurchschnittlichem Katholikenanteil festzustellen. Die Masse der 54 Stimmbezirke bildet in den - nicht wiedergegebenen - Streudiagramm eine Punktwolke. Für die DVP mußte wegen ihres sehr niedrigen Wahlergebnisses auf eine Nachprüfung verzichtet werden.

keit und Wahlentscheidung für die KPD deutlich hervor. Greift man nämlich aus den 54 Stimmbezirken der Wahlanalyse die 11 Stimmbezirke mit mehr als 26,4 Prozent Katholiken heraus, zeigt sich ein sehr starker positiver Zusammenhang zwischen katholischer Konfessionszugehörigkeit und KPD-Stimmen ⁷⁵. Unsere empirische Basis wäre allein nicht tragfähig für sichere und verallgemeinernde Feststellungen über einen derartigen Zusammenhang. Unser Ergebnis kann aber durchaus als Bestätigung früherer Beobachtungen über die Neigung radikalisierte katholischer Bevölkerungsschichten zur KPD gewertet werden ⁷⁶.

Die Feststellung, daß zwischen katholischer Konfessionszugehörigkeit und der Wahlbeteiligung wie der Wahlentscheidung für einzelne Parteien (WP, DDP und auch DNVP und NSDAP) kein positiver oder negativer Zusammenhang sichtbar wird, muß wörtlich genommen werden, da angesichts der (überwiegend) gleichmäßigen Verteilung der katholischen Bevölkerung ein derartiger Zusammenhang möglicherweise gar nicht zutage treten konnte. Das dürfte vor allem für die DNVP und NSDAP gelten. An der durchgehend großen Diskrepanz zwischen katholischer Wählerschaft und den Stimmen der BVP gibt es jedoch keinen Zweifel, wobei die bürgerlichen Wähler stärker motiviert waren, für die BVP zu stimmen, als die Arbeiterschaft.

⁷⁵ Den Anteil der Katholiken auf die KPD-Wahlergebnisse vom 6. 11. 1932 bezogen, errechnet sich für alle 54 Stimmbezirke der Wahlanalyse mit $R = + 0,33$ kein überzufälliger Zusammenhang. Für 11 Stimmbezirke mit mehr als 26,4 % Katholiken zeigt sich zwischen der Stärke der Katholiken und den Wahlergebnissen der KPD am 20. 5. 1928 sowie am 6. 11. 1932 mit $R = + 0,92$ bzw. $R = + 0,89$ ein sehr starker positiver Zusammenhang.

⁷⁶ Vgl. oben S. 102 f. Auch der Erklärungsversuch von Richard N. Hunt, *German Social Democracy 1918-1933*, New Haven/London 1964, S. 124 ff. läßt sich mit dem Fürther Ergebnis vereinbaren. Gestützt auf Lipsets Feststellung, daß Minderheiten wegen ihrer sozialen Diskriminierung politisch nach links neigen, rechnet Hunt auch mit der Möglichkeit, daß die deutschen Katholiken als Minderheit und wenn sie sich in der Minderheit befanden, zur KPD tendierten. Auch Holzer, *Parteien und Massen*, S. 25, konstatiert trotz einiger Bedenken eine stärkere Neigung der katholischen Arbeiterschaft zur KPD als zur SPD.

5. Das Wahlverhalten der evangelischen Bevölkerung Fürth's

Da die Stärke der übrigen Konfessionen und die Zahl der Konfessionslosen gering war, zeigt sich, abgesehen von den Stimmbezirken, in denen Juden in größerer Zahl wohnten, die Verteilung der rund 50 000 Protestanten Fürth's⁷⁷ als Umkehrung des Streuungsbildes der Katholiken. Von allen 64 Stimmbezirken hatten 52 einen protestantischen Bevölkerungsanteil zwischen 60 und 80 Prozent, lagen also ziemlich dicht um den arithmetischen Mittelwert von 68,4 Prozent. Nur in je einem Stimmbezirk wohnten mehr als 80 bzw. 90 Prozent Protestanten, weniger als 60 Prozent nur dort, wo Katholiken oder Juden besonders stark vertreten waren⁷⁸. Die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen evangelischer Konfessionszugehörigkeit und Wahlentscheidung leidet deshalb unter der gleichen Schwierigkeit, die schon im vorigen Abschnitt aufgetreten ist. Die Unterschiede in der konfessionellen Struktur der Stimmbezirke sind zu gering, um auf ein Hervortreten der Zusammenhänge mit den Wahlergebnissen hoffen zu können, es sei denn, diese Zusammenhänge wären besonders stark gewesen⁷⁹.

Ebenso wenig wie von der Dichte der katholischen Bevölkerung zeigt sich die Wahlbeteiligung von der Stärke der evangelischen Bevölkerung beeinflusst⁸⁰. Von den Wahlergebnissen der Parteien hätten am ehesten die der

77 StDR, Bd. 401 (1930), S. 372.

78 Vgl. oben S. 108 und S. 116.

79 "Sozial oder wirtschaftlich gemischte Gebiete zeigen bei Korrelationen von Wahlstatistiken mit einzelnen Schichten nur schwer zu sichernde Ergebnisse." Diederich, Empirische Wahlforschung, S. 69. Das gleiche dürfte für konfessionell gemischte Gebiete gelten.

80 $R = + 0,02$. Bei der Berechnung des Koeffizienten wurde das oben S. 120, Anm. 73 bereits beschriebene Verfahren angewandt.

DNVP als der "ausgeprägtesten protestantischen Partei" ⁸¹ eine Abhängigkeit von der Zahl der evangelischen Wähler aufweisen müssen. Durch die Korrelationsrechnung ist dieser Zusammenhang für Fürth nicht nachweisbar ⁸², und zwar deshalb, weil das Wahlergebnis, d.h. die Wahlentscheidung wesentlich von der sozialen Struktur der Stimmbezirke abhängig war. Das zeigt eine nähere Betrachtung der Korrelationsrechnung: Die meisten sozialistischen Stimmbezirke hatten starke evangelische Mehrheiten. Hier hatte die DNVP aber, gemessen an der Dichte der evangelischen Bevölkerung, zu geringe Stimmenanteile. Umgekehrt waren die DNVP-Wahlergebnisse in den bürgerlichen Stimmbezirken wesentlich höher, als es nach dem Anteil der Protestanten im Falle einer stärkeren positiven Korrelation zu erwarten gewesen wäre ⁸³. Deshalb war es naheliegend, die Korrelationsrechnung je gesondert für die bürgerlichen und die sozialistischen Stimmbezirke durchzuführen. Aber auch dabei wird ein durchgehender überzufälliger Zusammenhang zwischen den beiden Variablen nicht sichtbar ⁸⁴. Ebensowenig erfolgreich war der

81 Schauff, Die deutschen Katholiken, S. 131. Auch Holzer, Parteien und Massen, S. 42 f., bestätigt den Einfluß der konfessionellen Struktur auf die Stärke der DNVP. Die wichtigere Rolle schreibt er jedoch den politischen Traditionen zu.

82 Für die Stärke der Protestanten am 16. 6. 1925 und die relativen Wahlergebnisse der DNVP am 20. 5. 1928 errechnet sich für die 54 Stimmbezirke der Wahlanalyse $R = + 0,01$. Da die späteren Wahlergebnisse der DNVP für eine Korrelationsrechnung zu niedrig waren, wurde zur Absicherung dieses Ergebnisses der protestantische Bevölkerungsanteil auf die höheren relativen Wahlergebnisse der DNVP vom 7. 12. 1924 bezogen; auch hier das gleiche Ergebnis: $R \pm 0$.

83 Die Beurteilung erfolgt nach den Rangplatzdifferenzen. Wenn jeder der 54 Stimmbezirke für seinen protestantischen Bevölkerungsanteil und das DNVP-Wahlergebnis innerhalb der beiden Rangreihen den gleichen Platz einnähme, die Rangplatzdifferenzen also gleich Null werden, bestünde ein "idealer" positiver Zusammenhang in dieser Korrelationsrechnung. Von diesem vollständigen Zusammenhang ausgehend, können die Rangplatzdifferenzen und damit die Stärke der Abweichungen in den nicht-korrelierenden Stimmbezirken beurteilt werden.

84 In den 27 sozialistischen Stimmbezirken errechnet sich $R = + 0,39$, in den 20 bürgerlichen Stimmbezirken $R = + 0,10$. In beiden Stimmbezirksgruppen weicht jeweils ein Viertel der Stimmbezirke (7 bzw. 5) sehr stark ab, so daß kein überzufälliger Zusammenhang zustande kommt.

Versuch, in Korrelationsrechnungen mit den 34 Stimmbezirken (von 54) mit mehr als 68,4 Prozent Protestanten und mit den 24 Stimmbezirken (von 54) mit mehr als 11,4 Prozent DNVP-Stimmen am 20. Mai 1928 die Abhängigkeit des DNVP-Wahlergebnisses vom Bevölkerungsanteil der Protestanten statistisch nachzuweisen⁸⁵. Auch hier wieder die Beobachtung: Unter den Stimmbezirken mit überdurchschnittlichem evangelischem Bevölkerungsanteil haben die sozialistischen ein schlechteres, die bürgerlichen Stimmbezirke ein besseres DNVP-Ergebnis, als es dem Anteil an Protestanten entspricht. In den meist bürgerlichen Stimmbezirken mit mehr als 11,4 Prozent DNVP-Stimmen am 20. Mai 1928 tritt der Zusammenhang allerdings nur deshalb nicht hervor, weil 4 Stimmbezirke sehr stark abweichen⁸⁶.

Die allgemein konstatierte Bevorzugung der DNVP durch evangelische Wähler kann für die Stadt Fürth mit der angewandten statistischen Methode nicht bestätigt werden. Nur für die bürgerlichen Stimmbezirke der Stadt brachte die Untersuchung dafür einen begründeten Hinweis. Gerade die gegenseitige Neutralisierung der sozialistischen und der bürgerlichen Stimmbezirke in der Korrelationsrechnung zeigt aber, daß das DNVP-Wahlergebnis in seiner Höhe wesentlich stärker von der sozialen Struktur der Stimmbezirke bestimmt war, als von deren konfessionellen Zusammensetzung. Danach ist es keineswegs überraschend, daß durch die Korrelationsrechnung ein Einfluß der evangelischen Konfessionszugehörigkeit

85 In den 34 Stimmbezirken mit überdurchschnittlichem Anteil der Protestanten errechnet sich $R = + 0$, in den 24 Stimmbezirken mit überdurchschnittlichem DNVP-Stimmenanteil $R = + 0,36$; das ist für $n = 24$ ebenfalls kein überzufälliger Zusammenhang.

86 Und zwar haben 3 Stimmbezirke trotz der Stärke der Juden oder der relativen Stärke der Juden und der Katholiken wesentlich höhere DNVP-Anteile, als es der Stärke der Protestanten entspricht. Im vierten Stimmbezirk, der stark protestantisch war, verteilten sich die bürgerlichen Stimmen stärker auch auf die anderen bürgerlichen Parteien.

der Wähler auf ihre Wahlentscheidung für die NSDAP nicht nachzuweisen ist ⁸⁷. Auch hier scheint die Konfessionszugehörigkeit nicht der primäre Bestimmungsfaktor der Wahlentscheidung gewesen zu sein. In den sozialistischen Stimmbezirken mit starken evangelischen Mehrheiten lag die NSDAP weit unter, in den bürgerlichen Stimmbezirken aber deutlich über dem Niveau, das nach den Anteilen der evangelischen Bevölkerung im Falle eines positiven Zusammenhanges zu erwarten wäre. Aber selbst wenn man die "störenden" sozialistischen Stimmbezirke mit starken protestantischen Mehrheiten in der Annahme aus der Analyse herausnimmt, daß in den bürgerlichen und in den katholischen sozialistischen Stimmbezirken der vermutete positive Zusammenhang zwischen evangelischer Konfessionszugehörigkeit und Wahlentscheidung für die NSDAP zutage treten wird, ergibt die Korrelationsrechnung nur einen schwach positiven Zusammenhang ⁸⁸.

Einen recht hohen Anteil protestantischer Wähler hatte nach Schauffs Berechnungen auch die SPD ⁸⁹. Für alle 54 Stimmbezirke unserer Wahlanalyse ergibt sich

87 Die relative Stärke der Protestanten am 16.6.1925 wurde jeweils auf die relativen Wahlergebnisse der NSDAP a) vom 14. 9. 1930, b) vom 31. 7. 1932 und c) vom 5. 3. 1933 bezogen mit dem Ergebnis $R = a) + 0,05$, b) $+ 0,03$, c) $+ 0,10$. In keinem Fall ergibt sich ein überzufälliger Zusammenhang.

88 $R = + 0,41$. Deutlicher bestätigt wird dieser Zusammenhang durch die Berechnungen von Thomas Childers, *The Social Bases of the National Socialist Vote*, in: *Journal of Contemporary History* 11 (1976), H. 4, S. 26 f., 39.

89 Schauff, *Die deutschen Katholiken*, S. 131 ff. Schon R. Blank, *Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft*, S. 511 f., 523 konstatierte die erheblich stärkere Stellung der SPD in evangelischen Gebieten im Vergleich zu den katholischen Gebieten. Auch Alois Klöcker, *Die Konfession der sozialdemokratischen Wählerschaft 1907*, München-Gladbach 1913, passim, zusammenfassend S. 122, stellte für die Reichstagswahl 1907 eine ausgeprägte Neigung der evangelischen Wähler zur SPD fest.

jedoch zwischen der Stärke der protestantischen Bevölkerung und den relativen Wahlergebnissen der SPD am 20. Mai 1928 kein überzufälliger Zusammenhang⁹⁰. Tatsächlich liegt aber für die Mehrzahl dieser Stimmbezirke ein mittelstarker positiver Zusammenhang vor, der allerdings in der Korrelationsrechnung durch acht sehr stark abweichende Stimmbezirke verdeckt wird, aber im Streuungsbild eindeutig hervortritt. Ohne diese 8 Stimmbezirke, von denen fünf (Nr. 46 - 50) trotz eines starken Katholiken- und dementsprechend relativ schwachen Protestantenanteils aufgrund ihrer sozialen Struktur ein sehr hohes SPD-Wahlergebnis, weitere drei (Nr. 60, 61, 63) trotz hoher Anteile an Protestanten wegen ihres bürgerlichen bzw. agrarischen Charakters besonders schwache SPD-Ergebnisse hatten, errechnet sich bei den übrigen 46 Stimmbezirken der Wahlanalyse ein mittelstarker positiver Zusammenhang von $R = + 0,69$, der fast unverändert ($R = + 0,67$) auch für die Reichstagswahl vom 5. März 1933 noch nachweisbar ist.

Geringer als zur SPD war die Neigung protestantischer Wähler zur KPD. Dieser Feststellung Schauffs⁹¹ entspricht auch das Ergebnis unserer Wahlanalyse. In der Gesamtheit der 54 Stimmbezirke zeigen sich nach dem Ergebnis der Korrelationsrechnung die KPD-Wahlergebnisse weder positiv noch negativ beeinflusst vom Anteil der evangelischen Bevölkerung. Selbst ohne die "Ausreißerbezirke", die hier ebenso stark wie bei den SPD-Ergebnissen abweichen, ergibt sich nur ein sehr schwacher positiver Zusammenhang⁹².

Diese Korrelationen zwischen evangelischer Wählerschaft und den Wahlergebnissen der beiden sozialistischen Parteien täuschen möglicherweise nur einen Zusammenhang

90 $R = + 0,27$.

91 Schauff, Die deutschen Katholiken, S. 131 ff.

92 Für alle 54 Stimmbezirke $R = + 0$, für die nach Herausnahme der "Ausreißer" verbleibenden 46 Stimmbezirke $R = + 0,46$.

vor; denn die meisten sozialistischen Stimmbezirke hatten starke evangelische Mehrheiten und gleichzeitig hohe Stimmenanteile für SPD und KPD, die aber primär nicht auf die konfessionelle, sondern auf die soziale Struktur der Bevölkerung zurückzuführen sind. Die Tatsache, daß die meisten sozialistischen Stimmbezirke auch starke evangelische Mehrheiten hatten, verdeckte beim Bezug der DNVP- und NSDAP-Wahlergebnisse auf den Anteil der Protestanten den vermuteten Zusammenhang.

Der Bezug der Religionszugehörigkeit auf die Wahlergebnisse brachte als Resultat den Nachweis einer starken Affinität der jüdischen Bevölkerung Fürths zur DDP und seit 1930 ihrer Abkehr von der DDP bzw. Deutschen Staatspartei zur SPD und auch zur BVP. Daneben zeigte sich, daß sich die - auch relativ gesehen - geringe Anhängerschaft der BVP in Fürth vorwiegend aus dem katholischen Bürgertum rekrutierte. Unter der katholischen Arbeiterschaft war - zumindest in manchen Stimmbezirken - eine stärkere Neigung zur KPD vorhanden. Darüber hinaus deuten sich Zusammenhänge zwischen dem Anteil der Protestanten und den Wahlergebnissen der NSDAP und der DNVP, aber auch mit denen der SPD an. Daß diese Zusammenhänge nicht klarer hervorgetreten sind und die Wahlanalyse insoweit nicht zu eindeutigen Resultaten geführt hat, kann drei Ursachen haben:

1. Die Stimmbezirke sind konfessionell zu stark gemischt, so daß die Konfession nicht eindeutig genug als Bestimmungsgrund des Wählerverhaltens hervortreten kann.
2. Wenn protestantische (Arbeiter)Wähler eine Neigung zur SPD hatten ⁹³, gleichzeitig aber die protestantischen bürgerlichen Wähler sich in stärkerem Maße der NSDAP zuwandten, können sich beide Beziehungen in unserer Korrelationsrechnung gegenseitig (zumindest teilweise) neutralisiert haben.
3. Dies legt den Schluß nahe, daß eben, abgesehen von den

⁹³ Schauff, Die deutschen Katholiken, S. 131;
 Mulert, Konfession und politische Parteistellung,
 S. 341.

Zentrums- bzw. BVP-Stimmen, weniger die Konfession der bestimmende Faktor für die Wählerentscheidung war, sondern dafür in erster Linie die soziale Stellung maßgebend war ⁹⁴.

⁹⁴ Blankenburg, Kirchliche Bindung und Wahlverhalten, S. 148, stellt - nach Abzug der Stimmen für die katholischen Parteien - mit Überraschung eine sehr ähnliche Verteilung der übrigen Stimmen (evangelische und Nicht-Zentrumsstimmen) auf die bürgerlichen und Arbeiterparteien fest.

VI. SOZIALE STELLUNG UND WAHLENTSCHEIDUNG

1. Überblick

Ohne Zweifel hat die soziale Stellung einen wesentlichen, wenn nicht den stärksten Einfluß auf die Wahlentscheidung. Entsprechende Untersuchungen haben dies immer wieder bestätigt. Lipset bezeichnet den "Parteienkampf" geradezu als Klassenkonflikt¹. Falsch wäre es allerdings, die Wahlentscheidung ausschließlich durch die Klassenzugehörigkeit oder Schichtenzugehörigkeit des Wählers determiniert zu sehen. Das Wahlverhalten ist nicht monokausal zu erklären, es unterliegt vielmehr komplexen Bedingungen und teilweise widerstreitenden Einflüssen². Wie sich die soziale Stellung (oder der sozioökonomische Status) durch objektive Kriterien wie Einkommen, Beruf, Lebenshaltung und durch die subjektive Selbsteinschätzung am exaktesten bestimmen läßt³, bedarf hier keiner weiteren Erörterung, da diese Wahlanalyse, bedingt durch die Quellenlage, sich darauf beschränken muß, die soziale Schichtung

¹ Lipset, Soziologie der Demokratie, S. 246.

² Lipset, Soziologie der Demokratie, S. 251 f. Ebenso Hirsch-Weber/Schütz, Wähler und Gewählte, S. 240 ff. Zum Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlentscheidung vgl. auch Bracher, Probleme der Wahlentwicklung, S. 50 ff. (mit vorsichtiger Skepsis in bezug auf die Deutung der Wahlentscheidung aufgrund der gewonnenen Korrelationen); Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus, S. 41, 105 ff.; ders. Social Movements, S. 212 ff.; Milatz, Wähler und Wahlen, S. 59; Lazarsfeld/Berelson/Gaudet, Wahlen und Wähler, S. 51 ff.; Tingsten, Political Behavior, S. 123 f.; Diederich, Empirische Wahlforschung, S. 18 f., 79, 84 f., 95, 137, 188, 201.

³ Hirsch-Weber/Schütz, Wähler und Gewählte, S. 240 ff.; Lazarsfeld/Berelson/Gaudet, Wahlen und Wähler, S. 51 ff.

der Fürther Bevölkerung allein durch deren Berufszugehörigkeit zu bestimmen. Eine stärkere Differenzierung der sozialen Schichtung wäre wohl wünschenswert. Aber auch der Bezug der Berufszugehörigkeit auf die Wahlergebnisse verspricht verwertbare Resultate, da sich soziale Stellung und Berufszugehörigkeit in starkem Maße gegenseitig bedingen⁴.

Für die Zeit der Weimarer Republik gibt es eine Fülle mehr oder weniger fundierter Hinweise auf die Parteipräferenzen der Arbeiter, der Angestellten, der Selbständigen, des Mittelstandes und insbesondere der Landwirtschaft. Der Erkenntnisstand ist aber weit davon entfernt, einen Überblick, gleichsam eine Topographie des Wahlverhaltens der sozialen Schichten zu vermitteln, geschweige denn von Wahl zu Wahl die soziale Zusammensetzung der Wählerschaft der Parteien quantitativ zu bestimmen. Derartige Berechnungen, ob global oder für kleinere Einheiten, sind in starkem Maße auf Schätzungen angewiesen. Die Ergebnisse der Korrelationsrechnungen wiederum bestätigen nur (oder verneinen) einen Zusammenhang und kennzeichnen seine Richtung und Strenge. Aussagen über die soziale Gliederung der NSDAP-Wähler werden vielfach durch Vergleichen der Wahlergebnisse der Parteien gewonnen⁵. Wenn aber dabei z.B. gefolgert wird, daß die NSDAP in sehr starkem Maße von Angehörigen des Mittelstandes gewählt wurde, weil die bürgerlichen Parteien gleichzeitig mit den NSDAP-Gewinnen starke Einbußen hatten, dann wird - durchaus zulässig nach allem, was man darüber weiß - vorausgesetzt,

4 Nach Hirsch-Weber/Schütz, Wähler und Gewählte, S. 243, wird die Berufszugehörigkeit als häufigstes Kriterium zur Bestimmung der sozialen Schichtung verwendet. Lazarsfeld/Berelson/Gaudet, Wahlen und Wähler, S. 205, Anm. 12, stellten eine ausgeprägte Korrelation zwischen SOB-Schicht und dem Beruf fest. Tingsten, Political Behavior, S. 124, hält die soziale Stellung der verschiedenen beruflichen Gruppen genügend bestimmt.

5 Wie auch in dieser Wahlanalyse. Vgl. oben S. 49 ff.

daß sich die Wählerschaft der bürgerlichen Parteien
größtenteils aus dem Mittelstand rekrutierte.

Da wir hier durch den Bezug der sozialen Schichtung
der gesamten Wählerschaft Fürths auf die Wahlergebnisse
der Parteien Einsichten über deren soziale Zusammen-
setzung gewinnen wollen, soweit dies nach der Quellen-
lage und mit den anwendbaren Methoden möglich ist,
können wir uns bei dem folgenden, der allgemeinen Orien-
tierung dienenden Überblick über die Sozialstruktur der
Parteien in der Endphase der Weimarer Republik haupt-
sächlich auf solche Untersuchungen beschränken, die
ihre Resultate nicht oder nicht allein aus dem Vergleich
der Wahlergebnisse, sondern tatsächlich durch den Rekurs
auf die soziale Schichtung der Wähler gewonnen haben ⁶.

Für die DNVP, DVP und DDP fehlen zwar derartige
spezielle Analysen. Die Sozialstruktur dieser Parteien
bzw. ihrer Wählerschaft ist jedoch für unsere Zwecke
zureichend mit der Feststellung beschrieben, daß sie
die protestantische Ober- und Mittelklasse repräsen-
tierten ⁷. Die DNVP hatte das Erbe der konservativen
Vorkriegsparteien angetreten, war aber nicht mehr auf
agrарische Interessen beschränkt, sondern drang auch
in hochkapitalistische und mittelständische Gruppen
in den Städten, also in die Domänen der liberalen Par-
teien ein. In vorwiegend katholischen Gebieten und in
den Arbeiterbezirken der Städte hatte die Partei wenig
Erfolg ⁸. In der DVP standen "den dominierenden groß-
bürgerlichen Vertretern, ... die kleineren Gruppen des
Mittelstandes, der Beamten und der Angestellten oder

6 Soweit derartige Analysen überhaupt vorhanden sind.

7 Chanady, The Disintegration of The German National
Peoples' Party, S. 65. Dies wird auf lokaler Ebene
bestätigt durch Kühr, Parteien und Wahlen im Stadt-
und Landkreis Essen, S. 187 ff., 232 f.

8 S. Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik, S. 61,
63; Chanady, The Disintegration of the German
National Peoples' Party, S. 66 ff.; Tormin, Geschichte
der deutschen Parteien, S. 151 f. Dazu auch: Holzer,
Parteien und Massen, S. 37 ff.

gar nur einige 'Konzessionsschulzen' aus der Arbeiterschaft und den landwirtschaftlichen Kreisen gegenüber" ⁹. Die DDP vertrat eine breite Schicht des alten und des neuen Mittelstandes. Sie umfaßte aber kapitalistische Kreise (Hansabund) ebenso wie die in den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmerinteressen. Die dadurch bedingten Spannungen vergrößerten sich naturgemäß, als sich der gewerbliche Mittelstand von der Partei ab- und (zunächst) den Interessenparteien zuwandte ¹⁰. Die Wirtschaftspartei vertrat den selbständigen städtischen Mittelstand, die kleinen Handwerker, Gewerbetreibenden, Gastwirte sowie Haus- und Grundbesitzer, die sich aus Protest von den bürgerlichen Parteien, DNVP, DVP und DDP abwandten ¹¹. Anders als das Zentrum, das mit dem Kitt der katholischen Weltanschauung starke soziale Gegensätze zusammenhielt ¹² und auch in der organisierten katholischen

9 Hans Booms, Die Deutsche Volkspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 524; vgl. auch S. Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik, S. 55 f., 213 ff.; Tormin, Geschichte der deutschen Parteien, S. 176 f., 213 ff.

10 S. Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik, S. 51; Erich Matthias und Rudolf Morsey, Die Deutsche Staatspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, S. 36 f.; Tormin, Geschichte der deutschen Parteien, S. 144 f., 179; Attila Chanady, The Dissolution of the German Democratic Party in 1930, in: The American Historical Review 73 (1967/68), S. 1437 ff. Zur Sozialstruktur der DDP- und DVP-Wähler auch Holzer, Parteien und Massen, S. 35 u. 85.

11 Martin Schumacher, Mittelstandsfront und Republik. Düsseldorf 1972, S. 25 ff., 70, 100 (Franken als Stützpunkt der WP), 105, insbesondere 112, 204; auch S. Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik, S. 67; Tormin, Geschichte der deutschen Parteien, S. 161; Peter Wulf, Die politische Haltung des schleswig-holsteinischen Handwerks 1928 - 1932, Phil. Diss. Kiel 1967, S. 47, 54; Kühr, Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen, S. 251.

12 S. Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik, S. 44; Morsey, Die deutsche Zentrumspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, S. 283 f.; Josef Becker, Die Deutsche Zentrumspartei 1918 - 1933, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 11/68, S. 7; Grebing, Zentrum und katholische Arbeiterschaft, S. 4 f., 299; Lepsius, Extremer Nationalismus, S. 32.

Arbeiterschaft vor allem im Rhein-Ruhr-Gebiet und in Schlesien viele Anhänger hatte ¹³, verfügte die DVP nur über einen relativ schwachen Arbeiterflügel und wandte sich hauptsächlich an die katholischen bürgerlichen und bauerlichen Bevölkerungsschichten Bayerns ¹⁴.

SPD und KPD stützten sich beide weitgehend auf die gleichen Wählerschichten. Das zeigte auch schon unsere Analyse der Reichstagswahlergebnisse Fürths von 1928 bis 1933. Die sozialistischen Parteien (SPD, KPD und zunächst auch die USP) waren überall dort stark, wo die organisierten Arbeiter einen großen Anteil der Bevölkerung stellten, der Mittelstand dagegen relativ schwach vertreten war. Loomis und Beegle errechneten zwischen dem Bevölkerungsanteil der Arbeiter (1925) und den relativen Wahlergebnissen der sozialistischen Parteien (1932) starke positive Korrelationen, und zwar für Schleswig-Holstein + 0,88, Hannover + 0,82 und Bayern + 0,66 ¹⁵. Die gleiche Tendenz stellte A. Weber in den protestantischen und gemischten Gemeinden Badens und Hessens fest ¹⁶.

Die SPD war jedoch in der Weimarer Republik keine ausschließliche Klassenpartei des industriellen Proletariats mehr ¹⁷. Schon 1903 stammten schätzungsweise

¹³ Schönhoven, Die Bayerische Volkspartei, S. 282; Grebing, Zentrum und katholische Arbeiterschaft, S. 291 f.; Plum, Gesellschaftsstruktur und politisches Bewußtsein, S. 74 f.

¹⁴ Schönhoven, Die Bayerische Volkspartei, S. 282, 53, 80 ff.; Grebing, Zentrum und katholische Arbeiterschaft, S. 19, 86; Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, S. 58 f.; vgl. auch oben S. 119 f.

¹⁵ Loomis/Beegle, The Spread of German Nazism, S. 729, 732; vgl. auch Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus, S. 111.

¹⁶ Zur Definition der "gemischten Gemeinden" vgl. oben S. 61, Anm. 30. "In den katholischen Gemeinden dagegen dominiert das Zentrum." A. Weber, Soziale Merkmale der NSDAP-Wähler, S. 126. Vgl. auch Franz, Die politischen Wahlen in Niedersachsen, S. 62 und Kühr, Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen, S. 191.

¹⁷ Hunt, German Social Democracy, S. 130; ebenso S. Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik, S. 32.

19 Prozent der SPD-Stimmen von Wählern der Mittelklasse¹⁸. Obwohl die SPD die 1918/19 gewonnenen bäuerlichen und kleinbürgerlichen Stimmen später wieder verlor, muß ihr nichtproletarischer Stimmenanteil dennoch höher als in der Vorkriegszeit geblieben sein, da sich ihre Verluste an die KPD fast ausschließlich aus der industriellen Arbeiterschaft zusammensetzten¹⁹. Neisser, der versuchte, die soziale Schichtung der Wählerschaft der sozialistischen Parteien und der Nationalsozialisten nicht nur tendenziell, sondern auch quantitativ zu bestimmen, rechnet für die Reichstagswahl 1930 unter den SPD-Wählern nur noch mit 60 Prozent Industriearbeitern²⁰. Unter Berücksichtigung der Landerbeiterstimmen kann die SPD danach bis zu 30 Prozent ihrer Stimmen aus kleinbürger-

18 Nicht 25 % wie Hunt, German Social Democracy, S. 128 f. unter Berufung auf R. Blank angibt. Auf mindestens 25 % bezifferte Blank den Anteil der "bürgerlichen Elemente" bei den Reichstagswahlen 1893 und 1898. Für die meisten Großstädte hielt er 1903 allerdings sogar bürgerliche Stimmenanteile von einem Drittel bis zur Hälfte für wahrscheinlich. Vgl. R. Blank: Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 20 (1905), S. 518 ff., 527. Bei der Beurteilung dieser Zahlen muß man berücksichtigen, daß Blank auf reine Schätzungen angewiesen war, wenn er vor allem für den Anteil der katholischen, aber auch der evangelischen Arbeiter, die nicht für die SPD stimmten, zunächst ein Drittel der Arbeiterstimmen absetzte. Blank erwartete in bezug auf die Entwicklung der SPD eine weitere Abschwächung und Neutralisierung ihres Klassencharakters und Entwicklung zu der Volkspartei, "in der sich die demokratischen Elemente verschiedener sozialer Klassen ... vereinigt haben ...". A.a.O., S. 528, 539, 547, 550 (Zitat). Der Aufsatz von Theodor Buddeberg, Das soziologische Problem der Sozialdemokratie, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 49 (1922), S. 108 - 132, enthält keine statistischen Angaben über die Sozialstruktur der SPD-Wählerschaft.

19 Hunt, German Social Democracy, S. 129. Ohne nähere Begründung behauptet dagegen Sten S. Nilson, Wahlsoziologische Probleme des Nationalsozialismus, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 110 (1954), S. 294, die SPD sei "eine Partei der Industriearbeiter, mit einigen Anhängern aus dem städtischen Mittelstande, aber ohne Einfluß außerhalb der Städte und Industriezentren" geblieben.

20 Hans Neisser, Sozialstatistische Analyse des Wahlergebnisses, in: Die Arbeit 7 (1930), S. 658.

lichen Schichten, d.h. von unteren Beamten und von Angestellten mit geringem Einkommen, von Hausangestellten, Sozialrentnern, Kleinbauern und Handwerkern sowie Kaufleuten im Alleinbetrieb erhalten haben ²¹. Ähnlich war offensichtlich auch die Mitgliedschaft der SPD strukturiert ²².

Im Gegensatz zur SPD war die KPD noch eine ausgesprochene Klassenpartei ²³. Neisser nahm an, daß sich die Wählerschaft der KPD am 14. September 1930 fast ausschließlich aus Industriearbeitern zusammensetzte ²⁴. Diese Annahme wird gestützt durch die allerdings bereits 1927 von der KPD selbst ermittelte Sozialstruktur ihrer Mitgliedschaft ²⁵:

Gelernte Industriearbeiter	39,92 %
Ungelernte Industriearbeiter	28,18 %
Industriearbeiter insgesamt	68,10 %
Handwerkliche und gewerbliche Arbeiter	9,57 %

²¹ Vgl. auch Hunt, German Social Democracy, S. 129 f. mit einer auf Neisser gestützten prozentualen Aufteilung der kleinbürgerlichen Stimmen auf Angestellte, Beamte, selbständige Handwerker und Geschäftsleute, Kleinbauern und Rentner. Wie bei Neisser läßt sich seine Berechnung nicht vollständig nachprüfen.

²² S. Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik, S. 33. Zu bedenken ist jedoch, daß die 17,1 % Hausfrauen dieser Stichprobe (veröffentlicht im Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1930, S. 194; vgl. auch Hunt, German Social Democracy, S. 103) zum größeren Teil den Arbeitern hinzuzurechnen sind und damit deren Anteil sich auf 70 - 75 % erhöht. Bei der Wiedergabe der Neisserschen Schätzung der bürgerlichen SPD-Stimmen an gleicher Stelle mit 40 % übersah Neumann, daß Neisser mit 60 % den Anteil der Industriearbeiter bestimmte, unter Berücksichtigung der Landarbeiter der Anteil der bürgerlichen Stimmen folglich nicht 40 % sein konnte.

²³ S. Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik, S. 94.

²⁴ 4,4 Millionen von insges. 4,6 Mill. Stimmen. Neisser, Sozialstatistische Analyse, S. 658.

²⁵ Wienand Kaasch, Die soziale Struktur der Kommunistischen Partei Deutschlands, in: Die kommunistische Internationale Jg. 9 (1928), S. 1052. S. auch Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Frankfurt a. Main 1969, Bd. 1, S. 282 u. Bd. 2, S. 27 sowie Siegfried Bahne, Die KPD und das Ende von Weimar, Frankfurt a. Main/New York 1976, S. 15 f.

Landwirtschaftliche Arbeiter	2,21 %
Bauern	0,10 %
Mittelstand (mittlere Beamte, freie Berufe und Kleingewerbetreibende)	2,21 %
Untere Beamte	0,70 %
Handlungsgehilfen	1,73 %
In Arbeiterorganisationen Beschäftigte	2,61 %
In Partei- oder ähnlichen Betrieben Beschäftigte	1,64 %
Sonstige (Hausfrauen usw.)	11,13 %

Da mit Sicherheit der größte Teil (der nicht gesondert erfaßten) Hausfrauen in der KPD der Arbeiterschaft zuzurechnen ist, kamen aus der Arbeiterschaft aller Wirtschaftsabteilungen mehr als 80 Prozent der KP-Mitglieder. Hinter der KPD standen, soweit diese Zahlen auch für die Wählerschaft gelten können, keineswegs nur ungelernte Arbeiter oder Lumpenproletarier, sondern ein sehr hoher Prozentsatz gelernter Arbeiter²⁶. Allerdings wuchs der Anteil an Arbeitslosen im Verlauf der Wirtschaftskrise sehr stark an: Bei der Reichskontrolle im Jahre 1927 waren 21,6 Prozent der KP-Mitglieder erwerbslos²⁷, 1930 waren es bereits 40 Prozent, 1931 sogar 78 bis 80 Prozent. Im gleichen Ausmaß reduzierte sich der Anteil der Betriebsarbeiter in der Partei bis 1932 bis auf 11 Prozent²⁸.

Die Gewinne der NSDAP gingen zunächst in der Hauptsache auf Kosten der bürgerlichen Parteien (DNVP, DVP, DDP), dann (1932) auch zu Lasten der Interessenparteien des Mittelstandes. Von der Linken sind zwar Verluste an die NSDAP zu registrieren, die Arbeiter, insbesondere die

26 S. Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik, S. 94; Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, 3. unveränderte Auflage, Frankfurt/Main 1973, S. 240, 314; Tormin, Geschichte der deutschen Parteien, S. 158.

27 Kaasch, Die soziale Struktur der KPD, S. 1060. S. auch H. Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Bd. 1, S. 243.

28 Bahne, Die KPD und das Ende von Weimar, S. 15 f. Vgl. auch Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, S. 241; Tormin, Geschichte der deutschen Parteien, S. 209.

organisierten Industriearbeiter blieben aber auch während der Krise weitgehend immun gegen den Nationalsozialismus. Das gilt in noch stärkerem Maße für die katholischen Wähler des Zentrums und der BVP. Über die Tatsache, daß die NSDAP bereits seit 1930 vor allem von Angehörigen des Mittelstandes gewählt wurde, kann es trotz der oben diskutierten Auswirkungen der höheren Wahlbeteiligung²⁹ keinen Zweifel geben. "Alle bisher durchgeführten Regionalstudien erweisen ..., daß der nationalsozialistische Aufstieg nicht so sehr in Bereichen scharfen Klassengegensatzes, etwa zwischen Großbauern und ländlichem Proletariat, sondern vor allem in kleinbäuerlichen Agrargebieten und in kleinbürgerlichen Stadtbezirken erfolgte"³⁰. Zu diesem Ergebnis waren bereits die zeitgenössischen Beobachter der Wahlentwicklung gekommen³¹. Später angestellte Wahlanalysen haben wie schon Heberle mit Hilfe der Korrelationsrechnung

29 Vgl. S. 70 ff.

30 Bracher, Probleme der Wahlentwicklung, S. 73 f.; vgl. dazu auch: ders., Die deutsche Diktatur, S. 166 f.; Lipset, Soziologie der Demokratie, S. 150 ff.; Lepsius, Extremer Nationalismus, S. 8; S. Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik, S. 78; Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus, S. 66 f., 103, 114; ders., From Democracy to Nazism, S. 122; Holzer, Parteien und Massen, S. 95 f., 102; Dix, Die deutschen Reichstagswahlen, S. 37 f.; Franz, Die politischen Wahlen in Niedersachsen, S. 62; Kühr, Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen, S. 146, 155 f., 254, 275 f.; Schweitzer, Die Nazifizierung des Mittelstandes, S. 9; Scheunemann, Der Nationalsozialismus, S. 15 f., 20; McKibbin, The Myth of the Unemployed, S. 27; Mellen, The German People and the Postwar World, S. 620.

31 Svend Riemer, Zur Soziologie des Nationalsozialismus, in: Die Arbeit 9 (1932), S. 101 ff.; ders. Mittelstand und sozialistische Politik, in: Die Arbeit 9 (1932), S. 266 f.; Stephan, Zur Soziologie der NSDAP, in: Zeitschrift für Politik 20 (1931), S. 797 ff.; ders. Grenzen des nationalsozialistischen Vormarsches, ZfP 21 (1932), S. 576 ff.; ders., Die Parteien nach den großen Frühjahrswahlkämpfen, in: ZfP 22 (1933), S. 112; ders., Die Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932, in: ZfP 22 (1932), S. 355. Theodor Geiger, Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit 7 (1930), S. 647 f.

übereinstimmend festgestellt, daß die NSDAP-Wahlergebnisse mit dem Bevölkerungsanteil der Selbständigen (a-Personen der Berufszählung 1925) dagegen in einem positiven, mit dem Anteil der Arbeiter (c-Personen) in einem negativen Zusammenhang standen ³². Neisser schätzte, daß sich die NSDAP-Wählerschaft zu 15 bis 20 Prozent aus der industriellen Arbeiterschaft, zu 20 bis 25 Prozent aus der Landwirtschaft und die restlichen 55 bis 65 Prozent aus dem alten und neuen Mittelstand sowie Rentnern zusammensetzte. Da 1930 noch ein Teil des selbständigen Mittelstandes, Neisser rechnet mit 30 Prozent, an die Wirtschaftspartei gebunden war, nimmt er unter den Mittelstandswählern der NSDAP im Vergleich zu den Selbständigen ein Übergewicht der Angestellten und Beamten an ³³.

32 Loomis/Beegle, The Spread of German Nazism in Rural Areas, S. 729, errechneten für die Reichstagswahl 1932/I folgende Koeffizienten für die Korrelation zwischen den relativen NSDAP-Ergebnissen und dem Anteil der Selbständigen bzw. der Arbeiter: in Schleswig-Holstein: + 0,83 bzw. - 0,79; in Hannover: + 0,58 bzw. - 0,69; in Bayern allerdings: - 0,10 bzw. - 0,08. Ebenso unter Berufung auf Loomis/Beegle und Heberle McKibbin, The Myth of the Unemployed, S. 31. A. Weber, Soziale Merkmale der NSDAP-Wähler, S. 64 ff., referiert zunächst zusammenfassend die Ergebnisse der vorliegenden Wahlanalysen und bestätigt (S. 124 f., 134 f.) für die Reichstagswahl 1932/I durch eigene Berechnungen den negativen Zusammenhang zwischen dem Industriearbeiteranteil und dem relativen Wahlergebnis der NSDAP in den protestantischen und gemischten Gemeinden Badens und Hessens (während in den katholischen Gemeinden zwischen den beiden Variablen kein signifikanter Zusammenhang feststellbar war) und den positiven Zusammenhang zwischen dem Anteil der Selbständigen und den NSDAP-Anteilen. Auch die Berechnungen Pratts, The Social Basis of Nazism and Communism, bestätigen den positiven Zusammenhang zwischen dem Bevölkerungsanteil der a- und b-Personen (S. 117 ff., zusammenfassend S. 148) wie umgekehrt den negativen Zusammenhang zwischen c-Personen (S. 149 ff.) und dem Stimmenanteil der NSDAP.

33 Neisser, Sozialstatistische Analyse des Wahlergebnisses, S. 659. Childers, The Social Bases of the National Socialist Vote, S. 27, 40 ff. kommt zu dem entgegengesetzten Ergebnis. Vgl. unten S. 148, Anm. 62. Geiger, Panik im Mittelstand, S. 647, hält einen Arbeiteranteil von 15 bis 20 Prozent unter der NSDAP-Wählerschaft für viel zu hoch.

Eine andere Schätzung von Hans Jäger kommt zu ähnlichen Ergebnissen ³⁴. Die geschilderten globalen Zusammenhänge zwischen der Sozialstruktur und den Wahlergebnissen treten auch im regionalen und lokalen Rahmen zwar in starken, von der Konfession, der Wirtschaftsstruktur, der Größe der Städte und der politischen Tradition der Wahlgebiete abhängigen Differenzierungen, aber doch durchgängig in Erscheinung ³⁵.

Die These vom Nationalsozialismus als der politischen Bewegung des Mittelstandes führt Kele auf die sozialdemokratische und kommunistische Gegenpropaganda, deren Ideologie es nicht zugeben konnte, daß sich die Nationalsozialisten unter der Arbeiterklasse rekrutierten, sowie auf die Tatsache zurück, daß einige der ersten Analysen des Nationalsozialismus aus der Feder von Gelehrten mit einem marxistischen Vorurteil stammten. Wenn er zur Begründung seiner Behauptung zu den Arbeiterstimmen der NSDAP auch die der Angestellten, Handwerker und Landarbeiter hinzunimmt, geht seine Beweisführung ins Leere ³⁶; denn wenn eine weitgehende, aber keineswegs vollständige Resistenz der Arbeiterschaft gegenüber dem Nationalsozialismus konstatiert wird, dann gilt diese Aussage vor allem für die Industriearbeiter, an deren Widerstand gegen den nationalsozialistischen Sog es keinen Zweifel gibt ³⁷.

³⁴ Hans Jäger, in: Der rote Aufbau III. Jg. (1930), S. 529, 535, hier nach Scheunemann, Der Nationalsozialismus, S. 15, rechnet mit folgender Verteilung: 5,1 % "Bourgeoisie", 28,2 % Mittelstand und 27,4 % Angestellte, 17,8 % Bauern und 21,4 % Arbeiter.

³⁵ Vgl. dazu Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 568 ff.

³⁶ Kele, Nazis and Workers, S. 215 f. Das Heußzitat, auf das sich Kele hier außerdem beruft, wendet sich zwar unter Hinweis auf ein starkes Arbeiterkontingent in der NSDAP gegen die These vom Mittelstand als der sozialen Basis der NSDAP. Dieses "starke Kontingent" läßt sich aber durchaus mit den Schätzungen Neissers oder Jägers in Einklang bringen. Ein bestimmter Anteil an Arbeiterstimmen für die NSDAP wird ja in den Wahlanalysen nicht bestritten.

³⁷ Dieser Sachverhalt und daß die Masse der NSDAP-Gewinne von den Mittelklasseparteien und den nationalistischen

2. Die soziale Struktur der Bevölkerung Fürth

Eine Gegenüberstellung der prozentualen Verteilung der Fürther Bevölkerung und der des Deutschen Reiches auf die einzelnen Wirtschaftsabteilungen läßt Industrie und Handwerk als den Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit in Fürth deutlich hervortreten. Die Berufszugehörigen ³⁸ verteilen sich auf die Wirtschaftsabteilungen:

Wirtschaftsabteilung	Dt.Reich ³⁹ in %	Fürth ⁴⁰ in %
Land- und Forstwirtschaft usw.	23,0	2,0
Industrie und Handwerk	41,3	61,5
Handel und Verkehr	16,9	18,0
Verwaltung, Kirche, freie Berufe	5,1	7,1
Gesundheitswesen usw.	1,5	1,4
Häusliche Dienste usw.	3,1	2,9
Ohne Beruf und Berufsangabe	9,1	7,1

Parteien stammte, wurde übrigens auch von Kele, Nazis and Workers, S. 163, 207, 210, festgestellt. Zur Resistenz der Arbeiterschaft gegenüber dem Nationalsozialismus vgl. außer den Hinweisen auf Heberle, Loomis, Beegle, McKibbin und A. Weber (s. oben S. 139, Anm. 32.) auch Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 573; ders., Die deutsche Diktatur, S. 170; Scheunemann, Der Nationalsozialismus, S. 14 f.; Stephan, Zur Soziologie der NSDAP, S. 798; ders., Grenzen des nationalsozialistischen Vormarsches, S. 575 f.; ders., Die Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932, S. 356, 360. Für die Landtagswahlen 1932 hatte Stephan, Die Parteien nach den großen Frühjahrswahlkämpfen, S. 114, 116, allerdings stärkere Verluste der sozialistischen Parteien an die NSDAP festgestellt. Hans-Gerd Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Hannover/Frankfurt a. Main 1958, S. 38. Wichtig in diesem Zusammenhang ist Schumanns Bericht über den Mißerfolg der NSDAP bei den Betriebsrätewahlen im März 1933 (a.a.O., S. 66), wonach die NSDAP nach den ersten Ergebnissen dieser Wahlen nur 25 % aller Mandate gewann, die weiteren Wahlen deshalb verzögert und schließlich bis Ende des Jahres verschoben wurden.

38 Das sind die hauptberuflich Erwerbstätigen einschließlich ihrer Angehörigen ohne Hauptberuf.

39 StDR, Bd. 402 (1929), S. 216.

40 StDR, Bd. 408 (1931), S. 35 f.

Nach ihrer sozialen Schichtung bzw. ihrer Stellung im Beruf ⁴¹ gliedert sich die Bevölkerung(= Berufszugehörige):

Stellung im Beruf	Dt. Reich ⁴² in %	Fürth ⁴³ in %
Selbständige	20,9	19,0
Angestellte und Beamte	16,3	21,0
Arbeiter	42,6	48,1
mithelfende Familienangehörige	8,9	2,2
Hausangestellte	2,2	2,6
berufslose Selbständige	9,1	7,1

Einen erheblich höheren Bevölkerungsanteil als im Reichsdurchschnitt stellen in Fürth die Arbeiter sowie die Angestellten und Beamten. Da die Masse der mithelfenden Familienangehörigen zur Wirtschaftsabteilung A (Landwirtschaft usw.) gehörte ⁴⁴, ist diese Gruppe in Fürth nur sehr schwach vertreten. Geringer als im Reichsdurchschnitt waren auch die Anteile der Selbständigen und der Angehörigen der Wirtschaftsabteilung G (berufslose Selbständige), die sich zu drei Vierteln aus Rentnern zusammensetzte ⁴⁵.

Die weitergehende Wahlanalyse, die den Einfluß der sozialen (beruflichen) Stellung auf die Wahlentscheidung in den Stimmbezirken sichtbar machen will, konnte auf die Ergebnisse der Berufszählungen von 1925 und 1933

⁴¹ Die Gliederung der Erwerbstätigen in Selbständige, Angestellte, Arbeiter usw. "bringt im allgemeinen nur die betriebstechnische Über- oder Unterordnung zum Ausdruck, da andere wesentliche Merkmale der sozialen Schichtung wie das Einkommen, der Bildungsgrad, die gesellschaftliche Wertschätzung nicht berücksichtigt werden können". StDR, Bd. 402 (1929), S. 218. Die größte Uneinheitlichkeit weist dabei die Gruppe der Selbständigen auf, die den Großunternehmer, den "kleinen Handwerksmeister" wie den Hausgewerbetreibenden umfaßt. Ebenda.

⁴² StDR, Bd. 402 (1929), S. 218.

⁴³ StDR, Bd. 408 (1931), S. 121.

⁴⁴ Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, unveränderter reprografischer Nachdruck der Ausgabe Stuttgart 1932, Stuttgart 1967, S. 48.

⁴⁵ Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, S. 68.

nicht zurückgreifen. Die amtlichen Veröffentlichungen enthalten nur die Gesamtergebnisse der Stadt, das Urmaterial und die unveröffentlichten Arbeitstabellen sind durch Kriegseinwirkungen verloren gegangen ⁴⁶. Als einziger Ausweg, Zahlen über die berufliche Gliederung der Wählerschaft der einzelnen Stimmbezirke Fürth zu gewinnen, bot sich an, die Berufsangaben des Fürther Adreßbuches 1931 auszuwerten. Dabei wurden die dort aufgeführten Bewohner nach den jeweiligen Berufsangaben in die Systematik der amtlichen Berufszählungen eingeordnet. Dies gelang ohne Schwierigkeiten bei den Angestellten und Beamten (b-Personen) sowie den Arbeitern (c-Personen). Auch die Selbständigen (a-Personen) konnten meist entweder direkt oder mit Hilfe des Branchenverzeichnisses ermittelt werden ⁴⁷. Eine weitere Differenzierung nach Untergruppen (a 1, a 2 usw.), wie sie die Berufszählungen von 1925 und 1933 kannten, ließ das Quellenmaterial nicht zu. Ebenso ausgeschlossen war es, dem Vorbild Geigers zu folgen und das amtliche Ergebnis der Berufszählung 1925 oder gar die Auszählung der Erwerbstätigen in den Stimmbezirken nach dem Adreßbuch durch eine 'Tiefengliederung' mit der Unterscheidung von "kapitalistischen Existenzen", mittleren und kleineren Unternehmern, Proletaroiden sowie Lohn- und Gehaltsbeziehern höherer und minderer Qualifikation zu verfeinern ⁴⁸. Der Versuch, die c-Personen nach gelernten und ungelernten Arbeitern zu unterscheiden, mußte aufgegeben werden, weil die Einordnung zu oft unsicher blieb. Hausangestellte wurden zu den c-Personen gezählt. Nicht erfaßt sind die mithelfenden Familienangehörigen. Da bei Personen der Wirtschaftsabeilung G (ohne Beruf und ohne Berufsangabe) die Zuordnung als a-, b- oder c-Person zu

⁴⁶ Vgl. oben S. 108, Anm.44 .

⁴⁷ Zur Systematik der Berufszählung 1925 vgl. StDR, Bd. 402 (1929), S. 7 ff. Nur die Einordnung der Personen mit der Berufsbezeichnung "Kaufmann" war ohne zusätzliche Informationen mitunter nicht möglich.

⁴⁸ Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, S. 30 ff.

oft fraglich oder gänzlich ungewiß war, wurde dieser Personenkreis überhaupt nicht erfaßt.

Trotz der quellenbedingten Unvollständigkeiten einer solchen "statistischen Erhebung aus dem Adreßbuch" stützen sich unsere Ergebnisse auf eine hinreichend breite Basis von insgesamt 62 Prozent der Erwerbstätigen. Sie repräsentieren gleichzeitig rund 47 Prozent der Wahlberechtigten am 14. September 1930. Zwischen den amtlich ermittelten Berufszugehörigen und den aus dem Adreßbuch ausgezählten Erwerbstätigen ergibt sich eine - angesichts der zur Verfügung stehenden Quelle - überraschend große Übereinstimmung: Ohne Berücksichtigung der mithelfenden Familienangehörigen und der Berufslosen (Wirtschaftsabteilung G) verteilen sich die Berufszugehörigen nach dem amtlichen Ergebnis zu 21,0 Prozent auf a-Personen, zu 23,2 Prozent auf b-Personen und zu 55,8 Prozent auf c-Personen (einschließlich der Hausangestellten). Die Auszählung nach dem Adreßbuch ergab 24,6 Prozent a-Personen, 22,8 Prozent b-Personen und 52,6 Prozent c-Personen (einschließlich der Hausangestellten). Der ausgezählte höhere Anteil der Selbständigen und der entsprechend niedrigere der Arbeiter ist so zu erklären, daß im Adreßbuch ganz überwiegend nur der Haushaltsvorstand aufgeführt wird, weitere erwerbstätige Personen einer Familie also nicht oder nur selten in Erscheinung treten können. Infolgedessen sind in unserer Auszählung die Arbeiter gegenüber den Selbständigen unterrepräsentiert, da weitere erwerbstätige Familienmitglieder öfters in den Arbeiterhaushalten als in den Haushalten der Selbständigen zu finden sind ⁴⁹.

49 Das ergibt sich aus der amtlichen Statistik, wonach in Fürth wie im Deutschen Reich bei den Selbständigen der Anteil der Erwerbstätigen niedriger ist als der Anteil der Berufszugehörigen: in Fürth: Erwerbstätige 16,3 % : Berufszugehörige 21,0 %; im Dt. Reich: Erwerbstätige 17,3 % : Berufszugehörige 20,9 %. Bei den Arbeitern ist der Anteil der Berufszugehörigen niedriger als der der Erwerbstätigen, d.h. die Erwerbstätigenquote ist höher.

3. Soziale Stellung und Wahlentscheidung in Fürth

Bei einem Vergleich der sozialen Schichtung der Stimmbezirke mit ihren Wahlergebnissen zeigen sich sofort sehr deutliche von der sozialen Schichtung abhängige Parteipräferenzen. Das Schichtungsbild weist eine geradezu frappierende Parallelität der Anteile der c-Personen mit der Stärke der beiden sozialistischen Parteien auf. Die Stimmbezirke mit hohen Anteilen an c-Personen umfassen wie die sozialistischen Stimmbezirke ein zusammenhängendes Gebiet von Stimmbezirken mit einer Mehrheit von a- und b-Personen (Selbständige und Angestellte/Beamte) ⁵⁰.

Geht man der Frage nach, in welcher Weise die soziale Struktur der Stimmbezirke die Wahlbeteiligung beeinflußt hat, werden unsere früheren Feststellungen über die Wahlbeteiligung in den sozialistischen und bürgerlichen Stimmbezirken ⁵¹ bestätigt. Zwischen dem Anteil der c-Personen in den Stimmbezirken und der Wahlbeteiligung am 20. Mai 1928 besteht ein mittelstarker positiver Zusammenhang von $R = + 0,61$. Dieser Zusammenhang wird am 14. September 1930 mit $R = + 0,37$ deutlich schwächer. Gleichzeitig schwächt sich auch der zunächst ebenso starke negative Zusammenhang zwischen dem Anteil der a- und b-Personen und der Wahlbeteiligung ab; eine Folge des am 14. September 1930 stärkeren Stimmenzuwachses in den bürgerlichen Stimmbezirken, der durch den positiven Koeffizienten von $R = + 0,48$ für den Zusammenhang zwischen den a- und b-Personen und der relativen Zunahme der Wahlbeteiligung am 14. September 1930 wiederum bestätigt wird. Am 31. Juli 1932 verstärkt sich zwar noch

⁵⁰ Vgl. oben S. 56 f. Auch in den bürgerlichen Vororten westlich der Rednitz (Dambach, Unter- und Oberfürberg, Atzenhof, Stadelhof und Unterfarnbach) sind die a- und b-Personen in der Mehrheit. Nur der für die Stadt atypische Vorort Burgfarnbach (Vgl. oben S. 56, Anm. 21) zeigt trotz einer großen Mehrheit der Arbeiter (70,2 %) eine sehr ausgeprägte Neigung zur DNVP und ab 1930 zur NSDAP.

⁵¹ Vgl. oben S. 66 f. und S. 78 ff., S. 83.

einmal der positive bzw. negative Zusammenhang zwischen dem Anteil der c- bzw. der a- und b-Personen und der Wahlbeteiligung⁵². Nach einer erneuten Abschwächung beider Koeffizienten am 6. November 1932⁵³ kann am 5. März 1933 (bei $R = + 0,20$ bzw. $- 0,20$) von einem Zusammenhang nicht mehr gesprochen werden. Die Streuung der Wahlbeteiligung war am 5. März 1933 merklich geringer geworden. In den bürgerlichen Stimmbezirken war nämlich die Wahlbeteiligung stärker angestiegen, so daß praktisch keine Unterschiede mehr zu den sozialistischen Stimmbezirken bestanden⁵⁴.

Durch den Bezug des Arbeiteranteils in den Stimmbezirken auf die gemeinsamen relativen Wahlergebnisse von SPD und KPD wird für den schichtenspezifischen (oder Klassen-) Charakter der beiden sozialistischen Parteien ein sicherer empirischer Nachweis geführt. Die Korrelationsrechnung weist einen sehr starken positiven, bis 1933 nahezu unveränderten Zusammenhang zwischen den beiden Variablen aus⁵⁵. Entsprechend stark negativ verhalten sich die relativen Wahlergebnisse der bürgerlichen Parteien zu dem Bevölkerungsanteil der Arbeiter. Aber auch zwischen den relativen Wahlergebnissen der SPD allein und den Arbeiteranteilen an der Bevölkerung zeigt sich eine starke positive Beziehung, die sich in Abhängigkeit von den Gewinnen bzw. den Verlusten der KPD 1932/I und 1932/II abschwächt bzw. 1933 wieder verstärkt⁵⁶. Dementsprechend zeigt sich 1932/I und 1932/II bei der KPD ein stärkerer Zusammenhang mit dem Arbeiteranteil als bei der SPD⁵⁷. Wie die Wahlergebnisse der

52 Auf $R = + 0,60$ bzw. $- 0,60$. Vgl. dazu auch oben S. 84 f. über das Zurückbleiben der Wahlbeteiligung am 31.7.1932 in den bürgerlichen Stimmbezirken.

53 Auf $R = + 0,48$ bzw. $- 0,48$.

54 Vgl. oben S. 93 f.

55 1928: $+ 0,89$; 1930: $+ 0,91$; 1932/I: $+ 0,86$; 1932/II: $+ 0,89$; 1933: $+ 0,89$.

56 1928: $+ 0,86$; 1930: $+ 0,87$; 1932/I: $+ 0,72$; 1932/II: $+ 0,74$; 1933: $+ 0,82$.

57 1932/I: $+ 0,83$; 1932/II: $+ 0,84$.

sozialistischen Parteien vom Arbeiteranteil sind die der bürgerlichen Parteien vom Anteil der a- und b-Personen abhängig. Dies drückt sich in starken positiven, bis 1933 nur wenig veränderten Korrelationen aus ⁵⁸. Ihnen entsprechen wiederum die starken negativen Korrelationen zwischen den Anteilen der a- und b-Personen und den Wahlergebnissen der sozialistischen Parteien.

Die aus der Analyse der Wahlergebnisse allein bereits gesicherte Affinität der bürgerlichen Stimmbezirke zur NSDAP tritt auch hier zutage. Eine 1928 noch relativ wenig ausgeprägte Beziehung zwischen den Bevölkerungsanteilen der Selbständigen und der Angestellten einschließlich der Beamten und den Wahlergebnissen der NSDAP in den Stimmbezirken verstärkt sich bis 1932/I zu einem starken positiven Zusammenhang, der bis 1933 keine wesentliche Änderung mehr erfährt ⁵⁹. Eine in einigen Stimmbezirken ⁶⁰ sich andeutende besondere Abhängigkeit der NSDAP-Ergebnisse vom Anteil der b-Personen gilt nicht für die Gesamtheit der Stimmbezirke unserer Wahlanalyse. Beide Variablen stehen 1930 noch in einem relativ schwachen, später mittelstarken positiven Zusammenhang ⁶¹. Die Wählerschaft der NSDAP rekrutierte sich folglich ohne Zweifel in sehr starkem Maße aus der Schicht der Selbständigen sowie aus der Schicht der Angestellten und der Beamten. Anzeichen, daß eine dieser beiden Bevölkerungsschichten stärker als die

58 1928: + 0,89; 1930: + 0,92; 1932/I: + 0,86; 1932/II: + 0,89; 1933: + 0,87. Die starken Verluste der bürgerlichen Parteien ab 1930 führen danach nicht zu einer nennenswerten Abschwächung des Korrelationskoeffizienten.

59 1928: + 0,53; 1930: + 0,67; 1932/I: + 0,78; 1932/II: + 0,74; 1933: + 0,75.

60 Nr. 31, 41, 42.

61 1930: + 0,46; 1932/I: + 0,63; 1932/II: + 0,58; 1933: + 0,63. 1930 ist die Korrelation zwischen dem Bevölkerungsanteil der a-Personen und den relativen NSDAP-Ergebnissen mit + 0,68 ausgeprägter. Bei den folgenden Reichstagswahlen ist dagegen kein nennenswerter Unterschied mehr festzustellen.

andere zur NSDAP tendierte, deuten sich an, lassen sich aber nicht näher bestimmen. Sehr wenig Neigung zur NSDAP zeigten dagegen die Arbeiter, deren Widerstandskraft gegen den Nationalsozialismus erst 1933 merklicher nachließ⁶².

Schon die errechneten Koeffizienten weisen darauf hin, daß die aufgezeigten Zusammenhänge nicht ohne Abweichungen gelten; denn die Wählerschaft der einzelnen Parteien war mit Sicherheit auch in Fürth nicht ausschließlich auf bestimmte Schichten beschränkt⁶³. Inwieweit aber z. B. Angestellte mit geringem Einkommen und untere Beamte oder auch proletaroiden Selbständige für die SPD, andererseits aber höherqualifizierte Arbeiter für bürgerliche Parteien und Arbeiter überhaupt für die NSDAP stimmten, läßt sich mit Hilfe der Korrelationsrechnung nicht feststellen, wegen der begrenzten Differenzierung der Bevölkerungsschichtung auch für die Stadt insgesamt nicht quantitativ bestimmen. Mit der folgenden Tabelle (S. 149) soll trotzdem versucht werden, sichtbar zu machen, in welcher Größenordnung mit Verlusten der sozialistischen Parteien in der sozialen Schicht, auf die sie sich vorwiegend stützten, gerechnet werden muß. Die tabellierten Prozentsätze sollen keineswegs den Anteil der Arbeiter unter der Wählerschaft der beiden sozialistischen Parteien genau bestimmen. Anders als bei den Parteien des politischen Katholizismus, die fast ausschließlich von Katholiken gewählt wurden, kann bei der SPD

62 R = 1930: - 0,73; 1932/I: - 0,78; 1932/II: - 0,74; 1933: - 0,61. Vgl. dazu die Ergebnisse von Childers, *The Social Bases of the National Socialist Vote*, S. 24, 27, 40 ff: Danach stehen die NSDAP-Wahlergebnisse mit den Bevölkerungsanteilen der Arbeiter durchgehend in einem negativen, mit den Anteilen der Selbständigen seit 1930 in einem starken positiven Zusammenhang. Die Beziehung zwischen den Ergebnissen der NSDAP und den Anteilen des neuen Mittelstandes ist zwar ebenfalls positiv, aber erheblich schwächer als bei den Selbständigen; ein Ergebnis, das sich auch hier andeutet.

63 Vgl. dazu oben S. 130 ff. den allgemeinen Überblick.

Das Verhältnis der Arbeiter (c-Personen) zu den SPD-/KPD-Stimmen

SPD und KPD wählende Arbeiter (in Prozent) 64

bürgerliche Stimmbezirke						sozialistische Stimmbezirke					
Bez.	1928	1930	1932/I	1932/II	1933	Bez.	1928	1930	1932/I	1932/II	1933
17	105,6	104,6	108,5	108,3	96,3	4	99,1	93,7	96,3	95,0	88,5
22	86,5	82,6	83,3	80,8	70,9	5	116,4	107,8	105,6	109,9	99,1
23	93,3	86,5	79,0	82,6	74,5	6	96,4	91,5	83,1	84,4	81,2
24	107,6	95,7	99,3	102,0	83,8	7	88,6	78,9	80,3	76,8	69,4
25	104,7	94,9	96,4	98,7	81,0	8	114,6	107,4	93,2	94,6	80,2
31	93,2	87,0	80,2	77,9	67,5	9	122,8	109,2	104,3	100,2	88,3
32	101,8	97,9	96,1	98,1	80,9	10	111,6	98,0	108,2	106,4	91,5
33	112,4	97,4	92,6	95,9	81,6	11	107,8	99,1	90,8	95,3	88,3
34	107,0	95,1	90,8	85,0	73,0	12	102,0	92,3	96,5	95,5	85,3
35	111,4	100,2	85,9	89,5	75,0	13	110,9	92,8	93,2	90,0	82,5
36	105,4	100,3	94,9	89,5	77,4	14	99,9	94,9	95,9	96,2	89,5
37	74,9	71,9	90,8	90,5	68,8	15	107,7	101,4	98,6	100,4	90,6
38	68,7	67,0	69,8	79,2	58,7	16	110,3	98,5	90,6	95,8	87,1
39	99,5	94,6	92,5	92,2	77,5	19	94,5	86,8	86,9	92,0	64,5
40	103,8	99,0	93,0	97,2	79,1	20	92,1	87,8	89,6	90,1	81,0
41	82,7	85,9	104,3	90,2	73,6	28	109,3	98,9	90,3	90,7	76,7
42	93,4	79,3	73,3	75,9	63,0	29	122,2	112,7	108,9	108,9	98,9
52	105,9	93,7	88,8	91,9	71,3	30	117,3	97,1	90,2	93,6	80,8
56	102,9	95,4	94,4	98,1	76,5	43	108,3	95,6	98,9	93,7	86,5
60	93,3	79,2	74,2	74,7	60,9	44	115,3	111,5	106,5	110,3	80,2
						46	113,3	104,8	100,7	101,7	98,2
						47	111,1	98,9	100,7	85,7	93,0
						48	107,1	96,6	98,4	90,8	89,9
						49	106,3	101,9	86,7	97,1	81,5
						50	121,2	104,2	94,8	97,1	85,2
						53	121,5	105,0	101,6	98,4	83,2
						58			106,7	106,5	92,4

64 Wie folgt berechnet: $\frac{\text{Relatives Wahlergebnis von SPD + KPD}}{\text{relativen Bevölkerungsanteil d. c-Personen}} \times 100$

eben nicht angenommen werden, daß sich ihre Wählerschaft fast nur aus Arbeitern rekrutierte. Die Tabelle weist aus, daß die sozialistischen Parteien am 20. Mai 1928 in Fürth insgesamt und auch in den meisten Stimmbezirken außer unter den Arbeitern auch unter den Selbständigen und den Angestellten einschließlich der Beamten Wähler gefunden haben mußten ⁶⁵. Da die KPD der Weimarer Republik als ausgesprochene Klassenpartei gilt ⁶⁶, kann angenommen werden, daß diese Stimmen fast ausschließlich der SPD zugute kamen.

Die Zahl dieser Wähler kann aber nur mit Hilfe von Schätzungen berechnet werden: Wenn man die mithelfenden Familienangehörigen zu den Selbständigen (a-Personen), die Hausangestellten zu den Arbeitern (c-Personen) hinzunimmt und dann die Berufslosen (Wirtschaftsabteilung G) nach dem Stärkeverhältnis der drei Gruppen aufteilt, ergibt sich folgende Schichtung: a-Personen = 22,9 Prozent, b-Personen = 22,6 Prozent und c-Personen = 54,5 Prozent. Mit diesen Prozentsätzen errechnen sich aus insgesamt 50 650 Wahlberechtigten am 20. Mai 1928 bei einer Wahlbeteiligung von 81,9 Prozent 9 500 Stimmen von a-Personen, 9 400 Stimmen von b-Personen und 22 600 Stimmen von c-Personen ⁶⁷. Von der DVP und der WP kann angenommen werden, daß ihre Stimmen praktisch nur von a- und b-Personen stammen. Im Hinblick auf den Stimmbezirk 63 (Burgfarrnbach) kann dies nicht gleichermaßen für die DNVP gelten. Ein Anteil von 400 c-Personen unter ihren Stimmen wird nicht zu niedrig angesetzt sein. Die BVP, die im katholischen Bürgertum mehr Anhänger hatte als unter den katholischen

65 Anzunehmen ist wohl der Stimmenzugang aus beiden Schichten. Dieses Ergebnis wird durch die mit der gleichen Methode angestellten umfangreichen Berechnungen von Holzer, Parteien und Massen, S. 15 ff., zusammenfassend S. 24 f., bestätigt.

66 Vgl. oben S. 136.

67 Die Auswirkungen der unterschiedlichen Wahlbeteiligung in den bürgerlichen und in den sozialistischen Stimmbezirken lassen sich nicht bestimmen.

Arbeitern ⁶⁸, rekrutierte ihre Wähler wohl zu zwei Dritteln aus bürgerlichen Schichten. Das gleiche soll für die DDP gelten. Für die NSDAP wird ein Anteil von drei Vierteln nicht zu hoch gegriffen sein; die meist bürgerlichen Splitterparteien dürften rund 1 500 Stimmen von a- und b-Personen gebunden haben. Von den 18 900 a- und b-Personen der Wähler vom 20. Mai 1928 stimmten folglich schätzungsweise rund 15 100 für die bürgerlichen Parteien einschließlich der NSDAP; weitere 3 800 dieser Stimmen aber erhielt die SPD. Von den 22 600 Stimmen von c-Personen gingen nach unseren Schätzungen an die DNVP (400 Stimmen), an die BVP und DDP (je ein Drittel) sowie an die NSDAP (ein Viertel) zusammen rund 2 550 Stimmen. Für die sozialistischen Parteien hätten demnach rund 20 000 c-Personen und 3 800 a- und b-Personen, insgesamt 23 800 Wähler gestimmt. Die Anzahl der c-Personen und der a- und b-Personen, die ihre Stimme den sozialistischen Parteien gaben, lag aber etwas unter dieser Schätzung, da die SPD und KPD sowie die sozialistischen Splitterparteien tatsächlich nur insgesamt 23 350 Stimmen erhielten ⁶⁹. Trotz aller Unsicherheit einer solchen Berechnung läßt sich feststellen, daß sich die Wählerschaft der SPD, wenn man ihr allein die bürgerlichen Stimmen zurechnet, zu rund 85 Prozent aus Arbeitern zusammensetzte, ihr Arbeiteranteil mit Sicherheit also wesentlich höher war, als Neisser für das Deutsche Reich insgesamt annahm ⁷⁰. Dieser hohe Anteil an Arbeiterwählern dürfte sich aus der Tatsache erklären, daß die BVP in Fürth anders als das Zentrum im Deutschen Reich nur wenige katholische Arbeiter an sich fesseln konnte und in einer Industriestadt wie Fürth die Landarbeiterschaft natürlich keine Rolle spielte.

68 Vgl. oben S. 118 ff.

69 Es soll nochmals betont werden, daß es sich hier nur um begründete Schätzungen handelt.

70 Neisser rechnete 1930 mit 60 % Industriearbeitern in der SPD-Wählerschaft. Vgl. oben S. 135.

Die Tabelle bestätigt nochmals unsere frühere Feststellung ⁷¹, daß die sozialistischen Parteien bei den Reichstagswahlen 1930 und 1932 nur langsam an Boden verloren und erst am 5. März 1933 stärkere Einbußen hinnehmen mußten, auch für die einzelnen Stimmbezirke. Die SPD wird 1930, als sie ihren großen Wahlerfolg nicht wiederholen konnte, viele der kleinbürgerlichen Stimmen von 1928 wieder verloren haben. Nach der Tabelle (S. 140) scheint sich der Anteil der c-Personen, die für die sozialistischen Parteien stimmten, vor allem 1932/1 auch in einigen bürgerlichen Stimmbezirken erhöht zu haben ⁷². Tatsächlich ist hier aber mit Stimmenbewegungen von den bürgerlichen Parteien (DDP) zur SPD ⁷³, also mit einem Zuwachs an bürgerlichen Stimmen zu rechnen. Diese Stimmengewinne wie die gleichzeitigen Verluste der sozialistischen Parteien an die NSDAP lassen sich aber nicht näher bestimmen; auch für eine Schätzung fehlen Anhaltspunkte, so daß der Anteil der c-Personen in der Wählerschaft der sozialistischen Parteien auch unter Zuhilfenahme von Schätzwerten nicht berechnet werden kann. Angesichts der Tatsache, daß die sozialistischen Parteien von 1928 bis 1933 absolut nur 1 500 Stimmen eingebüßt haben, relativ allerdings 13,5 Prozent, ist aber mit einer wesentlichen Änderung der Schichtung der sozialistischen Wählerschaft nicht zu rechnen.

Zwischen den beiden sozialistischen Parteien hatten sich in Fürth zwar seit 1928 die Gewichte bis November 1932 sehr erheblich zugunsten der KPD verschoben. Insgesamt stand aber auch noch im März 1933 die große Mehrheit der Arbeiterschaft hinter den sozialistischen Parteien. Der NSDAP war ein stärkerer Einbruch in ihre Reihen nicht gelungen. Sie verdankte ihren Aufstieg weit überwiegend den ehemaligen Wählern der bürgerlichen Parteien, d.h. Wählern aus der Schicht der Selbständigen sowie der Angestellten und Beamten.

⁷¹ Vgl. S. 83, 87 f., 96.

⁷² Nr. 17, 37, 38, 41.

⁷³ Vgl. oben S. 88 ff., 109 ff.

VII. ENTWICKLUNG UND STRUKTUR DER WIRTSCHAFT FÜRTHS

1. Die Voraussetzungen¹ und Anfänge² der gewerblichen Entwicklung

Im Bannkreis des mächtigen Gewerbe- und Handelszentrums Nürnberg konnte Fürth bis in die Neuzeit seine günstige Lage an einem Flußübergang und im Kreuzungspunkt wichtiger Handelsstraßen nicht nutzen. Auch nach dem Bau der Eisenbahn³ blieben der Stadt diese vorteilhaften verkehrsmäßigen Voraussetzungen durch eine zentrale Lage im süddeutschen Eisenbahnnetz erhalten. Wirtschaftlich ohne Bedeutung war der Zusammenfluß von Pegnitz und Rednitz im Weichbild der Stadt, da die Flüsse für die Schifffahrt ungeeignet sind. Der Donau-Main-Kanal König Ludwig I. spielte für den Güterumschlag in Fürth nur vorübergehend eine nennenswerte Rolle und wurde sehr bald von der Eisenbahn überflügelt⁴. Wegen ihres geringen Gefälles konnten die Flüsse auch zur Krafterzeugung

1 Herbert Wendel, Die industrielle Entwicklung der Stadt Fürth, Coburg 1926, S. 6 ff.; außerdem: Hans Moser, Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Fürth i. Bay. im 19. Jahrhundert, Wirtschafts- und sozialwissensch. Diplomarbeit (Masch.) Erlangen-Nürnberg 1976, S. 7; Friedrich Marx, Gewerbe- und Handelsgeschichte der Stadt Fürth, Fürth 1890, S. 1;

2 Moser, Wirtschaftliche Entwicklung Fürths, S. 59; Hans Mauersberg, Wirtschaft und Gesellschaft Fürths in neuerer und neuester Zeit, Göttingen 1974, S. 27 f., 66f., 78; Wendel, Industrielle Entwicklung Fürths, S. 13, 15 ff.; Paul Würsching und Adolf Schwammberger, Fürth eine Industrie- und Handelsstadt, Trautheim/Horb/Frankfurt a. Main o.J., S. 16 f., Marx, Gewerbe- und Handelsgeschichte Fürths, S. 3 f.

3 Eröffnung der Strecke Nürnberg-Würzburg 1862/65, Einbeziehung Fürths in die Nord-Süd-Bahn 1875, Moser, Wirtschaftliche Entwicklung Fürths, S. 11.

4 Vgl. dazu die Tonnagezahlen des Fürther Hafens und Bahnhofes zwischen 1845 und 1910 bei Moser, Wirtschaftliche Entwicklung Fürths, S. 14 u. 18.

wenig genutzt werden. Das Umland bot keinerlei Bodenschätze, weder Kohle noch Erz. Selbst das reichlich vorhandene Holz der Umgebung genügte auf Dauer nicht den Ansprüchen des heimischen Holzgewerbes.

Ohne natürliche Hilfsquellen war deshalb die gewerbliche Tätigkeit und Entwicklung in hohem Maße auf die menschliche Arbeitskraft angewiesen und mußte sich, sobald sie sich nicht mehr nur mit der Deckung des lokalen Bedarfs eines kleinen agrarischen Fleckens begnügte, auf die Verarbeitung und Veredelung konzentrieren⁵. Tatsächlich weisen alle Beobachter der wirtschaftlichen Tätigkeit in Fürth, auch schon die älteren Nachrichten darauf hin, daß hier dank besonders billiger Arbeitskräfte kostengünstig produziert werden konnte.

Eine über den lokalen Bedarf hinausgehende gewerbliche Produktion für einen auswärtigen Markt entwickelt sich in Fürth aber erst seit dem Dreißigjährigen Krieg. Gefördert, wenn nicht sogar in Gang gesetzt wurde diese Entwicklung durch Einflüsse von außen⁶: Während in Nürnberg das Gewerbeleben durch einengenden Zunft- und Gewerbezwang in seiner Weiterentwicklung schwer behindert wurde, herrschte in Fürth eine relative "Gewerbe-freiheit". Die miteinander konkurrierenden Obrigkeiten Fürths hatten den Handwerkern erst im Laufe des 17. Jahrhunderts vergleichsweise "liberale" Zunftordnungen gegeben. Sie belasteten das Gewerbe finanziell nicht zu stark und erlaubten, auch Frauen und Kinder als billige Arbeitskräfte zu beschäftigen. Diese Zunftordnungen ermöglichten außerdem die Niederlassung zahlreicher aus Nürnberg abgewanderter oder ausgewiesener Handwerker, die ihr Gewerbe in Fürth ebenso heimisch machten wie die niederländischen und französischen Emigranten, deren Ansiedlung in Fürth ebenfalls von den Markgrafen gefördert wurde. Entscheidende Impulse erhielt das Fürther Wirtschaftsleben nicht zuletzt durch zahlreiche Juden, die

⁵ Moser, Wirtschaftliche Entwicklung Fürths, S. 71.

⁶ Darüber auch NBZ vom 26.6. und 17.9.1929.

sich nach der Judenvertreibung aus Nürnberg (1498) nach und nach im benachbarten Fürth niederließen.

Seit dem Dreißigjährigen Krieg bilden sich in Fürth allmählich ortstypische Gewerbe aus. Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts wird die wirtschaftliche Tätigkeit der Stadt überwiegend durch eine in starkem Maße von der Ausfuhr abhängigen gewerblichen Produktion bestimmt. Die Produktion ist dezentralisiert auf kleine Handwerksbetriebe; Manufakturbetriebe wie in benachbarten Städten sind in Fürth nicht zu beobachten.

2. Der wirtschaftliche Aufschwung im 19. Jahrhundert

Eine Bevölkerungszunahme um mehr als das Fünffache ist Bedingung und gleichzeitig Folge der wirtschaftlichen Expansion Fürths im 19. Jahrhundert. Die Einwohnerschaft wächst zunächst allmählich von 1819 bis 1852 von 12 769 auf 16 745 Personen ⁷, nimmt dann bis 1871 schnell auf 24 577 Menschen zu; 1880 zählt Fürth 31 063, 1890 bereits 43 206, 1900 schon 54 144 und 1910 schließlich 66 553 Einwohner ⁸. Dieser Zuwachs ist nur zum geringeren Teil dem Geburtenüberschuß der Einwohnerschaft zu danken. In weit größerem Umfang gewann die Fürther Wirtschaft ihre Arbeitskräfte aus dem agrarischen Umland Mittel- und Oberfrankens sowie aus der Oberpfalz ⁹. Mit der Verlangsamung des Bevölkerungswachstums ab 1910 nimmt die Zuwanderung nicht nur absolut, sondern auch relativ zum Geburtenüberschuß stark ab.

Das Bevölkerungswachstum Fürths ist allerdings nicht außergewöhnlich. Nürnberg verdoppelte von 1819 bis 1852 seine Einwohnerzahl, während sich die Bevölkerung Fürths

⁷ StDR, Bd. 451, H. I, S. 57.

⁸ StDR, Bd. 401, S. 518; auch bei Moser, Wirtschaftliche Entwicklung Fürths, S. 118 ff.

⁹ Daneben sind auch Zuwanderer aus anderen Regionen festzustellen. Vgl. dazu Mauersberg, Wirtschaft und Gesellschaft Fürths, S. 73 ff.

nur um ein knappes Drittel erhöhte. Von 1871 bis 1925 verdreifachte Fürth noch einmal seine Einwohner; eine Zunahme, die von mehreren anderen süddeutschen Industriestädten übertroffen wurde ¹⁰.

Selbstverständlich spiegelt sich diese Expansion in der baulichen Entwicklung der Stadt wider. Von 1780 bis 1850 hatte sich die Stadt noch nicht wesentlich vergrößert. Lediglich an der oberen Königstraße und der Nürnberger Straße sind zahlreiche Privatgebäude (etwa ab 1800) entstanden. Bis 1875 standen jenseits der Rednitz und der Bahnlinie Nürnberg-Würzburg, also in der heutigen West- und Südstadt sowie östlich der Goethestraße ¹¹ nur vereinzelt Gebäude. Der Hauptbahnhof, heute zentral gelegen, stand damals am Stadtrand. Ende der siebziger Jahre beginnt die Stadt sich nach Osten (Richtung Nürnberg), jenseits der Bahnlinie im Süden und im Westen auszubreiten. Gleichzeitig setzt auch die Bebauung der nordwestlichen Vorstadt ein ¹² und werden im östlichen Neubaugebiet und in der Südstadt zahlreiche Fabriken und Geschäftshäuser errichtet ¹³.

Das Bevölkerungswachstum und die bauliche Entwicklung der Stadt zeigen deutlich die Phasen des gewerblichen und industriellen Aufschwungs der Stadt im 19. Jahrhundert. Bis zur Jahrhundertmitte ist zwar ein Zuwachs an gewerblichen Betrieben festzustellen. Die gleichzeitige stärkere Zunahme der Beschäftigten ¹⁴ deutet auch die Tendenz zum größeren Betrieb an. Die industrielle Entwicklung, die Konzentration der gewerblichen Produktion

10 Frankfurt a.M. hatte z.B. in dieser Zeit eine 5fache, Höchst eine 10fache, Pirmasens eine 5fache, Ludwigshafen und Mannheim eine 14fache bzw. 6fache, Nürnberg fast eine 5fache Bevölkerungszunahme. Die meisten bayerischen Städte konnten allerdings in dieser Zeit ihre Einwohnerschaft etwa nur verdoppeln. StDR, Bd. 401, S. 518 mit Grafik u. 519.

11 Eine Seitenstraße der Nürnberger Straße und die Grenzlinie zwischen den Stimmbezirken 39 und 40.

12 NBZ vom 7./8.12.1929, 12.4.1930, 23.4.1931 (Bericht von G.P.Rieß) u.a.

13 Diese Stadtviertel wurden später zu Zentren sozialdemokratischer und besonders auch kommunistischer Wählerschaft.

14 Von 1823 bis 1847 Gewerbebetriebe + 31 %, Beschäftigte

setzt jedoch in Fürth erst ab 1850, und zwar zunächst nur in wenigen Industrien ein ¹⁵. Abgesehen von der Spiegelglasindustrie, die sich erst durch die Verlagerung von Nürnberg zum bedeutendsten Produktionszweig in Fürth entwickelte, läßt bereits jetzt die Massierung der Beschäftigten in bestimmten Gewerbebezügen die für die Stadt typischen "Schwerpunkte wirtschaftlicher Tätigkeit" ¹⁶ hervortreten.

Den stärksten wirtschaftlichen Aufschwung erlebt Fürth (ebenso wie Nürnberg) ab 1880. Von 1882 bis 1907 nehmen die Gewerbebetriebe in der Stadt um 54 Prozent, die Beschäftigten sogar um 175 Prozent zu. Gleichzeitig erhöhte sich die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten je Betrieb von 2,6 auf 4,8 Personen ¹⁷. Die wichtigsten Gewerbebezüge und Industrien, die Spiegelglasindustrie, die Metallindustrie (einschließlich Maschinen- und Apparatebau), das Holzverarbeitende Gewerbe und der Handel beschäftigten 1907 allein 62 Prozent aller Erwerbstätigen ¹⁸. Außer in der Spiegelglasindustrie, der chemischen und der Buntpapierindustrie ist nunmehr auch im Holzverarbeitenden Gewerbe eine starke Industrialisierung festzustellen. Neben den Spiegelrahmen- und Möbelfabriken ist das Gewerbe jedoch nach wie vor noch mit vielen handwerklichen Betrieben besetzt. In noch stärkerem Maße können sich - jedenfalls bis dahin - im Metallverarbeitenden Gewerbe neben der maschinellen Produktion handwerkliche Kleinbetriebe (Metallschlägereien usw.) behaupten. Außer diesen für einen überörtlichen Bedarf produzierenden Gewerbebezügen expandierten gleichzeitig mit dem Wachstum der Stadt die der örtlichen Bedarfsdeckung dienenden Gewerbe, deren Struktur vorwiegend durch Familien- und Kleinbetriebe bestimmt war.

+ 121 %; Moser, Wirtschaftliche Entwicklung Fürths, S. 61 f.

¹⁵ Moser, Wirtschaftliche Entwicklung Fürths, S. 68.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Zu dieser Phase vgl. Moser, S. 72 ff.

¹⁸ Ebenda.

Der Aufschwung Fürths zur Industrie- und Handelsstadt seit 1880 wurde von einer fortschreitenden Konzentration der Produktion begleitet. Trotzdem übertreffen mit 84 Prozent die Kleinbetriebe (bis zu 5 Beschäftigte) bei weitem den Anteil der Mittelbetriebe (6 bis 50 Beschäftigte) von 14,6 Prozent und den der Großbetriebe (mehr als 50 Beschäftigte) von 1,4 Prozent ¹⁹. Seit 1895 wuchs die Zahl der Kleinbetriebe jedoch nur um 21,6 Prozent, die der Mittel- und Großbetriebe um 46,3 bzw. 108,3 Prozent. Von den erwerbstätigen Personen waren 1907 in den Kleinbetrieben aber nur 30,5 Prozent, in den Mittelbetrieben dagegen 40,9 und in den Großbetrieben 28,6 Prozent beschäftigt. Bei den Klein- und Großbetrieben entsprach der relative Zuwachs der Beschäftigten ziemlich genau der relativen Zunahme der Betriebe; die Mittelbetriebe hatten ihre Beschäftigten dagegen um 63,7 Prozent, also erheblich stärker erhöht als die Betriebe dieser Größenklasse (+ 46,3 %) zugenommen hatten. Knapp die Hälfte der Kleinbetriebe (insgesamt 4 639) war 1907 Alleinbetriebe, und zwar vor allem im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe, im Einzelhandel, außerdem auch in der Metall- und Holzverarbeitung ²⁰. Das Überwiegen der Kleinbetriebe wird auch aus der Gewerbesteuerstatistik des Jahres 1909 deutlich ²¹: Von

¹⁹ Diese und die folgenden Angaben bei Moser, Wirtschaftliche Entwicklung Fürths, S. 76. Die Fürther Ergebnisse der Betriebszählung vom 12. 6. 1907 vgl. Gewerbe und Handel in Bayern. Heft 82 der Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern, München 1911, S. 76 f., Tabelle I, S. 132 f. Insgesamt wurden in Bayern 93,2 % Kleinbetriebe, 6,2 % Mittelbetriebe und 0,6 % Großbetriebe ausgezählt. In den unmittelbaren Städten des rechtsrheinischen Bayern (ohne München und Nürnberg) waren die entsprechenden Prozentsätze: 87,1 % Kleinbetriebe, 11,8 % Mittelbetriebe und 1,1 % Großbetriebe. Der Anteil der Kleinbetriebe in Fürth lag folglich unter dem Durchschnitt, übrigens auch unter den Sätzen Nürnbergs (86,1 %) und Münchens (89,7 %). A.a.O., S. 124 f., 186.

²⁰ Moser, Wirtschaftliche Entwicklung Fürths, S. 79.

²¹ Moser, Wirtschaftliche Entwicklung Fürths, S. 80 f.

insgesamt 5 529 Betrieben waren nur 4 331 überhaupt gewerbesteuerpflichtig. Von diesen wiederum entrichteten 67,5 Prozent nur bis zu 15 M jährliche Gewerbesteuer, 24,5 Prozent 15 bis 100 M, nur 6,3 Prozent 100 bis 1000 M und ganze 1,7 Prozent der Betriebe mehr als 1000 M, damit aber 62,4 Prozent des gesamten Gewerbesteueraufkommens.

Auf handwerklicher Grundlage, gestützt auf einen "emporkommenden örtlichen Handel", wird in Fürth Mitte des 19. Jahrhunderts der Industrialisierungsprozeß eingeleitet, der nach 1871, besonders aber ab 1880 zu einer außerordentlichen, fast explosionsartigen Ausdehnung der Wirtschaft der Stadt führt. Mit Ausnahme der Spiegelglasindustrie²² hatten sich auch durch die Industrialisierung die Schwerpunkte der gewerblichen Tätigkeit in Fürth nicht verschoben²³. Trotz einer mit fortschreitender Industrialisierung sich verstärkt durchsetzenden Tendenz zur Konzentration war die gewerbliche Struktur Fürths zu Beginn des 20. Jahrhunderts immer noch überwiegend durch Klein- und Mittelbetriebe gekennzeichnet²⁴. Wie schon in früherer Zeit das Handwerk Fürths waren nunmehr auch seine wichtigsten Industrien sehr stark exportabhängig. "Das Absatzgebiet der Fürther Industrie umspannte das ganze Europa und eine stattliche Reihe überseeischer Staaten"²⁵. Für seine wichtigsten Ausfuhrartikel, Spiegelglas, Spielwaren, Bronzefarben, war Fürth in erster Linie auf den Export in die Vereinigten Staaten angewiesen²⁶. Einer noch nicht erlebten Hochkonjunktur in den Jahren 1905 bis 1907, in der die Fürther Wirtschaft die Aufträge kaum bewältigen konnte, folgte in den Jahren 1908 und 1909 auch in Fürth eine wirtschaftliche Flaute.

22 Vgl. oben S. 157.

23 Moser, Wirtschaftliche Entwicklung Fürths, S. 87, 129 f.

24 Mauersberg, Wirtschaft und Gesellschaft Fürths, S. 137 f.; zur Frage der Betriebsgrößenstruktur außerdem S. 80 ff. u. 113 ff.

25 Wendel, Industrielle Entwicklung Fürths, S. 50.

26 Wendel, Industrielle Entwicklung Fürths, S. 58.

Die anschließende Erholung hielt mit einigen Schwankungen bis 1914 an. Die Lage der Fürther Industrie bei Kriegsausbruch kann als durchaus gut bezeichnet werden ²⁷.

3. Struktur und Geschäftslage der Fürther Wirtschaft vor Ausbruch der Krise

Bereits die Erörterung der sozialen Struktur der Fürther Bevölkerung ließ Industrie und Handwerk als Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit hervortreten. Die Landwirtschaft hatte in Fürth schon im 19. Jahrhundert nur noch eine sehr untergeordnete Rolle gespielt. Erst durch die Eingemeindungen umliegender Orte um 1900 vergrößerte sich die landwirtschaftliche Nutzfläche im Stadtgebiet, ohne daß aber die Landwirtschaft im Vergleich zur gewerblichen Produktion eine größere Bedeutung gewann ²⁸. Nur ganze 2 Prozent der Bevölkerung der Stadt zählten 1925 zum landwirtschaftlichen Sektor, von einer Erwerbstätigkeit in der Industrie und im Handwerk ²⁹ sowie im Handel und Verkehrswesen lebten dagegen 61,5 Prozent bzw. 18 Prozent der Einwohnerschaft ³⁰.

Auch der folgende Auszug aus der Gewerbestatistik des Jahres 1925 ³¹ weist Industrie und Handwerk als den gewichtigsten gewerblichen Sektor aus und zeigt außerdem, daß die traditionellen Gewerbe Fürths auch 1925 noch die ausschlaggebende Rolle im Wirtschaftsleben der Stadt spielten.

27 Wendel, Industrielle Entwicklung Fürths, S. 60 f.

28 Moser, Wirtschaftliche Entwicklung Fürths, S. 88 f., 125 ff.

29 Die Wirtschaftsabteilung B - Industrie und Handwerk - der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. 6. 1925 umfaßt alle in der gewerblichen Güterproduktion beschäftigten Personen. Mangels einer statistisch brauchbaren Begriffsbestimmung für das Handwerk wurde zwischen Industrie u. Handwerk nicht unterschieden. StDR, Bd. 408, S. 49.

30 StDR, Bd. 408, S. 35. Vgl. auch oben S. 141.

31 StDR, Bd. 417, S. 241 ff.

Die wichtigsten Gewerbegruppen bzw. Gewerbeklassen in den Gewerbeabteilungen B und C nach ihrer personellen Stärke

	Betriebe		Beschäftigte		
	abs.	%	abs.	%	i.D.
Gewerbe überhaupt	5 372	100	27 265	100	5,1
Gewerbeabteilung B: Industrie u. Handw.	2 855	53,1	20 028	73,4	7,0
davon:					
Glasindustrie	83	1,5	3 175	11,6	38,2
Metallwaren	217	4,0	2 219	8,1	10,2
Elektrotechn. Indu- strie, Feinmechanik, Optik	122	2,3	571	2,1	4,7
Papierindustrie u. Vervielfältigungs- gewerbe	101	1,9	1 501	5,5	14,9
Holz- u. Schnitz- stoffgewerbe	377	7,0	3 273	12,0	8,7
Spielwarenindustrie	139	2,6	1 371	5,0	9,9
Gewerbeabteilung C: Handel u. Verkehr	2 335	43,5	6 681	24,5	2,9
davon:					
Großhandel (Ein- u. Ausfuhrhandel)	330	6,1	1 893	6,9	5,7
Einzelhandel	1 116	20,8	2 112	7,7	1,9

Fast drei Viertel aller im Gewerbe Beschäftigten zählten zur Gewerbeabteilung B. Die ortstypischen Gewerbe gaben allein mehr als 44 Prozent aller Beschäftigten Arbeit. Wenn auch die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten je Betrieb die Betriebsgrößenstruktur nur sehr grob kennzeichnet, so wird dadurch doch die am weitesten fortgeschrittene Konzentration in der Glasindustrie recht deutlich belegt. Der geringe Beschäftigtendurchschnitt je Betrieb in der Gewerbeabteilung C ist auf die hohe Zahl der Kleinbetriebe im Einzelhandel zurückzuführen, während der Großhandel ziemlich nahe an den

Durchschnitt der Wirtschaftsabteilung B herankam ³². Das Schwergewicht des Fürther Großhandels wurde in der Hauptsache durch die örtliche Produktion bestimmt ³³. Trotz der Schwierigkeiten einer Unterscheidung industrieller und handwerklicher Betriebe soll hier auf die Betriebsstatistik der Handwerkskammer für Mittelfranken nicht verzichtet werden ³⁴. Sie zeigt nämlich, wie stark im handwerklichen Bereich der Kleinbetrieb vorherrschend war. Danach gab es 1928 in Fürth 2 448 selbständige Handwerksbetriebe mit insgesamt 5 878 Hilfskräften oder 2,4 Hilfskräften je Betrieb. Noch deutlicher belegt wird die Dominanz der Kleinbetriebe durch die Tatsache, daß 46,1 Prozent dieser Handwerksbetriebe Alleinbetriebe waren, 43,2 Prozent eine bis fünf Hilfskräfte beschäftigten, also knapp 90 Prozent der Handwerksbetriebe als Kleinbetriebe geführt wurden.

Die Konjunkturberichte zu Beginn des Jahres 1928 ³⁵ sind sich einig in der positiven Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1927, der aktuellen Situation und der Erwartungen für die Zukunft. Die seit dem zweiten Halbjahr 1926 eingetretene Besserung der

32 Wenn Moser, Wirtschaftliche Entwicklung Fürths, S. 80 f., anhand der Gewerbesteuerstatistik von 1909 auf die Leistungskraft des Fürther Handels hinweist, dann kann es sich dabei nur um Großhandelsbetriebe handeln. Abgesehen von einigen genossenschaftlichen Zusammenschlüssen u. Kaufhausfilialen kann Mauersberg, Wirtschaft und Gesellschaft Fürths, S. 142, "keine erfolgversprechenden Ansätze" für "Großorganisationsformen" gegenüber dem Kleinhandel feststellen.

33 Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatten hauptsächlich Nürnberger Kaufleute die Fürther Erzeugnisse im Groß- und Fernhandel abgesetzt. Erst im Laufe der folgenden Jahrzehnte entwickelte sich ein eigenständiger Fürther Handelsstand mit starkem jüdischen Anteil. Moser, Wirtschaftliche Entwicklung Fürths, S. 96 ff.

34 NBZ vom 20.6.29.

35 NBZ vom 14.1., 17.1., 19.1., 3.3., 15.3., 27.3., 31.3. u. 25.6.28.

Lage der deutschen Wirtschaft setzte sich auch 1927 fort. Beschäftigungsgrad und Produktion stiegen in fast allen Wirtschaftszweigen, so daß Ende 1927 auf vielen Gebieten die typischen Merkmale einer Hochkonjunktur festzustellen sind. Anzeichen für eine Abschwächung waren nicht sichtbar, die meisten Unternehmen verfügten über einen genügend hohen Auftragsbestand, der noch für längere Zeit die Beschäftigung der Arbeitskräfte sicherte. Die Eingliederung von fast 2 Millionen Arbeitslosen und die Erhöhung der Einkommen stärkten die Massenkaufkraft, die zur Deckung eines lange zurückgehaltenen Bedarfs an Verbrauchsgütern diente. Bei dem Aufschwung handelte es sich in erster Linie um eine Binnenmarktkonjunktur, obwohl sich besonders Ende des Jahres 1927 auch die deutsche Ausfuhr erhöhte und erstmals wieder den Stand von 1913 erreichte. Trotzdem schloß die deutsche Handelsbilanz 1927 mit einem Einfuhrüberschuß von fast 4 Milliarden RM ab. Die deutsche Exportindustrie beklagte neben den Importbeschränkungen der Einfuhrländer die kapitalkräftige ausländische Konkurrenz und die hohen inländischen Gestehungskosten. Die Umsätze der deutschen Wirtschaft hatten sich jedenfalls 1927 um 14 bis 15 Prozent, nach einem anderen Bericht sogar um 20 Prozent erhöht. Allerdings wurden von der durch die Lohnerhöhungen bestimmten Preisentwicklung auch nachteilige Folgen für den weiteren Konjunkturverlauf, insbesondere aber für den Export befürchtet. Im Dezember 1927 betrugen in Bayern die (für 14 Gewerbebezüge ermittelten) durchschnittlichen tariflichen Stundenlöhne für gelernte Arbeiter 88,5, für ungelernte Arbeiter 74,9 Pfennig. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt war im Oktober 1927 noch recht günstig, verschlechterte sich aber zum Jahresende durch saisonbedingte Einflüsse. Im März 1928 werden jedoch von der Leipziger Frühjahrsmesse Rekordergebnisse gemeldet; sie stelle sich als "die größte und erfolgreichste internationale Messe seit der Markstabilisierung dar" ³⁶. Das Inlands-

³⁶ NBZ vom 15. 3. 28.

geschäft lasse eine fortschreitende Gesundung der Wirtschaftslage erkennen und eröffne positive Erwartungen für die weitere Entwicklung. Auch der Export habe durch die Messe starke Anregungen erfahren.

Diese günstige Beurteilung der wirtschaftlichen Situation teilte offensichtlich auch die Reichsregierung: Dr. Brauns sprach in der Etatberatung des Reichsarbeitsministeriums von einer guten Konjunktur des Jahres 1927³⁷. Nach den Ausführungen des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius vor dem Reichstag am 3. März 1928 sei es 1927 Aufgabe der Konjunkturpolitik gewesen, eine Überhitzung der Konjunktur zu verhüten³⁸. Im Sommer liegt für die Regierungserklärung der Großen Koalition eine Steuerentlastung für die unteren und mittleren Schichten zwar noch im Bereich des Möglichen. Für eine endgültige Beurteilung müsse aber die weitere Entwicklung abgewartet werden³⁹.

Einige Skepsis in der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Mittelfranken zeigt allerdings die Industrie- und Handelskammer Nürnberg⁴⁰. Während sie im Jahresrückblick auf die Gesamtentwicklung trotz aller Klagen über die geringe Rentabilität der Betriebe, über die Reparationslasten, das Handels- und Zahlungsbilanzdefizit, den hohen Import und die unzureichenden bzw. fehlenden Handelsverträge zwar insgesamt eine positive Tendenz der wirtschaftlichen Verhältnisse feststellt, weist sie bei anderer Gelegenheit darauf hin, daß kein Grund zu allzu großem Optimismus vorhanden sei. Es gebe nämlich immer wieder Befürchtungen, daß sich die (saisonalen) rückläufigen Tendenzen verstärkten. Diese relative Skepsis mag durch den teils lebhaften, teils

37 NBZ vom 13. 1. 28.

38 NBZ vom 5. 3. 28; ebenso Schulthess' Europäischer Geschichtskalender Bd. 69, 1928, S. 70.

39 Schulthess' Europäischer Geschichtskalender Bd. 69, 1928, S. 129 f. und NBZ vom 3. 7. 28.

40 NBZ vom 17. 1. und 15. 3. 28; FfT vom 13. 4. 28.

abflauenden Geschäftsgang der mittelfränkischen Wirtschaft begründet sein, der die Kammer veranlaßte, die wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrem Bezirk als außerordentlich unübersichtlich zu charakterisieren.

Die in hohem Maße exportabhängige Industrie Fürths wurde durch den Krieg schwer beeinträchtigt ⁴¹. Noch Ende 1919 lag die Exportindustrie völlig still; rund 5 000 unterstützungsberechtigte Arbeitslose wurden damals in der Stadt registriert ⁴². Zweifellos besserte sich bis 1928 die wirtschaftliche Lage ganz erheblich. Aber selbst mit dem Jahr 1927 war die Nürnberg-Fürther Exportindustrie nicht zufrieden. Der Export litt vor allem unter den hohen Zollsätzen und den handelspolitischen Hemmnissen der Importländer, die abgeschlossenen Handelsverträge wurden als unzureichend kritisiert ⁴³.

Bis zum Ersten Weltkrieg war Fürth, die "Stadt der Spiegel", der Mittelpunkt der Spiegelproduktion und des Spiegelexportes ⁴⁴. Die Einbußen auf dem amerikanischen Markt infolge der Hochschutzzollpolitik der USA konnten vor dem Kriege auf neuen Absatzmärkten ausgeglichen werden. Die Geschäftslage der Spiegelindustrie wird deshalb bei Kriegsausbruch als gut bezeichnet ⁴⁵. Einschneidende Einschränkungen brachte die Kriegszeit mit dem Ausfall eines großen Teiles des Exportes und der

41 Wendel, Industrielle Entwicklung Fürths, S. 61 f.

42 StA Nbg: Polizeidir., 18.11.19.

43 NBZ vom 28. 1. 28.

44 Würsching/Schwammberger, Fürth, S. 37.

45 Dazu Christian Kimmel, Die Entwicklung der Fürther Spiegelglasindustrie unter besonderer Berücksichtigung der Kriegs- und Nachkriegszeit, Phil. Diss. (Masch.) Erlangen 1924, S. 35 ff. Obwohl der Bruttowert ihrer Gesamtproduktion von 3/4 weißem Spiegelglas 1913 noch 12,3 Millionen M betrug, habe die Fürther Spiegelglasindustrie bereits vor Ausbruch des Krieges infolge der Überproduktion und des Konkurrenzdruckes der Kristallglasindustrie (Gußglas) vor einer schweren Krise gestanden. A.a.O., S. 45 f.

gleichzeitigen Ausweitung der ausländischen Konkurrenz. Nach dem Kriege belebte sich zwar die Auslandsnachfrage wieder ⁴⁶, auch das Geschäft auf dem deutschen Markt war noch immer sehr gut. Ende 1923 hatte die Fürther Spiegelglasindustrie den Stand von 1913 fast wieder erreicht ⁴⁷. Zum entscheidenden Problem, zur Existenzfrage für die Fürther Spiegelglasindustrie wurde in den zwanziger Jahren jedoch das Aufkommen neuer, besserer Produktionsverfahren ⁴⁸. In der kurzen Zeitspanne von 1925 bis 1929 wurde bis auf bestimmte Glassorten die Produktion der Tafelglasindustrie mechanisiert mit der Folge, daß eine große Zahl von Arbeitern freigesetzt wurde ⁴⁹. In ähnlicher Weise und mit den gleichen Folgen wurde auch die Kristall-Spiegelglasindustrie umgestellt. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg war es nicht gelungen, die Überproduktion in der Spiegelglasindustrie durch Absprachen über Produktionseinschränkungen zu steuern ⁵⁰. Nunmehr entwickelte sich ein scharfer Preiskampf zwischen dem Verein Deutscher Spiegelglasfabriken (VDS) und der süddeutschen Glasindustrie. Im VDS hatten sich die rheinländischen Kristall-Spiegelglashütten zu einem Verkaufssyndikat zusammengeschlossen. Er stand unter

46 Kimmel, Entwicklung der Fürther Spiegelglasindustrie, S. 174, beziffert den Exportanteil an der Fürther Spiegelglasproduktion im Jahre 1923 auf ca. 45 bis 50 Prozent, 1913 waren es ca. 45 Prozent.

47 Kimmel, Entwicklung der Fürther Spiegelglasindustrie, S. 198.

48 Wendel, Industrielle Entwicklung Fürths, S. 94 ff. Kimmel, Entwicklung der Fürther Spiegelglasindustrie, S. 176 f., 187, weist allerdings schon für die Vorkriegszeit und unmittelbare Nachkriegszeit auf die Bedrohung durch die Konkurrenz der mit moderneren Produktionsverfahren und unter günstigeren Voraussetzungen arbeitenden rheinischen und ausländischen Gußglasindustrie hin. Gegen die wiedererstarkende ausländische Konkurrenz, darunter die während des Krieges ausgeschaltete belgische Glasindustrie, konnte sich die Fürther Spiegelglasindustrie zum Teil nur dank des fallenden Markkurses auf dem Exportmarkt behaupten.

49 Eine moderne Maschine für einfaches Fensterglas stellte das 9fache einer alten Maschine her. FT vom 11.2.32.

50 Wendel, Industrielle Entwicklung Fürths, S. 95.

belgischem und französischem Einfluß⁵¹ und produzierte mit modernen Maschinen, während die "bodenständige, zum Teil uralte und rein deutsche Industrie"⁵² mit ihren alten Methoden im ganzen recht unrationell arbeitete⁵³. Die Bemühungen der bayerischen (Fürther) Spiegelglasindustrie, ihr Produkt unter dem Namen "Kristall-Spiegelglas" auf den Markt zu bringen und so mit der Entwicklung Schritt zu halten, hatte offensichtlich das Syndikat zu einem Preis- und Konkurrenzkampf herausgefordert oder dazu den Vorwand geliefert. Der VDS machte nun seinerseits der bayerischen Spiegelglasindustrie mit deren Produkt (dreiviertelweißem Glas) Konkurrenz, drang in ihren Markt ein und erwarb das Kapital einer Fürther Spiegelglasfabrik. Seine Kapitalkraft erlaubte dem Syndikat, ab Februar 1928 viermal die Preise zu senken, die infolgedessen im August 1929 teilweise bis zu 50 Prozent gesunken waren. Der Konkurrenzkampf nötigte die meisten Fürther Spiegelglasfabriken zum Anschluß an das Syndikat. Andere sind bei dem Versuch, ihre Produktion auf mechanische Herstellungsverfahren umzustellen, an den dazu erforderlichen hohen Investitionen zugrundegegangen. Außerhalb des Syndikats konnte sich schließlich nur eine größere Firma als Außenseiter halten⁵⁴. Die vollen Auswirkungen dieser Entwicklung treffen die Fürther Spiegelglasindustrie offensichtlich erst ab 1928. Für das Geschäftsjahr 1927 veröffentlichten jedenfalls fünf (von insgesamt sieben) Aktiengesellschaften dieser Branche

51 In der NBZ vom 24.5.28 wird darauf hingewiesen, daß das Kapital des Syndikats zum weitaus "überwiegenden Teil" französischer und belgischer Herkunft ist, "während es sich bei der süddeutschen Industrie um eine rein nationale Wirtschaftsgruppe handelt, deren gedeihliche Fortentwicklung durch die Kampfpolitik des Syndikats ernstlich bedroht erscheint".

52 Ebenda.

53 NBZ vom 2.5.32 nach einem Bericht der Frankfurter Zeitung.

54 Veröffentlichungen über die Situation der Fürther Glasindustrie: NBZ vom 24.5. u. 2.8.28, vom 23.8.29 u. 2.5.32.

durchaus positive Geschäftsberichte ⁵⁵.

Die 282 Betriebe der Nürnberg-Fürther Spielwaren-industrie hatten 1913 bei einem Jahresexport im Werte von 11 Millionen Mark, an dem zu einem Drittel (33,6 %) die Fürther Firmen beteiligt waren, einen konjunkturellen Höhepunkt erlebt. Zwangsläufig mußte auch die exportabhängige Spielwarenproduktion im Kriege schwere Einbußen hinnehmen. Die Auslandsmärkte gingen verloren, das Inlandsgeschäft wurde durch Rohstoffmangel behindert. Die Umstellung auf Kriegsproduktion gelang nur den größeren Betrieben. Obwohl die ehemaligen Absatzländer inzwischen teilweise eigene Spielwarenindustrien aufgebaut hatten und sich nach dem Kriege durch hohe Zölle vor der deutschen Konkurrenz schützten, gelang es der Spielwaren-industrie, den verlorenen Boden allmählich zurückzugewinnen (in den USA gegen die starke japanische Konkurrenz) oder durch Erschließung neuer Absatzmärkte auszugleichen. Bis 1929 hatte der deutsche Spielwarenxport den Vorkriegsstand jedenfalls wieder erreicht ⁵⁶.

Trotz der Ende des 19. Jahrhunderts auch in der Spielwarenindustrie einsetzenden Mechanisierung und Konzentration waren in Fürth die Klein- und Mittelbetriebe vorherrschend geblieben ⁵⁷. Die meisten Kleinbetriebe produzierten billiges, für den Massenverbrauch bestimmtes Spielzeug. Ihr Kapitalbedarf war gering. Neben einigen Gesellen beschäftigten sie Frauen, vor allem aber auch Familienangehörige als billige Arbeitskräfte ⁵⁸. Zwischen

55 Mit Dividendenausschüttungen zwischen 7 und 10 Prozent oder entsprechend hohem Gewinnvortrag bzw. außerordentlichen Rückstellungen. Eine AG befand sich in Liquidation. NBZ vom 19.4., 9.6., 3.7., 6.7., 28.7., 3.8., 11.8., 2.10.28.

56 NBZ vom 17.7.30; FfT vom 2.8.30; Würsching/Schwammberger, Fürth, S. 48 f.; Wendel, Industrielle Entwicklung Fürths, S. 74 ff.

57 Von insgesamt 62 Betrieben waren 1905: 2 Alleinbetriebe, 7 mit 1 Arbeiter, 25 mit 2 - 5, 10 mit 6 - 10, 9 mit 11 - 20, 8 mit 21 - 50 und 1 mit 77 Arbeitern. Wendel, Industrielle Entwicklung Fürths, S. 75.

58 Würsching/Schwammberger, Fürth, S. 48 ff.

1905 und 1922 zeigt die Branche in Fürth allerdings einen deutlichen Trend zur Konzentration: In den 62 Betrieben des Jahres 1905 waren insgesamt 607 Personen beschäftigt; 1922 dagegen fanden in den noch vorhandenen 49 Betrieben 733 Personen Arbeit. Gleichzeitig ist eine relative Zunahme der Mittel- und Großbetriebe festzustellen ⁵⁹.

Die wirtschaftliche Lage der Nürnberg-Fürther Spielwarenindustrie und ihre Zukunftsaussichten waren zu Beginn des Jahres 1928 nicht ungünstig. Die seit der Krise des Jahres 1926 einsetzende Belebung hatte im Geschäftsjahr 1927 angehalten. Der Spielzeugexport litt zwar nach wie vor unter der aufgekommenen ausländischen Konkurrenz und den hohen Schutzzöllen. Der Rückgang des Exportanteils von ehemals 60 Prozent (vor dem Kriege) auf 40 Prozent (1927) an der Gesamtproduktion wurde offensichtlich durch ein besseres Inlandsgeschäft kompensiert. Allerdings brachte das Geschäftsjahr 1927 eher eine Mengen- als eine Gewinnkonjunktur. Steigende Löhne, Beschränkungen der Arbeitszeit, überspannte Sozialpolitik und die steuerliche Belastung verhinderten, so die Äußerungen aus der Branche, eine Rentabilität der Betriebe. Die Kapitalbildung und die Rückgewinnung des Auslandsmarktes wurden als die Lebensfrage der Spielwarenindustrie bezeichnet ⁶⁰.

Die Lage der nordbayerischen Metallindustrie war zu Beginn des Jahres 1928 befriedigend ⁶¹. Diese günstige Beurteilung galt jedoch nicht für einen Teil der Blattmetallherstellung, insbesondere für das Metallschlägergewerbe. Die Metallschlägereien Fürths, durchwegs kleine Familienbetriebe mit einem oder mehreren Gesellen, waren in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts überwiegend

⁵⁹ Von den 49 Betrieben waren 21 Betriebe mit 1 - 5, 9 mit 6 - 10, 15 mit 11 - 50 und 4 mit 50 - 100 Arbeitern. Wendel, Industrielle Entwicklung Fürths, S. 77.

⁶⁰ NBZ vom 2.2. und 23.4.28; FfT vom 25.4.28.

⁶¹ FfT vom 4.5.28 u. NBZ vom 8.5.28.

durch das "in diesem Gewerbe übliche Verlagssystem" in Abhängigkeit von Bronzefabrikanten oder Händlern geraten. Trotz der bereits seit 1890 beginnenden Abwanderung waren 1903 in Fürth in diesem Gewerbe noch 1 700 Personen beschäftigt ⁶². In der Folgezeit kam das Gewerbe jedoch in doppelte Bedrängnis durch die aufkommende maschinelle Herstellung des Blattmetalls und die billigeren Bronzefarben ⁶³. Bis 1909 war die Zahl der Beschäftigten dieses Gewerbes in Fürth bereits auf 800 Personen geschrumpft. Auch hier hatte der Krieg einen starken Produktionsrückgang zur Folge. Die deutsche Blattmetallindustrie wurde fast gänzlich vom Weltmarkt abgeschnitten, wodurch gleichzeitig das Aufkommen der ausländischen Konkurrenz begünstigt wurde. Nur die maschinell produzierenden Betriebe, die allerdings gut beschäftigt waren, konnten ihre alten Absatzgebiete gegen diese Konkurrenz behaupten bzw. zurückgewinnen. Im Handbetrieb wurden nur noch Spezialitäten hergestellt, deren maschinelle Produktion nicht lohnend war. Infolge all dieser Faktoren konnten von den 1 700 Personen, die 1903 in diesem Gewerbe beschäftigt waren, 1928 nur noch 5 Prozent Arbeit finden ⁶⁴.

Die Fürther Bronzefarbenindustrie, ein Kind der Metallschlägerei, erholte sich nach dem Kriege wesentlich besser. Zwar gelang es ihr nicht, ihre (zusammen mit Nürnberger Firmen) weltmarktbeherrschende Stellung in der Nachkriegszeit zurückzugewinnen. Sie blieb aber konkurrenzfähig und konnte ihre Produktion sogar über den Vorkriegsstand ausdehnen ⁶⁵.

Stark gelitten hatte auch die Spiegelrahmenindustrie, eine Nebenindustrie der Spiegelherstellung. Infolge des

⁶² Wendel, Industrielle Entwicklung Fürths, S. 73.

⁶³ Moser, Wirtschaftliche Entwicklung Fürths, S. 105 f.

⁶⁴ Bericht von Karl Hohenberger in NBZ vom 16. u. 22.8.28.

⁶⁵ Würsching/Schwammburger, Fürth, S. 29 ff.; NBZ vom 13.8.28.

Exportrückganges nach den Vereinigten Staaten seit 1890 und wegen Geschmacksänderungen, denen sie sich offenbar nicht anpassen konnte, geriet die Spiegelrahmenindustrie in Bedrängnis und kam schließlich Ende der zwanziger Jahre weitgehend zum Erliegen ⁶⁶. Teilweise hatte sie sich jedoch auch auf die Möbelproduktion umgestellt. Hier behaupteten sich neben den größeren Unternehmen zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe ⁶⁷. Der Übergang vom Klein- und Mittelbetrieb zur Fabrik vollzog sich spät und nur allmählich. Die Fürther Möbelherstellung mußte während des Krieges ebenfalls Produktionseinschränkungen hinnehmen, erfreute sich aber nach dem Kriege sofort einer lebhaften, allerdings nicht anhaltenden Nachfrage. Die durch Verteuerungen der Rohstoffe bedingten Preissteigerungen sowie die zunehmende Wohnungsnot bewirkten einen Absatzrückgang, so daß die Möbelindustrie den Umsatz der Vorkriegszeit nicht mehr erreichen konnte ⁶⁸.

Auch die Fürther Bunt- und Metallpapierfabrikation war im Gefolge der Spiegelindustrie entstanden. In den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts deckte Fürth nahezu drei Viertel des Gesamtbedarfs an Gold- und Silberpapier, fast konkurrenzlos den Bedarf des europäischen Marktes an Buntpapier. Unmittelbar vor Kriegsausbruch war (nach einigen konjunkturellen Schwankungen) auch in diesem Gewerbebezweig die Geschäftslage gut. Während des Krieges ging die Produktion auf ein Achtel der Friedensproduktion zurück. Nach dem Kriege belebte sich zwar das Geschäft, insbesondere die Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes. Die alte beherrschende Marktstellung konnte die Branche jedoch nicht mehr erreichen ⁶⁹.

66 NBZ vom 2.5.32; Würsching/Schwammberger, Fürth, S. 52 ff.

67 Wendel, Industrielle Entwicklung Fürths, S. 93, registriert 1922 in Fürth in 159 Schreinereien und Vergoldereien 974 Beschäftigte. Davon waren 80 Betriebe mit 1, 31 mit 2, 19 mit 3, 19 mit 4 und 10 Betriebe mit 5 Beschäftigten. In den 19 größeren Betrieben ("Fabriken" mit mindestens 10 Arbeitern) waren rund 900 Personen beschäftigt.

68 Wendel, Industrielle Entwicklung Fürths, S. 91 ff.

69 Wendel, Industrielle Entwicklung Fürths, S. 87 f.

Aus verschiedenen anderen Gewerbezweigen erscheinen recht positive Geschäftsberichte einzelner Firmen ⁷⁰. Trotz der Klage der fränkischen Brauindustrie über die Stagnation im Braugeschäft des Jahres 1927 ⁷¹ können auch die Fürther Brauereien in diesem Geschäftsjahr beachtliche Gewinne erzielen und Dividenden von 11 und 14 Prozent auszahlen ⁷². Die Lage des mittelfränkischen Handwerks war unmittelbar zur Jahreswende 1927/28 "normal" im Vergleich zu früheren Jahren ⁷³. Wenig später wird im Gewerbeverein Fürth jedoch beklagt, daß das Handwerk von der "nicht abzuleugnenden Besserung" ⁷⁴ wenig verspüre. Es werde im Gegenteil immer hilfsbedürftiger ⁷⁵. Die Zahl der mittelfränkischen Handwerksbetriebe hatte 1927 jedenfalls um rd. 1 700 auf mehr als 29 600 zugenommen ⁷⁶. Auch der Nürnberg-Fürther Einzelhandel bestreitet zu Beginn des Jahres 1928 eine Besserung seiner Geschäftslage. Gegenüber dem Nachkriegstiefstand 1926 sei zwar 1927 der Umsatz gestiegen, aber noch keineswegs die Rentabilität ⁷⁷.

Ein objektiveres Bild als diese Äußerungen aus dem Lager des Mittelstandes bietet die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Fürth im Jahre 1927 ⁷⁸. Zu Beginn des Jahres 1927 ist in Fürth mit 6 032 Erwerbslosen die Arbeitslosigkeit (auch unter Berücksichtigung der saisonalen Ver-

70 Eine Textilfabrik z.B. erzielte 1927 bei einem Aktienkapital von 4 Mill. RM einen Reingewinn von rd. 925 000 RM und zahlte 11 Prozent Dividende. Eine Koffertfabrik meldet für 1927 gute Beschäftigung, eine Lebensmittelkonservenfabrik eine Umsatzsteigerung von 25 Prozent. NBZ vom 20.3., 13.12. und 23.5.28.

71 NBZ vom 26.4.28.

72 NBZ vom 15.2., 10.11., 21.11.28 und 24.1.29.

73 NBZ vom 2.1.28.

74 Die Formulierung ist bezeichnend.

75 Bericht der NBZ vom 29.5.28 mit all den Vorwürfen, die in der Folge immer wieder erhoben werden, gegen Regiebetriebe, Konsumvereine, Pfuschertum, Schwarzarbeit, Steuerbelastung, Gefängnisarbeit, Hausiererhandel, Kartelle, Syndikate und Trusts der Industrie.

76 NBZ vom 24.5.28.

77 NBZ vom 29.3.28.

78 Bericht des Arbeitsamtes Fürth in NBZ vom 6.2.28.

schärfung) außerordentlich groß. Besonders betroffen waren die Metallverarbeitung (998) und das Holzgewerbe (714) sowie die ungelernten Arbeiter (753) ⁷⁹. Gut beschäftigt war dagegen noch die Glasindustrie mit nur 136 Erwerbslosen. Der Konjunkturverlauf 1927 brachte eine deutliche Reduzierung der Erwerbslosen auf knapp 3 600 Personen bei Jahresende. Zunächst in der Holz-, später auch in der Metallindustrie hatte sich der Geschäftsgang erheblich gebessert. Obwohl das Stellenangebot im Frühjahr 1928 besonders in den drei Haupterwerbszweigen der Stadt, der Glas-, Holz- und Metallindustrie, nur gering war und auch das Baugewerbe als Schlüsselgewerbe für andere Berufe nur wenig Belebung zeigte, ging die Zahl der Erwerbslosen von rd. 3 160 Ende März über rd. 2 700 Ende April und Mai auf knapp 2 400 Ende Juni zurück ⁸⁰.

4. Zusammenfassung und Folgerungen

Die skizzierten wirtschaftlichen Verhältnisse Fürth's geben einige aufschlußreiche Hinweise, inwiefern die zuvor bereits ausführlich dargestellten politischen Strukturen der Stadt durch ökonomische Faktoren bestimmt oder mitbestimmt wurden. So wird ohne weiteres die Schwäche der Konservativen schon vor dem Ersten Weltkrieg ⁸¹ aus der Tatsache verständlich, daß die Landwirtschaft im Fürther Wirtschaftsleben nur eine unbedeutende Rolle spielte und in Fürth keine Schwer- und Grundstoffindustrie vorhanden war. Für die in hohem Maße exportabhängige verarbeitende Industrie der Stadt war die Ablehnung der konservativen Schutzzollpolitik und die Unterstützung einer liberalen Freihandelspolitik geradezu eine Existenzfrage. Da sich in der verarbeitenden Industrie Fürth's die Betriebe nur teilweise zu Großunternehmen

⁷⁹ Möglicherweise zum großen Teil auch aus diesen beiden Gewerbebezügen.

⁸⁰ NBZ vom 4.5., 1.6., 15.6. und 13.7.28.

⁸¹ Vgl. oben S. 15.

entwickelt hatten, fehlte ebenso wie für eine konservative Partei auch für eine großindustrielle Partei wie die DVP eine breitere soziale Basis. Trotz der eindeutig feststellbaren Entwicklung zu größeren Organisationsformen in Gewerbe und Industrie hatten sich in Fürth die Klein- und Mittelbetriebe zwar nicht ohne Einbußen, aber immer noch zahlreich behauptet. Im Bürgertum der Stadt war folglich noch weitgehend der gewerbliche Mittelstand dominant. Wenn auch die soziale Zusammensetzung der Vorkriegs- wie der Nachkriegsparteien viel differenzierter war ⁸², so findet doch die breite Anhängerschaft der Fortschrittlichen Volkspartei des Jahres 1912 ⁸³ und der DDP unmittelbar nach dem Kriege hier eine Erklärung. Die Stellung des gewerblichen Mittelstandes war jedoch keineswegs mehr unangefochten. Denn man konnte den Trend zur Konzentration nicht übersehen, der zwar nur allmählich, aber anscheinend unaufhaltsam das Handwerk aus seiner zentralen Stellung in der gewerblichen Produktion mehr und mehr verdrängte. Diese Entwicklung vollzog sich auch vor den Augen der Fürther Gewerbetreibenden und erklärt die Labilität der politischen Haltung auch des Fürther Kleinbürgertums, insbesondere während der Krisen in den zwanziger und dreißiger Jahren.

Da die gewerbliche Güterproduktion (unabhängig davon, ob in Klein-, Mittel- oder Großbetrieben) die wirtschaftliche Struktur der Stadt in großem Umfang bestimmte, stand diesem gewerblichen Mittelstand eine starke Arbeiterschaft gegenüber. Neben diesen günstigen quantitativen Voraussetzungen für eine starke Arbeiterpartei (oder Parteien) dürften Beitritt und Bindung der Arbeiterschaft Fürths in bzw. an ihre Partei nicht zuletzt durch die außerordentlich ungünstigen Arbeitsbedingungen und das daraus resultierende soziale Elend gefördert worden sein ⁸⁴.

82 Unsere Wahlanalyse ist u.a. dafür ein Beleg.

83 Vgl. oben S. 23.

84 Die Thematik der Arbeit kann nicht auf die Arbeitsbedingungen im Fürther Gewerbe während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ausgedehnt werden. Deshalb mögen hier als Beleg einige Hinweise genügen: Als eine der Voraussetzungen der wirtschaftlichen Entwicklung Fürths

Auch in Fürth hatte sich 1927 und in der ersten Hälfte des Jahres 1928 die wirtschaftliche Lage ganz erheblich gebessert. Die Geschäftslage war bis zur Jahresmitte 1928 nicht ungünstig. Unabhängig von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung standen jedoch einzelne wichtige Gewerbezweige der Stadt bereits in oder unmittelbar vor einer strukturellen Krise (Spiegelglasindustrie, Metallschlägergewerbe). Im Falle einer Krise der Gesamtwirtschaft mußten diese sektoralen Schwachstellen die Auswirkungen der Krise erheblich verstärken. Darüber hinaus war zu erwarten, daß eine in so hohem Maße exportabhängige gewerbliche Produktion wie in Fürth von einer weltweiten Absatzkrise besonders hart betroffen wurde, und zwar nicht allein wegen der allseits üblichen Importdrosselung, sondern auch gerade deshalb, weil viele der Fürther Erzeugnisse nicht eben zum lebensnotwendigen Bedarf gehörten, die Nachfrage nach diesen Gütern in Notzeiten folglich zuerst zurückging. Eine allgemeine Wirtschaftskrise mußte deshalb, wie die Erfahrung bereits gezeigt hatte ⁸⁵, frühzeitig zu großer Arbeitslosigkeit führen und, je nach Dauer und Intensität der Krise, auch die kapitalschwachen und wenig widerstandsfähigen Kleinbetriebe stark in Mitleidenschaft ziehen.

wurde bereits oben S. 154 auf die besonders billigen Arbeitskräfte in Fürth hingewiesen. Würsching/Schwammberger, Fürth, S. 48 ff., berichten, daß die Meister des Fürther Spielwarengewerbes wegen der niedrigen Preise bis zu 14 Stunden und länger am Tag arbeiten mußten und damit ihren Lebensunterhalt nur mit knapper Not verdienten. Den Hilfskräften in solchen Betrieben erging es gewiß nicht besser. Nach Berichten der Handelskammer Nürnberg, Wendel, Industrielle Entwicklung Fürths, S. 78, konnte die Nürnberg-Fürther Spielwarenindustrie trotz hoher Einfuhrzölle des Auslandes billiger liefern als die einheimische Industrie der betreffenden Länder. Das Belegen der Spiegel mit Quecksilber war besonders gesundheitsschädlich (Merkurialismus) und wurde deshalb Ende des 19. Jahrhunderts durch das Silberbelegeverfahren abgelöst. Ebenso gesundheitsschädlich war die Metallschlägerei. Nach Feststellungen aus den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts erreichten "die Metallschläger nur ein Durchschnittsalter von 40 3/4 Jahren ...", in 70 von 100 Todesfällen starben Metallschläger an Tuberkulose und anderen Lungenkrankheiten. Vgl. Karl J. Hohenberger, Die Fürther Spezialindustrie und ihre geschichtliche Entwicklung in: Das Bayerland 37 (1926), S. 332 ff.

85 Vgl. oben S. 165 und 172 f.

VIII. DIE WIRTSCHAFTSKRISE IN FÜRTH

1. Die allgemeine Entwicklung

Der Beginn der Weltwirtschaftskrise wird auf den Herbst 1929 angesetzt. Als auslösendes Ereignis gilt der New Yorker Börsenkrach im Oktober 1929. Aber schon 1928 und 1929 zeigte die deutsche Wirtschaft rückläufige Tendenzen: Die Gewinne und Investitionen gingen bereits ab 1928, das Volkseinkommen ab 1929 zurück. Die Börse reagierte sehr schnell auf die abflauende Konjunktur. Der jahresdurchschnittliche Aktienindex ($1924/26 = 100$) fiel von 158 im Jahre 1927 auf 148,4 und 133,9 in den Jahren 1928 und 1929¹. Die Gesamterzeugung gewerblicher Güter nahm zwar von 1928 auf 1929 noch leicht zu, die Verbrauchsgütererzeugung war jedoch bereits rückläufig. Gleichzeitig mit dem Rückgang des Verbrauchs stiegen die Spareinlagen an². Nachfragerückgang und abnehmende Investitionen drückten schon seit den ersten Monaten des Jahres 1928 auf die Preise. Gleichwohl war ausweislich der Produktions- und Beschäftigtenziffern "der Scheitelpunkt der Konjunktur" vor dem Herbst 1929 noch nicht überschritten. Der entscheidende Konjunkturrückgang, die krisenhafte Entwicklung beginnt erst 1930³.

¹ Wolfram Fischer, Deutsche Wirtschaftspolitik 1918 - 1945, 3. Auflage, Opladen 1968, S. 43; Gerhard Kroll, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958, S. 84 f. Knut Borchardt, Wachstum und Wechsellagen 1914 - 1970, in: Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hrsg. von Hermann Aubin und Wolfgang Zorn, Bd. 2, Stuttgart 1976, S. 704.

² Von 6 025 Millionen RM 1928 auf 8 249 Millionen RM 1929. Der Index für gewerbliche Gütererzeugung insgesamt stieg von 1928 (= 100) bis 1929 ganz leicht auf 100,4, der Index für Produktionsgüter dagegen noch auf 104, während der Index für Verbrauchsgüter bereits auf 94,8 fiel. Kroll, Weltwirtschaftskrise, S. 87.

³ Kroll, Weltwirtschaftskrise, S. 88 f.: Beschäftigte im Jahresdurchschnitt 1928: 17,996 Millionen, 1929: 17,870

Die rückläufigen Tendenzen fanden bereits seit Mitte 1928 ihren Niederschlag in zurückhaltend gestimmten Berichten im Wirtschaftsteil der regionalen Presse ⁴. Die Forderung der deutschen Eisen- und Stahlindustriellen, der überlasteten Industrie durch Senkung der wirtschaftlichen Gestehungskosten und Abkehr vom Staatskapitalismus Erleichterung zu schaffen, Forderungen, die auch der Hansabund erhob ⁵, mögen eher durch den Verteilungskampf als wirtschaftspolitisch bestimmt gewesen sein. Die gleichzeitigen Klagen über Auftragsrückgang und Abschwächung der Geschäftslage setzten sich jedoch unmittelbar fort. Zwar nur allmählich, aber doch unaufhaltsam verstärkte sich der konjunkturelle Rückgang. Schon für Juli 1928 wurde von einem leicht gesunkenen Auftrags-
eingang und Beschäftigungsgrad, besonders in der Verbrauchsgüterindustrie berichtet. Einzelne Zeichen einer Besserung waren nur jahreszeitlich bedingt ⁶. Obwohl diese rückläufigen Tendenzen mit dem saisonalen Rückgang am Ende der Sommermonate zusammentrafen und der Tiefpunkt der Entwicklung noch nicht erreicht zu sein schien, befürchtete man jedoch offensichtlich noch keine wirt-

Millionen. Rückläufige Tendenzen bereits ab 1928 bzw. 1929 stellen ebenso fest: Dietmar Keese, Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen für das Deutsche Reich in den Jahren 1925 - 1936, in: Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33, hrsg. von Werner Conze und Hans Raupach, Stuttgart 1967, S. 36, 38 f.; Dietmar Petzina, Grundriß der deutschen Wirtschafts-
geschichte 1918 bis 1945, in: Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, Band II, Veröffentlichung des Instituts für Zeitgeschichte, Stuttgart 1973, S. 673, 738; Ludwig Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949, S. 90 f. Vgl. dazu auch z.B. den Vorstandsbericht der Vereinigten Stahlwerke über das Geschäftsjahr 1928/29 bei Wilhelm Treue, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1976, S. 41 ff.

4 Wir greifen hier ausschließlich auf den recht ausführlichen Wirtschaftsteil der NBZ zurück, die bei ihrer Berichterstattung sehr häufig Veröffentlichungen der Großbanken, Industrieverbände, der Statistischen Ämter (Bayern u. Reich), des Instituts für Konjunkturforschung usw. übernahm oder sich zumindest darauf stützte.

5 NBZ vom 16.6.28.

6 NBZ vom 21.8.28.

schaftlichen Rückschläge größeren Umfanges ⁷, selbst als im Januar 1929 die deutsche Industrie nur noch zu 75 Prozent beschäftigt war ⁸. Die hohe Zahl der Arbeitslosen in den ersten Monaten des neuen Jahres ⁹ war zweifellos eine Folge des außerordentlich strengen Winters, aber auch mitbedingt durch die fortschreitende Verschlechterung der Konjunktur. Die Arbeitslosigkeit hatte stärker zugenommen, als dies aus saisonalen Gründen zu erwarten gewesen war ¹⁰. Trotz einer jahreszeitlichen Belebung im Frühjahr und eines deutlichen Abbaues der Arbeitslosigkeit blieb das Gesamtbild der Konjunktur weiterhin unbefriedigend. Allgemeiner Kapitalmangel sowie die Krediteinschränkungen der Reichsbank machten es der Industrie unmöglich, auf Lager zu produzieren und veranlaßten sie vielmehr, die Lagerbestände abzubauen ¹¹. Bei gleichzeitigem Abflauen des Auftragseinganges konnte dies nur die Arbeitslosigkeit verstärken ¹². Bis zum Sommer besserte sich zwar die Situation ganz erheblich, die Beobachter waren sich jedoch einig, daß die von Saisonschwankungen bereinigte Konjunktur keine Aufwärtsbewegung, keine Besserung erkennen ließ ¹³. Die vorsichtige Zuversicht, daß wenigstens der tiefste Punkt des Abschwungs erreicht sei ¹⁴, wurde durch ein Abflauen der Geschäftslage noch während der Sommersaison sehr schnell enttäuscht ¹⁵. Noch hielten sich jedoch Produktion

7 NBZ vom 11.9., 20.9., 27.10. und 3.11.29.

8 NBZ vom 28.1.29.

9 Jan. - März 1929 jeweils am Monatsende 2,85, 3,07 und 2,48 Millionen. Statistisches Handbuch von Deutschland 1928 - 1944, München 1949, S. 484.

10 NBZ vom 1.2. und 1.3.29.

11 Vgl. dazu auch Keese, Volkswirtschaftliche Gesamtgrößen, S. 52.

12 NBZ vom 1.6.29. Zahlen über die Abnahme der Vorräte bei Keese, Volkswirtschaftliche Gesamtgrößen, S. 53.

13 NBZ vom 8.6., 2.7., 6.7., 15.7. und 27.7.29.

14 NBZ vom 29.7. und 10.8.29.

15 Als bedenklich wurde gewertet, daß in einem ausgesprochenen Saisongewerbe wie in der Bauwirtschaft bereits im August die Arbeitslosigkeit zunahm. NBZ vom 26.8. und 30.8.29.

und Beschäftigungsgrad insgesamt auf der bisherigen Höhe, in der Montanindustrie und in manchen Produktionsmittelindustrien, gestützt auf die Ausfuhr, sogar über dem Vorjahresstand, in den Verbrauchsgüterindustrien dagegen schon erheblich darunter. Die Meinung war, eine allgemeine Belebung der Konjunktur scheitere vor allem an der Kapitalknappheit der Wirtschaft ¹⁶.

Der New Yorker Börsenkrach wurde ohne größere Aufregungen registriert. Offensichtlich befürchtete man zunächst keine negativen Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft ¹⁷. Am 30. Oktober wird berichtet, Industrie und Geschäftsleben (in Deutschland) seien durch den Kurssturz in den letzten acht Tagen nicht ernsthaft beeinträchtigt worden. In den niedrigen Börsenkursen sah man sogar einen starken Anreiz für eine Kapitalanlage. Auch schien sich die New Yorker Börse wieder zu erholen ¹⁸. Den Börsenkrach hielt man für ein reinigendes Gewitter, er gab aber noch keine Veranlassung, an der Fortdauer der amerikanischen Konjunktur zu zweifeln. Man versprach sich sogar positive Auswirkungen auf den deutschen Kapitalbedarf, nachdem das Kapital nicht mehr durch die Spekulation gebunden und der amerikanische Kapitalmarkt dadurch vielleicht wieder etwas flüssiger geworden sei ¹⁹. Auch die Fachleute überblickten also nicht die Zusammenhänge und Folgewirkungen, sahen die Krise nicht kommen. Erst Ende November bemerkte man, daß die Kursstürze in New York das gesamte amerikanische Wirtschaftsleben in Mitleidenschaft zogen ²⁰, die deutsche Ausfuhr und damit die ohnehin abwärts tendierende deutsche Wirtschaft durch die

16 NBZ vom 25.9.29.

17 NBZ vom 25.10., 26.10. und 29.10.29.

18 NBZ vom 30.10., 1.11. und 15.11.29; dazu auch Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise 1929 - 1939. Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, hrsg. von Wolfram Fischer, Bd. 4, München/Harmondsworth, S. 121 f.

19 NBZ vom 2.11.29.

20 NBZ vom 23.11.29.

bereits fühlbare Konjunkturabschwächung des Auslandes besonders stark getroffen wurde ²¹.

Nicht anders als in der gesamten deutschen Wirtschaft stellt sich auch die Lage im mittelfränkischen Raum dar. Die Industrie- und Handelskammer Nürnberg registrierte im zweiten Vierteljahr 1928 schon ein allmähliches Abbröckeln der Konjunktur. Während in den einen Gewerbebezügen die Betriebe noch voll ausgelastet waren, mußten andere bei plötzlich nachlassenden Auftragseingängen die Produktion drosseln, zu Kurzarbeit übergehen und Arbeiter entlassen. Anzeichen eines stärkeren Konjunkturabschwunges waren jedoch noch nicht sichtbar ²². Im Herbst 1929 klangen die Nachrichten bereits besorgter, nachdem ab September eine merkliche Abschwächung, gekennzeichnet durch Auftragsmangel und unzureichende Preise, eingetreten und die Leipziger Herbstmesse für die heimische Industrie sehr unbefriedigend verlaufen war ²³. Im Rückblick auf das Jahr 1929 spricht die Industrie- und Handelskammer bereits von einer katastrophalen Wirtschaftslage in Mittelfranken ²⁴. Gegenüber 1928 ging der Inlandsabsatz ganz beträchtlich zurück, ohne daß es gelang, für diese Ausfälle auf dem Binnenmarkt einen Ausgleich im Export zu finden, weil, so die häufige Klage, durch die hohen Belastungen der deutschen Produktion u.a. durch das Lohnniveau, durch Steuern und durch die Schutzzölle des Auslandes die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Waren beeinträchtigt werde. Auf dem Inlandsmarkt macht sich nun bereits die wachsende Arbeitslosigkeit nachteilig bemerkbar. Gleichwohl kann man annehmen, daß die Feststellung, das Vertrauen in die Widerstandsfähigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sei ungeboren, nicht nur reiner Zweckoptimismus war.

²¹ NBZ vom 6.12.29.

²² NBZ vom 14.7.28.

²³ NBZ vom 1.10. und 12.10.29.

²⁴ NBZ vom 11.1.30.

Mit der "Verzögerung und Abschwächung der saisonalen Frühjahrsbelebung" 1930 begann die eigentliche krisenhafte Entwicklung²⁵, obwohl Produktionsrückgänge von 10 Prozent wie 1930 (im Jahresdurchschnitt) und ein Rückgang der Beschäftigten um 1,3 Millionen nicht zum ersten Mal beobachtet wurden, ohne daß sich daraus vergleichbare Katastrophen entwickelt hätten²⁶. Im Verlauf der Krise, vom Höchststand der Konjunktur 1929 bis zu ihrem Tiefpunkt 1932, schrumpfte das Bruttosozialprodukt um 32,8 Milliarden Reichsmark oder 37 Prozent, das Volkseinkommen sank gleichzeitig um 42 Prozent. Bemerkenswert ist, daß sich der landwirtschaftliche und der gewerbliche Sektor sehr unterschiedlich entwickelten. Während das landwirtschaftliche Einkommen "nur" um knapp 31 Prozent zurückging, betrug der Rückgang des gewerblichen Einkommens knapp 50 Prozent²⁷. Infolge des Preisverfalls war der Rückgang wertmäßig allerdings größer als mengenmäßig²⁸; denn von 1929 bis 1932 fielen die Indices (1913 = 100) der Großhandelspreise für Produktions- und Konsumgüter um 14,6 bzw. 31,5 Prozent²⁹, die Lebenshaltungskosten um 21,4 Prozent³⁰. Aber auch mengenmäßig betrug der Rückgang der Gesamtproduktion von 1927/28 bis 1932/33 31 Prozent, der Rückgang der Industrieproduktion allein (also ohne Landwirtschaft) sogar 43,1 Prozent³¹. Von den in den Jahren 1925 bis

25 Keese, Volkswirtschaftliche Gesamtgrößen, S. 39.

26 Kroll, Weltwirtschaftskrise, S. 89.

27 Kroll, Weltwirtschaftskrise, S. 108 f.

28 Kroll, Weltwirtschaftskrise, S. 95, 107; Keese, Volkswirtschaftliche Gesamtgrößen, S. 44.

29 Kroll, Weltwirtschaftskrise, S. 91.

30 Die Kosten für Ernährung um 27,3, für Bekleidung um 32,0, für Wohnung um 3,8 Prozent. Kroll, Weltwirtschaftskrise, S. 92. Keese, Volkswirtschaftliche Gesamtgrößen, S. 44, beziffert den Rückgang der Lebenshaltungskosten auf 22,5 Prozent.

31 Kroll, Weltwirtschaftskrise, S. 95. Vgl. auch Petzina, Wirtschaftsgeschichte, S. 673 u. Tabelle S. 784. Der Produktionsindex der in Fürth vorherrschenden Glasindustrie fiel besonders stark von 1928 (= 100) bis 1932 auf 49,0. Kroll, Weltwirtschaftskrise, S. 97.

1929 gesparten 5,1 Milliarden Reichsmark wurden von 1930 bis 1933 mehr als die Hälfte, 2,7 Milliarden Reichsmark "entspart" ³².

Im Sommer 1930, also unmittelbar vor der Reichstagswahl, war die Wirtschaftslage durch die fortschreitende Depression gekennzeichnet. Bislang da und dort noch sichtbare günstige Einzelercheinungen verschwanden mehr und mehr. Der wirtschaftliche Rückgang war überall, in den Schlüsselindustrien und der Verbrauchsgüterproduktion, im Handel wie im Handwerk, unverkennbar. Der starke Auftragsmangel hatte Betriebseinschränkungen und Stilllegungen, Zahlungsstockungen, Kurzarbeit und Entlassungen von Arbeitskräften zur Folge ³³, so daß im August 1930 die Zahl der Beschäftigten bereits um 2,017 Millionen niedriger lag als im gleichen Monat des Vorjahres ³⁴.

Aus der mittelfränkischen Wirtschaft wird im Frühjahr 1930 berichtet, daß schon seit Jahren kein solcher geschäftlicher Tiefstand zu verzeichnen gewesen sei. Erhebliche geschäftliche Einbußen brachte bereits der durch die große Arbeitslosigkeit bedingte Ausfall an Kaufkraft ³⁵. Auch hier konnte das "völlig darniederliegende Inlandsgeschäft" nicht durch den Export ausgeglichen werden. Die Krise hatte sich im Laufe des Jahres 1930 auf alle Wirtschaftszweige ausgedehnt. Bei Jahresende war die deutsche Industrie noch zu 59 Prozent ausgelastet ³⁶. Im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Nürnberg hatte sich 1930 die Zahl der eröffneten Vergleichs- und Konkursverfahren um ein Drittel erhöht ³⁷.

³² Keese, Volkswirtschaftliche Gesamtgrößen, S. 48 f.

³³ NBZ vom 29.7. und 11.8.30.

³⁴ Keese, Volkswirtschaftliche Gesamtgrößen, S. 39.

³⁵ NBZ vom 12.4.30.

³⁶ NBZ vom 15.12. und 27.12.30.

³⁷ NBZ vom 19.3.31.

Bei aller gebotenen Vorsicht glaubte man im Frühjahr 1931 in einigen Wirtschaftszweigen Anzeichen einer wirtschaftlichen Entspannung wahrzunehmen, die über das saisonbedingte Maß hinausgingen ³⁸. Die Hoffnung, daß die "Talfahrt" zu Ende sei, wurde jedoch sehr schnell enttäuscht, als sich zeigte, daß trotz des Rückganges der Arbeitslosigkeit von einem Umschwung nicht die Rede sein konnte. Die jahreszeitlich bedingte Belebung hatte nicht lange angehalten, eine etwas erhöhte Nachfrage konnte ohne Produktionsausweitung leicht aus den Beständen befriedigt werden. Die Umsätze des Inlands- wie des Auslandsgeschäftes verschlechterten sich immer mehr ³⁹. Unerschüttert war jedoch nach wie vor die Überzeugung der "Träger der deutschen Wirtschaft", daß eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch eine Senkung der Selbstkosten, und zwar durch eine "Anpassung" der Löhne ebenso wie durch eine kräftige Entlastung von Steuern und sozialen Leistungen eingeleitet werden sollte ⁴⁰. In einer rechtzeitigen Befreiung der Wirtschaft von der durch staatssozialistische Maßnahmen hervorgerufenen Lähmung habe die Chance für einen Aufschwung gelegen. Rechtzeitig, ein Jahr früher, hätte die Lohn- und Preissenkung belebend auf die Wirtschaft wirken können. Jetzt, im Frühjahr 1932, käme die Anregung zu spät. Es liege nun etwas Zwangsläufiges im Fortgang der Krise ⁴¹.

Die Schraube drehte sich auch in Mittelfranken stetig weiter nach unten. Die wachsende Arbeitslosigkeit hatte einen starken Nachfragerückgang, Sparmaßnahmen und Einschränkungen der öffentlichen wie der privaten Haushalte zur Folge. Daraus ergaben sich weitere Betriebseinschränkungen und Betriebsstillegungen und damit wieder Entlassungen usw. Die mittelfränkische Exportwirtschaft litt unter dem Einfluß der Weltwirtschaftskrise, der

³⁸ NBZ vom 21.4.31; Borchardt, Wachstum und Wechsel-lagen, S. 707.

³⁹ NBZ vom 18.5., 16.7. und 31.7.31.

⁴⁰ NBZ vom 29.8.31.

⁴¹ NBZ vom 2.4.32.

Zollerhöhungen des Auslandes, Einfuhrkontingentierungen, Devisenzwangsbewirtschaftung, Pfundabwertung, des allgemein zunehmenden Protektionismus ⁴². Auch das Frühjahrsgeschäft brachte 1932 nur einzelnen Industriezweigen eine geringe Belebung ⁴³. Bis zum Sommer verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage in Mittelfranken erneut, die Entwicklung war auch hier noch nicht zum Stillstand gekommen ⁴⁴.

Seit Mitte 1932 kündigten sich jedoch in der deutschen Wirtschaft Anzeichen einer Erholung an. Die Talfahrt schien zu Ende: Die Arbeitslosigkeit nahm bis in den Herbst hinein trotz saisonal bedingter Entlassungen insgesamt ab. Die Industrieproduktion stieg bis November leicht an, die Lagerbestände wurden erheblich erweitert. Die Börse reagierte unmittelbar auf den Stimmungsumschwung. Der Aktienindex (1924/26 = 100) erhöhte sich von 49,9 im Juli auf 61,8 im Dezember 1932 ⁴⁵. Gleichwohl war die wirtschaftliche Lage zu Beginn des Jahres 1933 nach wie vor düster. Im Januar 1933 waren 6,013 Millionen Arbeitslose registriert ⁴⁶. Zusammen mit den "unsichtbaren" Arbeitslosen dürften es noch 7 bis 7,5 Millionen Arbeitslose gewesen sein ⁴⁷.

Diese Besserung der wirtschaftlichen Lage und der Stimmungsumschwung wurden auch in Mittelfranken registriert ⁴⁸. Die mittelfränkische Wirtschaft meldete

42 NBZ vom 12.10.31, 9.1. und 14.1.32.

43 NBZ vom 23.4.32.

44 NBZ vom 23.4. und 6.7.32.

45 Kroll, Weltwirtschaftskrise, S. 412 ff.; W. Fischer, Wirtschaftspolitik, S. 43, 47; Keese, Volkswirtschaftliche Gesamtgrößen, S. 52; Borchardt, Wachstum und Wechselagen, S. 709 f.

46 Statistisches Handbuch von Deutschland 1928 - 1944, München 1949, S. 484; Kroll, Weltwirtschaftskrise, S. 111.

47 Heinrich Bennecke, Wirtschaftliche Depression und politischer Radikalismus 1918 - 1938, München/Wien 1970, S. 220.

48 NBZ vom 1.9., 3.12., 5.12., 6.12., 12.12. u. 27.12.32.

jedoch auch noch in der zweiten Jahreshälfte ein Andauern der ungünstigen wirtschaftlichen Lage mit einem weiteren Rückgang der Umsätze wie der Produktion und den daraus resultierenden Betriebseinschränkungen und Entlassungen ⁴⁹. Allerdings kündigte sich auch hier, wenigstens in einigen Industriezweigen eine allmähliche Verlangsamung der wirtschaftlichen Schrumpfung an. Eine etwas zuversichtlichere Beurteilung der weiteren Entwicklung breitete sich aus.

2. Gewerbe und Handel Fürths in der Krise

Über die wirtschaftliche Entwicklung Fürths in der Weltwirtschaftskrise stehen Statistiken über Produktionsziffern, Höhe der Investitionen, der Lagerbestände und Unternehmervorgewinne nicht zur Verfügung. Die Gesamtsituation wird jedoch auch durch die Geschäftsberichte der Kapitalgesellschaften charakterisiert. Sie liefern Informationen über die Lage und die Entwicklung der wichtigsten Industrien der Stadt.

Während der Arbeitsmarkt zwar eine stetige, wenn auch nicht krisenhafte Abwärtstendenz zeigte ⁵⁰, meldeten die Geschäftsberichte der größeren Fürther Unternehmen für die Jahre 1928 und 1929 zum Teil noch durchaus zufriedenstellende, im Braugewerbe sogar ausgezeichnete Ergebnisse ⁵¹. Das Baugewerbe war 1928 und 1929 in Fürth gut beschäftigt, weil sowohl die öffentliche wie private Bautätigkeit sich auf dem bisherigen Niveau hielten. Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen nahm in Fürth 1929 gegenüber dem Jahr zuvor sogar um 50 Prozent zu ⁵². Erst 1930 ging dann die Bautätigkeit in Fürth

49 NBZ vom 12.10.32 u. 12.1.33.

50 Vgl. unten S. 203 f.

51 Der Bericht muß sich aufgrund der Quellenlage mit wenigen Ausnahmen allerdings auf die Aktiengesellschaften beschränken.

52 NBZ vom 19.8.29.

um 15 Prozent zurück. Wegen der schlechten Finanzlage von Staat und Gemeinden, die bis dahin den Baumarkt hauptsächlich gespeist hatten, waren neue Bauvorhaben in Frage gestellt. Privatkapital für den Wohnungsbau war kaum mehr vorhanden. Der Hausbesitz hielt sich mit Reparaturaufträgen bereits zurück ⁵³. Für die Fürther Spiegelglasindustrie wurde zwar der Verlust ihrer dominierenden Stellung beklagt ⁵⁴, trotz eines Rückgangs der Beschäftigung gegenüber 1928 hatten sich jedoch einige Fürther Unternehmen auch 1929 gut gehalten. Insgesamt lag die deutsche Glasindustrie in bezug auf die Beschäftigung über dem Durchschnitt aller Verbrauchsgüterindustrien. Bei einer Ausführquote von 30 Prozent bot die Erhöhung des Exportes im Jahre 1929 der Beschäftigung in der Glasindustrie einen starken Rückhalt ⁵⁵. In Fürth war die Lage allerdings nicht einheitlich. Während (von den Aktiengesellschaften) zwei Unternehmen für 1928 und 1929 bei befriedigendem Geschäftsgang noch Dividenden von 5 bzw. 7 Prozent ausschütteten, bilanzierte ein anderes Branchenmitglied für beide Geschäftsjahre einen Verlust von insgesamt 380 000 Reichsmark, eine weitere Spiegelglasfabrik befand sich nach einem Verlust von knapp 900 000 RM im Geschäftsjahr 1927 bereits in Liquidation ⁵⁶.

Im Gegensatz zu den Klagen der Nürnberg-Fürther Spielwarenindustrie hatten 1928 die Aufträge der gesamten Branche aus fast allen Ländern zugenommen. Der Spielwarenxport hatte sich infolgedessen in den ersten acht Monaten des Jahres 1928 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 9 Millionen Reichsmark erhöht. Dennoch wurden schließlich für 1928 die vorjährigen Exportziffern nicht erreicht. Die Geschäftslage der Spielwarenfabrikation war zwar

53 NBZ vom 28.2., 30.4.30 und 23.1.31.

54 NBZ vom 15.2.29.

55 NBZ vom 14.11.29.

56 NBZ vom 6.7.28, 15.2., 8.6., 13.6., 20.6. und 12.9.29 sowie 4.1., 20.5., 31.5., 6.6., 2.7., 29.11. und 15.12.30.

Ende 1928 (nach einem guten Weihnachtsgeschäft) keineswegs rosig, aber auch nicht beunruhigend ⁵⁷. In Fürth sank 1929 die Beschäftigung der Spielwarenindustrie unter die des Vorjahres ⁵⁸.

Auch andere Fürther Kapitalgesellschaften aus verschiedenen Wirtschaftszweigen berichteten für die Geschäftsjahre 1928 und 1929 teils erfreuliche, teils noch akzeptable Ergebnisse ⁵⁹. Am besten ging das Geschäft der drei Fürther Großbrauereien. Sie konnten ihren Aktionärsversammlungen für das Geschäftsjahr 1928/29 12 und 14 Prozent Dividende vorschlagen ⁶⁰. Nach den Ergebnissen wären sogar höhere Gewinnausschüttungen möglich gewesen. Die Brauereien zogen es statt dessen jedoch vor, ansehnliche Beträge als Gewinnvortrag auszuweisen.

Am Beispiel der Spiegelglasindustrie, ehemals der Stolz der Stadt, läßt sich die katastrophale Entwicklung der Fürther Wirtschaft in der Weltwirtschaftskrise gut veranschaulichen. Anfangs 1932 beklagte der "Wochenplauderer" der NBZ ⁶¹ den fast völligen Verlust der einheimischen Spiegelglas- und Spiegelindustrie. Von allen Industrien Mittelfrankens war sie - allerdings auch infolge von Umstellungen des Produktionsverfahrens - am stärksten betroffen. Die ehemals größte Industrie der Stadt mit 4 000 bis 5 000 Arbeitern vor dem Kriege beschäftigte jetzt nur noch ca. 1 000 Arbeiter ⁶².

⁵⁷ NBZ vom 10.10., 12.10. u. 14.11.28.

⁵⁸ NBZ vom 13.3.29.

⁵⁹ U.a. aus der Metallindustrie, der optischen und der Textilindustrie, der Lebensmittelkonservenindustrie und ein Handelsunternehmen. NBZ vom 10.4.29, 27.2., 31.3., 17.4., 2.7., 24.7., 4.8., 11.9. u. 20.9.30.

⁶⁰ Für die dritte Brauerei ist die Dividende nicht bekannt. Sie erzielte aber einschl. des Gewinnvortrages einen Reingewinn von mehr als 15 % des Stammkapitals. NBZ vom 8.11., 15.11., 26.11., 6.12., 17.12.29 und 19.2.30.

⁶¹ 2.1.32.

⁶² NBZ vom 2.5.32 u. 17.9.31.

In den Jahren 1930 bis 1932 berichteten die Fürther Unternehmen von wachsenden Umsatzverlusten und Preisrückgängen. Der Absatz der Spiegelglasindustrie litt unter dem Auftragsrückgang wichtiger Abnehmer wie der Automobil-, der Möbel- und Galanteriewarenindustrie sowie des Baugewerbes, die alle selbst von der rückläufigen Konjunktur gezeichnet waren ⁶³. Besonders kritisch war die Lage der kleineren und mittleren Betriebe. Bei den Großen der Branche waren zwar für 1930 noch positive Jahresabschlüsse möglich, wenn auch zum Teil mit gedrückten Gewinnen und Dividenden ⁶⁴, andere Unternehmen mußten sich jedoch mit Betriebseinschränkungen und Betriebsstillegungen, durch "eine weitere Vereinfachung des Gesamtapparates" der Absatzkrise anpassen ⁶⁵. Die Erhöhung des Aktienkapitals eines Fürther Unternehmens von 3 auf 6 Millionen Reichsmark ⁶⁶ war die Ausnahme und brachte dem Fürther Arbeitsmarkt ohnehin keinen Gewinn. Die allgemeine Lage war dadurch gekennzeichnet, daß Fürther Firmen der Spiegelglasindustrie ihre Substanzverluste durch eine Herabsetzung des Aktienkapitals kompensieren mußten ⁶⁷ oder ohne Gewinne bzw. mit Verlust arbeiteten ⁶⁸. Im Durchschnitt war 1932 die Produktionskapazität der Spiegelglasindustrie, deren Export seit 1929 von rd. 20 Millionen auf 12 Millionen Reichsmark abgesunken war, nur noch zu einem Drittel genutzt ⁶⁹. Angesichts der gleichzeitigen konjunkturellen und strukturellen Krise der Fürther Spiegelglasindustrie mag hier der Ausnutzungsgrad noch niedriger gewesen sein.

63 NBZ vom 6.5., 1.7., 6.7., 23.7.31 u. 29.12.32.

64 NBZ vom 21.3., 2.4., 21.5., 8.6., 1.7.31.

65 NBZ vom 30.7.31, 10.9. u. 19.12.32.

66 Durch Fusion mit anderen Glasfabriken.
NBZ vom 31.5. u. 4.6.32.

67 NBZ vom 9.5. u. 19.8.32.

68 NBZ vom 15.6., 19.12.32, 31.1.33.

69 NBZ vom 29.12.32.

Die Ausfuhr der deutschen Spielwarenindustrie ⁷⁰ erlitt im Verlauf der Krisenjahre katastrophale Verluste: Der Wert des deutschen Spielwarenexports sank von 121 Millionen Reichsmark im Jahre 1929 auf 106 bzw. 77 Millionen Reichsmark 1930 und 1931. Mit knapp 45 Millionen Reichsmark war schließlich 1932 der Spielwarenexport auf den Stand von 1900 abgesunken und hatte damit gegenüber 1928 wertmäßig 63,4 Prozent verloren. Besonders starke Einbußen hatte der Spielwarenexport schon 1931 im Englandhandel durch Zollerhöhungen und die Pfundabwertung erlitten. Schlecht behauptet hatte sich die Spielwarenindustrie auch auf dem amerikanischen Kontinent ⁷¹. Bis 1932 hatte sie auf sämtlichen Überseemärkten mehr als 70 Prozent ihres Marktanteils verloren ⁷². Auch die Absatzverhältnisse auf dem deutschen Markt verschlechterten sich laufend infolge der hohen Arbeitslosigkeit und der allgemein sinkenden Einkommen. Insgesamt verringerte sich der Wert der deutschen Spielwarenproduktion von 220 Millionen Reichsmark im Jahre 1928 auf ca. 70 bis 75 Millionen Reichsmark 1932. Im Jahresdurchschnitt war die Kapazität der Spielwarenindustrie 1932 zu 60 bis 70 Prozent, in den ruhigen Monaten sogar bis zu 80 Prozent ungenutzt ⁷³. Zahlreiche Betriebe hatten ganz geschlossen, für andere reichte es trotz verminderter Belegschaft nur noch zu Kurzarbeit. Das Überangebot drückte die Preise, zwang vielfach dazu, die Waren mit Verlust zu verkaufen. Als Voraussetzung für eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage forderte die deutsche Spielwarenindustrie die Wiederherstellung des freien Welthandels und zur Erhöhung ihrer Konkurrenzfähigkeit eine Erleichterung der

⁷⁰ In der Fürther Spielwarenindustrie gab es, ihrer betrieblichen Struktur entsprechend, keine Aktiengesellschaften. Wir verfügen deshalb über keine Geschäftsberichte. Zur Charakterisierung der lokalen Geschäftslage sollen deshalb einige Hinweise auf die Entwicklung der gesamten Branche dienen.

⁷¹ Rückgang des Exports nach England 1928 - 1932 von 30 auf 10 Mill. RM, nach Mittel- und Südamerika 1929 - 1932 von 11,8 auf 2,3 Mill. RM. NBZ v. 31.3.31 u. 18.2.33

⁷² NBZ vom 30.5.32.

⁷³ NBZ vom 18.2.33.

"untragbar hohen Steuern und sozialen Lasten". Da die Branche "in normalen Zeiten" fast 50 Prozent ihrer Erzeugnisse in Deutschland abgesetzt hatte, plädierte sie außerdem für eine wesentliche Stärkung der Kaufkraft des Inlandsmarktes ⁷⁴. Die Zeichen der Erholung seit Mitte 1932 konnte die Spielwarenindustrie nicht wahrnehmen. Vielmehr hatte das Ergebnis der Leipziger Herbstmesse die schlimmsten Erwartungen jedenfalls der Nürnberg-Fürther Spielwarenindustrie noch übertroffen. Besonders deprimierend war für sie, daß keine Hoffnung auf eine Besserung der Lage bestand ⁷⁵.

Auch aus anderen Branchen meldeten die Geschäftsberichte der Kapitalgesellschaften schon 1930 und 1931 in der Mehrzahl Verluste oder nur minimale Gewinne ⁷⁶. Besser stand dagegen die Lebensmittelkonservenfabrik, die 1930 voll beschäftigt war und 1931 sogar noch einen bedeutenden Umsatzanstieg erzielen konnte ⁷⁷. Auch das Geschäft der Fürther Brauereien ging - mit einer Ausnahme - trotz allen Lamentierens noch relativ gut. Zwar drückte der Kaufkraftschwund auch den Bierabsatz in Nürnberg und Fürth, "wie er außer in den Kriegsjahren seit Jahrzehnten nicht beobachtet wurde" ⁷⁸. Schon in den Sommermonaten 1930 ging der Absatz der Nürnberg-Fürther Brauereien durchschnittlich um 21 Prozent zurück ⁷⁹. Im zweiten Halbjahr 1931 war der Bierabsatz in Bayern im Vergleich

⁷⁴ NBZ vom 29.2. u. 30.5.32. Mit der Forderung auf Wiederherstellung des freien internationalen Handels steht in Einklang die Kritik an der deutschen Agrarschutzzollpolitik, die die Verständigung mit potentiellen Partnern der Spielwarenindustrie erschwere bzw. unmöglich mache. Ein Jahr zuvor hatte die Spielwarenindustrie allerdings selbst protektionistische Maßnahmen, Kampfzölle und eine Beschränkung des deutschen Imports auf Länder gefordert, die sich dem deutschen Export öffneten. NBZ vom 18.2.33 u. 29.2.32.

⁷⁵ NBZ vom 3.9.32.

⁷⁶ NBZ vom 10.4., 13.4., 28.5., 21.9., 14.10.31 u. 1.4., 1.6., 1.10.32.

⁷⁷ NBZ vom 3.9.31 u. 17.6.32.

⁷⁸ NBZ vom 23.8.30.

⁷⁹ NBZ vom 17.9. u. 22.10.30.

zu 1929 schon um 36 Prozent gesunken ⁸⁰. Eine der drei Fürther Großbrauereien bezifferte Ende 1932 ihren Umsatzverlust der beiden letzten Geschäftsjahre auf fast 40 Prozent, konnte aber immer noch Dividenden von 6 und 7 Prozent auszahlen ⁸¹. Die zweite Brauerei schüttete nach einer Erhöhung des Bierausstoßes für 1929/30 neben einer Dividende von 14 Prozent aus Effekterträgen sogar noch einen Bonus von 3 Prozent aus ⁸². Trotz der Weltwirtschaftskrise konnte diese Aktiengesellschaft auch in den beiden folgenden Geschäftsjahren je 12 Prozent Gewinn an ihre Aktionäre zahlen ⁸³. Die dritte Aktienbrauerei Fürths erwirtschaftete allerdings von 1929 bis 1932 insgesamt einen Verlust von mehr als einer halben Million Reichsmark ⁸⁴.

Auch das Handwerk spürte seit Mitte 1928 die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Schon im Herbst tauchten die ersten Klagen des gewerblichen Mittelstandes Fürths auf über den Geldmangel der Kundschaft und die durch die zunehmende Erwerbslosigkeit der Industriearbeiter bedingte schlechte Zahlungsmoral ⁸⁵. Für die meisten Handwerkszweige brachte der Februar 1929, allerdings wiederum auch durch den strengen Winter bedingt, das schlechteste Geschäft seit Jahren ⁸⁶. Die Umsätze mancher mittelfränkischer Schuhmacher z.B. sollen während der Wintermonate nicht einmal den Normalsatz der

80 NBZ vom 13.5.32.

81 Gegenüber 12 Prozent im Geschäftsjahr 1929/30.
NBZ vom 15.11.30, 3.12. u. 22.12.31, 23.11. u. 17.12.32.

82 NBZ vom 1. u. 23.12.30.

83 NBZ vom 21.11. u. 8.12.31, 29.11. u. 20.12.32.
Im Geschäftsjahr 1931/32 kann sie außerdem noch ein Drittel des ausgeschütteten Gewinnes auf neue Rechnung vortragen!

84 Erstaunlicherweise fing aber die Brauerei ihre Verluste während der Krise ab: von 289 000 RM auf 196 000 RM und schließlich 44 000 RM von 1929/30 bis 1931/32. NBZ vom 31.10. u. 15.12.31, 20.2.33.

85 NBZ vom 3.7., 31.7., 1.9., 3.11., 24.11., 30.11.28 u. 12.1.29.

86 NBZ vom 8.3.29.

Arbeitslosenunterstützung erreicht haben ⁸⁷. Der Beschäftigungsgrad lag auch im Handwerk im Frühjahr 1929 unter dem Niveau des Vorjahres. Noch war jedoch die Geschäftslage der Handwerksbetriebe in den Städten im allgemeinen günstiger als in den ländlichen Gebieten ⁸⁸. Sicher war es auch Ende 1929 noch nicht gerechtfertigt, von "zunehmender Not und Verelendung" des Handwerks zu sprechen ⁸⁹, aber die Entwicklung des Jahres 1929 im handwerklichen Bereich, gekennzeichnet durch den Rückgang der Aufträge und Umsätze, die Verschlechterung des Zahlungseingangs, zunehmende Konkurse und durch das Ansteigen der Arbeitslosigkeit unter den Handwerkergehilfen ⁹⁰, setzte sich auch 1930 fort und war unmittelbar vor und zur Zeit der Reichstagswahl am 14. September noch nicht zum Stillstand gekommen ⁹¹. Die Feststellung des "Wochenplauderers" der NBZ im Juli 1930 ⁹², daß bisher nur Arbeiter und Angestellte Wohlfahrtsunterstützung in Anspruch nahmen, mag der unbeteiligte Beobachter als relativ positives Datum über die wirtschaftliche Situation des gewerblichen Mittelstandes werten. Tatsächlich wird dadurch auch belegt, daß sich "Not und Verelendung" des gewerblichen Mittelstandes in Fürth eben doch noch in Grenzen hielten. Abgesehen von der sich ankündigenden weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Gewerbetreibenden muß aber schon der Gedanke an die Möglichkeit, daß die bisher "auf ihren eigenen Stolz gestellten Gewerbetreibenden die Reihen der Unterstützungssuchenden vermehrten" ⁹³, dem Standesbewußtsein des alten Mittelstandes als eine Ungeheuerlichkeit erschienen sein. Diese Einstellung spricht auch aus der Feststellung, daß Arbeitslosigkeit für den Handwerker

⁸⁷ NBZ vom 9.7.29.

⁸⁸ NBZ vom 4.5.29.

⁸⁹ NBZ vom 30.10.29.

⁹⁰ NBZ vom 12.2., 28.2., 31.3., 30.4., 5.6., 13.6.30.

⁹¹ NBZ vom 30.7. u. 29.9.30.

⁹² NBZ vom 5.7.30.

⁹³ Ebenda.

größeren Schrecken berge als für andere. Er könne nicht und möchte nicht aufs Wohlfahrtsamt gehen, weil er sich schäme, dort seine Verhältnisse darzulegen ⁹⁴.

Die Berichte über die wirtschaftliche Situation des Handwerks sprechen in der Folge immer eindringlicher und überzeugender von geschäftlichem Rückgang und Stagnation ⁹⁵. Außer im Baugewerbe und Baunebengewerbe machte sich in Nürnberg-Fürth in allen Berufen des Metallgewerbes ein besonders starker Auftragsrückgang bemerkbar ⁹⁶. Fürther Malermeister waren im Februar 1931 trotz des Neubaus des Städtischen Krankenhauses seit sechs Monaten ohne Aufträge; 170 bis 180 Malergehilfen waren in Fürth arbeitslos ⁹⁷. Das Frühjahr brachte, abgesehen vom Bauparkt mit einer leichten Entlastung, keine fühlbare Geschäftsbelebung ⁹⁸. In wachsendem Maße litt das Handwerk unter dem "Borgunwesen" und der Schwarzarbeit der arbeitslosen Handwerksgehilfen, die den selbständigen Handwerkern mehr und mehr Aufträge entzogen ⁹⁹. Wie abträglich die Schwarzarbeit den etablierten Gewerbetreibenden werden konnte, zeigt das Beispiel des Fürther Schneiderhandwerks, das (anfangs 1932) von ehemals 300 Hilfskräften nur noch etwas mehr als 50 beschäftigen konnte. Die anderen ca. 250 Schneidergehilfen betätigten sich, jedenfalls nach Meinung der Schneidermeister, zum großen Teil als "Schwarz- und Pfuscharbeiter" ¹⁰⁰. Anfangs 1932 war in den meisten Gewerben Mittelfrankens die Zahl der Gehilfen auf 10 bis 20 Prozent des "normalen" Standes zurückgegangen ¹⁰¹. Ein Teil der Handwerksbetriebe

⁹⁴ NBZ vom 31.7.31.

⁹⁵ NBZ vom 31.12.30, 29.1., 18.2., 30.3., 5.5.31.

⁹⁶ NBZ vom 30.1.33.

⁹⁷ NBZ vom 21.2.31. Im Zusammenhang mit dem Krankenhausneubau griff das Fürther Handwerk die Stadtratsmehrheit und die Verwaltung heftig an, weil Aufträge auch an Nürnberger Firmen vergeben wurden.

⁹⁸ NBZ vom 29.4. u. 29.5.31.

⁹⁹ NBZ vom 1.8.31.

¹⁰⁰ NBZ vom 23.2.33.

¹⁰¹ NBZ vom 1.2.32.

fand, nachdem die Stammarbeiter bereits entlassen waren, nicht einmal genügend Arbeit, um die Lehrlinge zu beschäftigen¹⁰². Daß nunmehr die Not tatsächlich auch vor den mittelständischen Türen Fürths stand, wird durch die Einrichtung einer Nothilfe für bedürftige Angehörige des gewerblichen Mittelstandes ("verschämte Arme") belegt. Die Nothilfe sollte mittellosen Hausbesitzern, Handwerkern und kleinen Geschäftsleuten, die öffentliche Hilfe, z.B. auch die Volksküche nicht in Anspruch nehmen wollten, in unauffälliger Weise durch Essen- und Warengutscheine helfen¹⁰³.

Im Bauhaupt- und Baunebengewerbe herrschte bereits so weitgehender Geschäftsstillstand, daß auch der beginnende Winter das Bild nicht mehr wesentlich veränderte¹⁰⁴. Ein großer Teil der Gewerbetreibenden mußte inzwischen von der Substanz leben oder nunmehr auch die Wohlfahrtsunterstützung in Anspruch nehmen. In Fürth bezogen am 1. Januar 1932 96 ehemals selbständige Handwerker Wohlfahrtsunterstützung, am 1. Juli 1932 war ihre Zahl auf 148 und bis 1. Oktober 1932 weiter auf 185 gestiegen¹⁰⁵. Daraus wird klar, daß sich die wirtschaftliche Situation der Gewerbetreibenden in Fürth 1932 noch entscheidend verschlechterte. Unter den Erwerbslosen war die Not offensichtlich so groß geworden, daß nunmehr auch

102 NBZ vom 28.8. u. 31.8.31.

103 An der Gründung dieser Nothilfe waren zunächst der Verein "Treu Fürth", der Fürther Innungsausschuß und der Grund- und Hausbesitzerverein beteiligt. Da die Innungen sofort wieder von diesem Vorhaben zurücktraten, kamen statt der geplanten, schon ohnehin spärlichen 1 000 RM nur 700 RM als "Grundstock" zusammen. In einer zweiten Verlautbarung wurde deshalb auch der subsidiäre Charakter dieser Nothilfe zum Winterhilfswerk betont. NBZ vom 19.10. u. 4.11.31.

104 NBZ vom 31.12.31. Für Fürth wird dies ebenfalls ausdrücklich festgestellt in FT vom 13.8.32.

105 NBZ vom 1.2.32, 9.12.32 u. 2.1.33; FT vom 3.1.33. Ob es am Jahresende tatsächlich "mehrere Hundert Handwerker und Kleingewerbetreibende" waren, wie die FT am 30.12.32 feststellt, muß allerdings bezweifelt werden. Zum Vergleich: In Nürnberg standen anfangs 1932 480 selbständige Gewerbetreibende in öffentlicher Fürsorge.

das Lebensmittelgewerbe fühlbare Einbußen hinnehmen mußte ¹⁰⁶. Der durchschnittliche Umsatzrückgang der 220 Fürther Bäckereien wurde auf 30 Prozent geschätzt ¹⁰⁷. Die Hoffnungen auf eine Belebung im Frühjahr 1932 wurden enttäuscht ¹⁰⁸. Mitte des Jahres bereitete im Baugewerbe die Durchführung des praktischen Teils der Gehilfenprüfung vielfach Schwierigkeiten, da die erforderlichen Bauten nicht vorhanden waren ¹⁰⁹. Nach ersten Lichtblicken im September kam in einer Reihe von Gewerbebezügen Mittelfrankens die Talfahrt zum Stehen. Die Gesamtlage des mittelfränkischen Handwerks war jedoch nach wie vor unverändert, in einigen Berufen hatte sich die Lage noch verschlechtert ¹¹⁰.

3. Die Sparentwicklung in Fürth

Die Höhe und Veränderung der Spareinlagen sind zweifellos ein Indikator der konjunkturellen Entwicklung. Den Rückgang des Verbrauchs bei gleichzeitigem Ansteigen der Spareinlagen wertet Kroll ¹¹¹ (neben den rückläufigen Investitionen) als einen der Krisenherde, die bereits 1928 erkennbar waren. Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise sanken dann allerdings die Ersparnisse erheblich ab ¹¹².

¹⁰⁶ NBZ vom 1.2. u. 8.6.32. Die Fürther Wirte hatten allerdings schon anfangs 1929 über einen Rückgang des Bierkonsums um 50 Prozent, die Metzger Fürths für 1929 ebenfalls einen (nicht näher bestimmten) Umsatzrückgang beklagt. NBZ vom 12.1.29 u. 12.2.30.

¹⁰⁷ Die durchschnittliche Tageseinnahme einer Fürther Bäckerei betrug schätzungsweise 60 RM. NBZ v. 11.2.33.

¹⁰⁸ NBZ vom 2.5. u. 8.6.32.

¹⁰⁹ NBZ vom 30.6.32.

¹¹⁰ NBZ vom 30.9. u. 30.12.32. Der durchschnittliche Umsatz des Handwerks betrug 1932 nur noch 50 % des Umsatzes von 1928. Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, Köln 1972, S. 33.

¹¹¹ Kroll, Weltwirtschaftskrise, S. 87.
Vgl. oben S. 176.

¹¹² Vgl. oben S. 181 f.

Bei den mittelfränkischen Sparkassen hatte die Zunahme der Spareinlagen im Jahre 1928 den Rekordzuwachs des Vorjahres übertroffen ¹¹³; auch 1929 registrierten die Sparkassen eine erfreuliche Steigerung ¹¹⁴. Im ersten Halbjahr 1930 gingen dann die Einzahlungen erheblich zurück ¹¹⁵.

Die Städtische Sparkasse Fürth, die 1927 ihr hundertjähriges Jubiläum begangen hatte, sollte ihrem Zweck nach "jedermann, auch den Handwerkern, Dienstboten, Tagelöhnern, Kindern und anderen minderbemittelten Personen offenstehen" ¹¹⁶. Mit einem Bestand von 16 218 Sparkonten wurde sie dieser Aufgabe auch noch im Jahre 1930 gerecht. Es wäre jedoch verfehlt, aus diesen Zahlen auf größere Sparguthaben auch der "kleinen Leute" zu schließen. Denn Mitte des Jahres 1930 verfügten knapp 8 300 oder 51 Prozent dieser Sparer nur über Guthaben bis zu 100 Reichsmark ¹¹⁷. Bei (angenommenen) Durchschnittsguthaben von 50 bis 60 Reichsmark entfiel auf diese Hälfte der Sparer knapp eine halbe Million Reichsmark. Die Masse der Spareinlagen, nämlich ca. 4,6 Millionen Reichsmark, standen auf den Konten der übrigen Sparer.

Nach der Markstabilisierung hatten sich bei der Städtischen Sparkasse Fürth in wenigen Jahren wieder Einlagen angesammelt, die anfangs 1928 insgesamt bereits 95 Prozent, bei Jahresende schon 137 Prozent des Vorkriegsstandes erreichten ¹¹⁸. Über die Herkunft dieser Spargelder war es schon Mitte des Jahres im Fürther Stadtrat zu einer Kontroverse gekommen. Niemand wollte

¹¹³ NBZ vom 16.4.28.

¹¹⁴ NBZ vom 16.6.30.

¹¹⁵ NBZ vom 6.5. u. 16.6.30.

¹¹⁶ Stadtparkasse Fürth, ohne Verf.(unter Mitwirkung von Karl Haspel), in: Mauersberg, Wirtschaft und Gesellschaft Fürths, S. 197.

¹¹⁷ NBZ vom 24.7.30 u. Statistisches Jahrbuch deutscher Städte, 26. Jg. (NF 5. Jg.), 1931, S. 213

¹¹⁸ NBZ vom 15.6. u. 21.12.28 sowie 14.6.29.

dabei zugeben, daß die eigene Klientel in der Lage sein könnte, wieder zu sparen. Ein Vertreter der Wirtschaftspartei nannte es gar eine "böswillige Verleumdung", wenn man dies von den Geschäftsleuten behauptete ¹¹⁹. Wie aus der folgenden Tabelle (S. 198) zu ersehen ist, hatten die Gesamteinlagen bei der Städtischen Sparkasse im Jahre 1928 trotz der allmählich nachlassenden Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte um knapp 2,9 Millionen Reichsmark (= 34 %) zugenommen ¹²⁰. Mit einem Plus von nur noch 17,4 Prozent verlangsamte sich 1929 die Zunahme der Sparleistung recht deutlich und wurde 1930 bereits rückläufig, wenn auch noch nicht in erheblichem Umfang. Zu beachten ist jedoch die Entwicklung während des Jahres 1931. Bis 30.4.1931 nahmen nämlich die Gesamteinlagen nochmals zu, und zwar noch über den Stand von 1929/30 hinaus. Erst danach setzte die Talfahrt ein mit hohen Verlusten der Spar-, Depositen- und Scheckeinlagen in den folgenden Monaten. Beruhigende Presseveröffentlichungen in diesen Tagen verfehlten offensichtlich die beabsichtigte Wirkung ¹²¹. Um die Sparer nicht durch die hohen Abhebungsziffern zu verunsichern und den Trend nicht zu verstärken, verzichtete die Städtische Sparkasse seit Oktober 1931 auf die Bekanntgabe ihrer Monatsberichte über Stand und Entwicklung ihrer Einlagen. Um eine Schließung ihrer Schalter zu vermeiden, mußte die Städtische Sparkasse Fürth im Verlauf der Bankenkrise ihre Liquiditätsreserven völlig verbrauchen und darüber hinaus erhebliche Kredite in Anspruch nehmen ¹²².

119 NBZ u. FT vom 15.6.28.

120 Ebenso: NBZ vom 14.6.29.

121 NBZ vom 15.7., 20.7., 1.9.31.

122 Nach einem ersten Kredit von 500 000 RM von der Bayer. Gemeindebank beantragte die Stadt am 1.10.31 die Erhöhung auf 1 Million RM und bereits am 20.11.31 auf 2 Millionen RM. Daneben hatte sie von der Reichsbank und der Bayer. Hypotheken- und Wechselbank noch weitere 200 000 RM in Anspruch genommen. Bei einer Revision im Dez. 1932 erwies sich die Städt. Sparkasse bei 2,58 Mill. RM Bankverpflichtungen und nur 194 000 RM Bankguthaben einschl. Kassenbestand als völlig illiquid. StA Nbg: Reg. Mfr VI, 50 u. StadtA Fürth: Städt. Sparkasse, Prüfung 1933.

Die Einlagen bei der Städtischen Sparkasse Fürth ¹²³
in den Jahren 1928 bis 1932 (in 1 000 RM)

Zeitpunkt	Spareinlagen	Depositen	Gesamteinlagen
31.12.27	2 624	4 479	8 464
31. 3.28	3 109	4 873	9 359
30. 6.28	3 400	5 193	9 893
30. 9.28	3 651	5 398	10 335
31.12.28	4 073	6 000	11 350
31. 3.29	4 497	6 425	12 065
30. 6.29	5 548	6 094	12 043
30. 9.29	4 708	6 419	12 284
31.12.29	5 058	7 055	13 329
30. 4.30	5 149	7 020	13 385
30. 6.30	5 178	7 070	13 548
30. 9.30	5 044	6 818	13 037
31.12.30	5 173	6 873	13 096
31. 3.31	5 310	7 022	13 451
30. 4.31	5 402	7 059	13 558
30. 6.31	5 061	6 777	12 868
31. 8.31	4 519	6 477	11 868
31.10.31	4 115	5 527	10 714
31.12.31	4 093	4 978	10 192
29. 2.32	3 932	4 670	9 711
30. 4.32	3 908	4 625	9 543
30. 6.32	3 777	4 456	9 232
31. 8.32	3 716	4 279	8 927
31.10.32	3 748	4 255	8 910
31.12.32	4 093	4 978	10 192

¹²³ Vgl. auch Diagramm 2.

NBZ vom 15.1., 16.4., 23.7., 19.10.28; 18.1., 15.4.,
18.10.29; 21.1., 15.5., 12.7., 16.10.30; 21.1., 9.7.,
4.9.31; 4.1.33; FüA vom 15.4.31; StA Nbg: Reg. Mfr
VI, 47.

Im November hatte der Abfluß der Einlagen zwar schon etwas nachgelassen, in den acht Monaten von Mai bis Dezember 1931 hatte die Sparkasse jedoch 1,416 Millionen Reichsmark an Spareinlagen und 2,262 Millionen Reichsmark an Depositeneinlagen verloren (jeweils netto), insgesamt also 3,678 Millionen Reichsmark oder 29,8 Prozent des Bestandes (an Spar- und Depositenguthaben) vom 1. Mai 1931 ¹²⁴. Unter diesen Voraussetzungen hatte die Städtische Sparkasse seit 13. Juli 1931 bis auf einige geringfügige Beträge das Darlehns- und Kreditgeschäft völlig eingestellt.

Ob die im Vergleich zu anderen Städten erheblichen Auswirkungen der Bankenkrise in Fürth tatsächlich auf die "unerhörten Arbeitslosenziffern der Stadt" zurückzuführen sind, wie der Fürther Oberbürgermeister im Jahresbericht 1931 meinte ¹²⁵, steht dahin. Denn einmal ist schon sehr zweifelhaft, ob die Arbeiter Fürths Sparguthaben in diesem Umfange besaßen, wie sie in der Krise abgezogen wurden ¹²⁶, über Depositeneinlagen werden sie kaum verfügt haben. Zum anderen hatten sich die Sparleistungen trotz der bereits bestehenden Arbeitslosigkeit bis 30. April 1931 noch recht positiv entwickelt. Erst infolge der sich ankündigenden und dann im Juli 1931 voll hereinbrechenden Bankenkrise wurden die Spargelder abgezogen. Dazu zwang 1931 offensichtlich nicht so sehr die wirtschaftliche Not, in größerem Umfang war dafür ursächlich die allgemeine Vertrauenskrise ¹²⁷.

Aufschlußreich ist auch ein Blick auf zwei kleinere

124 StA Nbg: Reg. Nr. VI, 47. Die hier wiedergegebenen Zahlen stammen aus der Niederschrift über die Betriebsrevision vom 30.1.32. Die in unserer Tabelle wiedergegebenen Zahlen weichen davon etwas ab, ohne daß der - in unserem Zusammenhang - nicht wesentliche Unterschied aufgeklärt werden könnte.

125 HBZ vom 8.1.32.

126 Vgl. oben S. 195 f.

127 Vgl. dazu: Lorchardt, Bachstun und Wechsellaren, S. 707.

Konkurrenten der Städtischen Sparkasse, weil es sich dabei um Bankinstitute der Landwirte und des Mittelstandes handelt. Der Darlehnskassenverein Burgfarrnbach konnte 1928 und 1929 die Spareinlagen jeweils verdoppeln, seinen Umsatz von 1928 bis 1930 von 2,5 auf mehr als 7 Millionen Reichsmark erhöhen und auch noch 1930 trotz größerer Abschreibungen einen zufriedenstellenden Gewinn erzielen ¹²⁸. Die Geschäftslage erlaubte es, noch im Mai 1931 von der "anhaltenden Blüte des Vereins" zu sprechen ¹²⁹. Obwohl der Darlehnskassenverein Burgfarrnbach nur ca. 170 Mitglieder zählte und deshalb im strengen Sinne nicht repräsentativ sein kann für die wirtschaftliche Lage in Burgfarrnbach, so sei doch an dieser Stelle ein Hinweis auf das Wahlergebnis vom 14. September 1930 erlaubt, als bereits 38,4 Prozent der gültigen Stimmen in Burgfarrnbach für die NSDAP abgegeben wurden. Nicht schlechter war die Situation der Gewerbebank Fürth. Erst 1925 gegründet, stieg ihr Umsatz bis 1930 bereits auf 8,6 Millionen Reichsmark. Selbst im Krisenjahr 1931 konnte sie ihre Einlagen um 10 Prozent erhöhen und nach einem zufriedenstellenden Geschäftsjahr eine Dividende von 6 Prozent auszahlen. Die Bankenkrise hatte die Gewerbebank ohne Schaden überstanden. Unter ihren Kunden gab es keine Panik, keine Massenabhebungen; die Auszahlungen der Gewerbebank verliefen ohne Stockungen. Am Jahresende 1931 verfügte sie über eine außerordentlich günstige Liquidität von 18 Prozent ¹³⁰.

Seit dem Jahresende 1931 wendete sich das Bild bei den Sparkassen. Das Vertrauen kehrte allmählich zurück, die Einzahlungen erhöhten sich und die Abhebungen reduzierten sich mehr und mehr auf ein normales Maß ¹³¹. Im November 1932, nach mehr als einjährigem Schweigen, berichtete die NBZ erstmals wieder über die Städtische

¹²⁸ NBZ vom 19.6.28, 10.5.29, 7.10.30 u. 6.5.31.

¹²⁹ NBZ vom 6.5.31.

¹³⁰ NBZ vom 24.4.29, 16.1., 27.1., 24.3.32.

¹³¹ NBZ vom 30.3.32.

Sparkasse. In den letzten Wochen des Jahres übertrafen erstmals wieder die Einzahlungen die Abhebungen, stärkere Schwankungen traten kaum mehr auf. Das Vertrauen in die Währung war zurückgekehrt. Bei einem Anhalten dieser Tendenz erwartete man ein Ende der allgemeinen Krise ¹³².

4. Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit in Fürth

Am deutlichsten zeigt sich die Entwicklung der Krise an der Arbeitslosigkeit, die vornehmlich die Industriearbeiterschaft traf. Entsprechend dem Rückgang der industriellen Gesamtproduktion ging auch die Beschäftigung in der gesamten Industrie von 1929 bis 1933 um 40,5 Prozent zurück. Die Arbeitsplatzkapazität war zwar auch 1929 nur zu rund 70 Prozent genutzt, bis 1932 sank dieser Anteil aber auf knapp 42 Prozent ¹³³. Im Jahresdurchschnitt wurden 1932 nur noch 12,518 Millionen Beschäftigte registriert gegenüber 17,870 Millionen im Jahre 1928 ¹³⁴; die Zahl der Arbeitslosen stieg bis 1932 unaufhaltsam an:

Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten ¹³⁵
Arbeitslosen in den Jahren 1928 - 1932

Jahr (i.D.)	Arbeitslose (in Millionen)
1928	1,353
1929	1,892
1930	3,076
1931	4,520
1932	5,575

¹³² NBZ vom 18.11.32 und 4.1.33.

¹³³ In der Produktionsgüterindustrie auf 35,8, in der Verbrauchsgüterindustrie auf 49,8 Prozent. Kroll, Weltwirtschaftskrise, S. 110 f.; Borchardt, Wachstum und Wechsellagen, S. 708.

¹³⁴ Kroll, Weltwirtschaftskrise, S. 109.

¹³⁵ Jürgen Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33. Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Teil I, Bd. 5, Berlin 1966, S. 197. Kroll Weltwirtschaftskrise S. 109.

Den Höhepunkt erreichte die Arbeitslosigkeit im Februar 1932 mit 6,13 Millionen registrierten Arbeitslosen. Dazu kam noch eine größere Zahl von nicht registrierten, "unsichtbaren" Arbeitslosen, die auch keine Wohlfahrtsunterstützung mehr erhielten, so daß die tatsächliche Arbeitslosenziffer 1932 7 bis 8 Millionen erreichte ¹³⁶. Von den rund 12,7 Millionen Menschen, die noch einen Arbeitsplatz hatten, war außerdem fast ein Viertel (22,6 %) Kurzarbeiter ¹³⁷.

Seit Beginn des Jahres 1930 war dem zeitgenössischen Beobachter, selbst wenn er (noch) nicht von der Arbeitslosigkeit betroffen war, die krisenhafte Entwicklung mehr und mehr bewußt geworden. Trotz eines milden Winters war die Arbeitslosigkeit höher als im Jahr zuvor; im Februar 1930 betrug sie bereits mehr als 2,5 Millionen, im März sogar 3 Millionen. Das Frühjahr brachte zwar eine leichte Besserung des Arbeitsmarktes, ein Stillstand oder gar eine Wende des konjunkturellen Abstiegs war jedoch nicht in Sicht ¹³⁸. Kennzeichnend für die Entwicklung war die Zunahme der aus der Arbeitslosenunterstützung ausscheidenden und an die Krisenunterstützung und die Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden überwiesenen Arbeitslosen, das heißt die Zunahme der langfristigen Arbeitslosigkeit. Insgesamt wurden im Mai 1930 1 Million Arbeitslose mehr unterstützt als zur gleichen Zeit des Vorjahres ¹³⁹. Obwohl man die lähmende Wirkung der Arbeitslosigkeit auf dem Binnenmarkt natürlich erkannt hatte ¹⁴⁰, glaubte die Wirtschaft, die Ursache der Krise

¹³⁶ Preller, Sozialpolitik, S. 165 u. 394 schätzt 7 Mill., Kuczynski, Lage der Arbeiter, S. 197, mehr als 8 Mill. insgesamt. Ebenso Wilhelm Grotkopp, Die große Krise, Düsseldorf 1954, S. 14. Petzina, Wirtschaftsgeschichte, S. 673, gibt keine Zahlenangaben, schätzt aber, "daß 1932 jeder dritte Arbeitnehmer beschäftigungslos war".

¹³⁷ Kuczynski, Lage der Arbeiter, S. 198.

¹³⁸ NBZ vom 11.1., 17.2., 7.3. u. 5.4.30.

¹³⁹ NBZ vom 26.4. und 17.5.30.

¹⁴⁰ Vgl. oben S. 180.

liege in der falschen Lohn- und Tarifpolitik und ihr Heil infolgedessen in einer Senkung der Produktionskosten, in erster Linie also der Löhne, der Steuern und der sozialen Leistungen. Die falsche Lohn- und Tarifpolitik habe die Preise in die Höhe getrieben, den Absatz erschwert, die Wirtschaft geschwächt, damit "letzten Endes" die Arbeitslosigkeit hervorgerufen und den Arbeitern am meisten geschadet ¹⁴¹.

Mit Ausnahme der Bauwirtschaft zeigte der Fürther Arbeitsmarkt seit Mitte 1928 wieder rückläufige Tendenzen. Daran beteiligt waren vorwiegend die Metall- und die Holzindustrie, während die Lage in den anderen Branchen, zunächst auch in der Glasindustrie schwankend und uneinheitlich war ¹⁴². Im weiteren Verlauf des Jahres wurde der Arbeitsmarkt durch die abflauende Konjunktur und das Ende der Sommersaison bestimmt. Die Verschlechterung griff auch auf die Glasindustrie über, hielt sich aber immer noch in erträglichen Grenzen. Ende 1928 war zwar die Arbeitslosigkeit wesentlich höher als ein Jahr zuvor ¹⁴³, trotz fühlbarer Schwankungen, vor allem in der Glas- und Metallindustrie konnte aber der Fürther Oberbürgermeister in seinem Jahresrückblick den Geschäftsgang der Fürther Industrien als verhältnismäßig günstig bezeichnen. Das Baugewerbe hatte sogar auswärtige Facharbeiter anwerben müssen ¹⁴⁴. Geradezu hoffnungsvoll klang der Bericht der Beruflichen Fortbildungsschule, daß die Schulabgänger 1928 relativ rasch Lehr- und Arbeitsstellen gefunden hatten, erstmals seit Jahren sogar ein Überschuß an Lehrstellen bestand. Für die Zukunft rechnete man deshalb sogar mit dem Ende

¹⁴¹ NBZ vom 24.5. und 2.6.30. Diese als wirtschaftspolitische Argumentation auftretende Auffassung der "Sachverständigen" wird uns auf anderer Ebene als parteipolitische Propaganda, gegen SPD und freie Gewerkschaften gerichtet, wiederbegegnen.

¹⁴² NBZ vom 24.8.28.

¹⁴³ NBZ vom 14.9., 13.10., 8.11., 10.11., 10.12. und 11.12.28.

¹⁴⁴ NBZ vom 21.12.28.

der Jugendarbeitslosigkeit ¹⁴⁵. Nach einem harten Winter und einer hohen Arbeitslosenquote zeigte ab März 1929 auch der Fürther Arbeitsmarkt eine merkbliche Entspannung, die bis Ende Mai anhielt. In der Spiegelglasindustrie hatten die Entlassungen Ende Februar 1929 nachgelassen. Gut beschäftigt war ab April offenbar wieder die Bauwirtschaft. Die Metallindustrie zählte allerdings trotz zunehmender Aufträge noch besonders viele Arbeitslose. Aus der Möbelindustrie wurden flauer Geschäftsgang und Kurzarbeit gemeldet ¹⁴⁶. Aber schon seit Ende Mai verlangsamte sich die relativ günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes, im Juni kam sie zum Stillstand. In der Metallindustrie wie im Holz- und Schnitzstoffgewerbe verschlechterte sich die Lage, die Spielwarenindustrie litt unter Auftragsmangel. Aus verschiedenen Industriezweigen wurden bereits im Juni wieder Entlassungen berichtet. Nur das Baugewerbe war noch gut beschäftigt, jedoch nicht mehr aufnahmefähig. Bis zum Jahresende setzte sich diese allmähliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes stetig, allerdings noch nicht in besorgniserregendem Ausmaß fort. In allen Haupterwerbszweigen der Stadt, in der Spiegelglasindustrie, der Metall- und Spielwarenindustrie wie im Holz- und Schnitzstoffgewerbe wurden mehr und mehr Arbeitskräfte freigesetzt ¹⁴⁷.

Diese Entwicklung des Arbeitsmarktes fand naturgemäß ihren Niederschlag in der Arbeitslosenziffer. Von rd. 6 000 Ende 1926 war die Zahl der Arbeitslosen bis Ende 1927 auf knapp 3 600, bis Juni und September 1928 sogar auf rd. 2 400 bzw. 2 300 gesunken, stieg dann bis zum Jahresende allerdings sehr stark auf knapp 4 800 an ¹⁴⁸.

¹⁴⁵ NBZ vom 25.10.28.

¹⁴⁶ NBZ vom 11.2., 12.3., 13.5. und 3.6.29.

¹⁴⁷ NBZ vom 7.6., 3.7., 1.8., 17.8., 27.8., 20.9., 2.10., 2.11. und 4.12.29.

¹⁴⁸ Die Entlassungs- und Arbeitslosigkeitsziffern im Dezember sind allerdings nur teilweise konjunkturell bedingt. Sie waren auch in den folgenden Jahren immer stark überhöht, weil die Arbeitgeber vor Weihnachten zahlreiche Arbeiter bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse abmeldeten, um Kassenbeiträge zu sparen. FT vom 18.1.32.

Infolge der Entspannung auf dem Arbeitsmarkt im Frühjahr 1929 ging die Zahl der Arbeitslosen auf rund 3 300 (am 30.6.1929) zurück. Trotzdem war damit gegenüber dem Monat Juni 1928 die Zahl der Arbeitslosen bereits um 37,7 Prozent gestiegen. Auf 1 000 Einwohner Fürths entfielen Mitte 1929 bereits 24,2 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und 10,2 Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge ¹⁴⁹. Nach einer starken Zunahme der Arbeitslosen auf 7 000 bis Jahresende, die sich im Januar und Februar 1930 noch bis auf 8 100 fortsetzte, erhöhten sich diese Sätze auf 43,3 Alu- und 12,6 Kru-Empfänger je 1 000 Einwohner. Der besonders starke Zuwachs der Alu-Empfänger weist auf die vielen Neuzugänge hin. Die Zahl der Arbeitslosen hatte sich seit Dezember 1928 absolut um 1 692, relativ um 31,8 Prozent erhöht. Fürth gehörte bereits zu den (bayerischen) Städten mit der größten Arbeitslosigkeit ¹⁵⁰.

Schon anfangs 1930 konnte es keinen Zweifel mehr daran geben, daß der beschleunigte Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht nur saisonal, sondern hauptsächlich konjunkturell bestimmt war ¹⁵¹. Frühzeitig und wiederholt wird die besonders hohe Arbeitslosigkeit in der Nürnberg-Fürther Metallindustrie beklagt ¹⁵². Übereinstimmend wird auch berichtet über hohe Arbeitslosenquoten im Baugewerbe ¹⁵³, in der Fürther Spiegelglasindustrie, in der

¹⁴⁹ Für diese zwar exakte, aber umständliche Bezeichnung der Empfänger von Arbeitslosen- (Alu) und Krisenunterstützung (Kru) werden im folgenden die einfacheren Kürzel gewählt. Bei der Berechnung wurden nach Stat. Jahrbuch deutscher Städte, 26. Jg. (1931), S. 12, für 1929 78 200 Einwohner zugrunde gelegt. Wie sich bei der Volkszählung 1933 gezeigt hat, war diese fortgeschriebene Einwohnerzahl überhöht. Die tatsächliche Arbeitslosenquote lag also noch etwas höher.

¹⁵⁰ NBZ vom 16.8.29.

¹⁵¹ NBZ vom 3.1. und 4.2.30.

¹⁵² Mit 12 000 bzw. 11 500 im März/April 1930 und bereits mehr als 14 000 Arbeitsuchenden im September. NBZ vom 5.3., 3.4. und 16.9.30.

¹⁵³ Von den rund 6 600 im Bezirk des Arbeitsamtes Nürnberg ansässigen Bauhandwerkern waren im September 1930 ca. 4 000 arbeitslos. NBZ vom 16.9.30.

Möbelindustrie und im übrigen Holz- und Schnitzstoffgewerbe sowie in der Spielwarenindustrie. Auftrags- und Kapitalmangel hatten 1930 in Fürth bereits 31 größere Firmen zu Betriebsstillegungen und zur Entlassung zahlreicher Arbeitskräfte gezwungen ¹⁵⁴. Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) Fürth waren nur im April (+ 208) und in den Monaten September und Oktober (insgesamt + 220) die Anmeldungen der Erwerbstätigen zahlreicher als die Abmeldungen. Abgesehen von der kurzen Frühjahrsbelegung im April und Mai ¹⁵⁵ und dem vermutlich saisonal bedingten positiven Ergebnis im Herbst war die Bilanz in allen übrigen Monaten negativ. Insgesamt schieden im Jahre 1930 (netto) weitere 4 000 Personen aus ihrem Versicherungsverhältnis und damit aus dem Arbeitsprozeß aus. Der Bestand der versicherten Erwerbstätigen bei der AOK Fürth war von rund 21 000 im November 1929 innerhalb von 14 Monaten auf rund 15 800 gesunken. Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Verlauf des Jahres dementsprechend steil um 39,2 Prozent bis auf rund 9 800 am Jahresende an. Bemerkenswert an der Entwicklung im Jahre 1930 ist, daß sich die Arbeitslosigkeit im Gegensatz zu den früheren Jahren auch in den Frühjahrs- und Sommermonaten nur noch wenig abschwächte. Die gleiche Erscheinung wird auch 1931 und 1932 zu beobachten sein. Im Jahre 1930 setzte auch die in den nächsten beiden Jahren sich noch verstärkende Zunahme der Kru-Empfänger und der Wohlfahrtserwerbslosen (WE) ein ¹⁵⁶; ein Zeichen für die Zunahme der langfristigen Arbeitslosigkeit ¹⁵⁷. Diese Verschiebung und die dadurch bedingte stärkere Belastung der Krisenfürsorge und Wohlfahrtsverbände zeigt die folgende Gegenüberstellung (S. 207) der prozentualen Verteilung der Unterstützungsempfänger auf die drei Unterstützungseinrichtungen:

¹⁵⁴ NBZ vom 2.5., 17.6., 29.7., 3.9.30 und 9.1.31.

¹⁵⁵ NBZ vom 16.4., 2.5. u. 18.6.30. Im Mai waren die An- und Abmeldungen fast ausgeglichen.

¹⁵⁶ Vgl. Diagramm 3.

¹⁵⁷ Allerdings auch zum Teil Ergebnis der Bemühungen um eine Entlastung der Arbeitslosenversicherung auf Kosten insbesondere der von den Gemeinden zu tragenden Wohlfahrtsunterstützung.

	31.12.1929			31.12.1930		
	Alu	Kru	WE	Alu	Kru	WE
Dt. 158						
Reich	76,7	9,1	14,2	58,4	18,0	23,6
Fürth	69,6	20,3	10,1	50,6	26,2	23,2

Die Krisenfürsorge hatte in Fürth schon 1929 einen deutlichen "Vorsprung", während sich der Anteil der Wohlfahrtserwerbslosen erst 1930 dem Reichsdurchschnitt annäherte; insgesamt war der Anteil der langfristig Erwerbslosen (Kru und WE) immer höher als im Reichsdurchschnitt. Damit ist jedoch noch nichts ausgesagt über das tatsächliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit. Auf je 1 000 Einwohner entfielen (September 1930) im/in:

	Alu-Empfänger	Kru-Empfänger
Dt. Reich	24,1	7,3
Bayern	17,5	5,7
Nürnberg	31,9	17,1
Fürth	38,9	20,4

Bis zum Jahresende hatten sich in Fürth die Anteile auf 48,9 in der Arbeitslosenversicherung, 25,3 in der Krisenfürsorge und 22,4 für die Wohlfahrtserwerbslosen erhöht. Insgesamt entfielen in Fürth zu diesem Zeitpunkt 122,7 Arbeitslose auf je 1 000 Einwohner ¹⁵⁹.

Für die beiden folgenden Krisenjahre wird von den Hauptgewerben Fürths immer wieder berichtet, daß sie unter einer besonders hohen Arbeitslosigkeit litten und weitere Arbeitskräfte freigaben ¹⁶⁰. Im Mai 1931 wird ein erschreckender Rückgang der Fürther Industrie, ja ein Zusammenbruch großer Teile ihrer Hauptzweige festgestellt.

¹⁵⁸ Die Zahlen für das Dt. Reich nach Statistisches Jahrbuch deutscher Städte, 27. Jg. (1932), S. 310.

¹⁵⁹ Bei einer fortgeschriebenen Einwohnerzahl von 79 500. Stat. Jahrbuch deutscher Städte, 27 Jg. 1932, S. 389.

¹⁶⁰ NBZ vom 3.3., 18.6., 18.11., 9.12.31 und 19.1., 17.3. 15.7., 14.9., 11.10.32 sowie 12.1.33.

Die Stadt hatte zu dieser Zeit bereits die höchste Arbeitslosenquote im rechtsrheinischen Bayern ¹⁶¹.

Der allgemeine Rückgang der Arbeitslosigkeit seit Mitte Februar 1931 hatte zunächst Hoffnung auf eine Besserung der wirtschaftlichen Lage insbesondere deshalb aufkommen lassen, weil dieser Rückgang nicht ausschließlich jahreszeitlich, sondern auch durch Neueinstellungen in der Verbrauchsgüterindustrie bedingt war ¹⁶². Auf dem Nürnberg-Fürther Arbeitsmarkt war die Entlastung allerdings in der Hauptsache der Frühjahrsbelebung, dem Bedarf der Saisonberufe zu danken, während sich in anderen Berufen der Beschäftigungsgrad weiter verschlechterte ¹⁶³. Auch der Fürther Arbeitsmarkt zeigte seit März 1931 positive Tendenzen. Bereits im Mai verringerte sich jedoch die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes wieder sehr deutlich ¹⁶⁴, abgesehen vom September gab er seit Juni jeweils mehr Arbeitskräfte frei, als wiedereingestellt wurden ¹⁶⁵. Ende 1931 registrierte die AOK Fürth nur noch rund 12 500 versicherte Arbeitnehmer ¹⁶⁶. Infolge dieser Entwicklung war die Arbeitslosenziffer in Fürth, die im Januar und Februar 1931 auf 10 600 bzw. 10 800 geklettert war, im Verlauf des Jahres nicht mehr unter 10 000 gesunken. Bis zum Jahresende stieg die Zahl der Arbeitslosen, und zwar beschleunigt seit Oktober vor allem aber im November und Dezember bis auf rund 13 700 an und erhöhte sich im Januar 1932 noch weiter auf mehr als 14 500. Während sich die Zahl der Alu-Empfänger im Oktober 1931 infolge der Kürzung der Bezugszeit von 26 auf 20 Wochen zunächst stark vermindert hatte, nahm insbesondere die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen unaufhaltsam zu.

161 NBZ vom 29.5.31.

162 NBZ vom 13.4.31.

163 NBZ vom 4.4. und 4.5.31.

164. In den Monaten März bis April 1931 betrug der Nettzugang an versicherten Erwerbstätigen bei der AOK Fürth knapp 1 150.

165 NBZ vom 18.6.31.

166 Rund zwei Jahre zuvor waren es 21 200.

Seit Februar 1932 war auf dem Fürther Arbeitsmarkt eine positive Entwicklung zu registrieren, die sich allerdings im Mai bereits wieder umkehrte ¹⁶⁷. Obwohl sich der Arbeitsmarkt in der Folge wieder rückläufig entwickelte, wurde der Jahrestiefstand an Arbeitslosen erst Ende August 1932 erreicht, in den beiden Jahren zuvor dagegen schon Ende Mai ¹⁶⁸. Selbst im Oktober war in Fürth noch eine Besserung zu erkennen ¹⁶⁹. Der (Netto)Zugang an Arbeitslosen seit Mai war infolgedessen nicht mehr so hoch wie im Vorjahr ¹⁷⁰. Diese Abschwächung der bisherigen Entwicklung brachte jedoch angesichts der hohen Ausgangsbasis keine merkliche Senkung der unerhört hohen Arbeitslosenquote in Fürth. Im Laufe des Jahres hatte die Zahl der Arbeitslosen 13 000 nicht mehr unterschritten und gegen Jahresende schnell wieder die alte Höhe von mehr als 14 000 erreicht.

Die außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit in Fürth wird deutlich aus der folgenden Gegenüberstellung und einem Vergleich mit anderen Städten:

Am 31. März 1932 entfielen in Bayern bzw. in Fürth auf je 1 000 Einwohner ¹⁷¹:

	Bayern	Fürth
Arbeitslose	72,2	175,1
Alu-Empfänger	21,1	38,2
Kru-Empfänger	22,7	40,7
WE	18,8	66,0

In Augsburg betrug die Arbeitslosenquote (je 1 000 Einwohner) im Oktober 1932 101,2, in München 112,2, in

¹⁶⁷ NBZ vom 14.6.32.

¹⁶⁸ NBZ vom 3.9.32.

¹⁶⁹ NBZ vom 8.11.32.

¹⁷⁰ Die Statistik der AOK Fürth weist für die Monate Mai bis Dezember 1932 im Vergleich zum Vorjahr einen deutlichen Rückgang des Überschusses an Abmeldungen gegenüber den Anmeldungen aus.

¹⁷¹ Die Angaben für Bayern lt. NBZ v. 8.4.32. Fortgeschriebene Zahl der Einwohner Fürths am 1.1.32 80 000. Stat. Jahrbuch deutscher Städte, 28. Jg., 1933, S. 530.

Ludwigshafen 113,8 und in Nürnberg 134,6 ¹⁷²; in Fürth war sie inzwischen auf 178,2 weiter angestiegen. Bis zum Jahresende hatte sich der Schwerpunkt der Erwerbslosigkeit noch stärker in Richtung der Wohlfahrtserwerbslosen verlagert. Gegenüber dem 31. Dezember 1931 hatten die Wohlfahrtserwerbslosen Ende 1932 um knapp 3 000 oder 68,9 Prozent zugenommen. Auf je 1 000 Einwohner entfielen in Fürth jetzt schon 89,5 Wohlfahrtserwerbslose, dagegen nur noch 13,2 Alu-Empfänger und 30,4 Kru-Empfänger ¹⁷³.

Innerhalb von fünf Jahren war die Zahl der Arbeitslosen von knapp 3 600 um 295 Prozent auf rund 14 200 gestiegen. Noch im Juni 1933 ¹⁷⁴ gab es in Fürth 11 937 Arbeitslose. Das waren 29,7 Prozent aller "Erwerbspersonen". Die Situation hatte sich also seit dem Winter 1932/33 etwas gebessert. Auf je 1 000 Einwohner ¹⁷⁵ entfielen "nur" noch 154,7 Arbeitslose. Das ganze Ausmaß der Arbeitslosigkeit wird jedoch besser veranschaulicht, wenn man die Zahl der Erwerbslosen auf den Personenkreis bezieht, der überhaupt den Arbeitsplatz verlieren kann. Das aber waren am 16. Juni 1933 in Fürth die insgesamt 30 196 Arbeiter und Angestellten (einschl. Hausangestellten). Von ihnen waren folglich noch 39,5 Prozent arbeitslos, Ende 1932 waren es sogar 47 Prozent! Das Gros der Erwerbslosen, nämlich 10 119 (am 16.6.33) waren Arbeiter gegenüber 1 651 erwerbslosen Angestellten. Auch relativ war die Arbeiterschaft mit einem Anteil von 45,6 Prozent ganz erheblich stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen als die Angestellten mit 26 Prozent ¹⁷⁶.

¹⁷² NBZ vom 24.10.32.

¹⁷³ Außerdem dürfte auch der Kreis der Arbeitslosen zugenommen haben, die keinen Anspruch auf Unterstützung (mehr) hatten.

¹⁷⁴ Die Ergebnisse der Berufszählung vom 16.6.33: StDR, Bd. 456 (1936), Heft 29, S. 38 f, S. 46 f, werden noch mit herangezogen, weil darüber besonders detaillierte statistische Angaben vorliegen.

¹⁷⁵ Insgesamt 77 135.

¹⁷⁶ Die Hausangestellten hatten nur 10 Prozent Arbeitslose.

Damit sind jedoch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise noch nicht vollständig bestimmt. Neben den Arbeitslosen ist mit einer erheblichen Zahl von Erwerbstätigen zu rechnen, die durch Kurzarbeit belastet waren. Alle anderen aber hatten Lohn- und Gehaltskürzungen hinnehmen müssen ¹⁷⁷.

Die Arbeitslosigkeit der Angestellten kann nicht, wie es wünschenswert wäre, durchgehend rekonstruiert, sondern nur punktuell mit der Arbeitslosigkeit der Arbeiter verglichen werden. Von den rund 2 000 Mitgliedern der Ortsgruppe Fürth des GdA waren im Januar 1930 107, in Fürth insgesamt 250 Angestellte ohne Arbeit ¹⁷⁸. Während der Prozentsatz der arbeitslosen Angestellten folglich etwa bei vier bis fünf Prozent lag, waren von den Arbeitern schon mehr als 30 Prozent arbeitslos ¹⁷⁹. Zweifellos erhöhte sich die Arbeitslosigkeit der Angestellten in der Folgezeit auch ganz erheblich. Im Januar 1931 waren in Fürth ca. 15 Prozent, im Juni 1931, wiederum nach Feststellungen des GdA, in größeren Städten Nordbayerns wie Nürnberg und Fürth teilweise 20 Prozent der Mitglieder erwerbslos ¹⁸⁰. Danach wären also, wenn dieser Prozentsatz auf die Gesamtheit übertragen werden darf, in Fürth im Januar und Juni 1931 rund 950 bzw. 1 250 Angestellte ohne Erwerb gewesen. Für Januar 1932 wird ausdrücklich die Zahl von 500 arbeitslosen Mitgliedern

¹⁷⁷ Über das Ausmaß der Kurzarbeit in Fürth stehen leider keine Zahlen zur Verfügung. — Die aus den Zahlen der Berufszählung errechneten Prozentsätze gelten ebenso mit geringen Abweichungen für die Berufszugehörigen, d.h. für die Erwerbstätigen einschließlich ihrer Angehörigen.

¹⁷⁸ Bei etwa 6 300 Angestellten ergibt dies einen Anteil von 4 Prozent. Die Zahlen nach NBZ vom 25.1.30.

¹⁷⁹ Von 8 045 Arbeitslosen insgesamt im Januar 1930 dürften nach Abzug der Angestellten und Hausangestellten 7 700 Arbeiter gewesen sein. Auf die am 16.6.33 ausgezählten rund 22 000 Arbeiter bezogen, errechnet sich eine Quote von 35 %. Der tatsächliche Prozentsatz war vermutlich noch etwas höher, da die Gesamtzahl der Arbeiter im Januar 1930 vermutlich unter 22 000 lag.

¹⁸⁰ NBZ vom 23.1. u. 10.6.31.

der Ortsgruppe Fürth mitgeteilt ¹⁸¹. Bei rund 2 000 Mitgliedern ist danach anfangs 1932 mit einer allgemeinen Arbeitslosenquote von 25 Prozent unter den Angestellten Fürths zu rechnen, die sich bis Ende des Jahres auf 30 Prozent erhöhte ¹⁸².

Es unterliegt demnach keinem Zweifel, daß die Arbeiter Fürths früher und länger sowie in weit größerem Umfange von der Arbeitslosigkeit betroffen waren als die Angestellten. Während im Winter 1932/33 schon fast die Hälfte der Arbeiter ¹⁸³ erwerbslos war, hatte dagegen "erst" ein knappes Drittel der Angestellten den Arbeitsplatz verloren. Allerdings wurde von den Angestellten schon sehr frühzeitig beklagt, daß Arbeitgeber die wirtschaftliche Notlage häufig ausnützten und viele Angestellte ohne Rücksicht auf Kündigungsfristen mit gekürztem Gehalt und verkürzter Arbeitszeit beschäftigten ¹⁸⁴. Die Angestellten mußten angesichts der Verhältnisse diesen Pressionen meist nachgeben.

Obwohl die Angestellten nicht im gleichen Umfang wie die Arbeiter unter den Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu leiden hatten, ist in der Angestelltenschaft, die erstmals von einer ausgedehnten Arbeitslosigkeit betroffen wurde, mit heftigeren politischen Reaktionen auf diese Situation zu rechnen. "Man kann sich heute schwer vorstellen, welche tiefe innerliche Erschütterung das Erlebnis der Arbeitslosigkeit in einer sozialen Schicht auslöste, die nicht nur von der Gesellschaft, nicht nur vom Staat, sondern auch vom lieben Gott eine Garantie ökonomischer Sicherheit erhalten zu haben glaubte. Während für den politisch bewußten Arbeiter Arbeitslosigkeit eine bekannte Begleiterscheinung des kapitalistischen Systems war, bedeutete sie für bürgerliche

¹⁸¹ NBZ vom 23.1.32.

¹⁸² NBZ vom 18.10.32.

¹⁸³ Vgl. oben S. 210.

¹⁸⁴ NBZ vom 16.8.30.

Menschen nahezu den Weltuntergang ..." 185.

5. Lebenshaltung

Durch einen Blick auf die Lebensumstände, Einkommen, Lebenshaltungskosten während der Weltwirtschaftskrise wird der Bericht über die Arbeitslosigkeit an Anschaulichkeit gewinnen. Allerdings ist damit nicht beabsichtigt, hier lückenlos die Lohn- und Preisbewegungen dieser fünf Jahre darzustellen. Vielmehr soll versucht werden, schlaglichtartig die Bedrängtheit der Lebensverhältnisse, Not und Elend dieser Zeit zu erhellen.

Die durchschnittlichen tariflichen Stundenlöhne betrugen im Januar 1928 im Deutschen Reich für gelernte Arbeiter 101,6 Pfennig, für ungelernte Arbeiter 75,2 Pfennig ¹⁸⁶. Sowohl 1929 als auch 1930 stiegen die Löhne noch weiter an ¹⁸⁷. In einem wirtschaftlichen Zentrum wie dem Raum Nürnberg-Fürth mit einer starken Verdichtung gewerblicher Produktion lagen die Durchschnittslöhne allerdings erheblich höher. Noch im Juli 1930 betrugen hier die tariflichen Stundenlöhne im Durchschnitt für gelernte Arbeiter 116 Pfennig, für an- und ungelernte Arbeiter 98 Pfennig ¹⁸⁸. Bei einer normalen Arbeitszeit von 48 Stunden erhielten die Arbeiter folglich (im Durchschnitt) einen Brutto-Wochenlohn von

185 Hans Paul Bahrddt, Soziologische Reflexionen über die gesellschaftlichen Voraussetzungen des Antisemitismus in Deutschland, in: Entscheidungsjahr 1932, S. 152 f.

186 Preller, Sozialpolitik, S. 154.

187 Ebenda. Vgl. auch W. Fischer, Wirtschaftspolitik, S. 108; Kuczynski, Lage der Arbeiter, S. 209. Der Anstieg war 1930 allerdings nur noch gering. Nach Petzina, Wirtschaftsgeschichte, S. 784, sind die Indices für den Nominal- und Reallohn schon 1930 rückläufig.

188 Ermittelt aus den Tariflöhnen von 20 gelernten und 8 an- bzw. ungelernten Berufen nach NBZ vom 30.7.30.

55,70 RM bzw. 47,20 RM ¹⁸⁹.

Gleich zu Beginn des Jahres 1931 erscheinen die ersten Meldungen über Lohnkürzungen. Sowohl die Glasarbeiter als auch die Holzarbeiter Fürths legten aus Protest gegen die beabsichtigten Lohnsenkungen (bis zu 15 Prozent) zwar die Arbeit nieder, mußten aber schließlich Lohnkürzungen um 6 Pfennig (5,7 % bzw. 5,2 %) hinnehmen ¹⁹⁰. In der Metallindustrie folgte einer ersten Lohnsenkung um 5,5 Prozent ¹⁹¹, die den Arbeitgebern zu gering ausfiel, bereits im November eine weitere Kürzung um 10,6 Prozent ¹⁹². Im Januar 1933 bestreikte der Holzarbeiterverband zwei Fürther Möbelfabriken, weil die Löhne der Schreinergehilfen, die in den eineinhalb Jahren von Februar 1931 bis Juli 1932 von 1,16 RM um rund 28 Prozent auf 84 Pf gesunken waren, um weitere 6 Pf gekürzt werden sollten ¹⁹³. Mit dem Wegfall der übertariflichen Beträge soll die Lohnkürzung in der Fürther Möbelindustrie insgesamt sogar 35 Prozent betragen haben. Außerdem ließen die Betriebe im Jahresdurchschnitt nur noch drei Tage in der Woche arbeiten.

Die durchschnittlichen tariflichen Stundenlöhne waren in Bayern von Dezember 1930 bis Dezember 1932 für gelernte Arbeiter von 1 RM auf 79,7 Pf (= 20,3 %), für ungelernte Arbeiter von 84,7 auf 66,8 Pf (= 21,1 %)

189 Innerhalb der beiden Kategorien gab es jedoch erhebliche Lohndifferenzen: Sie reichten bei den gelernten Arbeitern von den Näherinnen mit 46 Pf je Stunde (= 22,10 RM je Woche) bis 1,72 RM für Stukkaturer (= 82,60 RM je Woche), bei den an- bzw. ungelernten Arbeitern von den Wäscherinnen mit 52 Pf je Stunde (= 25 RM je Woche) bis 1,27 RM (= 61 RM je Woche) für Hilfsarbeiter in Stuckgeschäften. Ebenda.

190 NBZ vom 14.1., 19.1. und 20.2.31.

191 Ab 18.3.31. NBZ vom 19.3.31.

192 Beabsichtigt waren zunächst sogar 20 Prozent. NBZ vom 6.11.31.

193 NBZ vom 1.2., 11.2. und 17.2.33. Der Unternehmerverband der Holzindustrie bezeichnete diese Löhne als Spitzenlöhne. In anderen Produktionsgebieten würden nur 50 - 60 Pf gezahlt.

gesunken ¹⁹⁴. Selbst bei einer ungekürzten Wochenarbeitszeit von 48 Stunden verdiente ein Arbeiter damit nur noch 38 bzw. 32 Reichsmark in der Woche. Aber manche Löhne lagen noch weit darunter bei 17 bis 20, ja bei 13 Reichsmark ¹⁹⁵. Vor dem Arbeitsgericht Fürth klagte eine Arbeiterin, die bei ihrer Entlassung im Mai 1932 als Stundenlohn 45 Pf, nach ihrer Wiedereinstellung im November aber nur noch 24 Pf erhalten hatte, auf Auszahlung des Unterschiedsbetrages. Ihre Klage wurde abgewiesen. Da ein Lohn tariffvertrag oder Schiedsspruch nicht bestand, galt der neue Lohn als frei vereinbart und war damit rechters ¹⁹⁶. Für eine 48-stündige Arbeitsleistung erhielt sie 11,52 Reichsmark.

Für eine Charakterisierung der Einkommensverhältnisse der Angestellten in Fürth muß sich unsere Darstellung mit einigen Hinweisen begnügen. Auch die Angestelltegehälter erhöhten sich im ersten Halbjahr 1929 noch um 5 Prozent und lagen damit zwischen 105 und 457 Reichsmark (soweit sie nicht frei vereinbart wurden) ¹⁹⁷. Das Gros der Angestellten hielt sich jedoch in den unteren Gehaltsklassen auf. Nach einer Statistik der Reichsversicherungsgesellschaft aus dem Jahre 1928 verdienten rund zwei Drittel aller versicherungspflichtigen Angestellten monatlich nicht mehr als 200 Reichsmark. Nach der Erhebung des GdA im Frühjahr 1929 betrug das Bruttogehalt von nur 44,1 Prozent (der von der Erhebung erfaßten) Angestellten weniger als 200 Reichsmark und von 60,2 Prozent weniger als 250 Reichsmark ¹⁹⁸. Ohne diese Unter-

¹⁹⁴ NBZ vom 23.1.31 und 28.1.33. Nach Bennecke, Wirtschaftliche Depression, S. 235, betrug der Rückgang der Industriearbeiterlöhne von Mai 1930 bis Dezember 1932 ebenfalls rd. 20 Prozent.

¹⁹⁵ StA Nbg: Reg. Mfr VIII, 467.

¹⁹⁶ NBZ vom 6.2.33.

¹⁹⁷ NBZ vom 18.4. und 11.5.29.

¹⁹⁸ NBZ vom 24.7.28 und 10.8.29.

schiede hier aufklären zu können ¹⁹⁹, läßt sich doch feststellen, daß die materielle Situation einer deutlichen Mehrheit der Angestellten nicht besser war als die der Arbeiter ²⁰⁰. Seit Januar 1931 wurden auch für die Angestellten der verschiedenen Gewerbezweige Gehaltskürzungen zwischen 4 und 6 Prozent durchgesetzt ²⁰¹. Nach der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 vereinbarte das Nürnberg-Fürther Arbeitgeberkartell mit den Angestelltengewerkschaften ab 1. Januar 1932 eine weitere Gehaltskürzung um 10 Prozent ²⁰².

Im September 1932 veröffentlichte die Fürther Baugenossenschaft "Eigenes Heim" das Ergebnis einer Umfrage unter ihren Mitgliedern über Umfang und Dauer der Arbeitslosigkeit sowie über die Einkommensverhältnisse. Die Siedlung "Eigenes Heim" im Stimmbezirk 3 war die Domäne der SPD, die hier 1928 87,2 Prozent und auch am 5. März 1933 immer noch 68,1 Prozent der gültigen Stimmen erhielt, während die KPD auch 1932 zu ihren besten Zeiten nicht weit über 10 Prozent hinauskam und die NSDAP sich noch nach der Machtergreifung mit 18,3 Prozent begnügen mußte ²⁰³. Um so aufschlußreicher wird es sein, etwas über die Einkommensverhältnisse dieser Wähler zu erfahren, die nach ihrer wirtschaftlichen Lage für eine Radikalisierung besonders anfällig hätten sein müssen.

Auf die (vermutlich im August 1932 angestellte) Umfrage der Baugenossenschaft bei 880 Mitgliedern hatten 582 geantwortet. In diesen Familien mit rund 1 980 Angehörigen waren

199 Die Enquete des GdA von 1928 erfaßte nur 4 % aller Angestellten. Außerdem waren im GdA die Angehörigen der oberen Gehaltsklassen vermutlich überrepräsentiert. Vgl. Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, S. 52 f.

200 Vgl. Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, S. 54 f.

201 NBZ vom 10.1., 17.1., 13.2., 27.2., 21.3.31.

202 NBZ vom 23.12.31.

203 Vgl. dazu die Durchschnittsergebnisse der Stadt in Tabelle 1.

a) arbeitslos:

bis zu 12 Monate:	130 Personen,
bis zu 18 Monate:	116 Personen,
bis zu 24 Monate:	80 Personen,
24 Monate und mehr:	94 Personen;

b) von Kurzarbeit betroffen:

bis zu 6 Monate:	46 Personen,
bis zu 12 Monate:	66 Personen,
bis zu 18 Monate:	36 Personen,
18 Monate und mehr:	30 Personen.

c) von den 582 Familien bezogen ein Monatseinkommen:

bis 50 RM:	16 Familien,
bis 100 RM:	224 Familien,
bis 150 RM:	180 Familien,
bis 200 RM:	114 Familien,
bis 250 RM:	30 Familien,
bis 300 RM:	10 Familien,
bis 350 RM:	6 Familien,
mehr als 350 RM:	2 Familien.

314 Familien (oder 54 Prozent) bezogen ihr Einkommen in Form einer Rente, Pension oder Unterstützung (Alu-, Kru-, Wohlfahrtsunterstützung) ²⁰⁴. Zwischen den einzelnen Familien können zwar je nach ihrer Größe und der Zahl ihrer erwerbstätigen Mitglieder noch erhebliche Unterschiede in bezug auf ihre materielle Lage bestanden haben. Doch dürfte die Situation schon durch die Feststellung hinreichend gekennzeichnet sein, daß mindestens in jeder Familie ein Angehöriger von der Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen war ²⁰⁵. Knapp 92 Prozent verfügten nur über ein Familieneinkommen bis zu 200 RM, 41,2 Prozent gar nur bis zu 100 RM.

Die Stadt Fürth hatte noch ab 1. Oktober 1929 die

²⁰⁴ Alle Zahlen nach NBZ vom 8.9.32.

²⁰⁵ Tatsächlich war der Anteil je Familie höher, da die Rentner usw., die nicht aus unserer Rechnung eliminiert werden können, den Durchschnitt senken.

Fürsorgesätze um durchschnittlich 6 Prozent erhöht. Ein Alleinstehender mit eigenem Haushalt erhielt danach 42 RM monatlich, ein Ehepaar 63 RM, der Zuschlag für ein Kind betrug 16 RM ²⁰⁶. Ab 1. Mai 1931 wurden diese Sätze angesichts der Herabsetzung der Lebensmittelpreise und der Senkung des allgemeinen Lohnniveaus um 5 Prozent auf 40 RM für den Alleinstehenden, 60 RM für ein Ehepaar und 15 RM für jedes Kind gekürzt ²⁰⁷. Etwa zur gleichen Zeit betrugen die durchschnittlichen monatlichen Unterstützungsbeträge in der Arbeitslosenversicherung 58 RM und in der Krisenfürsorge 57 RM ²⁰⁸. Durch die Papen'sche Notverordnung vom 14. Juni 1932 wurden die Unterstützungssätze der Arbeitslosenversicherung im Durchschnitt um 23 Prozent, die der Krisenfürsorge um 17 Prozent gesenkt. Bereits nach 6 Tagen Bezugszeit wurde die Bedürftigkeit geprüft, außerdem die gesamte Unterstützungsdauer von 20 auf 6 Wochen beschränkt und nunmehr auch die von den Gewerkschaften gezahlten Unterstützungen angerechnet ²⁰⁹. Die Stadt Fürth hielt ihre Fürsorgesätze auch 1932 unverändert und setzte sie erst auf massivsten Druck der Regierung von Mittelfranken ab 1. Februar 1933 erneut um 5 Prozent herab ²¹⁰. Durch diese Unterstützungssätze der öffentlichen Fürsorge sollte versucht werden, wenigstens den notwendigen Lebensbedarf der hilfsbedürftigen Bevölkerung zu sichern ²¹¹. Wir werden noch sehen, was man unter diesen Voraussetzungen unter dem "notwendigen Lebensbedarf" zu verstehen hatte.

206 NBZ vom 18.10.29.

207 StA Nbg: Reg. Mfr VIII, 248 und NBZ vom 1.5.31.

208 NBZ vom 3.10.31.

209 NBZ vom 6.7.32.

210 Empfindlich getroffen wurden die kinderreichen Familien, da für das erste Kind nur noch 13 RM und für jedes weitere Kind jeweils 1 RM weniger gezahlt wurden, für das sechste und siebte Kind also nur noch je 8 RM.

Statistisches Jahrbuch deutscher Städte, 28. Jg. (1933), S. 563 und StA Nbg: Reg. Mfr VIII, 248.

211 Ebenda.

Während der Krise schrumpften jedoch nicht nur die Einkommen. Auch die Lebenshaltungskosten gingen von 1929 bis 1932 um 22,5 Prozent zurück ²¹². Gegenüber einem Rückgang der Nominallöhne von 33,1 Prozent nahmen die Reallöhne in diesem Zeitraum "nur" um 15,4 Prozent ab ²¹³. Die "Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten" fiel von 151,3 im Dezember 1927 (1913/14 = 100) bis Januar 1933 um 22,4 Prozent auf 117,4. Anteilsmäßig am stärksten war der Rückgang bei den Ernährungskosten von 152,8 auf 107,3 (- 29,8 %), am geringsten von 125,4 auf 121,4 (- 3,2 %) bei den Kosten für Wohnung ²¹⁴. Bei einem Preisvergleich für die Verbrauchsmengen einer 4,2 köpfigen Arbeiterfamilie errechnete sich von Januar 1931 bis Januar 1932 ein Ausgabenrückgang von 15,7 Prozent (absolut rd. 32 RM). Allein zwischen den Januarpreisen 1932 und den Novemberpreisen 1931 lag (bei den gleichen Verbrauchsmengen) eine Differenz von knapp 10 Prozent ²¹⁵. Für einige wichtige Lebensmittelpreise in Nürnberg können wir selbst einen Preisvergleich anstellen (vgl. Tabelle S. 220) ²¹⁶.

212 Keese, Volkswirtschaftliche Gesamtgrößen, S. 44; Borchardt, Wachstum und Wechsellagen, S. 709.

213 Berechnet nach den Indices bei Petzina, Wirtschaftsgeschichte, S. 784. Nach Kuczynski, Lage der Arbeiter, S. 218, errechnet sich aus den Indices für die Nettolöhne von 1929 (= 98) und 1932 (= 64) ein Rückgang um 34,7 Prozent.

214 Nach NBZ vom 2.1.28 und 1.2.33. Vgl. auch Statistisches Handbuch von Deutschland, S. 463.

215 NBZ vom 1.2.32, FfT vom 30./31.1.32.

216 NBZ vom 5.1.31 und 7.10.32. Einige dieser Preise konnten mit den Fürther Preisen (des Samstagsmarktes) verglichen werden. Danach bestanden keine gravierenden Unterschiede im Preisniveau, so daß die Nürnberger Preise hier für Fürth stehen können. Einige Lebensmittelpreise in Berlin vgl. Bennecke, Wirtschaftliche Depression, S. 237 f. Danach wäre das Preisniveau in Nürnberg teilweise höher gewesen als in Berlin (vergleichbar sind jedoch nur 5 Artikel).

Lebensmittelpreise in Nürnberg (pro Pfund)

Lebensmittel	Jan. 1931 RM	Okt. 1932 RM	Rückgang %
Rindfleisch	1,15	0,80	30,4
Kalbfleisch	1,15	0,80	30,4
Schweinefleisch	1,00	0,75	25,0
Mischbrot	0,21	0,20	4,8
Milch (1 Liter)	0,28	0,24	14,3
Weizenmehl	0,31	0,25 - 0,29	6,4 - 19,3
Zucker	0,31	0,37 - 0,39	+19,3 - 25,8
Haferflocken	0,28 - 0,30	0,20 - 0,24	14,3 - 33,3
Malzkaffee	0,25 - 0,28	0,22 - 0,23	8,0 - 21,4
Schweineschmalz(dt)	1,05 - 1,10	0,70 - 0,75	28,6 - 36,4
Landbutter	1,45 - 1,60	1,20 - 1,25	13,8 - 25,0
Margarine (billigste Sorte)	0,62	0,48	22,6
Margarine (beste Sorte)	1,00	0,80	20,0
Käse (Limburger)	0,55 - 0,60	0,40 - 0,50	9,1 - 33,3
Eier (Stück)	0,13 - 0,14	0,075 - 0,09	30,8 - 46,4

Industrie, Handwerk und Handel waren schon frühzeitig bemüht, darauf hinzuweisen, daß die Preise bereits stark abgebaut und weitere Preissenkungen nicht zu erwarten seien ²¹⁷. Die zahlreichen Veröffentlichungen in diesem Zusammenhang sollten nicht nur die jeweilige Preisgestaltung rechtfertigen, sondern vor allem bei Gütern des elastischen Bedarfs der in Erwartung eines stärkeren Preisabbaues einsetzenden Zurückhaltung der Käufer entgegenwirken. Die von der Regierung eingeleitete Preissenkungsaktion habe in der öffentlichen Meinung überhöhte Erwartungen geweckt, die bereits an einen Käuferstreik grenzende Zurückhaltung beim Kauf habe der Wirtschaft viel Schaden zugefügt und sei einer Gesundung nicht förderlich. Nach der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 warben die Geschäfte mit dem Hinweis - keineswegs immer der Wahrheit entsprechend -, die angeordnete

²¹⁷ NBZ vom 28.7., 19.11., 27.11., 3.12., 5.12. und 11.12.30.

Preissenkung sei durchgeführt ²¹⁸. Im Fürther Stadtrat wurde im Februar 1932 die (aufgrund der Notverordnung durchgeführte) Preissenkung in Fürth auf durchschnittlich 12 bis 15 Prozent geschätzt. Die Aktion bereitete in Fürth offenbar keine größeren Schwierigkeiten, da man auf die Einsetzung eines Preissenkungsausschusses verzichtete ²¹⁹. Anderer Meinung waren allerdings die Arbeitnehmer und Gewerkschaften. Nach ihrer Meinung wurden die Preise bei weitem nicht in dem wünschenswerten Umfange gesenkt ²²⁰.

In einem Appell zur Unterstützung der Wohlfahrts-empfänger veröffentlichte der Sozialrentnerbund Fürth folgende (mit Sicherheit fiktive) Haushaltsrechnung eines erwerbslosen Ehepaares ohne Kinder, das im Monat 57 RM Wohlfahrtsunterstützung erhielt, pro Woche folglich über 13,15 RM verfügen konnte ²²¹:

Ausgaben für	RM	Prozent
Miete	5,00	38,02
Heizung und Licht	2,80	21,29
Ernährung	4,19	31,86
davon:		
- Brot:	0,48	
- Milch:	0,42	
- Malzkaffee:	0,29	
- Mittagessen		
(Volksküche 6 Tage):	2,40	
- Mittagessen (Sonntag):	0,60	
Sonstiges	0,75	5,70
- Wäsche:	0,25	
- Sterbekasse:	0,50	
Rest	0,41	3,12
zusammen	13,15	100,00

218 NBZ vom 23./24.1.32.

219 NBZ vom 5.2.32.

220 NBZ vom 3.2. u. 16.8.32; FfA vom 3.2.32.

221 NBZ vom 25.10.32. Fürth zahlte zu dieser Zeit allerdings monatlich noch 60 RM. Das wöchentliche Einkommen lag also tatsächlich um ca. 0,70 RM höher; das entsprach etwa dem Preis für 2 - 3 Mittagessen in der Fürther Volksküche oder 1 Pfund Schweinefleisch im Herbst 1932.

Da die Stadt Fürth während der Wintermonate Brennstoffe an die Fürsorgeempfänger ausgab und auch 20 Prozent der Gas- und Stromrechnungen übernahm ²²², sind die für Heizung und Beleuchtung angesetzten Kosten sicher zu hoch. Das Ehepaar hätte außerdem zu seiner Wohlfahrtsunterstützung einen Barzuschuß zur Miete erhalten, soweit sie ein Viertel der Unterstützung überstieg ²²³, also etwa 7,50 RM monatlich. Damit würde sich der in der Haushaltsrechnung ausgewiesene, aber absolut unzureichende Anteil für Ernährung wenigstens auf 50 Prozent der Unterstützung erhöht haben. Trotzdem bleibt der fromme Wunsch des Sozialrentnerbundes Fürth verständlich, wer diese Unterstützungssätze festgelegt oder dafür gestimmt habe, sollte einmal ein Vierteljahr davon leben müssen ²²⁴.

Aber auch auf das Minimum der Fürsorgerichtsätze hatte nicht jeder Wohlfahrtsempfänger Anspruch. Denn rigoros wurden alle anderen Einkünfte des Unterstützungsempfängers oder seiner Angehörigen angerechnet, Anträge auf Sachleistungen mit Begründungen abgelehnt, die dem heutigen Betrachter mitleidlos und hart erscheinen, wohl aber von der Notwendigkeit diktiert waren, den Wohlfahrtshaushalt der Stadt zu entlasten. Zum Beispiel

²²² Statistisches Jahrbuch deutscher Städte, 27. Jg., 1932, S. 341.

²²³ StA Nbg: Reg. Mfr VIII, 248.

²²⁴ NBZ vom 25.10.32. Zu dieser Haushaltsrechnung vgl. auch die Feststellungen des amerikanischen Journalisten Knickerbocker, Deutschland so oder so, Berlin 1932, S. 14 f., wonach einem erwerbslosen Arbeiter bei einer monatlichen Unterstützung von 51.- RM nach Abzug der fixen Kosten für Miete, Beleuchtung, Beheizung usw. für die Ernährung seiner dreiköpfigen Familie monatlich noch 18,50 RM zur Verfügung standen. Mit diesem Betrag konnte sich die Familie (in Berlin) pro Person folgende Tagesrationen leisten: 6 kleine Kartoffeln, 5 mitteldicke Scheiben Brot, 1 kleines Stück Kohl, ein Stückchen Margarine (16 ccm), für die Erwachsenen an drei, für das Kind an jedem Sonntag zusätzlich 1 Hering, außerdem täglich 1/2 Liter Milch für das Kind. Nach Bennecke, Wirtschaftliche Depression, S. 139 f.

mußte sich ein Fürther Erwerbsloser, der seit Februar 1930 ohne Arbeit war und noch im Haushalt seiner Eltern lebte, im Juni 1932 mit einer wöchentlichen Wohlfahrtsunterstützung von 4 RM bescheiden. Ein anderer Arbeitsloser erhielt überhaupt keine Unterstützung, weil die Familie mit 5 erwachsenen Personen über ein Gesamteinkommen von 225 RM verfügte. Für eine dreiköpfige Familie erhielt der "Ernährer" nur 5 RM wöchentlich; denn seine Ehefrau verdiente mit einem Kleinhandel 10 RM pro Woche. Nach Abzug der Miete von 6 RM blieben dieser Familie für den Lebensunterhalt noch 9 RM. Einem alleinstehenden Unterstützungsempfänger wurden vom Wohlfahrtsamt ²²⁵ für ein Paar Schuhe, die das Amt beschafft hatte, 1 RM von der Wochenunterstützung einbehalten, so daß ihm abzüglich der Miete noch 5 RM übrigblieben. Einem zwanzigjährigen Mann wurde die Beschaffung eines Bettes auf Kosten des Wohlfahrtsamtes verweigert, weil er sich mit einer billigen Schlafstelle begnügen oder auch im Asyl nächtigen könne ²²⁶.

Angesichts dieser Verhältnisse wundert es nicht, daß Bettelerei und Diebstahldelikte stark zunahmen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1930 erschienen die ersten Berichte über "das unverschämte Auftreten der Bettler". Das Bayerische Innenministerium regte deshalb verstärkte Polizeipatrouillen an ²²⁷. Man glaubte zu dieser Zeit noch, diesen im Gefolge der Krise auftretenden Mißständen durch Überwachung und drakonische Strafen begegnen zu können. Gegen einen arbeitslosen Möbelpolierer aus Fürth wurden im Juli 1930 wegen Bettelerei zunächst per Strafbefehl sechs Wochen Haft verhängt. Der Einzelrichter hatte etwas mehr Verständnis mit dem Arbeitslosen und ermäßigte die Strafe auf fünfzehn Tage Haft. ²²⁸.

225 Von den Fürthern "Onkel Wolfgang" oder "Wolfala" genannt. NBZ vom 22.1.32.

226 StA Nbg: Reg. Mfr VIII, 467.

227 StA Nbg: Reg. Mfr II, 225.

228 FT vom 22.7.30.

Später wurden die Gerichte mit dem Strafmaß offensichtlich zurückhaltender ²²⁹, auch die Polizei und Behörden hatten ein Einsehen und begnügten sich mit Verwarnungen der Bettler. Nur gegen Gewohnheitsbettler wurden regelmäßig Strafanzeigen gestellt. Die Polizei fand zudem wenig Unterstützung beim Publikum und bei den Gerichten. Trotz aller Klagen über die Bettlerplage verhalfen viele den Bettlern zur Flucht vor der Polizei. Die Gerichte ließen die vorgeführten Bettler angesichts der offenkundigen Not völlig ungeschoren wieder laufen oder verhängten nur geringfügige Strafen. Auf die erneute Aufforderung des Bayer. Staatsministeriums des Innern, gegen das Bettler- und Landstreicherunwesen vorzugehen, hatte die Regierung von Mittelfranken aufgrund dieser Erfahrungen und ohne Beschönigung (am 11.4.1932) geantwortet, daß man mit dem Arbeitsscheuen- und Zigeunergesetz gegen den Massenbettel nicht ankommen werde. Je mehr die öffentliche Fürsorge den Erwerbslosen gegenüber versage, umso größere Verbreitung werde der Bettel finden. Nur Arbeitsbeschaffung werde ihn beseitigen können ²³⁰.

Eine andere, allerdings risikoreichere Möglichkeit zur Hebung des Lebensstandards bot der Diebstahl ²³¹. Die Bauern des "Knoblauchlandes" vor den Toren Fürths (und Nürnbergs) waren auch schon vor 1932 bestohlen worden. Im August und September 1932 wurden ihre Äcker ebenso wie die Fischgewässer nordwestlich von Fürth, so wird jedenfalls berichtet, regelrecht geplündert. Die Bauern konnten die Diebe, die zum Teil schon bei Tage tätig waren, nur schwer stellen, da sie nicht mehr einzeln, sondern gruppenweise auftraten ²³². Sicher hätte

229 NBZ v. 24.4.31 und 21.11.32.

230 StA: Reg. Mfr II, 356.

231 Z.B. NBZ vom 24.4.31 mit einem Bericht über die Verurteilung zweier erwerbsloser Arbeiter wegen schweren Diebstahls. Häufig wurden auch beim Wohlfahrtsamt durch falsche Angaben und Fälschungen der Lohntüten höhere Unterstützungen erschwindelt. NBZ vom 24.4., 20.8.31, 31.10., 9.11.32.

232 NBZ vom 9.8., 10.9., u. 16.9.32.

ein Richter dafür nicht mehr so viel Verständnis aufbringen können und dürfen wie im Falle des selbständigen Autoschlossers, der sich - ohne Aufträge und damit ohne Verdienst - in der Umgebung Fürths drei Enten geschossen hatte. Er wurde zum Schadenersatz verurteilt, die viertägige Haftstrafe aber auf Bewährung ausgesetzt. Von Einsicht in die Not der Zeit zeugt die weitere Anordnung des Richters, dem Verurteilten das Corpus delicti wieder herauszugeben, damit er sich wie schon früher wieder einmal "eine Krähe als Braten schießen könne, wenn er sich schon nichts anderes leisten könne" ²³³.

6. Zusammenfassung

Im Zusammenhang unserer Darstellung sollte die Schilderung der wirtschaftlichen Entwicklung Fürths während der Weltwirtschaftskrise nach Möglichkeit auch Aufschluß darüber bringen, in welcher Weise und in welchem Umfang die konjunkturelle Entwicklung das politische Verhalten beeinflußt hat. Konkreter formuliert lautet die Frage: Ob und inwieweit die Auswirkungen der Wirtschaftskrise das Anwachsen des Rechts- und Linksradikalismus in der Endphase der Weimarer Republik begünstigt, insbesondere den kometenhaften Aufstieg der NSDAP herbeigeführt oder gefördert haben.

An dem ursächlichen Zusammenhang zwischen der krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklung und der zunehmenden Radikalisierung der Wählerschaft seit 1930 ist nicht zu zweifeln ²³⁴. Andererseits weisen regionale Unterschiede der Wahlentwicklung bei vergleichbarer Wirtschaftsstruktur und wirtschaftlicher Entwicklung darauf hin, daß das Ausmaß der Radikalisierung durch die "Intensität der Krise" allein nicht erklärt, vielmehr

²³³ NBZ vom 16.2.33.

²³⁴ Bennecke, Wirtschaftliche Depression, S. 149, 244, 278; Winkler, Mittelstand, S. 34 f.; Kaltefleiter, Wirtschaft und Politik, S. 36 f., 60 f., 70.

durch die mit der Sozialstruktur gegebenen Bedingungen modifiziert wird ²³⁵.

Anders als in der Wahlanalyse konnten wir hier zwar Zusammenhänge zwischen der konjunkturellen Entwicklung und den Wahlentscheidungen in Fürth nicht durch den Vergleich statistischer Reihen untermauern, trotzdem lassen sich aber zwei Feststellungen treffen:

1. Die konjunkturelle Entwicklung, verstärkt durch strukturelle Schwächen der Wirtschaft Fürths, traf die Fürther Arbeiterschaft frühzeitig und in einem besonders starken Ausmaß. Trotzdem hielten sich die Erfolge der KPD, gemessen an dem Wählerpotential der erwerbslosen Arbeiter und deren wahlberechtigten Angehörigen, in vergleichsweise bescheidenen Grenzen. Zwar verschoben sich die Gewichte zwischen den beiden sozialistischen Parteien erheblich zugunsten der KPD. Aber auch auf dem Höhepunkt der Krise und der Entwicklung der KPD im Juli und November 1932 gelang der KPD in Fürth noch kein entscheidender, zumindest kein besorgniserregender Einbruch in die Reihen der Arbeiterschaft, die trotz der unbezweifelbaren Not gegen den Linksradikalismus, aber auch gegen den Rechtsradikalismus erstaunlich immun blieb ²³⁶.

²³⁵ Kaltefleiter, Wirtschaft und Politik, S. 41, 46 f., 59 f. G. Eisermann bezeichnet in seinem Vorwort, S.VI, zu Schweitzer, Die Nazifizierung des Mittelstandes allerdings die Korrelation zwischen der Zahl der Arbeitslosen und der nationalsozialistischen Wähler als einen Vergleich ungleicher Größen, da die Mehrzahl der nationalsozialistischen Wähler aus dem Mittelstand kam, aber nur ein ganz geringer Teil der unterbeschäftigten deutschen Mittelständler als Arbeitslose registriert war. Mit diesem Einwand stellt Eisermann einen ins Gewicht fallenden Anteil der arbeitslosen Arbeiterschaft am Aufstieg der NSDAP in Frage.

²³⁶ Vgl. oben S. 152. Schon auf einer schmalen empirischen Grundlage kommen in ihren Seminararbeiten unter dem gleichlautenden Titel "Arbeitslosigkeit und Wählerentscheidung in Nürnberg von 1928 bis 1933" sowohl Rainer Gömmel und Günther Haertel, S. 49, als auch Klaus Krieger, S. 15 f. (StadtA Nbg: QNG 421 u. 422), ebenfalls zu dem Ergebnis, daß die NSDAP ihre großen Gewinne nicht in den Arbeitervierteln, sondern

2. Auch zur Erklärung des Wahlverhaltens der überwiegend mittelständischen Wähler der NSDAP reicht die objektive wirtschaftliche Lage dieser Schichten nicht aus. Selbst auf dem Höhepunkt der Krise 1931 und vor allem 1932 war die wirtschaftliche Lage des gewerblichen wie des neuen Mittelstandes (im ganzen) weniger hart als die der Arbeiterschaft. Insbesondere konnte bis September 1930 trotz der unverkennbaren Krisenerscheinungen noch nicht die Rede sein von der "Not und Verelendung" des gewerblichen Mittelstandes. Ebenso hatten die Angestellten zu dieser Zeit wie auch später nicht im gleichen Umfang unter der Arbeitslosigkeit zu leiden wie die Arbeiter ²³⁷.

in den "besseren Vierteln" der Stadt erzielte, die arbeitslosen Arbeiter folglich nicht entscheidend zum Aufstieg der NSDAP beigetragen haben. Auch in Düsseldorf gewann die NSDAP am 14.9.1930 in den Wohnvierteln der Beamten und des gewerblichen Mittelstandes. In den Stadtgebieten 'wirklicher sozialer Not' siegte dagegen die KPD. Wolfgang Stump, Geschichte und Organisation der Zentrumspartei in Düsseldorf 1917 - 1933, Düsseldorf 1971, S. 81 u. 132. Im gleichen Sinne auch: Wilfried Böhnke, Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920 - 1933, Bonn - Bad Godesberg, S. 179 f. u. Pratt, The Social Basis of Nazism und Communism, S. 179. Childers, The Social Bases of the National Socialist Vote, S. 28, 37, errechnete zwischen Arbeitslosigkeit und den Reichstagswahlergebnissen 1932/I der KPD mit + 0,41 einen positiven Zusammenhang. Der vergleichbare Koeffizient von + 0,13 für die NSDAP ist dagegen nicht mehr signifikant.

- 237 Zum Krisenbewußtsein des alten und neuen Mittelstandes vgl.: Bahrdt, Soziologische Reflexionen, in: Entscheidungsjahr 1932, S. 152 f.; Martin Broszat, Soziale und psychologische Grundlagen des Nationalsozialismus, in: Edgar Josef Feuchtwanger (Hrsg.), Deutschland - Wandel und Bestand, München 1973, S. 144 ff.; Geiger, Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit 7 (1930), S. 637 ff.; ders., Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, S. 87; Lipset, Soziologie der Demokratie, S. 136 f.; Noakes, The Nazi Party in Lower Saxony, S. 111, 127, 129; Ernst-August Roloff, Wer wählte Hitler?, in: Politische Studien 15 (1964), S. 294, 299; Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, S. 26 ff.; Winkler, Mittelstand, S. 34 f.; Wulf, Die politische Haltung des schleswig-holsteinischen Handwerks, S. 53, 121, insbesondere 46 ff. u. 84 ff.

Den Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse auf das politische Verhalten der Fürther Wählerschaft können wir zwar nicht quantifizieren. Doch läßt sich mit Bestimmtheit feststellen, daß dieses politische Verhalten durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise stark beeinflußt, dieser Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse aber gerade auch in Fürth durch die gegebenen sozialen Bedingungen modifiziert wurde.

IX. LOKALE STRUKTUREN

1. Freie Gewerkschaften ¹

In Fürth wurden zwischen 1868 und 1870 fast gleichzeitig je sechs sozialdemokratische Gewerkschaften und Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine gegründet. Im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften gelang es jedoch den Gewerkvereinen selbst in der Zeit des Sozialistengesetzes nicht, größere Bedeutung zu gewinnen. Nur zeitweise zählten einige von ihnen etwas mehr als fünfzig Mitglieder ². Im Ortsverband Fürth der Deutschen Gewerkvereine waren 1912 sieben Ortsvereine mit annähernd 500 Mitgliedern organisiert ³.

¹ Zur Geschichte der Freien Gewerkschaften vgl. allgemein: Wolfgang Abendroth, Die deutschen Gewerkschaften, 2. Auflage, Heidelberg 1955; Evelyn Anderson, Hammer oder Amboß, Nürnberg 1948; Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1966; Wolfgang Hirsch-Weber, Gewerkschaften in der Politik, Köln/Op-laden 1959; in der Endphase der Weimarer Republik: Gerhard Braunthal, The German Free Trade Unions During the Rise of Nazism, in: Journal of Central European Affairs 15 (1956), S. 339 - 353; Hannes Heer, Burgfrieden oder Klassenkampf, Neuwied/Berlin 1971; Ursula Hüllbüsch, Gewerkschaften und Staat, Phil. Diss. Heidelberg 1958; dies., Die deutschen Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise, in: Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33, hrsg. von Werner Conze und Hans Raupach, Stuttgart 1967, S. 126 - 154; Michael Schneider, Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB, Bonn-Bad Godesberg 1975; Hans-Gerd Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Hannover/Frankfurt a. Main 1958; Rolf Thieringer, Das Verhältnis der Gewerkschaften zu Staat und Parteien in der Weimarer Republik, Phil. Diss. Tübingen 1954.

² Walter Fischer, Aus der Geschichte der Fürther Gewerkschaftsbewegung, in: Mautersberg, Wirtschaft und Gesellschaft Fürths, S. 193 ff.

³ Rieß, Stadtchronik 1912, 9.3.

Dagegen hatten sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften aus bescheidenen Anfängen mit 20, selten bis zu 50 Mitgliedern bis zum Ersten Weltkrieg in Fürth zu 39 Gewerkschaften mit rund 10 400 Mitgliedern entwickelt. Während des Krieges war ihre Zahl jedoch um mehr als 3 000 auf 7 200 Mitglieder zurückgegangen ⁴. Zwei der stärksten Gewerkschaften Fürths, der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands (Keramischer Bund) und der Metallarbeiterverband konnten 1930/31 auf eine vierzigjährige Geschichte zurückblicken. Der Glasarbeiterverband Fürth war 1890 nach ersten Versuchen in den achtziger Jahren, der Metallarbeiterverband Fürth 1891, der Fabrikarbeiterverband 1904 gegründet worden. Schon 1890 waren 40 Prozent, 1906 sollen sogar 100 Prozent der Fürther Glasarbeiter organisiert gewesen sein. Diese "vorbildliche Geschlossenheit" der Glasarbeiter ging jedoch nach dem Kriege verloren ⁵. Unter den Glasarbeitern Fürths fanden offenbar USP und KPD eine starke Anhängerschaft, denn der "Sozialdemokrat", das Organ der USP, bezeichnete am 4. Februar 1920 die freigewerkschaftlichen Glasarbeiter Fürths als "die Sturmtruppen der revolutionären Arbeiterschaft" ⁶. Ende 1925 stellte die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth fest, daß die Zahlstelle Fürth des Glasarbeiterverbandes - "wie amtsbekannt" - kommunistisch stark durchsetzt ist ⁷. Inwieweit diese radikalen Tendenzen unter den 4 000 Mitgliedern des Fabrikarbeiterverbandes Fürth, mit dem 1926 der Glasarbeiterverband fusionierte, auch 1930 noch bestanden oder erneut aufgekommen waren, läßt sich nicht belegen ⁸.

4 Fischer, Fürther Gewerkschaftsbewegung, S. 193 ff. und Rieß, Stadtchronik 1919, 23.3. Fischer gibt mit nur 6 000 die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder allerdings zu niedrig an.

5 FT vom 7.8.30, 25.1. und 27.9.31.

6 Später identifizierte sich eine örtliche Generalversammlung des Glasarbeiterverbandes mit der VKPD. StA Nbg: Polizeidir. 372.

7 StA Nbg: Reg. Mfr II, 225.

8 Die Vermutung eines derartigen Zusammenhanges erscheint jedoch berechtigt, da in einigen Stimmbezirken mit hohen KPD-Stimmenanteilen die Berufsbezeichnung 'Glasarbeiter' häufig begegnete.

Im Ortsausschuß des ADGB waren Ende 1927 23 Gewerkschaften mit insgesamt 13 168 beitragszahlenden Mitgliedern organisiert ⁹. 1928 erhöhte sich die Zahl der Mitglieder um ein knappes Tausend auf 14 145. Fast ein Drittel der Mitglieder waren Frauen; schwach vertreten waren die Jugendlichen mit 4,8 Prozent ¹⁰. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß der Ortsausschuß als Ursache für die Stagnation bzw. das langsame Vorankommen der gewerkschaftlichen Jugendbewegung nicht, wie sonst allgemein üblich, das Desinteresse der Jugend, sondern das mangelnde Interesse der Gewerkschaften nennt. Der anschließende Hinweis auf das positive Beispiel der gutorganisierten Holzarbeiterjugend sollte der Auffassung sicher Nachdruck verleihen, daß eine erfolgreiche gewerkschaftliche Jugendarbeit sehr wohl möglich sei ¹¹. Der Mitgliederzuwachs des Jahres 1928 ging im Verlauf der Wirtschaftskrise wieder verloren. Seit 1930 dürfte eine größere Zahl von Mitgliedern ihrer Gewerkschaft den Rücken gekehrt haben ¹²; denn nach einem weiteren Verlust von 768 Mitgliedern im Jahre 1931 war der Ortsausschuß Fürth wieder auf den Stand von 1927 zurückgefallen ¹³. Erstaunlich ist, daß es gerade 1932 gelang (oder gelungen sein soll), eine weitere Flucht aus den Gewerkschaften zu verhindern und diesen Mitgliederstand zu halten ¹⁴. Möglicherweise war dies ein Erfolg der

9 NBZ vom 5.5.28.

10 NBZ vom 6.4.29.

11 Ebenda.

12 Zur allgemeinen Entwicklung des Mitgliederstandes im ADGB vgl. Hüllbüsch, Die deutschen Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise, in: Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches, S. 142 und Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, S. 163. Nach dem Höhepunkt im letzten Quartal 1929 setzte in den ersten Monaten 1930 der Rückgang der Mitgliederzahlen ein.

13 FT vom 4.4.32 und NBZ vom 7.4.32. Es ist also anfangs 1932 mit ca. 12 000 bis 13 000 Mitgliedern zu rechnen.

14 FT vom 13.2. u. 20.2.33.

Bemühungen um die erwerbslosen Mitglieder und um die Erwerbslosen überhaupt ¹⁵.

Noch stärker als durch die Mitgliederzahlen tritt das Gewicht der freien Gewerkschaften in Fürth in ihrer beherrschenden Stellung in den Betrieben zutage. In Fürth gab es 1929 in 265 Betrieben insgesamt 570 Betriebs- bzw. Arbeiterratsmitglieder und Betriebsobmänner. Allein 551 oder 96,7 Prozent von ihnen gehörten den freien Gewerkschaften an. Die christlichen Gewerkschaften stellten nur ganze acht, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine nur zwei Vertreter ¹⁶.

Es versteht sich, daß die freien Gewerkschaften die Politik der SPD nachdrücklich unterstützten. So appellierten die Fürther Buchdrucker vor der Reichstagswahl 1930 an alle Gewerkschaftler und Arbeiter, am 14. September nur für die SPD zu stimmen. Wenn diese Partei nicht gestärkt in den Reichstag einziehe, seien die Notverordnungen mit Sicherheit nicht die letzten Verschlechterungen für die Arbeiterklasse gewesen ¹⁷. Mit der gleichen eindeutigen Wahlaufforderung zugunsten der SPD wandten sich die freien Gewerkschaften auch 1932 vor den Reichstagswahlen an ihre Mitglieder ¹⁸. Dabei ver-

15 Der Fabrikarbeiterverband beschloß, die seit 1929 ausgetretenen Mitglieder unter Anrechnung der früheren Beiträge wieder aufzunehmen. Außerdem konnten jetzt auch Erwerbslose eintreten. FT vom 2.8.32.

16 NBZ vom 6.4.29. Fast der gleiche Anteil der freien Gewerkschaften, 95 Prozent, ergibt sich aus einer Nachricht der FT vom 4.4.32.

17 FT vom 29.8.30. Hüllbüsch, Die deutschen Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise, in: Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches, S. 148 f.

18 Zur Änderung der Haltung des ADGB gegenüber der Regierung Brüning nach der Septemberwahl 1930 vgl. Hüllbüsch, Die deutschen Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise, in: Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches, S. 148 f. Die gewerkschaftliche Propaganda und Politik richtete sich nach dem September 1930 trotz aller Kritik nicht mehr gegen die Regierung als den Feind der Demokratie, vielmehr sah man in Brüning mehr und mehr "das letzte Bollwerk gegen den Nationalsozialismus".

suchten sie mit verschiedenen Erklärungen, die SPD von einer Verantwortung für die Krise zu entlasten. Der Aufstieg der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften sei begleitet gewesen von "blühender wirtschaftlicher Entwicklung", habe den Arbeitern höhere Löhne, größere Rechte und ein kulturwürdiges Dasein gebracht. Der Aufschwung der Nationalsozialisten dagegen ginge einher mit immer stärkerem wirtschaftlichem Zerfall, mit Not, Elend und Entrechtung der Arbeiter ¹⁹. Ein anderes Mal heißt es, es sei falsch, daß eine Partei schuld an der Krise sei, daß der Marxismus sie verursacht habe. Sie sei eine Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Eine Besserung solcher Wirtschaftskrisen werde es erst nach Ablösung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch die sozialistische Bedarfswirtschaft geben ²⁰. Eine weitere Erklärung verzichtet auf diesen grundsätzlichen, ideologischen Ansatz und sucht die Ursachen in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der zurückliegenden Jahre und in der verfehlten Wirtschaftspolitik, für die nicht die SPD verantwortlich zu machen sei. Denn seit der Nationalversammlung habe es nie eine sozialistische Regierung gegeben. Während der Regierungsbeteiligung der SPD aber hätte die bürgerliche Mehrheit eine sozialistische Politik verhindert ²¹.

Mit starken Worten, getragen vom Stolz auf die auch während der Krise intakt gebliebene Organisation ²², wandten sich die Gewerkschaften gegen die Bedrohung durch den Nationalsozialismus. Hitler müsse erst die Gewerkschaften zerschlagen, wenn er zum Ziele kommen wolle. Sonst sei seine Sache aussichtslos. Die deutschen Gewerkschaften ließen sich aber nicht zerschlagen; sie, die Kerntruppen des organisierten Volkes, die Kräfte

¹⁹ FT vom 21.7.32.

²⁰ FT vom 1.11.32.

²¹ FT vom 10.12.32.

²² Ebenda.

des Proletariats seien noch unangetastet. Diese ungeheuere Arbeiterarmee sei der einzige furchtbare Feind der nationalsozialistischen Revolution ²³. Entschlossen und drohend klingen ja auch die Worte Leiparts, des Vorsitzenden des ADGB, im Februar 1933, der angedrohte Kampf gegen die organisierte Arbeiterschaft "würde bei dem Freiheitswillen und der Entschlossenheit der deutschen Arbeiterschaft ein Kampf auf Leben und Tod werden, dessen furchtbare Folgen die jetzigen Machthaber im voraus abschätzen müßten" ²⁴. Aber die zaghaften Töne waren nicht zu überhören. Schon nach den Massenkundgebungen der Eisernen Front im Januar 1932 schrieb die Fränkische Tagespost ²⁵, daß der Versuch einer Rechtsdiktatur "mit dem Generalstreik beantwortet werden dürfte"; eine Formulierung, die den gegen den Nationalsozialismus üblichen kraftstrotzenden und kämpferischen Ton geradezu Lügen straft, für jeden Fall aber den Rückzug offen läßt. Unmittelbar nach dem Staatsstreich in Preußen forderten die freien Gewerkschaften die deutsche Arbeiterschaft auf, am 31. Juli die Antwort auf diese politischen Ereignisse zu geben. Die Mitglieder wurden aber zur Disziplin aufgerufen, denn die Gewerkschaften ließen sich nicht "die Stunde des Handelns" von ihren Gegnern vorschreiben ²⁶.

In wirtschaftlichen Auseinandersetzungen bewiesen die Freien Gewerkschaften Fürths bis 1933 Entschlossenheit und Stärke. Mit Entschiedenheit trat der Ortsverein Fürth des ADGB der "Abbaupsychose" der Unternehmer entgegen, nach eigenem Bekunden meist auch gegen den Willen der Belegschaften ²⁷. Allerdings war es für die

²³ FT vom 18.1.32.

²⁴ FT vom 15.2.33. Vgl. auch Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, S. 56; Heer, Burgfrieden oder Klassenkampf, S. 103.

²⁵ Vom 18.1.32.

²⁶ FT vom 21.7.32. Vgl. dazu auch: Braunthal, The German Free Trade Unions, S. 340 f.; Heer, Burgfrieden oder Klassenkampf, S. 63 ff.

²⁷ FT vom 4.4.32.

Gewerkschaften eine Existenzfrage, Lohnabkommen der Unternehmer mit den Arbeitnehmern "auf eigene Faust", also unter Ausschaltung der Gewerkschaften als Tarifvertragsparteien zu verhindern. Sie hätten damit ihre wohl wichtigste Funktion und infolgedessen ihre Anhängerschaft verloren. Trotz der immensen Arbeitslosigkeit griffen die Fürther Gewerkschaften notfalls zum äußersten Mittel und bestreikten die Betriebe. Aus Protest gegen die "willkürliche" Entlassung von 25 Mitarbeitern legte im September 1932 die gesamte Belegschaft einer Fürther Brauerei die Arbeit nieder²⁸. In einem acht-tägigen Streik zwang der Glasarbeiterverband die Bayerischen Spiegelglasfabriken Fürth, eine Lohnkürzung aufgrund der Papenschen Notverordnung zurückzunehmen und die streikenden Arbeiter wiedereinzustellen²⁹. Noch zu Beginn des Jahres 1933 stand die Gefolgschaft des Holzarbeiterverbandes in einer längeren Auseinandersetzung mit zwei Fürther Möbelfabriken offensichtlich unerschütterlich hinter ihrer Gewerkschaft³⁰. Nach der weihnachtlichen Entlassung hatten die beiden Firmen den Arbeitern die Wiedereinstellung zu einem von 84 auf 78 Pf herabgesetzten Stundenlohn angeboten, den die Möbelindustrien allgemein durchsetzen, der Holzarbeiterverband aber nicht hinnehmen wollte. Der Holzarbeiterverband verhängte deshalb eine Sperre gegen die beiden Firmen. Es gelang ihm, die Solidarität auch der Erwerbslosen mit den Holzarbeitern herzustellen und trotz der Bemühungen der Firmen um Arbeitswillige aufrechtzuerhalten. Obwohl zumindest eine der Firmen mit Unterstützung der Stahlhelm-Selbsthilfe und des Arbeitsamtes auswärtige Arbeitskräfte angeworben und mit einer neuen Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen hatte³¹,

28 FT vom 22.9.32.

29 Der Glasindustriellenverband kündigte allerdings daraufhin den Lohn tariff. FT vom 12. u. 22.10.32.

30 Dazu: FT vom 4.1., 7.1., 19.1., 1.2. u. 15.2.33; FüA vom 2.2. u. 9.2.33; Füt vom 11./12.2. u. 17.2.33.

31 FT vom 1.2.33, FüA vom 9.2.33 u. Füt vom 11./12.2.33.

billigten die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes noch am 14. Februar, etwa sechs Wochen nach Streikbeginn, die Haltung der Gewerkschaft. Ausdrücklich betont wurde die mustergültige Solidarität der Erwerbslosen mit den Streikenden ³².

Aber über diese Auseinandersetzungen um wirtschaftliche Bedingungen hinaus orientierte sich die Mehrzahl der organisierten Arbeiterschaft auch in ihrer politischen Haltung an ihrer Gewerkschaft. Denn anders ist die Tatsache nicht zu erklären, daß trotz der extremen wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere der außerordentlichen Arbeitslosigkeit in Fürth die NSDAP bei der Arbeiterschaft nur wenig Anklang fand und auch die KPD weit hinter den dadurch gegebenen Möglichkeiten zurückblieb ³³. Die Fürther Szene stimmt mit der Feststellung Kaltefleiters ³⁴ überein (und bestätigt sie zugleich), daß "in Wahlkreisen mit einem hohen Organisationsgrad der Gewerkschaften die SPD ihre Stammwähler behaupten und die NSDAP fast nur ehemalige bürgerliche Wähler gewinnen konnte". Hoher Organisationsgrad und starke Bindung an die sozialdemokratischen Gewerkschaften verhielten mit Sicherheit auch eine Linksorientierung der Fürther Arbeiterschaft in größerem Umfang ³⁵.

32 FT vom 15.2.33.

33 Bei einem Wählerpotential von 14 000 Erwerbslosen Ende 1932 (abzüglich der noch nicht Wahlberechtigten), denen die stimmberechtigten Familienangehörigen hinzugerechnet werden müssen, kam die KPD dennoch am 6.11.1932 nur auf knapp 7 000 Stimmen. Vgl. Tabelle 1. Braunthal schätzte, daß etwa 65 % der Mitglieder der freien Gewerkschaften (und deren Angehörige) für die SPD stimmten. Nach Hunt, German Social Democracy, S. 169 f.

34 Kaltefleiter, Wirtschaft und Politik in Deutschland, S. 49, 54.

35 Die Beobachtung, daß die Glasarbeiter Fürths besonders stark zur KPD neigten, würde außerdem mit der weiteren These Kaltefleiters, Wirtschaft und Politik in Deutschland, S. 70, übereinstimmen, daß u.a. arbeitslose Arbeiter aus Großbetrieben zur KPD tendierten. Gerade in der Glasindustrie war ja die Konzentration am weitesten fortgeschritten, während die übrige Wirtschaft Fürths zwar nicht ausnahmslos, aber doch weitgehend von Mittel- und Kleinbetrieben bestimmt war.

2. Gewerkschaftsbund der Angestellten und Deutsch-nationaler Handlungsgehilfenverband

Die stärkste und tonangebende Angestelltenorganisation in Fürth war der Gewerkschaftsbund der Angestellten ³⁶. Auch innerhalb des Verbandes spielte die Ortsgruppe Fürth eine bedeutende Rolle. Sie wurde als die erfolgreichste und zweitstärkste Ortsgruppe im Gau Nordbayern bezeichnet ³⁷. Mehrere ihrer Mitglieder besetzten wichtige Funktionen im Gauvorstand des GdA, darunter die des ersten Vorsitzenden ³⁸. Diese führende Stellung in der Angestelltenschaft Fürths und in der nordbayerischen Organisation des GdA stützte sich auf eine lange Tradition. Denn die Fürther Ortsgruppe war weit früher als der Gesamtverband, der im November 1920 ebenfalls aus älteren Angestelltenverbänden hervorging, bereits am 17. Januar 1887 von 16 Fürther Angestellten gegründet worden ³⁹.

Dank ihrer Aktivität konnte die Ortsgruppe von 1928 bis 1930 die Zahl ihrer Mitglieder stetig erhöhen. Nach 200 Neuzugängen im Jahre 1928 zählte sie anfangs 1929 1 821 Mitglieder ⁴⁰. Durch verstärkte Werbung gewann sie im Jahre 1930 noch weitere 100 Mitglieder hinzu, hatte damit allerdings das seit langem angepeilte Ziel, 2 000

36 NBZ vom 1.5.28 u. 13.6.32; FfA vom 30.4.28.

37 NBZ vom 14.1.30.

38 NBZ vom 11.6.30.

39 NBZ vom 25.6. u. 15.12.30. Eine kurze Information über die Gründung des GdA bei Iris Hamel, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Die Politik des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes 1893 - 1933, Frankfurt a. Main 1967, S. 173 sowie Ehrhard Schrön, Gewerkschaftsbund der Angestellten, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, hrsg. von einem Redaktionskollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, Band II, Berlin 1970, S. 177.

40 NBZ vom 11.1.29.

Mitglieder, noch nicht erreicht ⁴¹. Trotz der Wirtschaftskrise verzeichnete die Ortsgruppe sogar 1931 noch einen geringen Mitgliederzugang ⁴² und selbst 1932 konnte dank reger Werbearbeit der Mitgliederstand "fast unverändert" gehalten werden ⁴³. Auch in der Jugendarbeit war die Ortsgruppe offensichtlich erfolgreich. Mehr als ein Drittel der 1928 neugeworbenen Mitglieder waren Jugendliche. Ende 1929 zählte die Jugendgruppe 276 Mitglieder oder rd. 14 Prozent der Gesamtmitgliedschaft der Ortsgruppe ⁴⁴. Da am 16. Juni 1933 in Fürth 4 705 erwerbstätige und 1 651 erwerbslose, insgesamt also 6 356 Angestellte gezählt wurden ⁴⁵, hatte der GdA demnach in Fürth rd. 30 Prozent der im Berufsleben stehenden Angestellten organisiert ⁴⁶.

Der GdA gehörte zur "freiheitlich-nationalen" Gruppe der Angestelltenbewegung ⁴⁷. Er wollte in "freiheitlich-nationalem Geist, auf der Grundlage des deutschen Volks-

41 NBZ vom 25.1.30, 31.3.30 u. 23.1.31.

42 NBZ vom 23.1.32.

43 Füt vom 20.1.33. Ebenso FüA u. NBZ vom 20.1.33.

44 NBZ vom 11.1.29 u. 25.1.30.

45 StDR, Bd. 456 (1936), H. 29, S. 38 f.

46 Tatsächlich wird der Prozentsatz der erfaßten Angestellten insgesamt etwas niedriger gewesen sein, da der Anteil der rentenbeziehenden ehemaligen Angestellten an der Gesamtbevölkerung wie an der Mitgliedschaft im GdA nicht bestimmt werden kann. Der Organisationsgrad der deutschen Angestellten war 1932 mit 43 % sehr hoch; höher als der der Arbeiter (34 %). Jürgen Kocka, Zur Problematik der deutschen Angestellten 1914 - 1933, in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, hrsg. von Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Jürgen Weisbrod, Düsseldorf 1974, S. 803.

47 Zusammen mit den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen und anderen Verbänden war er im Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände organisiert. Kracauer, Die Angestellten, Frankfurt a. Main 1971, S. 13 ff.

staates unter Wahrung der parteipolitischen und konfessionellen Neutralität die wirtschaftlichen, sozialen und staatsbürgerlichen Grundrechte der Angestellten verteidigen und weiterentwickeln" ⁴⁸. Tatsächlich ging aber die Bindung der 'freiheitlich-nationalen' Gewerkschaften "an das linksliberale Bürgertum ... so weit, daß sie von ihren Mitgliedern eine eidesstattliche Erklärung über Nichtzugehörigkeit zur SPD verlangten" ⁴⁹. Seine Ziele suchte der GdA mit Hilfe aller bürgerlichen Parteien durchzusetzen, "wobei er sich aber vorwiegend auf die DDP stützte, die in ihm einen wichtigen Bestandteil ihrer Massenbasis sah" ⁵⁰. Der GdA bekannte sich zur Demokratie und Weimarer Verfassung ⁵¹ und sprach sich auch noch 1932 gegen jede Diktatur aus ⁵². Er hielt am Privateigentum fest und lehnte eine Systemänderung, Klassenkampf und Sozialisierung ab ⁵³. Als Ausweg aus der "Krise des Wirtschaftsgedankens", aus dem wirtschaftlichen Wirrwarr forderte der zweite Vorsitzende des GdA Max Rössiger auf dem Nordbayerischen Gautag 1931 eine das Volk in seiner Gesamtheit umfassende neue Wirtschaftsidee. Die Wirtschaft sei nicht mehr frei, sondern monopolisiert, die Preise würden von den Kartellen, Syndikaten und Trusts gestaltet. Aus der Krise müsse sich die Idee der freien Wirtschaft herauskristallisieren. Die Führer sollten vor die Front, dann würden die Angestellten folgen ⁵⁴.

48 Aus einem Bericht über den Reichsjugendtag 1929 in Nürnberg. NBZ vom 12.8.29. Ebenso der stellvertr. Bundesvorsitzende Debalde auf der nordbayerischen Gautagung 1929. NBZ vom 4.6.29.

49 Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, S. 17.

50 Schrön, GdA, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd. II, S. 181. Eine direkte Unterstützung der DDP deutet sich in dem Vorwurf eines Lesers des "Fränkischen Kuriers" vom 5.12.1929 an, wonach der GdA der DDP seine Adressenkartei für Zwecke der politischen Werbung zur Verfügung gestellt habe.

51 NBZ vom 12.8.29.

52 NBZ vom 7.6.32.

53 NBZ vom 24.9.30.

54 NBZ vom 10.6.31.

Stark betont wurde immer wieder der Gemeinschaftsgedanke. Dabei sah sich der GdA wie die Angestellten im allgemeinen in einer Mittlerfunktion ⁵⁵, in einer ausgleichenden Mittelstellung zwischen revolutionären Neuerungen und konservativem Bewahren, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Kapital und Arbeit ⁵⁶. Sein Ziel war der wirtschaftliche und soziale Ausgleich ⁵⁷. "Die Grundlage des größeren Wirtschaftsgedankens sei die Demokratie, nicht im engen politischen Sinne, sondern in der Gleichberechtigung aller schaffenden Stände .." ⁵⁸.

Es war nicht nur die Übertreibung einer Sonntagsrede, wenn anlässlich des zehnjährigen Gründungsjubiläums des GdA in der Ortsgruppe Fürth festgestellt wurde, daß der GdA nicht nur die Selbsthilfeeinrichtungen der Angestellten im Auge habe, sondern das große Gemeinwohl. Der GdA bezeichnete deshalb seine Arbeit "ohne Überhebung" als Dienst am Volke ⁵⁹. Aus diesem Selbstverständnis als Mittler und als eine dem Gemeinwohl dienende Schicht wurden neben den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der wachsenden Arbeitslosigkeit unter den Angestellten auch die Auswirkungen dieser Entwicklung, die Staat und Gesellschaft trafen, besonders betont. Denn Staat und Gesellschaft seien "in hohem Grade an der Erhaltung einer lebensfähigen und kulturell hochstehenden Mittelschicht, wie sie der Stand der Angestellten verkörpert, interessiert ..." ⁶⁰. Proletarisierte Angestellte

55 Zum Schlagwort vom 'neuen Mittelstand' vgl. Emil Lederer und Jakob Marschak, Der neue Mittelstand, in: Grundriß der Sozialökonomik, IX. Abt., Teil 1, Tübingen 1926, S. 121 f. Zum berufsständischen und mittelständischen Selbstverständnis der Angestellten, in dem sich deren "antiproletarisches Absetzungsstreben" ideologisch konkretisierte, vgl. Kocka, Zur Problematik der deutschen Angestellten, S. 804 f.

56 NBZ vom 4.5.28 u. 12.8.29.

57 NBZ vom 24.9.30.

58 Aus der Kundgebung auf dem nordbayerischen Gautag in Ansbach im Juni 1928. NBZ vom 4.6.28.

59 NBZ vom 15.12.30.

60 NBZ vom 22.9.30.

könnten aber ihre Mittlerfunktionen nicht mehr erfüllen ⁶¹.

Diesen Argwohn, man wolle ihren Lebensstandard noch weiter herabdrücken und die Angestellten proletarisieren, formulierte die Ortsgruppe Fürth anlässlich einer Entscheidung gegen die Verquickung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung ⁶². Auch in dieser ablehnenden Haltung manifestierte sich das Sonderbewußtsein der Angestellten ⁶³. Im Verlauf der Krise hatte sich die Ortsgruppe Fürth des GdA wiederholt zu Fragen der Wirtschaftspolitik geäußert, gegen die "einseitige Belastung der Arbeitnehmer", den Lohn- und Gehaltsabbau, dem kein entsprechender Preisabbau gegenüberstehe, kritisiert und statt dessen eine Stabilisierung des Binnenmarktes durch eine Stärkung der Massenkaufkraft gefordert ⁶⁴. Nach der Papenschen Notverordnung vom 14. Juni 1932 wurde die Kritik drängender, direkter. In mehreren Protesten charakterisierte die Ortsgruppe Fürth (wie der Gesamtverband) die Notverordnung als Schlag gegen die Arbeitnehmer, insbesondere gegen die Angestellten, als eine Häufung sozialer Ungerechtigkeiten ⁶⁵. Noch unmittelbar richtete sich ihre Kritik gegen die Regierung mit der Feststellung, fast alle Maßnahmen und Absichten der Regierung auf dem sozialen Gebiet in der letzten Zeit ließen erkennen, daß sie nicht "in erster Linie der

⁶¹ NBZ vom 7.1.30. Vgl. dazu die Feststellung Geigers, Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit 7, 1930, S. 645, daß sich ein sehr großer Teil der Angestelltenschaft beharrlich dagegen wehrte, die ideologische Konsequenz aus seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage zu ziehen.

⁶² NBZ vom 22.9.31.

⁶³ Weitere Proteste der Ortsgruppe Fürth gegen einen Finanzausgleich zwischen den beiden Versicherungszweigen: NBZ vom 27.2.30 u. 9.5.31. Im Kampf um die versicherungsrechtliche Sonderstellung der Angestellten zeigten sich u.a. die "antiproletarischen Absetzungsbestrebungen" des GdA und DHV. Kocka, Zur Problematik der deutschen Angestellten, S. 804.

⁶⁴ NBZ vom 13.4.28, 9.5.31, 18.6.31, 9.5.32 u. 6.6.32.

⁶⁵ NBZ vom 21.6. u. 22.6.32.

Not des Staates und der Wirtschaft entspringen, sondern daß sie das Ergebnis einer antisozialen Gesinnung mit dem Ziele der Beseitigung der sozialen Grundrechte sind" ⁶⁶. Wenn dann der GdA in seinem Wahlaufuf an alle Angestellten appellierte, nur den Parteien ihre Stimme zu geben, die sich nicht in Gegensatz setzen zu den sozialen und wirtschaftlichen Zielen der freiheitlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung, u.a. auch die Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni 1932 forderte, dann war dies gewiß eine eindeutige Wahlempfehlung gegen die Regierung ⁶⁷. Diese Kritik an der Regierung Papen und ihren "antisozialen Maßnahmen" setzte sich im Herbst 1932 unverändert fort. Die fünfte Wahl des Jahres möge endlich die Aufhebung der vielen Notverordnungen bringen. Es gehe nicht an, daß die Arbeitnehmer, 75 Prozent des deutschen Volkes, von einer kleinen Gruppe regiert würden ⁶⁸. Welche Richtung die Veränderung nehmen soll, lassen diese Verlautbarungen allerdings nicht erkennen. Vor dem Jungangestelltenkreis der Ortsgruppe sprach zwar im Oktober 1932 der Hauptschriftleiter des Fürther Anzeigers, der längst voll und ganz auf die Linie der NSDAP eingeschwenkt war ⁶⁹. Aber angesichts der Tatsache, daß er mit einer an ihm ungewohnten Mäßigung sprach, darf angenommen werden, daß sich die Ortsgruppe Fürth des GdA (als Organisation)

66 NBZ vom 8.7.32.

67 NBZ vom 21.7.32. Der Geschäftsführer der Ortsgruppe Fürth warf im Jungangestelltenkreis den Parteien, die sich bis dahin im Rundfunk geäußert hatten, vor, sie hätten sich zwar mit Fragen des gewerblichen Mittelstandes, nicht aber mit den Problemen der Angestellten beschäftigt. Die Parteien wollten anscheinend die Stimmen der Angestellten ohne Verpflichtung. Leider wird nicht klar, welche Parteien hier angesprochen sind. In der gleichen Veranstaltung, unmittelbar vor dem Wahltag, sprach der Geschäftsführer vor den jungen Angestellten über Sinn und Ziele der einzelnen Parteien. Mit Sicherheit enthielten diese Ausführungen mehr oder weniger bestimmte Wertungen. Vermutlich aus Gründen ihrer "Neutralität" verzichtete die NBZ jedoch in ihrem Bericht auf eine Wiedergabe dieser Ausführungen. NBZ vom 30.7.32.

68 NBZ vom 10.9., 18.10., u. 3.11.32.

69 FfA vom 24.10.32.

immer noch in (nicht näher bestimmbarer) Distanz zur NSDAP befand. Dafür spricht auch das offensichtliche Wohlwollen, das der GdA Schleicher, dem "sozial denken- den General", entgegenbrachte ⁷⁰. Vermutlich gegen entsprechende Forderungen seitens der NSDAP grenzte der Geschäftsführer der Ortsgruppe noch Ende März 1933 die Aufgaben des GdA unter gleichzeitiger Betonung seines Willens zum Nationalismus gegen eine parteipolitische Tätigkeit ab. Es sei falsch, daß eine Organisation, die nationale Interessen vertrete, auch parteipolitisch wirken müsse ⁷¹. Diese wenigen Informationen erlauben leider keine sicheren Aufschlüsse über die Haltung des GdA in Fürth zum Nationalsozialismus. Allerdings scheint aufgrund dieser Indizien die Annahme berechtigt, daß zumindest die Führung der Ortsgruppe nicht, jedenfalls nicht in dem Umfang von der NSDAP unterwandert war, daß sie sich schon vor dem 4. Mai 1933 ideologisch gleichschaltete. Andererseits kann daraus nicht auf die politische Haltung der Mitglieder geschlossen werden ⁷². Denn wie die Wahlergebnisse zeigen, hatte die DDP bzw. die Deutsche Staatspartei ihre Wähler unter den Angestellten Fürths 1930 bereits zum großen Teil, 1932 schließlich so gut wie vollständig verloren. Gerade die Gleichschaltung ihrer Verwaltung sollte zeigen, daß es der Ortsgruppe des GdA keineswegs an nationalsozialistischen Kräften zur Neubildung des Vorstandes fehlte ⁷³.

Eine wesentlich bescheidenere Rolle als der GdA spielte der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband unter den Angestellten Fürths. Erst am 7. Juni 1903

⁷⁰ NBZ vom 19.12.32.

⁷¹ FdA vom 24.3.33.

⁷² Eine allgemeine Untersuchung der Frage, ab wann und in welchem Umfang die Mitglieder des GdA in den "Sog des Nationalsozialismus" gerieten, steht noch aus. Kocka, Zur Problematik der deutschen Angestellten, S. 801.

⁷³ NBZ vom 5.5.33 u. FdA vom 6.5.33.

gegründet ⁷⁴, erreichte die Ortsgruppe Fürth des DHV auch nicht annähernd die Stärke der Konkurrenzorganisation. Zwar konstatierte sie seit 1930 in jedem Jahresbericht eine günstige Entwicklung oder bedeutende Zunahme ihrer Mitgliedschaft ⁷⁵, sie vermied es aber im Bewußtsein ihrer Schwäche, ihre tatsächliche Stärke bekanntzugeben. Wenn die Ortsgruppe schließlich im Rückblick auf das Jahr 1932 eine sehr erfreuliche Entwicklung feststellen konnte ⁷⁶, dann war dies sicher keine Übertreibung, hatte aber nicht allzuviel zu bedeuten angesichts der schwachen Ausgangsposition; denn noch im September 1930 zählte die Ortsgruppe Fürth des DHV nur 300 Mitglieder ⁷⁷. Da die Ortsgruppe nach eigenem Bekunden 1929 um 43 Prozent zugenommen hatte ⁷⁸, mag sie zuvor gerade etwas mehr als 200 Mitglieder gezählt haben. Ohne Zweifel profitierte die Ortsgruppe in den folgenden Jahren von der krisenhaften Entwicklung. Das läßt sich auch an der Zunahme ihrer Jugendgruppe sichtbar machen. Sie war zwar auch anfangs 1931 mit knapp 100 Mitgliedern noch nicht besonders groß, hatte aber ein Jahr zuvor nur ganze 30 Mitglieder ⁷⁹. Wenn aber im März 1930 anläßlich der Einweihung des eigenen Heimes der Ortsgruppe festgestellt wurde, die Jugendgruppe habe sich innerhalb eines Jahres um das achtfache vergrößert ⁸⁰, so verbarg sich hinter dieser anspruchsvollen Feststellung die Tatsache, daß diese Jugendgruppe anfangs 1929 gerade eine Handvoll Mitglieder zählte.

Der DHV gehörte zum christlich-nationalen Flügel der deutschen Angestelltengewerkschaften. Er war ein

⁷⁴ NBZ vom 31.3.30. Der DHV wurde bereits 10 Jahre früher, am 7.9.1893 in Hamburg gegründet. Hamel, DHV, S. 52.

⁷⁵ NBZ vom 14.2.30, 5.2.31, 15.2.32.

⁷⁶ NBZ vom 25.2.33.

⁷⁷ StadtA Fürth: Stadtratsprotokolle Nr. 37 II a 27 vom 18.9.30.

⁷⁸ NBZ vom 31.3.30.

⁷⁹ NBZ vom 31.1.31.

⁸⁰ NBZ vom 31.3.30.

entschiedener Gegner der parlamentarischen Demokratie wie des Sozialismus (auch in Form der Sozialdemokratie) und "mit Antisemitismus behaftet" ⁸¹. Als extremer Befürworter des mittelständischen Verhaltens der Angestellten und ihrer Funktion als 'neuer Mittelstand' war er auf die Züchtung des Standesbewußtseins der Angestellten bedacht und hielt sich selbst für "eine Art Gilde", die nur die Elite unter den Angestellten vereinigen wollte ⁸². Der DHV bezeichnete sich als parteipolitisch neutral ⁸³, unterhielt aber im gewerkschaftlichen Interesse zu den bürgerlichen Parteien der Weimarer Republik "parlamentarische Querverbindungen" ⁸⁴. Gleichzeitig sollten die politischen Parteien und Verbände durch die Mitarbeit deutschnationaler Kaufmannsgehilfen als Voraussetzung für den Aufbau einer "nationalen Volksgemeinschaft mit völkischem Geist durchdrungen werden" ⁸⁵. Denn der DHV war nicht nur ein Interessenverband, sondern sah sich vor allem auch als "Gesinnungsgemeinschaft" ⁸⁶, deren Ziel es blieb, eine deutsche Volksgemeinschaft ohne Klassegegensätze auf berufsständischer Grundlage zu errichten ⁸⁷. Deshalb

81 Kracauer, Die Angestellten, S. 14. Zum Antisemitismus des DHV vgl. Hamel, DHV, S. 53 f., 157 ff., 177.

82 Kracauer, Die Angestellten, S. 89; dazu auch: Hamel, DHV, S. 172.

83 Hamel, DHV, S. 187.

84 Hamel, DHV, S. 269.

85 Hamel, DHV, S. 185; Angaben über die Parteizugehörigkeit der DHV-Parlamentarier, a.a.O., S. 190 f. und Kocka, Zur Problematik der deutschen Angestellten, S. 801. Im Zuge der Auseinandersetzungen zwischen der Hugenberg-Gruppe und den Volkskonservativen (Lambach) hatte der DHV die Bindungen zur DNVP gelöst. Hamel, DHV, S. 218 ff. Besonders eng waren die Bindungen des DHV zu den Volkskonservativen. Er wurde zur "Hauptstütze der volkskonservativen politischen Arbeit - finanziell, organisatorisch und personell ..." Erasmus Jonas, Die Volkskonservativen 1928 - 1933, Düsseldorf 1965, S. 143.

86 Hamel, DHV, S. 268.

87 Hamel, DHV, S. 269.

suchte der DHV schon frühzeitig Anschluß an die NSDAP ⁸⁸. Schließlich sympathisierte die Mehrheit seiner Mitglieder mit der NSDAP ⁸⁹; ein großer Teil von ihnen hatte die vorsichtigere Verbandsspitze schon seit 1929/30 auf engste Zusammenarbeit mit der NSDAP gedrängt ⁹⁰. Ende März 1933 suchte die Verbandsspitze den Fortbestand des DHV im nationalsozialistischen Staat durch die Berufung auf die eigene völkische Tradition und durch die freiwillige Gleichschaltung zu sichern. Man habe im DHV 1919 nicht umgelernt und brauche dies auch nicht 1933. "Für uns waren die Farben Schwarz-Weiß-Rot und das Hakenkreuz immer die Symbole der völkisch-nationalen Ideale unserer Bewegung" ⁹¹. Es entsprach diesem Standort des DHV, daß die Ortsgruppe Fürth sich frühzeitig den neuen Verhältnissen anpaßte. Noch im Februar 1933 wählte die Ortsgruppe eine neue Vorstandschaft und versprach, an der Formung des neuen deutschen Reiches mitzuhelfen, als Hüter der nationalen Kräfte der deutschen Gewerkschaftsbewegung an der Erkämpfung der ständischen Volksgliederung in vorderster Front mitzuwirken; einer Volksgliederung, "die allein aus dem Wust des in sich zusammenbrechenden politischen Parlamentarismus die wahre Volksvertretung schaffen wird" ⁹². Zwar sprach die Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe auch jetzt noch keine eindeutige Wahlempfehlung für eine bestimmte Partei aus. Doch war der DHV offenbar auf dem rechten Wege zur Erringung der "wahren Volksgemeinschaft", dem Ziel des deutschen Nationalsozialismus, wie ihm der Fürther Anzeiger ⁹³ bescheinigte.

88 Hamel, DHV, S. 269. Über das Verhältnis des DHV zur NSDAP eingehend a.a.O., S. 238 ff.

89 Hamel, DHV, S. 269.

90 Kocka, Zur Problematik der deutschen Angestellten, S. 798, 800.

91 Hamel, DHV, S. 261.

92 FfT vom 24.2.33. Ebenso: NBZ vom 25.2.33 u. FfA vom 20.2.33.

93 Vom 20.2.33. Zur Gleichschaltung des Gesamtverbandes: Hamel, DHV, S. 261 ff.

Neben dem GdA und dem DHV treten in Fürth weitere Angestellten- und Beamtenorganisationen auf, über deren Stärke und Wirksamkeit allerdings wenig auszumachen ist. Der dem Afa-Bund angeschlossene Zentralverband der Angestellten vermochte in Nürnberg und Fürth nur eine gemeinsame Ortsgruppe zu bilden ⁹⁴. Über eine lokale Organisation des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes in Fürth gibt es keine Informationen. Auch der im "Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände" organisierte Deutsche Bankbeamtenverein unterhielt in den beiden Städten nur eine gemeinsame Ortsgruppe ⁹⁵. Der Ortsverband der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine in Fürth muß wesentlich schwächer gewesen sein als die lokale Organisation des GdA; denn im Vorstand der Ortsgruppe Fürth des "Gewerkschaftsringes" besetzte der GdA den Posten des Vorsitzenden und des Geschäftsführers, den des stellvertretenden Vorsitzenden erhielt der Vertreter der Arbeiterverbände ⁹⁶. So gut wie keine Konturen gewinnt auch die Tätigkeit des "Verbandes der weiblichen Handels- und Büroangestellten", der sich als politisch und religiös neutral bezeichnete, auf christlich-nationalem Boden stehend wie der DHV dem "Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften" (Gedag) und auch dem Deutschen Gewerkschaftsbund angehörte ⁹⁷. Alle diese Verbände traten ebenso wie die lokalen Organisationen der Beamtenverbände (Bayerischer Beamtenbund, Gemeindebeamtengewerkschaft, Bayerischer Eisenbahnverband, Bayerischer Pensionistenbund) während der Wirtschaftskrise vor allem mit Protesten gegen Gehaltskürzungen, Notopfer, Steuererhöhungen und alle übrigen Belastungen durch die Notverordnungen auf den Plan.

94 NBZ vom 1.3.28 u. 8.10.30.

95 NBZ vom 27.11. u. 17.12.30.

96 NBZ vom 18.10.30. Das örtliche Übergewicht des GdA schlägt in einer Resolution durch, in der der Gewerkschaftsring gegen Steuererhöhungen der Stadt protestiert, die die Arbeitnehmer, insbesondere aber die Angestellten außerordentlich stark belasten würden. NBZ vom 11.11.30.

97 NBZ vom 4.5.31 und Kracauer, Die Angestellten, S. 14.

Nur vom Bayerischen Eisenbahnverband, der sich zum christlich-nationalen Lager rechnete, wissen wir allerdings, daß die Obmannschaft Fürth 270 Mitglieder zählte⁹⁸. Aber auch die Stärke der übrigen Beamtenverbände kann nicht allzu groß gewesen sein, da am 16. Juni 1933 in Fürth nur 2 767 (erwerbstätige) Beamte gezählt wurden⁹⁹. Nur ausnahmsweise begegnen uns Äußerungen aus dem lokalen Bereich, die Rückschlüsse auf die politische Haltung der Beamten zuließen. So forderte die Ortsgruppe Fürth des Bayerischen Beamtenbundes im September 1930 zur "verständnisvollen" Erfüllung der Wahlpflicht auf, weil die Beamtenschaft größtes Interesse an einem geordneten parlamentarischen Leben im Staate habe¹⁰⁰. Damit trat er eindeutig und entschieden für die bestehende Ordnung ein. Ein knappes Jahr später tauchte auf dem Kreistag des Bayerischen Pensionistenbundes die Forderung auf, angesichts der Entrechtungen durch die Reichsregierung solle man nicht allzu starr an der bisherigen "parteilpolitischen Solidarität" festhalten. Damit konnte nur eine stärkere Wendung zur radikalen Rechten gemeint sein, denn der Bayerische Pensionistenbund verstand ohnehin unter parteipolitischer Neutralität, daß "der deutsche Beamte und Pensionist mit jeder Partei rechnen müsse, die auf vaterländischem Boden stehe ..." ¹⁰¹. Die beiden Beispiele müssen nicht repräsentativ sein für die Haltung der lokalen Beamtenorganisationen. Eine Entwicklung im Verlauf der Weltwirtschaftskrise kommt darin ohnehin nicht zum Ausdruck ebenso wenig wie die politische Haltung der Mitglieder selbst. Deutlich werden aber die "Entrüstung" der Beamten über die "widerliche Beamtenhetze bestimmter Volkskreise" und ihr Protest gegen die "verfassungswidrige Verletzung ihrer Rechte", gegen die "einseitigen Belastungen" der Beamten durch Gehalts-

98 NBZ vom 7.7.30 u. FfT vom 2.2.32.

99 StDR, Bd. 456 (1936), H. 29, S. 38 f. Das waren 6,9 % aller Erwerbstätigen. Der Anteil der pensionierten Beamten kann wie bei den Angestellten aus den "Berufslosen Selbständigen" der Statistik nicht eliminiert werden.

100 NBZ vom 12.9.30.

101 NBZ vom 16.6.31.

Kürzungen, gegen die Sanierung der Reichsfinanzen auf ihre Kosten ¹⁰².

3. Organisationen des gewerblichen Mittelstandes ¹⁰³

Mit Abstand die älteste Vereinigung der Fürther Gewerbetreibenden war der bereits am 9. März 1843 gegründete Gewerbeverein ¹⁰⁴. Auf dem Frankfurter Handwerkerkongreß 1848 hatte sich der Verein noch gegen die Gewerbefreiheit ausgesprochen ¹⁰⁵. Zwanzig Jahre später stellte er sich auf die Gegebenheiten der nach seiner Meinung bereits "rein industriellen Stadt" ein. Die Fortschritte der Zeit, insbesondere der Gewerbefreiheit müsse auch eine Änderung der Tätigkeit des Vereins zur Folge haben. Spätestens seit 1868 vertrat der Verein kompromißlos die völlige Gewerbefreiheit und deren negative Auswirkungen auf das Kleingewerbe. In seinem Jahresbe-

¹⁰² NBZ vom 5.7.30, 12.9.30; FT vom 12.9.30; NBZ vom 25.6.31. Die Beamten und Pensionisten aus Nürnberg und Fürth hatten schon vor Ausbruch der Wirtschaftskrise in einer Versammlung am 28.2.1928 die "Not der Beamtenschaft" beklagt und gegen die Verzögerung der Neuregelung der Beamtenbesoldung protestiert. "Wenn aber die Regierung die Pflicht gegenüber den Beamten nicht erfülle, dann müsse mit dem Wahlzettel geantwortet werden." Den Abgesandten der NSDAP ließ man in dieser Versammlung allerdings ebensowenig wie die der anderen Parteien zu Wort kommen. NBZ v.29.2.28.

¹⁰³ Zum mittelständischen Selbstbild und zur Reaktion des gewerblichen Mittelstandes auf die Krisenerscheinungen vgl.: Geiger, Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit 7 (1930), S. 637 ff.; Riemer, Zur Soziologie des Nationalsozialismus, in: Die Arbeit 9 (1932) S. 101 ff.; Martin Schumacher, Hausbesitz, Mittelstand und Wirtschaftspartei in der Weimarer Republik, in: Industrielles System, S. 823 ff.; Schweitzer, Nazifizierung des Mittelstandes; Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus; ders., Extremismus der Mitte?, in: VfZ 20 (1972), S. 175 ff.; ders. Vom Protest zur Panik: Der gewerbliche Mittelstand in der Weimarer Republik, in: Industrielles System, S. 778 ff.; Wulf, Die politische Haltung des schleswig-holsteinischen Handwerks.

¹⁰⁴ Er hieß zunächst "Industrie- und Gewerbeverein" und wurde 1849 umbenannt. NBZ vom 3.1.29.

¹⁰⁵ Ebenda.

richt für 1867/68 stellte er dazu in schonungsloser Offenheit fest, "daß eine Fürsorge für die durch die Entwicklung des Fabriklebens und durch die Maschinen zum Teil unrettbar verlorenen Kleingewerbe eine vielfach undankbare und durch Erfolge weniger lohnende ist, manchmal nur geeignet, den Todeskampf derselben zu verlängern" ¹⁰⁶. Als Heilmittel gegen den "Zersetzungsprozeß" empfahl der Gewerbeverein den selbständigen Handwerksmeistern, "sich ebenfalls der Maschine zu bemächtigen ..." und zu diesem Zweck "Productions-Associationen" zu bilden und eine Arbeitsteilung vorzunehmen ¹⁰⁷. An diesem Standpunkt einer weitgehenden Gewerbefreiheit hielt der Verein unbeirrt fest. Zwar erschienen in seinen Jahresberichten seit der Jahrhundertwende wiederholt Klagen über die Konkurrenz durch die industrielle Massenproduktion. "Schikanöse Fesseln" für die Großindustrie würden aber nach seiner Meinung nur deren Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt einschränken und sie noch stärker auf den Binnenmarkt als Konkurrenz des Handwerks drängen. Der Verein trat deshalb nach wie vor für eine freie Entwicklung der Industrie und des Handels ein. Den Handwerkern empfahl er die Selbsthilfe vor der Staatshilfe. Im bewußten Gegensatz zu den neuerstandenen Innungen lehnte der Gewerbeverein eine strenge "Bevormundung" (z.B. die Beschränkung der Zahl der Lehrlinge) ab; "die Gewerbevereine sind ... Kinder der gewerblichen Freiheit, die Freiheit ist ihre Lebenslust" ¹⁰⁸.

Wenn er auch den bedrängten Handwerkern mit der Parole "Ein einzelner nicht, vereint alles" den Zusammenschluß (am besten natürlich in den Gewerbevereinen) empfahl und das Gewerberecht als Ausgleich zwischen Individualismus und Sozialismus bezeichnete und damit akzep-

¹⁰⁶ Jahresbericht des Gewerbevereins Fürth 1867/68, S. 6. StA Nbg: Reg. Mfr IX, 47. Zur allgemeinen Entwicklung Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, S. 40 ff.

¹⁰⁷ Jahresberichte des Gewerbevereins 1867/68 und 1869/70. StA Nbg: Reg. Mfr IX, 47.

¹⁰⁸ Jahresbericht des Gewerbevereins Fürth 1903; StA Nbg: Reg. Mfr IX, 47.

tierte, hielt der Gewerbeverein fest an der Überzeugung von der Überlegenheit der starken Einzelpersönlichkeit: "Die kraftvollen, mit besonderer Macht ausgestatteten Individualitäten werden immer die absolute Freiheit der Gewerbeverfassung vorziehen, während die Masse der geistig oder leiblich Hörigen unausgesetzt ... um Schutzorganisationen und die Beschränkung der Freiheit der Einzelnen bitten wird. Allein die gesetzgeberischen Vermittlungstätigkeiten des Staates führen zum Guten, bei denen die Interessen der Einzelnen jenen der Gesamtheit nur so weit unterworfen werden, daß der soziale und wirtschaftliche Vervollkommnungsprozeß nicht behindert wird" ¹⁰⁹.

Der Gewerbeverein, in dem Handwerker und Fabrikanten gemeinsam organisiert waren ¹¹⁰, vertrat nach allem eher die Interessen der mittleren und größeren Betriebe als die der Kleingewerbetreibenden ¹¹¹. Es verwundert deshalb nicht, daß der Gewerbeverein 1898 seine Erwartungen auf stärkeren Mitgliederzuwachs aus dem Kreise der selbständigen Handwerker enttäuscht sieht ¹¹². Von 1867/68 bis 1903 war der Verein zwar von 420 auf rd. 600 Mitglieder gewachsen ¹¹³, danach wurde die Entwicklung jedoch rückläufig. Ende 1928 hatte der Verein noch

109 Jahresbericht des Gewerbevereins Fürth 1912/13; StA Nbg: Reg. Mfr IX, 47.

110 Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, S. 64.

111 Das geht auch aus einer Stellungnahme zu einer beabsichtigten Änderung der Gewerbesteuer mit einer Entlastung der kleinen und einer stärkeren Belastung der mittleren und größeren Betriebe hervor. Jahresbericht des Gewerbevereins Fürth 1898; StA Nbg: Reg. Mfr IX, 47.

112 Ebenda. "Wirtschaftspolitisch liberaler als die zünftlerisch eingestellten reinen Handwerkerverbände" verloren die Gewerbevereine "mit der allmählichen Ausbreitung des Innungswesens an Bedeutung ...". Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, S. 48 f.

113 Jahresberichte 1868/69 und 1903 des Gewerbevereins Fürth; StA Nbg: Reg. Mfr IX, 47.

322 Mitglieder; dazu kamen allerdings noch die Angehörigen der drei dem Gewerbeverein angeschlossenen Innungen. Die Gewerbevereine wollten zwar immer noch "den gesamten gewerblichen Mittelstand zu einem geschlossenen Ganzen zusammenfassen und diesem jenen Einfluß auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet verschaffen, der ihm als wichtigem Zweige unseres Wirtschaftslebens zukommt"¹¹⁴, fand jedoch unter den Gewerbetreibenden Fürths nicht mehr die gewünschte Resonanz¹¹⁵. Dem Verein waren hauptsächlich nur mehr Aufgaben in der Bildungs- und Aufklärungsarbeit geblieben, wie sein erster Vorsitzender Oberstudienrat Dr. Schmid im Rückblick auf 1928 selbst feststellte¹¹⁶. Bezeichnend für die Situation des Vereins sind die schlechten Erfahrungen mit seinen Mitgliedern, die ihn veranlaßten, von einer Ausstellung von Lehrlingsarbeiten abgesehen, 1928 auf größere Veranstaltungen zu verzichten¹¹⁷.

Im Gegensatz zu den Gewerbevereinen stand die Innungsbewegung¹¹⁸. Der Verband der Bayerischen Gewerbevereine und der Bayerische Handwerkerbund hatten sich zwar 1919 zum Bayerischen Gewerbebund vereinigt, um dem gewerblichen Mittelstand im wirtschaftlichen und politischen Leben "jenen Einfluß zu sichern, der ihm seiner Bedeutung nach zukomme"¹¹⁹. Dieser Vereinigung auf Landesebene sollte durch eine Zusammenfassung aller Kräfte des Handwerks auf örtlicher Ebene eine einheitliche Basis gegeben werden. In Fürth kam es jedoch bis 1933 nicht zur Bildung eines derartigen Ortskartells. Zwischen dem

¹¹⁴ NBZ vom 5.1.29.

¹¹⁵ NBZ vom 17.5.29.

¹¹⁶ NBZ vom 5.1.29. Ende 1930 übernahm den Vorsitz der Möbelfabrikant Fritz Wirth. NBZ vom 29.12.30.

¹¹⁷ NBZ vom 17.5.29.

¹¹⁸ Zur Restauration des Zunftwesens seit 1880 und Einführung der "fakultativen Zwangsinnung" 1897 vgl. Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, S. 45.

¹¹⁹ NBZ vom 10.5.29.

Gewerbeverein und dem Innungsausschuß bestand lediglich eine lose Arbeitsgemeinschaft ohne Rechtsform ¹²⁰.

Der Innungsausschuß war 1914 von neun Fürther Innungen gegründet worden zur Wahrnehmung der Interessen des Handwerks und vereinigte 1932 fünfzehn Innungen mit 667 Mitgliedern. Sein erklärtes Ziel war es, bei den Gemeindewahlen durch die Nominierung und Unterstützung handwerkerfreundlicher Stadträte mitzuwirken ¹²¹. Aber die Innungen konnten die Gewerbetreibenden nicht im gewünschten Umfang mobilisieren. Die Versammlungsberichte beklagten wiederholt den schlechten Besuch und das Desinteresse der Innungsmitglieder ¹²². Eine Protestversammlung der Fürther Metzger- und Gastwirteinnungen gegen die Schlachtsteuer am 30. Oktober 1930 zum Beispiel konnte auch unter dem Motto "Mittelstand wach' auf" nur ganze 90 Besucher auf die Beine bringen ¹²³.

Die stärkste (auch die lautstärkste) Vereinigung des gewerblichen Mittelstandes in Fürth war der Grund- und Hausbesitzerververein ¹²⁴. Bereits ein Jahr nach seiner

120 Ebenda.

121 NBZ vom 16.4.29 u. FvA vom 3.4.33. 1. Vorsitzender des Innungsausschusses war der Schneidermeister Hans Fuß; 2. Vorsitzender: Baumeister u. Stadtrat Egelseer; Kassier: Bäckermeister u. Stadtrat Ebersberger. NBZ vom 16.4.29 u. 28.4.31.

122 NBZ vom 14.1.31 u. 13.7.32.

123 StA Nbg: Polizeidir. 375.

124 Nach Feststellungen des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine setzte sich der deutsche Hausbesitz fast ausnahmslos aus den Kreisen des Mittelstandes zusammen. NBZ vom 18.4.28. Die Vorstandsmitglieder des Fürther Vereins waren 1931 überwiegend selbständige Gewerbetreibende, in wenigen Fällen Beamte: 1. Vors.: Oberpostinspektor Bengert (Stadtrat); Mitglieder des Verwaltungsausschusses: Stadträtin Bauer (3. Vors. von "Treu-Fürth"); Bäckermeister Ebersberger (Stadtrat, Kassier d. Innungsausschusses); Baumeister Egelseer (Stadtrat, 2. Vors. d. Innungsausschusses); Diakon Würth (Stadtrat, 1. Vors. der Ortsgruppe der Wirtschaftspartei); Oberlehrer Eisenbeis (Ortsgruppenvorsitzender der DDP, von 1919 - 1928 MdL); Hans Fuß (1. Vors. d. Innungsausschusses); Bäckermeister Paul Schneider (MdL der DVP seit 1928). NBZ vom 22.2.29 u. 26.2.31.

Gründung am 6. Oktober 1892 zählte der Verein mehr als 800 Mitglieder ¹²⁵. Den Mitgliederstand von rd. 1 500 Ende 1927 konnte der Verein während der Wirtschaftskrise nicht nur halten, sondern bis 1932 sogar auf 1 550 Mitglieder erhöhen ¹²⁶. Nur einmal, in seinem Geschäftsbericht für 1927 zeigte sich der Grund- und Hausbesitzerverein Fürth zufrieden mit der Lage des Hausbesitzes und blickte mit einiger Zuversicht in die Zukunft ¹²⁷. Die Hausbesitzer kämpften verbittert und verbissen gegen jede gebührenpolitische Maßnahme, gegen die Ausgabenpolitik der Stadt. Sie sahen sich von Feinden umstellt, in ihrem Eigentum ständig bedroht ¹²⁸. Wie der 'neue Mittelstand' identifizierten auch die Hausbesitzer ihre Interessen mit dem Gemeinwohl. Der Ruin des Hausbesitzes, d.h. in der Hauptsache des gewerblichen Mittelstandes, bedeute auch den Niedergang des Gemeinwesens. Nach den Worten ihres Verbandsvorsitzenden Humar wurde der Kampf der Hausbesitzer nicht für egoistische Ziele geführt. Sie hatten dabei "das allgemeine Wohl im Auge. Wir führen ihn (i.e. den Kampf, H.St.) für das Privateigentum, die Freiheit des Volkes und des Rechts, für eine bessere Zukunft von Volk und Vaterland" ¹²⁹. Als

125 NBZ vom 15.10.32. Bezeichnend für den Verein ist der unmittelbare Anlaß, der zu seiner Gründung führte: der Protest gegen die vom Magistrat der Stadt beabsichtigte Einführung der pneumatischen Grubenentleerung; denn nach Meinung der Hausbesitzer reichten die Mieten zur Bestreitung der Gebühren für "großstädtische Einrichtungen" nicht aus.

126 NBZ vom 8.3.28 u. 16.3.33.

127 NBZ vom 8.3.28. Zur wirtschaftlichen Lage und steuerlichen Belastung des Hausbesitzes vgl. Schumacher, Hausbesitz, Mittelstand und Wirtschaftspartei, in: Industrielles System, S. 827 f.

128 NBZ vom 7.11.31. Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, S. 106, bescheinigt dem Mittelstand eine besondere Neigung zu "kollektiver Egozentrik", die "mimosenhaft" auf jede Beeinträchtigung der eigenen Ansprüche reagierte.

129 NBZ vom 17.10.32. Im Zusammenhang mit den Klagen des Hausbesitzes über seine wirtschaftliche Situation sei auf zwei Tatsachen hingewiesen: Die "guten alten" Hypothekeneinlagen der Städtischen Sparkasse Fürth (wie bei anderen Instituten) waren während der Infla-

die wertvolleren Elemente der Gemeinschaft glaubten sie eine besondere Förderung zu verdienen. Nur bemerkten sie nicht dabei, daß sie mit dieser Forderung die Begründung ihres Anspruches aufhoben: Den Beamten wurde vorgehalten (ohne ihnen nahezutreten), "daß der selbständig wirtschaftende Mensch, der auf sich gestellt ist und ohne die Krücke staatlicher Fürsorge sein Geschick meistert, das soziologisch wertvollere Element der menschlichen Gemeinschaft darstellt. Dieses Element zu stärken und ihm jede Förderung angedeihen zu lassen, sei Staatsklugheit"¹³⁰. Im Haß gegen das Grundstückseigentum sahen die Hausbesitzer "die Geburt einer kranken, vom Fieber der gesellschaftlichen Umwälzungen geschüttelten Zeit ... Es gibt entweder ein Privateigentum oder - es ist um die Ordnung geschehen". Aber, so meinte der Fürther Vorsitzende Ende 1932 anläßlich des vierzigjährigen Jubiläums des Vereins, es werde eine Rückkehr aus den Irrungen und Wirrungen der letzten 15 Jahre geben, eine Rückkehr zu Vernunft, zu Gerechtigkeit und zur Anerkennung des Ersparten, das eben nur durch eine Einschränkung des Verbrauchs an der eigenen Person zum 'Vermögen' werde¹³¹. Der organisierte Hausbesitz sah sich aufgerufen, "das Abgleiten der Wohnungspolitik in den Sumpf russischer Beglückungsexperimente zu verhüten". Mieterschutz und Kündigungsrecht seien "Auswüchse eines auf Klassenpolitik abgestellten Faustrechts"¹³². Dies scheint der Kernpunkt der Empörung des Hausbesitzes wie

tion mit ganz geringen Beträgen zurückgezahlt worden. NBZ vom 17.6.29. Der Hausbesitz war damit 1924 weitgehend entschuldet. Dies bestätigt generell Winkler, Vom Protest zur Panik, in: Industrielles System, S. 786. Angesichts der Mietzinssteuer und der Hypothekenaufwertung bezeichnete der Fürther Grund- und Hausbesitzerverein allerdings die Rede von der Entschuldung des Hausbesitzes als ein Märchen. NBZ vom 22.2.29. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß während der Wirtschaftskrise der Index für Mieten am wenigsten nachgegeben hat. Vgl. oben S. 181, Anm. 30.

¹³⁰ NBZ vom 27.4.29.

¹³¹ NBZ vom 15.10.32.

¹³² NBZ vom 22.2.29.

des gesamten gewerblichen Mittelstandes gewesen zu sein, daß die Lohnempfänger bzw. deren gewählte Vertreter, u.a. die linke Mehrheit auf dem Fürther Rathaus, Ausgaben beschlossen, die sie, die Hausbesitzer, zu zahlen hatten, während die Lohneinkommen zu den gemeindlichen Umlagen nicht herangezogen wurden. Der gewerbliche Mittelstand mußte, nach seiner Meinung, bezahlen, was die Empfänger der Lohneinkommen verbrauchten, wobei diese noch selbst befinden konnten, wieviel sie verbrauchten. Der Grund- und Hausbesitzerverein Fürth verglich die Situation (aus seiner Sicht) recht anschaulich, mit einem Gast, der seine Zeche von anderen bezahlen läßt ¹³³.

Noch vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise formulierten die Hausbesitzer erhebliche Vorbehalte gegenüber dem parlamentarischen System ¹³⁴. Enttäuscht vom Ergebnis der Reichstags- und Landtagswahlen 1928, suchten sie die Erklärung für die unzureichende Wahlbeteiligung der "bürgerlichen Elemente", der "gebildeten Stände", in der Häßlichkeit des politischen Streites und in der immer stärker hervortretenden Unfähigkeit des parlamentarischen Systems. Angesichts des allgemeinen Niederganges des moralischen Empfindens und des Schadens, den der Hausbesitz durch die Wandlungen der Sitten und der Rechtsbegriffe erlitten habe, könne er sich nur wünschen, daß sich die Atmosphäre des öffentlichen Lebens durch ein Gewitter reinige ¹³⁵. Aber auch antisemitische Töne klingen bereits in der Art und Weise an, wie die Hausbesitzer das gestörte Verhältnis des Gesetzgebers, der Verwaltung und der Rechtsprechung zum Hausbesitz

¹³³ NBZ vom 27.4.29. In gleichem Sinne NBZ vom 10.10.28.

¹³⁴ Geiger, Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit 7 (1930), S. 643 f., bezeichnet Handwerk und Kleinhandel als die ewig Unzufriedenen, die jedes Regime anklagen, daß es kein Verständnis für sie habe.

¹³⁵ Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, S. 78, berichtet bereits für 1923 über eine Reihe derartiger kritischer Äußerungen, die die wirtschaftliche Lage des Mittelstandes massiv geltend machten und gleichzeitig dessen Vertrauensschwund zum parlamentarischen Regime konstatierten.

beklagten: "Man scheint nicht recht zu wissen, sind die Hauseigentümer landfremde Elemente oder vollwertige Deutsche, sind sie Mogler oder ehrliche Menschen, muß man sie als unverdient reich gewordene quälen und verfolgen oder darf man ihnen glauben, daß sie an ihrem Besitz ... Verdruß und Sorge, ja sogar Schädigung erleben" 136.

Im September 1930 gab der Grund- und Hausbesitzerverein Fürth noch eine ausschließliche Wahlempfehlung für die Wirtschaftspartei 137. Der Landesverband der Grund- und Hausbesitzervereine stellte auch noch im Frühjahr 1932 fest, daß die Wirtschaftspartei stets in besonderem Maße für die Forderungen des Hausbesitzes eingetreten sei, empfahl aber daneben auch die hausbesitzerfreundliche Politik der DVP, DNVP und des Bayer. Bauern- und Mittelstandsbundes. Die BVP habe dagegen ihre Hausbesitzer schwer enttäuscht. Gegenüber der NSDAP nahm der Landesverband eine abwartende Haltung ein; über sie könne man noch kein abschließendes Urteil gewinnen 138.

Trotzdem wird es angesichts der im gewerblichen Mittelstand vorherrschenden Stimmung und Einschätzung der eigenen Lage keine angeordnete Ergebnissadresse gewesen sein, sondern der überwiegenden Überzeugung entsprochen haben, wenn im März 1933 in der Jahreshauptversammlung des Grund- und Hausbesitzervereins Fürth der Unterschied zwischen "gestern und heute" dadurch charakterisiert wurde, daß man zu den "augenblicklichen Machthabern" Vertrauen habe. Dieses Vertrauen stütze sich auf Hitler, den Führer der nationalen Jugend, Papen, das "Gewissen Deutschlands", und Hugenberg, der sein Leben

136 Bericht über die ordentl. Mitgliederversammlung des Grund- und Hausbesitzervereins vom 21.2.29.
NBZ vom 22.2.29.

137 FfA vom 12.9.30.

138 NBZ u. FfA vom 21.4.32. Eine Stimmabgabe für die Linksparteien würde gegen die Interessen des Hausbesitzes und der privaten Wirtschaft verstoßen.

lang das Privateigentum hochgehalten habe ¹³⁹.

Die Unzufriedenheit des Grund- und Hausbesitzervereins mit der wirtschaftlichen und politischen Situation entsprach den weitverbreiteten Auffassungen des gewerblichen Mittelstandes. Auch aus anderen Organisationen waren die gleichen Töne zu hören: die Regierung verdiene diesen Namen nicht mehr, das parlamentarische System habe sich um jeden Kredit gebracht ¹⁴⁰. Die Spitzenorganisationen des gewerblichen Mittelstandes schlossen sich den Forderungen der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft (dem "Manifest der Wirtschaft") zur Bewältigung der Krise und Reform der Wirtschaft an. Alle Vorschläge im einzelnen dienten der grundsätzlichen Forderung, die freie Beweglichkeit der Privatwirtschaft wiederherzustellen, sie von leistungshemmenden gesetzgeberischen Fesseln zu befreien und damit eine verantwortungsbewußte Entscheidung zugunsten des individualistischen Wirtschaftssystems zu treffen ¹⁴¹.

In zahlreichen Äußerungen begegnet das Selbstverständnis des gewerblichen Mittelstandes als staatstragende Schicht ¹⁴². Immer wieder wird seine besondere

¹³⁹ NBZ vom 21.3.33. Ob und in welchem Umfang es den Nationalsozialisten schon vor der Machtergreifung gelungen war, die lokalen Organisationen des gewerblichen Mittelstandes zu unterwandern, Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, S. 171, ist in Fürth nicht erkennbar.

¹⁴⁰ So der Deutsche Gastwirteverband in Nürnberg bereits im Februar 1929. NBZ vom 27.2.29. Nicht ganz so scharf der Kreisverband Mittelfranken des Bayer. Gewerbebundes mit der Feststellung, alle Regierungserklärungen für den gewerblichen Mittelstand seien nur Worte geblieben. NBZ vom 14.5.29.

Nach Auffassung des Mittelstandes blieb der Verfassungsauftrag des Art. 164 WRV - Förderung und Schutz des selbständigen Mittelstandes - weitgehend unerfüllt. Winkler, Vom Protest zur Panik, in: Industrielles System, S. 785.

¹⁴¹ NBZ vom 30.9.31. Vgl. dazu auch Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, S. 143.

¹⁴² NBZ vom 25.4.28, 8.9.29, 7.10.30, 16.3.31, 7.7.31 u. 14.12.32.

Funktion als ausgleichende Mittelschicht zwischen Kapitalismus und Sozialismus betont; eine Konstellation, durch die sich der gewerbliche Mittelstand in seiner Existenz gleichzeitig ernstlich bedroht fühlte ¹⁴³. Der Mittelstand, ehemals die stärkste Stütze des Staates, sei zwar nur noch ein Schatten seiner einstigen Größe und Bedeutung. Zum Ausgleich der sozialen Spannungen zwischen den gewaltigen Syndikaten und Trusts auf der einen und den Millionenscharen von Angestellten ¹⁴⁴ und Arbeitern auf der anderen Seite sei eine starke gesunde Mittelschicht notwendig, deren Erhaltung und Förderung deshalb im Interesse des Staates liege. Der gewerbliche Mittelstand müsse sich im Interesse des Volksganzen seiner Mission bewußt sein und den Kampf aufnehmen, nicht nur um seiner selbst willen, sondern im Interesse der Zukunft des deutschen Volkes ¹⁴⁵. Dieser gewerbliche Mittelstand, der sich als "Grundstock des Bürgertums" fühlte und glaubte, aufgrund seiner Gestaltungskraft und wertschaffenden Tätigkeit unter den übrigen Ständen eine besondere Stellung einzunehmen ¹⁴⁶, sah sich durch die Wirtschaftskrise und die dafür Verantwortlichen ¹⁴⁷ in eine demütigende und entwürdigende Situation gebracht. Er hielt seine Not für größer als die der Arbeiter und Angestellten, die gesetzliche Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung hatten, während der Handwerker, sobald er keine Reserven mehr hatte und die Aufträge ausblieben, unmittelbar auf die Wohlfahrtsfürsorge angewiesen war.

143 Vgl. dazu allgemein Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, S. 49 f.

144 Deren Anspruch, als 'neuer Mittelstand' zu fungieren, vom gewerblichen Mittelstand folglich nicht anerkannt wurde.

145 NBZ vom 7.10.30.

146 Zum Selbstbild des Mittelstandes als konstitutiver Faktor der Gesellschaft vgl. Lepsius, Extremer Nationalismus, S. 13 ff.

147 Der Mittelstand sah die Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik gegen sich gerichtet und machte sie für die Wirtschaftskrise verantwortlich. Wulf, Die politische Haltung des schleswig-holsteinischen Handwerks, S. 53, 121 und Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, S. 172.

Auf eine Stufe mit den arbeitslosen Arbeitern und Angestellten gesunken, suchte er sich von ihnen dadurch abzusetzen und einen Rest seines Standesbewußtseins zu bewahren, indem er betonte, das Handwerk wolle keine Almosen, wolle nicht müßig stehen oder betteln, sondern nichts anderes als Arbeit ¹⁴⁸.

4. Vereine und Verbände

Spätestens die seit März 1933 einsetzende Gleichschaltung, die selbst die Kleingartenvereine nicht ausnahm, sollte zeigen, welche Bedeutung für die politische Willensbildung die Nationalsozialisten den Vereinen und Verbänden beimaßen. Anders als der totalitäre Staat benutzten zwar die liberale Verfassung und die Regierungspraxis der Weimarer Republik die auf die verschiedensten Interessen sich gründenden gesellschaftlichen Organisationen nicht zur Durchsetzung ihres politischen Willens und ließen sie weitgehend frei agieren. Obwohl sich insbesondere die bürgerlichen Vereinigungen durchaus als unpolitisch verstanden, haben sie aber zweifellos auf die politischen Einstellungen und Bindungen ihrer Mitglieder eingewirkt. Mit Sicherheit blieb es auch in Fürth nicht ohne Einfluß auf die mangelnde Kompromißfähigkeit in der politischen Auseinandersetzung und die anscheinend unüberbrückbaren Gegensätze, ja sogar Feindschaft und Haß zwischen dem bürgerlichen Lager und der organisierten Arbeiterschaft, daß die gegenseitige Abgrenzung auch im gesellschaftlichen Bereich nicht überwunden werden konnte. Im Gesangverein wie im Turn- und Sportverein blieb man offensichtlich lieber unter sich. Die bürgerlichen Vereine optierten zwar nicht für eine bestimmte bürgerliche Partei, pflegten aber eine stramm nationale Gesin-

¹⁴⁸ NBZ vom 14.12.32. Nach seiner "Depossidierung" in der Inflation erlebte der Mittelstand während der Wirtschaftskrise, was bis dahin nur die soziale Lage der Arbeiter kennzeichnete, nämlich die Abhängigkeit von konjunkturellen Schwankungen. Riemer, Mittelstand und sozialistische Politik, in: Die Arbeit 9 (1932), S. 266 f.

nung. Die Gesangvereine sahen sich in einer Front mit den Turnern stehen. Wie diese den Körper ertüchtigten, wollten die deutschen Sänger zur seelischen Ertüchtigung beitragen zum Segen des deutschen Vaterlandes und der deutschen Volksgenossen. "Ohne deutsche Macht, ohne deutsches Denken und ohne deutsche Arbeit gibt es keine Ordnung in der Welt"¹⁴⁹. Selbst der Brieftaubenklub "Ornis" versäumte es nicht, darauf hinzuweisen, daß es "einige vaterländisch gesinnte Männer" waren, die den Verein (1894) gegründet hatten¹⁵⁰. Angesichts dieser nationalen Haltung überrascht es nicht, daß sich zum Beispiel an der von der Stadt Fürth veranstalteten Reichsverfassungsfeier am 11. August 1929 nur die Arbeitergesangvereine beteiligten, die übrigen Vereine nach eigenem Bekunden dagegen nicht in der Lage waren teilzunehmen¹⁵¹. Dieser Boykott von angeblich unpolitischen Vereinen war eine eindeutige und klare politische Aussage, die an Deutlichkeit in ihrer Ablehnung der Weimarer Verfassung nichts zu wünschen übrig ließ und deren Wirkung nicht unterschätzt werden darf.

Selbstverständlich können wir unter diesem Aspekt nur einige der rd. 280 Fürther Vereine¹⁵² erfassen. Dabei gehen wir von der Voraussetzung aus, daß ihre Bedeutung und Wirksamkeit im politischen Sinne dem Rang entsprach, den sie in der lokalen Berichterstattung fanden. Völlig unberücksichtigt bleiben die Arbeitervereine, die ja offen die Sozialdemokratie unterstützten¹⁵³, deren zweifelsfrei politische Funktion folglich nicht eigens aufgezeigt zu werden braucht¹⁵⁴. Andere starke

149 NBZ vom 28.11.32. Frühere Beispiele für derartiges nationales Pathos in NBZ vom 27.8.28 u. 2.6.30.

150 NBZ vom 6.11.29.

151 NBZ vom 2.8.1929.

152 FfT vom 7./8.1.33.

153 Z.B. Volkschorunion, FT vom 29.6.28; Kraft-Sport-Klub Fürth, FT vom 12.9.30; Naturfreunde, FT v. 20.1.33; Turn- und Sportverein Fürth, FT vom 27.4.28 u. 12.9.30.

154 Die Unterstützung der SPD tritt besonders deutlich hervor nach Gründung der Eisernen Front in den letzten Wahlkämpfen der Weimarer Republik.

Gruppierungen wie die durch die Entwicklung sehr beunruhigten und von den Nationalsozialisten heftig umworbenen Kriegsopferverbände gewinnen für uns leider nicht genügend scharfe Konturen. Das gilt auch für den 3 000 Mitglieder starken Sozialrentnerbund Fürth ¹⁵⁵, der immerhin bei den Gemeindewahlen 1929 seinen ersten Vorsitzenden Förster (mit knapp 1 000 Stimmen) in den Stadtrat brachte, wo er sich der SPD-Fraktion anschloß ¹⁵⁶.

a) "Treu-Fürth"

Eine lokale Besonderheit war der Verein zur Wahrung der Interessen der Stadt Fürth ("Treu-Fürth"). Zwar lag der Höhepunkt der Vereinsentwicklung bereits zu Beginn der zwanziger Jahre, als "Treu-Fürth" 6 500 Mitglieder zählte und in der Volksabstimmung am 22. Januar 1922 fast zwei Drittel der Abstimmenden gegen die Vereinigung Fürths mit Nürnberg mobilisierte ¹⁵⁷. Neben dem Haus- und Grundbesitzerverein und wohl noch vor den Innungen war "Treu-Fürth" auch in der von uns betrachteten Zeitspanne immer noch die stärkste und einflußreichste bürgerliche Vereinigung in der Stadt. Starken Einfluß nahm der Verein, der gelegentlich sogar als Partei bezeichnet wurde ¹⁵⁸, auf die lokale Politik. Bei den Gemeindewahlen 1929 gelang es ihm, durch gute Platzierung auf einer bürgerlichen Einheitsliste ("Selbstständigkeit") seine Wortführer in den Stadtrat zu bringen ¹⁵⁹. Zu städtischen Submissionen forderte er nur Fürther Bewerber zuzulassen. Verhandlungen mit den Bewerbern sollten nicht von den zuständigen städtischen Beamten allein, sondern unter Beteiligung von ein bis zwei Stadträten

¹⁵⁵ Füt vom 8.12.32.

¹⁵⁶ NBZ vom 9.12.29 und 10.1.30.

¹⁵⁷ Füt vom 21.1.32 und NBZ vom 22.1.32.

¹⁵⁸ StA Nbg: Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Rep. 218/1 I, Nr. 374.

¹⁵⁹ NBZ vom 9.12.29.

geführt werden ¹⁶⁰. Diese bürgerliche Politik des Vereins entsprach seiner Mitgliederstruktur. Zumindest im (zwanzigköpfigen) Ausschuß, der den engeren Vorstand aus seinen Reihen wählte, waren nur Selbständige, Angestellte und Beamte vertreten ¹⁶¹. "Treu-Fürth" war nicht antisemitisch ¹⁶², stand aber nicht nur in der Eingemeindungsfrage in scharfer Frontstellung gegen die Sozialdemokratie. Die im Verlauf der Weltwirtschaftskrise schließlich auf mehr als fünf Millionen Reichsmark gestiegenen Wohlfahrtsausgaben der Stadt ¹⁶³ prangerte der Verein als "Fluch der Parteiwirtschaft" an. Wie Hausbesitzer und Wirtschaftspartei wurde er nicht müde, immer wieder größere Sparsamkeit zu empfehlen ¹⁶⁴. Durchaus im Sinne des gewerblichen Mittelstandes, dessen Interessen "Treu-Fürth" in der Hauptsache vertrat, forderte der Verein eine produktive Gestaltung der Erwerbslosenfürsorge ¹⁶⁵ und insbesondere eine Einschränkung der Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützungen, selbst-

160 NBZ vom 4.3.31. Sicher rechnete der Verein damit, wenigstens einen dieser Stadträte stellen zu können.

161 NBZ vom 9.4.29 u. 4.4.30. Im Vorstand und Ausschuß von "Treu-Fürth" begegnen zum Teil die gleichen Namen wie in den Vorstandschaften des Innungsausschusses und des Haus- und Grundbesitzervereins: 1. Vors. Kaufmann Weiskopf; 2. Vors. Stadtrat Adam Schildknecht (Obermeister der Metzgerinnung u. 2. Vors. der Ortsgruppe der WP); 3. Vors. Stadträtin Bauer (Ausschußmitglied der WP); 2. Schriftführer Baumeister (2. Vors. der Ortsgruppe des Bayer. Heimat- u. Königsbundes u. Hauptschriftleiter des FfA); weitere Ausschußmitglieder: Bäckermeister Ebersberger; Stadtpfarrer u. Stadtrat Fronmüller; Schneidermeister Hans Fuß; Fabrikant Wirth; Bezirksoberschullehrer Meerwald (1. Vors. der Ortsgruppe der DVP); Beiräte: Baumeister Egelseer; Bäckermeister und Stadtrat Helmreich.

162 Sein erster Vorsitzender Weiskopf war Vorsitzender des Kuratoriums der israel. Realschule, also Jude. NBZ vom 13.4.32.

163 NBZ vom 25.5.32.

164 Z.B. forderte der Verein die Aufgabe städtischer Regiebetriebe, wodurch sich nach Wegfall der dafür erforderlichen Zuschüsse Einsparungen ergeben würden. NBZ vom 10.10.32.

165 Was immer der Verein auch darunter verstand; jede produktive Beschäftigung der Erwerbslosen durch das Wohlfahrtsamt, z.B. die Reparatur von Schuhen, stieß auf energischen Protest des Handwerks.

verständlich ohne die Unterstützung der wirklich Bedürftigen und Arbeitswilligen schmälern zu wollen: Sie müßten unter allen Umständen auch leben können und bekommen, was sie unbedingt (!) benötigten. Dies gelte vor allem für die "verschämten Armen", die gerne arbeiten würden, nicht aber für die "unverschämten Armen", die zu stolz sind, eine Arbeit anzunehmen, die ihnen nicht gefällt oder deren Entlohnung nicht hoch genug ist, und die deshalb lieber den leichteren, aber "unehrenhaften Weg der Unterstützung" gingen ¹⁶⁶. "Treu-Fürth" sah sich frei von jeder Parteipolitik und frei von jeglichen Sonderinteressen, seine Arbeit stand nach der Bekundung seines ersten Vorsitzenden unter dem Gesichtspunkt des allgemeinen Wohls ¹⁶⁷.

b) Bayerischer Heimat- und Königsbund

Rein politisch war die Zielsetzung des militant antirepublikanischen und antidemokratischen Bayerischen Heimat- und Königsbundes. Er wollte "außerhalb des politischen Parteilebens den föderalistischen und monarchistischen Gedanken im bayer. Volke erhalten und stärken..." und unterstützte alle Verbände, die wie er auf nationalem und christlich-monarchistischem Boden standen. Oberstes Ziel und gleichzeitig Heilmittel gegen die Übel der Zeit war für den Heimat- und Königsbund die Restauration der Monarchie, als deren berufener Träger ihm das Haus Wittelsbach galt ¹⁶⁸. Unversöhnlich kämpfte er gegen das parlamentarisch-demokratische System der Weimarer Republik. In ihrem politischen, wirtschaftlichen und sittlichen Versagen glaubte der Bayerische Heimat- und Königsbund die Ursache für die Staats- und Wirtschaftskrise gefunden zu haben. Das "heutige Elend" trug für ihn zwei

166 FUA vom 28.7.30. Dazu auch NBZ vom 25.3.31 und 21.3.32.

167 NBZ vom 25.3.31.

168 StA Nbg: Polizeidir. 582.

Namen: Republik und Einheitsstaat ¹⁶⁹. Sowohl die Revolution als Ursprung wie die Demokratie als die geistige Grundlage der Republik lehnte er unversöhnlich ab: Er bestritt die Rechtsgültigkeit der Weimarer Verfassung, denn der "ewige Rechtsbegriff", der niemand hörig sein und nicht der schwankenden Majorität der Demokratie unterworfen werden darf, sei durch Macht nicht zu ändern. In der Demokratie sei die Mehrheit zur Tyrannei der Zahl erhoben worden, mit der das "heilige und ewige Recht" vor dem Zufall und seinen schwankenden Gesetzen gebeugt und erniedrigt worden sei. Mit dem Sturz des Thrones sei auch der Altar in die Tiefe gerissen worden, damit der Leitsatz des Unglaubens "Alle Gewalt geht vom Volke aus" in der Verfassung verankert werden konnte. Dieser Satz lasse sich aber mit dem Christentum nicht vereinbaren. Damit habe das Deutsche Reich aufgehört, ein christlicher Staat zu sein, da es keine Gewalt gebe, die nicht vor Gott verliehen ist, und keine rechtmäßige Herrschaft, die über sich nicht die Gebote Gottes weiß. Ohne diese christlichen Grundlagen sei der Staat zum organisierten Haufen seiner Interessenten herabgewürdigt worden ¹⁷⁰.

Trotz der in Anspruch genommenen "streng überparteilichen Einstellung" ¹⁷¹ empfahl der Heimat- und Königsbund seinen Mitgliedern, bei der Reichstagswahl 1928 für die bürgerlichen Rechtsparteien, das hieß für die DNVP, Volksrechtspartei, Wirtschaftspartei oder BVP, 1930 auch für die Landvolkpartei oder Volkskonservativen, aber keinesfalls für linksgerichtete Parteien zu stimmen ¹⁷². Sein politischer Standort wird insbesondere durch seine Haltung zum Volksbegehren gegen den Young-Plan charakterisiert. Er verpflichtete seine Mitglieder (und ihre

169 FfA vom 27. und 29.2.32.

170 Der Landesleiter des Heimat- und Königsbundes, Enoch Freiherr zu Guttenberg, auf einer Kundgebung für die Monarchie am 20.2.32 nach FfA vom 27. und 29.2.32. Dazu außerdem: FfA vom 14.7.30, 1.2. u. 3.2.32.

171 FfA vom 11.5.28.

172 StA Nbg: Polizeidir., 15.2.28; FfA vom 11.5., 18.5., 19.5.28 und 3.9.30.

Angehörigen), sich rückhaltslos hinter das Volksbegehren zu stellen und sich in die Listen einzuzeichnen. Die bürgerlichen Parteien, die sonst in der vaterländischen Front standen, aber das Volksbegehren nicht unterstützten, wurden heftig kritisiert, sie gäben sich damit her zum "Schrittmacher dieses ... marxistischen Skandals" ¹⁷³.

Der Heimat- und Königsbund wollte Bayern verteidigen gegen den "neupreußischen marxistischen Unitarismus"; den elfjährigen (1929) "Berliner Saustall" habe man endlich satt. Die "Staatsumwälzung" im November 1918 habe ein "Leben in Schönheit und Würde" bringen sollen. Heute seien nur noch diejenigen zufrieden, die an der "sozialistischen Futterkrippe" stehen. Der Mittelstand sei vernichtet, zum Teil proletarisiert, am schlimmsten gehe es den Bauern. An diesem Elend sei zwar zum Teil der verlorene Krieg schuld. Dafür seien aber die gleichen "falschen Propheten" verantwortlich. Sie hätten die Heimat zermürbt und das tapfere Heer zum vorzeitigen Niederlegen der Waffen gezwungen. Deutschland sei heute (1929) schon eine Kolonie des Auslandes, alles solle proletarisiert werden ¹⁷⁴.

Der Bayerische Heimat- und Königsbund ist ein gutes Beispiel für die zahlreichen mehr oder minder starken Verbände, die durch ihre Negation der Demokratie und Republik die Grundlagen des Weimarer Staates untergruben bzw. eine Festigung verhinderten, ohne aber mit dem völlig unrealistischen Plan der Restauration der bayerischen Monarchie eine tragfähige Lösung bieten zu können. Die nationalistische, noch schärfer antimarxistische und mit christlichen Leerformeln angereicherte nationalsozialistische Propaganda fand hier einen gut bereiteten Boden. Für eine direkte Unterstützung der NSDAP durch den Bayerischen Heimat- und Königsbund finden sich allerdings

¹⁷³ Damit war die Gegenpropaganda der Reichsregierung gemeint, die in parteipolitischer Weise von ihren Machtmitteln Gebrauch gemacht habe. FfA vom 17.10.29.

¹⁷⁴ FfA vom 6.12.29 und NBZ vom 7.12.29.

(für Fürth) keine Belege. Als er es vor der Reichstagswahl 1928 unter Berufung auf seinen überparteilichen Charakter ablehnte, neu entstandene Parteien zu unterstützen ¹⁷⁵, mag damit (auch) die NSDAP gemeint gewesen sein. Starke publizistische Unterstützung fand der Bayerische Heimat- und Königsbund in Fürth durch den "Fürther Anzeiger", dessen Hauptschriftleiter Baumeister zweiter Vorsitzender seiner Fürther Ortsgruppe war ¹⁷⁶.

Anders als Baumeister, der auch nach dem Einschwenken des "Fürther Anzeigers" auf die nationalsozialistische Linie seine Funktion im Vorstand der Ortsgruppe beibehielt, zogen viele Mitglieder weitergehende Konsequenzen. Denn es war wohl der Anziehungskraft des Nationalsozialismus zu danken, wenn die Ortsgruppe Fürth des Bayerischen Heimat- und Königsbundes, die von 1926 bis 1928 noch um knapp 100 auf rd. 400 Mitglieder zugenommen hatte, bis Februar 1933 auf 174 Mitglieder geschrumpft war ¹⁷⁷.

c) Veteranenvereine

Auf der gleichen ideologischen Linie wie der Bayerische Heimat- und Königsbund, aber ohne den ausgeprägten föderalistischen und monarchistischen Einschlag bewegten sich die Militär- und Kriegervereine ¹⁷⁸. In der Kriegergenossenschaft Fürth waren 25 Veteranenvereine mit 2 500 bis 3 000 Mitgliedern zusammengeschlossen ¹⁷⁹.

¹⁷⁵ FüA vom 11.5.28.

¹⁷⁶ FüA vom 6.12.29.

¹⁷⁷ NBZ vom 19.10.28 und 8.2.33; Füt vom 8.2.33.

¹⁷⁸ Dazu allgemein: C.J. Elliot, The Kriegervereine and the Weimar Republic, in: Journal of Contemporary History 10 (1975), S. 109 - 129 sowie Dieter Fricke und Kurt Finker, Deutscher Reichskriegerbund "Kyffhäuser", in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd. II, S. 296 - 312.

¹⁷⁹ Lt. NBZ vom 25.2.31: 2 443 "zahlende" Mitglieder. Eine spätere Nachricht, FüA vom 3.2.33, berichtet von 3 000 Mitgliedern. Bei dem Plus dürfte es sich zum geringeren Teil um einen Mitgliederzuwachs handeln. In der Hauptsache wird der Unterschied daher rühren,

Die Mehrzahl der Veteranenvereine zählte wohl weniger als 100 Mitglieder ¹⁸⁰, einige aber auch mehr ¹⁸¹, der größte, der Kriegsveteranenverein Fürth, sogar rd. 520 Mitglieder ¹⁸². Ihrer sozialen Struktur nach waren die Veteranenvereine, soweit dies festgestellt werden konnte, überwiegend bürgerlich bestimmt. Jedenfalls befinden sich auf der Ehrungsliste der "um die vaterländische Sache verdienten Kameraden" des Kriegsveteranenvereins Fürth in drei Jahren keine Arbeiter, sondern nur Angestellte und Beamte, selbständige Gewerbetreibende und Fabrikanten, Angehörige freier Berufe (z.B. Ärzte) und auch zwei evangelische Pfarrer ¹⁸³.

Die nationale Einstellung der Veteranenvereine wird am treffendsten durch ihre Gedenktage charakterisiert: durch den Sedanstag und die Bismarckfeiern ¹⁸⁴. Gegen Parteigeist und Zersplitterung des Volkes riefen sie im Gedenken an Bismarck, den deutschen Heros, zur Einigkeit und nationalen Geschlossenheit des Volkes auf. Den alten deutschen Geist Bismarcks gelte es lebendig zu erhalten,

daß die recht zahlreichen Ehrenmitglieder der Veteranenvereine in der ersten Zahl nicht enthalten sind. Ein Veteranenverein meldete stolz einen Mitgliederzugang von 90 auf 175 im Jahre 1932 als eine besondere Leistung, weil in den meisten "Kameradenvereinen" ein Rückgang festzustellen sei. NBZ vom 18.1.33.

180 FüA vom 18.1.32, 31.1. u. 7.2.33.

181 NBZ vom 28.1.31; 28.1., 2.2., 22.3. u. 13.4.32; 18.1.33.

182 NBZ vom 15.1.29, 14.1.30 und 14.1.31.

183 NBZ vom 7.5.29, 6.5.30 und 5.4.32. Elliot, Kriegervereine, S. 114, behauptet, die Mehrheit der Mitglieder habe zur Arbeiterklasse gehört, das Erscheinungsbild der Kriegervereine sei jedoch allgemein kleinbürgerlich gewesen. Die Haltung der Kriegervereine zur Sozialdemokratie war ausgesprochen feindlich. Obwohl von 1915 - 1933 die Mitgliedersperre für Sozialdemokraten aufgehoben war, wurde nach 1918 die "nach außen hin proklamierte Überparteilichkeit mehr und mehr zur Farce"; Angehörige der Linksparteien wurden aus dem Kyffhäuserbund ausgestoßen. Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold, Düsseldorf 1966, S. 126 f.

184 NBZ vom 23.8.30 und FüA vom 1.9.30; NBZ vom 2.4.28 und 2.4.29.

dann werde das Vaterland wieder erstehen zu neuer Kraft und Herrlichkeit. Die Uneinigkeit, das alte deutsche Erbübel, müsse beseitigt werden; "durch den neuen Geist der Kraft, Zucht, des Lichtes und der Einigkeit" werde man die Freiheit wieder erlangen. "Der Tag wird dann kommen, da der Kyffhäuser sich wieder auftut für eines neuen Deutschen Reiches Herrlichkeit." ¹⁸⁵ Ausgehend von dem Gegensatz einer vorgeblich dem Gemeinwohl dienenden nationalen Haltung und der rein politischen, an Interessen orientierten Einstellung ¹⁸⁶ erscheint die Vergangenheit verklärt, die Gegenwart dagegen unerträglich. Das Wort "deutsch" ist die alles beherrschende Vokabel in den Festreden und das ständige Attribut positiver Eigenschaften. Beim hundertjährigen Jubiläum des Veteranenvereins (der alte) Fürth beschwor der erste Bundespräsident des Bayerischen Kriegerbundes (BKB) wiederum das Schicksal Deutschlands in der Einheit des Volkes, den Aufbau aus den tieferen Quellen des Volkstums heraus, "aus deutschem Geist und deutscher Art, deutschem Wesen und deutscher Sitte, aus deutscher Tüchtigkeit und Pflichttreue, aus unserem auf Zucht und Ehrfurcht beruhenden Familienleben und aus deutscher Frömmigkeit" ¹⁸⁷. Zur Erfüllung besonderer Aufgaben bei diesem Aufbau sahen sich die Kriegervereine besonders berufen wegen ihrer "altbewährten und treu bewahrten Soldatentugenden, der opferwilligen und opferfreudigen Vaterlandsiebe, der Kameradentreue, der Selbstzucht und Manneszucht, der Unterordnung ... unter das eiserne Gebot der Pflicht und der restlosen Erfüllung dieser Pflicht bis zum äußersten zum Wohle des Ganzen". Dieser Soldatengeist, als Frontgeist bewährt, solle sich durchsetzen gegen den "verderblichen und von gefährlichen Giften gefüllten Zeitgeist ..." ¹⁸⁸. Dieser Kriegerbundegeist sei beseelt von

185 NBZ vom 13.8.28; außerdem NBZ vom 2.4.29 und FvA vom 2.4.28.

186 Der Gegensatz zwischen "national" und "politisch" wird ausdrücklich bei der Bismarckfeier der Kriegergenossenschaft Fürth am 31.3.29 angesprochen. NBZ vom 2.4.29.

187 FvA vom 19.7.32.

188 Ebenda.

unwandelbarer Treue zur Fahne Schwarzweißrot, von tief verwurzelter Liebe zu Volk und Vaterland. Der Zeitgeist dagegen kenne kein Vaterland, schwärme nur für die Internationale; er habe Zwietracht gesät, Klassenkampf und Klassenhaß gepredigt, kenne nur Parteisucht und Selbstsucht, rein materialistische Anschauungen, die das Zusammengehörigkeitsgefühl, jedes höhere Streben und das ideale Denken zu ersticken suchten. Alles werde in Geld und Geldeswert umgesetzt, Gewinnsucht und Genußsucht seien der Daseinszweck. Auch die Soldaten wollten keinen Krieg; aber über Krieg und Frieden entscheiden nicht Schlagwortpolitiker, sondern höhere Gewalten, "nämlich die ewigen Gesetze des Werdens und Vergehens der Völker ...". Ein solches Gesetz sei, daß Ehre und Freiheit eines Volkes höher stehen als Gut und Eigentum, als Gesundheit und Leben ¹⁸⁹.

Expressis verbis wurden die Mitglieder der Veteranenvereine zwar nicht zur Wahl einer bestimmten Partei aufgefordert. Der Wahlauf Ruf des Kyffhäuser-Bundes vor der Reichstagswahl 1928, dem auch der Bayerische Kriegerbund beitrug, war jedoch eindeutig genug. Zur Wahlbeteiligung forderte er mit dem Hinweis auf, es gehe darum, welche Staatsauffassung und Weltanschauung in der kommenden Zeit den Staat regieren, die Gesetze machen und anwenden werde. Zweck der Wahl seien nicht das persönliche Wohl und eigene Vorteile, sondern die Stimmabgabe für die im Interesse der gesamten Nation zur Leitung des Staates am besten geeignete Richtung. Stimmen für Splitterparteien seien verloren, sie kämen indirekt jenen Parteien zugute, unter deren Wähler die Parteibindung durch Überzeugung vorherrsche. Dieser Wahlauf Ruf schloß außer den bürgerlichen Rechtsparteien alle anderen Parteien, aber auch die NSDAP, die wohl noch als Splitterpartei angesprochen war, für eine Stimmabgabe aus. Um aber außerdem einer naheliegenden Unzufriedenheit der Mitglieder mit der DVP und insbesondere der

¹⁸⁹ Ebenda.

Regierungsbeteiligung der DNVP zu begegnen, wies die Wahlempfehlung darauf hin, daß jede Partei im politisch-parlamentarischen Leben in manchen Fragen ausweichen, nachgeben und Kompromisse schließen müsse. Für die Wahl einer Partei sei ihre Gesamthaltung, ihre grundsätzliche Einstellung zu den Hauptfragen des staatlichen und nationalen Lebens maßgebend ¹⁹⁰.

Beim Volksbegehren gegen den Young-Plan zog sich der Bayerische Kriegerbund dadurch aus der Affäre, daß er seinen Mitgliedern die Stimmabgabe als Gewissensentscheidung freistellte. In der Obmannschaft Fürth Stadt und Land des BKB traten verschiedene Meinungen auf: Die eine versuchte Stresemanns Außenpolitik zumindest von der Intention her zu rechtfertigen, während die andere den Volksentscheid zwar als aussichtslos bezeichnete, aber als eindrucksvolle Opposition gegen die Haltung der Reichsregierung begrüßte ¹⁹¹.

Im Gegensatz zum Kyffhäuserbund, der für Hindenburg eintrat, nahm der BKB den gleichen "überparteilichen" Standpunkt auch bei der Wahl des Reichspräsidenten 1932 ein. Diese Haltung konnte nichts anderes bedeuten als eine Freigabe der Abstimmung zwischen Hindenburg und Hitler. Sie wurde im Bezirk Fürth des BKB, nachdem der Obmann zuvor den Aufruf des Kyffhäuserbundes als untragbar bezeichnet hatte, mit Beifall aufgenommen ¹⁹². Ob Ende 1932 auch in anderen Fürther Veteranenvereinen ebenso eindeutig für die NSDAP agitiert wurde wie im - aller-

¹⁹⁰ FfA vom 11.4.28.

¹⁹¹ FfA vom 22.10.29.

¹⁹² FfA vom 26.2. und 7.3.32. Die Zeitung, die in dieser Zeit allerdings immer mehr Sympathien für die NSDAP zeigte, berichtete sogar, der Aufruf des BKB sei als allein richtig mit "großer Freude" und "großem Beifall" aufgenommen worden. Im gleichen Sinne jedoch auch NBZ vom 7.3.32. Diese Reaktion zeigt eine ausgeprägt politische Haltung der Mitglieder und nicht, wie Elliot, Kriegervereine, S. 127, feststellt, mehr nostalgische als politische (monarchistische) Sympathien.

dings nur rd. 100 Mitglieder starken - Veteranenverein (der alte), können wir leider nicht ausmachen. Sein erster Vorsitzender Baumeister, Hauptschriftleiter des Fürther Anzeigers und 2. Vorsitzender der Ortsgruppe des Bayerischen Heimat- und Königsbundes, appellierte an die Kriegsteilnehmer und Kriegsoffer, am 6. November endgültig mit den Novembervbrechern abzurechnen und empfahl ihnen, bei der Wahl keiner der bekannten Regierungsparteien seit 1918 ihre Stimme zu geben ¹⁹³.

Jedenfalls fiel es der Kriegergenossenschaft Fürth des BKB nach der Machtergreifung nicht schwer, sich auf die neuen Machtverhältnisse einzustellen. Schon am 1. Februar wurde in einer Versammlung folgende Erklärung einstimmig und, will man dem Bericht glauben, mit "jubilender Begeisterung" angenommen: "Die Krieger- und Militärvereine der Stadt Fürth bekennen sich restlos und einmütig zur nationalen Freiheitsbewegung und werden sich in treuer Waffenbrüderschaft unter Einsatz ihrer ganzen Macht und Kraft in Zukunft bei allen nationalen und vaterländischen Kundgebungen offiziell beteiligen ...". Die Annahme des Antrages wurde mit dem Deutschlandlied und "Sieg-Heil" gefeiert ¹⁹⁴. Ganz so einhellig scheint die Zustimmung allerdings doch nicht gewesen zu sein. Offenbar nicht nur die sozialdemokratische "Fränkische Tagespost" hatte dem BKB vorgeworfen, er treibe politischen Mißbrauch mit den Kriegervereinsfahnen ¹⁹⁵; denn die Kriegergenossenschaft Fürth verteidigte ihre Teilnahme an der vaterländischen "Kundgebung gegen den Bolschewismus" am 3. März 1933 (also unmittelbar vor der Wahl) mit dem Argument, als deutsch denkend und deutsch fühlend erfülle sie damit nur ihre vaterländische Pflicht.

¹⁹³ FfA vom 18.10.32.

¹⁹⁴ FfA vom 3.2.33. In der Versammlung waren tatsächlich nur 20 von 25 Vereinen der Kriegergenossenschaft Fürth vertreten; das Bekenntnis war folglich nicht ganz so "restlos" und "einstimmig", wie der Bericht behauptete. Ob die Abwesenheit von 5 Vereinen eine Protesthaltung darstellt oder aus anderen Gründen erklärbar ist, läßt sich für uns nicht erkennen.

¹⁹⁵ FT vom 22.2.33.

Dank der bekannten (in diesem Zusammenhang unausgesprochenen) Unterscheidung zwischen "national" und "politisch" konnte die Kriegergenossenschaft auch jetzt noch parteipolitische Neutralität in Anspruch nehmen ¹⁹⁶. Am 18. März 1933 begrüßte der BKB die politischen Ereignisse "der letzten Wochen" im Reiche und in den Ländern und den damit verbundenen starken Aufschwung des nationalen Lebens, insbesondere die Wiedereinführung der "alten ruhmreichen Reichsfarben Schwarzweißrot". Er sprach außerdem die Hoffnung aus, daß es gelingen möge, Deutschlands Befreiung zu vollenden, sein kulturelles Leben zu erneuern und die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen ¹⁹⁷.

d) Nationale Verbände

In ihren Lageberichten über die Rechtsbewegung stellte die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth ¹⁹⁸ zu Beginn des Jahres 1928 fest, daß in Mittelfranken der Tannenbergbund immer mehr in den Hintergrund rücke, Oberland, Bund Bayern und Reich sowie Jungdeutscher Orden kaum mehr in Erscheinung treten. Die Bedeutung der Wehrverbände nehme ab, teils weil sie wie der Stahlhelm in die Bahnen politischer Interessen einschwenken, teils weil das Interesse bürgerlicher Kreise angesichts der "fortgeschrittenen Konsolidierung der Verhältnisse" schwinde. Auch in Fürth spielten diese Verbände, vom Stahlhelm abgesehen, keine oder kaum eine Rolle. Der Alldeutsche Verband zum Beispiel brachte es in den beiden Städten Fürth und Nürnberg in einer gemeinsamen Ortsgruppe gerade auf 130 Mitglieder ¹⁹⁹.

Der stärkste nationale Wehrverband war in Fürth wie in Mittelfranken zunächst die Reichsflagge ²⁰⁰. Sie

¹⁹⁶ NBZ und FüA vom 2.3.33.

¹⁹⁷ NBZ vom 22.3.33.

¹⁹⁸ StA Nbg: Polizeidir. 15.2.28 und 2.4.28.

¹⁹⁹ StA Nbg: Polizeidir. 567.

²⁰⁰ StA Nbg: Polizeidir. 566, 567, 583, 584. Vgl. dazu auch: Rainer Hambrecht, Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925 - 1933), Nürnberg 1976, S. 15 ff., 76 ff.

zählte 1925 in Fürth 250 Mitglieder ²⁰¹, war zunächst völkisch, später vaterländisch-monarchistisch orientiert. Als seinen Zweck betrachtete der Verband "die Pflege deutscher Art und Sitte, die Erhaltung der Überlieferung der Großtaten unseres deutschen Volkes in Friedens- und Kriegszeiten". Dazu dienten u.a. die nationalpolitische Schulung und wehrsportliche Ertüchtigung der Jugend. Nach einer Neugründung im März 1926 ²⁰² waren die beiden Fürther Ortsgruppen auf etwa 65 Mitglieder zusammengeschmolzen ²⁰³. Ende 1930 schließlich ging die Reichsflagge im Stahlhelm auf ²⁰⁴. In Fürth war es schon vor dem "Schutz- und Trutzbündnis" zwischen Stahlhelm und Reichsflagge vom Februar 1930, das gegenseitige Abwerbung und lokale Konkurrenzgründungen ausschloß ²⁰⁵, zur Bildung einer Ortsgruppe des Stahlhelm gekommen.

Schon zuvor, im Dezember 1929, hatte sich die Ortsgruppe Fürth des Stahlhelm durch den Übertritt des Bundes Schwarz-Weiß-Rot erheblich verstärken können ²⁰⁶. Dieser Verband dürfte mit seinen 300 Mitgliedern noch im Jahre 1927 ²⁰⁷ die stärkste vaterländische Vereinigung Fürths gewesen sein. Ende 1924 gegründet, war der Bund laut Organisationsstatut der Zusammenschluß der vaterländischen und völkischen Verbände in Fürth, die damit ihre Selbständigkeit aufgaben. Das Ziel der Organisation war es, unter Ausschaltung jeglicher Parteipolitik vaterländische Aufbauarbeit zu leisten. Sein oberster Grund-

201 Davon 50 Mitglieder in der selbständigen Ortsgruppe Burgfarrnbach.

202 Diese Vorgänge bedürfen in unserem Zusammenhang keiner eingehenderen Klärung. 1925 existierte in Fürth auch noch eine 75 Mitglieder starke Ortsgruppe der Altreichsflagge, einer völkischen Absplitterung der Reichsflagge.

203 StA Nbg: Polizeidir. 20.1.27 u. 587.

204 Auf Beschluß einer Führertagung vom 14.12.30. - StA Nbg: Polizeidir. 18.12.30.

205 StA Nbg: Polizeidir. 20.3.30.

206 StA Nbg: Polizeidir. 23.12.29.

207 StA Nbg: Polizeidir. 587.

satz lautete: "Das Vaterland steht über den Parteien" ²⁰⁸. Deshalb wollte er jede "verfassungsmäßige, streng nationale Regierung rückhaltlos" unterstützen ²⁰⁹. Vor der Reichstagswahl wurde der Bund auch in diesem Sinne tätig. In einem Sprechabend befaßte sich der Vorsitzende mit den anstehenden politischen Fragen und würdigte "die markantesten Persönlichkeiten des Reichstages in ihrer die nationalen Belange fördernden oder schädigenden Wirksamkeit ..." ²¹⁰. Entsprechend seiner "Überparteilichkeit" stellte der Bund seinen Mitgliedern frei, für welche der "auf nationalem Boden stehenden Parteien" sie stimmen wollten ²¹¹. So eindeutig diese Wahlempfehlung war, so wenig nützte sie den nationalen Parteien ²¹². Mit seinen 300 Mitgliedern bildete der Bund Schwarz-Weiß-Rot in Fürth einen recht schwachen Rückhalt für die nationalen Parteien ²¹³. Auch dadurch wird (zumindest teilweise) die geringe Resonanz erklärt, die die DNVP bis zur Reichstagswahl im Dezember 1924 in Fürth fand ²¹⁴.

Ein Indiz für die schwache Wirkung der vaterländischen Verbände Fürths ist der Übertritt des Bundes Schwarz-Weiß-Rot und der Reichsflagge zum Stahlhelm, als es diesem gelungen war, seit 1928 auch in Nordbayern allmählich Fuß zu fassen. Bis dahin war der Stahlhelm in Bayern nur schwach vertreten, in Fürth bestand keine Ortsgruppe ²¹⁵. Über eine Veranstaltung des Stahlhelm in

208 StA Nbg: Polizeidir. 566; dazu auch StA Nbg: Polizeidir. 567, 584 und StA Nbg: Reg. Mfr II, Nr. 250.

209 Das Organisationsstatut ist undatiert, stammt aber wahrscheinlich aus dem Jahre 1924. StA Nbg: Polizeidir. 566.

210 FÜA vom 2.4.28.

211 Ebenda.

212 Vgl. oben S. 29 f.

213 Die Ortsgruppe Nürnberg wurde dagegen auf 8 000 - 10 000 Mitglieder geschätzt. StA Nbg: Polizeidir. 567.

214 Vgl. oben S. 21 ff. Erst in dieser Aufschwungphase der DNVP erfolgte dann auch die Gründung des Bundes Schwarz-Weiß-Rot.

215 StA Nbg: Polizeidir. 587, 15.2.28 u. 15.12.28.

Fürth wird erstmals Ende April 1929 berichtet, und zwar über einen Werbemarsch der Ortsgruppe Nürnberg (mit 70 Mann) und eine anschließende Versammlung, auf der der Fürther Ortsgruppenführer ²¹⁶ ankündigte, daß der Stahlhelm, nachdem der Parteigeist abgewirtschaftet habe, gemeinsam mit der NSDAP den Kampf gegen das "heutige Partei- und Regierungssystem" aufnehmen werde. Die Resonanz war jedoch gering; nur 80 Personen besuchten die Veranstaltung.

Der Stahlhelm nahm in Anspruch, wie in der soldatischen Frontgemeinschaft die konfessionellen wie die Standes- oder Klassenunterschiede überwinden und eine Volksgemeinschaft realisieren zu können. "Dieser Glaube an den Kameraden neben uns, an die deutsche Volksgemeinschaft ohne Rücksicht auf bürgerlichen Stand oder die Konfession des anderen lebt in uns noch heute" ²¹⁷. Es war gewiß kein Zufall, wenn auf einer größeren, "sehr gut besuchten" Kundgebung des Fürther Stahlhelm Anfang Mai 1931 der zweite Bundesvorsitzende der Stahlhelm-Selbsthilfe als Hauptredner der Veranstaltung auftrat; seine Ausführungen richteten sich wie alle Propaganda und Agitation der nationalen Verbände gegen den 'Marxismus', waren aber darüber hinaus offensichtlich bewußt an die Arbeiterschaft adressiert. Danach wurde die "marxistische Mißwirtschaft", die den deutschen Inlandsmarkt zerstört und Millionen in die Arbeitslosigkeit hineingetrieben habe, für die wirtschaftliche Misere verantwortlich gemacht. Aber die Tage der sozialdemokratischen Vorherrschaft seien gezählt angesichts des

²¹⁶ Oberstleutnant a.D. Braun war außerdem auch Bezirksführer für Mittelfranken und - bis Dezember 1929 - der Führer des Bundes Schwarz-Weiß-Rot in Fürth. StA Nbg: Polizeidir. 6.6.29, 4.11.29, 567.

²¹⁷ NBZ vom 18.4.31. Zur Geschichte des Stahlhelm: Volker R. Berghahn, Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten 1918 - 1935, Düsseldorf 1966 und Alois Klotzbücher, Der politische Weg des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten in der Weimarer Republik, Phil.Diss. Erlangen 1964.

nationalen Erwachens des mißhandelten deutschen Volkes. Die Stahlhelm-Selbsthilfe wurde der Arbeiterschaft Fürths als Arbeitnehmerorganisation des Stahlhelm vorgestellt, die auf berufsständischer Grundlage auf dem Gedanken der Werksverbundenheit beruhe und auf dem Boden des Privateigentums wertvolle Vorarbeit für eine soziale Neuordnung Deutschlands leiste. Die Stahlhelm-Selbsthilfe forderte die deutschen Arbeitnehmer auf, sich von der Bevormundung durch das marxistische System zu befreien. Eine soziale Besserung werde nur durch die innere und äußere Befreiung Deutschlands möglich sein. Die deutschen Arbeitnehmer gehörten in die Reihen der deutschen Freiheitsbewegung. Denn wenn es nicht gelinge, die Massen der deutschen Arbeiter aus den "Klauen des Marxismus" zu befreien, drohe der Bolschewismus, der die Verachtung alles dessen bedeute, was deutsches Leben lebenswert mache. An die Stelle von Klassenhaß und Standesdünkel müsse die seelische Verbundenheit eines durch Blut und Boden zusammengehörigen Volkes treten. Die soziale Frage sei nicht in erster Linie eine Frage der Lohntüte, sondern ein völkisches und seelisches Problem ²¹⁸.

Wie wir aus unserer Wahlanalyse wissen, nahmen die Fürther Arbeiter diese Steine nicht für Brot. Die Stahlhelmpropaganda und die ausdrücklichen Wahlempfehlungen ²¹⁹ zugunsten der Parteien der nationalen Rechten brachten der DNVP in Fürth überhaupt keinen, der NSDAP - jedenfalls unter den Arbeitern - allenfalls nur einen sehr bescheidenen Gewinn.

Seit Februar 1930 sind in Fürth auch Aktivitäten des "Bundes Königin Luise", der bedeutendsten Frauenorganisation des Stahlhelm, nachweisbar ²²⁰. Der Bund widmete sich der Erziehung der deutschen Frauen im natio-

²¹⁸ NBZ vom 4.5.31.

²¹⁹ NBZ und FüA vom 26.7.32.

²²⁰ NBZ vom 12.2.30. Berghahn, Stahlhelm, S. 33, Anm. 8.

nenal Sinn: der Pflege des Herdes, der "Urzelle des geliebten Vaterlandes", der Beseitigung der Scheu vor Kindersegen. Sein Wahlspruch lautete: Diene!²²¹ Leider können wir weder über seine Stärke noch über seine Wirksamkeit Näheres ausmachen.

Der Scharnhorstbund, die Schülerorganisation des Stahlhelm für neun- bis siebzehnjährige "deutsche Jungens", trat in Fürth bis 1933 überhaupt nicht in Erscheinung. Eine Ortsgruppe Fürth wurde erst nach der Machtergreifung gegründet²²². Die beherrschende vaterländische Jugendorganisation in Fürth war der Bund "Jung-Bayern". Daneben waren der Bund Jung-Deutschland mit 30 Mitgliedern²²³ und die völkische Schilljugend mit 40 Mitgliedern²²⁴ nur Randerscheinungen. Dies gilt noch mehr für die Freischar Schill, einer ebenfalls völkischen Absplitterung von der Schilljugend, mit nur 14 Mitgliedern²²⁵.

Bei den Jung-Bayern dagegen waren (anfangs 1927) 200 jugendliche und 200 erwachsene Mitglieder organisiert²²⁶. Diese Stärke verdankten die Jung-Bayern in Fürth einer zwanzigjährigen Tradition. Der Vorläufer der

221 StA Nbg: Polizeidir. 567.

222 Allerdings existierte früher bereits eine im November 1923 gegründete Ortsgruppe des Scharnhorstbundes, die jedoch im Verzeichnis der völkischen und vaterländischen Organisationen in Fürth vom 20.1.1927 schon nicht mehr aufgeführt war. StA Nbg: Polizeidir. 587 u. 583.

223 FvA vom 30.4.28.

224 StA Nbg: Polizeidir. 567 u. 587.

225 StA Nbg: Polizeidir. 567. Die Nachricht ist undatiert, stammt aber vermutlich aus dem Jahre 1928. Auch 1930 hatte sie noch "keine nennenswerte Mitgliederzahl". StA Nbg: Polizeidir. 29.7.30. Kurze Informationen über die genannten Jugendverbände im Handbuch von Rudolf Kneip, Jugend der Weimarer Zeit, Frankfurt a. Main 1974, S. 217 f., 121.

226 StA Nbg: Polizeidir. 587. Die Erwachsenen wurden als fördernde Mitglieder aufgenommen. Nach einer späteren Meldung, NBZ vom 11.1.29, zählte der Bund 241 aktive und passive Jungens sowie 140 zahlende Mitglieder.

Fürther Ortsgruppe, der Verein "Volkswohl" wurde bereits im Jahre 1909 von zwei Offizieren gegründet und soll zum Vater des Bayerischen Wehrkraftvereins und des gesamten Jungdeutschlandbundes geworden sein ²²⁷. Der Wehrkraftverein widmete sich der Jugenderziehung auf militärischer Grundlage; er wurde meist von Offizieren geführt und achtete im Gegensatz zur Wandervogelbewegung auf strengste Disziplin und einheitliche Uniformierung. Der zwangsweisen Auflösung kam der Verein nach Kriegsende durch die Selbstauflösung zuvor. Infolge der fehlenden staatlichen Unterstützung blieb die Mitgliederzahl der 1921 als Jung-Bayern erfolgten Neugründung im allgemeinen sehr gering. In Fürth gelang es jedoch den Jung-Bayern, an die Wehrkrafttradition anzuknüpfen.

Jung-Bayern war stramm national orientiert. Die Ortsgruppen schlossen sich den größeren lokalen vaterländischen Organisationen an, z.B. den Vereinigten Vaterländischen Verbänden Bayerns (VVVB) oder dem Ring Schwarz-Weiß-Rot ²²⁸. Wie alle nationalen Verbände sah sich auch die Ortsgruppe Fürth der Jung-Bayern frei von Parteipolitik, "aber bewußt staatspolitisch und staats-erhaltend". Oberster Grundsatz war die Pflege des vaterländischen Gedankens; die "Wehrkraftjungen" sollten in diesem vaterländischen Geiste erzogen werden ²²⁹.

Jung-Bayern sei kein politischer Verein, weil Politik bei der Jugenderziehung nichts zu suchen habe und nur die Wehrkraft zerstöre. Der Bund sei auch kein Wehrverband, aber ein Verband zur "Wehrhaftmachung" ²³⁰. Bei zahlreichen Anlässen, in Versammlungen, bei Kundgebungen, Sonnwend- und Weihnachtsfeiern wurden den Jugendlichen (und den teilnehmenden Erwachsenen) in einem Gemisch von christlichem und vaterländischem Pathos gelegentlich

227 Nach Kneip, Jugend der Weimarer Zeit, S. 35, lag der Ursprung des Bayer. Wehrkraftvereins dagegen in München.

228 StA Nbg: Polizeidir. 567; NBZ vom 18.10.29 und FÜA vom 21.10.29.

229 NBZ vom 22.5.28.

230 NBZ vom 18.10.32.

auch unter Bezug auf die germanische Vorzeit, die hohen Ideale der deutschen Kultur, der Freiheitsbewegung deutschen Geistes vor Augen geführt. Wenn die deutsche Jugend "deutsche Sitte und Sittlichkeit, deutsches Heldentum und deutsche Religiosität, spartanische Einfachheit und Kameradschaft" erkenne und bewahre, werde "einst der Tag kommen, da unserem Vaterland wieder die Sonne der Freiheit leuchtet"²³¹. Jung-Bayern "negiert nicht die Natur im Menschen, bejaht seine Bindung an Volkstum und Gott und verwirft die seit der Französischen Revolution aufgekommene ausschließliche Herrschaft der bloßen Vernunft"²³².

Stahlhelm und Jung-Bayern pflegten ein freundschaftliches Verhältnis. Wo Ortsgruppen der Jung-Bayern bestanden wie in Fürth, verzichtete der Stahlhelm im allgemeinen auf die Gründung von Scharnhorstgruppen²³³. Im Frühjahr 1930 beteiligte sich Jung-Bayern Fürth mit anderen Verbänden und Vereinen (Reichsflagge, Oberland, Turnverein Guts-Muths Fürth) an einer vom Stahlhelm veranstalteten gemeinsamen Geländeübung bei Neustadt a.d. Aisch²³⁴. Auch an einem Beispiel personeller Verflechtung werden die guten Beziehungen zwischen den beiden Verbänden deutlich. So war der Ortsgruppenführer (und Bezirksführer für Mittelfranken) des Stahlhelm, Oberstleutnant Braun, gleichzeitig Mitglied des Beirates der Jung-Bayern²³⁵. Die "Fränkische Tagespost" warf den Jung-Bayern darüber hinaus vor, sie seien ein Reservoir für die Hitlerjugend, ihre Mitglieder hätten Karten für eine Hitlerversammlung "verhökert" und Flugblätter verteilt. Für die Affinität der Jung-Bayern auch zur NSDAP gibt es tatsächlich ein exklusives Beispiel: Der spätere SA-Oberführer von Danzig und Westpreußen Max Linsmayer, seit 1923 Mitglied der Jung-Bayern, seit 1925 Zugführer

²³¹ NBZ vom 30.10.28.

²³² NBZ vom 23.10.28.

²³³ StA Nbg: Polizeidir. 5.11.32.

²³⁴ StA Nbg: Polizeidir. 567 und 31.5.30.

²³⁵ NBZ vom 27.1.30.

und seit 1928 der Spielleiter dieser Organisation, verzichtete im Mai 1930 auf diese Funktion und wurde gleichzeitig zum Sturmführer der Fürther SA berufen ²³⁶.

e) Republikanische Verbände

Über das Fürther "Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" liegen uns wenig Informationen vor. Die bürgerliche Presse Fürths berichtete nur ausnahmsweise und dann nur knapp über Veranstaltungen des Reichsbanners. Aber auch die Berichterstattung der sozialdemokratischen "Fränkischen Tagespost" über das Reichsbanner reicht nicht aus, um einen zufriedenstellenden Einblick in die Stärke, Organisation und Wirksamkeit des Fürther Reichsbanners zu gewinnen ²³⁷.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold war bekanntlich als Zusammenfassung aller (reichsdeutschen) Kriegsteilnehmer gedacht, die auf dem Boden der republikanischen Verfassung standen. Neben der Kameradschaft wollte der Bund die "republikanische Gesinnung wecken und pflegen, die Reichsverfassung sowie die republikanischen Landesverfassungen schützen und sich den republikanischen Regierungen ... in Fällen der Not zur Verfügung stellen" ²³⁸. Weitaus am stärksten vertreten waren im Reichsbanner von Anfang an die Sozialdemokraten. Zu Beginn des Jahres 1928 wurde auch in Nordbayern eine Linksentwicklung des Reichsbanners registriert. Die ohnehin wenigen Führerstellen, die mit Angehörigen bürgerlicher Parteien besetzt waren, wurden allmählich Sozial-

²³⁶ FT vom 9.10.30 und NBZ vom 30.5.33.

²³⁷ Nach Hambrecht, Aufstieg der NSDAP, S. 295, zählte das Reichsbanner in Nürnberg und Fürth 1924/25 ca. 10 000 Mitglieder; der Fürther Ortsverein kann danach auf maximal 2 000 Mann geschätzt werden. Rohe, Reichsbanner, S. 73, begegnet den Zahlenangaben des Reichsbanners in dieser Zeit allerdings mit Skepsis.

²³⁸ Bundessatzung vom 27.2.24 (Abschrift). StA Nbg: Polizeidir. 568.

demokraten übertragen ²³⁹.

Nach den vorliegenden Informationen über die Veranstaltungen des Fürther Ortsvereins war die Beteiligung der Reichsbannerleute meist recht schwach und die Resonanz in der Bevölkerung sehr gering. Von einem Bezirkstreffen in Cadolzburg am 11. September 1927, an dem also auch benachbarte Ortsgruppen teilnahmen, wurden nur 90 bis 100 Teilnehmer, von zwei Werbeveranstaltungen in der näheren Umgebung Fürths anfangs 1928 ebenfalls nur mäßiger Besuch gemeldet ²⁴⁰. Obwohl die Beteiligung an einem Festzug in Fürth anlässlich des "Republikanischen Tages" am 22./23. Juni 1929 auch der Nürnberger Ortsgruppe zur Pflicht gemacht worden war, nahmen nur 1 300 Personen (einschließlich der Frauen) daran teil, so daß die Veranstaltung vom Reichsbanner selbst als "großer Versager" bezeichnet wurde ²⁴¹. Ob es sich bei den 1 000 Teilnehmern des Jubiläumsfestzuges im Februar 1931 ausschließlich um Fürther Reichsbannerleute handelte oder der Zug aus benachbarten Ortsgruppen verstärkt war, können wir nicht feststellen. Angesichts der Stärke der organisierten Fürther Arbeiterschaft, der freien Gewerkschaften wie der Sozialdemokratie, muß die schwache Resonanz des Reichsbanners überraschen, selbst wenn seit 1931 eine Aufwärtsentwicklung stattgefunden hat ²⁴².

239 StA Nbg: Polizeidir. 6.2.28. Bei den Angehörigen der bürgerlichen Parteien dürfte es sich hauptsächlich um DDP-Mitglieder gehandelt haben, da die BVP (im Gegensatz zum Zentrum) dem Reichsbanner "mit unverhohlener Feindschaft begegnet(e)". Rohe, Reichsbanner, S. 288. Rohe schätzt den Anteil der Reichsbannerangehörigen, die sich zur Sozialdemokratie bekannten, auf 90 %. Die breiten "Anhängermassen" stellte das Industrieproletariat. A.a.O., S. 267, 271 u. 314.

240 StA Nbg: Polizeidir. 373.

241 StA Nbg: Polizeidir. 24.10.29.

242 Aus der Generalversammlung des Reichsbanners Fürth im Januar 1933 wird lt. FT vom 14.1.33 eine Zunahme der Mitglieder gemeldet. Die Tatsache, daß Ende 1932 in Fürth eine Jungbannerabteilung gebildet wurde (FT vom 1.12.32), bestätigt diese Meldung. Tatsächlich konnte das Reichsbanner nach 1930 die Zahl seiner Mitglieder erhöhen. Auf den Wahlsieg der NSDAP am

Die Gründung der Eisernen Front in Fürth wurde von einer stark besuchten Doppelkundgebung am 7. Februar 1932 in den beiden größten Sälen der Stadt eingeleitet, auf der der kommissarische Bundesführer des Reichsbanners Höltermann und der SPD-Reichstagsabgeordnete Vogel sprachen ²⁴³. Im Zusammenhang mit dem "Aufmarsch" der Eisernen Front im ganzen Reichsgebiet standen die "durchwegs sehr stark besuchten Appelle", die die Fürther Organisation kurz darauf am 21. Februar gleichzeitig in zwölf Distrikten der Stadt abhielt, und die Nürnberger Großkundgebung am Nachmittag des gleichen Tages, an der auch die Fürther Ortsgruppe teilnahm ²⁴⁴. Auch in der Folgezeit suchte die Eiserne Front Stärke und Präsenz der organisierten Arbeiterschaft durch Kundgebungen und Versammlungen in der Öffentlichkeit zu demonstrieren, zum Beispiel am 17. Juli in Nürnberg durch eine Demonstration von 15 000 bis 20 000 Teilnehmern ²⁴⁵ oder durch eine Kundgebung am 21. September in Fürth mit 1 100 Teilnehmern ²⁴⁶.

Die Eiserne Front vereinigte das Reichsbanner, das Arbeitersportkartell, die Freien Gewerkschaften und die SPD zur Abwehr des nationalsozialistischen Terrors ²⁴⁷. Ihre Kundgebungen und Demonstrationen waren von einer Propaganda begleitet, die sich immer wieder mit emphatischen Worten der eigenen Stärke zu vergewissern suchte und glaubte, dem politischen Feind allein schon durch ihre Zahl und die Größe der Organi-

14. September 1930 reagierte der Verband mit neuer Aktivität, einer propagandistischen Gegenoffensive und der Bildung der Schutzformationen (Schufo). Rohe, Reichsbanner, S. 74, 363 ff.

243 FT vom 8.2.32 und NBZ vom 9.2.32. Zur Eisernen Front: Rohe, Reichsbanner, S. 392 ff. und Sergei Tschachotin, Dreipfeil gegen Hakenkreuz, Kopenhagen 1933.

244 FT vom 17.2. und 22.2.32.

245 FT vom 18.7.32.

246 StA Nbg: Reg. Mfr IX, 225.

247 NBZ vom 9.2.32.

sation Einhalt gebieten zu können ²⁴⁸. Richtig war die selbstbewußte Feststellung Vogels am 7. Februar 1932 in Fürth, daß nur die bürgerlichen Parteien von den Nazis dezimiert worden seien, aber nicht die Reihen der katholischen und proletarischen Wählerschaft. Aber es sollte sich als eine gefährliche Illusion erweisen, wenn Höltermann auf der gleichen Veranstaltung ausführte, gegen eine nationalsozialistische Machtergreifung bräuchte sich die Arbeiterschaft nur zu organisieren. Die Eiserne Front wollte nach wie vor den Weg zum Sozialismus auf dem Weg über die Demokratie gehen. Zwar wisse man (heute) nicht, ob der Arbeiterklasse die Gewaltanwendung erspart bleibe, aber, so setzte Vogel gleich hinzu, eine kämpfende Truppe beweise ihre Disziplin dadurch, daß sie sich nicht provozieren lasse ²⁴⁹. Mit sichtlicher Genugtuung registrierte man in der Folge, daß das Symbol der Eisernen Front, die drei weißen Pfeile auf rotem Grund, im Straßenbild Fürths immer stärker hervortrete ²⁵⁰. In Nürnberg, behauptete die Eiserne Front, könne sie 20 000 Kämpfer auf die Beine bringen, weitere 20 000 bildeten eine Reserve, "daß sich keiner von den Putschbrüdern mehr auf die Straße wagt". Vor dem "reinigenden Gewitter" der Eisernen Front würden die SA-Leute mit Hitler die Flucht ergreifen ²⁵¹. Dieses ebenso harmlose wie leichtfertige Vertrauen in die allein auf die Zahl gegründete Stärke der Organisation begegnet schon in den ersten Appellen der

248 Nach den Grundsätzen Tschachotins, der im wesentlichen für die neuen Propagandaformen der Eisernen Front verantwortlich war, sollte der Öffentlichkeit auf diese Weise ganz bewußt die Macht und die Stärke der Arbeiterklasse demonstriert und der Gegner eingeschüchtert werden, Rohe, Reichsbanner, S. 404 ff. Rohe beurteilt die "Drei-Pfeil-Agitation" als "massenpsychologisch weitaus wirksamer" als die bisherige, veraltete, 'biedermeierliche' Propaganda der SPD. A.a.O., S. 408.

249 FT vom 8.2.32.

250 FT vom 5.7.32. Der "Völkische Beobachter" verhöhnte das Symbol der EF als Mistgabel, worauf die FT am 6.7.32 könterte, mit dieser "Mistgabel" werde man den "Nazi-Saustall" ausmisten.

251 FT vom 30.1.32.

Eisernen Front, in denen sie sich darstellt als Millionenarmee nicht für gewaltsame Angriffe, aber gegen alle Bürgerkriegspläne. "Die Existenz dieser ... Eisernen Front muß jeden Gedanken auf Raub politischer, gewerkschaftlicher und kultureller Freiheiten ersticken" ²⁵². Die Antwort der Arbeiterschaft auf die Provokationen der Harzburger Front, auf ihre Pläne, die Arbeiterschaft niederzuschlagen und eine Diktatur zu errichten, bestehe im "gesetzmäßigen Zusammenschluß aller ... ihrer Organisationen ... zu einer unüberwindlichen Abwehrkraft, die sich auf Recht und Verfassung stützt und nichts anderes will als Recht und Verfassung". Dies sei der schwerste moralische Schlag gegen die Bürgerkriegsprovokateure ²⁵³. Die Illusion der Funktionäre, schon die Existenz der Eisernen Front und die Beobachtung einer unbedingten Legalität werde die Nationalsozialisten an der Erreichung ihrer Ziele hindern, manifestiert sich auch in der Form mancher ihrer Verlautbarungen, die mitunter den Eindruck erwecken, als berausche sich der Redner oder Schreiber an den eigenen Worten und verliere damit den Bezug zur Realität. So schrieb zum Beispiel die "Fränkische Tagespost" nach der Nürnberger Kundgebung am 21. Februar ²⁵⁴: "Eiserne Front! Das ist ein Wall von Menschenleibern, das ist ein Damm der Republikaner gegen Willkür und Diktatur, gegen Blutrausch und Wahnsinn." Über die Demonstration der Eisernen Front am 17. Juli 1932 in Nürnberg ließ sich das gleiche Blatt ²⁵⁵ begeistert aus: "Zehntausende von Fäusten

²⁵² Appell der Reichskampfleitung der EF vom 25.1.32. Zitiert nach FT vom 26.1.32. Schon beim Reichsbanner spricht Rohe von einem "künstlich gemachten Schwarz-Rot-Gold-Enthusiasmus" (Reichsbanner, S. 79). In seinem differenzierten Urteil darüber, weshalb "umfassendere Abwehrmaßnahmen" der EF unterblieben, stellt er seitens der EF eine Unterschätzung der drohenden Gefahren und eine Überschätzung der eigenen Macht fest, deren Zurschaustellen zur Abwehr rechter Putschpläne zu genügen schien (a.a.O., S. 415).

²⁵³ FT vom 27.1.32.

²⁵⁴ 22.2.32.

²⁵⁵ 18.7.32.

reckten sich in die Luft. Zehntausende von Fäusten ballten sich in kraftvollem Gelöbnis zum Himmel. Zehntausende demonstrierten für die Freiheit. Zehntausende grüßten sich in enger Verbundenheit. In Zehntausenden von Herzen dieser gewaltigen politischen Demonstration ... grub sich der Schwur ein:

Eher soll der letzte Mann verderben
Als die Freiheit wieder sterben!" ²⁵⁶

Das Pathos des nationalen Bürgertums findet hier seine sozialistische Entsprechung ²⁵⁷.

5. Nationales Denken in der evangelischen Kirche

In unserer Wahlanalyse deuteten sich Zusammenhänge zwischen dem Bevölkerungsanteil der Protestanten und den Wahlergebnissen nur schwach an ²⁵⁸. Zweifellos bestand aber seitens des deutschen Protestantismus "eine besondere Affinität zur Rechten" ²⁵⁹. "Das für die Öffentlichkeit sichtbare Bild des politischen Protestantismus in der Weimarer Republik blieb weitgehend von dem Nationalismus der evangelischen Geistlichkeit ... und von

²⁵⁶ FT vom 18.7.32. Zwar hatte die EF nach dem 20. Juli 1932 ihre "technisch-militärischen Abwehrvorbereitungen" intensiviert (Rohe, Reichsbanner, S. 440), tatsächlich war sie aber für eine Bürgerkriegssituation nicht gerüstet. Es gelang "zu keiner Zeit ..., die Bewegung zu einem einheitlich operierenden, schlagkräftigen und einsatzfähigen Kampfinstrument auszubauen" (a.a.O., S. 414). Auch Wiesemann, Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme, S. 202, stellt fest, daß das bayerische Reichsbanner wegen seines Ausbildungsstandes und seiner geringen Schlagkraft für eine Gegenwehr in einem Bürgerkrieg kaum in Frage kam. Vgl. auch die damit übereinstimmenden Feststellungen Beers, Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 163 u. 345, Anm. 37 über die Situation in Nürnberg.

²⁵⁷ Hier wie vielfach an anderer Stelle begegnet die befremdliche Neigung, die Situation durch Reime meistern zu wollen. Otto Wels schließt z.B. einen Artikel über die EF in der FT vom 16.7.32 mit dem Vers: "Lieber republikanisch sterben, als faschistisch verderben!"

²⁵⁸ Vgl. oben S. 128.

²⁵⁹ Van Norden, Die Stellung der evangelischen Kirche zum Nationalsozialismus 1932/33, in: Von Weimar zu Hitler, S. 396. Ebenso a.a.O., S. 378 und 384.

deren Engagement für die politische Rechte beherrscht" ²⁶⁰. Der konservative Flügel des Protestantismus mit der stärksten Anhängerschaft war durch soziale Bande an die herrschende Schicht gebunden ²⁶¹. "Die evangelische Kirche (war) in ihren wesentlichen Erscheinungsformen ... ein Teil des deutschen Bürgertums ..." ²⁶². Zu den gleichen Feststellungen kam ein zeitgenössischer Beobachter in einer protestantischen Arbeitergemeinde in Berlin: "Wir sind durch und durch bürgerlich ..." ²⁶³. Das kirchliche und christliche Bewußtsein der Gegenwart werde im wesentlichen getragen von bestimmten Schichten des Bürgertums. "Kirche ist Bürgerlichkeit." Frömmigkeit und kirchliche Einstellung seien aufs engste verbunden mit Bürgerlichkeit und nationalem Denken ²⁶⁴.

Auch in den Kirchenvorständen und Kirchenverwaltungen der Fürther Gemeinden dominierten die Angehörigen des Bürgertums, selbständige Gewerbetreibende, freie Berufe, Beamte und Angestellte; Arbeiter erscheinen nur

260 Opitz, Der Christlich-soziale Volksdienst, S. 31. Nach Karl-Wilhelm Dahm, Pfarrer und Politik, Köln und Opladen 1965, S. 148, hier zitiert nach van Norden, Die Stellung der evangelischen Kirche zum Nationalsozialismus, S. 397, waren in den zwanziger Jahren 70 bis 80 Prozent der deutschen Pastoren dem 'konservativ-nationalen' Einstellungstyp zuzurechnen. Van Norden, a.a.O., S. 396, zitiert - allerdings die darin enthaltene Verallgemeinerung einschränkend - das Wort eines Generalsuperintendenten, daß "jeder evangelische Pastor ... mit einem Tropfen konservativen Öls gesalbt" sei. Zur politischen Haltung der evangelischen Kirchenführung vgl. Jonathan R.C. Wright, "Above Parties"; The Political Attitudes of the German Protestant Church Leadership 1918 - 1933, Oxford 1974 (dt. Ausgabe unter dem Titel: Über den Parteien, Göttingen 1977).

261 Opitz, Der Christlich-soziale Volksdienst, S. 17.

262 Ernst-August Roloff, Bürgertum und Nationalsozialismus 1930 - 1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich, Hannover 1961, S. 166.

263 Dehn, Proletarische Jugend, S. 27.

264 Dehn, Proletarische Jugend, S. 146.

ganz ausnahmsweise in den Listen ²⁶⁵. Die evangelischen Vereine wurden offenbar gerne von den Pfarrern selbst geführt ²⁶⁶.

Wenn in Fürth von evangelischer Seite der "schnöde Vorwurf" gegen die evangelische Kirche, sie sei parteilich und das Werkzeug einer bestimmten Klasse, als Verleumdung energisch zurückgewiesen wurde mit dem Hinweis, sie würde sonst ihrem innersten Berufe untreu werden ²⁶⁷, dann ist dahinter die gleiche Unterscheidung (parteipolitischer und nationaler Angelegenheiten zu vermuten, wie sie uns bereits in der Presse und den Vereinen begegnete. So empfahl zwar im Dezember 1932 der Bayerische Evangelische Pfarrerverein den Amtsträgern äußerste Zurückhaltung in parteipolitischen Dingen. Aufgabe des Pfarrers sei es, die weltanschauliche Arbeit zu pflegen. Damit zu vereinbaren war offensichtlich die Feststellung, daß es jeder evangelische Pfarrer als heilige Aufgabe betrachte, deutsche vaterländische Gesinnung in seiner Gemeinde zu pflegen ²⁶⁸. Dieser Einstellung entsprach auch die Fürther Praxis. Nationales Denken wurde hier von den Repräsentanten der evangelischen Kirche, insbesondere in den kirchlichen Vereinen verbreitet und gefördert. Zum zehnten Jahrestag des "Versailler Diktates" ordneten die evangelischen Kirchenbehörden in allen Kirchen des Landes Gebetsgottesdienste an. Nachdem das deutsche Volk vor zehn Jahren zu Kriegsverbrechern ge-

265 Die Ergebnisse der Kirchenverwaltungswahlen seit 1905 in StA Nbg: Reg. Mfr X, 1606; die Ergebnisse der Kirchenvorstands- und -verwaltungswahlen 1929 in NBZ vom 11. und 21.6.29.

266 Z.B.: Evangelischer Arbeiterverein lt. NBZ vom 6.12.30 und 28.1.31; Evangelischer Gemeindeverband mit weiteren Angehörigen des Bürgertums lt. NBZ vom 15.7.31 und 18.6.32; Evangelischer Arbeiter- und Gemeindeverein Burgfarnbach ebenfalls nur mit selbständigen Gewerbetreibenden und Beamten im Vorstand lt. NBZ vom 31.1.29; bürgerlich strukturiert war auch der Evangelische Gemeinde- und Kirchenbauverein Fürth-West, NBZ vom 26.10.32.

267 FÜA vom 11.8.32.

268 FK vom 18.12.32.

stempelt wurde, wolle man nun "uns und unsere Kinder weiter auf Jahrzehnte hinaus entehren, ausrauben und entrechten. Wir protestieren dagegen und appellieren an den allwissenden und gerechten Gott, der da weiß, wo die Kriegsschuld liegt ..." ²⁶⁹. Anlässlich der Räumung des Rheinlandes lud Stadtpfarrer Fronmüller selbst die Bevölkerung ohne Unterschied der Konfession und Partei zu einer Feier auf dem "altehrwürdigen Kirchenplatz" vor der Hauptkirche der Stadt. Auf diesem Platz hatten während des Weltkrieges mehr als vierzig Siegesfeiern stattgefunden; auf ihm wollte der Stadtpfarrer am 1. Juli 1930 "der Befreiung der Rheinlande vom Joch der feindlichen Besatzung dankbar gedenken" ²⁷⁰. Er sprach dabei aber auch von den Tributlasten des "Schandvertrages von Versailles" und dem Ziel "unserer christlichen Feinde", Deutschland zusammenbrechen zu lassen. Aber alle völkischen Geschicke halte ein Stärkerer, der allmächtige Gott, in seiner Hand. Er werde "unser Volk" nicht verlassen, wenn es ihn nicht verläßt ²⁷¹. Hier wie bei anderen Gelegenheiten stand über eine rein verbale Verknüpfung religiöser und vaterländischer Inhalte hinaus das nationale Schicksal in unmittelbarer Abhängigkeit vom Glauben des Volkes und seinem Gehorsam vor Gott. Der treue Gott, der alle Treue lohne, werde "unserem Volke" dieses Opfer (der Gefallenen des Krieges) nicht ungelohnt lassen, wenn "es sich in Treue ihm wieder zukehrt". Mehr denn je brauche das deutsche Volk den Geist, "der damals wunderbar das deutsche Heer erfüllte in größter, selbstverständlicher Pflichttreue, den Geist des selbstverständlichen Gehorsams, den Geist der Liebe zu Volk und Vaterland ... Wir brauchen heute wieder den Geist des

269 NBZ vom 25.6. und 1.7.29.

270 NBZ vom 30.6.30. Zum Abschluß richtete sich die Einladung allerdings nur noch an alle vaterländisch gesinnten Männer und Frauen.

271 FfA vom 2.7.30.

Glaubens und der Gottesfurcht" ²⁷². Den gleichen Zusammenhang stellten im April 1932 mehrere Evangelisationsvorträge her ²⁷³. Die Not der Gegenwart sei aus der Sünde geboren. Zu Beginn des Weltkrieges sei "unser Volk" geschlossen vor Gott auf den Knien gelegen und Gott habe "uns" Sieg auf Sieg geschenkt. Als sich die Kirchen wieder leerten, habe Gott, weil er gerecht ist, den Krieg verloren gehen lassen ²⁷⁴. Ohne Kirche kein Volk, denn die Gottesdienstgemeinschaft schafft Volksgemeinschaft ²⁷⁵.

Der Pflege der nationalen Gesinnung widmeten sich auch die evangelischen Vereine. Wir erkennen wiederum die Unterscheidung von Parteipolitik und nationalen Anliegen, wenn auf dem Jugendwerbetag eines evangelischen Jungmännervereins der zuständige Stadtpfarrer seine Hoffnungen auf die Jugend setzt, daß sie "uns herausführt aus allem Parteihader und wieder hin auf den christlichen Standpunkt, damit wir wieder ein christliches Volk werden" ²⁷⁶. Der Evangelische Arbeiter-

²⁷² Aus der Rede des Stadtpfarrers anlässlich des 60jährigen Gründungsjubiläums des Evangelischen Arbeitervereins. Er gedachte der Toten, die freudig hinausgezogen seien, "um für Deutschlands Größe und Herrlichkeit zu kämpfen" und zu sterben, "wenn nur Deutschland lebt!" Er gedachte der Gefallenen aber auch mit der "bitteren Klage", "weil trotz ihrer unsagbaren Opfer schließlich im Rausch der Revolution all das zusammenbrach, wofür sie sich geopfert hatten ...". FfA und FfT vom 23.1.33.

²⁷³ Die Vorträge in der Pfarrei St. Michael befaßten sich mit der Gefahr des Bolschewismus und der Gottlosigkeit, dem Diktat von Versailles und der vaterländischen Not, der Seelenlosigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems, der kommunistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und u.a. auch der Seelenlosigkeit des Sicherungs- und Fürsorgewesens. NBZ vom 15.4.32 u. FK vom 21.4.32.

²⁷⁴ NBZ vom 15.4.32. Wenn dieser Zusammenhang auch außerhalb des Deutschen Reiches galt, müßten sich z.B. in Frankreich gleichzeitig die Kirchen gefüllt haben.

²⁷⁵ FK vom 21.4.32.

²⁷⁶ NBZ vom 19.11.29.

verein Fürth betonte den evangelischen, religiösen Standpunkt im Gegensatz zu norddeutschen Arbeitervereinen, die mehr die gewerkschaftliche Seite zur Geltung brachten. Dabei wolle man bleiben, da "gerade jetzt" das christliche Moment den richtigen Maßstab zur Beurteilung der Gegenwart biete²⁷⁷. Was das hieß, wird klar angesichts der Losung des Nachbarvereins in Nürnberg "Evangelisch und deutsch", zu der sich der Fürther Verein durch seinen Vorsitzenden, Dekan Winter, ebenfalls bekannte²⁷⁸. Ob zum Gründungsjubiläum, zur Sonnenwendfeier, zum Weihnachtsfest oder zum Volkstrauertag, die Festreden waren durchdrungen von nationalem Gedankengut und Pathos. Da ist die Rede von der Hoffnung auf eine Revolution des deutschen Herzens (Weihnachten 1930), dem Sehnen nach einem nationalen Frühling, vom Glauben an Deutschlands Auferstehung, der in den Herzen aller wahrhaft gut gesinnten Männer wohne²⁷⁹. Das Stiftungsfest beschloß der Verein mit einem patriotischen Gedicht und dem (stehend gesungenen) Deutschlandlied. Und wenn am Volkstrauertag anläßlich des Gedenkens an die Gefallenen des Weltkrieges auch von der lebenden Jugend "Pflicht! Dienst! Opfer!" gefordert wurde, geschah dies unter ausdrücklichem Hinweis auf das Vorbild Jesu²⁸⁰; er sollte als Mann und Held Vorbild sein für die deutschen Männer²⁸¹.

Die evangelischen Arbeitervereine waren als Gegengewicht gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie gegründet worden²⁸². Dem gleichen Zweck diente ein (wesentlich später gegründeter) evangelischer Jungmännerverein Fürths, wenn er vor allem die Arbeiterjugend

277 NBZ und FK vom 4.2.32.

278 NBZ vom 28.2.29.

279 NBZ vom 28.2.29, 25.6. und 30.12.30.

280 NBZ vom 7.3.28.

281 FüA vom 14.4.32.

282 NBZ vom 25.11.30.

an die evangelische Kirche heranzuführen wollte²⁸³. Die evangelischen Vereine setzten sich deshalb immer wieder auseinander mit dem gottlosen Bolschewismus, der "heute vorherrschenden Internationale", dem Marxismus (den Luther ablehnen würde), mit einer bestimmten Parteipolitik in Preußen oder auch - direkt angesprochen - mit dem völligen Desinteresse der SPD an christlichen Belangen²⁸⁴. Nicht anders war die Redeweise vom Kampf gegen die Gottlosigkeit zu verstehen²⁸⁵. Die christliche und vaterländische Jugendbewegung müsse ein Bollwerk gegen den zersetzenden und unterminierenden Geist des Antichristentums sein²⁸⁶. Gerade im Blick auf die Zukunft wollte man (1932) deutsch-evangelisch bleiben²⁸⁷.

In der Endphase der Weimarer Republik gab es in der evangelischen Kirche "Kreise, die vom Nationalsozialismus alles erhofften, und solche, die von ihm alles befürchteten"²⁸⁸. Trotz dieser Differenzierung stellt Van Norden jedoch fest, "daß der deutsche Protestantismus in seiner Mehrheit die Machtergreifung Hitlers ... begrüßt hat"²⁸⁹.

Dieser positiven Haltung evangelischer Amtsträger zum Nationalsozialismus begegnen wir auch in Fürth.

283 NBZ vom 1.4.30. Auch die Menschen in den unteren Schichten seien zu bejahen.

284 FfA und NBZ vom 30.10.29, FfT vom 15.3.32, FK vom 4.5.32.

285 FfA vom 19.10.32.

286 NBZ vom 19.10.32.

287 FfA vom 19.10.32.

288 Van Norden, Die Stellung der evangelischen Kirche zum Nationalsozialismus, S. 389.

289 Van Norden, Die Stellung der evang. Kirche zum Nationalsozialismus, S. 397. Zur Haltung der evangelischen Geistlichkeit gegenüber dem Nationalsozialismus vgl. auch Pridham, Hitler's Rise to Power, S. 170 f. und Noakes, The Nazi Party in Lower Saxony, S. 207 f.; insbesondere Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1, S. 170 ff., 212 ff., 239 ff. u. 277 ff.

Schon im November 1932 hatte ein Pfarrer im Deutsch-evangelischen Frauenbund seinen Vortrag gegen die bolschewistische Gefahr ("Die Frau im Sowjetrußland") beendet mit dem Ruf "Deutschland erwache!"²⁹⁰. In einem Fürther Vorort konnten noch vor der Machtergreifung die "Hakenkreuzler" geschlossen und in Uniform die Kirche besuchen²⁹¹. Nach der Machtergreifung wurden die politischen Ereignisse auch in den evangelischen Vereinen mit dem uns bereits bekannten nationalen Überschwang begrüßt. Nach vierzehnjähriger Knechtschaft, nach dem Treubruch gegenüber "unseren Toten" des Weltkrieges und dem Treubruch auch "unserem Gott" gegenüber durch die Gottlosenbewegung sei es wie ein Volksfrühling durch "unser Volk" gegangen²⁹², sei ein Volksfrühling "durch die deutschen Gaue mit elementarer Gewalt dahingebraust ..." ²⁹³. Hoffend und vertrauend schaue alles aufwärts zu dem Manne, der neben dem verehrten Reichspräsidenten die Zügel der Regierung fest in der Hand halte, dem die Herzen millionenfach entgegenbrennen²⁹⁴. Diese lokalen Stimmen standen im Einklang mit Erklärungen evangelischer Verbände, zum Beispiel der Evangelischen Jugend Deutschlands, deren Führerschaft "in dieser Stunde ... ein freudiges Ja zum Aufbruch der deutschen Nation sagt". Es gehe um die Erneuerung der Lebensgrundlagen allen Volkstums. Die Haltung der Evangelischen Front könne nicht anders sein, als leidenschaftlich

290 NBZ vom 22.11.32. Zur Haltung evangelischer Geistlicher zum NS vgl. auch Hambrecht, Aufstieg der NSDAP, S. 287 ff., 311 u. 402.

291 FT vom 25.1.33.

292 NBZ vom 28.3.33.

293 FvA vom 22.3.33.

294 NBZ vom 22.3.33. Die Erklärung gilt also ausdrücklich Hitler, nicht der nationalen Koalitionsregierung.

teilzunehmen am Schicksal "unseres Volkes" ²⁹⁵. Auch der Pfarrverein der Evangelisch-Lutherischen Kirche Bayerns, eine Organisation von 1 400 Geistlichen und Religionslehrern, erklärte sich "mit Freuden bereit, ... sich in den Dienst der nationalen Erziehung zu stellen". Die evangelische Kirche habe es "von jeher als ihre wesentliche Aufgabe angesehen, unser Volk in vaterländischem Geist ... zu erziehen und hat sich ... stets als treue Hüterin von deutscher Art und Sitte erwiesen" ²⁹⁶. Hier bestätigt sich die Feststellung van Nordens, daß "die evangelische Kirche zum neuen Staat von Potsdam das Ja gesprochen (hatte), das sie zur alten Weimarer Republik in dieser Form nicht gefunden hatte ...", und daß sie es gesprochen hatte "aus ihrer im ganzen unveränderten nationalen, vaterländischen, konservativen Einstellung heraus" ²⁹⁷.

295 FfA und FfT vom 29.3.33. Eine neue Stunde deutscher Geschichte breche herein. Hart am Rande des Bolschewismus sei Deutschlands Schicksal noch einmal zurückgerissen worden. Eine starke Staatsführung rufe alle Deutschen zur Verantwortung, die gottgesetzten Grundlagen von Heimat, Volk und Staat neu zu erkennen. Eine Bewegung breche sich Bahn, die eine Überbrückung der Klassen, Stände und Stammesgegensätze verheiße.

296 NBZ vom 7.4.33.

297 Van Norden, Die Stellung der evangelischen Kirche zum Nationalsozialismus, S. 395.

X. DIE PARTEIEN

1. Die bürgerlichen Parteien

So wenig im vorigen Kapitel eine Gesamtdarstellung aller oder auch nur bestimmter gesellschaftlicher Organisationen beabsichtigt oder möglich war, kann hier eine Geschichte der Fürther Parteiorganisationen geboten werden. Vielmehr wird sich die Betrachtung auf die wichtigeren Parteien (in Fürth), und zwar insbesondere auf ihre Aktivitäten in den Wahlkämpfen konzentrieren ¹.

Deshalb ist für uns die BVP, die als stärkste Partei in Bayern in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus die entscheidende Rolle spielte, weniger interessant ². Denn die BVP hatte in Fürth zwar eine unbeirrbar, aber doch relativ kleine Wählerschaft, die sich auch nach unseren Feststellungen ³ überwiegend aus bürgerlichen Schichten rekrutierte. Die BVP betonte

¹ Zur Geschichte der Parteien: S. Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik; Matthias/Morsey, Das Ende der Parteien; Ludwig Bergsträsser, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, 11. Auflage, hrsg. von Wilhelm Mommsen, München/Wien 1965; Buchheim, Geschichte der christlichen Parteien; Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Band I und II, Berlin 1968/70; Helga Grebing, Geschichte der deutschen Parteien, Wiesbaden 1962; Oswald Hauser (Hrsg.), Politische Parteien in Deutschland und Frankreich 1918 bis 1939, Wiesbaden 1969; Tormin, Geschichte der deutschen Parteien.

² Zur BVP: Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur; ders., Die BVP, in: Das Ende der Parteien, S. 457 ff.; Schönhoven, Die BVP 1924-1932; ders., Zwischen Anpassung und Ausschaltung, in: HZ 224 (1977), S. 340 ff.; Wieseemann, Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme.

³ Vgl. oben S. 45 u. 119 f.

zwar ihren Charakter als Volkspartei, die alle Stände und Schichten umfassen und ihre Interessen ausgleichen wolle ⁴, aber erst anfangs 1929 gelang es ihrem Fürther Bezirksverein, diesem Anspruch durch die Gründung einer Arbeiter- und Angestelltengruppe wenigstens ansatzweise auch organisatorisch gerecht zu werden ⁵. Wie wir aus der Wahlentwicklung wissen, blieben diese Bemühungen der BVP, ihr Wählerpotential zu vergrößern und auch in der Fürther Arbeiterschaft Fuß zu fassen, ohne sichtbaren Erfolg ⁶.

Der Christlich-soziale Volksdienst erzielte trotz der vorwiegend evangelischen Bevölkerung in Fürth nur am 14. September 1930 ein beachtliches Wahlergebnis ⁷ und war danach nicht mehr als eine bedeutungslose Splitterpartei ⁸. Frühzeitig hatte die Fürther NSDAP die Schwäche des CSVD erkannt. Schon im Landtagswahlkampf 1932 wurden in Fürth zwei seiner Versammlungen von den in mehrfacher Überzahl erschienenen Nationalsozialisten gestört und die Versammlungsleiter schließlich zur Aufgabe gezwungen ⁹.

4 FÜA vom 21.4.28, FÜT vom 16.5.28, NBZ vom 18.5.28.

5 Der Vorsitzende sprach sich befriedigt darüber aus, "daß es nun auch in Fürth geglückt sei, eine Gruppe der Arbeiter und Angestellten zu gründen; er hoffe, daß dadurch der Partei mehr Mitglieder zugeführt werden". NBZ vom 6.2.29. Ganz allgemein waren in Bayern die katholischen Arbeitervereine und christlichen Gewerkschaften schon vor dem 1. Weltkrieg verhältnismäßig schwach. Thränhardt, Wahlen und politische Strukturen in Bayern, S. 85.

6 Auch eine weitere organisatorische Maßnahme, die Bildung je einer Bezirksgruppe für die innere und äußere Stadt Ende 1931, brachte nicht, wie von ihr erhofft, den "frischeren Zug in das örtliche Parteileben". NBZ vom 24.11.31.

7 Nicht besonders groß war das Interesse an den Veranstaltungen des CSVD offenbar schon in diesem Wahlkampf. Vgl. FÜA vom 2.9.30, NBZ u. FT vom 3.9.30.

8 Zum CSVD: Opitz, Der Christlich-soziale Volksdienst.

9 Nach dem Polizeibericht vom 26.4.32 standen in einer Versammlung 10 Anhängern des CSVD 60 Nationalsozialisten gegenüber. StA Nbg: Reg. Mfr II, 692; dazu auch die Berichte in: NBZ vom 15. und 18.4.32; FÜA und FT

Die Rolle einer unbedeutenden Splitterpartei spielte in Fürth auch die DVP spätestens seit der Septemberwahl 1930. Von allen bürgerlichen Parteien hatte sie sich dem gewerblichen Mittelstand Fürths mit dem geringsten Erfolg empfohlen¹⁰. Anders als die Wirtschaftspartei, die allerdings immer wieder die "behauptete Beamtenfeindlichkeit"¹¹ bestritt, hatte sich die DVP darüber hinaus auch um die Beamten und Angestellten bemüht. Aber bereits im Jahresbericht Ende 1928, wonach die Situation der Ortsgruppe keinen Anlaß zu Optimismus gebe, hatte sie selbst ihre Schwäche eingestanden¹².

Die eigentlichen Splitterparteien sind öffentlich kaum in Erscheinung getreten. So beschränkte sich die Konservative Volkspartei im Reichstagswahlkampf 1930 in Fürth auf Anzeigen, in denen sie vor allem um die (christlichen) Beamten, Angestellten und auch Arbeiter warb¹³. Derartige Bemühungen der Splitterparteien

vom 15.4.32; FÜA vom 19.4.32. Bemerkenswert ist an der Darstellung der NBZ, daß sie es vermeidet, die Parteizugehörigkeit der "Versammlungsstörer" zu erwähnen, obwohl sie u.a. berichtet, daß die Störer das Horst-Wessel-Lied anstimmten.

10 Z.B. FÜA vom 14.5.28, NBZ vom 19.5.28. Auch die Tatsache, daß ein Fürther Gewerbetreibender, der Bäckermeister Paul Schneider, für die DVP im Landtag saß, änderte daran nichts.

11 NBZ vom 19.5.28.

12 NBZ vom 17.12.28. Der Bericht widerlegt die entgegengesetzte Behauptung der NBZ vom 14.12.28. Aus dem Bewußtsein der eigenen Schwäche kam auch die Polemik Schneiders, daß "die Fanatiker dauernd Neuwahlen fordern". NBZ vom 26.6.30. Die DVP hatte insgesamt in Bayern eine schwache organisatorische Basis, da sich der größte Teil der liberalen Ortsgruppen 1919 der DDP angeschlossen hatte. Thränhardt, Wahlen und politische Strukturen in Bayern, S. 134. Zur DVP allgemein vgl. Booms, Die DVP, in: Das Ende der Parteien, S.523 ff.

13 NBZ vom 11. u. 12.9.30. Damit brachte sie es auf 333 Stimmen oder 0,7 Prozent. In Nordbayern war die Konservative Volkspartei im Wahlkampf kaum bemerkbar. StA Nbg: Polizeidir. 8.10.30. Zur Volkskonservativen Vereinigung und Konservativen Volkspartei vgl. Jonas, Die Volkskonservativen. Danach fand "eine volkskonservative Arbeit in Bayern eigentlich nur in München" statt. A.a.O., S. 139.

können hier vernachlässigt werden. Nur die "Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung", die in Fürth eine Ortsgruppe gebildet hatte, machte sich vor und im Reichstagswahlkampf 1928 durch einige öffentliche Versammlungen stärker bemerkbar ¹⁴. Das Wahlergebnis am 20. Mai 1928 (200 Stimmen oder 0,5 Prozent) zeigte den "Vorkämpfern der deutschen Rentner" und Verfechtern "der hohen Idee, die in dem Aufwertungs- und Volksrechtsgedanken" liege ¹⁵, die Aussichtslosigkeit ihrer Bemühungen ¹⁶.

a) Die Deutsche Demokratische Partei und Deutsche Staatspartei

Auch die DDP bzw. Staatspartei war seit 1930 in Fürth nicht viel stärker als eine Splitterpartei, seit dem 31. Juli 1932 ungefähr auf das Niveau der DVP gesunken. Trotzdem ist im Vergleich zur DVP eine eingehendere Erörterung ihrer politischen Tätigkeit geboten: Einmal entwickelte die Fürther Parteiorganisation der DDP bzw. Staatspartei auch in den letzten Jahren der Weimarer Republik noch erheblich mehr Kraft und Aktivität als die DVP. Wichtiger erscheint jedoch, daß die DDP in dieser Zeit die einzige (bürgerliche) Partei war, die sich ohne Vorbehalte für die Republik einsetzte. Ihr politisches Programm war die Weimarer Republik, ihre politischen Argumente waren die der Demokratie, ihre Schwäche folglich symptomatisch für die Schwäche

¹⁴ NBZ vom 11.2., 7.4. u. 9.5.28. Von der Versammlung im Februar wird schwacher Besuch gemeldet; von den beiden anderen Veranstaltungen besitzen wir keine diesbezüglichen Angaben.

¹⁵ NBZ vom 7.4.28.

¹⁶ Die "wahlverbündete" Kratofielgruppe erhielt in Fürth allerdings 579 Stimmen (= 1,4 %). Die späteren Wahlergebnisse der Volksrechtspartei: am 14.9.30: 54, am 31.7.32: 39 und am 6.11.32: 12 Stimmen.

der demokratischen Republik ¹⁷.

Der Reichstagswahlkampf 1928 verlief in (verhältnismäßig) ruhigen Bahnen. Die Aktivitäten der Parteien konzentrierten sich vor allem auf eine kurze Zeitspanne unmittelbar vor der Wahl ¹⁸. Ihre Wahlpropaganda stieß bei der Bevölkerung nur auf geringe Resonanz. Die Wahlversammlungen der bürgerlichen Parteien waren im allgemeinen mittelmäßig, teilweise sogar schlecht besucht ¹⁹. Selbst bei prominenten Rednern großer Parteien seien viele Stühle leer geblieben ²⁰.

Besonders betroffen vom Rückgang des Interesses war die DDP ²¹, obwohl sie sich in Fürth intensiver als die übrigen bürgerlichen Parteien bemühte, die Wähler von ihrer Politik zu überzeugen ²². Sie empfahl sich als

17 Vgl. dazu: Erich Matthias und Rudolf Morsey, Die Deutsche Staatspartei, in: Das Ende der Parteien, S. 31 und Chanady, The Dissolution of the German Democratic Party in 1930, in: The American Historical Review 73 (1967/68), S. 1433. Zur Geschichte der DDP und der Dt. Staatspartei außerdem: Hartmut Schustereit, Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1975; Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933, Göttingen 1973.

18 Über Wahlkampf und Wahlverlauf: StA Nbg: Reg. Mfr II, 688 u. Polizeidir. 15.12.28; außerdem NBZ vom 28.3. u. 28.4.28.

19 StA Nbg: Polizeidir. 23.5.28; ebenso, allerdings generell für alle Parteien: Füt vom 19.5.28, NBZ vom 12. u. 16.5.28.

20 Füt vom 21.5.28.

21 Zwei Versammlungen der DDP (vermutlich in Nbg) hatten nur 25 bzw. 34 Besucher; StA Nbg: Polizeidir. 25.3.28. Über den geringen Besuch einer Wahlversammlung der DDP für Frauen: Füt vom 15.5.28. Die demokratische Morgenpresse berichtete am 13.5.28, daß sich die Wahlversammlungen aller Parteien durch ihre Leere auszeichneten, die Redner vor 20 bis 30, höchstens 40 Menschen sprächen. Möglicherweise wurden hier die eigenen Erfahrungen zu stark verallgemeinert.

22 Nach den in der NBZ veröffentlichten Anzeigen veranstaltete die DDP vom 11. bis 19.5.28 fünf Wahlversammlungen, eine sechste am 19.5.28 wurde allerdings "wegen anderweitiger dringender Verpflichtungen der ... Referenten abgesagt".

Verfechterin der Demokratie, die jene höchsten Werte der Freiheit und des Rechts, des Friedens und der Vernunft in sich vereint ²³. Weder aus den Grundsätzen der Sozialdemokratie noch aus denen des Zentrums komme der demokratische Staatsgedanke. Die deutsche Republik sei ein Kind des Liberalismus; die DDP habe diesem Staat die Form gegeben ²⁴. Sie identifizierte sich mit der Republik, wobei sie die Notwendigkeit einer maßvollen vorwärtsschreitenden Evolution "von der unvollkommenen zur vollkommenen Republik" einräumte ²⁵. Die Demokratie (und die DDP) hätten Deutschland in seiner schwersten Zeit vor dem Untergang gerettet ²⁶. In den Tagen der Nachkriegszeit habe die DDP den sozialistischen Ansturm abgehalten und Jahre hindurch in schwerstem Kampf gegen die sozialdemokratischen Sozialisierungspläne gestanden ²⁷. Als Grundidee ihrer Politik bekannte sich die DDP zur Volksgemeinschaft, die den Gegensatz zwischen national und marxistisch, zwischen Stadt und Land, zwischen den Rassen, Konfessionen und Klassen überbrücken sollte ²⁸. Allein die DDP sei in der Lage, den Interessenkampf der Stände und den Klassenkampf auszugleichen ²⁹. Konsequenterweise empfahl sich die DDP als Partei der Mitte ³⁰, die bei aller Betonung der Gegensätze zur SPD daran festhielt, daß sie in den Koalitionen mit der SPD am meisten zur Bekämpfung des Radikalismus der Massen beigetragen habe. Die "jetzige

23 Ernst Lemmer in der SP vom 8.4.28.

24 Anton Erkelenz in MP vom 18.5.28.

25 MP vom 5.4.28.

26 NBZ vom 19.5.28.

27 MP vom 17.4.28 und 18.5.28. Die Aufbauarbeit der Parteien der Mitte und der Linken wird ebenfalls betont in MP vom 5.4.28.

28 Aus dem Wahlauftritt nach SP vom 29.4.28.

29 MP vom 16.5.28. Die DDP betrachtete sich selbst als die "Staatspartei", die übrigen Parteien aber als Interessensparteien, die durch ihre Klassenkampfpolitik eine Gesundung der Wirtschaft verhinderten. Schustereit, Linksliberalismus und Sozialdemokratie, S. 162.

30 Füt vom 15.5.28.

Regierung" sei zwar äußerlich scharf von der SPD abgerückt, von agitatorischen Rücksichten auf die SPD aber mehr beeinflußt worden als jemals eine Regierung der Mitte, so daß die Sozialdemokratie gestärkt und teilweise auch radikalisiert in den Wahlkampf eintrete³¹. Den Brückenschlag zur SPD rechtfertigte die DDP mit dem Argument, die SPD sei nun einmal die Partei der Masse, ohne die in Zukunft kaum mehr regiert werden könne³².

Gegen die SPD grenzte sich die DDP zwar ab, die Hauptstoßrichtung ihres Wahlkampfes wandte sich jedoch gegen die DNVP und die Wirtschaftspartei. Die Politik der Rechtsregierung sei gescheitert. Verantwortlich dafür seien in erster Linie die Deutschnationalen; das Bündnis mit ihnen habe sich als unnatürlich und unmöglich erwiesen. Es sei nicht gelungen, sie zu einer vernünftigen und weitschauenden Außenpolitik zu zwingen. Gescheitert sei auch der Versuch, sie zu einer Anerkennung der bestehenden Staatsform zu bringen³³.

Wie die DNVP müsse die Wirtschaftspartei zu den rückständigen Parteien gerechnet werden, weil sie u.a. die Einführung berufsständischer Vertretungen anstelle der Parlamente und damit die Rückkehr zu längst überlebten politischen Verhältnissen fordere. Wenn die Wirtschaftspartei alle anstehenden Fragen nur vom Standpunkt der Wirtschaft aus beantworten wolle, sei sie

31 MP vom 5.4.28.

32 NBZ vom 19.5.28. Die selbstgestellte Aufgabe, die Brücke zu bilden zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft, war der Leitgedanke der DDP. Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus, S. 491. Zum Selbstverständnis der DDP als "Volks- und Staatspartei" siehe auch Schustereit, Linksliberalismus und Sozialdemokratie, S. 194 f., 205 f.; über ihre Haltung zur SPD, a.a.O., S. 250 ff.

33 MP vom 5.4.28 und SP vom 29.4.28. Gescheitert sei außerdem auch die Sanierung der Finanzen und der Landwirtschaft, die Reform der Wirtschaftspolitik und die Schulpolitik.

ebenso wie die Sozialdemokratie, der dies vorgeworfen werde, eine Klassenpartei ³⁴. Klassen- oder Interessensparteien seien aber ein Unding und ein nationales Unglück. Denn der Klassenstandpunkt reiche niemals aus, die politischen Probleme zu lösen, und führe zum Kampf aller gegen alle. Eine Klassenpartei des Mittelstandes würde nicht nur dem Klassengedanken in der deutschen Politik neue Nahrung geben, sie würde es auch unmöglich machen, den in den Klassenkampf verrannten Arbeitern die Unhaltbarkeit dieses Standpunktes begreiflich zu machen ³⁵. Einer Klassenpartei des Mittelstandes reiche die soziale Basis für eine selbständige Politik auch gar nicht aus.

Auch in der Kampagne gegen die DVP werden die Bemühungen der DDP um die mittelständischen Wähler deutlich: Die DVP stehe wirtschafts- und steuerpolitisch unter der Herrschaft der Schwerindustrie. Sie habe die verderbliche Handels- und Zollpolitik der DNVP sowie die Subventionen an die Landwirtschaft mitgetragen. Es sei eine Irreführung der Wähler, wenn sich die DVP im Wahlkampf sozial und liberal gebe ³⁶.

Die NSDAP hielt die DDP 1928 "im wesentlichen" für erledigt. Sie habe nur noch in kleineren Landstädtchen und auf dem flachen Lande, wo man dieses Maulheldentum noch nicht erkannt habe, einigen Zulauf. Die nationalsozialistischen Diskussionsredner seien über ihre armseligen Gedankengänge aus dem Jahre 1924 noch nicht hinausgekommen. In entscheidenden politischen Fragen bestehe unter den einzelnen Rednern der NSDAP eine gänzliche Verworrenheit. Die Erkenntnis über den Betrug der Wähler durch die NSDAP sei so weit verbreitet, daß die nationalsozialistische Bewegung immer mehr zerfalle ³⁷.

³⁴ NBZ vom 31.1.28.

³⁵ MP vom 17.4. und 30.4.28.

³⁶ MP vom 26.4. und 6.5.28.

³⁷ MP vom 2.5.28.

Die DDP versuchte immer wieder, die Wähler mit Argumenten zu überzeugen, und forderte sie auf, von ihrem Wahlrecht keinen leichtfertigen Gebrauch zu machen, sich vielmehr mit dem nötigen Ernst und mit Verantwortungsbewußtsein ein selbständiges Urteil zu bilden ³⁸. Der politische Kampf dürfe nicht nur um nackte Interessen geführt werden, wie dies gerade auch die Rechtsparteien tun. Ohne Ideale und geistige Inhalte entbehre die Politik der notwendigen Größe und treibe noch mehr als bisher viele Bürger in das Lager der Nichtwähler. Diesem Standpunkt entsprechend setzte sich die DDP mit rationalen Argumenten und in sachlicher Form mit der "Kriegsschuldfrage" auseinander, wobei sie Deutschlands Alleinschuld ebenfalls ablehnte und die Schuld am Kriegsausbruch dem übersteigerten Imperialismus und Militarismus der europäischen Mächte zuschrieb ³⁹. Die Ursache für die Not der Zeit könne nicht allein bei der Republik liegen; die neue Staatsform könne nicht für alle Übel in Deutschland verantwortlich gemacht werden ⁴⁰. In der Innenpolitik plädierte die DDP für einen fairen politischen Kampf und die Achtung des politischen Gegners. Der (notwendige) politische Kampf müsse mit geistigen Waffen und nicht "mit der Brutalität der Geistlosigkeit" geführt werden ⁴¹.

Der Gedanke der Volksgemeinschaft war auch bestimmend für die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der DDP. Als unentbehrliche Voraussetzung des sozialen Friedens bezeichnete sie die auf beiderseitiger Gleichberechtigung beruhende Gemeinschaftsarbeit von Unternehmern und Arbeitnehmern. Als wirtschaftspolitisches

³⁸ FfT vom 12.5.28.

³⁹ MP vom 23.4.28.

⁴⁰ MP vom 15.5.28. Schustereit, Linksliberalismus und Sozialdemokratie, S. 200, stellt mit Recht fest, es sei in einer mit Emotionen aufgeladenen Zeit außerordentlich schwer gewesen, den Kampf für die parlamentarische Demokratie nur mit rationalen Argumenten zu führen und damit Anhänger für die Weimarer Republik zu gewinnen.

⁴¹ SP vom 8.4.28.

Hauptziel betrachtete sie die Hebung der Lebenshaltung der Bevölkerung durch eine Steigerung der Produktivität der deutschen Wirtschaft und eine Senkung des Preisniveaus. Die DDP trat ein für eine freie Entwicklung der Wirtschaft, die Raum ließe für individuellen Unternehmmergeist, unter Beibehaltung der Errungenschaften der Sozialpolitik ⁴². Ihr Programm stellte die DDP bewußt und anspruchsvoll in Gegensatz zur "jetzt üblichen Liebesgabenpolitik" ⁴³ und Interessenpolitik der anderen Parteien. Bei näherem Zusehen stellt man jedoch fest, daß sie bei allen Wählerschichten damit warb, gerade sie habe und werde die einschlägigen Interessen der jeweiligen Adressaten ihrer Propaganda besonders gut vertreten. So beklagte die DDP die Existenz der vielen Splitterparteien nicht nur als Symptom für die "Zerrissenheit des Volkes" und als Ursache für die weitere Ausbreitung der antiparlamentarischen Einstellung und einer apolitischen Haltung überhaupt ⁴⁴, sondern warb auch um potentielle Wähler der Splitterparteien, indem sie ihre Bemühungen und Verdienste um die Belange des Mittelstandes, der Kleinrentner, Sparer und Inflationsgeschädigten sowie der Nichtkatholiken hervorhob ⁴⁵. An konkreten Beispielen suchte sie nachzuweisen, wie schlecht die Wirtschaftspartei im Gegensatz zur DDP die Interessen des Mittelstandes im Reichstag vertreten habe ⁴⁶. In gleicher Weise bemühte sich die DDP um die Stimmen der Angestellten und der

⁴² Wahlauftritt der DDP in SP vom 29.4.28; ebenso: MP vom 18.5.28.

⁴³ MP vom 11.5.28.

⁴⁴ SP vom 13.5.28.

⁴⁵ NBZ und Füt vom 19.5.28. Die DDP war "eine Interessenpartei, auch wenn sie dies wegen ihres ganz anderen Selbstverständnisses weder zugeben konnte noch wollte". Schustereit, Linksliberalismus und Sozialdemokratie, S. 239.

⁴⁶ MP vom 30.4.28.

Beamten⁴⁷. Auch um die Arbeiter, die in einer gesunden Mischung des Individualprinzips mit dem Sozialprinzip die beste Grundlage für den sozialen Fortschritt sahen, warb die DDP als Partei der Mitte, des Ausgleichs und Kompromisses. Da die SPD auf unabsehbare Zeit nicht mit der Mehrheit im Reichstag rechnen könne, sei ihre Sozialpolitik stets auf Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien angewiesen. Diese schwierige Aufgabe aber, diese Kompromisse innerhalb der bürgerlichen Parteien im Sinne der Arbeitnehmer vorzubereiten und zu sichern sowie die übrigen bürgerlichen Parteien zur Anerkennung der sozialen Notwendigkeiten zu erziehen, hätten die DDP und ihre Arbeiterführer mustergültig erfüllt⁴⁸.

Die Wahlergebnisse in Fürth zeigen, daß das Eintreten der DDP für den demokratischen Staat der Weimarer Republik, für eine faire und rational argumentierende politische Auseinandersetzung bei den Wählern wenig attraktiv war. Das Scheitern der DDP ist aber sicher auch darauf zurückzuführen, daß sie versuchte, es nahezu allen Wählerschichten recht zu machen. Ihr Plädoyer für die Sozialversicherung brachte ihr gewiß keinen Zulauf aus der Arbeiterschaft und hielt offensichtlich auch viele Angestellte nicht von einer Abwanderung ab. Andererseits war gerade die Sozialpolitik dem gewerblichen Mittelstand ein Dorn im Auge und, wie der Erfolg der Wirtschaftspartei beweist, bestimmend für dessen politische Haltung. Gleichzeitig mag das Eintreten der DDP für gewerbliche Interessen den neuen Mittelstand bewogen haben, sich mehr und mehr von der DDP abzuwenden. Nach der Reichstagswahl 1928 stellte die DDP in Fürth zwar fest, ihre Einbußen seien nicht so stark gewesen,

47 NBZ vom 19.5.28; MP vom 10.4., 20.4. (mit einer Rechtfertigung der Sozialpolitik von G. Schneider vom GdA) und 28.4.28; eine Zuschrift der Wirtschaftspartei im FvA vom 5.4.28 bezeichnete den Vorsitzenden des Ortsvereins Fürth der DDP, der damals noch Mitglied des bayerischen Landtages war, als "Obermandarin der bayerischen Beamtenkoalition".

48 MP vom 8.5.28.

wie man angesichts des schweren Standes gegen verschiedene Splitterparteien - gemeint ist in erster Linie die Wirtschaftspartei - befürchtet habe ⁴⁹. Wenn man jedoch den zu dieser Zeit noch hohen Anteil jüdischer DDP-Wähler in Rechnung stellt ⁵⁰, kann sie auch unter den Angestellten und Beamten keine große Gefolgschaft mehr gefunden haben. Zu Recht konstatierte die sozialdemokratische Fränkische Tagespost nach der Reichstagswahl, daß dem bürgerlichen Liberalismus die soziale Basis fehle bzw. verloren gegangen sei ⁵¹.

Das im wesentlichen gleiche Erscheinungsbild bot die DDP den Wählern auch in den späteren Wahlkämpfen. Der Übergang von der DDP zur Deutschen Staatspartei vollzog sich im Ortsverein Fürth ohne Schwierigkeiten ⁵². Auch die Staatspartei empfahl sich als Partei der Mitte, die auf dem Boden der Verfassung stehe und zur positiven Mitarbeit im Staate entschlossen sei. Im Geiste der Selbstverantwortung, der politischen Gleichheit und sozialen Gerechtigkeit wolle sie die politischen Kräfte zum volksstaatlichen Ausbau der Republik sammeln ⁵³. Sie stehe auf der Grundlage der Volksgemeinschaft und lehne deshalb jede Bindung an konfessionelle, wirtschaftliche oder ständische Sondergruppen ab ⁵⁴. Deutlich sichtbar war aber nach wie vor das Bemühen auch der Staatspartei um den gewerblichen Mittelstand sowie um die Angestellten und Beamten ⁵⁵.

49 MP vom 22.5.28.

50 Vgl. oben S. 108 f.

51 FT vom 30.5.28. Die weitergehenden Erwartungen, daß im Zuge dieser Entwicklung die SPD gestärkt werde, sollte sich bald als Illusion erweisen.

52 NBZ vom 6.8. und 11.12.30.

53 MP vom 21.8. und 11.9.30.

54 NBZ vom 8.9.30.

55 Ebenda; ebenso MP vom 21.8.30 und NBZ vom 27.11.31. NBZ vom 27.2.33.

Es entsprach dem allgemeinen politischen Trend im bürgerlichen Lager, wenn nun auch die Staatspartei die Heranziehung berufsständischer Organisationen aller Stände zur verantwortungsvollen Mitarbeit in der Wirtschaft und im Staate forderte ⁵⁶, ihr vorbehaltloses Bekenntnis zur republikanischen Staatsform mit der Feststellung anreicherte, daß die Weimarer Verfassung eine "glückliche Verbindung" von parlamentarischer und autoritärer Demokratie darstelle ⁵⁷, und sich schließlich als Vertreter der "bürgerlichen nationalen Demokratie" bekannte ⁵⁸. An ihrer unbedingten Ablehnung der NSDAP ließ die DDP bzw. Staatspartei keinen Zweifel aufkommen. Die eher bagatellisierende Haltung gegenüber der NSDAP des Jahres 1928 hatte sie schon Ende 1929 aufgegeben, als sie anläßlich der Kommunalwahlen "die Anhänger des demokratischen Gedankens" mit der nationalsozialistischen Bewegung, ihrer Propaganda- und Terrormethoden vertraut machte ⁵⁹. Gegen die Phrasen, den Unflat und das Verbrecherische der Nationalsozialisten appellierte die Staatspartei an die Sachlichkeit und Vernunft ⁶⁰.

Aber mit dem Wählerschwund ließ auch die propagandistische Kraft der Staatspartei rapide nach. Aus dem Reichstagswahlkampf 1930 wird noch von einer "ganz gut besuchten" Wählerversammlung der Staatspartei berichtet ⁶¹. In den Reichstagswahlkämpfen der Jahre 1932 und 1933 veranstaltete sie dagegen überhaupt keine Wählerversammlungen mehr ⁶². Es mochte realistischen Erwartungen entsprechen, war aber eben wenig hoffnungsvoll

⁵⁶ MP vom 21.8.30.

⁵⁷ NBZ vom 26.10.32.

⁵⁸ Füt vom 27.2.33.

⁵⁹ MP vom 12.11.29.

⁶⁰ NBZ vom 8.9.30.

⁶¹ NBZ vom 6.9. und 12.9.30; Füt vom 10.9.30; MP vom 11.9.30.

⁶² FT vom 27.7.32; NBZ vom 30.7.32 und Füt vom 2.8.32; NBZ vom 5.11.32; FT vom 6.3.33.

und kaum anziehend für die Wählerschaft, wenn der Oberbürgermeister Nürnbergs, Dr. Luppe⁶³, in der letzten Wählerversammlung des Ortsvereins Fürth der Deutschen Staatspartei im Landtagswahlkampf 1932 feststellte, daß man nicht so schnell wieder in bessere Verhältnisse kommen werde⁶⁴. Es war für die Wählerschaft wohl auch keineswegs mitreißend, wenn die Staatspartei in Mitgliederversammlungen und Zeitungsanzeigen versichern mußte, daß Stimmen für die Staatspartei in keinem Falle verloren seien⁶⁵. Kennzeichnend für die Situation der Deutschen Staatspartei in der Endphase der Weimarer Republik war die Feststellung ihres Fürther Ortsvorsitzenden Friedrich Eisenbeis schon im Juni 1932, es sei ein Zeichen für den Kampfeswillen der Partei, wenn sie trotz aller Schwierigkeiten entschlossen sei, am Reichstagswahlkampf teilzunehmen⁶⁶. In seinem Rückblick auf die politischen Ereignisse des Jahres 1932 betonte Eisenbeis, daß die Deutsche Staatspartei als Kern der bürgerlichen Demokratie aufrechterhalten und auch der Fürther Ortsverein von allen Freunden der freien Wirtschaft im demokratischen Staat gestärkt werden müsse⁶⁷. Allerdings gab es, wie die Wahlergebnisse ausweisen, zu dieser Zeit auch in Fürth nicht mehr viele (bürgerliche) Freunde der Demokratie, die ihre Hoffnungen noch auf die Staatspartei setzen mochten⁶⁸.

63 Über Luppe: Hermann Hanschel, Oberbürgermeister Hermann Luppe, Nürnberg 1977.

64 NBZ vom 20.4.32. Nach dem Bericht des FüA vom 21.4.32 war diese Wahlversammlung nicht gut besucht.

65 NBZ vom 4.11.32, 23. und 24.2.33. Die Listenverbindung mit der SPD bei der Reichstagswahl 1933 rechtfertigte die Staatspartei, gegen die Propaganda der Rechtsparteien um Distanz zur SPD bemüht, als rein technisches Wahlabkommen; ebenso FüT vom 22.2.33.

66 NBZ vom 22.6.32.

67 NBZ und FüT vom 14.12.32.

68 Der FüA vom 6.3.33 konstatierte nach der Reichstagswahl, daß die jüdische Bevölkerung in Fürth der Staatspartei untreu geworden sei und sich fast vollständig zu den Marxisten geschlagen habe. Vgl. oben S. 110 ff.

b) Die Wirtschaftspartei

Die Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) ⁶⁹ hatte in Fürth zwar schon bei den Reichstagswahlen des Jahres 1924 1,3 bzw. 2,0 Prozent der gültigen Stimmen erhalten ⁷⁰, eine lokale Organisation der Partei wurde in Fürth jedoch erst um die Jahreswende 1927/28 gegründet ⁷¹. Die maßgebliche Rolle spielten dabei ehemalige Vorstandsmitglieder der DDP; sie übernahmen auch in der neugegründeten Ortsgruppe der Wirtschaftspartei die Führung ⁷². Das Bild ihrer Vorstandschaft wurde von Hausbesitzern und Gewerbetreibenden geprägt. Ein Teil der Vorstandsmitglieder hatte auch

69 Zur Wirtschaftspartei: Martin Schumacher, Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei, Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919-1933, Düsseldorf 1972 und ders., Hausbesitz, Mittelstand und Wirtschaftspartei in der Weimarer Republik, in: Industrielles System, S. 823 ff.

70 Vgl. Tabelle 1.

71 Das genaue Gründungsdatum ist nicht feststellbar. Die FT berichtet jedoch am 12.1.28 über die neu gegründete Ortsgruppe. Ebenso NBZ vom 28.1.28. Nach einem Bericht der Stadt Fürth vom 27.6.28 wurde die Ortsgruppe Fürth der Wirtschaftspartei "vor ungefähr einem halben Jahr" gegründet. StA Nbg: Reg. Mfr X, 947.

72 Der Bericht der FT vom 12.1.28 nennt dazu keine Namen. Der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe der WP, Gustav Würth, wurde im Februar 1925 als Vorstandsmitglied der DDP bezeichnet; zu dieser Zeit war er außerdem auch 2. Vorsitzender des Sparerverbandes. StA Nbg: Reg. Mfr X, 647 und Polizeidir. 374. Außer Würth saßen u.a. im Vorstand der WP: als 2. Vors. Stadtrat Schildknecht, von 1930 - 1932 Ebersberger, dann wieder Schildknecht; 1. Kassier: Wiesinger; im engeren Ausschuß u.a.: Stadträtin Bauer, Egelseer, Ebersberger. NBZ vom 22.1.29, 31.1.30, 23.1.31 u. 29.1.32. Auf die frühere Parteizugehörigkeit von Würth, Schildknecht, Helmreich und Wiesinger wird auch im Bericht der FT vom 28.1.28 über die erste öffentliche Versammlung der WP in Fürth angespielt. Die Genannten (die am Vorstandstisch Platz genommen hatten) hätten auch bisher, allerdings bei einer anderen Partei (gemeint ist die DDP), "ihr Licht nicht unter den Scheffel gestellt". Helmreich kandidierte 1928 in Mittelfranken für den Landtag, Schildknecht 1928 und 1930 für den Reichstag, 1932 für den Landtag.

in den Organisationen des gewerblichen Mittelstandes und bei "Treu-Fürth" leitende Funktionen inne ⁷³. In der Stellungnahme der Fürther DDP zu diesem Exodus des gewerblichen Mittelstandes zeigt sich nochmals das Dilemma dieser Partei. Sie warf der Wirtschaftspartei selbstsüchtige Interessenpolitik vor und forderte eine ideelle Einstellung, die den Bedürfnissen der Allgemeinheit gerecht zu werden suche. Andererseits bezeichnete sie die Konkurrenzgründung als unnötig, da die Demokraten "schon bisher" die gleichen Forderungen vertreten hätten. Ironisch vermerkte die Fränkische Tagespost, an eine Neubesinnung der Fürther Demokraten ("Pseudodemokraten") könne man angesichts ihrer jahrzehntelangen Interessenpolitik, insbesondere auf dem Fürther Rathaus ohnehin nicht glauben ⁷⁴.

Nach einem Jahr konnte die Fürther Wirtschaftspartei zufrieden auf ihre Entwicklung zurückblicken ⁷⁵. Bei der Reichstagswahl 1928 hatte sie die DDP, DVP und BVP überflügelt ⁷⁶. Im Wahlkampf hatten sich die Mittelständler "ungeheuer rührig" gezeigt ⁷⁷. Nach einer zweiten Versammlung im März, die nur mäßiges Interesse gefunden hatte, waren die beiden Wählerversammlungen vor der Reichstagswahl gut bzw. stark besucht ⁷⁸. Allerdings war die Wirtschaftspartei von ihrem propagierten Ziel, den gesamten gewerblichen Mittelstand zu einem politischen Machtfaktor zusammenzufassen und seine Belange allein gegen Regierungen und andere Parteien zu vertreten ⁷⁹, weit entfernt.

⁷³ Es bestätigt sich die Feststellung Schumachers, Mittelstandsfront und Republik, S. 204, daß die Wirtschaftspartei eine Partei des Hausbesitzes und des Handwerks war, der "Meister und Obermeister, der 'Verbandshäuptlinge', der älteren Generation des Besitz- und Kleinbürgertums ...". Ebenso a.a.O., S. 69 f.

⁷⁴ FT vom 12.1.28.

⁷⁵ NBZ vom 22.1.29.

⁷⁶ Vgl. Tabelle 1

⁷⁷ NBZ vom 28.4.28.

⁷⁸ NBZ vom 12.3., 27.4. und 19.5.28.

⁷⁹ NBZ vom 31.1. und 25.4.28.

Unermüdlich berief sich die Wirtschaftspartei auf Art. 164 der Reichsverfassung, wonach der selbständige Mittelstand zu fördern und zu schützen sei. Statt dessen sei der "produktive Mittelstand" ⁸⁰ nicht nur nicht gefördert, sondern durch die Gesetzgebung, vor allem durch die Steuergesetze überlastet und ruiniert worden. Die Folgen des verlorenen Krieges, "der Revolution und der dadurch verursachten Inflation" zu tragen, sei "allein dem total verarmten Mittelstand vorbehalten geblieben und soll anscheinend auch in Zukunft das alleinige Vorrecht ... des Mittelstandes bleiben" ⁸¹. Den anderen (bürgerlichen) Parteien warf die Wirtschaftspartei vor, sie würden zwar bei allen Wahlen wärmstes Interesse für den Mittelstand zeigen, aber dessen Belange nicht vertreten. Als zweitstärkste Bevölkerungsschicht habe der Mittelstand in den Parlamenten im Gegensatz zu den überrepräsentierten Beamten und Lehrern "eine kaum nennenswerte Vertretung" ⁸².

Die Hauptschuld an der Entwicklung treffe aber den Mittelstand selbst, weil er bisher die Sorge um sein politisches Schicksal anderen Parteien überlassen habe ⁸³. Großindustrie, Beamte, Arbeiter verfügten über mächtige Organisationen, die auch in den politischen Parteien von ausschlaggebender Bedeutung seien. Nur der Mittelstand sei zersplittert und bekämpfe sich noch in den verschiedenen Parteien, denen er als Mitläufer angehöre. Jetzt aber sei der Begriff 'Mittelstand' ein politischer Begriff geworden; der Mittelstand müsse sich nun politisch organisieren ⁸⁴ und frei machen von denen, die ihm statt der verheißenen herrlichen Zeiten nach der Revolution nur Schlagworte boten und nichts für ihn übrig hatten.

⁸⁰ NBZ vom 24.1.28.

⁸¹ NBZ vom 24.1.28; ebenso: NBZ vom 28.1., 12.3., 25.4., 27.4.28; FfA vom 28.4.28.

⁸² NBZ vom 24.1.28; ebenso NBZ vom 12.3.28.

⁸³ FfA vom 28.4.28.

⁸⁴ Darüber hinaus sollten auch die freien wie die Zwangsinnungen ihre politische Neutralität aufgeben und politisiert werden. NBZ vom 22.8.28 und 31.1.30.

Schon bei den nächsten Wahlen gehe es um Sein oder Nichtsein des Mittelstandes ⁸⁵.

Aber das Programm der Wirtschaftspartei erschöpfe sich nicht in Fragen der Gewerbe- und Hauszinssteuer, wie ihre Gegner behaupteten. Die Wirtschaftspartei kämpfe gleichzeitig für etwas Höheres, nämlich für die deutsche Kultur, die sich "in erster Linie verkörpert findet im guten deutschen Mittelstande". Die Wirtschaftspartei sah die deutsche Kultur auf der einen Seite bedroht vom Bolschewismus durch die Aufhebung des Privateigentums und den Tod der freien Persönlichkeit, durch Gleichmacherei, Zerstörung der Bildung und freien Überzeugung, auf der anderen Seite vom Kapitalismus in Gestalt des Amerikanismus. Da "recht eigentlich" dem Mittelstand die alte Kultur zu verdanken sei, führe der Mittelstand mit dem Kampf um sein Recht und seine Existenz gleichzeitig den Kampf um den Weiterbestand der deutschen bürgerlichen Kultur. Gewiß wolle die Wirtschaftspartei die materiellen Interessen des Mittelstandes vertreten. Ihr letztes großes Ziel sei aber die Verteidigung der deutschen Kultur ⁸⁶.

Die Propagandisten der Wirtschaftspartei bemühten sich, die Wählerschaft von den bürgerlichen Tugenden ihrer Partei zu überzeugen: sie sei eine Partei "des deutschen Bürgertums, weil sie kerndeutsch und wahrhaft national ist und auf christlicher Grundlage steht" ⁸⁷. Der Mittelstand sei der beste Träger des Staatsgedankens. Seine Erhaltung sei "eine wahrhaft nationale Tat und

85 NBZ vom 24.1. und 28.1.28.

86 Prof. Bredt: "Deutsche Kultur und Deutscher Mittelstand", FvA vom 10.5.28; ebenso NBZ vom 19.5.28: "Wir sind nicht nur eine Interessenpartei, wie unsere Gegner sagen, auch wir haben eine Weltanschauung, die Weltanschauung des deutschen Bürgertums in seiner großen Vergangenheit." Zur Mittelstandsideologie und zum Programm der Wirtschaftspartei: Schumacher, Mittelstandsfront und Republik, S. 23 ff. u. 48 ff. Vgl. auch oben S. 249 ff.

87 NBZ vom 18.5.28.

ein Dienst am Vaterlande" ⁸⁸. Die Wirtschaftspartei bekämpfe die Warenhäuser (ebenso wie die Konsumgenossenschaften) als Schädlinge am deutschen Volke, sie sei aber deshalb nicht antisemitisch, wie man ihr nachsagen möchte ⁸⁹. Besonders energisch setzten sich ihre Redner immer wieder gegen den Vorwurf zur Wehr, sie sei eine Splitterpartei und könne die Interessen des Mittelstandes nicht selbständig vertreten. Nach ihrer Meinung waren die Volksrechtspartei, Reformationspartei und Christlicher Volksdienst die wahren Splitterparteien, weil die für diese Parteien abgegebenen Stimmen verloren waren. Nicht die Mittelstandspartei, sondern diese Parteien hätten die Zersplitterung in das Bürgertum hineingetragen ⁹⁰.

Von Anfang an genoß die Wirtschaftspartei die besondere Beachtung der Nationalsozialisten. Schon in den ersten beiden Versammlungen der Fürther Ortsgruppe hatten nationalsozialistische Diskussionsredner für die NSDAP agitiert. Offenbar handelte es sich dabei um antisemitische Äußerungen. Der Versammlungsleiter bezeichnete nämlich die Diskussionsbeiträge als unerwünscht, denn Haß gegen einzelne Volksgenossen sei zu verurteilen, mit Haß sei kein Aufbau möglich ⁹¹. Gewiß aus diesem Grunde ließ die Wirtschaftspartei in ihrer nächsten Versammlung - gegen den Protest anwesender Nationalsozialisten - eine Diskussion gar nicht mehr zu ⁹². Die Wirtschaftspartei hatte die Bedrohung durch die Nationalsozialisten erkannt. Deshalb betonte die Fürther Ortsgruppe in ihren Versammlungen immer wieder, daß die

88 NBZ und FvA vom 19.5.28; Betonung der nationalen Haltung und staatstragenden Rolle auch in NBZ und FvT vom 27.4.28. FvA vom 28.4.28.

89 NBZ vom 27.4.28 und FvA vom 28.4.28.

90 NBZ vom 27.4.28; ebenso FvA vom 28.4.28, NBZ und FvA vom 19.5.28.

91 NBZ vom 28.1. und 12.3.28.

92 NBZ vom 27.4.28 und FvA vom 28.4.28. Die Nationalsozialisten protestierten dagegen und forderten Redefreiheit!

NSDAP in erster Linie eine sozialistische Partei sei, wobei ihr die nationale Einstellung lediglich als nationaler Einschlag konzidiert wurde ⁹³, unter Umständen auch nur mit der zusätzlichen Einschränkung, daß den Nationalsozialisten das nationale Moment nur zum Stimmenfang diene; tatsächlich sei die NSDAP aber bürgerfeindlich und revolutionär ⁹⁴. Damit hatte die Wirtschaftspartei jedoch wenig Erfolg. Zwar konnte sie sich bei der Reichstagswahl 1930 noch relativ ungeschmälert behaupten ⁹⁵, aber schon nach den Gemeindewahlen (am 8.12.1929), nachdem die NSDAP in Fürth mit rd. 4 600 Stimmen das Ergebnis der Reichstagswahl 1928 ganz erheblich übertroffen hatte ⁹⁶, mußte sie eingestehen, "daß ein großer Teil der mittelständischen Wähler in das Lager der Nationalsozialisten abgeschwenkt" sei ⁹⁷. Wenn mit dieser Wählerbewegung die Feststellung im Jahresbericht der Ortsgruppe über "ein erfreuliches Wachstum der Mittelstandspartei" ⁹⁸ noch keineswegs im Widerspruch stehen muß, so werden doch die nachlassenden Sympathien der Wählerschaft für die Wirtschaftspartei an dem von ihr selbst beklagten schwachen Besuch ihrer Veranstaltungen deutlich sichtbar. Selbst in der Endphase des Wahlkampfes (am 11.9.1930) war ihre Wahlversammlung (wie die der anderen bürgerlichen Parteien) nicht gut besucht ⁹⁹. In einer Versammlung Ende Oktober

93 NBZ vom 31.1.30.

94 NBZ vom 6.8. und 12.9.30; weitere Belege für die Charakterisierung der NSDAP als sozialistische Partei: NBZ vom 8.5.30, 24.1.31, 20.11.31 und 22.4.32.

95 Vgl. oben S. 34 und Tabelle 1.

96 NBZ vom 9.12.29.

97 NBZ vom 31.1.30.

98 Ebenda.

99 NBZ vom 12.9.30. Der FüA vom 13.9.30 beschönigt wohlwollend, daß die Versammlung einen "verhältnismäßig ganz guten Besuch" hatte. Die erste Wahlversammlung der WP am 5.8. war nach dem FüA vom 7.8.30 gut besucht. Der Besuch ließe erkennen, daß sich der Mittelstand allmählich zu einer Macht zusammenschließe. Im Bericht der NBZ vom 6.8.30 über die gleiche Veranstaltung findet diese positive Aussage allerdings keine Bestätigung. Auch im Mai 1930 war eine Versammlung der WP lt. NBZ vom 8.5.30 "nicht voll besetzt".

bedauerte der Vorsitzende der Fürther Ortsgruppe wieder den schwachen Besuch, während die Versammlungen einer anderen Partei, die bisher nichts getan habe, als große Töne zu reden, in Massen besucht werden ¹⁰⁰.

Im Rückblick auf das Jahr 1931 charakterisierte die Ortsgruppe den Versammlungsbesuch als "mittelständisch", also mäßig. Offensichtlich hatte auch bereits die Abwanderung der Mitglieder eingesetzt. Zwar hieß es noch, die Ortsgruppe habe "im wesentlichen" ihren Mitgliederstand halten können, wenn auch die wirtschaftliche Notlage manche Einbuße zur Folge hatte. Gleichzeitig sprach die Wirtschaftspartei aber die Hoffnung aus, daß der Strom, der jetzt von den bürgerlichen Parteien zu den radikalen Parteien hinüberflute, wieder "zu uns" zurückebbe, wenn es (für die NSDAP) Verantwortung zu beweisen gelte ¹⁰¹. Die Nationalsozialisten, die in den Versammlungen der Wirtschaftspartei 1928 noch als Diskussionsredner ¹⁰², 1929 als Zwischenrufer ¹⁰³ aufgetreten waren, fühlten sich inzwischen stark genug, eine Mitgliederversammlung der Wirtschaftspartei, zu der sie und Deutschnationale als Gäste zugelassen waren, so nachdrücklich zu stören, daß die Versammlungsleitung schließlich den Saal durch ein Polizeiaufgebot von den Nationalsozialisten räumen lassen mußte ¹⁰⁴.

¹⁰⁰ Damit konnte nur die NSDAP gemeint sein. In bezug auf die Reichstagswahl räumte der Redner ein, daß die Wirtschaftspartei den erhofften Erfolg nicht errungen habe, aber ihre Reichstagsitze behaupten konnte. NBZ vom 30.10.30.

¹⁰¹ NBZ und Füt vom 29.1.32.

¹⁰² Vgl. oben S. 313.

¹⁰³ NBZ vom 19.4.29.

¹⁰⁴ NBZ vom 29.10.31. Die Nationalsozialisten hatten offensichtlich von vornherein die Absicht, die Versammlung zu stören. Denn schon während der Begrüßung war es unter ihnen "zu großer Unruhe" gekommen, als der Sprecher die Unterstützung der Regierung Brüning durch die Wirtschaftspartei rechtfertigte. Als später der Redner der Wirtschaftspartei behauptete, SA-Abteilungen seien von der Industrie und von Banken finanziell unterstützt worden, protestierte der Ortsgruppenleiter der NSDAP; gleichzeitig stimmten seine Leute "nationalsozialistische Lieder" und das Deutsch-

Die wechselnde Haltung der Wirtschaftspartei zur Regierung Brüning bereitete ihren Mitgliedern sichtliche Schwierigkeiten. Während im Januar 1931 der Vorsitzende der Fürther Ortsgruppe das Ausscheiden Bredts aus der Regierung Brüning noch damit gerechtfertigt hatte, daß die Wirtschaftspartei Brünings "Koalition mit der Sozialdemokratie" nicht billigen könne und deshalb lieber in die Opposition gehe ¹⁰⁵, bemühte sich die Wirtschaftspartei Ende des gleichen Jahres, nachdem sie (am 16.10.) bei der Abstimmung über den Mißtrauensantrag gegen die Regierung Brüning nicht mit der "Nationalen Front" gestimmt hatte, diese Haltung einmal damit zu rechtfertigen, daß die Tolerierung der Regierung Brüning im Interesse des deutschen Volkes erfolgt sei ¹⁰⁶, zuvor aber auch schon mit dem Argument, Brünings Zusicherungen seien konkreter gewesen als die verschwommenen Andeutungen Hitlers und Hugenberges ¹⁰⁷. Erst nach Auseinandersetzungen und "trotz anfänglich schwerster Bedenken" gelang es schließlich in der Ortsgruppe Fürth eine einstimmige EntschlieÙung zu verabschieden, die die Haltung der Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei im Interesse des deutschen Vaterlandes billigte. Da man der Wirtschaftspartei vorgeworfen hatte, sie habe sich mit der Abstimmung für Brüning außerhalb der nationalen Parteien gestellt und die "Nationale Front" verraten, bemühte sich die Fürther Ortsgruppe gleichzeitig, die Wirtschaftspartei als nationale Partei zu empfehlen mit der Versicherung, sie werde trotz stärkster Anfeindungen (seitens der Rechtsparteien) nicht verärgert beiseite stehen, vielmehr "eine auf breitester Basis ausgebaute Rechtsfront ... unterstützen, um so das Vaterland zu retten" ¹⁰⁸.

landlied an, riefen "Heil Hitler!" und "Deutschland erwache!".

105 NBZ vom 24.1.31.

106 NBZ vom 20.11.31. Vgl. dazu auch Schumacher, Mittelstandsfront und Republik, S. 147 ff., 177 ff.

107 NBZ vom 29.10.31.

108 NBZ vom 20.11.31.

Auch bei der Reichspräsidentenwahl traten die Gegensätze zwischen der Haltung der Gesamtpartei und dem Standpunkt eines Teils ihrer Mitglieder offen in Erscheinung. Die Parteileitung hatte die Wahlparole für Hindenburg ausgegeben, ihren Mitgliedern allerdings die Entscheidung freigestellt. Auf Distanz vor allem zur SPD und auch wieder zur Regierung Brüning bedacht, klärte die Fürther Wirtschaftspartei ihre Mitglieder und Wählerschaft in einer schlecht besuchten Versammlung vor dem ersten Wahlgang darüber auf, daß man mit der Wahl Hindenburgs nicht gleichzeitig die SPD wähle, aber auch nicht für den Bestand der Regierung Brüning stimme. Die Regierung Brüning werde von der Wirtschaftspartei nur gestützt, weil sie die Wahl Hindenburgs ermögliche. Nach der Wiederwahl Hindenburgs aber sei das Kabinett Brüning erledigt, werde eine Orientierung nach rechts, ein Rechtskabinett folgen, in dem die Wirtschaftspartei vertreten sein werde ¹⁰⁹. Wir wissen nicht, ob die Parteidisziplin der Fürther Mitglieder bei dieser Gelegenheit zu Recht als vorbildlich gelobt wurde. In der Entscheidung für oder gegen Hindenburg waren sie jedenfalls geteilter Meinung ¹¹⁰. Wer aber nicht für Hindenburg stimmen wollte, der konnte im zweiten Wahlgang nur noch Hitler wählen ¹¹¹. Für einen Hitlerwähler der Wirtschaftspartei war es dann aber naheliegend, bei den nächsten Parlamentswahlen auch für die NSDAP zu stimmen.

109 NBZ vom 8.3. und 9.3.32; FfT vom 8.3.32; FfA vom 9.3.32. Die Äußerungen über die Regierung und die Person Brüning sind nicht einheitlich. Der Redner der Veranstaltung, MdR Dirscherl, verteidigte auch die Regierung und - natürlich - die ursprüngliche Mitarbeit der WP in dieser Regierung.

110 Die Diskussion war offenbar so ausführlich, daß das zweite Thema des Abends, "Die Strompreispolitik des Betriebsamtes", nicht mehr behandelt werden konnte. Es mag symptomatisch sein für diese Politiker der Wirtschaftspartei, daß sie die Reichspräsidentenwahl und Fürther Strompreise als Themen einer Versammlung nebeneinanderzustellen vermochten.

111 Vgl. dazu die Ergebnisse der beiden Wahlgänge S. 30 f.

Nach der Landtagswahl 1932, bei der sie trotz der Listenverbindung mit der DVP nur ein sehr bescheidenes Ergebnis erzielt hatte ¹¹², trat die Fürther Wirtschaftspartei in den folgenden Wahlkämpfen des Jahres 1932 mit Veranstaltungen nicht mehr in Erscheinung ¹¹³. Nach einem vielversprechenden Anlauf 1928 und der Wahrung dieses Besitzstandes 1930 hatte sie bis Mitte 1932 auch in Fürth praktisch ihre gesamte mittelständische Gefolgschaft an die NSDAP verloren. Was sie selbst gepredigt hatte - Kampf gegen Sozialismus und Bolschewismus, Schutz des Eigentums, Rettung des Staates, der Kultur und nicht zuletzt der nationalen Mittelschicht ¹¹⁴ - wurde dort am konsequentesten verfochten. Mit der Wirtschaftspartei war man ja diesen Zielen kaum nähergekommen ¹¹⁵.

c) Die Deutschnationale Volkspartei

Angesichts der Niederlage bei der Reichstagswahl 1928, die die Ortsgruppe Fürth der DNVP auch eingestand, erscheint ihre (fast gleichzeitige) Meldung über einen starken Mitgliederzuwachs ¹¹⁶ nicht recht glaubwürdig. In zwei mäßig besuchten Versammlungen hatte sie im Wahlkampf für die "letzte große Rechtspartei Deutschlands" ¹¹⁷ geworben, deren Grundlagen deutsches Volks-

¹¹² Vgl. oben S. 41.

¹¹³ NBZ vom 30.7. und 5.11.32. Am 30.7.32 veröffentlichte die WP in der Presse noch einen Aufruf an die Wähler: FT vom 1.8.32. Im März 1933 beteiligte sich die WP nicht mehr an der Wahl.

¹¹⁴ FfA vom 23.4.32.

¹¹⁵ Dank ihrer Stadtratsmandate spielten die Vertreter der Wirtschaftspartei im lokalen Bereich allerdings bis zur Gleichschaltung auf dem Rathaus noch eine sehr aktive, wenn auch angesichts der SPD-Mehrheit, nicht entscheidende Rolle.

¹¹⁶ NBZ vom 5.7.28.

¹¹⁷ NBZ vom 19.5.28.

tum, Christentum und soziale Gesinnung seien ¹¹⁸. Ihr größtes Anliegen war, die Rückkehr der SPD zur Macht zu verhindern. Dies könne aber nur mit einer starken DNVP gelingen. Und zwar müsse sie so stark sein, daß ohne sie eine aktionsfähige Regierung nicht gebildet werden kann und die Parteien der sogenannten "Mitte" mit ihr paktieren müssen. Denn bei diesen Parteien herrsche bereits eine starke Neigung zur Rückkehr an die Seite der Sozialdemokraten. Wer den Marxismus nicht nur mit Redensarten bekämpfen wolle, könne dies nur mit der DNVP. Sie sei die einzig wirksame "Wahlwaffe" gegen den Marxismus. Die Zeit des Schwankens einer sogenannten Politik der "Mitte" sei vorbei. Ein Drittes zwischen links und rechts, zwischen internationalem Marxismus und dem Willen zur deutschen Zukunft gebe es nicht ¹¹⁹.

Die gleichen Parolen gegen die SPD propagierte die Fürther DNVP auch 1930 in drei Wahlversammlungen, die (nach den vorliegenden Berichten) teils mäßig, teils

118 FfT vom 11.5.28. Zur DNVP: Attila Chanady, The Disintegration of the German National Peoples' Party 1924-1930, in: The Journal of Modern History 39 (1967), S. 65-91; Frhr. Friedrich von Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei, in: Das Ende der Parteien, S. 543-652; Werner Liebe, Die Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, Düsseldorf 1956; Manfred Dörr, Die Deutschnationale Volkspartei 1925-1928, Phil. Diss. Marburg 1964; Michael Stürmer, Die konservative Rechte in der Weimarer Republik, in: Hauser, Politische Parteien, S. 38-51.

119 NBZ vom 19.5.28. Auf ihren Plakaten forderte die DNVP "Nieder mit der Sozialdemokratie ...", der Partei, die vorgebe, die Arbeiterinteressen zu vertreten, deren Führer (gemeint ist Ebert) aber Freunde von landfremden Schiefern seien. FfT vom 7.5.28. Vgl. dazu auch: Chanady, The Disintegration of the German National Peoples' Party, S. 69, 79 und Dörr, Die DNVP, S. 376 ff. Ihre soziale Einstellung suchte die DNVP dadurch nachzuweisen, daß sie den Unternehmern ein persönlicheres und menschlicheres Verhältnis zu den Arbeitern empfahl. Es sei aber nicht die Schuld der Unternehmer, wenn dies bisher noch nicht gelungen sei, sondern die Schuld der Sozialdemokratie, die den Klassenkampf predige und den Unternehmern mit Enteignung drohe. FfT vom 11.5.28, FfA vom 12.5.28 und FfT vom 15.5.28.

gut bzw. recht gut besucht waren ¹²⁰. Wiederum gehe es darum, ob in Zukunft in Deutschland links oder rechts regiert werden solle. Vor allem gelte es, die Sozialdemokraten aus ihrer Machtstellung in Preußen zu verdrängen. Ursache für die sozialdemokratische Machtstellung sei die Unterstützung der SPD durch die Mittelparteien. Die Verantwortung für die starke Stellung der SPD in Preußen seit der Revolution wurde insbesondere dem Zentrum angelastet. Das Zentrum müsse sich, wie Hugenberg gefordert habe, von seiner Schaukelpolitik im Reich und seiner Marxistenpolitik in Preußen unzweideutig abwenden. Der Regierung Brüning bestritt die DNVP das Recht, sich als Hindenburg-Kabinett zu bezeichnen. Sie habe dem deutschen Volke bisher nur drei ungeheure Steuerwellen gebracht und sei damit "zum Vollzugsorgan des marxistischen Vernichtungswillens geworden ..." ¹²¹. Der DNVP werde zu Unrecht vorgeworfen, sie bekämpfe den Staat; aber sie kämpfe lediglich unbeirrt gegen dieses System, das den Staat und das Volk zugrunde richte. Die DNVP sammle alle zum Widerstand gegen die Erfüllung unerfüllbarer Tributlasten und gegen die hemmungslose Sozialistenherrschaft entschlossenen Kräfte. Daß sie in ihrer Agitation keineswegs zimperlich war, demonstriert eine Anzeige im Fürther Anzeiger ¹²². Unter einem Bild, das einen mit Sekt tafelnden Sozi und einen französischen Militaristen (mit Peitsche) zeigt, wird die Frage gestellt, ob "wir" die beiden fett machen sollen. Mit den Young-Tributen füttere man den französischen Militarismus, mit dem Blutgroschen des Steuerzahlers mäste man den roten Bonzen. Dem Selbstmord von Wirtschaft und Volk begegne nur die DNVP mit ihrem entschlossenen Kampf gegen den Marxismus.

¹²⁰ FK vom 25.8.30; FüA u. Füt vom 8.9.30; NBZ vom 12.9.30 und FüA vom 13.9.30.

¹²¹ FüA vom 8.9.30; ebenso NBZ vom 12.9.30.

¹²² Vom 13.9.30, die übrigens in der NBZ nicht erschien.

Die Propaganda der DNVP blieb auch in der Folge auf die schwarz-rote Koalition und die Ausschaltung der Sozialdemokratie fixiert ¹²³. Das Zentrum stehe einer Klärung der Fronten zwischen links und rechts im Wege. Brüning sei nur ein getarnter Sozialdemokrat ¹²⁴. Für diesen Kampf gegen die Sozialdemokratie und das Zentrum mobilisierte auch die DNVP die religiösen Empfindungen. In einer Frauenversammlung der Fürther Ortsgruppe begegnet uns die Verbindung oder gar Gleichsetzung von Gottlosigkeit (Gottlosenbewegung) mit Marxismus, Bolschewismus und Revolution auf der einen und Religiosität und Christentum mit nationalem Denken auf der anderen Seite. Dabei wurde nicht versäumt, auch die parteipolitischen Bezüge klarzustellen. Von Millionen national gesinnter deutscher Katholiken aber hoffe man, daß sie ihre Stimme nicht länger für den "volkszerstörenden Antichrist" ausnützen lassen ¹²⁵. Da auch die anderen Parteien der SPD Helfersdienste leisteten, sei es notwendig und berechtigt, wenn die DNVP "im Dienste des Rechtes dem parlamentarischen System und der Vorherrschaft der Sozialdemokratie den Kampf ansagte". Endzweck der Nationalen Opposition sei Deutschlands Befreiung aus der Sklaverei. Aus dem Parteistaat müsse wieder ein deutscher Rechtsstaat werden ¹²⁶.

Das Verhältnis zwischen der DNVP und den Nationalsozialisten war in dieser Zeit offenbar ungetrübt. Die NSDAP wurde von der DNVP wiederholt mit freundlichen Worten bedacht. Der NSDAP (und dem Stahlhelm) wurde sogar zugestanden, ihr Opfermut habe beispielhaft und belebend auf die Deutschnationalen gewirkt ¹²⁷. Umge-

¹²³ NBZ vom 19.11.30, 24.3., 21.5., 12.9. u. 10.11.31, 11.1.32 und FK vom 11.1.32.

¹²⁴ NBZ vom 21.5.31.

¹²⁵ FK und NBZ vom 11.1.32.

¹²⁶ NBZ vom 21.5.31.

¹²⁷ NBZ vom 19.11.30.

kehrt sparten die in den Versammlungen der DNVP anwesenden Nationalsozialisten nicht mit Beifall und Zustimmung ¹²⁸. Die DNVP begann sich Ende 1931 "nach den katastrophalen Zerfallerscheinungen" im September 1930 mehr und mehr zu konsolidieren ¹²⁹. Sie hatte durch die Schaffung der Harzburger Front lebhaften Auftrieb erhalten. Tatsächlich waren die Versammlungen der DNVP 1931 gut oder gar "glänzend" besucht. Der Stand der Fürther Ortsgruppe wurde als erfreulich bezeichnet ¹³⁰.

Organisatorische Kraft und Selbstbewußtsein bewies die Fürther DNVP vor dem ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl, als sie gemeinsam mit dem Stahlhelm (als Kampffront Schwarzweißrot) in der kurzen Zeitspanne vom 7. bis 12. März 1932 acht öffentliche Versammlungen veranstaltete ¹³¹. Ihre Wahlpropaganda vermied jeden Angriff auf Hindenburg, dem "Sieger von Tannenberg" und "Befreier Ostpreußens", zu dem das deutsche Volk in unwandelbarer Dankbarkeit aufblicke. Es sei jedoch ein tragischer Irrtum, wenn er meine, mit seiner Kandidatur dem deutschen Volke zu dienen. Der Kampfblock Schwarzweißrot bekämpfe nicht Hindenburg, sondern das "System Brüning", das er mit seinem Namen sanktioniere. Deshalb müßten die Sentimentalitäten beiseite stehen, wenn es, wie bei dieser Wahl, um den Weiterbestand oder die Vernichtung dieses Systems gehe. Es müsse sich zeigen, ob das deutsche Volk noch die moralischen Kräfte für einen Wiederaufstieg besitze. Für die Zukunft des Vaterlandes bestehe nur Hoffnung, wenn Männer wie Duesterberg, Hugenberg und Hitler sich in einer Front zusammenfinden. Auch Hitler wurde nicht angegriffen. Vielmehr hob die

128 NBZ vom 24.3., 12.9. u. 10.11.31.

129 StA Nbg: Polizeidir. 24.10.31.

130 NBZ vom 21.5.31 und 12.9.31.

131 NBZ vom 8.3.32 und FüA vom 9.3.32. Der gesamte Wahlkampf drängte sich auf nur 14 Tage zusammen; StA Nbg: Reg. Mfr II, 692. Über den Wahlkampf der Kampffront außerdem NBZ vom 11.3.32, FK vom 9.3. u. 12.3.32, FüT vom 8.3.32 sowie allgemein StA Nbg: Polizeidir. 24.5.32.

Kampffront hervor, daß seine Bewegung in weiten Kreisen wieder das nationale Denken und Empfinden geweckt habe. Hitler und Duesterberg kämpften nicht gegen-, sondern nebeneinander. In der Begründung für die Kandidatur Duesterbergs deutet sich das Zähmungskonzept an. Neben der großen nationalen Massenbewegung gelte es noch Kräfte zu sammeln, die die Ziele der nationalen Massen umgrenzen könnten und den Kampf nicht ins Extreme geraten ließen. Es müsse ein Mittler vorhanden sein zwischen der alten deutschen Tradition und dem neuen nationalen Sturm. Eine solche Konzeption des Wahlkampfes, die für den eigenen Kandidaten wirbt und gleichzeitig den Konkurrenten empfiehlt, konnte nur schwerlich Erfolg haben ¹³².

Nachdem die DNVP vor dem zweiten Wahlgang auf weitere öffentliche Veranstaltungen völlig verzichtet hatte ¹³³, griff sie in den Landtagswahlkampf wieder aktiv ein. In sechs Wählerversammlungen ¹³⁴ bot sie sich als Mittler zwischen Nationalsozialisten und BVP an. Nur sie könne eine solche Koalition herbeiführen und damit gleichzeitig die drohende schwarzrote Koalition, die Preußen an den Rand des Abgrundes gebracht habe, verhindern. Die Wirtschaftspartei und der Christlich-soziale Volksdienst seien für diese Aufgaben durch ihre Beteiligung an der Notverordnungspolitik diskreditiert. Außerdem gehe es bei der Wahl auch nicht um Standesinteressen, sondern um Deutschland ¹³⁵.

¹³² Das Wahlergebnis vgl. oben S. 36 f. Der Fürther Wahlkampf liefert auch ein Beispiel für personelle Verflechtungen zwischen der evangelischen Kirche und der DNVP: Auf der ersten Veranstaltung, einer Frauenversammlung, sprach MdR Müller-Otfried, die langjährige Vorsitzende des deutsch-evangelischen Frauenbundes war und als Vorkämpferin der kirchlichen Frauenbewegung bezeichnet wurde. FfA vom 9.3.32.

¹³³ StA Nbg: Polizeidir. 24.5.32.

¹³⁴ NBZ vom 25.4.32 und StA Nbg: Reg. Mfr II, 692.

¹³⁵ FfA vom 21.4.32 und NBZ vom 22.4.32. Ein freundschaftliches Verhältnis zur NSDAP wurde durch den Fürther Vorsitzenden der DNVP in der Versammlung am 20.4. demonstriert, indem er Hitlers Geburtstag gedachte.

Bis zur Reichstagswahl hatte die Fürther DNVP offenbar erheblich an Dynamik eingebüßt. Trotz eines relativ langen Wahlkampfes ¹³⁶ stellte sie sich nur einmal den Wählern ¹³⁷. In ihrer Wahlpropaganda begrüßte sie die Regierung Papen, die erste Reichsregierung seit 14 Jahren, die unabhängig von den Parteien und deshalb ohne parteipolitischen Kuhhandel gebildet wurde. Die anderen Parteien wurden alle abqualifiziert: der Christlich-soziale Volksdienst als Blinddarm des Zentrums, das Zentrum selbst als sozialistische Partei, weil es seit mehr als zehn Jahren mit der gottlosen Linken zusammenarbeite; die Wirtschaftspartei gehe weiter auf Linkskurs. Die DNVP sei die einzige Partei, die vor dem Sozialismus bewahre. Damit war auch die NSDAP angesprochen. In nationalen Fragen und in den Grundsätzen der Außenpolitik sei man mit den Nationalsozialisten zwar völlig einig, in wirtschaftlichen Fragen bestehe jedoch ein grundsätzlicher Gegensatz zu den Programmpunkten und sozialistischen Ambitionen der NSDAP. Gleichzeitig wehrte sich die DNVP gegen den Vorwurf, sie sei sozialreaktionär. An die Stelle der halbbankrotten Sozialversicherung müsse ein allgemeiner Sparzwang eingeführt werden, der es jedem ermögliche, von den Zinsen seines Kapitals zu leben. "Besitz befreit, Rente macht zum Sklaven" ¹³⁸.

Im Herbst 1932 und im zweiten Reichstagswahlkampf des Jahres richtete sich die Agitation der DNVP hauptsächlich gegen die NSDAP. Zunächst betonte sie noch, man müsse trotz der Differenzen am Gedanken der Einheit der nationalen Rechten festhalten. Die nationalen Parteien seien nach wie vor aufeinander angewiesen und sie müßten gemeinsam die Rückkehr der Schwarzen und Roten

¹³⁶ Vom 6.6. - 30.7.32.

¹³⁷ NBZ vom 29. und 30.7.32 sowie FüA vom 29.7.32. Nach dem Bericht des FüA war die Versammlung am 28.7. "recht gut" besucht. Tatsächlich konnte die DNVP lediglich 120 Besucher mobilisieren. NBZ vom 5.11.32.

¹³⁸ FüA vom 29.7.32.

zur Macht verhindern ¹³⁹. Im Wahlkampf verschärfte sich jedoch die Kritik. Es sei zwar schmerzlich, aber man müsse sich mit den früheren Kampfgenossen auseinandersetzen, weil sie eine Gefahr für die nationale Idee geworden seien. Die DNVP warf der NSDAP vor, es gehe ihr nicht mehr um die (nationale) Überzeugung, sondern nur noch um die Macht. Hitler verlange die Führung nach den Regeln des Parlamentarismus, den er immer bekämpft habe. Die NSDAP verbinde sich mit ihren bisherigen Feinden; sie kämpfe für den Parlamentarismus gegen die Autorität des Reichspräsidenten an der Seite des Marxismus und des Zentrums wie der BVP. Die Wendung vom Parteienstaat zum autoritären Staat dürfe aber nicht durch einen schwarzbraunen Kuhhandel rückgängig gemacht werden ¹⁴⁰. Die Opposition der NSDAP gegen die Regierung Papen sei auf das Beuthener Urteil zurückzuführen. In der Auseinandersetzung um dieses Urteil stellte die Fürther DNVP mit wohltuender Klarheit fest ¹⁴¹, daß bei allen Kulturvölkern allein der Staat das Recht habe, Verbrechen zu bestrafen. Wer sich selbst dieses Recht anmaße, stelle sich damit außerhalb der staatlichen Ordnung. Ein Staat, der die Selbstjustiz einzelner Bürger dulde, höre auf, nicht nur ein Kulturstaat, sondern überhaupt ein Staat zu sein. Alles Recht nur den Angehörigen einer Partei, allen übrigen Menschen aber keine Rechte zuzugestehen, sei bisher nur der Grundsatz der russischen Tscheke gewesen ¹⁴².

Schärfer als bis dahin betonte die DNVP nun auch den sozialistischen Charakter der NSDAP, deren Unterscheidung zwischen Sozialismus und Marxismus nur ein Silbenstechen sei. Tatsächlich unterschieden sich ihre sozialistischen Forderungen in ihren Auswirkungen nicht

¹³⁹ FfA vom 9.9.32; ebenso NBZ vom 10.9.32.

¹⁴⁰ FfA vom 29.9.32, NBZ und FfA vom 20.10.32; ebenso: NBZ vom 15.10.32 und FfA vom 13. und 15.10.32.

¹⁴¹ Allerdings ohne die einzig mögliche Konsequenz zu ziehen.

¹⁴² FfA vom 2.10.32.

von den wirtschaftszerstörenden Tendenzen des Marxismus ¹⁴³.

Ihre größere Aktivität im zweiten Reichstagswahlkampf 1932 zeugt von einem gestärkten Selbstvertrauen der Fürther DNVP. Allerdings blieb die Wirkung auf das Publikum sehr begrenzt ¹⁴⁴. Zudem stellten die Nationalsozialisten und Kommunisten die Mehrzahl der Besucher ihrer letzten großen Veranstaltung kurz vor der Wahl ¹⁴⁵. Der NSDAP ging es dabei offenbar darum, der DNVP und der Fürther Wählerschaft das wahre Stärkeverhältnis und grundlegende Differenzen zwischen den beiden Parteien zu demonstrieren ¹⁴⁶. Die Nationalsozialisten waren mit der Absicht gekommen, die Versammlung zu stören ¹⁴⁷. Als dann der Redner der DNVP, Oberst a.D. von Xylander, Hitlers staatsmännische Qualitäten in Zweifel zog und sein Sympathie-Telegramm an die Potempa-Mörder kritisierte, brach der Sturm los. Mit lauten Heilrufen für Hitler hinderten sie den Redner weiterzusprechen; gegen die einsetzende Stahlhelmkapelle stimmten sie das Horst-Wessel-Lied an. Erst nachdem die anwesende Polizei eingegriffen hatte und die Nationalsozialisten daraufhin den Saal verlassen hatten ¹⁴⁸, konnte die Veranstaltung, die

143 NBZ und FüA vom 15.10.32.

144 Lt. NBZ vom 5.11.32 veranstaltete die DNVP 2 (größere) Wahlversammlungen und 5 (kleinere) Bezirksversammlungen mit zusammen 600 bzw. 100 Besuchern.

145 NBZ vom 3.11.32. Die NSDAP behauptete sogar, vier Fünftel der Besucher seien Nationalsozialisten gewesen; FüA vom 3.11.32.

146 Aus der Stellungnahme der NSDAP zum Verlauf der Versammlung: Nationalsozialisten und Deutschnationale trenne eine Welt. Ebenda.

147 Nach dem Bericht der Polizeidir. Nbg-Fürth vom 11.11.32 erschienen sie zum Teil in schwarzer Kleidung mit weißen Krawatten und Zylinderhüten; StA Nbg: Reg. Mfr II, 693.

148 Die Darstellungen geben kein eindeutiges Bild; zu schwereren Ausschreitungen ist es dabei jedoch sicher nicht gekommen. NBZ und FüA vom 3.11.32 berichten, daß die Nationalsozialisten den Saal verließen; der FüA mit dem Zusatz, nachdem ein Zwischenrufer aus dem

allerdings am Ende noch von den verbliebenen Kommunisten gestört wurde, fortgesetzt werden. Die Stellungnahme der NSDAP zu den Ereignissen ¹⁴⁹ bietet ein schönes Beispiel ihrer "Argumentation", die sich bar jeder Logik immer als Opfer der gegnerischen Provokation darzustellen weiß. Die anwesenden Nationalsozialisten seien durch den Versammlungsleiter, den Vorsitzenden der Fürther DNVP Rechtsanwalt Dr. Winter, schon zu Beginn provoziert worden, als dieser auf die Folgen einer Versammlungsstörung hinwies. Damit sei ihnen eine Störungsabsicht unterstellt worden, und es sei ein Zeichen "unerhörter Disziplin" gewesen, daß sie, solange dies möglich war, die Ruhe bewahrten. Der Versammlungsleiter selbst habe folglich durch seine "hypernervösen Maßnahmen" die Veranstaltung gestört. Die Störung der Versammlung ¹⁵⁰ sei von dem Redner der DNVP selbst verschuldet worden durch die gemeinste aller Taten: Er habe versucht, den Führer in den Augen seiner Gefolgschaft herunterzureißen, ja sogar den Glauben zu erwecken, Adolf Hitler sei nicht der alleinige, absolute Führer seiner Bewegung. "Kein Nationalsozialist duldet solch unerhörte Beleidigung!" ¹⁵¹

Im letzten Wahlkampf empfahl sich die DNVP als die Partei, die den nationalen Gedanken wiedererweckt und damit den Grundstein zur nationalen Erhebung gelegt habe ¹⁵². Sie war offensichtlich auch bemüht, ihre Basis zu verbreitern. Schon im Januar hatte sie sich in einer Veranstaltung, auf der ein Vertreter des Reichsverbandes Vaterländischer Werkvereine sprach, an die Arbeiter

Saal gewiesen wurde. Nach dem Bericht der Polizeidirektion vom 11.11.32 konnte die Versammlung dank des Eingreifens der Polizei ordnungsgemäß fortgesetzt werden.

149 FfA vom 3.11.32.

150 Die NSDAP spricht zu Unrecht von vorzeitiger Beendigung.

151 FfA vom 3.11.32. Mit der wörtlichen Stellungnahme der NSDAP fand gleichzeitig auch deren übelster antisemitischer Jargon Eingang beim FfA.

152 FfT vom 10.2.33.

gewandt ¹⁵³. Im Wahlkampf selbst unternahm sie einen weiteren - erfolglosen - Versuch, die "Arbeiterkreise" anzusprechen. Das Ausbleiben der Arbeiterschaft in einer öffentlichen Wahlversammlung erklärte die DNVP damit, die SPD habe ihren Anhängern den Besuch von Versammlungen anderer Parteien streng verboten, damit diese nicht die "objektive Wahrheit" über "die vierzehnjährige Regierung der Gewerkschaft erfahren, die Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft und damit auch die gesamte Arbeiterschaft ruiniert habe" ¹⁵⁴. Der Arbeiter müsse zur "Kraftquelle der Nation" werden, der sein Eigentum mit zu erkämpfen habe. In diesem Zusammenhang gab die DNVP einen eindeutigen Hinweis auf die Kolonien nicht nur als Rohstoffquelle, sondern auch als Ansiedlungsgebiet. Aber mit diesen Vorstellungen der DNVP, den Klassenkampf durch nationale Expansion zu überwinden, waren die Arbeiter nicht zu gewinnen.

Nach der anderen Seite suchte sich die DNVP auch gegenüber dem übermächtig werdenden Koalitionspartner zu behaupten. Hugenberg müsse unbedingt Einfluß auf die Regierung behalten und seinen Willen auch durchsetzen; denn die nationalpolitische Entscheidung und Verantwortung liege immer bei der DNVP ¹⁵⁵. Sie empfahl sich gegenüber der NSDAP eher auf indirekte Weise, indem sie beispielsweise feststellte, diese Regierung dürfe sich nicht von der Gnade einer einzelnen Partei abhängig zeigen, für sie müsse eine Mehrheit "auf breiter nationaler Grundlage" zustandekommen ¹⁵⁶. Das gleiche gilt für den anspruchsvollen Satz aus einer Wahlversammlung, Großes sei in der Geschichte immer nur von wenigen geleistet worden, nie von den Massen ¹⁵⁷. Angesichts

153 NBZ und FfT vom 13.1.33. Eine entsprechende Äußerung aus der DNVP, die Arbeiter an die Partei heranzuziehen, in NBZ vom 13.2.33.

154 FfT vom 24.2.33; ebenso NBZ vom 24.2.33.

155 FfT vom 10.2.33; ebenso: NBZ vom 13.2.33.

156 FfT vom 10.2.33. Damit war zunächst das Zentrum angesprochen; es paßte aber ebenso auf das Verhältnis zur NSDAP.

157 FfA vom 27.2.33.

ihrer tatsächlichen Schwäche konnte dies nur den verbalen Versuch der DNVP darstellen, sich gegenüber der Massenbewegung des Nationalsozialismus als elitäre Minderheit und eigentlich bewegende Kraft der Geschichte zu behaupten.

2. Die Sozialdemokratische Partei ¹⁵⁸

Die Zahl der Mitglieder des Fürther Ortsvereins der SPD können wir leider nur annähernd bestimmen. Mit vier-tausend dürfte sie jedenfalls nicht zu hoch angesetzt sein ¹⁵⁹.

¹⁵⁸ Zur SPD: Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien, S. 101-278; ders., Die Sozialdemokratie und die Macht im Staate, in: Der Weg in die Diktatur. Zehn Beiträge von Theodor Eschenburg u.a., München 1962, S. 71-93; ders., Der sozialistische Einfluß in der Weimarer Republik, in: Politische Parteien in Deutschland und Frankreich, S. 116-127; ders., Der Untergang der alten Sozialdemokratie, in: Von Weimar zu Hitler, S. 281-316; Hunt, German Social Democracy; Wolfgang Abend-roth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, 2. Auflage, Frankfurt a. Main 1969; Anderson, Hammer oder Amboß; Georg Fülberth und Jürgen Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie 1890-1933, Darmstadt und Neuwied 1974; Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung; Hans Mommsen, Die Sozialdemokratie in der Defensive: Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: ders. (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt a. Main 1974; Heinrich Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, Bonn-Bad Godesberg 1974; Hagen Schulze (Hrsg.), Anpassung oder Widerstand?, Bonn-Bad Godesberg 1975.

¹⁵⁹ Unter voller Ausnützung der Quote entsandte der Ortsverein zum Bezirkstag 1930 8 Delegierte. Er mußte folglich zwischen 3 001 und 5 000 Mitglieder zählen. FT vom 25.7. und 16.8.30. Im allgemeinen rechnete die SPD mit 6 Wählerstimmen je Parteimitglied. FT vom 15.10.29. Danach hätte man in Fürth mit 3 300 bis 3 500 Mitgliedern zu rechnen. Wenn man jedoch die Nürnberger Verhältnisse unterstellt, wo 21 % der SPD-Wähler auch Mitglieder der Partei waren, FT vom 23.10.29, dann ergäbe die Rechnung 4 200 bis 4 400 Mitglieder. Da die Fürther SPD mit Sicherheit über dem Durchschnitt lag, darf auch bei vorsichtiger Schätzung mit 4 000 SPD-Mitgliedern gerechnet werden, zumal der Ortsverein schon Ende 1913 3 700 Mitglieder zählte. Rieß, Stadtchronik 1914, 16.7.

Noch vor der Reichstagsauflösung hatte die Fürther SPD im Januar 1928 ihre Propaganda auf das "Kampfjahr 1928" ausgerichtet ¹⁶⁰. Im eigentlichen Wahlkampf veranstaltete sie vier Wählerversammlungen oder Kundgebungen ¹⁶¹. Sehr intensiv arbeitete die SPD auch in den Distrikten der Stadt in Bezirksversammlungen ¹⁶². Ganz allgemein war bei der SPD der Versammlungsbesuch besser als bei den bürgerlichen Parteien; auch sie hatte jedoch nie "ein volles Haus" ¹⁶³. Nach der schwach besuchten Versammlung im Januar waren während des Wahlkampfes die meisten SPD-Versammlungen in Fürth gut besucht ¹⁶⁴.

Die Wahlpropaganda der SPD beschäftigte sich naturgemäß mit allen Parteien. Die Hauptstoßrichtung ihres Wahlkampfes galt aber eindeutig der DNVP ¹⁶⁵. Gegen die einseitige Vertretung der Interessen der Besitzenden durch die Bürgerblockregierung empfahl sie sich als die Partei der kleinen Leute, der Schwachen und Unterdrückten, als Anwalt der Armen ¹⁶⁶. Besondere Aufmerksamkeit widmete die SPD den Frauen, denen sie vor allem durch Hinweise auf die verbraucherfeindliche Zoll- und Steuerpolitik der Rechtsparteien die Bedeutung der Reichstagswahl für ihre persönliche wirtschaftliche Situation aufzuzeigen suchte ¹⁶⁷.

Auffallend sind auch die Bemühungen der SPD um die Angestellten. Die Behauptung, daß "ein hoher Prozentsatz der Angestellten" bei den Wahlen für die SPD stimme, wenn auch ein offenes Bekenntnis zur SPD und vor allem

¹⁶⁰ FT vom 14.1.28. Eine Reichstagswahl hätte auch ohne vorzeitige Auflösung des Reichstages stattgefunden.

¹⁶¹ FT vom 20.4.28.

¹⁶² NBZ vom 28.4.28 und FT vom 19.5.28.

¹⁶³ StA Nbg: Reg. Mfr II, 688.

¹⁶⁴ Füt vom 28.4. und 12.5.28; FT vom 16.5.28.

¹⁶⁵ Füt vom 28.4.28; FT vom 8.5. und 10.5.28.

¹⁶⁶ Füt vom 28.4.28 und FT vom 18.5.28.

¹⁶⁷ Füt vom 12.5.28 und FT vom 15.5.28.

eine aktive Mitarbeit in der Partei nur selten festzustellen sei, sollte wohl in erster Linie der Wahlwerbung und dem Nachweis dienen, daß die SPD bereits für (viele) Angestellte wählbar war. Denn unmittelbar anschließend stellte die Fränkische Tagespost selbst fest ¹⁶⁸, daß "der Angestellte" politisch bei den Parteien des Mittelstandes und der Rechten stehe, obwohl seine sozialpolitischen Forderungen denen der (freien) Gewerkschaften entsprächen. Weit weniger versöhnlich und eher abweisend als werbewirksam verschärfte sie in einer späteren Phase des Wahlkampfes diese Aussage dahingehend, "daß die Angestellten aller Schattierungen und aller Berufe in der Hauptsache das Stimmenreservoir der Reaktion bilden" ¹⁶⁹. Die Angestellten fühlten sich nach ihrer Herkunft, Erziehung und ihren beruflichen Erwartungen mit dem selbständigen Unternehmer enger verbunden als mit den Arbeitern. Die Zugehörigkeit zu einer bürgerlichen Partei sei deshalb der Strohalm, der den Angestellten vor dem Versinken in das Proletariat retten solle. Aber in den meisten Fällen müsse der Angestellte zeitlebens seine Arbeitskraft verkaufen. Seine Stellung im Beruf unterscheide sich folglich nicht von der des Arbeiters ¹⁷⁰. In diesem Wahlkampf werde wieder an die Gefühle der Wähler appelliert, die Gefahren für Religion und Vaterland beschworen. Angestellte und Beamte müßten aber mit kühlem Verstand erkennen, daß ihre wirtschaftlichen Interessen nur mit denen der Arbeitnehmer gewahrt werden. Diese Bemühungen, unter den Angestellten und Beamten neue Wähler dadurch zu gewinnen, daß man ihnen den befürchteten sozialen Abstieg versprach, fanden bei den Angesprochenen verständlicherweise wenig Anklang ¹⁷¹.

168 FT vom 17.2.28.

169 FT vom 5.5.28.

170 FT vom 17.2.28.

171 FT vom 16.5.28. Eine Versammlung für Beamte und Angestellte (in Nbg) sei "leider nicht so gut" besucht gewesen. Später stellte die SPD im Fürther Ortsverein fest, daß von den städtischen Beamten "eine beschämend kleine Zahl Mitglied bei der Partei" sei. FT v. 23.1.32.

Wenn wir auch für die Jahre 1928 und 1930 nicht über detaillierte Versammlungsstatistiken verfügen, so weisen die vorliegenden Informationen doch für 1930 auf eine Intensivierung der Wahlpropaganda der SPD hin. Ihre großen Wahlversammlungen, darunter wieder eine besondere für Frauen, waren sehr gut besucht ¹⁷². Erfreut registrierte sie im Wahlkampf, daß es mit der politischen Gleichgültigkeit der Massen vorbei sei ¹⁷³. Zum Auftakt hatte Reichsarbeitsminister a.D. Wissel im überfüllten Geismannsaal, dem größten Versammlungslokal der Stadt, gesprochen. Zum Abschluß des Wahlkampfes, am 13. September, veranstaltete die SPD sternförmig von den Außenbezirken zur Innenstadt marschierende Fackelzüge und anschließend eine Wahlkundgebung ¹⁷⁴. Neben diesen Großkundgebungen erfaßte die SPD durch zahlreiche Distriktversammlungen systematisch sämtliche Stimmbezirke des Stadtgebietes ¹⁷⁵. Unterstützt wurde diese Wahlarbeit durch die der Partei nahestehenden Organisationen, die sich in Versammlungen ebenfalls mit der Reichstagswahl beschäftigten ¹⁷⁶. Neben dem ADGB ¹⁷⁷ forderte zum Beispiel auch das Arbeitersportkartell seine Mitglieder zur Stimmabgabe für die SPD auf ¹⁷⁸. Zusätzlich appellierten noch die einzelnen Sportvereine (des Kartells) an ihre Mitglieder, ihre proletarische Pflicht zu erfüllen, worunter nicht nur die Stimmabgabe, sondern auch die Teilnahme an Kundgebungen der SPD und aktive Wahlarbeit zu verstehen war ¹⁷⁹. In anderen Organisationen wurde die SPD in mehr oder weniger direkter Weise empfohlen. In einer Protestversammlung der Fürther Ortsgruppe des

172 NBZ vom 12.9.30.

173 FT vom 21.8.30; im gleichen Sinne FT vom 6.9.30.

174 FT vom 13.9.30.

175 FT vom 27.8. bis 9.9.30.

176 NBZ vom 12.9.30.

177 Aufruf des Vorstandes des ADGB in FT vom 16.8.30, des Bezirksausschusses Bayern des ADGB in FT vom 9.9.30.

178 FT vom 23.8.30.

179 FT vom 10. und 12.9.30.

Reichsverbandes der deutschen Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen¹⁸⁰ lehnten es die Referenten zwar ab, den Reichsverband auf eine bestimmte Partei festzulegen. Die scharfe Kritik an den Auswirkungen der Notverordnung auf die Kriegsoffer und die Aufforderung, nur eine den Kriegsoffern freundlich gesinnte Volksvertretung zu wählen, war an sich schon deutlich genug. In Diskussionsbeiträgen wurde dann die SPD als die einzige Partei herausgestellt, die sich der Kriegsoffer annehme¹⁸¹. In einer Versammlung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden Deutschlands hatten sich die Redner eindeutig über die Bemühungen der bürgerlichen Parteien geäußert, mit Hilfe des Diktaturparagraphen Verschlechterungen auf sozialem Gebiet durchzusetzen. Als sie es trotz der Eindeutigkeit ihrer Ausführungen vermieden, eine Empfehlung für die SPD auszusprechen, wurden sie durch Zurufe dazu aufgefordert und bekannten sich schließlich auch zur Stimmabgabe für die SPD¹⁸².

Mit dem Tonfilm und dem Flugzeug nutzte die SPD in diesem Wahlkampf auch neue Möglichkeiten der Propaganda¹⁸³. Zur Veranschaulichung arbeitete die SPD in ihrer Wahlwerbung häufig mit bildlichen Darstellungen. In einer Ausgabe wenige Tage vor der Wahl suchte die Fränkische Tagespost¹⁸⁴ ihre Leser auf mehreren Seiten durch eine Kombination von Bildern und Texten zu motivieren. So wurde die unpolitische Frau wieder mit den wirtschaftlichen Auswirkungen der Maßnahmen der Bürger-

180 Die Ortsgruppe zählte in der Kriegsbeschädigtenabteilung zu dieser Zeit mehr als 1600 Mitglieder, in der Hinterbliebenenabteilung rd. 750 Mitglieder. NBZ vom 17.1.30 und 20.2.31.

181 NBZ vom 30.8.30; FüA vom 30.8.30; FT vom 30.8.30.

182 FT vom 11.9.30.

183 FT vom 3.9. und 5.9.30. In bezug auf den Tonfilm stellte dazu das Blatt anspruchsvoll am 3.9. fest: "Zum ersten Male dient die Technik nicht der kapitalistischen Ausbeutung, sondern der Befreiung der Arbeiter."

184 FT vom 10.9.30.

blockregierung konfrontiert ¹⁸⁵. Hitler wurde als Hampelmann dargestellt, gezogen von einem Großkapitalisten; SA-Männer als Revolvermänner und Messerstecher. Selbstverständlich fehlte nicht die Karikatur: Am 12. September, also unmittelbar vor der Wahl, stellte die Fränkische Tagespost auf einer halben Seite Hitler als SA-Mann dar, der einem angekettet knienden Arbeiter den Fuß in den gebeugten Nacken setzt. Hinter dieser Szene stehen Prinzen, Generale und Unternehmer, die "neudeutschen Arbeiter in Hitlers 'Arbeiter'-Partei".

Die Wahlpropaganda der SPD war diesmal beherrscht vom Kampf gegen die Regierung Brüning. Hinter dem "System Brüning" und seinen Diktaturplänen stehe das Großkapital und der Großgrundbesitz, die mit der SPD die politische Vertretung der Arbeiterklasse ausschalten, Löhne und soziale Leistungen auf der ganzen Linie abbauen wollten. Das verfassungsmäßige Mittel, diese Pläne einer Beherrschung des Volkes durch die Diktatur des Großbesitzes zu zerschlagen, sei die Wahlentscheidung. Bei der Wahl am 14. September falle die Entscheidung zwischen Bürgerblock und Sozialdemokratie, Arbeit und Kapital, Demokratie und Diktatur ¹⁸⁶. Die Regierung Brüning wolle die zur Überwindung der Wirtschaftskrise und Sanierung der Reichsfinanzen erforderlichen Belastungen den Armen und Schwachen aufbürden, die Reichen und Leistungsfähigen dagegen verschonen ¹⁸⁷. Nicht der Young-Plan sei Ursache der Wirtschaftskrise, sondern die kapitalistische Wirtschaftsordnung. Die infolge unzureichender Löhne gesunkene Kaufkraft der Massen sei verantwortlich für die

185 Zur Vorbereitung einer Frauenversammlung "Der Sozialismus ist die Befreiung der Frau" wurde aber auch mit dem Hinweis an die Frauen appelliert, daß die SPD den Frauen das Wahlrecht und damit die Möglichkeit verschafft habe, sich selber die Freiheit zu erringen. Die Frauenfrage stehe und falle mit dem Sozialismus. FT vom 3.9.30.

186 Wahllaufruf des Vorstandes der SPD; FT vom 21.7.30.

187 Ebenda. In gleichem Sinne bereits FT vom 19.7.30 sowie FT vom 16.8. und 11.9.30.

schlechte wirtschaftliche Lage. Durch Lohnabbau sei deshalb eine "Ankurbelung" der Wirtschaft nicht möglich ¹⁸⁸. An Stelle der profitorientierten privatkapitalistischen Warenerzeugung, deren Begleiterscheinung die Arbeitslosigkeit sei, solle eine Wirtschaft treten, die den Bedarf der Massen decke und allen Werktätigen eine menschenwürdige Existenz gewährleiste ¹⁸⁹.

Gleichzeitig betrachtete sich aber die SPD als den stärksten Garanten der Demokratie. Kampf für den Sozialismus hieß für die SPD gleichzeitig Kampf für die Demokratie. Denn Demokratie ist "Herrschaft des arbeitenden Volkes". Ohne Demokratie gebe es deshalb keinen sozialen Fortschritt, keine Gesundung der Wirtschaft, kein Ende von Elend und Not ¹⁹⁰. Während die Deutsche Staatspartei nicht mehr den Mut habe, die Demokratie in den Mittelpunkt ihres Bekenntnisses zu stellen, und die Tradition des Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie verleugne ¹⁹¹, sei die SPD, die den Willen von neun Millionen SPD-Wählern des Jahres 1928 repräsentiere, die stärkste politische Kraft in Deutschland und "ein wesentliches Stück der Verfassungswirklichkeit der deutschen Republik" ¹⁹². Die SPD kämpfe "im Namen der freiheitlichen und sozialen Demokratie ... gegen die Regierung des Artikels 48", deren rechter Flügel von offenen Feinden der Verfassung gebildet werde. Wer aber die neun Millionen SPD-Wähler von der staatlichen Willensbildung ausschließen wolle, greife die Grundlagen der Demokratie an und werde auf den "stahlharten Widerstand der deutschen Sozialdemokratie stoßen" ¹⁹³. Wenn die Volksvertretung lahmgelegt oder aus-

188 FT vom 6.9.30.

189 FT vom 16.8., 6.9. und 8.9.30.

190 Wahlaufuf des Parteivorstandes; FT vom 21.7.30.

191 FT vom 10.9.30.

192 FT vom 13.9.30.

193 Ebenda.

geschaltet werde, sei die SPD zu einem Kampf gezwungen, dem sie mit Ruhe entgegenblicke, an dem aber die Gegner des Parlamentarismus keine Freude haben würden. Nur eine starke SPD garantiere für die Demokratie. Die Wahl am 14. September sei deshalb die Entscheidungsschlacht der Demokratie; es gehe um die Grundlagen des parlamentarischen Systems ¹⁹⁴. Die SPD vereine die großen Ideale der emporsteigenden deutschen Arbeiterschaft, das Streben nach Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und wahrer Menschlichkeit mit der Arbeit an der Wohlfahrt des ganzen deutschen Volkes und den besten Traditionen deutscher Kulturentwicklung und des deutschen Idealismus ¹⁹⁵.

Diese kategorische Bejahung der demokratischen Republik wird gelegentlich allerdings durch eine skeptische und deutlich distanzierte Haltung der SPD zum politischen System relativiert. Das kapitalistische System bringe der arbeitenden Bevölkerung nichts als Not und Elend. Sie habe deshalb kein Interesse an der Erhaltung dieses Systems, das sich unfähig erwiesen habe, die Menschen ausreichend zu ernähren. Aber es gehe in diesem (Wahl-)Kampf eben darum, ob in der Republik der Wille des Volkes entscheidend sein werde oder die Mächte des Kapitals ihre Vorherrschaft über das ausgebeutete Volk werden aufrichten können ¹⁹⁶. In diesem Sinne bezeichnete sich die SPD als eine den Staat wahrhaft bejahende Partei, als eine Partei des "staatspolitischen Optimismus", die den Willen zur ganzen Macht mit der Hoffnung auf die Mehrheit des Volkes verband ¹⁹⁷. Anlässlich des zehnten Verfassungstages bezeichnete die Fränkische Tagespost die Weimarer Verfassung als "Hebel, der die kapitalistische Welt aus den Angeln heben kann". Der Arbeiter verteidige die Republik nicht, weil er seine alten Ideale aufgegeben habe, sondern weil er "in dieser Republik eine

194 FT vom 19.7. und 30.8.30.

195 FT vom 10.9.30.

196 FT vom 22.8.30.

197 FT vom 10.9.30.

Etappe zu seinem Endziel erblickt. ... So wollen wir ohne Illusionen, aber nicht ohne festen Glauben an die Zukunft unserer Klasse zu dem Werk von Weimar stehen. ... Wir wollen keinen Zweifel lassen an unserer Überzeugung, daß wir in der heutigen Republik nicht die Erfüllung unserer Kampfziele sehen. Republik das ist nicht viel - Sozialismus ist das Ziel!" ¹⁹⁸

Schon seit Oktober 1929, nach Zusammenstößen mit der SA, verwehrte die fränkische SPD Nationalsozialisten und Stahlhelmern grundsätzlich den Zutritt zu ihren Versammlungen ¹⁹⁹. Immer wieder befaßte sich die Fränkische Tagespost mit den "Nazis" und den Zuständen in der NSDAP ²⁰⁰. Die Nationalsozialisten wurden als Bundesgenossen des Unternehmertums ²⁰¹, Stützpfeiler des Großkapitals ²⁰² oder "Schutz- und Kampftruppe des internationalen Schwerkapitals" charakterisiert ²⁰³. Die "Partei der Hakenkreuzler" sei weder, 'national' noch 'sozialistisch' und auch keine Arbeiterpartei ²⁰⁴; sie schüre den verächtlichsten Rassenhaß und sei eine Partei der Lüge, des Mordes und des Krieges, eine Partei der Zerstörung und des Chaos ²⁰⁵. Not und Elend zu beseitigen, mache sie sich nicht zur Aufgabe. Sie benutze die Krise, um mit revolutionären Phrasen Teile der Arbeiterschaft, des Mittelstandes und der Jugend zu gewinnen ²⁰⁶.

Die Propaganda der SPD gegen die KPD war bestimmt

¹⁹⁸ FT vom 10.8.29, zitiert nach StA Nbg: Polizeidir. 24.10.29. Zur Haltung der SPD zum Weimarer Staat vgl. auch Schustereit, Linksliberalismus und Sozialdemokratie, S. 210, 215.

¹⁹⁹ StA Nbg: Polizeidir. 4.11.29.

²⁰⁰ Z.B. am 5.9.30 mit ihrer Politik in Koburg, wo die NSDAP die Stadtratsmehrheit besaß.

²⁰¹ FT vom 8.9.30.

²⁰² FT vom 9.9.30.

²⁰³ FT vom 5.8.30.

²⁰⁴ FT vom 8.9.30.

²⁰⁵ FT vom 10.9.30.

²⁰⁶ FT vom 5.8.30.

von dem Vorwurf, die Arbeiterbewegung zu spalten und damit die politische Position der Arbeiterschaft gegenüber dem Bürgertum zu schwächen ²⁰⁷. Damit arbeite sie objektiv den Reaktionären in die Hände; sie sei deshalb eine Hilfstruppe der Reaktion. Innerhalb bestimmter Grenzen habe die KPD für den bürgerlichen kapitalistischen Staat als "Pfahl im Fleische der SPD" eine nützliche Funktion. Sie müsse verhindern, daß die SPD übermächtig wird. Indem die KPD die Arbeiterbewegung schwächt, arbeite sie dem Faschismus in die Hände und sei deshalb eine reaktionäre Partei ²⁰⁸.

Bis 1932 hatte sich die Situation entscheidend verändert. Otto Wels erwartete, daß in diesem Jahr die Entscheidung falle zwischen der Sozialdemokratie und den Nationalsozialisten. Die Regierung Brüning war seit der Reichstagswahl 1930 vom Gegner der SPD zu ihrem Verbündeten gegen den Nationalsozialismus geworden. Trotz der stolzen Erwartung, die "politisch geschulten Kerntruppen" der SPD, die "Eiserne Front" der Arbeitnehmerorganisationen werde dem Nationalsozialismus die Niederlage bereiten ²⁰⁹, sah sich die SPD in der Zwangslage, entweder die Regierung Brüning zu tolerieren, um Schlimmeres zu verhüten, oder Brüning zu stürzen und mit seinem Sturz das Chaos und eine Regierung von Hugenberg's Gnaden herbeizuführen. Unter diesen Umständen diene es wohl nur

207 Werner Conze, Die politischen Entscheidungen in Deutschland 1929-1933, in: Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs, S. 209, bezeichnet die 'ultralinke' Taktik der KPD als den "politisch wirksamste(n) Faktor zur Lähmung der Sozialdemokraten von 1930 bis 1933". Matthias, Der Untergang der alten Sozialdemokratie, S. 290 ff., verteilt die Verantwortung gleichmäßiger. Auch die "Passivität der sozialdemokratischen Parteiführung" habe wesentlich zur Abwanderung der Arbeitslosen zur KPD beigetragen.

208 FT vom 11.8.30. In gleichem Sinne: FT vom 21.7., 21.8., 8.9., 9.9. und 10.9.30. Obwohl die SPD auch den Kommunisten den Zutritt zu ihren Versammlungen verboten hatte, kam es in einigen Fällen zu Versammlungsstörungen durch Kommunisten, die aber mühelos unterbunden werden konnten. FT und Füt vom 21.8.30, FT vom 6.9.30.

209 FT vom 13.1.32.

noch der allgemeinen Beruhigung, wenn trotz allem der Ortsverein Fürth der SPD daran festhielt, es bleibe die Aufgabe, "das kapitalistische Wirtschaftssystem zu beseitigen und durch ein besseres, durch die sozialistische Gemeinwirtschaft zu ersetzen ..." ²¹⁰.

Tatsächlich kämpfte nämlich die SPD auch bei der Reichspräsidentenwahl für das "derzeitige System", weil es für sie "die Herrschaft des Rechts in der Demokratie" bedeutete ²¹¹. Es gehe um Sein oder Nichtsein der Republik und ihrer Verfassung ²¹². Beide Wahlgänge der Reichspräsidentenwahl stellte die SPD unter die Parole: "Schlagt Hitler! Darum wählt Hindenburg!" ²¹³. Weil es gelte, die bzw. den Kandidaten des Faschismus zu schlagen, verzichte die SPD auf einen eigenen Kandidaten, der keine Aussicht auf Erfolg hätte. Stimmen für die Partei zu zählen, dazu werde man bei der nächsten Landtagswahl Gelegenheit haben ²¹⁴. Weil Hindenburg seinen Eid auf die Verfassung gehalten habe und nicht zum Vollstrecker der Republikfeinde geworden sei, werde er "heute" von denen bekämpft und geschmäht, die ihn vor sieben Jahren auf den Schild gehoben hatten. Mit seiner Beseitigung solle der Weg freigemacht werden zum Staatsstreich und Verfassungsbruch. Hindenburg sei nicht der Mann der Eisernen Front, aber er stehe gegen Hitler, der geschlagen werden müsse ²¹⁵. Zur Begründung und Durchsetzung ihrer Haltung bei den Mitgliedern berief sich die SPD auf ihre Tradition. Mit der Unterstützung Hinden-

²¹⁰ FT vom 13.2.32. Zum Tolerierungskurs der SPD: Matthias, Die Sozialdemokratie und die Macht im Staate, in: Der Weg in die Diktatur, S. 80 ff.; Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 334 ff. u. 346 ff.; Fülberth/Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie, S. 227 ff.

²¹¹ FT vom 16.2.32.

²¹² FT vom 3.3.32.

²¹³ FT vom 27.2., 17.3., 2.4. und 9.4.32.

²¹⁴ FT vom 16.2., 27.2. und 12.3.32.

²¹⁵ FT vom 27.2., 1.3., 12.3. und 9.4.32.

burgs folge sie einer alten Taktik der Partei, ihre Kraft darauf zu konzentrieren, den Hauptfeind zu schlagen, wenn sie mit dem eigenen Sieg nicht rechnen konnte²¹⁶. Jetzt sei der Hauptfeind der Faschismus.

Verantwortlich für diese Zwangslage, sich für Hindenburg entscheiden zu müssen, machte die SPD die KPD, weil es durch deren politische Kurzsichtigkeit nicht möglich sei, sich auf einen gemeinsamen Arbeiterkandidaten zu einigen²¹⁷. Die SPD bezeichnete es als ein historisches Verbrechen der Kommunisten, daß sie nicht Schulter an Schulter mit ihr gegen den Faschismus kämpften. Ohne die von der KPD verursachte Zersplitterung der Arbeiterbewegung hätte die "Nazibewegung" nie eine derartige Rolle spielen können²¹⁸. Nach dem zweiten Wahlgang attestierte die SPD den Kommunisten, sie hätten die Moskauer Parole, wonach zur Herbeiführung des proletarischen Befreiungskampfes zunächst Hitler an die Macht kommen müsse, genau befolgt. Damit sei ihre verbrecherische und verräterische Rolle gegenüber der Arbeiterschaft restlos entlarvt worden²¹⁹. Der Vorwurf an die Adresse der Kommunisten, sie hätten die Arbeiterklasse gespalten und dem Feind der Demokratie den Weg bereitet²²⁰, kehrt in den folgenden Wahlkämpfen regelmäßig wieder. Man kann sich dabei allerdings nicht des Eindrucks erwehren, daß dieser Vorwurf für die SPD auch eine gewisse Alibifunktion hatte, indem sie sich einseitig auf Kosten der KPD von der Verantwortung für die politische Entwicklung entlastete.

Schon nach dem ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl bemerkte die SPD mit Genugtuung, das Ergebnis

216 Unter ausdrücklicher Berufung auf Bebel, W. Liebknecht und von Vollmar. FT vom 1.3. und 11.3.32.

217 FfT vom 12./13.3.32.

218 FT vom 9.4.32.

219 FT vom 11.4.32. Weitere Äußerungen über die Rolle der KPD: FT vom 27.2., 3.3., 12.3., 14.3. und 17.3.32.

220 Z.B. in FT vom 3.12.32.

sei in erster Linie der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu verdanken, die der Parole ihrer Partei "fast bis auf den letzten Mann" gefolgt sei. Hitler habe die Entscheidungsschlacht um die Reichspräsidentenschaft dank der eisernen Disziplin der politisch geschulten sozialdemokratischen Wähler verloren ²²¹. Diese Haltung ihrer Gefolgschaft hatte sich schon in den beiden Wahlkampagnen angedeutet. Denn aus den Versammlungen der SPD in Fürth wurde zumindest guter, wenn nicht sehr guter oder gar "massenhafter Besuch" (wie jeweils unmittelbar vor den beiden Wahlgängen am 11.3. und 8.4.) gemeldet ²²².

Sofort nach dem zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl eröffnete die SPD die Auseinandersetzung um die Landtagswahl ²²³. Unter der Parole: "Schlagt den Faschismus!" richtete sich ihr Wahlkampf im wesentlichen wieder gegen die NSDAP ²²⁴. Mehr und mehr sah sich die SPD als das einzige Bollwerk gegen den Nationalsozialismus. Ins Bild gesetzt wurde diese Selbsteinschätzung von der Fränkischen Tagespost unmittelbar vor dem Wahltag durch die Abbildung eines riesengroßen Arbeiters (über dem Wahlauf Ruf), der schützend vor dem Eingang zum Landtag steht und die von zwei Seiten andrängenden viel kleineren Nationalsozialisten und Kommunisten abwehrt ²²⁵. Im Wahlkampf hatte die SPD die Landtagswahl als den dritten großen Schlag gegen die NSDAP angekündigt ²²⁶. Der Wahlausgang nötigte sie zu der bescheideneren Feststellung, daß der Angriff des Faschismus wohl abgeschlagen sei, weil er aus eigener Kraft nicht die Macht übernehmen könne. Trotzdem dürfe man die durch die gewaltige

221 FT vom 14.3. und 13.4.32. Vgl. oben Seite 37.

222 FT vom 23.1., 13.2., 7.3., 12.3. und 9.4.32;
FüT vom 12./13.3.32.

223 FT vom 12.4.32.

224 FT vom 13.4.32.

225 FT vom 23.4.32. Am Wahlsonntag selbst setzte die FT (vom 24.4.32) über die Wahlparole für die SPD eine Arbeiterfaust, die das Hakenkreuz zerschmettert.

226 FT vom 23.4.32.

Stärke der NSDAP drohende Gefahr nicht übersehen ²²⁷.

Im Gegensatz zu dieser eher bedenklich gestimmten Wahlbetrachtung machte schon wenige Tage später der Parteivorstand der SPD sich und den Mitgliedern zur Einstimmung auf den 1. Mai Mut mit der Versicherung, angesichts der politischen Situation bleibe es allein Aufgabe der Sozialdemokratie, die geistige Freiheit gegen die Apostel einer stumpfen Gewaltherrschaft zu verteidigen, das gleiche Recht aller Staatsbürger zu schützen und den Forderungen der Menschlichkeit in Staat und Wirtschaft Geltung zu verschaffen. Nur die Sozialdemokratie könne den Faschismus besiegen ²²⁸.

In der rednerischen Auseinandersetzung mit der NSDAP gebrauchten die SPD-Funktionäre häufig ein kämpferisches Pathos ²²⁹, das, wie sich herausstellen sollte, den gegebenen Möglichkeiten keineswegs entsprach. Wenn der zweite Vorsitzende des ADGB, Peter Graßmann, in einer Wahlkundgebung in Fürth vor dem zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl mit der "Eventualität" rechnete, daß Hitlers braune Armee nach dem Wahltag losschlage, und für diesen Fall ankündigte, daß dann "wirklich Köpfe rollen, aber die der anderen" ²³⁰, dann bot diese verbale Entschlossenheit den Gegnern der SPD nur den willkommenen "Beweis" für die revolutionären Bürgerkriegsabsichten der SPD ²³¹.

227 FT vom 25.4.32.

228 FT vom 28.4.32.

229 Vgl. oben Seite 283 ff.

230 FT vom 9.4.32.

231 Weniger blutrünstig, aber mit militantem Pathos kündigte Grzesinski am 1. Mai in Berlin an, die "Bataillone der Eisernen Front" würden verstärkt bereitgemacht zum letzten großen Marschziel. Der gemeinsame Tritt dieser Arbeiterarmee werde den Feind zu Boden ringen. "Formiert erneut die Reihen, Genossen, zum letzten entscheidenden Kampf, zum Endkampf für den Sozialismus ...". FT vom 25.5.32. Nach Bildung der Regierung Papen heißt es in der FT vom 6.6.32, daß die deutsche Arbeiterschaft mit der festesten Entschlossenheit und mit starkem Kampfesmut in dieses Ringen, diesen "entscheidungsschwersten" Kampf gehen

Durch Veröffentlichungen über Richtlinien der NSBO über deren Arbeit in den Betrieben sowie über die Berufstatistik der NSDAP-Landtagsabgeordneten suchte die Fränkische Tagespost ihre Leser über das "Fratzengesicht einer Arbeiterpartei" aufzuklären ²³². Das Blatt beschränkte sich auch nicht nur darauf, Hitlers "System" allgemein mit "Maulheldentum, Eigennutz, Macht, Gewalt, Rohheit, Willkür, Unterordnung ..." zu charakterisieren ²³³, sondern scheute nicht davor zurück, diesen Nachweis an konkreten Beispielen im lokalen Bereich zu führen. Unter der Überschrift "Fürther Wahlfutter" veröffentlichte die Fränkische Tagespost herabsetzende Berichte über Fürther Nationalsozialisten, in denen diese "Kämpfer für's 'Dritte Reich'" entweder lächerlich gemacht oder auch durch Indiskretionen aus ihrem Privatleben bloßgestellt wurden. Damit sollte den "frechen Strolchen begegnet werden, die die ehrliche Arbeiterschaft ... mit ... Vernichtung bedrohen". Mit solchen Strolchen diskutiere man nicht; man gibt nur ihre Verbrechen bekannt, um sie zu ächten und in ihrer wahren Gestalt zu zeichnen ²³⁴.

Als besondere Zielgruppe der sozialdemokratischen Propaganda erscheinen nunmehr verständlicherweise auch die Erwerbslosen. Die SPD appellierte an die Erwerbslosen, die mit ihren Angehörigen die größte Wählergruppe bildeten, die "sauberen Pläne" der NSDAP, Erwerbslose zur Zwangsarbeit zu verpflichten, zu durchkreuzen, indem sie dem "Diktator Hitler" eine Niederlage bereiten. Gleichzeitig schilderte sie den Erwerbslosen Fürths die Lösung des Erwerbslosenproblems im Falle einer Machtübernahme durch die NSDAP in den schwärzesten Farben. Die Arbeitslosen sollten sofort zur Zwangsarbeit verpflichtet und

werde. "Eine neue heroische Zeit ist für das schaffende Volk genaht - das deutsche Proletariat wird den Kampf gegen Barbarei ... siegreich bestehen."

232 FT vom 1.5. und 9.4.32.

233 FT vom 9.4.32.

234 FT vom 23.3.32; weitere derartige Veröffentlichungen in FT vom 8.4., 9.4., 16.4., 30.6.32.

kaserniert werden (in "Sklavenkasernen") und müßten ohne jede Entschädigung außer der Ernährung und notwendigen Kleidung unter Aufsicht der "mit Revolvern ausgerüsteten SA" arbeiten. Der "ersparte" Lohn würde je zur Hälfte in die Kassen der Unternehmer und der Hitlerpartei fließen ²³⁵. Der propagandistischen Wirkung der zahlreichen kommunistischen Anträge zugunsten der Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger im Fürther Stadtrat begegnete die SPD mit Hinweisen auf die Tatsache, daß dank der sozialdemokratischen Mehrheit im Stadtrat die Unterstützungssätze Fürths höher waren als die anderer Städte ²³⁶.

Im Gegensatz zur kommunistischen Agitation und zu den "Phrasen" und "Klopffechtereien" der NSDAP empfahl die SPD zur Lösung der Probleme der Arbeitsbeschaffung sowie zur Linderung der allgemeinen Not ihre "vernünftige politische Arbeit" ²³⁷; sie stellte sich dar als die Partei der praktischen Arbeit und "aufopfernde(n) Hingabe ... im Dienste der Werktätigen" ²³⁸.

Den Reichstagswahlkampf eröffnete die Fürther SPD mit einer Demonstration ihrer organisatorischen Stärke, indem sie am 1. Juli gleichzeitig 40 Wahlversammlungen abhielt ²³⁹. Bis zum 30. Juli veranstaltete sie insgesamt vier größere und 50 kleinere Versammlungen (mit 3 400 bzw. 2 150 Besuchern) ²⁴⁰. Die Versammlungen der SPD waren durchwegs stark besucht, manche wie die beiden gleichzeitig stattfindenden Wahlversammlungen, mit denen die SPD am 30. Juli den Wahlkampf abschloß, sogar über-

²³⁵ FT vom 6.4.32. Der Bericht beruft sich ausdrücklich auf eine Wahlversammlung der NSDAP in Fürth vor dem ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl.

²³⁶ FT vom 19.4. und 26.5.32.

²³⁷ FT vom 13.4.32.

²³⁸ FT vom 23.4.32.

²³⁹ Eine Versammlung für jeweils einen bis maximal drei Stimmbezirke. FT vom 28.6., 1.7., 2.7.32.

²⁴⁰ FÜA vom 2.8.32; NBZ vom 5.11.32; FK vom 6.11.32. Diese Veröffentlichungen der Tagespresse beruhen lt. FK auf Angaben des Polizeiamtes Fürth.

füllt ²⁴¹. Die offenbar unerwartet große Resonanz und nicht nur reiner Zweckoptimismus werden die SPD vermutlich auch zu der allzu optimistischen Feststellung gleich zu Beginn des Wahlkampfes verleitet haben, daß ein deutlicher Stimmungsumschwung der Wählerschaft zu bemerken sei, der die Siegeszuversicht der "Nazis" als Selbsttäuschung erkennen ließe. Das (arbeitende) Volk sei nicht gewillt, "die Hungerpeitsche über sich schwingen zu lassen"; es scheine erwacht zu sein aus der "Hakenkreuzpsychose" ²⁴². Unter der Parole "Freiheit oder Freiherrn" ²⁴³ richtete die SPD ihre Wahlpropaganda gegen das Kabinett Papen als eine von der NSDAP gestützte und tolerierte "verkappte Hakenkreuzregierung", deren Mitglieder sie deshalb gerne als "Nazibarone" oder "Hitlerbarone" apostrophierte ²⁴⁴.

Inhaltlich unterschied sich die Wahlpropaganda der SPD wenig von den vorangegangenen Kampagnen. Nach dem Abtreten der Regierung Brüning, der letzten parlamentarischen Regierung ²⁴⁵, gehe es bei der Wahl um Freiheit und Brot, um die Niederringung des Monarchismus und der Reaktion, der Junkerherrschaft und des Faschismus ²⁴⁶. In einem neuen Anlauf wollten Militaristen und Nationalsozialisten die Gewalt ergreifen, um die Demokratie zu zerschlagen und die breiten Massen zu entrechten, politisch und wirtschaftlich zu knechten. Der 31. Juli sei der Entscheidungstag zwischen Vergangenheit und Zukunft, Knechtschaft und Freiheit, zwischen Kapitalismus und Sozialismus ²⁴⁷. Unter der Parole

241 FT vom 2.7., 9.7., 16.7., 30.7.32.

242 FT vom 2.7.32.

243 FT vom 28.6.32.

244 FT vom 28.6., 1.7., 2.7., 7.7., 9.7., 13.7., 29.7., 30.7.32.

245 Zur Beurteilung der Regierung Brüning im Reichstagswahlkampf 1930, vgl. oben S. 334.

246 Vorbereitungen der Fürther SPD für den Reichstagswahlkampf; FT vom 11.6.32.

247 Aus dem Wahlaufdruck des SPD-Vorstandes; FT vom 28.6.32.

"Zerschlagung des Marxismus" wolle der Gegner die Arbeiterbewegung vernichten und die deutschen Arbeiter wieder zu Heloten machen. Das deutsche Volk solle "als Heer von billigen, rechtlosen und hungernden Sklaven" dazu dienen, "das sterbende Wirtschaftssystem wieder aufzurichten" ²⁴⁸. Deshalb führe die Eiserne Front den Wahlkampf gegen den Kapitalismus, "den Todfeind der Arbeiterklasse", und seine "faschistischen Schildknappen" ²⁴⁹. "Die SA ist die Waffe des Kapitals zur Knechtung des Volkes." Den Sozialismus mißbrauche die NSDAP nur als Aushängeschild. Tatsächlich werde sie von der Schwerindustrie, den Großbanken und Agrariern ausgehalten. Durch ihre Unterstützung und Tolerierung der ersten Notverordnung der Regierung Papen sei die Rolle der NSDAP entlarvt worden ²⁵⁰.

Während zunächst die Form des Kampfes "gegen diese Feinde des Volksstaates" nicht näher erläutert wurde ²⁵¹, ließen SPD und Eiserne Front nach dem Staatsstreich in Preußen keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie die Auseinandersetzung nur als Wahlkampf führen wollten ²⁵². Die sozialdemokratischen Organisationen wurden zwar zu höchster Kampfbereitschaft, gleichzeitig aber auch zur Disziplin und zum Widerstand gegen "wilde Parolen" aufgerufen ²⁵³. Mit starken Worten suchte man diese Haltung zu erklären und sich wie den Mitgliedern gleichzeitig Mut zu machen: Im Vertrauen auf die Loyalität einer abgeschiedenen 'Arbeiterpartei' habe die besitzende Klasse den ersten Schritt gewagt zur "Errichtung der

248 FT vom 29.7.32.

249 FT vom 11.7.32.

250 FT vom 16.7.32; ebenso FT vom 14.7. und 29.7.32.

251 FT vom 30.6.32; ebenso: FT vom 6.7. und 14.7.32.
Vgl. dazu aber oben S. 283 ff.

252 Appell des Parteivorstandes: "Der Kampf um die Wiederherstellung geordneter Rechtszustände in der deutschen Republik ist zunächst mit aller Kraft als **W a h l - k a m p f** zu führen." FT vom 21.7.32. Sperrung im Original.

253 Ebenda.

Klassendiktatur des Besitzes, zur Knebelung und Entrechtung des deutschen Proletariats". Aber sie irre sich, "wenn sie die Besonnenheit der deutschen Arbeiterschaft mit Gleichgültigkeit" verwechsle. "Der Riese ist erwacht, er wird die Kastenherrschaft in Deutschland hinwegfegen wie dürre Blätter." Deutschland sei kein Balkanstaat, nicht Italien. Die in Jahrzehnten politischen Kampfes geschulte deutsche Arbeiterschaft werde es nicht hinnehmen, in Unfreiheit und Knechtschaft zu leben. Der Regierung sei noch eine kurze Gnadenfrist (von acht Tagen) gegeben, "dann werden r o t e S t i m m z e t t e l ²⁵⁴ aus den Urnen flattern, werden sich zu Bergen türmen und die letzten Hoffnungen eines absterbenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems unter sich begraben. Mit dem Stimmzettel werden wir den Kampf um die Freiheit führen, nie werden wir uns die Gesetze unseres Handelns von unseren Gegnern vorschreiben lassen. Nie werden wir ihnen durch falsche Parolen und Maßnahmen den Vorwand zur Erdrosselung der Freiheit geben ... Der letzte Aufstand einer untergehenden Gesellschaftsklasse gegen eine neue sozialistische Zeit wird niedergeschlagen werden" ²⁵⁵. Wenige Tage vor der Wahl mahnte die Reichskampfleitung der Eisernen Front ihre Anhänger nochmals in diesem Sinne: "Der Stimmzettel ist jetzt der Hammer in eurer Hand" ²⁵⁶.

Die SPD wußte natürlich auch, daß sie die Wahl nicht gewinnen würde. Deshalb mag es ihr durchaus willkommen gewesen sein, wenn sie die Verantwortung für die geschwächte politische Stellung der Arbeiterschaft der KPD anlasten konnte: Wirklich stark seien die Klassenfeinde

254 Sperrung im Original.

255 FT vom 23.7.32.

256 FT vom 28.7.32. Zur Reaktion der SPD auf den Staatsstreich in Preußen: Matthias, Der Untergang der alten Sozialdemokratie, in: Von Weimar zu Hitler, S. 282 ff.; Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 510 ff.; Schulze, Anpassung oder Widerstand?, S. XVI ff. u. S. 3 ff.

nur, "solange die deutsche Arbeiterklasse uneins und gespalten ist". Sie werde aber ihre Gegner überwinden, wenn sie wieder zu einer Einheitsfront zusammenfinde²⁵⁷. Deshalb appellierte die SPD an die kommunistischen Wähler, im Interesse des gemeinsamen Zieles, nämlich des Sturzes der Regierung, sich freizumachen von verhängnisvollen Illusionen und Revolutionsromantik. Durch eine Stimmabgabe für die KPD würden sie dagegen indirekt die Regierung unterstützen, die nur dank der durch die KPD verursachten Schwächung der SPD regieren könne²⁵⁸.

Das Wahlergebnis vom 31. Juli wertete die Fränkische Tagespost als Erfolg, und zwar offenbar deshalb, weil die "Naziseuche" seit den Frühjahrswahlen nicht weitergegriffen und der "Marxismus" wieder aufgeholt habe. Die Eiserne Front habe "einen größeren Sieg errungen, als er sich in Zahlen ausdrückt"²⁵⁹. Diesen für die SPD gewiß notwendigen Zweckoptimismus und auch die bei solchen Anlässen üblichen Interpretationsbemühungen übertrieb allerdings das Blatt bei weitem mit der Behauptung, "der Erfolg des gestrigen Tages deutet bereits den endgültigen Sieg an"²⁶⁰.

Trotz eines ruhig verlaufenen Wahlkampfes hatte die "Versammlungstätigkeit" vor der zweiten Reichstagswahl des Jahres allgemein zugenommen. Auch die Fürther SPD war mit sieben größeren Wahlversammlungen und 63 Distriktversammlungen noch aktiver als im Sommer. Dabei gelang es ihr, trotz der allgemeinen Wahlmüdigkeit deutlich mehr Zuhörer zu mobilisieren als bei der Juliwahl²⁶¹.

257 FT vom 16.7.32.

258 FT vom 30.7.32.

259 FT vom 1.8.32. Über den Stimmengewinn der SPD in Fürth im Vergleich zur Landtagswahl 1932 vgl. oben S. 41. Allerdings konnte sich auch die NSDAP noch verbessern.

260 FT vom 1.8.32.

261 In den sieben Wahlversammlungen wurden 5 800, in den 63 Distriktversammlungen 2 150 Besucher gezählt. NBZ vom 5.11.32. Zum Wahlkampf und Wahlverlauf auch FfT vom 7.11.32 und insbesondere Polizeidirektion Nbg-Fürth vom 11.11.32 in StA Nbg: Reg. Mfr II, 693.

Die Berichte über die SPD-Wählerversammlungen meldeten stets starken Besuch, zum Teil waren die Versammlungen sogar überfüllt ²⁶².

Gegenüber den Vorwürfen der KPD, die SPD habe aus Mutlosigkeit und Feigheit am 20. Juli nicht zum Generalstreik aufgerufen und sich nicht mit Waffengewalt gegen die Absetzung der Preußischen Regierung gewehrt, stellte Severing (am 18.10.) fest, man habe mit vollem Bewußtsein auf einen gewaltsamen Widerstand verzichtet, weil die Stunde noch nicht gekommen sei, "in der die Auseinandersetzung mit den Feinden der Republik und der Arbeiterklasse mit Erfolg begonnen und durchgeführt werden" könne ²⁶³. Die SPD müßte den Zeitpunkt der notwendigen Auseinandersetzung selbst bestimmen, wenn sie die Wirtschaftslage als Bundesgenossen habe. Angesichts der vielen Arbeitslosen sei ein Generalstreik aussichtslos. In dieser Situation habe man nicht die Existenz der Arbeiterbewegung aufs Spiel setzen und ein sinnloses Blutbad riskieren wollen. Am 6. November gelte es, den Zukunftsglauben an die Niederringung der Reaktion und die Siegeszuversicht zu stärken ²⁶⁴. Tarnow, der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, suchte in der Doppelversammlung vom 4. November seinen Zuhörern gar mit der Behauptung Mut zu machen, die vorwärtsdrängenden Kräfte seien die des Sozialismus. Die Sozialdemokraten wüßten, daß eine Übernahme der Produktionsmittel in Gemeineigentum nur durchführbar sei, wenn sie auch politisch den Staat erobern. Aber sie vertrauten darauf, daß ihnen die

262 Am 18.10.32 veranstaltete die Eiserne Front gleichzeitig drei Wahlversammlungen mit Carl Severing als Hauptredner. Vorgesehen war zunächst nur eine Doppelveranstaltung. Die dritte Versammlung wurde wegen des starken Andranges nachträglich angesetzt. Auch zum Abschluß des Wahlkampfes (am 4.11.) veranstaltete die SPD gleichzeitig zwei (ebenfalls überfüllte) Wahlversammlungen. FT, NBZ und Füt vom 19.10.32 und FT vom 5.11.32. Über die übrigen Veranstaltungen berichtete die FT am 22.9., 15.10., 27.10.32.

263 NBZ vom 19.10.32.

264 FT und Füt vom 19.10.32.

politische Macht zufallen müsse ²⁶⁵.

Die Propaganda der SPD gegenüber der KPD blieb unverändert. Sie machte die Kommunisten wie in den früheren Wahlkämpfen verantwortlich für die Spaltung der Arbeiterklasse; als Folge der kommunistischen Zersetzungsarbeit seien die "Nazis" groß geworden ²⁶⁶. Es sei eine "kommunistische Phrase", daß die Arbeiter nichts zu verlieren hätten als ihre Ketten. Die Republik habe der Arbeiterklasse nicht nur die staatsbürgerliche Gleichberechtigung und das "freieste Wahlrecht", sondern auch die am besten ausgebaute Sozialpolitik gebracht. Jetzt gelte es, mit der SPD um den Ausbau der Republik und deren Erfüllung mit sozialem Geist zu kämpfen ²⁶⁷. Die Politik der SPD, die Verteidigung der Demokratie als dem "besten Kampfboden der Arbeiterklasse", sei im Gegensatz zum unfruchtbaren Radikalismus der KPD wahrhaft revolutionär ²⁶⁸.

Schon in ihrem Resumee der Juliwahl forderte die SPD von Hitler, er werde sich nun nicht länger vor der Verantwortung drücken können. Wenn er dann aber mit seinen "billigen Sprüchen" nicht mehr ankomme, werde wieder die Stunde der SPD kommen ²⁶⁹. Die SPD wolle die NSDAP zwingen, von der Propaganda zur Tat zu schreiten. Hitler solle in die "sozialistische Zange" genommen, mit seiner Partei die "sozialistische Nagelprobe" gemacht werden. Dieser Absicht dienten die Anträge der SPD im

265 FT vom 5.11.32. Diese Äußerung Tarnows läßt sich einordnen in die von Matthias, Die SPD, in: Das Ende der Parteien, S. 158, als "Theorie der Untätigkeit" charakterisierte Haltung der SPD, die darauf vertraute, daß sich die Verhältnisse in ihrem Sinne entwickeln werden. Dazu: Schulze, Anpassung oder Widerstand, S. XXI u. S. 70 mit einer Äußerung von Wels vom 10.11. 1932: "Wir machen keine Revolution, sie kommt".

266 FT vom 27.10., 3.11. und 5.11.32; ebenso auch nach der Novemberwahl in FT vom 3.12. und 6.12.32.

267 FT vom 3.9.32; in gleichem Sinne FT vom 22.9.32.

268 FT vom 20.10.32.

269 FT vom 1.8.32.

Reichstag, die Schlüsselindustrien zu sozialisieren, die Großbanken zu verstaatlichen und den Großgrundbesitz zu enteignen; mit einer Ausnahme seien dies Anträge, die den programmatischen Forderungen der NSDAP entsprächen. Die Mehrheit der NSDAP-Abgeordneten werde nach der Überzeugung der SPD diese "sozialistische Feuerprobe" nicht bestehen. Durch die "überlegene Taktik" der SPD werde sich die Spreu vom Weizen trennen. Damit beginne ein politischer Reinigungsprozeß von elementarer Bedeutung. Für die NSDAP gelte es, Farbe zu bekennen vor der Öffentlichkeit. Die SPD sehe der Entscheidung ohne Voreingenommenheit, aber auch "ohne allzu übertriebene Hoffnungen auf den sozialistischen Willen der Reichstagsfraktion Adolf Hitlers entgegen" ²⁷⁰. Kurz darauf beteuerte die Fränkische Tagespost, die SPD habe die Sozialisierungsanträge nicht aus agitatorischen Gründen gestellt, sondern um "den der Verzweiflung nahen Volksschichten einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise zu zeigen". Selbstverständlich wolle die SPD aber auch die antikapitalistisch gesinnten Kräfte in der NSDAP, die dort als Stützen des Kapitalismus mißbraucht werden, für sich gewinnen ²⁷¹. Die SPD habe die Aufgabe, "alle Kräfte zu sammeln, die den Sozialismus als die Rettung aus der Wirtschaftskrise ansehen" ²⁷².

Auch wenn es nicht zu einer Regierungsbeteiligung der NSDAP kam, machte die SPD-Propaganda die NSDAP als Steigbügelhalter der Papen-Regierung für deren Maßnahmen verantwortlich. Wie einer Regierungspartei vom Standpunkt der Opposition aus warf die SPD der NSDAP vor, sie

270 FT vom 17.8.32.

271 FT vom 20.8.32. Das Blatt berief sich dabei auf eine Behauptung des Grafen Reventlow, hinter seiner Sozialisierungsforderung stünden "mindestens 100 Mitglieder" der NSDAP-Reichstagsfraktion.

272 Ebenda. Wenn die SPD versprach, die zum sozialistischen Aufbau gereichten Hände von NSDAP-Abgeordneten (wenn auch nur ein paar) nicht zurückzuweisen, dann erklärte sie zumindest einen Teil der NSDAP gewissermaßen für koalitionsfähig.

habe Arbeit und Brot versprochen, vor allem eine radikale Milderung der Arbeitslosigkeit. Zwischen der zunehmenden Stärke der NSDAP und der katastrophalen Entwicklung des Arbeitsmarktes wie der Minderung der Unterstützungssätze für die Arbeitslosen sah die SPD einen ursächlichen Zusammenhang. Die von "Nazis" in den Sattel gehobene Papen-Regierung habe schließlich die Arbeitslosenversicherung so gut wie völlig beseitigt ²⁷³.

Unmittelbar vor der Wahl setzte die Fränkische Tagespost ²⁷⁴ die sozialdemokratische Zuversicht wieder ins Bild, in dem von einer aus dem Grundriß des Deutschen Reiches emporfahrenden Arbeiterfaust mit den drei Pfeilen der Eisernen Front der Herrenreiter Papen, der Trommler Hitler sowie Herrscherkronen, Hakenkreuz, Zylinder und sonstiges Zubehör davongefegt werden. Den Wahlausgang wertete die SPD als Erfolg. Der Traum, Deutschlands Arbeiter einer Diktatur gefügig zu machen, sei ausgeträumt. Der Ausbruch des 'Dritten Reiches' sei durch die Wahl am 6. November auf den "St. Nimmerleinstag" verschoben worden ²⁷⁵.

Bis in den Januar hinein blieben die Äußerungen der SPD von der Überzeugung beherrscht, daß mit den Stimmenverlusten der NSDAP am 6. November der Abstieg des Faschismus begonnen habe. Die Wahl habe bestätigt, daß der Faschismus Deutschland niemals erobern werde. NSDAP und SA befänden sich in einem desolaten Zustand; ihre Anhänger liefen ihnen nach der Niederlage wieder davon ²⁷⁶.

²⁷³ Als Beleg dienten die Arbeitslosenzahlen, die Höhe der Arbeitslosenunterstützungen und die Lohnhöhe eines Arbeiters zur Zeit der Regierungen Hermann Müller, Brüning und Papen. FT vom 27.10.32.

²⁷⁴ Vom 5.11.32.

²⁷⁵ FT vom 7.11. und 13.11.32.

²⁷⁶ FT vom 25.11.32, 2.1., 6.1. und 16.1.33. In einer Karikatur zeigte die FT am 13.11.32 Hitler als "Oberosaf", dem die davonlaufenden SA-Männer ihre Hakenkreuzbinden vor die Füße warfen. Am 1.1.33 zeichnete das Blatt Hitler, wie er mit dem Wagen der NSDAP im braunen Sumpf versinkt, während über ihm der Pleitegeier schwebt.

Mit Befriedigung stellte der Parteivorstand in einem Aufruf an die Partei (vom 5.12.1932) fest, daß das Jahr 1932, "das Jahr der Entscheidung", weder "der feudalen noch der faschistischen Reaktion den Sieg gebracht" habe ²⁷⁷. Aus der Tatsache, daß sie in den Wahlkämpfen des Jahres 1932 dem "faschistischen Ansturm" standgehalten hatte, den Nationalsozialisten der Einbruch in die "marxistische Front" nicht gelungen war, gewann die SPD für das Jahr 1933 Zuversicht und Hoffnung, von der Fränkischen Tagespost auf die optimistische Formel gebracht: "Faschismus geschlagen - Sozialismus erringen" ²⁷⁸.

In ihrer Versammlungstätigkeit war die SPD im letzten Wahlkampf nicht behindert. Ihre neun großen Wahlversammlungen oder Kundgebungen waren alle stark besucht und mußten teilweise wegen Überfüllung polizeilich geschlossen werden ²⁷⁹.

Die neue Reichsregierung kennzeichnete die SPD als Kapitalistenregierung, der Hitler als Dekoration diene, während Hugenberg diktiere. Die Nationalsozialisten in

277 FT vom 6.12.32.

278 FT vom 2.1.33. Ähnlich optimistisch äußerte sich der Mitvorsitzende des Parteivorstandes Hans Vogel in einer öffentlichen "Volksversammlung" der SPD am 5.1.33 in Fürth. Vogel bringt es dabei fertig, als Indiz dafür, daß die Demokratie und das parlamentarische System in Deutschland noch nicht tot seien, die Haltung Görings als Reichstagspräsident anzuführen, der sich als fanatischer Verteidiger des Parlamentarismus gezeigt habe. FT vom 6.1.33.

279 NBZ und FT vom 15.2.33, NBZ und FT vom 21.2.33, FT vom 4.3.33. An der Kundgebung am 19.2.33 - nach einem Demonstrationszug durch die Stadt - nahmen lt. Bericht der bürgerlichen NBZ vom 20.2.33 5 000 - 6 000 Menschen, darunter auch aus Nürnberg und dem Fürther Umland teil. Die FT vom 20.2.33 meldet gar 10 000 Teilnehmer, eine noch nicht dagewesene Beteiligung an einer Demonstration in Fürth. Mit nur 10 Distriktversammlungen blieb die SPD vor dieser Wahl allerdings weit hinter ihren Aktivitäten vor der Novemberwahl 1932 (mit 63 Distriktversammlungen) zurück. FT vom 6.3.33.

der Regierung seien nur das Werkzeug der reaktionären Rechten ²⁸⁰. An der Argumentation der SPD im Wahlkampf fällt auf, daß sie auf das Wort vom Novemberverbrechen gelegentlich auch offensiv reagierte, indem sie sich zur Schaffung der Republik mit gleichen Rechten für alle Staatsbürger, dem allgemeinen gleichen Wahlrecht, der Sozialpolitik, dem Achtstundentag usw. als ihre "Novemberverbrechen" bekannte ²⁸¹.

Daneben begegnete die SPD den "wider besseres Wissen von den Hakenkreuzlern erhobenen Verdächtigungen", den "Giftschwaden des Faschismus" - von der Dolchstoßlegende bis zur Erfüllungspolitik und marxistischen Mißwirtschaft - auch argumentativ ²⁸². Gleichzeitig suchte sie aber mit Hilfe einer Statistik ihrer Regierungsbeteiligung nachzuweisen, daß Deutschland niemals marxistisch regiert worden sei ²⁸³.

Noch einmal bemühte sich die SPD um den gewerblichen Mittelstand, der sich unter falscher Führung "zum Sturmbock der Interessen des Großkapitals" habe machen lassen und, durch jahrelange maßlose demagogische Agitation für den Nationalsozialismus und die Reaktion eingefangen, als "antiproletarische Waffe der kapitalistisch nationalistischen Klasse" benutzt werde ²⁸⁴. Nicht die geeinte Reaktion helfe dem um seine Selbständigkeit ringenden Mittelstand, sondern nur die Unterstützung der Forderungen der Sozialdemokratie (Hebung der Kaufkraft und der sozialen Lage der breiten Schichten). Der Mittelstand könne nur in der Kampfgemeinschaft mit der Arbeiterklasse auch für sich eine bessere Zukunft schaffen.

280 NBZ vom 21.2.33, FT vom 3.2. und 15.2.33.

281 FT vom 3.2. und 22.2.33.

282 FT vom 23.2. und 28.2.33.

283 FT und NBZ vom 15.2.33, FT vom 22.2.33.

284 FT vom 24.2.33; ein weiterer Appell in FT vom 4.3.33.

Nicht nur vor der Wahl gab sich die SPD - verständlicherweise - optimistisch, daß sich wie schon so oft an ihren "festgefügtten Reihen die Wogen der Reaktion brechen" werden ²⁸⁵. Die Tatsache, daß die SPD bei der Wahl nur relativ geringe Verluste hatte hinnehmen müssen, bestärkte die Partei offensichtlich in dieser Zuversicht. "Stolz und fest, unerschüttert und gleich einem unverrückbaren Fels steht die SPD da!" Wo sie wie in Fürth "in bescheidenen Grenzen" habe Aufklärungsarbeit leisten können, seien aus anderen Parteien "neue Kämpfer" zu ihr gestoßen ²⁸⁶. Die SPD habe damit trotz allem einen "großen moralischen Erfolg" errungen. Die Tatsache, daß es auch bei der dritten Wahl seit Juli 1932 nicht gelungen sei, die SPD zu zerschmettern, "erfüllt alle Freiheitsfreunde mit Jubel". Die deutsche republikanische Arbeiterschaft habe sich in einer großen Stunde als ein großes Geschlecht erwiesen ²⁸⁷.

Wenn man an diesen Äußerungen auch manche Abstriche machen muß, weil ihr überzogener Optimismus der moralischen Aufrüstung der Anhängerschaft diene, so weist diese Zuversicht doch hin auf ein entscheidendes Problem in der Haltung der SPD in der Endphase der Weimarer Republik: daß sie nämlich allen Beteuerungen ihres Kampfeswillens und ihrer Kampfbereitschaft zum Trotz die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nur als Wahl-Kampf verstand.

Diese Auffassung tritt uns zum Beispiel auch in

285 FT vom 4.3.33.

286 Vgl. dazu oben S. 44 ff. und S. 97.

287 FT vom 6.3.33. Ebenso der Aufruf des Parteivorstandes in FT vom 7.3.33: Die Partei stehe unerschüttert, kampferprobt und gerüstet. Sie sei der großen Anforderung der nächsten Zeit gewachsen. Auch der Bezirksvorstand Franken der SPD meinte in seinem gleichzeitigen Appell, "der glänzende Wahlerfolg unserer Partei festigt in uns allen das stolze Selbstbewußtsein, das wir immer besessen haben ...". Ebenda.

der Generalversammlung der Ortsgruppe Fürth anfangs Februar 1933 entgegen: Ein gewaltiger Machtkampf zwischen Volk und Volksbedrucker hebe an, ein Wahlkampf, der alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen werde ²⁸⁸. Schon nach der Novemberwahl 1932 hatte die Fränkische Tagespost befriedigt festgestellt, daß die Sozialdemokratie mit den Mitteln verfassungsmäßiger Kämpfe nicht zu schlagen sei. Wer über Deutschlands Arbeiterschaft eine Diktatur errichten wolle, könne nicht das Wahlrecht als Waffe führen, sondern müsse Gewalt anwenden. Angesichts der Verbundenheit Deutschlands mit den großen Demokratien ließe sich aber ein derartiger Versuch nicht ernsthaft wagen ²⁸⁹. Allerdings gibt es auch zahlreiche sozialdemokratische Äußerungen, die mit großer Entschlossenheit formuliert sind und an der Ernsthaftigkeit des Kampfeswillens scheinbar keinen Zweifel zulassen. So stellte der Parteivorstand in seinem Aufruf vom 5. Dezember 1932 fest, jeder Versuch, eine Diktatur des Nationalsozialismus gegen die wachsenden Mehrheiten aufzurichten, würde mindestens zwei Drittel des Volkes zu einheitlicher Abwehr "mit allen Mitteln" vereinigen ²⁹⁰. Auch der Aufruf des Vorstandes der SPD-Reichstagsfraktion unmittelbar nach der Berufung Hitlers zum Reichskanzler betonte, man führe den Kampf auf dem Boden der Verfassung, werde aber die politischen und sozialen Rechte des Volkes "g e g e n j e d e n A n g r i f f m i t a l l e n M i t t e l n v e r t e i d i g e n". Jeder Versuch der Regierung, ihre Macht gegen die Verfassung anzuwenden, werde auf den äußersten Widerstand der Arbeiterklasse und aller freiheitlich gesinnten Volkskreise stoßen ²⁹¹. Von besonderer Entschlossenheit zeigte sich

288 FT vom 3.2.33.

289 FT vom 7.11.32.

290 FT vom 6.12.32. Scheidemann hatte zuvor schon betont, die Sozialdemokratie wolle ihr Ziel auf demokratischem Wege erreichen. Wenn man ihr aber den Weg versperre, müsse sie ihre Kampfmethoden ändern.
FT vom 26.11.32.

291 FT vom 31.1.33. Sperrung im Original.

der Reichstagsabgeordnete Schneppenhorst als Redner auf der großen Kundgebung der Eisernen Front am 19. Februar 1933 in Fürth: "Wer sich am Marxismus vergreift, wird daran krepieren." Das Volk denke nicht an Gewalttaten, die Eiserne Front provoziere nicht. "Wir wollen keinen Brudermord, keinen Bürgerkrieg, wir wollen Freiheit, Arbeit, Brot! Wer gegen diesen Willen Gewalt anwendet, muß damit rechnen, daß wir den Kampf aufnehmen mit einer Energie und Rücksichtslosigkeit, wie nie eine Masse gekämpft hat" ²⁹². Auch in den drei Wahlkundgebungen unmittelbar vor der Wahl versicherte der SPD-Redner seinen Zuhörern, im Falle eines Verfassungsbruches und eines Staatsstreiches werde man "uns" gerüstet finden ²⁹³.

Neben diesen kampfbetonten Äußerungen steht aber wie im Juli 1932 die Versicherung, die Sozialdemokratie lasse sich ihre Taktik nicht vom Gegner vorschreiben. "Sie bestimme selbst, wann und wie sie ihre Kräfte einsetze" ²⁹⁴. Aber nicht nur aus taktischen Überlegungen - sie mögen echt oder auch nur vorgeschoben gewesen sein -, sondern auch aus grundsätzlichen Erwägungen verzichtete die SPD auf die Gewalt. In den letzten Wahlkundgebungen der Eisernen Front in Fürth (am 3.3.) wies die SPD einen Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand weit von sich. Sie sei eine geistige Bewegung und verabscheue jeden Terror, sie verkörpere die Auffassung, daß der Geist über das Schwert siege. "Für Sozialdemokraten bedarf es keiner Gewalttaten, sie leben in der festen Überzeugung, nach Hitler komme die Sozialdemokratie" ²⁹⁵. Diese "Über-

292 FT vom 20.2.33.

293 FT vom 4.3.33.

294 FT vom 1.2.33. Bericht über das Referat Breitscheids in einer gemeinsamen Sitzung des Parteiausschusses der SPD mit dem Parteivorstand, der Reichstagsfraktion und Vertretern der Eisernen Front. Abdruck der Rede Breitscheids bei Schulze, Anpassung oder Widerstand?, S. 138 ff. Zur passiven Haltung der SPD nach der Berufung der neuen Regierung am 30.1.1933 vgl. Matthias, Der Untergang der alten Sozialdemokratie, in: Von Weimar zu Hitler, S. 289 f., 292 ff. u. 308 ff. sowie die Dokumentation bei Schulze, a.a.O., S. 131 ff.

295 FT vom 4.3.33. Vgl. dazu oben S. 350, Anm. 265.

zeugung" stützte sich wohl auf die Erwartung, daß die Reaktion mit dem Einsatz der Söldnerscharen des Faschismus ihre letzte Karte ausgespielt habe. Wenn sie nicht steche, und sie werde nicht stechen, dann werde die Arbeiterschaft das entscheidende Wort sprechen. Für diese Entscheidung gelte es, alle Kräfte zu sammeln ²⁹⁶. Auf den Fürther Kundgebungen am 3. März 1933 beschwor eine österreichische Genossin gar den Glauben an den Sozialismus. "Glauben wir an den Sozialismus, dann mag kommen, was will, zum Schluß siegen wir" ²⁹⁷.

Angesichts dieser Äußerungen muß die Frage erlaubt sein, ob das Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit, die Auffassung, daß der Geist über das Schwert siege, und die Hoffnung auf oder der Glaube an eine selbsttätige Entwicklung der politischen Verhältnisse im Sinne der Sozialdemokratie nicht nur die Verneinung des gewaltsamen Umsturzes und der Revolution darstellt, sondern auch die intellektuelle Rechtfertigung für das widerstandslose Zurückweichen der SPD vor der nationalsozialistischen Gewalt ²⁹⁸.

296 FT vom 1.2.33.

297 FT vom 4.3.33.

298 Bereits im Oktober 1932 hatte ein NS-Wahlredner in Fürth seinen Zuhörern, darunter auch Arbeitern, die Schwäche der SPD an ihrer Haltung in Preußen vor Augen geführt. Sie habe sich in Preußen (am 20.7.1932) ebenso kampflos die Macht aus den Händen nehmen lassen, wie sie 1918 ihre Anhänger zur Niederlegung der Waffen aufgefordert habe, statt "mit diesen Waffen den republikanischen Staatsgedanken gegen die Mächte und Vertreter des Kapitalismus zu verteidigen!" Ein Kämpfer erkämpfe sich die Macht und lasse sie sich nicht durch ein Ferngespräch nehmen. Nach der Machtergreifung stellte die Fürther SA großspurig fest, man habe bedauert, daß die marxistischen Führer und ihr Anhang jedem Kampf ausgewichen seien. Die SA habe sich für einen erbitterten Kampf um die Herrschaft gerüstet und dann sei ihr der Sieg mühelos in die Hände gefallen. FUA vom 21.10.32 und 31.5.33.

3. Die Kommunistische Partei ²⁹⁹

Anders als die SPD hatte die KPD, gemessen an ihren Wahlergebnissen, nur sehr wenig Mitglieder. Über die rund 100 Mitglieder, die die Ortsgruppe Fürth der KPD bereits im August 1920 zählte, scheint sie bis zur Endphase der Republik nicht wesentlich hinausgekommen zu sein ³⁰⁰. Als im Oktober 1927 die drei KPD-Stadträte und weitere KPD-Mitglieder, darunter auch der frühere Vorsitzende der Ortsgruppe Fürth, zur SPD übertraten - vom "Vorwärts" ³⁰¹ als "proletarische Einheitsfront in Fürth" herausgestellt -, begründeten sie diesen Schritt mit dem Wählerschwund der KPD und der Tatsache, daß die Fürther KPD kaum 100 Mitglieder habe ³⁰². Diese Angaben werden durch die allgemeine Entwicklung der KPD bestätigt. Vom Januar bis Dezember 1927 ging die Zahl ihrer Mitglieder im Bezirk Nordbayern von 2 858 auf 2 481, in Nürnberg

299 Zur Geschichte der KPD in der Weimarer Republik: Siegfried Bahne, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien, S. 655-739; ders., Die KPD und das Ende von Weimar; Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik; ders., Die Rolle der KPD, in: Der Weg in die Diktatur, S. 121-149; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 3 und 4, Berlin 1966; Walter Rist, Die KPD in der Krise, in: Neue Blätter für den Sozialismus 2 (1931), S. 434-445; ders., Der Weg der KPD, in: Neue Blätter für den Sozialismus 3 (1932), S. 79-91; ders., Die innere Krise der KPD, a.a.O., S. 134-149; Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus.

300 Genau waren es 1920 101 Mitglieder; dagegen Nürnberg zum Vergleich 287 Mitglieder. StA Nbg: Polizeidir. 372. Von der SPD, KPD und NSDAP hatte die KPD in den Jahren 1928 bis 1932 das ungünstigste Verhältnis zwischen Mitgliederzahl und Wählerstimmen. Gerhard Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus, Frankfurt a. Main/Berlin/Wien 1975, S. 558 f.

301 Nr. 473 vom 6.10.27 u. StA Nbg: Polizeidir. 374.

302 FT vom 14.10.27; StA Nbg: Polizeidir. 374. Auf dem Bezirksparteitag am 21./22.1.28 bezeichnete der Organisationsleiter des Bezirks die Werbekampagne als "glatten Versager". Die nordbayerische KPD hatte sogar einige hundert Mitglieder verloren. StA Nbg: Polizeidir. 26.1.28.

von 1 400 auf 855 zurück ³⁰³. Nachdem im März 1928 der Mitgliederstand der KPD in Nordbayern weiter auf rd. 2 000 abgesunken war, stieg er danach schon bis März 1929 wieder auf 2 868 an. Nach dem Ergebnis der Reichskontrolle waren von den nordbayerischen Mitgliedern damals 67 v.H. in Betrieben beschäftigt und 25 v.H. arbeitslos. Leicht erklärlich aus der geringen Mitgliederzahl ist die erstaunliche Tatsache, daß 89 v.H. der KP-Mitglieder auch Funktionäre der Partei waren ³⁰⁴.
 Genaue Informationen darüber, wie sich der Mitgliederstand der KPD in Fürth weiterentwickelt hat, stehen uns leider nicht zur Verfügung. Der Aufwärtstrend ist allerdings nachweisbar. In ihrem Arbeitsplan für die Monate Oktober und November 1930 berichtete die Bezirksleitung der KPD Nordbayerns mit Stolz über den Zugang von "1 210 neue(r) Kämpfer, darunter 131 sozialdemokratische Arbeiter" während des Reichstagswahlkampfes und weiterer 747 neuer Parteimitglieder nach der Wahl bis etwa Mitte Oktober 1930 ³⁰⁵. Die Fluktuation von der SPD zur KPD war folglich, zu dieser Zeit jedenfalls, nicht besonders groß. Anfangs Oktober 1931 zählte die KPD in Nordbayern allerdings bereits ca. 8 000 Mitglieder. Die Partei registrierte "in der letzten Zeit" einen monatlichen Zugang von 400 bis 500 Mitgliedern ³⁰⁶. Auch von der Ortsgruppe Fürth der KPD wird schon im Juni 1930 ein Zuwachs von 21 Mitgliedern gemeldet ³⁰⁷. Bis dahin hatte die

303 StA Nbg: Polizeidir. 26.1.28.

304 StA Nbg: Polizeidir. 8.4.29.

305 StA Nbg: Polizeidir. 22.10.30.

306 StA Nbg: Polizeidir. 22.10.31.

307 Lt. "Neue Zeitung" vom 10.6.30 aus den Kreisen sozialdemokratischer Arbeiter; StA Nbg: Reg. Mfr II, 689. Der Übertritt des Führers der Fürther Jungsozialisten mit vier weiteren Mitgliedern zur KPD im Frühjahr 1931 wurde von der KP-Bezirksleitung verständlicherweise besonders herausgestellt. StA Nbg: Polizeidir. 15.5.31. Nach dem Bericht der NBZ vom 15.5.31 war der Führer der Jungsozialisten durch seinen Austritt einem Ausschlußverfahren zuvorgekommen, das gegen ihn eingeleitet werden sollte, weil er an einem Arbeitsabend der Jungsozialisten einen kommunistischen Redner hatte sprechen lassen.

Ortsgruppe ihren Stand von Ende 1927 nicht wesentlich verändert ³⁰⁸. Die weitere Entwicklung des Mitgliederstandes der Fürther Ortsgruppe bleibt für uns im dunkeln ³⁰⁹.

Auch über die Stärke der kommunistischen Hilfsorganisationen in Fürth verfügen wir nur über gelegentliche Einzelinformationen. Sie bestätigen aber eindeutig die für die Partei selbst bereits konstatierte Diskrepanz zwischen der Stärke der Mitgliedschaft und der Wählerschaft der KPD. Schwach entwickelt war der Kommunistische Jugendverband Deutschlands in Nordbayern. Obwohl er seit der Jahreswende 1927/28 bis etwa März 1931 seine Mitgliederzahl ziemlich genau verdoppelte, war der Verband mit 580 Mitgliedern nach wie vor sehr schwach. Die Bezirksleitung beklagte deshalb auch den schlechten Stand und die mangelnde Einsicht in die Bedeutung der Jugendarbeit. Unter diesen Umständen konnte sich der Fürther KJV mit seinen 60 Mitgliedern (im März 1931) sogar zu den stärkeren und aktiveren Ortsgruppen zählen ³¹⁰. Auch die Tätigkeit einer Ortsgruppe des Jungspartakusbundes ist in Fürth nachweisbar ³¹¹.

308 Zum Bezirkstag im Frühjahr 1930 entsandte die Ortsgruppe Fürth zwei Delegierte. Da auf je 40 "abgerechnete" Mitglieder 1 Delegierter entfiel, mußte die Ortsgruppe zu dieser Zeit noch mindestens 80, höchstens aber 119 Mitglieder haben. StA Nbg: Polizeidir. 25.2.30 u. 12.4.30.

309 Auch aus den späteren Nachrichten über organisatorische Maßnahmen der KPD wie Bildung von Straßen- und Betriebszellen und die Einführung des "Fünfergruppen"-Systems (September 1932), wodurch der Parteiapparat leistungsfähiger werden sollte und die KPD sich gleichzeitig auf die Illegalität vorbereitete, sind leider keine diesbezüglichen Informationen zu gewinnen. StA Nbg: Polizeidir. 15.5.31 u. 29.8.32.

310 StA Nbg: Polizeidir. 26.1.28., 6.2.31 u. 26.5.31.

311 Im September 1930 wurde eine Zusammenkunft der Ortsgruppe mit 15 Teilnehmern von der Polizei ausgehoben; die "rührige" Gründerin und Leiterin der Ortsgruppe daraufhin zu einer (geringen) Geldstrafe verurteilt. Durch "polizeiliches Zugreifen" (vermutlich) im März 1931 wurde die Ortsgruppe Fürth des Jungspartakusbundes "völlig zerschlagen und für längere Zeit lahmgelegt". StA Nbg: Polizeidir. 26.5.31.

Der Rotfrontkämpferbund wurde in Nordbayern "offiziell" erst im April 1928 gegründet ³¹², die Ortsgruppe Fürth noch einige Monate später ³¹³. Bis Ende 1928 hatte der RFB in Nordbayern knapp 1 500 Mitglieder gewonnen und sich damit nach Auffassung der KPD erfreulich entwickelt ³¹⁴. Wir verfügen über keine Informationen, ob der Fürther RFB bis zu seiner Auflösung Anfang Mai 1929 mit dieser Entwicklung Schritt gehalten hatte ³¹⁵. Ebenso wenig wissen wir, ob der RFB auch in Fürth illegal weitergeführt wurde ³¹⁶.

Die Rote Hilfe Deutschland war gewiß nicht die wichtigste der kommunistischen Organisationen. Aber auch ihre Mitgliederzahlen bestätigen uns die relative Schwäche der KPD und ihrer Neben- oder Hilfsorganisationen in Fürth. Die Ortsgruppe Fürth der RHD, die damit noch zu den "guten" Ortsgruppen zählte, hatte

im August 1928:	160 Mitglieder,
im Juli 1929:	134 Mitglieder,
im Juli 1930:	178 Mitglieder,
im Juni 1931:	190 Mitglieder.

312 Wenige Tage später auch die Rote Jungfront. StA Nbg: Polizeidir. 18.6.28. Zum RFB vgl. Kurt G.P. Schuster, Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929, Düsseldorf 1975.

313 Wahrscheinlich im August, spätestens aber anfangs September 1928. StA Nbg: Polizeidir. 11.9.28.

314 StA Nbg: Polizeidir. 12.7.28 u. 14.12.28.

315 Die Durchsuchung bei dem Leiter des Fürther RFB Rudolf Dirscherl förderte kein wesentliches Material zutage. Der RFB hatte sich schon seit 1928 auf die Illegalität umgestellt und seine Ortsgruppen bereits am 6.5.1929, einen Tag bevor es die Bezirkspolizeibehörden erfuhren, vom Verbot unterrichtet. StA Nbg: Polizeidir. 24.6.29 u. Reg. Mfr II, 704.

316 Wofür die Polizei erst im September 1931 und auch nur für Nürnberg erste Anhaltspunkte gewann. StA Nbg: Polizeidir. 22.10.31. Auch Ende 1932, als nach den Feststellungen der Polizei die Tätigkeit des RFB auf die Bereitstellung geeigneter Waffen für den bewaffneten Aufstand hindeutete, erwähnen die Polizeiberichte nicht, ob die Bestrebungen zur Neuorganisation oder illegalen Weiterführung des RFB auch in Fürth zu beobachten waren. StA Nbg: Polizeidir. 28.10.32.

Im Vergleich zu anderen Ortsgruppen war die Zunahme von 1930 bis 1931 nur mäßig. Auch spätere Bemühungen um neue Mitglieder schlugen in Fürth - wie in ganz Nordbayern - fehl ³¹⁷.

Der harte Kern der Wählerschaft, der sich offen und noch vor Ausbruch der Wirtschaftskrise zur KPD bekannte, wurde auch beim kommunistischen Volksbegehren gegen den Bau des Panzerkreuzers sichtbar. Während sich am 20. Mai 1928 knapp 2 000 Wähler für die KPD entschieden hatten, stimmten nur 357 Wahlberechtigte (oder 17,8 Prozent) für das Volksbegehren ³¹⁸.

Für das Jahr 1928 erwartete die KPD eine Stärkung der Bourgeoisie, mit deren Angriffen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet deshalb um so mehr zu rechnen sei. Das Trustkapital werde die diktatorischen Vollmachten der Regierung zu stärken suchen, gleichzeitig die Einheitsfront der Arbeiterklasse durch deren weitere Spaltung verhindern. Für ihren Kampf werde die Bourgeoisie auch ihre außerparlamentarischen Kampfmittel durch eine Belebung der faschistischen Organisationen stärken. "... neue, bisher im Schlepptau der bürgerlichen Parteien laufende Schichten (würden) entwurzelt und unserer Agitation zugänglich gemacht werden" ³¹⁹. Wenn es der KPD nicht gelänge, an diese "Massen" heranzukommen, "so werden sie ein neues Rekrutierungsgebiet für die faschistischen Organisationen abgeben" ³²⁰. In ihrem Kampf

317 Der Ortsgruppe Fürth war anscheinend ein Zuwachs von 70 Mitgliedern aufgegeben. Der Landesvorstand der RHD bezeichnete das nordbayerische Ergebnis mehr als arm; der ganze Unterbezirk habe versagt. StA Nbg: Polizeidir. 25.2.28, 25.2.30, 31.7.31 u. 3.8.32.

318 NBZ vom 17.10.28. Die KPD und die Polizei urteilten übereinstimmend, daß das mit der Einzeichnung praktisch verbundene öffentliche Bekenntnis zur KPD einen "beträchtlichen Teil der mit der KPD sympathisierenden Nichtmitglieder" von der Einzeichnung abgehalten hat. StA Nbg: Polizeidir. 6.11.28 u. 27.12.28.

319 Arbeitsplan des KPD-Bezirks Nordbayern für Januar/Februar 1928. StA Nbg: Polizeidir. 9.1.28.

320 Ebenda.

müsse die KPD eine "breiteste Massenagitation" entfalten und mit den sozialdemokratischen Arbeitern eine Einheitsfront, vor allem auch in den Betrieben, herstellen unter gleichzeitiger Bekämpfung der sozialdemokratischen reformistischen Führer und Funktionäre. Zur Anknüpfung ihrer Agitation wollte sie besondere Ereignisse oder Erscheinungen wie Arbeitslosigkeit, Mietwucher, Steuererhöhungen, gerichtliche Eingriffe in das Streikrecht, das Reichsschulgesetz usw. nutzen. Zur Verbreiterung der Basis sollten kommunistische Aktivitäten in Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlungen wie in Versammlungen überparteilicher Organisationen entwickelt werden. Durch die Arbeit in den Gemeindevertretungen hoffte die KPD an die "kleinbäuerlichen und kleinbürgerlichen Elemente" heranzukommen. Für den Ausgang des Kampfes, für die Macht der Arbeiterklasse sei es nämlich erforderlich, "neben der Kampffront der Arbeiterklasse auch die kleinbäuerlichen und kleinbürgerlichen Schichten in Bewegung zu bringen" ³²¹. Beim rein wirtschaftlichen Kampf könne aber die Arbeiterschaft nicht stehen bleiben; er müsse übergehen in den "politischen Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie, gegen den kapitalistischen Staat ..." ³²². Die bedeutendste Aufgabe sei deshalb die Vorbereitung und Organisation revolutionärer Massenkämpfe. Einen Weg dahin sah die KPD in der Beeinflussung aller Lohn- und Arbeitszeitbewegungen mit dem Ziel, sich die praktische Führung der Streikbewegungen zu sichern. Nach den Richtlinien des ZK galt die Taktik der KPD einer Verschärfung der bevorstehenden Wirtschaftskämpfe, die im gegebenen Augenblick vom Kampf um Lohnerhöhungen in den Kampf um die volle Staatsgewalt übergehen sollten ³²³.

321 Ebenda. Diese Bewegung sollte allerdings die entgegengesetzte Richtung nehmen.

322 Arbeitsplan der Bezirksleitung Nordbayern, Abt. Gewerkschaften für Januar 1928; StA Nbg: Polizeidir. 26.1.28.

323 StA Nbg: Polizeidir. 26.1.28 u. 4.4.28.

Im Reichstagswahlkampf 1928, den sie offensichtlich unbehindert führen konnte ³²⁴, entwickelte die KPD eine lebhaftere Versammlungstätigkeit; ihre Versammlungen waren im allgemeinen jedoch schwach besucht ³²⁵. Auch den Wahlkampf verband die KPD "aufs engste" mit den Wirtschaftskämpfen, wobei sie nachweisen wollte, daß die SPD keine entscheidenden Kämpfe im Interesse der Arbeiterschaft zu führen gewillt sei, vielmehr durch die Drosselung der Wirtschaftskämpfe und Unterwerfung unter die Zwangsschiedssprüche offen die Pläne der Trustbourgeoisie unterstütze. Mit "voller Kraft" wandte sich die KPD im Wahlkampf gegen die SPD "als den gefährlichsten Hilfstrupp der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung" ³²⁶, deren Führer die Interessen der Arbeiterklasse durch ihre Regierungsbeteiligung verrieten ³²⁷. Ohne eine Unterscheidung oder Rangfolge zu treffen, stand für die KPD der Kampf gegen den Reformismus (der SPD und Gewerkschaften) gleichwertig neben dem Kampf gegen die kapitalistische Diktatur und den Faschismus und diente in gleicher Weise der "Zerschlagung der Bürgerblockpolitik" ³²⁸. Mit dem Erfolg ihres Wahlkampfes war die nordbayerische Bezirksleitung der KPD nicht zufrieden. Bei der Durchführung der Wahlkampagne habe sich - allerdings

324 Nach einer Entschließung der bayer. Staatsregierung vom 17.2.28 waren öffentliche Versammlungen der Kommunisten in geschlossenen Räumen nicht zu verbieten, auch wenn das zur Erörterung stehende Thema sich nicht unmittelbar auf die Wahl bezog. Bei der Beurteilung sollte nicht engherzig verfahren werden. NBZ vom 30.3.28. Am 19.5.1928 führen auch Propaganda-LKW der KPD unbeeinträchtigt durch die Fürther Südstadt. NBZ vom 21.5.28.

325 Eine KPD-Versammlung am 24.2.28 in Fürth hatte nur ca. 70 Besucher. StA Nbg: Polizeidir. 4.4.28.

326 Ebenda.

327 StA Nbg: Polizeidir. 9.1.28.

328 Arbeitsplan der KPD-Nordbayern für März/April 1928. StA Nbg: Polizeidir. 8.3.28. Zum ultralinken Kurs der KPD, der die "sozialfaschistische" Sozialdemokratie zum "aktivste(n) Vorkämpfer des deutschen Imperialismus" und zur "soziale(n) Hauptstütze der Bourgeoisie" stempelte und gegen die sich in erster Linie der Kampf der KPD richten müsse vgl. Flechtheim, Die KPD, S. 248 ff. (Zitate: S. 260 u. 270); Bahne, Die KPD, in: Das Ende der Parteien, S. 655 ff.

nicht bei allen Ortsgruppen - die "außerordentliche Schwäche des Parteiapparates" herausgestellt. Die Arbeit der KPD sei in den Massenorganisationen "noch sehr schwach verankert", die KP-Mitglieder würden ihre Positionen in diesen Organisationen nicht im Interesse der Partei ausnützen ³²⁹.

An ihrer unversöhnlichen Feindschaft gegenüber der Weimarer Republik ließ die KPD keinen Zweifel. Zum zehnjährigen Jubiläum der Weimarer Verfassung schrieben die "Nordbayerische Volkszeitung" und die "Neue Zeitung" ³³⁰, beides kommunistische Blätter, sie würden die Weimarer Republik "bis aufs Messer" bekämpfen. Am 11. August müsse "das Proletariat ... seinem Willen Ausdruck geben, dieses Regime seiner Klassenfeinde im revolutionären Kampf zu stürzen und die proletarische Diktatur, die deutsche Sowjetmacht an seine Stelle ... setzen!" ³³¹ Für die "große strategische Aufgabe der siegreichen Volksrevolution" und der "Beseitigung der faschistischen Diktatur" ³³² bezeichnete es die KPD auch im weiteren Verlauf der Entwicklung stets als ihr taktisches Nahziel, die Einigung des Proletariats unter ihrer Führung herbeizuführen, und hielt trotz aller Mißerfolge auch fest an der Herstellung "des breitesten und engsten Kampfbündnisses" der Arbeiterklasse mit den städtischen Mittelschichten und dem Kleinbauerntum ³³³.

Als Spezialorganisation der KPD zur "Herstellung" der proletarischen Einheitsfront diente die Revolutio-

³²⁹ StA Nbg: Polizeidir. 8.6.28.

³³⁰ Vom 9.8.1929.

³³¹ StA Nbg: Polizeidir. 6.9.29. Wegen Aufforderung zum Hochverrat wurden die Ausgaben beider Zeitungen am 9.8.29 beschlagnahmt.

³³² Die folglich bereits bestand, nicht erst drohte. Vgl. Flechtheim, Die KPD, S. 265 f.

³³³ Arbeitsplan der KPD Nordbayerns für Januar-März 1931. StA Nbg: Polizeidir. 6.2.31.

näre Gewerkschaftsopposition ³³⁴. Die RGO bezeichnete es als ihr Ziel, die "Massen" für den Zeitpunkt ideologisch vorzubereiten, an dem sie "den morschen und faulen Bonzenapparat zum Teufel jagt und die Führung des gesamten Internationalen Gewerkschaftsbundes übernimmt". Die RGO wolle revolutionieren, vorwärtstreiben, in ihr stünden die treibenden Kräfte, "die die Massen ins Feuer, in den Kampf führen und ebenfalls zum Sieg" ³³⁵. Nach der Reichskonferenz (20./21.6.1931) und dem Bezirkskongreß (27./28.6.1931) der RGO nahm ihre Tätigkeit in Nordbayern außerordentlich zu. Die Funktionäre wurden mit Rundschreiben, Richtlinien, Informationsmaterial, Arbeitsplänen usw. der Bezirks- und Reichszentrale "geradezu überschwemmt" ³³⁶. Nur wenig später sprach die RGO vom unaufhaltsamen Wachstum der Organisation in Nordbayern. An verschiedenen Stellen der "Front" sei es gelungen, den "Sturmplan" hundertprozentig zu erfüllen. Sie mußte jedoch selbst einräumen, daß sich die RGO ungleichmäßig, oft auch an "strategisch wichtigen Punkten der Wirtschaftsfront" nur langsam entwickle. Nach dem "Sturmplan" der RGO Nordbayern war in Fürth die Gründung von zwölf Industriegruppen vorgesehen. Angesichts der Feststellung der Bezirksleitung, es ginge nicht an, daß die Funktionskader der RGO die Entwicklung der Organisation dem "Selbstlauf" überließen, konnte die Erfüllung des "Sturmplanes" noch nicht weit gediehen sein. Die Ortsgruppen wurden (im Juli 1931) aufgefordert, in bestimmten, bis dahin vernachlässigten Industrien die

³³⁴ Eine maßgebliche Rolle im Unterbezirk Nbg-Fürth spielte der Fürther Anton Hausladen als Organisationssekretär bzw. Bezirksleiter der RGO. Nur mühsam gelang es der RGO, ihren 1. Bezirkskongreß trotz des polizeilichen Verbots am 8./9.3.30 durchzuführen. Nachdem die illegale Versammlung von der Polizei ausgehoben worden war, sammelten sich ca. 40 Teilnehmer in einem Wald in der Nähe Nürnbergs, verlasen dort ihr Kampfprogramm und wählten ihr Bezirkskomitee. StA Nbg: Polizeidir. 25.4.30.

³³⁵ Hausladen auf der Konferenz des Unterbezirks Nürnberg am 13.7.30 vor ca. 40 Teilnehmern. StA Nbg: Polizeidir. 31.7.30.

³³⁶ StA Nbg: Polizeidir. 31.7.31.

"Schaffung starker Betriebsgruppen der RGO ... sofort durchzuführen". Die Fürther Ortsgruppe wurde zu diesem Zeitpunkt beauftragt, bei der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff AG im benachbarten Stadeln, die "unbestritten mit zu den lebenswichtigsten Betrieben der Bourgeoisie" gehöre, eine Betriebsgruppe der RGO zu schaffen sowie die Fürther Glasbetriebe, bei denen eine "Massenflucht aus dem Fabrikarbeiterverband" festzustellen sei, für die RGO zu erobern und "von hier die innergewerkschaftliche Front in unserem Sinne aufzurollen" ³³⁷. Bis dahin hatte folglich die RGO noch nicht einmal unter den Glasarbeitern Fürths Fuß fassen können!

Trotz ihrer schmalen Basis in Nordbayern propagierten KPD und RGO unentwegt den politischen Massenstreik als Voraussetzung der Revolution. Der Streik sei die wichtigste Waffe des Klassenkampfes. Teilstreiks müßten in Massenstreiks ausgeweitet werden und schließlich in den Generalstreik münden. "Die Kommunisten reden nicht vom Generalstreik, sie organisieren ihn." Die Kommunisten wußten, daß der Generalstreik den bewaffneten Aufstand nicht ersetzen könne, aber er ist "in einer akut revolutionären Situation die Vorstufe dieses Aufstandes" ³³⁸. In enger Verbindung mit der "Vorbereitung und Durchführung der politischen Massenstreikbewegung" stand für die KPD der "Kampf um die Straße" ³³⁹, der nicht nur vom RFB, sondern auch in Form von Gewaltdemonstrationen der "Massen" geführt werden sollte. Auch in schwächeren Bezirken wie in Nordbayern müsse man zu solchen Aktionen schreiten, die Polizei in täglichen Straßenkämpfen zermürben und Unruhe unter der bürgerlichen Bevölkerung erzeugen, andererseits der "Masse" ihre eigene Kraft vor Augen führen, ihre Aktionslust steigern und durch tägliche Kampfgewöhnung sowie durch

³³⁷ Ebenda.

³³⁸ StA Nbg: Polizeidir. 28.10.32.

³³⁹ StA Nbg: Polizeidir. 20.2.30.

die Entwicklung der Kämpfe "die Massen planmäßig an den bewaffneten Aufstand" heranführen ³⁴⁰. Man müsse dazu übergehen, bei den Aktionen die Legalität zu durchbrechen. Gegen die eingreifende Polizei müsse rücksichtslos vorgegangen werden; man dürfe vor nichts zurückschrecken. Wer "uns" heute (Oktober 1931) mit der Waffe entgegentrete, dem werde drei- bis vierfach mit der Waffe geantwortet. Das Urteil der observierenden Polizeibehörde schien berechtigt, die KPD befinde sich nicht mehr vor, sondern im "Übergang zu höheren Formen des revolutionären Kampfes in breitester Front", sie sehe den Zeitpunkt in nächster Nähe, "an dem sie mit Erfolg von der Propaganda und Vorbereitung zur Tat übergehen kann und will". Die praktische Schulung für den bewaffneten Aufstand vollziehe sich in täglich nach Umfang und Intensität sich steigernden Gewaltaktionen wie der planmäßigen Plünderung von Geschäften, Tumulten vor den Rathäusern, Eindringen in die Wohlfahrtsämter, planmäßige Überfälle auf politische Gegner, Auftreten bewaffneter Terrorgruppen, Bau von Barrikaden, Steinwürfe und bewaffneter Widerstand gegen die Polizei ³⁴¹.

Die Frage ist nur, inwieweit dieses Bild den nordbayerischen Realitäten entsprach; ob es nicht von den Ereignissen in Orten mit erheblich stärkerer kommunistischer Präsenz (z.B. in Berlin, Hamburg und dem Ruhrgebiet) und nicht auch von dem revolutionären Wortgeklänge und Gehabe der KPD zu stark beeinflusst war. Schon im August 1930 hatte die Fränkische Tagespost ³⁴² anlässlich einer kommunistischen Antikriegsdemonstration die Bemühungen der KPD ironisiert, die Kommunisten könnten ohne "Parole" nicht leben; sie müßten ständig einen Anlaß haben, ihren Anhang zu motivieren und zu mobilisieren, um ihn im Klassenkampf zu stählen. Zufrieden seien damit die Reaktionäre, die die (harmlose und

340 StA Nbg: Polizeidir. 22.10.31.

341 Ebenda.

342 "Radikale Aussaat-Reaktionäre Ernte"; FT vom 4.8.30.

wirkungslose) Demonstration in ihrem Sinne gegen die Demokratie und das parlamentarische System nutzten ³⁴³.

Wenn man das Ergebnis der propagandistischen Aktivität der KPD entsprechend ihrem revolutionären Charakter oder Selbstverständnis nicht an ihren Wahlergebnissen, sondern daran mißt, ob es ihr gelungen ist, die "Massen" zu mobilisieren und zu revolutionieren, auf die Straße und zum Aufstand zu führen, dann ist sie diesem Ziel in Fürth jedenfalls nicht nähergekommen. Bei zahlreichen Anlässen zur Revolutionsfeier, zum Internationalen Jugendtag, zu Roten Sturmtagen, zum Internationalen Bauerntag, vor allem zu den alljährlichen Antikriegstagen (am 1. August) und natürlich zum 1. Mai hatte die KPD ihren Anhang und die "Massen" aufgeboten; meist ohne Erfolg, über Ansätze einer Demonstration kam sie in Fürth nie hinaus. Schon als sie noch frei von polizeilichen Verboten agieren konnte, fand die KPD wenig Anklang. So mußte die nach der (gesonderten) Maifeier geplante kommunistische Demonstration am 1. Mai 1929 wegen ungenügender Beteiligung unterbleiben ³⁴⁴. Während an der (kommunistischen) Maifeier ca. 100 Personen teilnahmen, fanden sich zur (genehmigten) Demonstration am Morgen des 1. Mai nur ca. 10 bis 15 Personen ein ³⁴⁵. Seit dem Antikriegstag am 1. August 1929 belegte die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth die geplanten kommunistischen Veranstaltungen aus den genannten Anlässen regelmäßig mit Verboten. Bereits der Antikriegstag 1929 sollte nach den Vorstellungen der KPD zu einer "Probemobilmachung der revolutionären proletarischen Kräfte", zu einer "machtvolle(n) Heerschau des unver-

³⁴³ Auch hier schon sollten die "proletarischen Massen" durch die Straßendemonstrationen zum Widerstand gegen die Polizei und zur "Durchbrechung der Gesetze des bürgerlichen Staates" erzogen und durch planmäßige Steigerung für die "höheren Formen" des Klassenkampfes, den bewaffneten Aufstand, geschult werden. StA Nbg: Polizeidir. 16.7.30.

³⁴⁴ StA Nbg: Polizeidir. 24.6.29.

³⁴⁵ StA Nbg: Reg. Mfr II, 688.

söhnlichen, kämpfenden, siegreichen Kommunismus" und der Auftakt zum "verschärften Kampf gegen den Faschismus" werden. Aus Furcht, den Arbeitsplatz zu verlieren, wurde jedoch der kommunistische Appell zur Arbeitseinstellung fast nirgends befolgt. In Fürth blieb die Aufforderung der KPD, trotz des polizeilichen Verbotes am 1. August zu demonstrieren, wirkungslos ³⁴⁶. Auch in den folgenden Jahren blieben die "Antikriegsdemonstrationen" der KPD in Fürth in den Ansätzen stecken. Obwohl das "Fürther Jungproletariat" für die Demonstration geworben hatte, kam es am 1. August 1930 in Fürth statt zu der "wuchtigen Straßenkundgebung" nur zu einigen schüchternen Demonstrationsversuchen, die von der Polizei mühelos zerstreut wurden ³⁴⁷. Das gleiche Schicksal erlitten die Demonstrationsversuche im folgenden Jahr ³⁴⁸. Ebenso wie die Veranstaltungen zum Antikriegstag verbot die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth seit 1930 alle kommunistischen Kundgebungen anlässlich des 1. Mai. Soweit es in Fürth überhaupt noch zu vereinzeltten Ansätzen kam, polizeiliche Demonstrationsverbote zu durchbrechen, wurden sie von der Polizei "im Keim erstickt" ³⁴⁹. Die von der KPD für den 1. Mai proklamierten "proletarischen Kampftage" fanden in Fürth nicht statt ³⁵⁰.

Besonders intensiv bemühte sich die KPD um die Erwerbslosen, und zwar nicht erst während der Wirtschafts-

³⁴⁶ StA Nbg: Polizeidir. 6.9.29.

³⁴⁷ NBZ und FÜA vom 2.8.30, FT vom 4.8.30. StA Nbg: Polizeidir. 375 u. 4.8.30. Die Polizei griff am Nachmittag an zwei Stellen der Stadt, am Abend nochmals an einer Stelle - gegen "Widerspenstige" mit dem Gummiknüppel - ein. Einige Personen wurden festgenommen. Zahlreicher als die Teilnehmer waren die Zuschauer.

³⁴⁸ NBZ vom 31.7. und 3.8.31.

³⁴⁹ StA Nbg: Polizeidir. 6.5.30. In den Jahren 1931 und 1932 wird über derartige Versuche in Fürth nicht mehr berichtet. StA Nbg: Reg. Mfr II, 689,690 sowie NBZ vom 28.4. und 3.5.30, 29.4.31 und 30.4.32.

³⁵⁰ Wozu die KPD beispielsweise 1931 noch ausdrücklich aufgerufen hatte. StA Nbg: Polizeidir. 9.4.31.

krise in der Endphase der Republik. So hatte sie schon Ende 1925 "außerordentliche Anstrengungen" unternommen, um "die Führung der Erwerbslosenbewegung an sich zu reißen"³⁵¹. Eine Reihe von Erwerbslosenversammlungen stand unter kommunistischer Leitung oder brachte der KPD die Führung in den gewählten Erwerbslosenkommis-sionen. Dies galt auch für die "sehr tumultuarisch ver-laufene Erwerbslosenversammlung" am 18. Dezember 1925 in Fürth. Unter großem Beifall forderten kommunistische Redner die "Beseitigung der heutigen Gesellschaftsord-nung". Nicht die Gewerkschaften und Parteien würden den Erwerbslosen helfen, "wir müssen uns selbst helfen, wir müssen den jetzigen kapitalistischen Staat über den Haufen werfen, uns hilft nur die freie sozialistische Republik, die Sowjetunion!"³⁵². Die Erfahrung, daß die-se Erwerbslosenversammlungen "zum Forum kommunistischer Propagandatätigkeit ... gemacht wurden", veranlaßte die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, weitere derartige Ver-sammlungen zu verbieten³⁵³.

Zu Beginn des Jahres 1928 suchte die KPD die zu-nehmende Erwerbslosigkeit während des Winters auch für ihre Zwecke zu nutzen. Die Bezirksleitung Nordbayern der KPD forderte die Ortsgruppen auf, die Erwerbslosen-bewegung zu organisieren, Erwerbslosenausschüsse (zu-sammen mit parteilosen und bei der SPD stehenden Er-werbslosen) zu bilden, Betriebs- und Gewerkschaftsver-sammlungen über die Erwerbslosigkeit sowie Versammlungen der Notstandsarbeiter einzuberufen, vor allem aber auch durch die KP-Gemeindevertreter in den Gemeindeparlamen-ten Anträge zugunsten der Erwerbslosen einzubringen. Der Erfolg dieser Bemühungen war im allgemeinen offen-bar gering, da die Bezirksleitung zwei Monate später,

351 StA Nbg: Reg. Mfr I b, 194.

352 Ebenda. Fürth hatte zu dieser Zeit 3 500 Erwerbslose.

353 StA Nbg: Reg. Mfr II, 225. In Fürth wurden die für 13.1.26, 19.2.26 und 10.9.26 geplanten Erwerbslosen-versammlungen mit dieser Begründung verboten.

im März 1928, die mangelhafte Arbeit der Ortsgruppen unter den Erwerbslosen beklagte ³⁵⁴. In Fürth war es der KPD aber gelungen, in einer von ca. 350 Personen besuchten Versammlung am 2. März einen Erwerbslosenausschuß zu bilden. Eine weitere Versammlung wenig später, am 16. März, war mit ca. 90 Teilnehmern allerdings schon wesentlich schwächer besucht ³⁵⁵. Angesichts des Tiefpunktes der Arbeitslosigkeit im Sommer 1928 ³⁵⁶ überrascht die Feststellung der KP-Bezirksleitung nicht, daß die Erwerbslosenbewegung im Bezirk ziemlich brachliegende ³⁵⁷. In Fürth hatte der im März 1928 gebildete Erwerbslosenausschuß den Sommer offensichtlich nicht überlebt, denn im Januar 1929 wurde die Ortsgruppe Fürth der KPD von der Bezirksleitung erneut aufgefordert, einen Erwerbslosenausschuß ins Leben zu rufen ³⁵⁸.

Die hohe Arbeitslosenquote im Winter 1928/29 begünstigte die Absicht der KPD, die Arbeitslosen für ihre Ziele zu mobilisieren. Dabei verfuhr die KPD nach einem einheitlichen Schema: Die von ihren Vertretern in den Erwerbslosenausschüssen vorgelegten und unter allgemeiner Zustimmung angenommenen Forderungen, z.B. Erhöhung der Barunterstützungen, Zahlung von Weihnachtsbeihilfen, kostenlose Verteilung von Heizmaterial und Lebensmitteln usw. an Erwerbslose, wurden von den Abgeordneten der KPD in den Stadt- und Gemeindeparlamenten eingebracht. Unmittelbar bevor diese Anträge dann dort beraten wurden, veranstaltete die KPD eine weitere Erwerbslosenversammlung, in der die Anwesenden zur Demonstration zum und vor dem Rathaus aufgefordert wurden. Soweit ihnen der Zutritt gelang, sollten die Erwerbslosen außerdem in den Gemeindeparlamenten die Zuschauerränge besetzen. Diese Mobilisierung der "Massen" sollte die Gemeindever-

354 StA Nbg: Polizeidir. 9.1.28 u. 8.3.28.

355 StA Nbg: Polizeidir. 4.4.28.

356 Vgl. oben S. 201 und 204 f.

357 StA Nbg: Polizeidir. 5.9.28.

358 StA Nbg: Polizeidir. 11.1.29.

treten unter Druck setzen und zwingen, die kommunistischen Anträge anzunehmen ³⁵⁹. Begleitet und unterstützt wurden diese Aktionen von einer regen Propagandatätigkeit vor und nach dem Beschluß der Gemeindeparlamente. Denn da diese Anträge mangels Masse regelmäßig abgelehnt wurden, bot sich für die KPD die willkommene Gelegenheit, zum Beispiel gegen "die Mehrheit des Fürther Stadtrates als Vollzugsorgan der schwarzrotgoldenen Republik" zu agitieren, das zur Durchführung des Young-Planes auch in Zukunft "alle Forderungen der Unterdrückten und Ausgebeuteten ablehnen wird, ... bis die Arbeiterklasse gewillt ist, unter Führung der Kommunistischen Partei sich ihr Recht zu erkämpfen". Dies werde aber nicht durch den Parlamentarismus, sondern nur durch den rücksichtslosen Klassenkampf "bis zur letzten Konsequenz" gelingen ³⁶⁰. Gerade unter den Erwerbslosen glaubte die KPD durch Demonstrationen, die auch gegen polizeiliche Verbote durchgeführt werden sollten, den revolutionären Kampfwillen der Massen aktivieren zu können. Die "Massen" sollten an die Straße gewöhnt werden und sich als Herren der Straße fühlen, für die Verbote und Beschränkungen der staatlichen Gewalt keine Bedeutung haben. Sie sollten in den trotz behördlicher Verbote und gegen die eingreifende Polizei durchgesetzten Demonstrationen die Furcht vor der Polizei verlieren und sich der Macht ihres geschlossenen Auftretens bewußt werden ³⁶¹. Die KPD wollte "die Erwerbslosen in die revolutionäre Kampf-front des Proletariats einreihen" ³⁶² und durch die außerparlamentarischen Aktionen der Erwerbslosen zur höchsten Form des Klassenkampfes zum bewaffneten Aufstand überleiten ³⁶³. Ihre Redner forderten die Erwerbslosen auf, ihre Anträge "erforderlichenfalls ... mit Gewalt auszudrücken". Zur Verbesserung ihrer Lage müsse

359 StA Nbg: Reg. Mfr Ib, 194 u. II, 688, 689 sowie Polizeidir. 27.12.28.

360 Nordbayerische Volkszeitung vom 15.1.30.

361 StA Nbg: Polizeidir. 588.

362 StA Nbg: Polizeidir. 6.11.28.

363 StA Nbg: Reg. Mfr II, 693.

man "gegebenenfalls" die Waffe des Streiks und, wenn es notwendig werde, des bewaffneten Aufstandes gebrauchen ³⁶⁴. Auch in Fürther Erwerbslosenversammlungen wurde beispielsweise von dem Stadtratsmitglied Hausladen die Anwendung von Gewalt propagiert. Auf die Frage nach einem Ausweg für die Arbeitslosen forderte er dazu auf, die Arme zu gebrauchen und zur Gewalt zu greifen ³⁶⁵.

Das Ergebnis der kommunistischen Erwerbslosenpropaganda entsprach selbst auf dem Höhepunkt der Krise nicht den Vorstellungen der Partei. Im September 1929 sah sich die nordbayerische Bezirksleitung der KPD wie schon 1928 veranlaßt, die Ortsgruppen zur Intensivierung der "in den letzten Monaten" vernachlässigten Arbeit unter den Erwerbslosen aufzufordern ³⁶⁶. Dem gleichen Zweck sollte Ende 1930 eine straffere Erfassung der Erwerbslosen dienen. Der KPD genügte die bisherige lose Bindung der Erwerbslosen an die Erwerbslosenausschüsse nicht mehr. Sie wollte die revolutionären Anhänger unter ihnen im Rahmen der RGO registrieren und in Erwerbslosengruppen straff organisieren ³⁶⁷. Mit der Realisierung dieser organisatorischen Vorstellungen scheint die RGO auch unter den Erwerbslosen nicht besonders vorangekommen zu sein; denn auch noch im Oktober 1932 stellte die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth fest, daß die Erfolge des (kommunistischen) Bezirkserwerbslosenausschusses weit hinter den von der KPD gehegten Erwartungen zurückgeblieben waren ³⁶⁸. Von der gleichen Behörde wurde anläßlich des "Weltkampftages gegen die Arbeitslosigkeit" am 25. Fe-

364 StA Nbg: Polizeidir. 20.2.30.

365 Für diese Äußerung in einer Erwerbslosenversammlung im Juni 1930 ebenso wie für eine sinngemäße Aufforderung zwei Monate früher, ebenfalls in Fürth, handelte er sich jeweils Strafanzeigen ein. StA Nbg: Polizeidir. 6.5.30 u. 31.7.30.

366 StA Nbg: Polizeidir. 12.9.30.

367 Nach Beschlüssen des V. Weltkongresses der "Roten Gewerkschaftsinternationale"; "Rote Fahne" Nr. 218 vom 18.9.30; hier nach StA Nbg: Polizeidir. 6.10.30.

368 StA Nbg: Polizeidir. 28.10.32.

bruar 1931 die außerordentliche Diskrepanz zwischen Wort und Tat der Kommunisten beobachtet. "Kraftmeierei und Blutrünstigkeit" kommunistischer Äußerungen in Funktionärs- und Mitgliederversammlungen standen mit "dem tatsächlichen Verhalten der Kommunisten und ihrer Wortführer am Demonstrationstag im klaffenden Widerspruch ..." 369.

Nach Aufforderung durch die Bezirksleitung der KPD 370 hatte sich in Fürth im Januar, spätestens im Februar 1929 sofort wieder ein Erwerbslosenausschuß gebildet 371. Wir verfügen über keine vollständige Aufzählung der Veranstaltungen, aber es ist anzunehmen, daß von 1929 bis 1931 in den Monaten September bis April regelmäßig Erwerbslosenversammlungen stattfanden 372. Danach verbot die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth unter Berufung auf die Notverordnung "zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen" vom 28.3.1931 die Erwerbslosenversammlungen, weil diese erfahrungsgemäß ("wie amtsbekannt") vollkommen unter kommunistischer Führung standen und dazu dienten, die Teilnehmer für den gewaltsamen Sturz der bestehenden Staatsordnung zu gewinnen 373.

In zahlreichen Anträgen brachten die KP-Vertreter die in den Erwerbslosenversammlungen gestellten Forderungen im Fürther Stadtrat ein 374. Regelmäßig wurden

369 StA Nbg: Reg. Mfr II, 690.

370 Vgl. oben S. 373.

371 Das ist zu schließen aus der Tatsache, daß der Fürther Ausschuß bereits auf der Bezirkserwerbslosenkonzferenz Nordbayern am 24.2.29 vertreten war. StA Nbg: Polizeidir. 19.4.29.

372 Nachweisbar für Jan.-April, Sept., Okt., Dez. 1929; Jan., März, April, Juni, Nov. 1930. StA Nbg: Polizeidir. 19.4.29, 20.2.30, 31.7.30; NBZ vom 21.3. und 29.11.30. Die Zahl der Versammlungsteilnehmer wird nur einmal, am 24.1.30, mit ca. 800 Personen angegeben.

373 StA Nbg: Reg. Mfr II, 225, 692, 693 sowie NBZ vom 11.9.31 mit Verboten der für den 11.9.31, 5.2.32, 14.10.32 und 3.11.32 geplanten Versammlungen.

374 Dazu: NBZ vom 20.12.29, 10.1., 24.1., 19.4., 21.11.,

diese Anträge von der überwiegenden Stadtratsmehrheit abgelehnt. Nur die Nationalsozialisten hatten in vielen Fällen (zuletzt anfangs 1932) mit den Kommunisten gestimmt ³⁷⁵. Bei der Beratung der Anträge im Dezember 1929 und Januar 1930 war der Zuhörerraum des Stadtrats-saales mit Erwerbslosen dicht gefüllt. Am 9. Januar hatte sich auch vor dem Rathaus eine Menge Arbeitsloser versammelt, wurde aber von der Polizei "zerstreut". Da die Erwerbslosen die Ablehnung der Anträge durch den Stadtrat "mit großer Entrüstung und Pfui-Rufen" ³⁷⁶ quittierten, beschloß der Stadtrat, den Zutritt zum Zuhörerraum künftig nur noch gegen Ausweis zu gestatten. Die Ausweise sollten nur für eine Sitzung gelten und wurden an die Fraktionen nach deren Stärkeverhältnis ausgegeben ³⁷⁷. Damit waren weitere Störaktionen im Stadtrat unterbunden. Erst im Dezember 1932 kam es wieder zu kommunistischen Zwischenrufen im Stadtratssaal, der daraufhin sofort und "ohne Schwierigkeiten" geräumt wurde ³⁷⁸. Für die rein agitatorischen Absichten, die die KPD mit der Einbringung der Anträge zugunsten der Erwerbslosen verband, war auch die Tatsache kennzeichnend, daß die KP-Stadträte bei der Beratung dieser Anträge in den Ausschüssen nicht mitarbeiteten, weil sie damit keine öffentliche Wirkung erzielen konnten, statt dessen aber in Gefahr gerieten, sich den Gegebenheiten beugen zu müssen ³⁷⁹. Wieviele Erwerbslose die KPD zur

22.11. und 19.12.30; 23.1., 6.2., 20.3., 27.5., 10.6., 12.6., 13.6. und 2.10.31; 8.1., 15.1., 13.4., 15.4., 24.6., 28.10. und 9.12.32.

375 Sie brachten aber auch Alternativvorschläge mit entsprechenden Deckungsvorschlägen ein: Erhöhung der Warenhaussteuer und der Filialsteuer, Besteuerung der Konsumvereine, ausländischer Fabrikate, der Luxuswohnungen usw. NBZ vom 24.1.30.

376 NBZ vom 10.1.30. Auch von anderen Zwischenrufen und schweren Beleidigungen der Stadträte wird an gleicher Stelle berichtet.

377 NBZ vom 14.1.30.

378 NBZ vom 9.12.32.

379 Dies hielt der Fraktionsführer der SPD Eberhard den KPD-Stadträten vor. NBZ vom 15.1.32 und FT vom 18.11.32.

Unterstützung ihrer Anträge mobilisieren konnte, wird nur ausnahmsweise sichtbar ³⁸⁰; und zwar hatte die KPD 3 600 Unterschriften gesammelt zur Unterstützung ihrer Anträge, die sie anlässlich der Beratung des Fürther Nachtragshaushaltes 1931/32 eingebracht hatte ³⁸¹. Wer solche Anträge zugunsten der Erwerbslosen unterschrieb, mußte jedoch noch keineswegs zu den Wählern oder gar aktiven Gefolgsleuten der KPD zählen. Von einer Mobilisierung der Massen durch die KPD konnte in Fürth deshalb noch keine Rede sein. Zwar sprachen die Kommunisten im Stadtrat davon, "daß sich die Verantwortlichen vor den zum Ansturm bereiten Massen zu verantworten haben werden" ³⁸², oder drohten in einer Erwerbslosenversammlung, vor die Wohnungen bestimmter Stadträte zu marschieren ³⁸³. Tatsächlich entsprach es aber reinem Wunsdenken, wenn sich der KP-Fraktionsführer im Stadtrat Hausladen gegen den Vorwurf, die Erwerbslosen aufzuhetzen, damit zur Wehr setzte, man brauche dies gar nicht zu tun, vielmehr habe man zur Zeit Mühe, die Erwerbslosen zurückzuhalten ³⁸⁴. Denn die schwachen Versuche der KPD, die Erwerbslosen für Straßenaktionen zu mobilisieren und zum Widerstand gegen die Polizei zu aktivieren, sind in Fürth alle sehr schnell, nicht zuletzt wegen der geringen Beteiligung der Erwerbslosen gescheitert.

Für den von der KPD angesetzten und veranstalteten "Reichserwerbslosentag" 1929 (am 6.3.1929) hatte die nordbayerische Bezirksleitung der Partei von den Ortsgruppen gefordert, in jeder Stadt müßten Kampfkommissionen der Erwerbslosen durchgeführt werden. Von zwei

380 Vgl. oben S. 373: zwei Erwerbslosenversammlungen anfangs 1928 mit 350 und 90 Besuchern.

381 NBZ vom 2.10.31. Dabei soll nicht übersehen werden, daß wir die aus der Stadtratsdebatte stammende Information, vor allem die Herkunft der Unterschriften natürlich nicht nachprüfen können.

382 NBZ vom 2.10.31.

383 NBZ vom 19.12.30.

384 NBZ vom 13.6.31.

Ausnahmen (in Nürnberg und Coburg) abgesehen, sind in Nordbayern die geplanten Demonstrationen unterblieben ³⁸⁵. Auch ein Jahr später erwies sich der Erwerbslosentag für die KPD Nordbayerns als "vollkommener Fehlschlag". Alle geplanten Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen wurden verboten ³⁸⁶; ebenso verfuhr die Polizeidirektion für die Städte Fürth und Nürnberg am 10. September 1930, dem nächsten "Reichserwerbslosentag" ³⁸⁷. Offenbar unternahm die KPD auch keine Versuche, die Erwerbslosen diesem Verbot zum Trotz auf die Straße zu führen. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die KPD unter den Erwerbslosen keine ausreichende Gefolgschaft für ihre Aktionen fand. Denn auch die für den Weihnachtsabend 1930 in Fürth angekündigten "Hungerdemonstrationen in die Viertel der Bourgeoisie" blieben aus. Die Polizei hatte angekündigt, sie werde derartige Demonstrationen unterdrücken ³⁸⁸. Am 25. Februar 1931, dem von der Kommunistischen Internationalen ausgerufenen "Weltkampftag gegen die Arbeitslosigkeit", wurden "mehrere hundert Kommunisten" ³⁸⁹, die sich trotz des Demonstrationsverbotes versammelt hatten, bei dem Versuch, vor das Fürther Rathaus zu ziehen, sehr schnell und ohne Mühe von der bereitstehenden Polizei auseinandergetrieben und in die benachbarten Straßen abgedrängt, ohne daß es dabei zu Ausschreitungen oder Verletzungen kam. Zwei weitere Demonstrationsversuche noch am gleichen Tag scheiterten ebenfalls. Die Polizei meldete die Verhaftung von 31 Personen, aber keine besonderen Vorkommnisse. Sie führte das Scheitern der kommunistischen Absichten in erster Linie darauf zurück, daß sie in der Woche zuvor alle kommunistischen Versammlungen verboten und verhindert, die kommunistische Propaganda dadurch also erheblich eingeschränkt hatte. Auch in der Folgezeit kam es in

385 StA Nbg: Polizeidir. 8.3.29 u. 19.4.29.

386 StA Nbg: Polizeidir. 15.5.30.

387 NBZ und FüA vom 10.9.30; StA Nbg: Polizeidir. 6.10.30.

388 NBZ vom 24.12. u. 27.12.30 sowie 10.1.31.

389 NBZ vom 26.2.31; außerdem StA Nbg: Reg. Mfr II, 690.

Fürth zwar verschiedentlich zu Demonstrationen oder "Ansammlungen", nie aber zu ernsteren Zwischenfällen. Die Demonstranten forderten in Sprechchören Arbeit und Brot oder riefen "Nieder mit der Polizei!", ließen sich aber nie zu ungesetzlichen Maßnahmen hinreißen. Nach den Berichten setzte die Polizei nur zweimal, am 5. Februar und am 24. Juni 1932, als sie auf Widerstand stieß, gegen die Demonstranten den Gummiknüppel ein ³⁹⁰.

Der bescheidene Umfang dieser kommunistischen "Massenaktionen" wird am besten durch die Feststellung einer Lokalzeitung nach den Vorfällen am 5. Februar 1932 charakterisiert: "Ernstliche Dimensionen nahm jedoch erfreulicherweise dieser im ruhigen Fürth so überraschende Zwischenfall nicht an" ³⁹¹. Im April 1932 bescheinigte eine bürgerliche Zeitung den Erwerbslosen Fürths, sie hätten sich (bisher) zu keinen Ausschreitungen hinreißen lassen ³⁹². Die Feststellung der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth Ende Oktober 1932, daß trotz großen Papieraufwandes und reger Bemühungen des Bezirkserwerbslosenausschusses die Erfolge der KPD (in Nordbayern) weit hinter den gehegten Erwartungen zurückblieben ³⁹³, bestätigt dieses Bild. Die KPD konnte in Fürth ihrer sich selbst gestellten Aufgabe, die Massen zu mobilisieren, sie an außerparlamentarische, ungesetzliche Kampffaktionen gegen die Polizeigewalt zu gewöhnen und dadurch zur höchsten Form des Klassenkampfes, dem be-

³⁹⁰ NBZ vom 6.2.32 u. 25.6.32; FT vom 25.6.32. Weitere Demonstrationen oder Demonstrationsversuche in Fürth: am 17.7.31 anlässlich des "Reichserwerbslosentages", am 15.12.31, 8.7.32 und 13.1.33. NBZ vom 18.7.31, 16.12.31 und 14.1.33; FfA vom 9.7.32; StA Nbg: Reg. Mfr II, 691.

³⁹¹ FfT vom 6./7.2.32. Im gleichen Sinne FfA vom 6.2.32. Auch die Tatsache, daß in der Fürther Presse zu keiner Zeit über größere Prozesse und schwerwiegendere Verurteilungen in diesem Zusammenhang berichtet wird, ist ein Indiz für die relative Ruhe in Fürth.

³⁹² NBZ vom 2.4.32. Andernorts kam es zwar zu Aktionen der Erwerbslosen, sie entsprachen aber nach ihrem Umfang nicht den Erwartungen der KPD. Bennecke, Wirtschaftliche Depression und politischer Radikalismus, S. 271.

³⁹³ Vgl. oben S. 375.

waffneten Aufstand überzuleiten, noch nicht einmal ansatzweise näherkommen. So radikal und revolutionär sich die kommunistischen Redner in ihren Äußerungen auch gaben, so harmlos verliefen ihre Aktionen. Unbeschadet ihrer nicht zu leugnenden Wahlerfolge fehlten der KPD in Fürth die Voraussetzungen für ihre darüber hinausgehende eigentliche Zielsetzung, die sich damit als illusionär erwies ³⁹⁴.

4. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ³⁹⁵

Nach einem fehlgeschlagenen Versuch im Februar 1923 wurde in Fürth am 18. September 1923 eine Ortsgruppe der NSDAP gegründet, die zwei Monate später bereits 170 Mitglieder zählte. Schon am 16. Februar 1925, nur zwei

³⁹⁴ Dieses illusionäre Denken der KP-Funktionäre begegnet noch in der Ankündigung des KP-Reichstagsabgeordneten Hans Meyer in der Wahlversammlung am 6.2.33 in Fürth, das Gesamtproletariat werde handeln und streiken, falls die Regierung die KPD verbiete. NBZ vom 7.2.33. Nach Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Bd. 1, S. 343, hatte die KPD kaum je eine Chance, in Deutschland zur Herrschaft zu kommen. Sie habe den Kreis derjenigen überschätzt, die mit ihr die 'Revolution weiterführen' wollten. Auch Flechtheim, Die Rolle der KPD, in: Der Weg in die Diktatur, S. 148, stellt fest, daß die KPD organisatorisch und politisch nie stark genug gewesen sei, die Weimarer Republik ernsthaft zu gefährden. Sie sei immer nur stark genug gewesen, der Rechten und dem Nationalsozialismus als "Kinderschreck und Sündenbock für deren Angriff auf die Demokratie zu dienen". Sehr viel prononcierter war die zeitgenössische Kritik von Walter Rist (Die KPD in der Krise. Neue Blätter für den Sozialismus 2 (1931), S. 441, 445) am organisatorischen und politischen Selbstbetrug der KPD. Sie glaube, die Massen zu bewegen, in Wirklichkeit bewege sie sich nur selbst im Kreise.

³⁹⁵ Zur Geschichte der NSDAP bis 1933: Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur, 4. verb. Auflage, Köln 1972; Martin Broszat, Der Nationalsozialismus. Weltanschauung, Programm und Wirklichkeit, Stuttgart 1960; ders., Der Staat Hitlers, 2. Auflage, München 1971; Francis L. Carsten, Der Aufstieg des Faschismus in Europa, Frankfurt a. Main 1968, S. 96 ff.; Konrad Heiden, Geburt des Dritten Reiches, 2. Auflage, Zürich 1934; Dietrich Orlow, The History of the Nazi

Wochen nach Aufhebung des NSDAP-Verbotes, wurde die Ortsgruppe Fürth von einigen wenigen Mitgliedern des Jahres 1923, die - als Gesangverein oder Mandolinenklub getarnt - zusammengeblieben waren, neu gebildet. Die Leitung übernahm nun Albert Forster, der spätere Gau-leiter von Danzig, damals ein zweiundzwanzigjähriger arbeitsloser Bankangestellter ³⁹⁶. Eine Großkundgebung mit Hitler und weiterer NS-Prominenz am 26. und 27. September 1925, zu der allerdings statt der erwarteten 15 000 nur 4 000 Besucher kamen ³⁹⁷, zeugt weniger von der Stärke als vom Unternehmungsgeist und Wagemut der Ortsgruppe bzw. ihres Führers. Jedenfalls fand die NSDAP in Fürth in den Jahren 1925 und 1926 nur geringe Resonanz ³⁹⁸. Anfangs 1927 zählte die Ortsgruppe etwa 200 Mitglieder ³⁹⁹. In schlechter Verfassung befand sich zu dieser Zeit offenbar die Fürther SA. Anlässlich der Verabschiedung ihres Standartenführers Schneider Ende Mai 1933 wird berichtet, er sei im August 1927, angeblich von Hitler persönlich, aus dem Chiemgau nach Fürth be-rufen worden, um eine schlagfertige und zuverlässige SA zu schaffen. Seitdem sei die Fürther SA von einem

Party 1919 - 1933, Pittsburgh 1969; Wolfgang Schäfer, NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches, Hannover/Frankfurt a. Main 1956; Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus; William L. Shirer, Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, Köln/Berlin 1961; zur regionalen Entwicklung der NSDAP: Hambrecht, Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken.

- 396 Wilhelm Löbsack, Albert Forster, Hamburg 1934, S. 9, 11, 14; Hambrecht, Der Aufstieg der NSDAP, S. 35, 87 und S. 452, Anm. 19 mit einigen weiteren biographischen Daten über Forster. Die Polizeiberichte nennen 1925 leider nicht die Stärke der Ortsgruppe Fürth. Die Stärke der Fürther SA wird zur gleichen Zeit mit "möglicherweise" 40 Mitgliedern angegeben. StA Nbg: Polizeidir. 583.
- 397 Löbsack, Albert Forster, S. 15 ff.; Hambrecht, Der Aufstieg der NSDAP, S. 89.
- 398 Löbsack, Albert Forster, S. 100, berichtet von 10 bis 15 Zuhörern bei den Sprechabenden.
- 399 Die Stärke der Burgfarnbacher NSDAP wird mit ca. 25 Mitgliedern angegeben; sie "ruhe" seit 1923, sei aber nicht aufgelöst. StA Nbg: Polizeidir. 587.

kleinen "Häuflein" auf 2 000 Mann angewachsen ⁴⁰⁰. Bis zu den Reichstagswahlen 1930 hatte die Fürther NSDAP ihre Mitgliederzahl kaum verändert. Noch im März 1930 zählte sie 185 Mitglieder ⁴⁰¹. Über ihre weitere Entwicklung stehen uns leider keinerlei Zahlen zur Verfügung. Selbstverständlich nahm auch die Ortsgruppe Fürth am allgemeinen Aufschwung der NSDAP und dem Mitgliederzustrom teil, der nach dem 14. September 1930 einsetzte ⁴⁰². Bei der Neuorganisation der NSDAP durch die Reichsleitung im August 1932, wobei Ortsgruppen mit mehr als 500 Parteigenossen geteilt werden mußten, hatte die Ortsgruppe Fürth mit Sicherheit mindestens 1 500 Mitglieder, da nach diesen Grundsätzen nunmehr neben der Ortsgruppe Burgfarrnbach in der Stadt selbst drei Ortsgruppen gebildet wurden ⁴⁰³.

Nach dem Weggang Forsters als Angestellter des DHV nach Hamburg Ende 1929 ⁴⁰⁴ leitete Franz Jakob, ein

400 Der Bericht des FÜA vom 31.5.33 nennt die ursprüngliche Stärke der SA mit 120 Mann, die Polizeidirektion Nbg-Fürth im Januar 1927 dagegen nur 30 Mann. StA Nbg: Polizeidir. 587. Die Fürther SS, ebenfalls von Forster gegründet, soll schon im Juli 1926 45 Mann gezählt haben. Hambrecht, Aufstieg der NSDAP, S. 118.

401 144 Männer und 41 Frauen. Aus einer Generalmitgliederversammlung der Ortsgruppe Fürth am 10.3.1930. StA Nbg: Polizeidir. 31.5.30.

402 StA Nbg: Polizeidir. 6.3.31 u. 27.6.31. Ende 1931 stellte die Polizeidirektion Nbg-Fürth eine "scharf ansteigende Tendenz" der Mitgliederbewegung bei der NSDAP fest. In Mittelfranken soll sich nach Angaben auf einer Gauführertagung der Mitgliederstand in den zwölf Monaten nach der Reichstagswahl 1930 verdreifacht haben. StA Nbg: Polizeidir. 24.10.31. In Fürth wäre danach im Oktober 1931 mit etwa 600 NSDAP-Mitgliedern zu rechnen.

403 FÜA vom 28.4.33. Das Wachstum der NSDAP wird auch an ihren organisatorischen Maßnahmen in der Fürther Südstadt, lt. FÜA vom 9.3.33 eine "schwarze und rote Hochburg", sichtbar. Bei der Gründung der Sektion Südstadt im Januar 1930 fand die NSDAP nur mit Mühe einen Wirt, der ihr sein Lokal als Parteilokal zur Verfügung stellte. Im Frühjahr 1932 kamen dann zwei weitere Sektionen hinzu.

404 Löbsack, Albert Forster, S. 23.

nationalsozialistischer Redner der zweiten bis dritten Garnitur, die Fürther NSDAP, zunächst als Ortsgruppenführer, seit der Umorganisation im August 1932 als Kreisleiter. Jakob, Jahrgang 1891, war der Sohn eines Lehrers und hatte nach dem Besuch des Gymnasiums von 1910 bis Kriegsende Militärdienst geleistet, bevor er 1919 in den Beamtendienst der Reichsbahn eintrat. Seit 1930 war er Mitglied des Fürther Stadtrates und seit April 1932 auch Mitglied des bayerischen Landtages. Nach der Machtergreifung wurde er Oberbürgermeister Fürths. Während er zunächst als Werberedner für die Landbevölkerung bezeichnet wurde, widmete er sich als ehemaliger Eisenbahnbeamter später auch den Beamten, denn Ende 1932 hatte er in der NSDAP auch die Funktion eines Gauleiters der Beamtenabteilung Mittelfrankens inne ⁴⁰⁵. In Fürth hatte er am 28. Juni 1932 "unter großer Beteiligung der Reichs- und Gemeindebeamten" eine Beamtenabteilung der NSDAP gegründet. Wenn man den Berichten Glauben schenken darf, zählte die Fürther Beamtenabteilung gleich zu Beginn "einige hundert Mitglieder" ⁴⁰⁶. Eine wichtige Rolle in der Fürther Ortsgruppe spielte der spätere 3. Bürgermeister Heinrich Schied, obwohl er erst im Juli 1927 nach Fürth gekommen war ⁴⁰⁷. Von Beruf Schreiner und besonders rührig in der Arbeiterpropaganda gründete er am 20. Mai 1932 die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation in Fürth. Die NSBO trat zwar im folgenden Reichstagswahlkampf öffentlich in Erscheinung und zählte im September 1932 bereits 200, "bald" 500 Mitglieder. Aber es stellte wohl das Eingeständnis der relativ bescheidenen Rolle der NSBO dar, wenn im April 1933 im Rückblick des Fürther Anzeigers auf "den Kampf der NSDAP um Stadt und Kreis Fürth" festgestellt wird, daß mit der Umschichtung der Machtverhältnisse in Deutsch-

405 StA Nbg: Polizeidir. 31.10.32 u. Reg. Mfr II, 689; NBZ vom 18.3.33. Eine kurze biographische Notiz über Jakob bei Hambrecht, Aufstieg der NSDAP, S. 473, Anm. 394. Über eine exhibitionistische Affäre Jakobs s. Grieser, Himmlers Mann in Nürnberg, S. 33 ff.

406 NBZ und FfA vom 4.7.32.

407 Allerdings war er schon seit März 1925 Mitglied der NSDAP. NBZ vom 28.4.33.

land nun auch die Fürther NSBO ihre Kräfte im weitesten Maße entfalten könne ⁴⁰⁸. Eine NS-Frauenschaft war von 12 Frauen bereits im September 1931 gegründet worden ⁴⁰⁹. Mit der Hitlerjugend ging es in Fürth längere Zeit nicht so recht voran. Die Fürther HJ wurde erstmals gegründet am Pfingsten 1930 von Max Linsmayer, dem ehemaligen Spielleiter der Jung-Bayern ⁴¹⁰, von denen "eine Anzahl" zur HJ übertrat. Nach Zwistigkeiten und "Mißverständnissen" zwischen "Führer und Geführten" wurde die Fürther HJ jedoch wieder aufgelöst. Auch die sofort neu gegründete Gruppe konnte sich erst nach einem weiteren Führungswechsel besser entwickeln ⁴¹¹.

Im Reichs- und Landtagswahlkampf 1928 unternahm die NSDAP eine "außerordentliche Kraftanstrengung" ⁴¹². In Fürth hatte sie prominente Redner aufgeboten: am 8. März sprach Gottfried Feder, am 13. April Dr. Frick und am 28. März auch Hitler selbst ⁴¹³. Ihre Versammlungen fanden jedoch ein recht unterschiedliches Interesse ⁴¹⁴. Während Hitlers Versammlung in Fürth mit etwa 1 000 Personen, ebenso wie seine Versammlung am Ende des Wahlkampfes, am 18. Mai, in Nürnberg (zusammen mit Epp), sehr gut besucht war, hatte Feder nur ca. 70 Zuhörer. Auch ein Fackelzug, den die Fürther NSDAP am 20. April zu Ehren Hitlers veranstaltete, fand nur mäßige Beteiligung ⁴¹⁵. Es war zu diesem Zeitpunkt offenbar noch

408 FÜA vom 28.4.33; außerdem: NBZ und FÜA vom 29.7.32; NBZ vom 28.4.33.

409 FÜA vom 7.1.32 und 28.4.33.

410 Vgl. oben S. 280 f.

411 FÜA vom 28.4.33. Weitere Einzelheiten, insbesondere genauere Daten werden in dem Bericht nicht überliefert. Zur HJ vgl. Hans-Christian Brandenburg, Die Geschichte der HJ, Köln 1968.

412 StA Nbg: Polizeidir. 15.12.28.

413 StA Nbg: Polizeidir. 2.4.28; NBZ vom 29.3.28 und FÜT vom 14.4.28.

414 Die Polizeidirektion Nbg-Fürth berichtete dagegen am 23.5.1928 - ohne Einschränkungen - über "starken Zulauf" der Nationalsozialisten. StA Nbg: Reg. Mfr II, 688.

415 NBZ vom 21.4.28.

nicht opportun, sich öffentlich zur NSDAP zu bekennen. So wird berichtet, daß die NSDAP durch die Nominierung Epps als bayerischem Spitzenkandidaten auch unter den Mitgliedern der Kriegervereine, die erklärtermaßen keine Nationalsozialisten waren, Stimmen gewonnen hatte ⁴¹⁶.

Das Interesse, das die NSDAP im Wahlkampf gefunden hatte, darf unter der einseitigen Blickrichtung auf die Großveranstaltungen, insbesondere diejenigen mit Hitler, auch nicht überschätzt werden. Nach der Wahl ließ das politische Interesse ganz allgemein wieder erheblich nach. Die Nachrichten über die propagandistischen Aktivitäten der NSDAP in der Folgezeit zeigen nicht immer eine einheitliche Tendenz. Während die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth im Dezember 1928 noch festgestellt hatte ⁴¹⁷, daß die NSDAP-Versammlungen trotz ihrer "Unzahl" gut besucht waren, beobachtete die gleiche Dienststelle nur wenig später bei der NSDAP eine abflauende Versammlungstätigkeit ⁴¹⁸. Im Juni 1929 konstatierte sie dagegen wiederum außerordentlich zahlreiche Versammlungen der NSDAP, die mit wenigen Ausnahmen sehr gut besucht gewesen seien. Insbesondere wo die NSDAP aktuelle lokale Ereignisse behandelt habe, seien die Veranstaltungen oftmals überfüllt gewesen ⁴¹⁹. Verschiedene Versammlungen der NSDAP waren allerdings tatsächlich sehr schwach besucht ⁴²⁰. Mit einer Reihe von Veranstaltungen und prominenten Vertretern der Partei suchte die NSDAP offensichtlich in der ersten Jahreshälfte 1929 auch in Fürth weiteren Boden zu gewinnen. Am 8. Januar sprach Gregor Straßer ⁴²¹, am 26. März Streicher in einer so-

⁴¹⁶ StA Nbg: Reg. Mfr II, 688.

⁴¹⁷ StA Nbg: Polizeidir. 15.12.28.

⁴¹⁸ StA Nbg: Polizeidir. 31.1.29.

⁴¹⁹ StA Nbg: Polizeidir. 6.6.29.

⁴²⁰ Albert Forster fand am 29.6.29 in Fürth-Unterfarnbach nur 15 Zuhörer; im Juli 1929 mußten zwei Versammlungen in der Umgebung Fürths wegen zu geringer Beteiligung abgesagt werden. StA Nbg: Polizeidir. 9.7.29 u. 374.

⁴²¹ StA Nbg: Polizeidir. 31.1.29.

nannten "Bauernfreund-Versammlung", in der er sich über angebliche Gefrierfleischiebungen der Fürther Wurstfabrik Bauernfreund und deren angebliche Begünstigung durch den bayerischen Landwirtschaftsminister ausließ⁴²²; am 11. April sprach der preußische Landtagsabgeordnete Kube vor nur 100 Personen, am 12. Mai mobilisierte Hermann Göring dagegen 500 Zuhörer. Außerdem veranstaltete die NSDAP am gleichen Tag in Fürth einen Umzug mit anschließendem Vorbeimarsch an Streicher mit ca. 220 Mann. Mit Propagandamärschen hatte sich die SA zu dieser Zeit auch schon verschiedentlich in die Arbeiterviertel Fürths gewagt⁴²³.

Das Anwachsen der NSDAP veranlaßte ihre Gegner, besonders die sozialistische (Provinz)Presse, sich intensiver mit ihr zu beschäftigen und von der bis dahin vielfach geübten Taktik des Totschweigens abzugehen⁴²⁴. Diese Feststellung gilt auch für die bürgerliche "überparteiliche" Presse. Während des Reichstagswahlkampfes 1928 hatte sich zum Beispiel die Nordbayerische Zeitung noch über Versammlungen der Nationalsozialisten (ebenso wie der Linksparteien) völlig ausgeschwiegen⁴²⁵. Diese Abstinenz änderte sich zuerst mit dem vierten Reichsparteitag der NSDAP, der vom 1. bis 4. August 1929 in Nürnberg stattfand. Sehr ausführlich berichtete die Nordbayerische Zeitung⁴²⁶ über die Veranstaltungen und Ereignisse des Reichsparteitages, ohne allerdings dabei

422 StA Nbg: Polizeidir. 9.4.29. In diesem Zusammenhang wurde auch der Nürnberger OB Dr. Luppe angegriffen. Vgl. auch: Hambrecht, Der Aufstieg der NSDAP, S. 218, 251.

423 StA Nbg: Polizeidir. 6.6.29. Über den "Nazihauptling Göring", der in seiner Jugend drei Jahre das Humanistische Gymnasium in Fürth besucht hatte, wußte die Fränkische Tagespost (v. 29.10.32) später boshaft zu berichten, seine Mitschüler hätten ihm den zutreffenden Spitznamen "Aeolus", der Windmacher, gegeben, weil er schon damals den Mund so gewaltig aufgerissen habe.

424 StA Nbg: Polizeidir. 6.6.29.

425 NBZ vom 9.5. - 19.5.28. Auch Versammlungsanzeigen der NSDAP erschienen nicht in der NBZ.

426 Am 5.8.29.

direkt eine engere Anteilnahme erkennen zu lassen. Gewisse Sympathien sind jedoch festzustellen in der durchwegs positiv gehaltenen Darstellung⁴²⁷. Ganz eindeutig erkennbar wird diese Tendenz, wenn das Blatt im Anschluß an die Erklärungen der Reichspressestelle der NSDAP über Provokateure im Braunhemd, die die SA-Leute (angeblich) aufputschten, bei der Wiedergabe des Polizeiberichtes von etwa 20 Leuten in "Hitlerkleidung" spricht, die in das Lokal des Gewerkschaftshauses eindrangen und dort die Einziehung der schwarz-rot-goldenen Fahne forderten, wobei es dann zu Tötlichkeiten kam. Damit suggerierte das Blatt seinen Lesern geradezu, daß es sich bei den Unruhestiftern nicht um SA-Leute handelte, zumindest aber durften wohlmeinende Leser die Urheberschaft der SA in Zweifel ziehen⁴²⁸. Erst durch die spätere Veröffentlichung des ausführlichen Polizeiberichtes über die Zusammenstöße während des Reichsparteitages wurden Anteil und Urheberschaft der Nationalsozialisten an den Ausschreitungen eindeutig beim Namen genannt⁴²⁹. Die Sympathien, die das Auftreten der Nationalsozialisten während des Parteitages in den Kreisen der Wehrverbände und des Mittelstandes gefunden hatte⁴³⁰, beeinflussten demnach auch die Berichte der bürgerlichen Presse. Dieser positive Eindruck beim bürgerlichen Publikum sei möglich gewesen, weil sich die

427 Ebenda: "Gegen 9 Uhr abends begann ein gewaltiger Fackelzug (Sperrung im Original) ... Überall wurden die Sechserreihen mit brausenden Heilrufen begrüßt". Der Festzug am nächsten Tag habe den größten Teil der Bevölkerung Nürnbergs auf die Beine gebracht, eine riesige Menschenmenge habe die Straßen gesäumt, Hitler sei immer und überall mit Ovationen bedacht worden. Die Polizeidirektion berichtete, daß die Bevölkerung den Fackelzug mit kritischen Blicken verfolgte und "mehrfach lebhaften Beifall" spendete. Über den Festmarsch am 4.8. sei die Begeisterung des Publikums "äußerst stark" gewesen. StA Nbg: Polizeidir. 29.8.29.

428 In ihrer Berichterstattung über Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten stellte sich die NBZ eindeutig auf die Seite der NSDAP. NBZ vom 13.8.29.

429 NBZ vom 15.8.29.

430 StA Nbg: Polizeidir. 29.8.29. Aufgrund der Nachrichten über die Ausschreitungen sei am letzten Tag jedoch eine merkliche Abkühlung der Sympathien eingetreten.

öffentlichen Veranstaltungen des Parteitages wie der Fackelzug, die Totengedenkfeier, der Festmarsch unter starker Beteiligung auslandsdeutscher Gruppen "in der Hauptsache als nationalvaterländische Kundgebung" darstellten, das Parteimäßige aber, insbesondere "der in der Entwicklungszeit überlaut getätigte Antisemitismus ziemlich zurücktrat" ⁴³¹.

Auftrieb erhielt die NSDAP auch durch ihre Mitarbeit im "Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren". Damit bot sich ihr die günstige Gelegenheit, ihre Propaganda "in die Reihen der Rechten ... hineinzutragen" ⁴³². Da die bürgerliche Presse selbstverständlich über die "ziemlich rege" Propaganda für das Volksbegehren ⁴³³ berichtete, fand die NSDAP dadurch erneut Zugang zum bürgerlichen Publikum. Den Erfolg des Volksbegehrens und die dadurch bewirkte Stärkung seiner Anhänger nahm die "propagandistisch an der Spitze stehende NSDAP" ausschließlich für sich in Anspruch ⁴³⁴. Tatsächlich traten auf zwei "Protest- und Aufklärungsversammlungen" für das Volksbegehren in Fürther Vororten am 17. und 19. Oktober 1929 nur Redner der NSDAP in Erscheinung. Ihre Parteizugehörigkeit wurde in den Presseberichten zwar nicht genannt, wird aber jedem Leser wie auch den Zuhörern ohnehin bekannt gewesen sein ⁴³⁵. Die Hauptkundgebung des örtlichen Ausschusses für das Volksbegehren konnte zwar die NSDAP nicht allein bestreiten, das gemeinsame Auftreten mit der DNVP und dem Stahlhelm beim Fackelzug und bei der anschließenden Kundgebung auf dem Fürther Dreikönigsplatz am 24. Oktober 1929 mußte sich jedoch ebenfalls positiv für die NSDAP auswirken und konnte ihr Ansehen in der Öffentlichkeit nur

⁴³¹ Ebenda.

⁴³² StA Nbg: Polizeidir. 4.11.29.

⁴³³ Ebenda.

⁴³⁴ StA Nbg: Polizeidir. 23.12.29.

⁴³⁵ NBZ, FfA und FK vom 24.10.29.

heben ⁴³⁶. Welchen Organisationen die Redner und "die meist uniformierten Teilnehmer des Fackelzuges" angehörten ⁴³⁷, verschweigt uns auch hier die "überparteiliche" Presse. Sicher war aber auch die Fürther SA dabei und wurde damit gewissermaßen gesellschaftsfähig. Wie wir wissen ⁴³⁸, war das Volksbegehren in Fürth kein Erfolg. Die Agitation für den anschließenden Volksentscheid beschränkte sich auf Plakataktionen ⁴³⁹.

Bestärkt in ihren Bestrebungen sahen sich die Nationalsozialisten auch in Fürth durch das Ergebnis der Gemeindewahlen am 8. Dezember 1929. Statt bisher mit einem saßen sie nunmehr mit vier Vertretern im Fürther Stadtrat ⁴⁴⁰. Die Erfolge der NSDAP bei den Gemeindewahlen schlugen sich ganz allgemein in zunehmendem Selbstbewußtsein der Nationalsozialisten nieder. Sie sprachen vom nationalsozialistischen Staat, der bald kommen werde; nicht ob, sondern wann er kommen werde, sei heute die Frage ⁴⁴¹. Im Fürther Stadtrat waren die Nationalsozialisten nun nicht mehr zu übersehen. Ein bestimmender Einfluß auf die Entscheidungen war ihnen selbstverständlich verwehrt. Aber sie konnten - was allein ihrer Absicht entsprach - den Stadtrat zum Forum ihrer Propaganda machen. Im Sinne der auf dem Reichsparteitag 1929 gegebenen Richtlinien, daß die NS-Gemeindevertreter bei jedem Antrag und bei jeder Entscheidung in erster Linie die Frage des Nutzens für die Bewegung zu prüfen hatten ⁴⁴², ergriffen die Nationalsozialisten immer wieder die Gelegenheit, insbesondere bei Beratungen

436 NBZ vom 25.10.29 und FüA vom 28.10.29. Der FK vom 26.10.29 schätzt etwa 2 000 Kundgebungsteilnehmer.

437 NBZ vom 25.10.29.

438 Vgl. oben S. 31.

439 StA Nbg: Polizeidir. 23.12.29.

440 NBZ vom 9.12.29. Mit rd. 4 600 Stimmen hatten sie bei nahezu gleicher Wahlbeteiligung gegenüber dem Reichstagswahlergebnis vom 20.5.28 ein Plus von rd. 1 900 Stimmen erzielt.

441 StA Nbg: Polizeidir. 20.3.30.

442 StA Nbg: Polizeidir. 29.8.29.

des städtischen Haushaltes und der Arbeitslosenfragen, gegen Erfüllungspolitik und Young-Plan, gegen das "bankrotte und korrupte System" zu agitieren ⁴⁴³. Gerne verbreiteten sich die NS-Vertreter auch über Unregelmäßigkeiten oder gar über vorgebliche Bestechlichkeit in der lokalen Verwaltung ⁴⁴⁴. Ihre antisemitische Hetze "erhob" das Volksbildungsheim, nach den jüdischen Stiftern "Berolzheimerianum" genannt, zu einem Institut, dessen Ziel es sei, die Bevölkerung den jüdischen Weltherrschaftsplänen dienstbar zu machen ⁴⁴⁵.

Im Reichstagswahlkampf 1930 übertraf die NSDAP mit ihrer Wahlagitation die übrigen Parteien an Intensität. In zahlreichen Versammlungen, die im allgemeinen gut besucht, vielfach auch überfüllt waren, behandelte sie die "Mißwirtschaft des novemberlichen Systems", das "Versagen des Parlamentarismus", den durch das "System" herbeigeführten wirtschaftlichen Zusammenbruch, die "Versklavung Deutschlands" und seiner kommenden Generationen durch den Young-Plan usw. Die Judenfrage trat mehr in den Hintergrund. Daneben warb die NSDAP durch Propagandazüge und Musikkapellen, Spielmannszüge und Sprechchöre der SA ("Deutschland erwache!"), durch Werbefahrten mit Lastautos, durch Flugblätter und Zeitungen; neben Großplakaten setzte sie in besonders starkem Umfang kleine Klebezettel und Klebemarken ein ⁴⁴⁶.

443 Beispielsweise in NBZ vom 24.1., 16.5. u. 18.7.30, 23.1., 23.10. u. 6.11.31 (mit der Forderung, den Stadtrat aufzulösen), 25.5. u. 25.11.32.

444 NBZ vom 4.6.30 u. 20.3.31.

445 NBZ vom 29.5.31.

446 StA Nbg: Polizeidir. 8.10.30. Überraschend ist die Feststellung der Polizeidirektion, daß in den Monaten Juni bis August 1930 im Bezirksamt Fürth bei reger Versammlungstätigkeit der NSDAP der Besuch dieser Veranstaltungen "im allgemeinen nicht gut" oder "mäßig" war. Auf Skepsis muß jedoch die weitere Feststellung der gleichen Behörde stoßen, daß hier auch unmittelbar vor der Reichstagswahl die nahezu 50 Wahlversammlungen und übrigen Veranstaltungen der NSDAP stets so schwach besucht waren und so wenig Interesse gefunden hatten, daß das außerordentliche

Ganz allgemein wird aus dem Fürther Reichstagswahlkampf 1930 guter Versammlungsbesuch gemeldet ⁴⁴⁷. Für die NSDAP hatte in Fürth Gregor Straßer am 14. August den Wahlkampf eröffnet ⁴⁴⁸. Die Wahlversammlungen der NSDAP gehörten zu den "bestbesuchten"; deshalb vermerkte ein aufmerksamer Beobachter unmittelbar vor der Wahl nach einem entsprechenden Vergleich zwischen den Parteien, es habe den Anschein, daß "diese Bewegung in Fürth an Boden" gewinne ⁴⁴⁹. Der Wahlkampf und auch der Wahltag verliefen in Fürth nicht zuletzt dank der polizeilichen Vorkehrungen ruhig ⁴⁵⁰. Der Wahlerfolg der NSDAP mußte sich propagandistisch außerordentlich günstig auswirken. Denn als Folge dieses Wahlsieges wurde ein wachsender "Bekennernut" zur NSDAP registriert: Auch solche Kreise und Personen, die sich bis dahin aus geschäftlichen oder sonstigen Gründen zurückgehalten hatten, traten nun offen für die NSDAP ein oder trugen ihre Abzeichen ⁴⁵¹.

Im Frühjahr 1931 wurde bei der NSDAP "eine um diese Jahreszeit kaum gekannte Versammlungspropaganda" beobachtet ⁴⁵². Mit ganzen Versammlungswellen überzog sie

Anwachsen der NSDAP-Stimmen im Amtsbezirk völlig überrascht habe (StA Nbg: Polizeidir. 374 u. 375). Damit befindet sich die Polizeidirektion im Widerspruch mit ihren eigenen Feststellungen über den im allgemeinen guten Versammlungsbesuch bei der NSDAP während des Wahlkampfes. Zur Propaganda der NSDAP vgl. Bracher, Die deutsche Diktatur, S. 196 ff.; Broszat, Der Nationalsozialismus, S. 42 ff.; Alan Bullock, Hitler, Düsseldorf 1959, S. 66 ff., 154 ff., 196 f. und Z.A.B. Zeman, Nazi Propaganda, London 1964, S. 9 ff. (Kap. I: in der "Kampfzeit").

447 NBZ vom 23.8.30. Damit kündigte sich bereits die hohe Wahlbeteiligung an.

448 Füt vom 16./17.8.30, FK vom 16.8.30, NBZ vom 23.8.30.

449 NBZ vom 12.9.30.

450 Die Polizei hatte z.B. in öffentlichen Versammlungen der NSDAP (und der KPD) sowie ihrer Hilfsorganisationen neben der Abgabe von Speisen und Getränken sogar das Aufstellen von Aschenbechern oder anderer Geräte untersagt. NBZ vom 27.8.30. Dazu auch: NBZ vom 23.8.30; NBZ, FK und FT vom 15.9.30.

451 StA Nbg: Polizeidir. 8.10.30.

452 StA Nbg: Polizeidir. 27.6.31.

einzelne Verwaltungsbezirke und suchte sie dadurch "sturmreif" zu machen. Trotz zunehmender Aktivitäten war jedoch zunächst ein Rückgang der Besucherzahlen festzustellen. Erst seit Juni 1931, nach der zweiten Notverordnung ("zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen" vom 6.6.1931), wurde wieder der "übliche Massenbesuch der nationalsozialistischen Versammlungen" registriert ⁴⁵³. Am 28. Juni sprach in Fürth "Staatsminister a.D. Dr. Frick" vor etwa 800 Zuhörern über den "Weg zur nationalen Freiheit". Zum ersten Mal berichtete aus diesem Anlaß auch die Nordbayerische Zeitung ⁴⁵⁴ über eine ausgesprochene Parteiveranstaltung der NSDAP in Fürth. Frick beschäftigte sich fast ausschließlich mit dem "verderbenbringenden Marxismus", mit der "verräterischen Sozialdemokratie", die nach dem Willen der Nationalsozialisten "mit Stumpf und Stiel" ausgerottet werden müsse. Als Voraussetzung für den Sieg über den Marxismus müsse man aber erst "das Vorfeld von den bürgerlichen Hilfstruppen räumen" ⁴⁵⁵. Im zweiten Halbjahr 1931 scheint die NSDAP in Fürth nur noch eine "stark besuchte" öffentliche Versammlung veranstaltet zu haben ⁴⁵⁶. Mindestens drei weitere, von der NSDAP geplante Versammlungen wurden von der Polizeidirektion unter Berufung auf die Notverordnung "zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen" vom 28. März 1931 verboten ⁴⁵⁷. Ungeachtet dieser Versammlungsverbote hielt die "scharf ansteigende Tendenz" der NSDAP an. Angesichts der Behinderung ihrer Massenpropaganda forcierte die NSDAP die Agitation im kleineren

⁴⁵³ Ebenda.

⁴⁵⁴ NBZ vom 27.6. und 29.6.31.

⁴⁵⁵ Ebenda. Interessant ist die Tatsache, daß die NBZ, die seit Jahren unnachsichtig gegen die Bonzenwirtschaft, insbesondere der SPD und des Zentrums, gewettert hatte, die Ausführungen Fricks über die Berufung des "Rasseforschers" Dr. Günther zum Professor in Jena ohne Widerspruch notierte.

⁴⁵⁶ NBZ vom 6.11.31.

⁴⁵⁷ Und zwar im Juli 1931, am 15.8.31 und 18.9.31. Für die Versammlung am 18.9. hatte Streicher das Thema "Der Wolf und die sieben Geißlein" angemeldet! NBZ vom 18.9.31 und StA Nbg: Reg. Mfr II, 691.

Rahmen der Sprechabende und die Werbung "von Mann zu Mann" ⁴⁵⁸.

Zu Beginn des Jahres 1932, noch bevor der eigentliche Wahlkampf um die Reichspräsidentenwahl einsetzte, schien die NSDAP in Fürth das Versäumte nachholen zu wollen. Allein im Januar veranstaltete sie drei, Mitte Februar zwei weitere öffentliche Versammlungen. Seit 14. Januar, dem Beginn dieser Versammlungswelle, gelang es der NSDAP, fast wöchentlich den größten Saal der Stadt zu füllen! ⁴⁵⁹ Beherrschendes Thema dieser Versammlungen war bereits die Reichspräsidentenwahl. Die eigentliche Auseinandersetzung konzentrierte sich allerdings auf die letzten vierzehn Tage vor dem Wahltag. In einem von den Parteien außerordentlich intensiv geführten Wahlkampf übertraf die NSDAP-Propaganda an Umfang die der anderen Parteien bei weitem. In Fürth hielt die NSDAP in diesen zwei Wochen allein 26 Versammlungen gegenüber "nur" 34 Versammlungen der übrigen Parteien ⁴⁶⁰. Die meisten Versammlungen waren stark besucht. Ein öffentlicher Sprechabend der NSDAP in Fürth wurde allerdings von Anhängern der Eisernen Front und der KPD gesprengt. Die Polizei löste die Versammlung auf, da ihre "ordnungsmäßige Durchführung ... zur Unmöglichkeit wurde" ⁴⁶¹. Die Taktik der NSDAP in diesem Wahlkampf ist bekannt. Der Angriff galt - unter möglicher Schonung der Person des Reichspräsidenten - wie immer dem "System": Die Männer und Parteien, die das seit 13 Jahren währende Unglück verschuldet haben, versuchten nun, sich der Verantwortung zu entziehen und sich hinter dem breiten Rücken des greisen Generalfeldmarschalls zu verstecken, den

458 StA Nbg: Polizeidir. 24.10.31.

459 Füt vom 15.1., 23./24.1., 29.1. u. 17.2.32;
FüA vom 19.2.32.

460 StA Nbg: Reg. Mfr II, 692.

461 Ebenda.

sie einst auf das schmachvollste beschimpft hatten ⁴⁶².

Da der verordnete Osterfriede erst am Mittag des 3. April ablief, wurde die gesamte Propaganda der Parteien für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl auf die Woche vom 3. bis 10. April zusammengedrängt. Noch am 3. April eröffnete die NSDAP in Fürth mit einer "Bauernkundgebung" diesen einwöchigen Wahlkampf, in dem sie bis 8. April allein 13 Versammlungen abhielt ⁴⁶³. Im Vergleich zum ersten Wahlgang hatte der Versammlungsbesuch jedoch allgemein nachgelassen. Nur in wenigen Fällen mußte die Polizei noch Versammlungen wegen Überfüllung sperren. Trotzdem war im Zusammenhang mit der Plakat- und Flugblattpropaganda eine eher steigende Erregung der Wähler wahrnehmbar. Die Plakate zogen häufig eine Menge Neugieriger an, so daß sich die Polizei vielfach veranlaßt sah, die Menge zu zerstreuen, um aufkommende Tötlichkeiten zu verhindern ⁴⁶⁴. Dennoch verlief der zweite Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl in Fürth ebenso wie der erste völlig ruhig ⁴⁶⁵.

Unmittelbar nach dem zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl setzte der Wahlkampf für die Landtagswahl (am 24. April) ein. Die ganz allgemein registrierte Wahlmüdigkeit trat in Fürth weniger in Erscheinung ⁴⁶⁶. Das Hauptgewicht der Wahlpropaganda lag in den Wählerversammlungen. Dabei übertraf die NSDAP mit 36 Versammlungen von insgesamt 57, die in den beiden Wochen des

⁴⁶² Hitler auf der großen Wahlkundgebung am 7.3.1932 in Nürnberg. NBZ vom 8.3.32. Im gleichen Sinne Goebbels am 11.3.32 und erneut Hitler vor dem zweiten Wahlgang am 6.4.32 jeweils in Nürnberg. NBZ vom 12.3. und 7.4.32.

⁴⁶³ StA Nbg: Reg. Mfr II, 692 und FüA vom 2.4.32. Von den übrigen Parteien traten in Fürth nur noch die SPD, KPD und BVP mit insgesamt 6 Versammlungen in Erscheinung.

⁴⁶⁴ StA Nbg: Reg. Mfr II, 692. Über eine kaum noch zu überbietende Erbitterung, mit der der Wahlkampf geführt wurde, berichtete auch der FK vom 11.4.32.

⁴⁶⁵ FüT vom 14.3.32; NBZ und FT vom 11.4.32.

⁴⁶⁶ StA Nbg: Reg. Mfr II, 692.

Landtagswahlkampfes in Fürth veranstaltet wurden, die anderen Parteien bei weitem ⁴⁶⁷. Allein am 23. April, dem Tag vor der Wahl, inszenierte die Fürther NSDAP noch 5 Wählerversammlungen ⁴⁶⁸. Die nationalsozialistischen Redner beschäftigten sich im allgemeinen wenig mit internen bayerischen Angelegenheiten. Einen scharfen Kampf führte die NSDAP allerdings gegen die BVP, der vor allem die Neigung zu einer Koalition mit den Marxisten vorgehalten wurde. Dabei bot sich für die NSDAP immer wieder die Gelegenheit, ihre "christliche Einstellung" zu betonen ⁴⁶⁹. Das SA-Verbot durch die Notverordnung vom 13. April hatte die NSDAP offenbar nicht geschwächt. Ihre Anhänger reagierten vielmehr auf die in ihren Augen wahltaktische Maßnahme mit stärkeren Sympathien und erhöhter Einsatzbereitschaft ⁴⁷⁰. Abgesehen von den beiden Versammlungen des CSVD, die von den Nationalsozialisten gesprengt bzw. verhindert wurden ⁴⁷¹, verlief der Landtagswahlkampf ebenso wie die Wahl selbst in Fürth ohne Störungen ⁴⁷².

Nach den "außerordentlichen agitatorischen Anstrengungen der Parteien" in den Frühjahrswahlkämpfen trat zunächst "allerorts eine zeitweilige größere Erschöpfungspause" ein ⁴⁷³. Die lange Zeitspanne von der Aus-

467 Ebenda und NBZ vom 25.4.32.

468 FfA vom 22.4.32.

469 StA Nbg: Polizeidir. 24.5.32.

470 Ebenda. Die Polizeidirektion berichtete übrigens, daß den Nationalsozialisten in Nordbayern die Auflösungsverordnung 24 Stunden eher als ihr selbst bekannt war. Kurioserweise war dies - nach Auffassung der Polizei - mit ein Hauptgrund für die (in Nordbayern) reibungslose Durchführung der Notverordnung!

471 Vgl. oben S. 296.

472 Als Beleg dafür mag auch dienen, daß im Zusammenhang mit dem Fürther Wahlkampf schnellgerichtliche Verfahren nur in acht Fällen durchgeführt werden mußten. StA Nbg: Reg. Mfr II, 692.

473 StA Nbg: Polizeidir. 31.10.32.

schreibung der Reichstagswahl bis zum Wahltag (vom 6.6. bis 31.7.1932) wurde jedoch von den Parteien in ausgiebiger Weise agitatorisch genutzt. NSDAP, SPD und KPD traten dabei durch Versammlungen und Umzüge sowie durch ihre Plakat- und Flugblattpropaganda am stärksten in Erscheinung ⁴⁷⁴. In Fürth übertraf wiederum die NSDAP mit insgesamt 97 Veranstaltungen während des Wahlkampfes alle übrigen Parteien zusammen ⁴⁷⁵. Abgesehen von der ersten "Massenversammlung" Ende Juni ⁴⁷⁶ waren die großen Wahlversammlungen der NSDAP sehr gut besucht ⁴⁷⁷. In diesen insgesamt acht Versammlungen der Nationalsozialisten waren nach den Schätzungen des Fürther Polizeiamtes rd. 9 400 Besucher. Darüber hinaus fand die NSDAP in weiteren 89 kleineren Versammlungen, in sogenannten Sprechabenden, die während des Wahlkampfes in den einzelnen Sektionen wöchentlich zweimal stattfanden, weitere 7 600 Zuhörer ⁴⁷⁸. Die NSDAP hatte folglich während des Reichstagswahlkampfes allein mehr als die Hälfte der insgesamt rund 30 600 Versammlungsbesucher in Fürth mobilisieren können ⁴⁷⁹.

Auch in diesem Wahlkampf propagierte die NSDAP die Volksgemeinschaft. Die NSDAP sei keine berufsständische Partei, der Nationalsozialismus umfasse vielmehr alle Volksschichten ⁴⁸⁰. Gleichwohl setzten die Redner der NSDAP besondere Akzente je nachdem, vor welchem Publikum sie sprachen.

474 StA Nbg: Reg. Mfr II, 693.

475 Ebenda.

476 FK und FüA vom 25.6.32.

477 FüA vom 9.7., 18.7., 25.7., 27.7. u. 30.7.32.

478 NBZ vom 5.11.32. Im Durchschnitt hatten die Sprechabende folglich 85 Besucher; von einigen Sprechabenden werden 200, ja sogar 300 Besucher gemeldet. FüA vom 11.6., 18.6., 29.6. u. 27.7.32.

479 NBZ vom 5.11.32.

480 FüA vom 11.6.32.

Schon im Landtagswahlkampf hatte die NSDAP die Kriegsoffer und Rentner besonders angesprochen ⁴⁸¹. Auch vor der Reichstagswahl warb sie wieder in zwei großen Versammlungen um ihre Stimmen. Die NSDAP gehe von dem Grundsatz aus, daß ein heiliges Recht auf gebührende Achtung und Versorgung besitze, wer bei der Verteidigung des Vaterlandes Gut und Blut geopfert habe. Um den "Dank des Vaterlandes" gebe es keinen Kuhhandel, er sei keine Parteisache, sondern Ehrenpflicht der gesamten Nation ⁴⁸². Der Nationalsozialismus würde die Kriegsoffer als die ersten Bürger des Staates anerkennen ⁴⁸³.

Vor den Landwirten der Fürther Vororte beschäftigte sich die NSDAP mit dem Landbund, mit der "verräterischen Politik" der "Schwarzen" und der "Roten", mit dem "heutigen System" überhaupt, weil es das "Mark der Landwirtschaft" und damit den "Lebensnerv des deutschen Volkes" angegriffen habe ⁴⁸⁴. Auch in den Arbeitervierteln der Altstadt und der Südstadt offenbarten die NS-Propagandisten wie überall die Sünden des seit 13 Jahren herrschenden Systems, den Versailler Vertrag und die Kriegsschuldlüge als die Hauptursachen der Versklavung und des Elends des deutschen Volkes. Besonders intensiv widmeten sie sich dabei dem Kontrast zwischen den Versprechungen der Novemberrevolution und der "heutigen" Lage der Arbeiterschaft ⁴⁸⁵. Der Arbeiter müsse erkennen, daß ihn seine Führer "ganz erbärmlich" verraten haben ⁴⁸⁶. Im Gegensatz zu ihrer kapitalfeindlichen Lehre sei die SPD seit 1918 die engste Bindung mit dem Weltkapital eingegangen und deshalb nichts anderes mehr als die "Schutz-

481 FüA vom 16.4.32.

482 NBZ vom 26.7.32.

483 NBZ vom 12.7.32. Außerdem: FüA vom 5.7., 16.7. u. 26.7.32. Selbstverständlich wurde diese Werbung unterstützt durch heftige Angriffe auf das "System".

484 FüA vom 11.6. und 27.6.32.

485 FüA vom 25. und 27.6.32.

486 FüA vom 20.6.32.

truppe des Judentums" ⁴⁸⁷. Der nationalsozialistische Staat aber werde Arbeit und Brot schaffen. Die NSDAP wolle keinen Wohlfahrtsstaat, sondern Arbeit für den ehrlichen deutschen Arbeiter, ein Deutschland der Arbeit ⁴⁸⁸. Die NSDAP fürchte die "Mobilmachung des roten Untermenschentums" nicht ⁴⁸⁹, sie allein könne das "drohende Gespenst des Bolschewismus" vernichten ⁴⁹⁰.

In der Südstadt warb die NSDAP um katholische Stimmen, indem sie den "lieben Katholiken" und "deutschen Volksgenossen" zum Beispiel hinwies auf die antinationale Politik, die das Zentrum schon vor dem Kriege betrieben habe ⁴⁹¹, oder auf die Verhöhnung der christlichen Religion durch die gottlosen Marxisten beiderlei Richtungen in Deutschland sowie auf die Verfolgung und Unterdrückung der Religion in Rußland und in Spanien. Wenn der Nationalsozialismus nicht wäre, hätte "schon längst der kommunistische Blutrausch Kirchen und Klöster zerstört und Geistliche ermordet ..." ⁴⁹². Die NSDAP sei nicht kirchenfeindlich; auch ihr Kampf gegen die Juden gelte nicht deren Religion, sondern ihrer Rasse ⁴⁹³.

Ganz allgemein betonte die NSDAP ihr "positives Christentum", dessen Standpunkt zu vertreten der ernsthafte Wille Adolf Hitlers sei. Positives Christentum zeige sich in lebendiger Religiosität durch die Tat. "... Ehre, Freiheit, Liebe, Mut, Treue und Glauben: Das ist positives Christentum" ⁴⁹⁴. Damit aber gab sich die

487 FfA vom 2.7.32.

488 FfA vom 2.7., 7.7., 8.7., 21.7. und 25.7.32.

489 FfA vom 13.7.32.

490 FfA vom 2.7.32.

491 FfA vom 28.6.32: "Zentrumstod ist Deutschlands Morgenrot!"

492 FfA vom 25.7. und 30.7.32.

493 FfA vom 30.7.32. Ebenso auch in einem speziell der "Judenfrage" gewidmeten Sprechabend der Sektion "Altstadt". FfA vom 1.7.32.

494 FfA vom 15.7.32.

NSDAP noch nicht zufrieden. Vielmehr nahm sie, und zwar nicht nur gelegentlich, göttlichen Beistand für sich in Anspruch: "... Wir sind eine Bewegung, die gottgewollt ist!" ⁴⁹⁵ Allein in Fürth gibt es zahlreiche Beispiele dafür, daß dieser Anspruch von der NSDAP geradezu gepflegt wurde. Ihre Redner beriefen sich auf den Beistand Gottes zur Überwindung von Lüge, Gemeinheit und Verrat ⁴⁹⁶. Die Macht der Bewegung und der Aufbruch der Nation stünden unter "dem Schutze unseres Herrgottes" ⁴⁹⁷. Gott sei wieder mit "uns Deutschen", sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß "unsere Bewegung von ehemals sieben Männern auf fünfzehn Millionen Volksgenossen" angewachsen sei. Geradezu Sprachlosigkeit ruft aber (heute) die folgende Gleichsetzung hervor: "Alles soll getragen werden durch die Liebe. Gott ist die Liebe, Liebe ist Gott. Unsere Bewegung ist nur Liebe, die opfernde Vaterlandsliebe" ⁴⁹⁸. Angesichts derartiger blasphemischer Entgleisungen kann auch die Anrufung von Gottes Hilfe und Segen für "unseren gigantischen Endkampf" ⁴⁹⁹ kein Erstaunen mehr hervorrufen. Nur konsequent war es deshalb auch, wenn die NSDAP für ihren Wahlerfolg am 31. Juli 1932 wiederum den sichtbaren Beistand Gottes beanspruchte. Daß "unser geliebter Führer den Kampf ... hat durchführen können, ist für jeden gläubigen Nationalsozialisten der untrügliche Ausdruck dafür, daß unser Herrgott mit unserem Führer und unserer Bewegung ist und damit mit unserem deutschen Volk und Vaterland und es auch fernerhin solange sein wird, bis Deutschland wieder frei und sein großes Werk vollendet ist, um dann die Geschichte sagen zu lassen: Am nationalsozialistischen, an Adolf Hitlers Wesen ist die ganze Welt genesen" ⁵⁰⁰.

495 FÜA vom 14.7.32.

496 FÜA vom 18.7.32.

497 FÜA vom 21.7.32.

498 Der Gauleiter von Oberfranken Schemm in einer "Massenversammlung" am 7.7.32. FÜA vom 9.7.32.

499 FÜA vom 8.7.32.

500 Der Leiter der Sektion Ost der NSDAP in Fürth, Dr. Dr. Streck, einer der führenden Propagandisten der Fürther NSDAP in einer Mitgliederversammlung. FÜA vom 11.8.32.

Trotz dieses Mißbrauches religiöser Inhalte brachte es die NSDAP fertig zu behaupten, ihr Kampf gegen Zentrum und BVP sei nicht zuletzt von dem Gedanken diktiert, daß die Religion als etwas Hohes und Heiliges nicht durch die schmutzigen Geschäfte der Parteipolitik besudelt werden dürfe⁵⁰¹. Eine starke Polemik entwickelte die NSDAP in diesem Wahlkampf gegen die föderalistischen Sonderinteressen und (angeblichen) separatistischen Bestrebungen der BVP. Derartigen Machenschaften mit dem Ziele einer Donaumonarchie schwarzer Prägung unter Frankreichs Protektorat, dem Versuch, Bayern an der Main- oder Donaulinie vom Reich zu trennen, würden die Nationalsozialisten mit Gewalt begegnen: die fränkische SA sei bereit zu marschieren⁵⁰². Die Nationalsozialisten würden mit diesen "schwarzen Brüdern" genauso verfahren, wie das nationale Rheinland mit den Separatisten⁵⁰³.

Gegenüber der Regierung Papen nahmen die Redner der NSDAP zunächst eine abwartende Haltung ein. Sie sei ein Übergangskabinett, dessen Aufgabe nur darin bestehe, den Reichstag aufzulösen sowie das SA- und SS-Verbot aufzuheben⁵⁰⁴. Den wirtschaftlichen Teil der Papenschen Notverordnung, deren Ausarbeitung und Verantwortung sie allerdings noch der Regierung Brüning anlastete, lehnte die NSDAP jedoch entschieden ab. Weil diese Notverordnung "aus der Schüssel des ärmsten, ausgehungertsten Teils unseres Volkes, der Kleinrentner und Kriegsbeschädigten frißt", sei sie "die geradlinige Fortsetzung der Brüning'schen Notverordnungspolitik"⁵⁰⁵. Von einer Verantwortung für das Kabinett Papen distanzierten sich die nationalsozialistischen Redner jedoch. Mit der Behauptung, die Regierung werde von der NSDAP unterstützt,

501 FfA vom 27.7.32.

502 StA Nbg: Polizeidir. 31.10.32; NBZ vom 25.6.32; FfA vom 28.6. und 9.7.32.

503 FfA vom 29.6.32.

504 NBZ vom 25.6.32.

505 FfA vom 9.7.32 sowie FfA vom 18.7. und 20.7.32.

suchten SPD und Zentrum nur ihre schwere Schuld am Zusammenbruch des deutschen Volkes auf die Schultern der Nationalsozialisten abzuwälzen ⁵⁰⁶. Papen sei nicht der Führer des Volkes. Er habe abzutreten, um Adolf Hitler Platz zu machen ⁵⁰⁷.

In diesem von den Parteien bis zuletzt mit großer Energie, mit Schärfe und persönlichen Gehässigkeiten geführten Wahlkampf kam es "teilweise zu nicht unerheblichen Zusammenstößen" ⁵⁰⁸. Auch Fürth bildete dabei keine Ausnahme. Aber ohne den "Angriff" auf die Kraftwagenkolonne Streichers am 30. Juli in der Fürther Königstraße hätte man trotzdem von einem verhältnismäßig ruhigen Wahlkampf in Fürth sprechen können ⁵⁰⁹. Allerdings war es schon am 16. Juli vor einem Propagandamarsch der NSDAP und auch nach der anschließenden Kundgebung zu Tätlichkeiten zwischen den Nationalsozialisten und ihren Gegnern gekommen ⁵¹⁰. Die Polizei hatte jedoch die Situation jeweils sehr schnell wieder unter Kontrolle ⁵¹¹. Es war wohl eine bewußte Provokation, daß sich die SA "ausgerechnet in einem reinen Arbeiterviertel" ⁵¹² sammelte und zum Demonstrationszug formierte. Erst mit einem Tag Verspätung berichtete die Frankische Tagespost über die "Empörung", die dadurch unter den Bewohnern des Stadtviertels hervorgerufen worden sei. Gegen die "erregten Massen" habe die Polizei mehrmals mit dem Gummiknüppel und der blanken Hiebwaaffe eingreifen

506 FÜA und NBZ vom 18.7.32.

507 FÜA vom 20.7.32.

508 StA Nbg: Polizeidir. 31.10.32 u. Reg. Mfr II, 693.

509 FÜA vom 1.8.32.

510 Der FÜA vom 18.7.32 berichtete von einem "Riesenzug" der NSDAP, wie er in den Straßen Fürths in diesem Ausmaß noch nicht zu sehen war. Auch zur Kundgebung habe sich eine "ungeheure Menge" eingefunden. Die FT vom 18.7.32 hatte nur "spärliche 1 500 Teilnehmer" des Demonstrationszuges gezählt, von denen nur rund 50 Leute aus Fürth, die meisten aus der Umgebung gekommen seien.

511 NBZ und FÜA vom 18.7.32.

512 In der Leyher Straße in der Südstadt.

müssen ⁵¹³.

Auch der "Angriff" oder "Überfall" auf die Kraftwagenkolonne Streichers am frühen Abend des 30. Juli entpuppt sich schließlich als relativ harmloses Ereignis. "Eine große Menschenmenge" ⁵¹⁴ wartete am frühen Abend des 30. Juli 1932 in der Fürther Königstraße auf Hitler, der auf dem Wege vom Fürther Flughafen nach Nürnberg, wo er den Wahlkampf mit einer Großkundgebung im Stadion abschloß, auch durch die Königstraße fahren sollte. Auf der Fahrt zum Flughafen, wo Streicher seinen Führer abholen wollte, wurde die Wagenkolonne Streichers in der Königstraße mit Steinen, Kartoffeln und faulem Obst beworfen. Das von der NSDAP verbreitete Gerücht, auf die Kraftfahrzeuge Streichers seien mehrere Schüsse abgegeben worden, haben die polizeilichen Ermittlungen nicht bestätigt, aber auch nicht widerlegt. Nach dem verfolgbaren Geschoßeinschlag stehe (noch) nicht einwandfrei fest, ob der Schuß aus einem Hause abgegeben worden sei oder sich versehentlich aus der Waffe eines Wageninsassen gelöst habe ⁵¹⁵.

Kennzeichnend - wenn auch möglicherweise zufällig - für die veränderte politische Szene in Fürth und die daran geknüpften Erwartungen oder auch Ansprüche der NSDAP ist eine scheinbare Nebensächlichkeit: Während früher die SPD als die stärkste Partei für den Abend des Wahltages ihre Mitglieder zur laufenden Information über die Wahlergebnisse in den größten Saal der Stadt eingeladen hatte, versammelte dort am 31. Juli die NSDAP ihre Anhängerschaft ⁵¹⁶ in der sicheren Erwartung ihres Triumphes.

⁵¹³ FT vom 19.7.32.

⁵¹⁴ NBZ vom 1.8.32.

⁵¹⁵ In dem Bericht ist nur von einem Schuß die Rede. StA Nbg: Reg. Mfr II, 693. Zu diesem Vorfall außerdem: NBZ und FÜA vom 1.8.32 sowie FT vom 1.8. und 2.8.32. Hitlers Wagenkolonne wurde nach diesem Vorkommnis von der Polizei verständlicherweise auf einen anderen Weg umgeleitet.

⁵¹⁶ FÜA vom 30.7.32.

Während die nationalsozialistische Propaganda im ersten Reichstagswahlkampf des Jahres 1932 die Regierung Papen nicht bekämpfte, die DNVP sogar gelegentlich als nationale Alternative toleriert hatte ⁵¹⁷, war sie seit dem 13. August, als Hitler eine Regierungsbeteiligung ablehnte, geradezu beherrscht von einer unversöhnlichen Feindschaft gegen die Regierung und die Deutschnationalen, wie sie zuvor nur in der Auseinandersetzung der NSDAP mit den "Marxisten" begegnete ⁵¹⁸. Mit dieser Agitation verband die NSDAP den Anspruch auf die alleinige Führung im Staate. Auf eine "Mitverantwortung" verzichtete sie. Damit wolle man ihr nur die Schuld am Scheitern der Regierungspolitik aufbürden. Die NSDAP werde mit ihrem Namen nicht die Taten einer gegen das Volk eingestellten Regierung decken ⁵¹⁹. Unermüdlich wiederholten die NS-Propagandisten im zweiten Reichstagswahlkampf des Jahres diesen Führungsanspruch ihrer Partei, den sie nun, da es ihnen zustatten kam, mit dem Hinweis auf die Gesetze und Spielregeln der parlamentarischen Demokratie begründeten ⁵²⁰. Die Regierung Papen, dieser "Herrenclub", möchte die Früchte des dreizehnjährigen Kampfes der NSDAP ernten. Zu den erklärten Feinden der deutschen Freiheitsbewegung, zu den "Marxisten", den "Schwarzen" und den Resten der demokratischen Parteien habe sich nun offen ein neuer Feind gesellt, nämlich die Sozialreaktionäre, die Deutschnationalen ⁵²¹. Aber der Nationalsozialismus werde kämpfen, bis auch "Herr von Papen" als letzte Stütze

517 FÜA vom 25.7. und 30.7.32.

518 StA Nbg: Polizeidir. 31.10.32.

519 FÜA vom 23.9.32. Dieser Standpunkt wurde in Fürth bereits in der ersten Mitgliederversammlung nach der Reichstagswahl am 12.8. von der lokalen Führung der NSDAP eingenommen. FÜA vom 13.8.32.

520 "Denn alle Staatsgewalt geht vom Volke aus." FÜA vom 8.9., 13.9. (Zitat), 16.9., 19.9., 26.9., 10.10. u. 14.10.32.

521 FÜA vom 16. und 19.9.32. Übereinstimmungen in der Berichterstattung über einzelne Versammlungen legen die Vermutung nahe, daß sich die Redner der NSDAP auf vorgegebenes, einheitliches Material stützten.

des Kapitalismus beseitigt ist ⁵²². Hinter den bisherigen roten oder schwarzroten Regierungen habe immer "der Jude" gestanden. Nun suche er seine letzte Rettung bei den Deutschnationalen und den volksfremden Mitgliedern des Herrenclubs. Diese "Erklärung" begegnet uns erstmals in einem Bericht über eine Tagung der NS-Amtswalter des Kreises Fürth zur propagandistischen Vorbereitung des Reichstagswahlkampfes ⁵²³ und wurde im Verlauf des Wahlkampfes der Zuhörerschaft wieder und wieder vorgesetzt ⁵²⁴. Der jüdische Einfluß auf die DNVP erweise sich an deren feindseligen Haltung gegenüber der NSDAP. Mit den Deutschnationalen habe "der Jude" alle Parteien außer der NSDAP gewonnen. Am 13. August sei Hitler zur Vernichtung der nationalsozialistischen Bewegung die jüdische Falle gestellt worden, in die Regierung Papen einzutreten und sich dadurch mit dem Todfeind des Volkes, dem Juden, zu alliieren. In deutlicher Anlehnung an die Versuchung Jesu im Neuen Testament wird das Angebot der Vizekanzlerschaft an Hitler als Versuchung des Juden dargestellt und die DNVP als "politischer Judas Ischariot" bezeichnet, die den Bundesgenossen und Blutsbruder um dreißig Silberlinge verkauft habe ⁵²⁵. Hitler berief sich ja selbst gerne auf das Walten der göttlichen Vorsehung und den Willen des Allmächtigen ⁵²⁶. Herr von Papen werde ihn nicht an der Machtübernahme hindern können. Ob er an die Macht komme, entscheide ein Höherer ⁵²⁷.

Nunmehr belastete die NSDAP die Regierung Papen auch mit der Verantwortung für die wirtschaftliche Misere.

522 FfA vom 21.9.32. Zum Wahlkampf gegen die Papen-Regierung vgl. auch Noakes, The Nazi Party in Lower Saxony, S. 239 f.

523 FfA vom 11.10.32.

524 Z.B. Hitler und Streicher am 13.10. in Nürnberg, FfA und NBZ vom 14.10.32; ebenso FfA vom 28.10.32.

525 FfA vom 5.11.32.

526 Auf der Kundgebung am 13.10. in Nürnberg, FfA vom 14.10.32.

527 FfA vom 5.11.32.

Sie schaffe durch die Notverordnung weitere "ungeheure" Verelendung und werde damit zum Propagandisten des Kommunismus ⁵²⁸. Indem er das Volk in Klassen zerreiße, statt diese zu überbrücken, werde Papen zum bewußten Schrittmacher des Bolschewismus ⁵²⁹. Vor allem im Beuthener Urteil, das sie zu besonders scharfen Attacken gegen die Regierung veranlaßte, sah die NSDAP den Beweis, daß sich die Regierung geradezu zum Anwalt des Kommunismus mache. Denn diese Regierung, die sich national nenne, stelle deutsche Männer, die die deutsche Erde von einem doppelten Feind des deutschen Volkes, nämlich von einem Kommunisten und polnischen Insurgenten befreit haben, auf die gleiche Stufe mit den Kommunisten, den erklärten Staatsfeinden ⁵³⁰. Man könne die fünf SA-Leute wohl nach dem Paragraphen des Gesetzes verurteilen. "Aber es ist kein Mord, wenn etwas für das deutsche Volk getan wird" ⁵³¹.

Neben diesem Generalthema des Wahlkampfes - das Verhältnis der NSDAP zur Regierung Papen und den Deutsch-nationalen - verkündeten die NS-Redner ihrem Publikum zur Rechtfertigung der Verhandlungen zwischen der NSDAP und dem Zentrum einschließlich der BVP, daß die NSDAP grundsätzlich nur den internationalen Marxismus, nicht aber diese Parteien bekämpfe. Wenn Zentrum und BVP das Bündnis mit der SPD aufgeben und mit ihr gemeinsam den Marxismus und das Judentum bekämpften, könne die NSDAP wohl mit ihnen zusammengehen. Aber sie denke nicht daran, "vom Zentrumsbrot" zu leben. Die NSDAP werde sich dem Zentrum nicht versagen, wenn es aus dem Sumpf des Parla-

528 FfA vom 30.9.32.

529 FfA vom 17.10.32. Als Förderer des Bolschewismus erscheint die Regierung Papen auch in dem Versammlungsbericht des FfA vom 29.10.32.

530 FfA vom 30.9.32.

531 FfA vom 8.10.32. Das Blatt folgte damit dem Völkischen Beobachter, der am 6.8.32 bereits festgestellt hatte: "Es kommt auf die Gesinnung an und nicht auf den Tatbestand." Zitiert nach FT vom 6.8.32.

mentarismus heraus wolle ⁵³².

Sehr deutlich bemühte sich die NSDAP auch in diesem Wahlkampf um die verschiedenen Bevölkerungsschichten. Vor den Arbeitern machte sie die "bürgerlichen Kreise", die eine Gemeinschaft mit den "unbemittelten Volksgenossen" abgelehnt haben, für das Aufkommen des Marxismus in Deutschland verantwortlich ⁵³³. Diese Volksgemeinschaft, die "organische Verbindung von Nationalismus und Sozialismus" statt des marxistischen Internationalismus und Klassenkampfes bot die NSBO den Fürther Arbeitern an. Der deutsche Sozialismus stehe unter dem Motto "Gemeinnutz geht vor Eigennutz" und sehe seine vornehmste Pflicht in der Erhaltung der Nation. Dem Marxismus der Sozialdemokratie gehe es dagegen um die Zerschlagung der Nation, "um alle Völker in einem internationalen Trubel und Menschenbrei entwurzelter und verproletarisierter Individuen enden zu lassen" ⁵³⁴. Wir wissen bereits, daß für die sozialdemokratisch und freigewerkschaftlich orientierten Arbeiter Fürths derartiger Unsinn wenig verführerisch war. Ein Indiz dafür, daß das Interesse der Arbeiterschaft am Nationalsozialismus nicht überwältigend groß war, ist auch die Freude, mit der die NSDAP gelegentlich die Anwesenheit von Arbeitern in ihren Versammlungen registrierte ⁵³⁵.

⁵³² FK vom 1.10.32, außerdem FüA vom 2.10. und 28.10.32. Der Ex-Kommunist Felix Neumann sprach dem Zentrum am 20.10. in Fürth nach wie vor das Recht ab, sich eine nationale Partei zu nennen. Am Ende des Wahlkampfes charakterisierte ein NS-Redner in Fürth die Verhandlungen der NSDAP mit dem Zentrum als Scheinverhandlungen; FüA vom 22.10. und 5.11.32.

⁵³³ FK vom 25.9.32.

⁵³⁴ FüA vom 26.9.32.

⁵³⁵ FüA vom 23.9., 21.10. und 22.10.32. Im Bericht vom 21.10. wird geradezu überschwenglich formuliert, dies sei der deutsche Arbeiter der Faust gewesen, der sich im Glauben an das Erwachen der deutschen Nation von dem Gedankenwust der Internationalen befreit habe.

Die NSDAP bemühte sich natürlich auch um die Beamten, denen sie sich als Schützer des Berufsbeamtentums empfahl ⁵³⁶, sowie um den gewerblichen Mittelstand und die Landwirtschaft ⁵³⁷. Schuld an der Verelendung der heimischen Landwirtschaft, des kleinen Handwerkers und Geschäftsmannes seien die neudeutschen Wirtschaftstheorien, der Wirtschaftsliberalismus, der den Trusts und Konzernen die Freiheit gab, die kleinen Unternehmer zu ruinieren. Wenn das deutsche Handwerk und Gewerbe wieder gesunden und zur Grundlage einer festgefügtten deutschen Wirtschaft werden solle, müsse sich die Nation befreien von der liberalistischen Wirtschaftslehre und zurückkehren zu organischen Wirtschaftsformen unter dem Grundsatz des neuen Deutschland: "Gemeinnutz geht vor Eigennutz"; denn wenn es dem Ganzen gut gehe, werde es auch dem einzelnen gut gehen! ⁵³⁸ Wie wenig es der NSDAP und ihrem Anhang um programmatische Äußerungen oder konkrete Lösungsvorschläge ging, zeigt die Antwort des Fürther Kreisleiters Jakob auf die Frage nach dem Programm der NSDAP: Die Archive des Braunen Hauses, in denen die Pläne und Gesetze bereitlügen, würden sich öffnen, sobald Hitler an die Macht komme ⁵³⁹. Mit Stolz hatte ein nationalsozialistischer Redner Papens Charakterisierung des Nationalsozialismus als Konfession aufgenommen. Der Nationalsozialismus sei ein Bekenntnis zu unserem Vaterland, zur Schöpferkraft unseres Volkes und zum Neubau des Deutschen Reiches ⁵⁴⁰. Diesem gläubigen Bekenntnis genügte das Versprechen Hitlers und der NSDAP auf Arbeit und Brot oder, erweitert um die nationale Komponente, auf Ehre, Freiheit, Arbeit und Brot ⁵⁴¹.

536 NBZ, FK und FüA vom 29.9.32.

537 FüA vom 5.10. und 25.10.32.

538 FüA vom 5.10.32.

539 FüA vom 13.8.32.

540 FüA vom 17.10.32.

541 FüA vom 26.9. und 4.11.32. Diese Parole erscheint in dieser Zeit sehr oft in den Reden der Nationalsozialisten.

Mit diesem Wahlkampf waren die Zeitungen und Buchdrucker, aber auch die Wirte nicht zufrieden ⁵⁴². Aus Geldmangel schränkten nämlich die Parteien ihre Plakat- und Anzeigenpropaganda in den ersten Wochen des Wahlkampfes fast gänzlich, danach immer noch sehr erheblich ein ⁵⁴³. Auch die Fürther NSDAP litt unter dem allgemeinen Geldmangel; denn gegen Ende des Wahlkampfes suchte sie bereits ein zweites Mal Spenden für ihre Kasse zu mobilisieren ⁵⁴⁴. Die Versammlungstätigkeit der Parteien war allgemein sehr stark, allerdings hatte der Besuch nachgelassen. Wie vor der Juliwahl veranstaltete die NSDAP in Fürth wiederum acht große Wahlversammlungen, deren prominentester Redner übrigens Göring war ⁵⁴⁵. Aber sowohl in diesen Wahlversammlungen als auch in ihren insgesamt 75 Sprechabenden während des Wahlkampfes fand die Fürther NSDAP erheblich weniger Zuhörer als im Sommer ⁵⁴⁶. Der letzte Wahlkampf des Jahres 1932 war in Fürth (wie im übrigen Nordbayern) auch der ruhigste. Abgesehen von der Störung der DNVP-Versammlung durch die Nationalsozialisten am 3. November verlief der Wahlkampf in Fürth ohne Störungen ⁵⁴⁷.

Mit der Parole Hitlers "Der Kampf geht weiter" setzte auch die Fürther NSDAP unmittelbar nach der Wahl ihre Arbeit fort. Ihre bereits im Wahlkampf verbreitete Behauptung, daß die Regierung Papen der "Schrittmacher des Bolschewismus" sei, sah die NSDAP durch das Wahlergebnis bestätigt. Ihre eigenen Verluste wertete die NSDAP als

542 NBZ vom 5.11.32.

543 Zum Verlauf des Wahlkampfes: StA Nbg: Reg. Mfr II, 693.

544 FT vom 2.11.32.

545 NBZ vom 29.10.32. Unverblümt sagte Göring dem "deutschen Spießertum", daß ihm der Bolschewismus über den Kopf wachsen werde, wenn es wankelmütig werden sollte. Nur der Nationalsozialismus bilde ein Bollwerk gegen diese Flut.

546 NBZ vom 5.11.32. Gegenüber 17 000 vor der Juliwahl registrierte das Fürther Polizeiamt diesmal nur noch rd. 9 500 Besucher in den insgesamt 83 NSDAP-Versammlungen.

547 NBZ vom 5.11.32 und FfT vom 7.11.32.

Reinigungsprozeß. Die "Bewegung" sei dadurch innerlich gekräftigt worden, weil sie frei geworden sei von den "Konjunktürelementen" und "Profitpatrioten" ⁵⁴⁸. Für das Ende des politischen Burgfriedens kündigte die NSDAP einen neuen "nationalsozialistischen Propagandagroßkampf" an, bis sie ihr Ziel, die Macht im Staate, erreicht habe. Aber auch während des Burgfriedens blieb die Fürther NSDAP nicht untätig. Da öffentliche Versammlungen verboten waren, veranstaltete sie Mitgliederversammlungen und hieß dazu "Gäste willkommen" ⁵⁴⁹. Sofort im neuen Jahr, unmittelbar nach Beendigung des Burgfriedens setzte die Fürther NSDAP tatsächlich mit ihrem "Propagandagroßkampf" ein. Im Monat Januar 1933 veranstaltete sie mindestens 28 Sprechabende als "laufende Schulungsreihe für alle Volksgenossen" ⁵⁵⁰. Darüber hinaus arbeitete sie in einer Massenversammlung am 5. Januar die Straßerkrise auf ⁵⁵¹ und inszenierte am 8. Januar einen Propagandamarsch der SA und SS ⁵⁵² mit einer kurzen vaterländischen Kundgebung als Abschluß. Zu ihrer öffentlichen Versammlung am 12. Januar (im Geismannsaal) lud die Fürther NSDAP auch die lokalen Führer ihrer politischen Gegner ein. Nur die KPD mit Anton Hausladen an der Spitze nahm allerdings die Herausforderung an. Bei dieser Konfrontation war ein Konflikt unvermeidlich; vermutlich war er beiderseits beabsichtigt. Als sich die Kommunisten, die fast die hintere Hälfte des Saales füllten, beim Abspielen des

548 FvA vom 29.10., 9.11. und 19.11.32.

549 FvA vom 19.11. und FT vom 22.11.32. Vorsichtshalber ließ sie aber diese Einladung an die Gäste wieder überkleben, lt. FT aber angeblich so, daß sie noch sichtbar war.

550 FvA vom 30.1.33. Die Zahl ist aus den Versammlungsankündigungen und -berichten der lokalen Zeitungen, hauptsächlich aus dem FvA gewonnen. Die Reihe dieser Sprechabende muß deshalb noch keineswegs vollständig sein.

551 FvT vom 6.1.33 und FvA vom 7.1.33.

552 Lt. FvA vom 9.1.33 mit 2 000 Teilnehmern. In ihren kurzen Berichten spricht die NBZ vom 9.1.33 von "sehr starker Beteiligung", das FvT vom 9.1.33 von teilweise auswärtigen Teilnehmern.

Deutschlandliedes weigerten, sich zu erheben und mitzusingen, forderte der Leiter der Versammlung sie auf, den Saal zu verlassen. Da dies auch nicht geschah, griff die SA ein. Nur dank der Polizei lief die Sache recht glimpflich ab ⁵⁵³.

Verständlicherweise ließ die Fürther NSDAP auch nach der Machtergreifung in ihren propagandistischen Anstrengungen nicht nach. In sechs größeren Veranstaltungen und 43 Sprechabenden hämmerte auch im folgenden Wahlkampf die nationalsozialistische Agitation auf die Bevölkerung ein ⁵⁵⁴. Wieder sprach die NSDAP die Arbeiter ⁵⁵⁵, die Beamten und den gewerblichen Mittelstand besonders an. In einer eigens für sie angesetzten Wahlversammlung betonte sie das Interesse der Beamten an einem starken Staat, in dem ihnen eine besondere Aufgabe zukomme. Kein Zweifel, daß die Idee, die Gesinnung, die sie von den Beamten forderte, nationalsozialistisch, zumindest aber national sein mußte ⁵⁵⁶. Schon wenige Tage nach der Machtergreifung hatte die Fürther NSDAP in einem Sprechabend den Beamten zu erkennen gegeben, was von ihnen erwartet wurde. Es sei heute leicht für jeden Beamten Bekennermut zu zeigen. Indem er sich hinter seinen höchsten Vorgesetzten stelle, erfülle er nur seine einfachste Pflicht ⁵⁵⁷. Den gewerblichen Mittelstand köderte die NSDAP mit der satt-sam bekannten Propaganda gegen Warenhäuser und Konsumvereine, kommunale Regiebetriebe usw., insgesamt mit der Erfüllung aller seiner Grundforderungen. Bemerkenswerter sind zwei Hinweise, daß der gewerbliche Mittelstand Fürths bis dahin eine gewisse Zurückhaltung zeigte, sich in der NSDAP zu organisieren. Denn der neu gegründete "Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes" vermerkte in seiner

⁵⁵³ Lt. Polizeibericht wurden nur zwei Personen unerheblich verletzt. Dazu: NBZ vom 13. und 14.1.33; Füt und FüA vom 13.1.33.

⁵⁵⁴ Füt vom 6.3.33.

⁵⁵⁵ FüA vom 15.2., 16.2. und 23.2.33.

⁵⁵⁶ FüA und NBZ vom 17.2.33; Füt vom 17.2.33; außerdem FüA vom 25.2.33.

⁵⁵⁷ FüA vom 11.2.33.

ersten öffentlichen Versammlung nicht nur "wider Erwar-
ten guten Besuch", sondern wertete die große Zahl von
Beitritten in die Ortsgruppe als untrüglichen Beweis, daß
"der Fürther Mittelstand und das Fürther Handwerk endlich
seine ... wollenen Schlafmützen abgelegt hat ..." 558.

Schon vor dem Reichstagsbrand führte die NSDAP ihren
Wahlkampf gegen die marxistischen Parteien mit besonderer
Schärfe. Nur Adolf Hitler könne Deutschland davor bewah-
ren, daß es "im Blutbad der kommunistischen Verbrecher
und Untermenschen" untergehe 559. Am 5. März stünden die
Novemberverbrecher und Erfüllungspolitiker der Sozial-
demokratie, die Separatisten und Landesverräter vor dem
Volksgericht 560. Der Kampf gegen Zentrum und BVP gelte
nicht der Konfession. Aber beide Parteien "haben sich nun
offiziell zu den Sozialdemokraten und Kommunisten geschla-
gen" 561. Die BVP unterscheide sich von den Marxisten
lediglich in der Farbe 562. Besonders erbost gab sich die
NSDAP, weil es die BVP "gewagt" hatte, den Nationalsozia-
listen gleichermaßen wie den Kommunisten den Zutritt zu
ihren Versammlungen zu verbieten. Es sei empörend und
niederträchtig, die NSDAP, die sich durch ihren Führer zu
den christlichen Grundsätzen bekannt und zugesichert habe,
die christlichen Konfessionen zu schützen, "auf eine
gleiche Stufe mit dem moskowitischen Mordgesindel zu
stellen" 563. KPD und SPD stünden gemeinsam hinter den
Brandstiftern des Reichstages. Bolschewismus und Sozial-
demokratie wollten auf Geheiß jüdischer Hintermänner
Staats- und Privatbesitz des deutschen Volkes vernichten,
um den Wiederaufstieg des deutschen Volkes zu vereiteln.
"Heute der Reichstag, morgen dein eigenes Haus ..." 564.

558 FÜA vom 1.3.33; dazu auch: FÜA vom 20.2. und 22.2.33.

559 FÜA vom 9.2.33.

560 FÜA vom 18.2.33.

561 FÜA vom 8.2. und 24.2.33.

562 FÜA vom 25.2.33.

563 FÜA vom 4.3.33.

564 FÜA vom 1.3.33.

Stark forciert wirkte in diesem Wahlkampf auch die antisemitische Hetze. Die NSDAP sei in erster Linie berufen, die Judenfrage zu lösen. Ohne Lösung der Judenfrage gebe es keine Erlösung des deutschen Volkes ⁵⁶⁵.

Wie Hitler selbst ⁵⁶⁶ wiesen auch seine Fürther Propagandisten die Frage nach einem Programm der NSDAP mit leeren Worten und Phrasen weit von sich. Die Gegner des Führers wollten ihn festlegen; er wolle aber nicht lügen, keine leeren Versprechungen geben, er wolle dem Volke dienen ⁵⁶⁷. Selbstbewußt stellten NSDAP-Redner nach der Machtergreifung fest: "Wir sind nicht mehr Kämpfer der Partei, ... seit dem 30. Januar sind wir die verantwortlichen Kämpfer für das deutsche Volk ..." ⁵⁶⁸. Der greise Feldmarschall des Weltkrieges habe dem Gefreiten und Meldegänger des Weltkrieges die Hand gereicht, weil er erkannt habe, daß nur die starke Hand eines Adolf Hitler das Staatsruder herumreißen kann und muß ⁵⁶⁹. Ihren Gegnern erklärten die Nationalsozialisten offen, daß sie, unabhängig vom Wahlergebnis, nicht daran dachten, das Staatsruder wieder abzugeben ⁵⁷⁰.

565 FfA vom 8.2.33. Hier werden auch Vorstellungen über die Art dieser Lösung entwickelt: Die NSDAP werde die Angehörigen dieser Rasse "bestimmt nicht am Laternenpfahl aufknüpfen", sondern an ihrem empfindlichsten Nerv, dem Geldbeutel treffen, indem man ihre Geschäfte boykottieren werde. In diesem Zusammenhang ist ein Flugblatt erwähnenswert, in dem die NSDAP den Teilnehmern ihres Reichsparteitages 1929 Verhaltensmaßregeln gegeben und die Parteigenossen zum disziplinierten Verhalten aufgefordert hatte: "... vergiß weiter nicht, daß unsere Abrechnung mit den Juden nicht in lächerlichen Einzelzusammenstößen erfolgt, sondern in einer dereinstigen, durch unsere staatliche Gewalt durchgeführten Vernichtung dieser internationalen Völkerfeinde ...". StA Nbg: Polizeidir. 29.8.29.

566 Z.B. am 25.2. in einer Wahlkundgebung in Nürnberg vor etwa 25 000 Zuhörern; NBZ vom 27.2.33.

567 FfA vom 21.2.33.

568 FfA vom 8.2.33.

569 FfA vom 9.2.33.

570 "Es hat gar keinen Zweck, wenn ihr Roten überhaupt wählt: Adolf Hitler hat die Macht in seinen Händen und er gibt sie niemals wieder her!" FfA vom 27.2.33.

Ihren Wahlkampf schloß die NSDAP in Fürth (wie in allen größeren Orten) am Abend des 3. März mit einem großen Fackelzug und einer anschließenden nationalen Kundgebung ab. An dieser Kundgebung beteiligten sich neben der NSDAP mit ihren Organisationen auch die Kampf-front Schwarzweißrot, die Kriegervereine, die Vereinigten Vaterländischen Verbände und die Jungbayern. "Die verbrecherischen Anschläge der Marxisten in Berlin, der Aufruf zum Bürgerkrieg, das brennende Reichstagsgebäude sollen und müssen jeden anständig Gesinnten, jeden deutsch Denkenden veranlassen, sich an diesen Aufmärschen und Kundgebungen zu beteiligen" ⁵⁷¹. Der Fackelzug und die Kundgebung wurden sicher mit Recht als größter nationaler Aufmarsch seit 1914 gefeiert ⁵⁷². Die Rede Streichers, der auf der Kundgebung für die NSDAP sprach, bewegte sich im üblichen Rahmen. Besondere Erwähnung verdient jedoch die "begeisterte Zustimmung", die er für Telegramme an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler von der Menge einholte. In diesen Telegrammen forderten zehntausend deutsche Männer und Frauen einmütig, daß der verruchte Brandstifter des Reichstages, dieser "erbärmliche holländische Kommunist" sofort gehängt werden müsse ⁵⁷³. Mit dem bekannten schwülstigen Pathos bejubelten die Nationalsozialisten die Kundgebung vom 3. März, das marschierende nationale Fürth; den Tag, an dem das "rote Fürth" sich die Farbe der Schande abgewaschen habe. Fürth schwingt mit im Reigen der deutschen Städte, "die an diesen Tagen aufjubeln zu Gott und zu ihren Führern, zum Feldmarschall ... und zum Frontgefreiten des Weltkrieges ..." ⁵⁷⁴.

571 FÜT vom 2.3.33. Wer nicht teilnahm, schloß sich damit folglich aus dem Kreis der Anständigen und Deutschen aus!

572 FÜA vom 4.3.33. Die Zahlen des FÜA, 10 000 Teilnehmer am Fackelzug und 30 000 - 40 000 Teilnehmer an der Kundgebung, waren jedoch stark übertrieben.

573 NBZ und FÜA vom 4.3.33. In der NBZ fehlt allerdings das Wort "sofort".

574 FÜA vom 4.3.33. In gleicher Weise feierte der FÜA vom 6.3.33 dann den Wahltag als "unvergeßlichen Tag nationalen Erwachens in Fürth", an dem die marxistische Hochburg in Trümmer fiel, die NSDAP das marxistische Fürth eroberte.

XI. DIE GLEICHSCHALTUNG FÜRTHS ¹

Auch in Fürth feierte die NSDAP die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler mit Fackelzügen und Kundgebungen. In der "Massenkundgebung" am Abend des 1. Februar im Geismannsaal glorifizierte ihr Kreisleiter Jakob das Ereignis mit dem für diese Tage charakteristischen Pathos: "Millionen deutscher Volksgenossen blicken in diesen Tagen zu ihrem Gott auf mit dem Gefühl des Dankes, daß endlich der Tag kam, an dem der Mann ihres Vertrauens, der Führer des jungen neuen Deutschlands auch an die Spitze des deutschen Staates treten konnte" ². Aber er bestimmte sofort auch den neuen Standort der NSDAP und hielt mit ihren Absichten nicht zurück. Jetzt gelte, "wer gegen uns ist, ist gegen den Staat" ³. Den "vaterlandslosen Gesellen und Bonzen marxistischer Couleur" aber wurde bereits die Abrechnung angekündigt ⁴.

¹ Zur Gleichschaltung allgemein: Bracher/Schulz/Sauer, Die nationalsozialistische Machtergreifung; Bracher, Die deutsche Diktatur, S. 218 ff.; ders., Die Technik der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: Der Weg in die Diktatur, S. 151-174; Broszat, Der Staat Hitlers, S. 82 ff.; Helmut Krausnick, Stationen der Gleichschaltung, in: Der Weg in die Diktatur, S. 175-197; Hans Otto Meissner und Harry Wilde, Die Machtergreifung, Stuttgart 1958; zur Gleichschaltung des Landes Bayern: Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur; ders., Die BVP, in: Das Ende der Parteien, S. 457-519; Wieseemann, Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/33; über die Vorgänge in Mittel- und Oberfranken auch kurz: Hambrecht, Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken, S. 394 ff.

² FvA vom 2.2.33. Dazu außerdem: NBZ vom 1.2.33; FvA vom 1.2. und 3.2.33; FvT vom 2.2.33; über Fackelzug und Kundgebung aus gleichem Anlaß am 8.2. in Burgfarrnbach: FvT vom 10.2.33.

³ NBZ vom 1.2.33.

⁴ FvA vom 1.2.33.

Zunächst suchte die NSDAP Fürths die Auseinandersetzung mit den Kommunisten. Auch hier hatte es in den letzten Jahren nicht an handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen politischen Gegnern gefehlt. Wiederholt kam es zu Tätlichkeiten oder "kleinen Schiebereien" zwischen Kommunisten, auch Reichsbannerleuten oder Angehörigen der Eisernen Front auf der einen und Nationalsozialisten auf der anderen Seite. Bis zur Machtergreifung scheinen die Nationalsozialisten bei derartigen Schlägereien, die alle verhältnismäßig glimpflich abließen, meist mehr Prügel bezogen, als ausgeteilt zu haben⁵. Abgesehen von einer "blutigen Schlägerei" im benachbarten Vach am Himmelfahrtstag 1930 zwischen Fürther Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten war es in Fürth zu keinen größeren Gewalttätigkeiten gekommen.

Aber schon wenige Tage nach der Machtergreifung, in der Nacht vom 3. zum 4. Februar demonstrierte die NSDAP den Kommunisten das geänderte Kräfteverhältnis. Kurz vor Mitternacht überfielen 60 bis 70 SA-Leute das kommunistische Verkehrslokal in der Bergstraße (am "Gänsberg"). Die Berichte über diesen Zusammenstoß gehen - naturgemäß - weit auseinander. Ob die Kommunisten ebenfalls geschossen haben wie die Nationalsozialisten, steht nicht eindeutig fest. Möglicherweise spielte ein Polizeibeamter dadurch eine besondere Rolle, daß er den SA-Leuten den Eintritt in das Lokal ermöglichte. Der NSDAP-hörige Fürther Anzeiger nannte den Überfall einen "Rotmordüberfall auf SA-Leute". Danach hatten die Kommunisten wohl vorbereitet den SA-Sturm überfallen, als dieser in völlig harmloser Absicht zwei Kameraden nach Hause geleitete. Das Ergebnis: acht zum Teil nicht unerheblich, aber nicht lebensgefährlich verletzte Personen, und zwar ein

5 Unsere Berichte, meist aus dem Gerichtssaal, können selbstverständlich nicht beanspruchen, in dieser Beziehung ein vollständiges Bild zu liefern. Dazu: FT vom 9.9.30, FfA und FT vom 2.7.32, FfA und NBZ vom 11.7.32, NBZ und FfA vom 25.7.32, NBZ vom 30.7.32, FT vom 3.8. und 12.8.32, NBZ vom 9.8., 16.8. und 18.8.32, FK vom 9.8. und 18.8.32.

Nationalsozialist, ein Sozialdemokrat und sechs Kommunisten ⁶.

Für ihre antikommunistische Greuelpropaganda lieferten die (Fürther) Realitäten kein Material. Deshalb nahm die NSDAP jede Gelegenheit wahr, an sich bedeutungslose Schlägereien oder Auseinandersetzungen zum roten Mordterror umzustilisieren. So warnte das Sprachrohr der Fürther NSDAP die Bürger der Stadt, nachts nicht gar zu sorglos durch die Straßen zu gehen, nachdem unbekannte "lichtscheue Burschen" einige Nationalsozialisten auf dem Heimweg niedergeschlagen hatten ⁷. Nur wenige Tage später wußte das Blatt nach einem weiteren nächtlichen Überfall auf einen SA-Mann zu berichten, daß er von "zehn kommunistischen Mordbanditen" ausgeführt wurde. Als Beweis für die Täterschaft diene die Tatsache, daß jede Spur von ihnen fehlte, "wie das bei den Kommunisten fast immer ist ..." ⁸. Zur gleichen Zeit etwa berichtete die Kreisleitung der NSDAP im Fürther Anzeiger über einen kommunistischen Funktionär, der aus politischen Motiven eine Mithausbewohnerin schwer mißhandelt habe. Dies sei ein Beispiel für das Wüten der Kommune, daß das organisierte Untermenschentum nicht nur aus dem Hinterhalt SA-Leute ermorde. Die Kommune versuche vielmehr auch "dich, du deutscher Bürger, zu ermorden". Alle Menschen mit ehrlichem Herzen müßten ihren Standort erkennen: ob sie im "Bluttausch des bolschewistischen Gesindels" versinken oder ihr Leben durch die starke Hand einer starken Regierung geschützt sehen wollen ⁹. Auf einfache Art, aber respektheischend für den (heutigen) Leser, antwortete der Angeprangerte, es sei eine unfeine Handlungsweise der NSDAP, die sich die Partei der anständigen Men-

6 Dazu: NBZ vom 4.2. und 6.2.33; FT vom 4.2. und 6.2.33; Füt vom 6.2.33 und FüA vom 8.2.33.

7 FüA vom 1.2.33.

8 FüA vom 9.2.33.

9 FüA vom 7.2.33. Die Bevölkerung Fürths wurde gleichzeitig aufgefordert, alle derartigen Vorkommnisse der Kreisleitung zu melden.

schen nenne, einen Mieterstreit zu politischen Zwecken auszuschlachten ¹⁰.

Der Reichstagsbrand und die folgende Notverordnung ("zum Schutze von Volk und Staat" vom 28.2.1933) ent- hob die Fürther NSDAP derartiger propagandistischer An- strengungen. Zur Sicherung der öffentlichen Ruhe und Ordnung wurde die für den 1. März angesetzte kommuni- stische Versammlung polizeilich verboten. Außerdem durch- suchte die Polizei bei einer Reihe von Funktionären die Wohnungen sowie das kommunistische Parteibüro und Ver- kehrslokal und verhaftete den Parteisekretär ¹¹.

Nach der Reichstagswahl war die Schonzeit für alle übrigen vorbei. Parallel mit der Gleichschaltung des Landes Bayern vollzog die NSDAP auch die Gleichschaltung der Kreise und Gemeinden. Fürths Oberbürgermeister Dr. Wild und der Stadtrat waren bereits in den Kundgebungs- reden anlässlich der Machtergreifung angegriffen worden ¹². Das besondere Mißfallen der Nationalsozialisten hatten der Oberbürgermeister und der "rote Stadtrat" erregt, weil sie zum Empfang des Reichskanzlers (am 25.2.) nicht auf dem Fürther Flughafen erschienen waren ¹³. Sofort nach dem Wahltag errechnete der Fürther Anzeiger die Ver- teilung der Stadtratssitze nach den Reichstagswahlergeb- nissen. Eine "Bereinigung der Situation" erwartete er jedoch von einer neuen Gemeindewahl in nächster Zeit ¹⁴.

¹⁰ FüA vom 10.2.33.

¹¹ NBZ und Füt vom 2.3.33; NBZ, FüA, Füt und FT vom 3.3. 33. Die Aktion verlief ohne besondere Störung. Die Durchsuchungen förderten nichts Bemerkenswertes zu- tage. Ironisch vermerkt die FT vom 3.3.33, daß sogar die Holzlatten für die Wahlplakate beschlagnahmt wur- den. Nach der Beschlagnahme des kommunistischen Werbe- materials schrieben die Unermüdlichen der KPD ihre Wahlparolen mit Kreide auf die Hauswände. Füt vom 6.3.33.

¹² NBZ vom 1.2.33; Füt vom 2.2.33.

¹³ Aber man werde Dr. Wild noch den "neuzeitlichen Knigge" beibringen. FüA vom 27.2.33.

¹⁴ FüA vom 7.3.33.

Aber schon zwei Tage später brach der "nationale Sturm" los, wurde die "Befreiung Fürths" ¹⁵ in Szene gesetzt. Bereits am Nachmittag des 9. März hatten sich die Menschen vor dem Fürther Rathaus in Erwartung der Ereignisse versammelt. Kurz nach 18 Uhr rückte die erste SA-Abteilung durch das verlassene Rathauistor ein und bereitete die Flaggenhissung vor. Gegen 20 Uhr erschien dann die Hauptstreitmacht der SA und eine Einheit des Stahlhelm. Von Fackelträgern flankiert sprach vom Rathausbalkon der Nürnberger Landtagsabgeordnete Holz zu zehn- bis zwölftausend Menschen. Am 9. November 1918 sei von dieser Stelle aus von internationalen Landesverrättern, "von roten Judenknecchten" der Internationale zur Fürther Bevölkerung gesprochen worden. Vor vierzehn Jahren sei von diesem Gebäude der rote Fetzen "des Juden" ausgehängt worden. Mit dem heutigen Tage sei es mit der Zeit der Internationale, der Knechtschaft und des Verrats für ewige Zeiten vorbei. In Fürth wie "im ganzen Bayernlande" habe die deutsche Revolution begonnen, sei die Regierung Held zum Teufel gejagt worden. "Mit dem heutigen Tag beginnt in Bayern das große Saubermachen. Hinaus mit den schwarzen Mamelucken. Auch hier aus Fürth, der Stadt, die einst rot und total verjudet war, wird wieder eine saubere, ehrliche deutsche Stadt gemacht" ¹⁶. Wer glaube, sich dieser Bewegung entgegenstellen zu können, werde von ihr niedergetreten werden. Was charakterlos, fremdrassig und international ist, müsse hinweg. An ihre Stelle würden deutsche Männer treten. Auch in Fürth werde in nicht allzu ferner Zeit ein deutscher Mann, ein Nationalsozialist das Kommando übernehmen. Holz kündigte schon für die nächsten Tage die Abrechnung mit Deutschlands Verderbern an. Unter Glockengeläute und den Klängen des Präsentiermarsches wurde schließlich die Hakenkreuzfahne an der Rathausfront entrollt und (von den Stahlhelmen) die alte Reichsflagge auf dem Rathaus-turm gehißt. Holz schloß seine Rede: "Nun ist die Stunde

¹⁵ FüA vom 10.3.33.

¹⁶ NBZ vom 10.3.33. Dazu auch: FüA und Füt vom 10.3.33.

der Freiheit gekommen! Die Glocken tönen es, ... die Glocken läuten das Glück ein ... Reicht euch die Hände! Seid glücklich, seid stolz, bewahrt die Disziplin und singt: Deutschland, du mein Vaterland, Deutschland, Deutschland über alles ...".

Zuvor hatte die SA bereits auf dem Fürther Hauptbahnhof, dem Stadttheater und dem Polizeiamt Hakenkreuzfahnen gehißt. Lobend erwähnt wird in diesem Zusammenhang die "vaterländische Haltung" der Landespolizei¹⁷. Die legitimierten Träger der gemeindlichen Selbstverwaltung standen diesen Aktionen macht- und hilflos gegenüber. Der Verwaltungs- und Polizeisenat der Stadt Fürth hatte sich an diesem Tage noch mit den üblichen Routinegeschäften wie Einladungen, Schankkonzessionen, Gaststättenstatistik, Baugesuchen, Entwässerungen, Berichten der Lebensmittelpolizei usw. befaßt¹⁸.

Da die "Novemberherrschaften" und ihr "stinkiger Anhang" nicht freiwillig das Feld räumten, mußte das "erwachte, nationale und vaterländische Fürth selbst die Initiative ergreifen"¹⁹. Auf einer Kundgebung am Abend des 15. März hetzte der SA-Führer Dr. Dr. Streck²⁰, es gebe in Fürth noch immer eine ganze Reihe von Leuten "in Amt und Würden", die nicht einsehen wollten, daß "wir uns jetzt" in einer nationalen Revolution befinden. Sowohl der Chef des Polizeiamtes als auch der Oberbürgermeister hätten die neue Situation nicht erfaßt. Von einem

17 NBZ vom 10.3.33.

18 NBZ vom 10.3.33.

19 FvA vom 10.3.33.

20 Streck, geb. 1891, hatte als Freiwilliger seit 1914 am Krieg teilgenommen. Nach dem Krieg kämpfte er als Freikorpsmitglied beim Spartakusaufstand in Berlin, in München bei der Niederwerfung der Räterepublik, im Ruhrgebiet und in Oberschlesien. Wegen seiner Teilnahme am Marsch auf die Feldherrnhalle mußte er 1924 seine Tätigkeit als Arzt in München aufgeben. Für die NSDAP wurde er erst seit 1931 wieder aktiv. FvA vom 31.3.33. Als Leiter einer Sektion, seit Ende 1932 der Ortsgruppe Fürth-Mitte trat Streck als besonders militanter Propagandist der NSDAP in Erscheinung.

weiteren Redner dazu aufgefordert, zog die Menge schließlich erst zur Wohnung des Oberbürgermeisters, dann zum Stadttheater, wo ihm "eine Delegation der Fürther SA" den Wunsch der Menge nach seinem Rücktritt übermittelte. Dr. Wild erbat sich Bedenkzeit bis nach einer Unterredung mit dem Kreisleiter Jakob. Aber bereits mit dem Bericht über diese Ereignisse erschien am nächsten Tag in der Presse die Mitteilung, daß Dr. Wild seinen Urlaub sofort antreten werde ²¹. Seine Amtsgeschäfte übernahm als kommissarischer Erster Bürgermeister Kreisleiter Jakob ²². Ab 1. Mai 1933 wurde Dr. Wild auf eigenen Antrag aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt ²³. Gleichzeitig mit Dr. Wilds Beurlaubung erklärte auch der ehrenamtliche Zweite Bürgermeister aus Altersgründen seinen Rücktritt ²⁴.

Auf der obligatorischen Kundgebung, die die NSDAP am 17. März zu Ehren des neu ernannten Stadtoberhauptes veranstaltete, kündigte Jakob die strikte Absicht des neuen Regimes an, daß alle Vertreter des Marxismus in verantwortlicher Stellung gehen müßten. Als erste seien der Wohlfahrtsreferent der Stadt, Dr. Bornkessel als SPD-Mitglied, und der Chef des Polizeiamtes Fürth, Oberregierungsrat Scholz, beurlaubt worden ²⁵. Scholz, offenbar ein unerschrockener Mann, hatte sich seit der Machtergreifung den besonderen Zorn der NSDAP zugezogen und

²¹ NBZ vom 16.3.33. Lt. FüA vom 16.3.33 habe sich Dr. Wild bereits am 15.3. im Theater bereiterklärt, ab 16.3. seinen Urlaub anzutreten. Kennzeichnend für die Situation ist, daß Dr. Wild und seine Ehefrau unter dem "Schutz" der SA vom Theater nach Hause geleitet wurden.

²² Das entsprechende Regierungsschreiben lautete: "Herrn Oberbürgermeister Dr. Wild in Fürth. Aufgrund einer Ermächtigung des Herrn Staatskommissars für das Staatsministerium des Innern habe ich Stadtrat Abgeordneten Jakob mit der Wahrnehmung der Geschäfte des 1. Bürgermeisters der Stadt Fürth beauftragt. Bitte Geschäfte übergeben zu wollen." NBZ vom 17.3.33.

²³ NBZ vom 26.4.33.

²⁴ NBZ vom 17.3.33.

²⁵ NBZ und FüA vom 18.3.33., Füt vom 18./19.3.33.

war seitdem immer wieder angegriffen worden. Schon nach dem Überfall auf das Verkehrslokal der KPD in der Bergstraße hatte die NSDAP Scholz versprochen, daß man sich sein schikanöses Verhalten gegenüber der NSDAP merken werde. Er hatte es nicht nur gewagt, den ~~MA~~-Überfall beim richtigen Namen zu nennen, sondern ließ auch zwei SA-Führer verhaften, verwarnte die SA-Wache und untersagte ihr die Selbsthilfe. Persönlich rief er den Kreisleiter Jakob an und teilte ihm mit, wie er die Vorgänge, nämlich als planmäßigen Überfall auf die Kommunisten, beurteile ²⁶. Ein weiterer Beweis seiner "bewußt ablehnenden Einstellung dem Nationalsozialismus gegenüber" ²⁷ lieferte Scholz, als er auch noch die beiden verhafteten SA-Leute in Uniform über die Straße zum Gefängniswagen bringen ließ ²⁸. Auch im Zusammenhang mit den Verhaftungen prominenter Führer der KPD und der Eisernen Front in der Nacht vom 11. zum 12. März wurde Scholz wiederum wegen verschiedener Maßnahmen heftig von der NSDAP kritisiert ²⁹. Nur wenige Tage nachdem bei der Hissung der Hakenkreuzfahne auf dem Polizeiamt erneut sein Rücktritt gefordert worden war ³⁰, erhielt Scholz den "blauen Brief". Er hatte nicht lange darauf warten müssen, wie ihm die Nationalsozialisten schon anfangs Februar angekündigt hatten ³¹.

Kurz darauf wurde auch der Leiter des Städtischen Krankenhauses suspendiert oder, wie es auch heißt ³², "auf sein Ersuchen bis auf weiteres beurlaubt ...". Gegen den Chefarzt seien "zum Teil sehr schwere Anschuldigungen erhoben" worden, "die scheinbar (sic!) auch nicht unbe-

26 FfA vom 6.2.33.

27 Ebenda.

28 FfA vom 7.2.33.

29 FfA vom 14.3.33. Weitere NS-Kritik an Scholz: FfA vom 9.2. und 16.3.33.

30 NBZ vom 10.3.33.

31 FfA vom 7.2.33.

32 FfA vom 24.3.33.

gründet sind". Da befürchtet werde, daß die Bevölkerung nach Bekanntwerden der Anschuldigungen gegen Dr. Frank tötlich werde und deshalb Gefahr für sein Leben bestehe, sei er sofort in Schutzhaft genommen worden. Eine Kommission werde die Anschuldigungen, die nicht einmal angedeutet wurden, prüfen ³³. Einen Monat später wurde auch der sozialdemokratische Leiter der Allgemeinen Ortskrankenkasse Fürth entlassen. Ihm folgten etwa zwei Monate danach acht weitere ehemalige SPD-Mitglieder. Aus dem gleichen Grunde wurde auch der Vorstand der Krankenkasse abgelöst. An die Stelle der entlassenen Beamten und Angestellten traten entsprechend vorgebildete, "vom nationalen Geist durchwehte" NSDAP-Mitglieder ³⁴.

Jakob hatte bei seiner Ankündigung der Säuberung der Stadtverwaltung von marxistischen Beamten dem Gros der städtischen Beamten eine Brücke gebaut. Die NSDAP werde nicht allzu rigoros vorgehen, da sie wisse, daß sich ein großer Teil nur unter dem Druck der marxistischen Stadtratsmehrheit nach links orientierte. Gegen diese Beamten werde nichts unternommen werden. Aber selbstverständlich werde nicht geduldet, daß durch marxistische Einstellung in der Beamtenschaft die Arbeit der NSDAP in irgendeiner Weise sabotiert werde. In einem Aufruf an alle städtischen Bediensteten stellte er unmißverständlich klar, daß jeder sofort beseitigt werde, der glaube, sich der nationalen Entwicklung der Stadt entgegenstemmen zu können ³⁵. Nur scheinbar liberaler in der Sache war das neue Stadtoberhaupt etwa eine Woche später in einer Ansprache an die versammelten Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadt. Er wisse, daß viele von ihnen nicht mit der Weltanschauung des neuen Deutsch-

³³ Dr. Frank war Jude. Die Tatsache, daß das Krankenhaus nicht schwarz-weiß-rot geflaggt hatte (Füt vom 18./19.3.33) kann sich deshalb bestenfalls auslösend oder beschleunigend auf die Suspendierung ausgewirkt haben. FüA vom 21.3.33; NBZ und Füt vom 22.3.33.

³⁴ NBZ vom 1.7. (Zitat) und 13.4.33.

³⁵ NBZ vom 18.3.33 und Füt vom 18./19.3.33.

land verbunden sind. Wer jahrelang die NSDAP aufs bitterste bekämpft habe, könne nun nicht über Nacht seine politische Einstellung ändern. Er verlange von niemand, zum Gesinnungslumpen zu werden. Mehr Respekt werde man vor dem haben, der sage, er sei der alte geblieben, mache nicht mit und gehe lieber ³⁶. Als dann die Reichsregierung anordnete, alle Beamten zu beurlauben, die einer marxistischen Partei angehörten, sahen offenbar verschiedene Angehörige der Stadtverwaltung doch keinen anderen Ausweg, als aus ihrer Partei auszutreten ³⁷.

Hinsichtlich der Gemeindevertretungen hatte man zunächst erwartet, die NSDAP werde durch die Ausschreibung von Neuwahlen die Konsequenzen aus dem Reichstagswahlergebnis ziehen ³⁸. Statt dessen wurden "die gemeindlichen Selbstverwaltungskörper" aufgelöst und nach dem Stimmenverhältnis der Reichstagswahl vom 5. März neu gebildet, ohne dabei die für die KPD abgegebenen Stimmen zu berücksichtigen ³⁹. Der neu gebildete Stadtrat mit 15 Vertretern der NSDAP - auf die der CSVD und die DVP "in aner kennenswerter Weise" ihre Stimmen übertragen hatten -, 10 der SPD, 1 der Kampffront Schwarzweißrot und 2 der BVP und Deutschen Staatspartei ⁴⁰ wählte in seiner ersten Sitzung den bisherigen kommissarischen Ersten Bürgermeister Jakob zum Oberbürgermeister der Stadt Fürth ⁴¹.

36 NBZ vom 25.3.33.

37 NBZ vom 27.3.33.

38 NBZ vom 11.3.33.

39 NBZ vom 1.4.33. Die Grundlage bildete das "Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich".

40 StadtA Fü: Fach 131, Nr. 76; FüA vom 22.4.33 (Zitat).

41 Mit 17 Stimmen, bei 10 Enthaltungen. Rechtskundiger 2. Bürgermeister wurde der bisherige berufsmäßige Stadtrat Rechtsrat Friedrich, 3. Bürgermeister der Leiter der NSBO Stadtrat Schied. Dazu: NBZ vom 24.4. und 28.4.33; FüA vom 27.4.33 und FüA vom 28.4.33.

Sofort nach der Gleichschaltung des Landes und der Übernahme der Staatsregierung begann die NSDAP mit der "Generalsäuberung" gegen die Marxisten. In Anwendung der Verordnung "zum Schutze von Volk und Staat" vom 28. Februar 1933 wurden in Bayern ab sofort das Reichsbanner Schwarzrotgold, die Eiserne Front, die Sozialistische Arbeiterjugend mit sämtlichen Nebenorganisationen verboten ⁴². In einer ersten Verhaftungswelle wurden bereits am Vormittag des 10. März fünfzehn, nach einer anderen Information zwanzig Funktionäre der KPD, RGO und der Roten Hilfe sowie die Funktionäre des Reichsbanners festgenommen ⁴³. Schon in der Nacht zuvor hatte die SA auch auf dem Gewerkschaftshaus des ADGB die Hakenkreuzfahne gehißt. Am Tag darauf wurden die verbotenen Organisationen sowie der Zentralverband der Angestellten mit Durchsuchungen überzogen, in der Nacht zum 12. März weitere "staatsunsichere Elemente" verhaftet ⁴⁴.

42 NBZ vom 10.3.33. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß der Reichskommissar Epp zusammen mit den Staatskommissaren Röhm, Wagner und Esser die Regierungspräsidenten der bayer. Kreise empfangen hatte, um mit ihnen die Durchführung der Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit sowie zur Herstellung der notwendigen Übereinstimmung zwischen den Staatsbehörden und der Nationalen Bewegung zu besprechen. Es habe sich dabei eine erfreuliche Übereinstimmung in allen wesentlichen Gesichtspunkten gezeigt. Ebenda.

43 NBZ vom 11.3.33 und Füt vom 11./12.3.33. Hausladen von der KPD entkam zunächst; er wurde trotz seiner Tarnung mit Bart und Brille am 20.4. in Nürnberg gestellt. NBZ vom 24.4.33. Am 15.5.1934 wurde er zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Beer, Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 331, Anm. 189.

44 NBZ, Füt und FÜA vom 10.3.33; der FÜA berichtete unter der Überschrift: "Ruhige Nacht in Fürth. Beginn der Generalsäuberung"; NBZ und FÜA vom 11.3.33; NBZ, Füt und FÜA vom 13.3.33. Weitere Durchsuchungen am 12.3. bei der Baugenossenschaft "Eigenes Heim", am 14.3. in den Schrebergärten der Südstadt, in der Ronhofer Vorstadtsiedlung und in der Siedlung Erlanger Straße, am 16.3. im sozialdemokratischen Jugendheim sowie weitere Hausdurchsuchungen; Füt vom 13.3.33, NBZ vom 14.3. und 15.3.33, Füt vom 17.3.33. Der sozialdemokratische Fraktionsführer im Fürther Stadtrat Eberhard konnte sich eine Woche verbergen. FÜA vom 21.3.33.

Etwa eine Woche später wurde der Bevölkerung durch die Veröffentlichung kommunistischer Aktionspläne vor Augen geführt, welchen Gefahren sie entgangen ist ⁴⁵. Danach sollten Häuser gesprengt, Brände gelegt und Brücken zerstört werden. Polizeidienststellen, Bahnhöfe, Post- und Telegrafenanlagen sollten besetzt, die Wasser- und Stromversorgung ausgeschaltet werden. Die aufgrund von Listen festgenommenen Geiseln sollten nach wenigen Stunden erschossen werden, Frauen und Kinder - hauptsächlich von Polizeibeamten - den revolutionären Formationen als Kugelfang dienen ⁴⁶. Waren angesichts derartiger Pläne die vergleichsweise milden Maßnahmen gegen ihre Urheber nicht gerechtfertigt? Bereits einen Tag nach diesen Informationen erfuhr die Öffentlichkeit durch den Münchener Polizeipräsidenten Himmler, daß in Dachau das erste Konzentrationslager mit einem Fassungsvermögen von 5 000 Personen für die gesamten kommunistischen und "sonstigen marxistischen" Funktionäre eröffnet worden sei ⁴⁷. Für die Belegung des Lagers sorgte eine weitere umfassende Razzia in Fürth am frühen Morgen des 28. März, wobei die Polizei mit Unterstützung der SA und SS "50 der übelsten Moskowiter" verhaftete ⁴⁸ und in Sicherheit brachte. Höhnisch vermerkte der Fürther Anzeiger ⁴⁹, die "tapferen Maulhelden" hätten sich ohne Widerstand in ihr Schicksal ergeben. Die Fürther Bevölkerung werde aufatmen, wenn die "Aufräumarbeit" geleistet sei. Gemeingefährliche Volksverhetzer, lichtscheues Gesindel haben im neuen Staat

45 FfT vom 20.3.33.

46 Die Versicherung des Fürther Tagblattes, "man könnte die Mitteilungen beliebig ausdehnen", ist durchaus glaubhaft.

47 NBZ vom 21.3.33. In der NBZ und im FfA vom 24.3.33 erschienen auch Photos aus dem Konzentrationslager Dachau "für Linksradikele".

48 FfA vom 28.3.33; lt. NBZ vom 29.3. und 30.3.33 waren es 60. Möglicherweise stand Himmlers Besuch in Fürth am 29.3. als Leiter der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth mit dieser Aktion in Zusammenhang.

49 Vom 28.3.33.

kein Recht und werden für immer unschädlich gemacht ⁵⁰. Fünfzehn der festgenommenen Kommunisten blieben in Schutzhaft. Nochmals verhaftete die Polizei in den Morgenstunden des 25. April sechzig Kommunisten, entließ sie aber wieder mit einer Verwarnung ⁵¹. Angesichts derartiger Maßnahmen konnte die NSDAP freilich mit Befriedigung melden, daß in der kommunistisch stark durchgesetzten östlichen Südstadt Fürths, im sogenannten "Glasscherbenviertel", ein kräftiger Aufwind für die NSDAP zu spüren sei. Wo noch vor wenigen Wochen die "Kämpfer der NSDAP" angepöbelt und belästigt worden seien, wehe heute die Hakenkreuzfahne. Die dortige NSDAP-Zelle registrierte guten Besuch auch von Volksgenossen, die noch vor wenigen Tagen rot gewesen seien ⁵².

Das Fürther Gewerkschaftshaus hatte die SA schon am 10. März besetzt, also lange vor der umfassenden Aktion gegen die freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933. Am 10. Mai wurde für die Fürther ADGB-Gewerkschaften ein Kommissar eingesetzt ⁵³. Nur etwa zwei Monate später wurden die in der Deutschen Arbeitsfront verbliebenen früheren Gewerkschaftsführer durch Nationalsozialisten ersetzt. Diese Säuberung der Deutschen Arbeitsfront erfolgte im Zuge des Verbotes der SPD als volks- und staatsfeindliche Partei durch den Reichsinnenminister am 22. Juni ⁵⁴.

50 Ebenda. Die Verhaftungsaktion wurde mit der verstärkten Propagandatätigkeit der Kommunisten begründet. Die zunächst in der NBZ und im Füt vom 29.3.33 verbreitete Behauptung, die Kommunisten hätten ein Sprengstoffattentat auf das Städtische Gaswerk geplant, wurde später (NBZ vom 30.3.33) fallengelassen.

51 NBZ vom 25.4.33.

52 FütA vom 4.4.33.

53 FütA vom 12.5.33. Zur widerstandslosen Gleichschaltung der freien Gewerkschaften vgl. Braunthal, *The German Free Trade Unions*, S. 347 ff.; Heer, *Burgfrieden oder Klassenkampf*, S. 101 ff.; Schneider, *Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB*, S. 157 ff.; Schumann, *Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung*, S. 56 ff. Thieringer, *Das Verhältnis der Gewerkschaften zu Staat und Parteien*, S. 159 ff.

54 NBZ und FütA vom 23.6.33. Potthoff, *Die Sozialdemokratie*, S. 127.

Gleichzeitig wurden alle Mitglieder der SPD von der weiteren Ausübung ihrer Mandate in Volks- oder Gemeindevertretungen ausgeschlossen. In Fürth hatte sich die sozialdemokratische Stadtratsfraktion bereits am 12. Mai gleichzeitig mit der Ortsgruppe der SPD aufgelöst ⁵⁵. Die Vorstandsmitglieder der Fürther SPD wurden am 30. Juni verhaftet ⁵⁶; zusammen mit zehn ehemaligen sozialdemokratischen Stadträten mußten sie am 3. Juli 1933 "die Reise nach Dachau ... antreten" ⁵⁷.

Über das Ende der bürgerlichen Parteien in Fürth verfügen wir nur über wenige Informationen. Noch im Mai 1933 hatte sich die Monatsversammlung der Deutschnationalen Front auf die Frage, ob es für sie nicht an der Zeit sei, in der NSDAP aufzugehen, für die Selbständigkeit erklärt ⁵⁸. Aber etwa einen Monat später erfolgte bereits ihre Auflösung und Eingliederung in die NSDAP ⁵⁹.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Wirtschaftspartei hatte am 26. April einstimmig beschlos-

⁵⁵ NBZ, FÜA und FÜT vom 12.5.33. Nachdem zunächst die Stadträte der SPD noch aufgefordert worden waren, "mit Rücksicht auf die allgemeinen staatspolitischen Verhältnisse", unverzüglich ihr Mandat niederzulegen (mit Schreiben der Stadt vom 8.7.33), wurden schließlich gemäß Verordnung des Reichsinnenministers "zur Sicherung der Staatsführung" vom 7.7.1933 die SPD-Stadtratsmandate für erloschen erklärt. Der Vertreter der Staatspartei legte sein Mandat am 10.7. ausdrücklich nieder, nachdem er dazu gleichzeitig mit den SPD-Vertretern (mit Rücksicht auf die enge Verbindung der Staatspartei mit der SPD) aufgefordert worden war. StadtA Fü: Fach 131, Nr. 76.

⁵⁶ NBZ vom 1.7.33.

⁵⁷ Insgesamt 18 SPD-Mitglieder. NBZ vom 4.7.33.

⁵⁸ NBZ vom 15.5.33.

⁵⁹ NBZ vom 28.6.33. Die Ortsgruppe folgte damit jeweils den Beschlüssen des Parteivorstandes, der am 3.5.1933 mit der Umbenennung in "Deutschnationale Front" den Anspruch auf Gleichberechtigung der Deutschnationalen noch einmal erhoben hatte. Bereits am 27.6.1933 folgte der Beschluß der DNF über ihre Selbstauflösung. Hiller von Gaertringen, DNVP, in: Das Ende der Parteien, S. 603 f., 614, 652.

sen, die Ortsgruppe Fürth aufzulösen. Der Großteil der Mitglieder war schon zuvor dem "Kampfbund des Deutschen Mittelstandes" beigetreten; den übrigen wurde der "baldigste" Beitritt empfohlen⁶⁰. Für entsprechende Auflösungsbeschlüsse der lokalen Organisationen der Deutschen Staatspartei und der BVP fehlen uns Hinweise. Es ist anzunehmen, daß ihr politisches Dasein durch die Auflösung der Gesamtparteien beendet wurde. Die Fürther Stadträte der Staatspartei und der BVP legten ihre Mandate jedenfalls erst nach der Auflösung ihrer Partei nieder⁶¹. Die katholischen ebenso wie die evangelischen Arbeitervereine waren bereits gleichzeitig mit der SPD zu Staatsfeinden erklärt worden⁶².

Mit Drohungen und Gewaltanwendung führte das Regime nicht nur die Gleichschaltung der staatlichen Organe wie der Parteien und Verbände durch. Drohend wandte sich die NSDAP auch gegen jene, die bei den nationalen Kundgebungen nicht mitjubeln wollten. Wer sich bei der nationalen Kundgebung anläßlich der Eröffnung des Reichstages am 21. März ausschloß, "schließt sich von selbst aus der deutschen Volksgemeinschaft für alle Zukunft aus"⁶³. Noch am "Tag von Potsdam" selbst warnte der Fürther Anzeiger⁶⁴, der im Auftrag der NSDAP sprach, alle diejenigen, "die sich den heutigen Verhältnissen vielleicht nicht bedingungslos fügen wollen, daß sie dabei mit ihrem Leben und ihrer Existenz spielen". Den Hausbesitzern und Geschäftsleuten, die man zur Beflaggung aufgefordert hatte, wurde versichert, daß sie den roten Terror nicht

60 NBZ und FüA vom 28.4.33. In Preußen wurde die Wirtschaftspartei bereits am 13.4.1933 aufgelöst. Einzelheiten darüber sind nicht bekannt. Schumacher, Wirtschaftspartei, S. 196.

61 NBZ vom 12.7.33. Der BVP-Stadtrat Hein war erst nach der Bekanntgabe der Auflösung der BVP am 4.7.33 aus der Schutzhaft entlassen worden. NBZ vom 6.7.33.

62 NBZ vom 23.6.33.

63 FüA vom 20.3.33.

64 Vom 21.3.33.

mehr zu fürchten brauchen ⁶⁵.

Die Kundgebung selbst verlief nach dem bekannten Muster. In einer Vermengung religiöser Bilder und nationalen Pathos' begrüßte Jakob die Befreiung des deutschen Volkes aus vierzehnjähriger Schmach und Schande, Versklavung, Not und Elend usw. In letzter Stunde habe der Herrgott die Männer zur Rettung und Erlösung geschickt. "Aufatmet wieder das Volk, höher schlagen wieder die Herzen, leuchtend flattern wieder die Fahnen, denn besiegt ist der Feind! Deutschland ist erwacht. Tief ergriffen müssen wir aufschauen ... zu dem Lenker der Welten ... und danken und beten." Effektivoll wurde die Rede Jakobs hier durch das Niederländische Dankgebet unterbrochen. Ebenso wirkungsvoll läuteten am Ende zum Gesang des Deutschlandliedes die Fürther Glocken. Die Feier schloß mit dem Horst-Wessel-Lied und Sieg-Heil ⁶⁶.

Den 1. Mai nutzte die NSDAP zur Demonstration der neuen Volksgemeinschaft. Dieser Tag sollte sich "gewaltig" unterscheiden von dem bisherigen marxistischen internationalen Feiertag des Proletariats. Der deutsche Arbeiter war nicht länger der Proletarier, sondern der deutsche Volksgenosse. Als Beweis, daß es unter dem Hakenkreuz keinen Klassenunterschied mehr gebe, diente der

65 Ebenda. Allerdings richtete das Blatt am 23.3. eine weitere Warnung an die Geschäftsleute, die sich aus geschäftlichen oder anderen Gründen ausschließen zu müssen glauben. Auch die Beflaggung im "Glasscherbenviertel" ließ noch zu wünschen übrig. Offenbar förderte die NSDAP die Beflaggung nicht nur durch Drohungen, sondern auch durch praktische Maßnahmen. Dies ist aus der Aufforderung der Fürther Kreispropagandastelle zu schließen, nach Hitlers Geburtstag die "seinerzeit" an Parteigenossen und Anhänger der Bewegung ausgegebenen Fahnen zurückzugeben. Füt vom 19.4.33.

66 Füt vom 22.3.33; dazu auch: NBZ vom 21.3. und 22.3.33. Der FütA (vom 22.3.33), der allerdings in solchen Fällen gerne übertrieb, berichtete von 35 000 Kundgebungsteilnehmern. Weitere Kundgebungen fanden in zwei Vororten Fürths statt; aus dem gleichen Anlaß auch nationale Feiern in den Schulen. NBZ vom 22.3. und 24.3.33; Füt vom 24.3.33.

Aufmarsch der Belegschaften im Festzug am 1. Mai mit dem Direktor oder dem Inhaber an der Spitze. In gleicher Weise wurde die Beteiligung des (gewerblichen) Mittelstandes als dessen Eingliederung in die Volksgemeinschaft gefeiert. Wer sich nicht der Belegschaft seines Betriebes, seiner Behörde oder seiner Innung anschloß, nahm als Mitglied eines Verbandes oder Vereines teil. Denn kaum eine Organisation fehlte im Festzug: Mit der NSDAP (einschließlich ihrer Gliederungen), den Belegschaften und Innungen marschierten der Stahlhelm, die Jungbayern und Pfadfinder, die Kriegergenossenschaft (mit etwa dreißig Vereinen), Gewerkschaften und Berufsvertretungen, und zwar neben dem DHV und GdA auch die freien Gewerkschaften; außerdem der Reichsverband Deutscher Kriegsoffer, der Sozialrentnerbund, die konfessionellen Vereine, Absolventen- und Studentenverbindungen, Turn- und Sportvereine, Gesangvereine, Kleingartenvereine und Kleintierzuchtvereine, Schützen-, Kegel-, Unterhaltungsvereine usw. Etwa fünfzehntausend Menschen hatte die NSDAP für den Festzug durch die fahnenengeschmückten Straßen der Stadt auf die Beine gebracht ⁶⁷, ohne daß es noch öffentlicher Drohungen wie vor dem "Tag von Potsdam" bedurft hätte.

Noch aber war die Gleichschaltung der Verbände und Vereine nicht abgeschlossen. "Gleichschaltung", das war nur ein anderes Wort für Ordnung. Beide Begriffe bedeuteten, daß "ein Geist, ein Wille bis in die kleinsten Einzelheiten völkischen und kulturellen Lebens hinein-

⁶⁷ Lt. NBZ vom 2.5.33 waren es 15 000 - 16 000, lt. Füt vom 2.5.33 weit über 12 000, lt. FütA vom 1./2.5.33 wesentlich erhöht 25 000 Teilnehmer. Auf der anschließenden Kundgebung sprachen neben dem OB Jakob der Vertreter der NSBO und des Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand im Sinne der Einheitsideologie. Mit ihrer Teilnahme entsprachen die freien Gewerkschaften einer entsprechenden Empfehlung des ADGB vom 19.4.33. Braunthal, The German Free Trade Unions, S. 352.

herrschen muß" ⁶⁸. Demgemäß blieb keine Vereinigung des gesellschaftlichen Lebens, soweit sie nicht ohnehin verboten oder aufgelöst wurde, von der Gleichschaltung verschont.

Aus den Krieger- und Militärvereinen der Kriegergenossenschaft Fürth werden uns keine personellen Veränderungen berichtet. Die Zusammensetzung ihrer Vorständen wird deshalb den Gleichschaltungsbestimmungen entsprochen haben. Ihre nationale Einstellung war ohnehin über jeden Zweifel erhaben. Außer durch ihre Teilnahme an den nationalen Kundgebungen hatten sie sich sofort nach der Machtergreifung ⁶⁹ und nochmals ausdrücklich anlässlich der Bismarckfeiern zur nationalen Bewegung und zum neuen Deutschland bekannt ⁷⁰.

Die Jungbayern sollten sich Ende Mai "geschlossen einer anderen Organisation zur Verfügung stellen". Da sich die Eltern jedoch einstimmig für den Fortbestand aussprachen, blieben die Jungbayern von der Eingliederung in die Hitlerjugend noch einmal verschont ⁷¹. Aber bereits einen Monat später marschierten sie "zum ersten Mal im Braunhemd" ⁷².

Der Ortsgruppe Fürth des GdA fiel, wie in der außerordentlichen Hauptversammlung am 4. Mai 1933 erklärt wurde, die Gleichschaltung "gar nicht schwer", da das Bundesprogramm des GdA von jeher eine freiheitliche, soziale, und nationale Haltung vorgeschrieben habe. Gleichwohl er-

⁶⁸ Aus einem Artikel über die Aufgaben der nationalen Presse in FfA vom 28.4.33. Die Gleichschaltung des öffentlichen Lebens sei übrigens eine der wichtigsten Aufgaben der nationalsozialistischen Zeitung, die nicht der Tummelplatz vielerlei Gedanken und Interessen, sondern das Instrument des im Staate gestalteten Volkswillens sei.

⁶⁹ Vgl. S. 272 f.

⁷⁰ NBZ vom 1.4. und 3.4.33; FfA vom 3.4.33.

⁷¹ FfT vom 23.5.33.

⁷² FfA vom 29.6.33.

forderte die Gleichschaltung in der Vorstandschaft der Fürther Ortsgruppe personelle Veränderungen, über die aber die Mitgliederversammlung nicht mehr zu beschließen hatte, die ihr vielmehr nur noch "zur Kenntnis" gegeben wurden ⁷³. Aber schon knapp zwei Monate später zeigte die Ortsgruppe Fürth ihre letzte Zusammenkunft an. Der GdA wurde aufgelöst und zusammen mit den anderen Angestelltenverbänden "zu einer einzigen Säule des deutschen Angestelltenstandes" in der Deutschen Arbeitsfront verschmolzen. Als Sammelbecken diente der DHV. "Fremdrassige Mitglieder" der aufgelösten Verbände blieben ausgeschlossen ⁷⁴.

Schon anfangs April 1933 war die alte Vorstandschaft der Ortskammer Fürth der Gemeindebeamtengewerkschaft zurückgetreten, um "eine reibungslose Zusammenarbeit mit den Führern der politischen Neuordnung in Gemeinde und Staat zu sichern" ⁷⁵. Die kommissarische Vorstandschaft, die seitdem die Leitung der Ortskammer übernommen hatte, wurde dann in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung im Juni "einstimmig wiedergewählt". Gegen die "Wahl", die per Zuruf erfolgte, erhob der Leiter der NS-Beamtenabteilung keinen Einspruch, da alle Vorstandsmitglieder Nationalsozialisten waren ⁷⁶. Die Ortsgruppe Fürth des Bayerischen Beamtenbundes löste sich (mit dem Gesamtverband) ab 1. Juni 1933 auf Anordnung des Bundesführers auf ⁷⁷. Die Fürther Lehrerschaft wurde seit 3. April in der neugegründeten Ortsgruppe des Nationalsozialistischen Deutschen Lehrerbundes organisiert ⁷⁸. Die örtliche Gruppe des Reichsbundes der Zivil-

⁷³ NBZ vom 5.5.33. Der Gesamtverband hatte sich schon im April durch die Wahl eines NS-Vorstandes gleichgeschaltet. Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, S. 57 f.

⁷⁴ NBZ vom 23.6., 1.7. und 5.7.33.

⁷⁵ NBZ vom 5.4.33.

⁷⁶ NBZ vom 5.4. und 21.6.33; FüA vom 21.6.33.

⁷⁷ NBZ vom 29.5.33.

⁷⁸ NBZ vom 5.4.33.

dienstberechtigten bedurfte keiner Gleichschaltung, da sie völlig nationalsozialistisch orientiert war ⁷⁹.

Ebenso reibungslos wie in den Gewerkschaften und Berufsverbänden vollzog sich die Gleichschaltung der Organisationen der Wirtschaft. Dem Sekretär des Industrie- und Handelsgremiums Fürth wurde am 8. April "in freundschaftlicher Weise" ⁸⁰ seine Beurlaubung angeboten. An seiner Stelle übernahm ein kommissarisch beauftragter Kaufmann die Leitung der Fürther Geschäftsstelle. Die Vereinigten Innungen Fürths begnügten sich anfangs April noch mit einer Loyalitätserklärung. Sie stünden voll hinter der neuen Regierung. Gleichzeitig beschloß ihre Hauptversammlung "einstimmig" mit allen anwesenden Mitgliedern dem "Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes" beizutreten. Die Obermeister verpflichteten sich, im gleichen Sinne in ihren Innungen zu wirken ⁸¹. Die Gleichschaltung des Ausschusses der Vereinigten Innungen erfolgte dann am 18. Mai, war aber wohl mehr eine Formsache, denn nach ihrem Rücktritt wurden sämtliche Mitglieder des engeren Vorstandes, bewährte nationale Männer, wiedergewählt ⁸². In der zweiten Aprilhälfte (21.4.) hatte der Gauleiter des "Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes" in einer Versammlung den Gewerbetreibenden Fürths die Richtung gewiesen. Er betonte zwar, daß der "Kampfbund" kein Konkurrenzunternehmen für die Innungen und gewerblichen Verbände sei, sie vielmehr umgestalten wolle. Gleichzeitig ließ er keinen Zweifel daran aufkommen, daß der "Kampfbund" das einzige amtliche Sprachrohr der Reichsregierung sei, als einzige mittelständische Organisation habe nur er das Ohr der Regierung. Anträge gewerblicher Organisationen, die dem "Kampfbund"

79 FÜA vom 15.4.33. Die Ortsgruppe gab in dieser Presseveröffentlichung zum besten, daß "heute" unter "gut neutral" nationalsozialistisch zu verstehen sei.

80 FÜA vom 8.4.33; dazu auch NBZ vom 10.4.33.

81 FÜA vom 3.4.33.

82 NBZ, FÜA und FÜT vom 19.5.33.

nicht angehören, würden in den Papierkorb wandern. Wenn Innungen glauben sollten, sie könnten "aus der Reihe tanzen", würden sie sehr schnell von der Entwicklung überrannt werden ⁸³. Die NSDAP brauchte nicht mehr um den Mittelstand zu werben, sie konnte ihm jetzt drohen und seine Mitverantwortung an der Entwicklung des "marxistischen Systems" vorhalten. Vom Kampf Adolf Hitlers habe der deutsche Mittelstand nicht nur keine Notiz genommen, sondern zusammen mit den "Roten" und "Schwarzen" den Führer verlacht und bekämpft. Dieser Vorwurf dürfte nicht so sehr für die Wahlentscheidung des gewerblichen Mittelstandes, sondern für seine mangelnde Bereitschaft gelten, sich auch öffentlich für die NSDAP zu engagieren. Nach dieser Mittelstandsversammlung registrierte der "Kampfbund" befriedigt die Teilnahme derer, die bisher nicht zu den Besuchern der NS-Versammlungen zählten.

Nach der Mittelstandsversammlung am 21. April, die offensichtlich der Vorbereitung gedient hatte, begannen die einzelnen Innungen, ihre Vorstände in der vorgeschriebenen Weise, nämlich mit mindestens 51 Prozent NSDAP-Mitgliedern, neu zu bestellen ⁸⁴. Soweit uns Berichte vorliegen, beaufsichtigten der Kreisleiter des "Kampfbundes" und sein Stellvertreter die Gleichschaltung der Innungen. Mitunter überließen sie es nicht einmal den Innungsmitgliedern, die Vorstandschaft per Akklamation zu "wählen", sondern stellten ihnen wie zum Beispiel in der Bäckerinnung die neue Innungsverwaltung lediglich vor ⁸⁵. Die

83 NBZ vom 22.4.33 und FüA vom 24.4.33. Ob diese Drohung nur vorsorglich ausgesprochen wurde oder bestimmten widerspenstigen Fürther Innungen galt, können wir nicht beurteilen.

84 NBZ vom 11.5., 19.5. und 24.5.33; FüA vom 18.5., 19.5. und 26.5.33.

85 In der Bäcker- und Gastwirte-Innung suchte man sich gegenüber verdienten Vorstandsmitgliedern, die abgelöst werden mußten, mit einigem Anstand dadurch aus der Affaire zu ziehen, daß man sie zum Ehrenobermeister bzw. Ehrenmitglied ernannte. Von schwachem Vertrauen in die neue Volksgemeinschaft zeugt die Bemerkung im FüA vom 26.5.33, es sei ein Kuriosum, daß die schärfsten Konkurrenten der Gastwirte, nämlich die

Fleischerinnung zeigte sich bereits Ende April bei einer Freisprechungsfeier für ihre Lehrlinge den neuen Verhältnissen durchaus angepaßt. Allerdings konnte sie die Gleichschaltung (noch) nicht durchführen. Der Vorstand war zwar zurückgetreten, zur Neubesetzung der Ämter fehlte es der Innung jedoch an Nationalsozialisten; denn Anfangs Mai 1933 war noch keines ihrer Mitglieder bei der NSDAP organisiert. Der Innungsverwaltung wurde deshalb ein Beauftragter des "Kampfbundes" beigeordnet, der zu überwachen hatte, daß auch in die Fleischerinnung aktiver nationalsozialistischer Geist verpflanzt wurde. Zwar wurde der Innung bescheinigt, sie habe schon viele und große Opfer für die NSDAP gebracht, sie wurde aber auch ausdrücklich gerügt, daß sie bisher ein offenes Bekenntnis zur Partei gescheut habe ⁸⁶. Ein jüdisches Mitglied wurde aus der Innung ausgeschlossen und mußte auf Anordnung des aufsichtführenden Leiters des "Kampfbundes" die Versammlung sofort verlassen.

Wie die Innungen hatten auch die Haus- und Grundbesitzervereine für eine absolute Mehrheit der NSDAP-Mitglieder in ihren Vorständen zu sorgen ⁸⁷. Der Landesverband der Lebensmitteleinzelhändler hatte schon auf seiner Verbandstagung in Fürth am 18. März seine Loyalitätserklärung gegenüber der neuen Regierung und ihrem Mittelstandsprogramm abgegeben ⁸⁸.

Während die Anpassung des Sozialrentnerbundes an die neuen Verhältnisse keine Schwierigkeiten bereitete ⁸⁹,

Flaschenbierhändler ebenfalls dem "Kampfbund" beigetreten seien. Dies sei aber ein unhaltbarer Zustand, denn der "Kampfbund" könne nur eine dieser beiden Interessengruppen unterstützen.

⁸⁶ Mit einem Appell an die Mitglieder, nach Aufhebung der Aufnahmesperre "restlos" der NSDAP beizutreten, stellte die Innung Besserung in Aussicht. NBZ, FüA und Füt vom 9.5.33.

⁸⁷ FüA vom 30.5.33.

⁸⁸ FüA vom 20.3.33.

⁸⁹ NBZ vom 21.4.33. Für die Rentner und Arbeitsinvaliden wurde ab 1.7.33 ebenfalls ein Einheitsverband geschaffen. FüA vom 22.6.33.

mußte die NSDAP zur Gleichschaltung der Fürther Ortsgruppe des Reichsverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener Druck ausüben und mit der Gewaltanwendung drohen. Bereits im Januar 1932 hatte der nationalsozialistische zweite Kreisvorsitzende Schäfer aus Ansbach nach einer seit dem Sommer 1931 geführten Kampagne gegen die "unverantwortlichen Verhältnisse" ⁹⁰ im "Reichsverband" versucht, die sozialdemokratische Führung des Verbandes bei den Mitgliedern in Mißkredit zu bringen und den "Reichsverband" im Sinne der NSDAP auszurichten ⁹¹. Die Ablösung der bisherigen Führung herbeizuführen, diente damals einmal die Begründung, die Mitglieder des "Reichsverbandes" seien keineswegs mehr zu 75 Prozent Sozialdemokraten; allein 40 Prozent seien Nationalsozialisten, von den Mitgliedern anderer Parteien abgesehen. Darüber hinaus erhob er gegen den mittelfränkischen Kreisvorsitzenden Bauer, der auch Vorsitzender der Ortsgruppe Fürth war, und ein weiteres Fürther Vorstandsmitglied den Vorwurf der Korruption und der Spesentreiberei. Den Höhepunkt der Auseinandersetzung bildete eine - von der NSDAP einberufene - stürmische Kriegsopferversammlung am 13. Januar 1932. Das Ziel, die sozialdemokratische Führung der Ortsgruppe Fürth (und damit auch den Kreisvorsitzenden) des "Reichsverbandes" auszuschalten, erreichte die NSDAP aber erst nach der Machtergreifung. Dabei trat unverhüllt die Gewalt zutage, die stets drohend hinter der scheinbar so gewalt- und meist auch reibungslos verlaufenden Gleichschaltung der Organisationen stand. Eine Versammlung der Fürther NSDAP-Kriegsopferabteilung forderte am 24. März eine "Generalsäuberung" der Leitung der Fürther Ortsgruppe des "Reichsverbandes" und zwang den anwesenden zweiten Vorsitzenden, sofort seinen Rücktritt zu erklären. Nach der Versammlung zogen 180 bis 200 Teilnehmer "in geschlossenem Zuge" ⁹² zur Wohnung

⁹⁰ FÜA vom 27.1.32.

⁹¹ FÜT vom 14.1.32; FK vom 15.1.32; FÜA vom 15.1., 19.1. und 27.1.32.

⁹² FÜT vom 25./26.3.33.

der Vorsitzenden der Hinterbliebenenabteilung. Da Frau Kleemann nicht zu Hause war, postierte man SS-Leute vor ihr Haus, die sie schließlich bei ihrer Rückkehr festnahmen und zur SS-Wache ins Rathaus brachten. Dort mußte sie ihre Rücktrittserklärung unterschreiben. Der erste Vorsitzende der Ortsgruppe war unauffindbar. Andere Mitglieder des Ortsgruppenvorstandes erklärten "freiwillig" ihren Rücktritt ⁹³. Die Mitglieder des "Reichsverbandes" aber warnte die NSDAP vor übereilten Schritten ⁹⁴ und drohte ihnen vorsorglich mit dem Verlust ihrer Rechte. Die kommissarische Leitung der Ortsgruppe Fürth des "Reichsverbandes" übernahm der Führer der Kriegsofferabteilung der NSDAP ⁹⁵.

Aber nicht nur die Interessenverbände mußten sich der Gleichschaltung unterziehen, auch völlig unpolitische Vereine blieben davon nicht verschont. Der Stadtverband für Leibesübungen verpflichtete seine Vereine, sich hinter die deutschvölkischen Ziele der nationalen Regierung zu stellen ⁹⁶; Turnvereine wählten, soweit ihre Vorstandschaft nicht ohnehin aus zuverlässigen "nationalen Kräften" bestand, eine neue Vereinsführung und empfahlen ihren jüdischen Mitgliedern, teilweise schon bevor sie den Arierparagraphen in die Satzung aufgenommen hatten, selbst aus dem Verein auszutreten ⁹⁷.

93 NBZ vom 28.3.33. Um ihren Rücktritt zu erzwingen, waren SA-Posten vor der Geschäftsstelle aufgezogen mit dem Auftrag, die Vorstandsmitglieder, vor allem natürlich den 1. Vorsitzenden Bauer, ultimativ zum Rücktritt aufzufordern und sie, falls sie sich weigerten, in Schutzhaft zu nehmen.

94 Eine satzungsmäßig einberufene außerordentliche Mitgliederversammlung wäre beispielsweise durchaus möglich gewesen.

95 Für den üblichen Korruptionsvorwurf fiel der NSDAP recht wenig ein. Die "Verfehlung", die man der bisherigen Vorstandschaft des "Reichsverbandes" vorwarf, bestand in einem - angeblich - ohne genügende Sicherheit an eine Baugenossenschaft gegebenen Darlehen. NBZ vom 8.4.33.

96 NBZ vom 8.4.33.

97 NBZ vom 10.4.33, FüA vom 1./2.5.33 und Füt vom 3.5.33.

Gesangvereine, die Schützengesellschaft, der Alpenverein, die Baugenossenschaften, selbst der Begräbnisverein meldeten den Vollzug der Gleichschaltung und legten das obligatorische Bekenntnis zur nationalen Erhebung und zum neuen Staat ab ⁹⁸. Trotz des Appells des abgelösten Vorsitzenden an die Mitglieder, daß von ihrem Wohlverhalten die für die Genossenschaft lebenswichtigen Kredite abhingen, verharrte dagegen in der bis dahin unter "marxistisch-sozialistischer" Führung stehenden Baugenossenschaft "Eigenes Heim" bei der Abstimmung über den neuen Vorstand und Aufsichtsrat eine starke Gruppe in ihrer oppositionellen Haltung. Gleichwohl vollzog sich auch hier die Gleichschaltung ohne nachhaltigeren Widerstand ⁹⁹.

Größere Mühe bereitete der NSDAP die Gleichschaltung der Kleingartenvereine, deren Mitglieder (allgemein) zu 80 Prozent Arbeiter waren. Ein "Kommissar für das Kleingartenwesen" sollte unter dem Gesichtspunkt der nationalen Erneuerung das gesamte Kleingartenwesen Fürths reorganisieren, die Kolonieverwaltungen also mit national zuverlässigen Mitgliedern besetzen ¹⁰⁰. Ein Teil der Vereine fügte sich widerstandslos ¹⁰¹. In manchen Vereinen gelang die Gleichschaltung allerdings erst nach Überwindung erheblicher Widerstände. In einem Falle wurde die Stimmung so gefährlich und der Tumult so groß,

98 FfT vom 17.3.33, NBZ vom 16.5. und 8.6.33, FfT vom 17./18.6.33, FfA vom 19.6.33, NBZ vom 3.7. und 29.7.33. Dem abgelösten Vorstand der Baugenossenschaft des Reichsverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener wurde die Entlastung verweigert. Weil sie vom "Reichsverband" ein Darlehen ohne ausreichende Sicherheiten genommen habe, wurde die Verwaltung als "Blüte des vergangenen Korruptionsstaates" denunziert. FfA vom 30.5.33.

99 FfT vom 23.5.33. Auffallenderweise ließ man den ursprünglich erhobenen Vorwurf über Mißstände in der Baugenossenschaft (FfA vom 20.4.33) später fallen und bescheinigte ihr sogar solide Verhältnisse.

100 FfA vom 28.4.33.

101 Beispiele: NBZ vom 10.4. und 8.5.33; FfA vom 30.6.33.

daß es der Kommissar für das Kleingartenwesen vorzog, die Versammlung vorzeitig zu schließen ¹⁰². Nach insgesamt 41 Versammlungen stand schließlich auch das Fürther Kleingartenwesen unter einer einheitlichen nationalen Führung. Eine oppositionelle Organisation war aufgelöst und mit dem Einheitsverband verschmolzen worden. Alle alten Verwaltungen, die sich "staatsfeindlich" betätigt hatten, waren "rücksichtslos hinweggefegt", ehemals aktiven Kommunisten der Kleingarten überhaupt entzogen worden. Es waren eben nur mehr "nationalgesinnte Männer berufen, den deutschen Boden zu hegen" ¹⁰³.

Sehr intensiv bemühte sich die NSBO um die Fürther Arbeiter. Nachdem sie in verschiedenen Betrieben die gewählten Angestellten- und Betriebsräte wegen ihrer "marxistischen Einstellung" abgelöst und durch Mitglieder der NSBO als kommissarisch Beauftragte ersetzt hatte ¹⁰⁴, veranstaltete sie seit April 1933 in zahlreichen Betrieben Belegschaftsversammlungen, um die Arbeiterschaft für sich zu gewinnen. Jeder deutsche Volksgenosse müsse heute mitkämpfen und mitarbeiten an der Wiedergewinnung der deutschen Freiheit. Dazu werde man jedem, der dazu bestrebt sei, die Hand reichen, auch wenn er zehn Jahre lang Marxist gewesen sei. Aber unmißverständlich richtete sich auch die Drohung gegen diejenigen, "die heute noch glauben, sich gegen das nationale Deutschland stemmen zu können. Mit eiserner Faust wird der deutsche Nationalsozialismus solchen Volksverrättern entgegentreten" ¹⁰⁵. Nach den obligatorischen Anschuldigungen gegen die verräterischen marxistischen Arbeiterführer und ihre korrupte Mißwirtschaft versicherte die NSBO den Arbeitern, man wolle die Gewerkschaften

102 NBZ vom 16.5.33 und FüA vom 24./25.5.33. Der alte Vorstand dieses Vereins war nach anfänglichem Widerstand doch zurückgetreten, als der Kleingartenkommissar mit dem Entzug des gepachteten städtischen Geländes drohte.

103 Füt vom 10./11.6.33 (Zitate) und NBZ vom 10.6.33.

104 FüA vom 1.4.33.

105 FüA vom 13./14.4.33.

nicht zerschlagen, sondern von marxistischen Einflüssen befreien und zum Wohle aller Stände reformieren ¹⁰⁶.

Für die nationalsozialistische Hetze gegen jüdische Geschäfte und Warenhäuser gibt es auch vor der Machtergreifung genügend Beispiele. Besonders deutlich wird die dabei angewandte Methode der NS-Propaganda in einer weiteren Kampagne gegen die Wurstfabrik Bauernfreund in Fürth. Nach dem Genuß von Fleischbrühe, die die Firma Bauernfreund täglich an eine größere Anzahl von Personen kostenlos ausgab, waren am 15. Juli 1931 zwölf Menschen erkrankt. Dies war für den "Stürmer" die willkommene Gelegenheit, durch die Gegenüberstellung des hungernden "Goj" mit dem satten Juden gegen den jüdischen Fabrikanten zu hetzen und den Wohlfahrtsreferenten der Stadt sowie den Oberbürgermeister der Komplizenschaft zu beschuldigen. Dank seiner dicken Freundschaft mit den beiden habe Bauernfreund ein "Attest" erhalten, das die Staatsanwaltschaft und das Gericht veranlaßt habe, die Vergiftungsfälle nicht weiterzuverfolgen ¹⁰⁷. Diese Darstellung des "Stürmer", der deshalb vom 28. August bis 9. September 1931 verboten wurde, war falsch. Das gerichtliche Verfahren gegen den verantwortlichen Meister wegen fahrlässiger Körperverletzung endete mit einem Freispruch ¹⁰⁸. Was die Freundschaft zwischen "dem Juden Bauernfreund" und dem Wohlfahrtsreferenten und Oberbürgermeister sowie der "roten Mehrheit" im Stadtrat betraf, mußte der Vertreter des "Stürmer" in seiner Beschwerde gegen das Erscheinungsverbot ein-

106 FUA vom 7.4.33 und NBZ vom 27.6.33. Nach der Gleichschaltung der Gewerkschaften durch Beauftragte der NSBO durften die Gewerkschaftsmitglieder auch wieder ihre Beiträge zahlen. FUA vom 17.5.33. Weitere Berichte über - meist mehrere - Belegschaftsversammlungen der NSBO in: FUA vom 17./18.4., 9.5., 31.5., 16.6.33 und NBZ vom 3.7., 6.7. und 10.7.33.

107 StA Nbg: Reg. Mfr II, 225.

108 FT vom 10.3.32. Statt Zucker hatte er versehentlich Natriumnitrit in die Suppe gegeben.

räumen - aber eben nicht öffentlich -, daß diese behauptete Freundschaft nur "im dichterischen Sinne" aufzufassen sei. Dies seien politische Witze, wie sie in satirischen Zeitschriften üblich sind. Außerdem müsse wohl nicht erst bewiesen werden, daß "der Jude" auf der Seite der Linksparteien stehe und umgekehrt zwischen Linksparteien und Juden eine Freundschaft bestehe. Besseres konnte der "Stürmer" als "Beweis" für seine Verleumdungen nicht anbieten ¹⁰⁹. Mit einer Schilderung über "Streifzüge durch jüdische Basare" hetzte die NSDAP auf primitivste Weise gegen jüdische Warenhäuser ¹¹⁰. Das Verzeichnis deutscher Geschäfte, das die NSDAP im Dezember 1932 - allerdings erst nach monatelangen Bemühungen - in Fürth herausgab, bezweckte ebenfalls die Diskriminierung und den Boykott jüdischer Geschäfte (und der Konsumvereine) ¹¹¹.

Nach der Machtergreifung blieb es nicht beim Boykott ¹¹². Eine von der NSDAP inszenierte und gesteuerte "Volkserregung" diente als Vorwand, das Ladengeschäft der Firma Bauernfreund am 25. März polizeilich schließen zu lassen. Diese Maßnahme sei notwendig gewesen, um "Ausbrüchen der Erbitterung" der vor dem Geschäft versammelten "größeren Menschenmenge" vorzubeugen, nachdem bekannt geworden war, daß im Betrieb Bauernfreund mit Mäusekot und Tierhaaren verunreinigtes Rindfleisch gefunden worden war ¹¹³. Den Boykott jüdischer Geschäfte,

¹⁰⁹ StA Nbg: Reg. Mfr II, 691.

¹¹⁰ Dort würden den Menschen das Geld, den alten Müttern den letzten Groschen für billige oder überflüssige Ware abgenommen. FUA vom 21.12.32.

¹¹¹ Lt. FT vom 4.10.32 mußten die "deutschen Geschäftsleute" für die Aufnahme in das Verzeichnis bezahlen und angeblich auch von dem erhöhten Umsatz einen bestimmten Prozentsatz an die NSDAP abführen. Außerdem: FUA vom 26.9.32, FT vom 21.11.32 und FUA vom 17.12.32.

¹¹² FUA vom 24.3.33 mit einer entsprechenden Aufforderung der NSDAP.

¹¹³ FUA vom 27.3.33. In Nürnberg ließ die Polizeidirektion sämtliche Lebensmittelabteilungen der Warenhäuser schließen, nachdem die SA in der Spielwaren-

den die NSDAP am 1. April 1933 im ganzen Reichsgebiet als Antwort auf die - angebliche - jüdische Greuelpropaganda im Ausland gegen den nationalen Staat und die NSDAP durchführte, leitete die Fürther NSDAP am Vorabend durch eine Großkundgebung ein. "Wer beim Juden kauft, ist ein Volksverräter" ¹¹⁴, der müsse öffentlich gebrandmarkt und wie ein Jude behandelt werden. Die anti-jüdische Hetze steigerte sich schließlich bis zu der Forderung: "Hinaus auch mit dem letzten Juden aus Deutschland!" ¹¹⁵ Der Boykott verlief ohne Zwischenfälle. Trotz der Plakate und SA-Posten vor den jüdischen Geschäften wurde der Boykott verschiedentlich offenbar nicht befolgt; denn der Fürther Anzeiger beschimpfte die schamlosen und charakterlosen Elemente, die da glauben, sich über amtliche Anordnungen hinwegsetzen zu können ¹¹⁶. Der Boykott wurde am Abend abgebrochen. Die boykottierten Geschäfte hatten aber meist schon im Laufe des Vormittags ihren Laden geschlossen ¹¹⁷.

Der Boykott beschränkte sich nicht auf die jüdischen Geschäftsleute, er richtete sich ebenso gegen die Juden in den akademischen freien Berufen, besonders gegen die jüdischen Ärzte und Rechtsanwälte ¹¹⁸. Selbstverständlich duldete die NSDAP als Kinderärztin und Säuglingspflegerin

abteilung (!) des Warenhauses Schocken große Mengen verdorbener Wurst und Rauchfleisch, die dort versteckt waren, außerdem 20 Kisten mit verdorbenen Fischen gefunden hatte (oder: haben wollte). FÜA vom 29.3.33.

114 FÜA vom 28.3. und 31.3.33.

115 FÜA vom 1.4.33. Dazu auch: NBZ vom 1.4. und 3.4.33.

116 FÜA vom 1.4.33.

117 FÜT vom 3.4.33.

118 FÜA vom 31.3. und 1.4.33. Vier Fürther Rechtsanwälten wurde Anfang Mai der Passierschein für das Oberlandesgericht entzogen. NBZ vom 5.5.33. Der Einwurf eines Schaufensters "von kommunistischer Seite" diente als Vorwand für die Verhaftung eines jüdischen Arztes und eines jüdischen Rechtsanwaltes "zum Schutze ihres eigenen Lebens". FÜA vom 22.3.33.

der Stadt auch keine Jüdin mehr ¹¹⁹. Ein frei praktizierender Arzt sah sich gezwungen, öffentlich gegen umlaufende Gerüchte festzustellen, daß er weder Jude sei, noch eine semitische Abstammung besitze ¹²⁰. Ein derartiger "Verdacht" war zu dieser Zeit bereits existenzbedrohend.

Daß hinter der auch in Fürth im ganzen so reibungslosen Gleichschaltung immer die nackte Gewalt stand, ja die physische Vernichtung drohte, sollen einige Beispiele belegen: Weil sie kommunistische Druckschriften mit der Aufforderung zum gewaltsamen Kampf gegen den nationalen Staat und zum Generalstreik verbreitet hatten (nachgewiesen bzw. zugegeben waren insgesamt drei Druckschriften), verurteilte das Sondergericht beim Oberlandesgericht Nürnberg einen Mann und zwei Frauen wegen Hochverrats zu drei Jahren bzw. je einem Jahr Gefängnis. Trotz dieser drakonischen Strafen waren die Angeklagten noch gut weggekommen. Wenn ihnen der Staatsanwalt nicht fehlendes Bewußtsein für die Rechtswidrigkeit ihres Tuns zugebilligt hätte, wäre der Fall vor das Reichsgericht gekommen und mit lebenslänglichem Zuchthaus oder der Todesstrafe zu ahnden gewesen ¹²¹. Wenig später verurteilte das gleiche Gericht "drei Fürther Judenbuben" wegen Verbreitung von "Greuelnachrichten" über die Behandlung der Juden in Deutschland zu Haftstrafen (ohne Bewährung) von einem Jahr, zehn und fünf Monaten ¹²². Abfällige Bemerkungen über die SA und SS ("Lumpen und Zuchthäusler") kosteten einen sozialdemokratischen Fürther Arbeiter vier Monate Gefängnis. Die Äußerungen waren in einer Versammlung anläßlich der Gleichschaltung der Baugenossenschaft "Eigenes Heim" gefallen. Zu seinen Gunsten nahm das Gericht an, er sei

119 Sie war schon einmal kurz nach der Machtergreifung öffentlich angegriffen worden und wurde dann kurz nach der Gleichschaltung beurlaubt. FüA vom 10.2. und 25.3.33.

120 FüA vom 6.4.33.

121 Füt vom 13./14.4.33.

122 FüA vom 27.5.33.

bereits ziemlich betrunken gewesen, als er Hitler ebenfalls als Lumpen titulierte ¹²³. Wegen Beschimpfung und Verächtlichmachung der Regierung erhielt ein Malergehilfe aus Fürth ebenfalls vier Monate Gefängnis ¹²⁴. Diese Liste der Verurteilungen ließe sich mit Hilfe der Gerichtsakten ¹²⁵ auch über die Phase der Gleichschaltung hinaus bis in die nächsten Jahre hinein fortsetzen.

Den Widerspenstigen, Kritikern und Gerüchtemachern drohte die NSDAP aber auch ganz offen mit dem Konzentrationslager Dachau. Höhnisch empfahl ein Redner der NSDAP Nörglern und Kritikern das "schöne Dachau", wo eine viel bessere Luft als in Fürth wehe ¹²⁶. In den Konzentrationslagern, so hatte der Fürther Anzeiger ¹²⁷ seine Leserschaft gegen die "verbrecherische Greuelhetze" aufgeklärt, sei mit dem dort herrschenden Geist der Disziplin und Ordnung tatsächlich eine neue, moderne und erfolgreiche Form der Erziehung für verhetzte und durch die Schuld der Reaktion und des Marxismus politisch verirrte Volksgenossen gefunden worden. Die Schutzhäftlinge lernten, meist mit "gutem Willen", was ihnen bisher zum nützlichen Glied der Volksgemeinschaft fehlte. Bei der Mehrzahl der Häftlingen reiche schon eine ganz kurze Zeit, um die Voraussetzungen für eine Entlassung zu schaffen. Die erzielten Erfolge seien überall zufriedenstellend. Die Einrichtung der Konzentrationslager habe sich demnach "ganz vorzüglich" bewährt ¹²⁸. Trotz der unverkennbar beschönigenden Absicht schimmert auch aus diesem Bericht die Gewalt. Welch tödliche Drohung das Konzentrationslager darstellte, konnte aber dem aufmerksamen

123 FÜA vom 27.5.33.

124 FÜT vom 27./28.5.33.

125 StA Nbg: Amtsgericht Fürth, Abg. 1968.

126 NBZ, FÜA und FÜT vom 29.6.33. Die Drohung wird durch die Meldung unterstützt, einer der Nörgler habe "heute" bereits den Weg nach Dachau angetreten. Wiederholung der Warnung im FÜA und FÜT vom 30.6.33.

127 Vom 23.5.33.

128 Ebenda.

Beobachter schon zuvor in aller Eindringlichkeit klar werden. Zwei junge Fürther, Goldmann und Dr. Benario, hatten nach kurzer Haftzeit in Dachau den Tod gefunden. Sie waren, wie es in der Zeitungsmeldung hieß ¹²⁹, am Nachmittag des 12. April "bei einem Fluchtversuch aus dem Konzentrationslager Dachau" erschossen worden.

¹²⁹ NBZ vom 15.4.33. Der Tod der beiden wird auch bei Heiden, Geburt des Dritten Reiches, S. 237, erwähnt.

XII. ERGEBNISSE

Die Ausgangslage der jungen (Weimarer) Republik war in Fürth besonders günstig. Die beherrschende Stellung der vorbehaltlos republikanischen Parteien, SPD und DDP, bei den Januarwahlen 1919 konnte ihr vor allem deshalb einen starken Rückhalt bieten, weil diese Konstellation weniger eine Folge der Nachkriegssituation und der revolutionären Ereignisse war, sich vielmehr auf jahrzehntealte politische Traditionen gründete. Neben der erst seit 1890 erstarkten sozialdemokratischen Wählerschaft schien gerade die demokratische Überlieferung im Bürgertum der Stadt verbreitet und fest verankert zu sein. Tatsächlich konnte diese demokratische Tradition die Erosion der DDP in Fürth zwar zunächst deutlich verzögern, dann aber seit 1924 auch nicht mehr aufhalten. Während die SPD bis 1928 ihre katastrophalen Verluste von 1920 annähernd ausgleichen konnte, gelang es den bürgerlichen Mittelparteien nach der Niederlage des Völkischen Blocks im Dezember 1924 nicht mehr, das Vertrauen ihrer früheren Wähler zurückzugewinnen. Diese waren zum großen Teil bei der DNVP hängen geblieben oder hatten sich den Interessenparteien zugewandt.

Der Aufstieg der NSDAP seit 1930 war in Fürth (wie im Deutschen Reich) begleitet vom Niedergang der bürgerlichen Parteien und vom Ansteigen der Wahlbeteiligung; er läßt sich nicht - auch nicht in seiner ersten Phase (1930) - auf nur eines der beiden Phänomene zurückführen. Weder die Neuwähler noch die Mittelstandswähler allein verhalfen der NSDAP zu ihrem Anfangserfolg. Die höhere Wahlbeteiligung im September 1930 kam auch keinesfalls ausschließlich oder überwiegend nur der NSDAP zugute, vielmehr profitierten davon ebenfalls die sozialistischen Parteien. Im Juli 1932 verdankte die NSDAP

bei konstanter Wahlbeteiligung ihren Gewinn dagegen überwiegend den Verlusten der bürgerlichen Parteien, und zwar vor allem der Wirtschaftspartei, die sich, anders als die DNVP, DVP und Staatspartei, im September 1930 noch hatte gut behaupten können. Seitdem auf den harten Kern ihrer Anhängerschaft reduziert, konnten die bürgerlichen Parteien im März 1933 nur noch wenig zum Erfolg der NSDAP beitragen, den diese deshalb in erster Linie der höheren Wahlbeteiligung zu danken hatte. Außerdem ist bei dieser Wahl in größerem Umfang als im September 1930 und im Juli 1932 mit Verlusten der sozialistischen Parteien an die NSDAP zu rechnen.

Wenn diese Stimmenverluste der Linksparteien auch nicht zu übersehen sind, so war die NSDAP in Fürth doch dank des starken Blockes sozialistischer Wähler und der zwar wesentlich kleineren, aber sehr stabilen Wählerschaft der BVP noch bei der Märzwahl 1933 ein gutes Stück von der absoluten Mehrheit entfernt. Seit 1930 hatten sich zwischen den beiden sozialistischen Parteien die Gewichte stark zugunsten der KPD verschoben. Der Radikalisierung auf der Linken blieben in Fürth jedoch weit engere Grenzen gezogen als dem Wachstum der NSDAP.

Trotz einer starken Mehrheit der protestantischen Bevölkerung Fürths war die konfessionelle Struktur der Stimmbezirke, von der jüdischen Bevölkerung abgesehen, zu gleichmäßig, um die vermuteten Zusammenhänge zwischen der Konfessionszugehörigkeit und der Wahlentscheidung mit der wünschenswerten Deutlichkeit hervortreten zu lassen. Der sicherste Nachweis einer solchen Beziehung gelang für die starke Neigung der jüdischen Bevölkerung der Stadt zur DDP bzw. zur Deutschen Staatspartei und ihrer Hinwendung zur SPD und auch zur BVP seit 1930. Die BVP, die in Fürth ihr Reservoir katholischer Wähler insgesamt nur zu einem geringen Teil nutzen konnte, hatte im katholischen Bürgertum der Stadt eine größere Anhängerschaft als unter den katholischen

Arbeitern. In Arbeiterbezirken mit hohen Katholikenanteilen zeigte sich dagegen eine starke Neigung zur KPD. Andeutungsweise sind auch Zusammenhänge zwischen protestantischer Konfessionszugehörigkeit und der Wahlentscheidung für die NSDAP und DNVP, aber auch für die SPD erkennbar. Die konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung erwies sich jedoch im allgemeinen nicht als der primäre Bestimmungsfaktor der Wahlentscheidungen. In weit größerem Umfang war dafür die Sozialstruktur maßgebend.

Mit Hilfe der Korrelationsrechnung ließen sich sehr starke, bis 1933 nahezu unveränderte Präferenzen der Fürther Arbeiter für die sozialistischen Parteien aufzeigen. Während die KPD ohnehin fast ausschließlich als proletarische Partei zu gelten hat, war in Fürth auch der Anteil der SPD an proletarischen Wählern mit ca. 85 Prozent (1928) besonders hoch. Ebenso deutlich trat die Beziehung zwischen den Bevölkerungsanteilen der Selbständigen, der Angestellten sowie der Beamten und der Stellung der bürgerlichen Parteien in Erscheinung. Da die Gewinne der NSDAP weitgehend mit den Verlusten der bürgerlichen Parteien korrespondierten, ist der sehr starke positive Zusammenhang zwischen der Stärke der bürgerlichen Schichten und dem Aufstieg der NSDAP keineswegs mehr überraschend. Für eine im Vergleich mit dem gewerblichen Mittelstand zumindest zunächst stärkere Affinität der Angestellten und Beamten zur NSDAP - eine Annahme, die durch das Wahlergebnis der Wirtschaftspartei im September 1930 naheliegend ist - fand sich kein repräsentativer Nachweis. Dagegen bestätigte sich die bereits aus den Wahlergebnissen selbst abzuleitende geringe Neigung der Fürther Arbeiterschaft zur NSDAP. Ein entscheidender Einbruch in diese Schicht war der NSDAP bis 1933 nicht gelungen.

Trotz der unverkennbaren Entwicklung zu größeren Organisationsformen waren die Klein- und Mittelbetriebe in Fürth immer noch vorherrschend, der gewerbliche

Mittelstand folglich die dominierende Schicht im Bürgertum der Stadt. Ohne nennenswerte Landwirtschaft und ohne Schwer- und Grundstoffindustrie bot deshalb die wirtschaftliche Struktur Fürths nur eine sehr schmale soziale Basis für eine konservative oder großindustrielle Partei. Für die in hohem Maße exportabhängigen, meist mittelständisch strukturierten Gewerbebezweige der Stadt war vielmehr die Ablehnung der konservativen Schutzzollpolitik und die Unterstützung der Freihandelspolitik der liberalen Parteien eine Lebensfrage. Auf der einen Seite aber durch die anscheinend unaufhalt-same Konzentration der gewerblichen Produktion und des Handels, auf der anderen Seite durch die organisierte sozialdemokratische Arbeiterschaft in seiner ehemals zentralen wirtschaftlichen und sozialen Stellung zunehmend bedroht, verliert in den Krisen der zwanziger und dreißiger Jahre auch das Fürther Kleinbürgertum die politische Orientierung und wendet sich den Propagandisten eines wirtschaftlichen Protektionismus und einer ständischen Gesellschaft zu in der Hoffnung, sich dadurch gegen diese existenzvernichtenden "bösen Mächte" behaupten zu können.

Die Geschäftslage der Fürther Wirtschaft war un-mittelbar vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im all-gemeinen nicht ungünstig. Die strukturelle Krise, in der sich einzelne wichtige Gewerbebezweige der Stadt be-fanden, mußte jedoch die Auswirkungen einer allgemei-nen Wirtschaftskrise verstärken. Abgesehen von diesen sektoralen Schwachstellen mußte außerdem die export-orientierte Produktion von Gütern mit einer sehr ela-stischen Nachfrage von einer weltweiten Absatzkrise be-sonders hart getroffen werden.

Zweifellos war die wirtschaftliche Krise eine der entscheidenden Ursachen für die Radikalisierung der Wählerschaft seit 1930. Ein Vergleich der wirtschaft-lichen und politischen Entwicklung Fürths in den letz-ten Jahren der Weimarer Republik ist jedoch ein über-

zeugendes Beispiel dafür, daß das politische Verhalten durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zwar stark beeinflußt, die politische Reaktion auf die Krise andererseits aber auch durch die vorgegebenen gesellschaftlichen Bedingungen erheblich modifiziert wurde.

Obwohl die Auswirkungen der Wirtschaftskrise die Fürther Arbeiter frühzeitig und in einem unerhörten Ausmaß trafen, gelang der KPD auch auf dem Höhepunkt der Krise kein entscheidender, gewiß aber kein besorgniserregender Einbruch in die Reihen der Arbeiterschaft. Noch weniger kann in Fürth jedoch davon die Rede sein, daß der Aufstieg der NSDAP auf die Arbeitslosigkeit und Notlage der Arbeiter zurückzuführen sei. Aber auch die objektive wirtschaftliche Situation der überwiegend mittelständischen Wählerschaft der NSDAP reicht allein zur Erklärung ihres Wahlverhaltens nicht aus. Denn die wirtschaftliche Not, in der sich alter wie neuer Mittelstand teilweise ebenfalls befanden, war (insgesamt) nicht so schwer wie die der Arbeiterschaft. Die heftigere und radikalere politische Reaktion dieser Schichten erklärt sich zusätzlich aus der durch die Notlage (die eigene oder die der Standesgenossen) verursachten Erschütterung ihres mittelständischen Selbstbewußtseins, dem die Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung als eine Ungeheuerlichkeit wie als Beweis für die durch den "Marxismus" betriebene Proletarisierung des Mittelstandes erschien.

Während ohne Zweifel die sozialdemokratischen Gewerkschaften dank ihrer beherrschenden Stellung unter den Fürther Arbeitern eine stärkere Radikalisierung der Arbeiterschaft verhinderten, trugen die bürgerlichen Organisationen, Vereine und Verbände durch ihre ablehnende bis feindselige Haltung gegenüber dem parlamentarischen System und der Republik ganz wesentlich zum Aufstieg der NSDAP bei. Diese Ablehnung war nicht erst eine Folge der Wirtschaftskrise. Schon zuvor hatten Organisationen des gewerblichen Mittelstandes die Repu-

blik mit der SPD identifiziert, sie als deren Mittel zur Durchsetzung eines von Klasseninteressen bestimmten Faustrechts beschimpft, ihre Rechtsstaatlichkeit überhaupt in Frage gestellt. In ihrer nationalen Attitüde versicherten sich die bürgerlichen Vereine und Verbände einer am Gemeinwohl orientierten Gesinnung, ausgestattet mit der Liebe und Treue zu Volk und Vaterland, im Gegensatz zu den "Republikanern" und ihrer politischen Haltung, die sie bestimmt sahen durch parteipolitische Interessen, Selbstsucht und materialistischen Zeitgeist, Klassenkampf und Klassenhaß, durch die Negation des Menschen, seines Volkstums und seiner Bindung an Gott. Mit dieser Verneinung der Demokratie und Republik wurden nicht nur die Grundlagen des Weimarer Staates untergraben bzw. ihre Festigung von vorneherein verhindert, sondern auch der Boden bereitet für die nationalistische, antimarxistische und mit religiösem Pathos angereicherte NS-Propaganda.

Noch destruktiver war gewiß der Einfluß der "überparteilichen" Presse ¹⁾. Mit einer Ausnahme lehnten diese bürgerlichen Zeitungen die Weimarer Republik als Anhängsel der Sozialdemokratie kompromißlos ab und kämpften unermüdlich, teilweise in rüdestem Jargon für die Beseitigung dieses - nach ihrer Überzeugung - von Parteiinteressen, Korruption und Landesverrat beherrschten und bestimmten Systems. Indem sie die Weimarer Republik als Diktatur und Polizeistaat verleumdeten, verweigerten sie ihr nicht nur die Anerkennung als parlamentarische Demokratie, sondern verwischten in unheilvoller Weise auch die Unterschiede zu einer tatsächlichen Diktatur und Gewaltherrschaft. Rückwärtsblickend auf die vergangene Größe des Kaiserreiches huldigten sie einem schwärmerischen, von deutschem Sendungsbewußtsein getragenen nationalen Denken. Das zentrale, alles beherrschende Thema war für sie jedoch der Kampf gegen den "Marxismus", dessen Sieg sie mit kulturellem Niedergang gleichsetzten. Die verbissene Feindschaft gegen den "Marxismus" trübte ihr Urteil über die NSDAP, mit der

1) Vgl. S. III f.

ein Mittel gegen die marxistische Pest gefunden schien und die deshalb seit September 1930, soweit sie nicht offen unterstützt wurde, zumindest auf eine wohlwollende Behandlung durch die Mehrzahl der "unabhängigen" bürgerlichen Zeitungen rechnen konnte. Damit wie mit der propagandistischen Vorbereitung ihrer Leser auf die langersehnte Beseitigung der parlamentarischen Demokratie hatten diese Zeitungen in erheblichem Umfange mitgewirkt am Untergang der Weimarer Republik und beigetragen zum Aufstieg der NSDAP. Aber selbst die demokratische und bis zuletzt republikbejahende Zeitung konnte sich der Volksgemeinschaftsideologie nicht entziehen und hatte das Bedürfnis, den politischen Alltag der Republik durch einen in einem Führer verkörperten Glauben und Ziel zu erhöhen; in einem Führer, in dem und durch den aus Parteien wieder ein Volk werden würde.

Eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang spielte auch die evangelische Kirche. Die nach dem Grundsatz "evangelisch und deutsch" ausgerichteten kirchlichen Vereine hatten sowohl das antimarxistische als auch das nationale Denken gepflegt und gefördert. Marxismus und Bolschewismus waren für sie synonym mit Gottlosigkeit, ein Treubruch gegenüber Gott. Durch die auch im kirchlichen Bereich verbreitete Verknüpfung religiöser und nationaler Inhalte, durch die ausdrückliche Bindung des nationalen Schicksals an den Glauben an und den Gehorsam vor Gott wurde die nationale und nationalsozialistische Propaganda gleichsam sanktioniert und autorisiert, aus dieser Einstellung heraus schließlich nach der Machtergreifung der "Aufbruch der deutschen Nation" freudig begrüßt.

Die Frage nach Möglichkeiten und Chancen eines wirkungsvolleren Widerstandes der SPD gegen die nationalsozialistische Machtergreifung führt in den Bereich der Spekulation. Es kann jedoch keinem Zweifel unterliegen, daß das von der SPD und der Eisernen Front gepflegte kämpferische Pathos ihren realen Möglichkeiten,

aber auch ihrem tatsächlichen Kampfeswillen nicht entsprach. Trotz der immer wieder beteuerten Kampfbereitschaft hoffte die SPD, die Auseinandersetzung mit legalen Mitteln, vor allem als Wahlkampf führen und mit dem Stimmzettel gewinnen zu können. Durch die Beachtung der Legalität wollte man den Feinden der Republik nicht den willkommenen Vorwand liefern, selbst die Grenzen der Legalität zu überschreiten. Die Eiserne Front erlag im Vertrauen auf ihre zahlenmäßige Stärke der Illusion, allein durch die Demonstration dieser Stärke und durch ihr energisches Auftreten den Gegner abschrecken zu können. Darüber hinaus erscheint die Vermutung gerechtfertigt, daß das Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit, der Glaube an den Sieg des Geistes über das Schwert und an die selbsttätige Entwicklung wie an den Sieg des Sozialismus in der konkreten Situation nach der Machtergreifung auch der intellektuellen Rechtfertigung für das Ausweichen vor der Entscheidung und das widerstandslose Zurückweichen vor der nationalsozialistischen Gewalt diene.

Trotz ihrer nicht zu leugnenden Wahlerfolge kam die KPD in Fürth ihrer eigentlichen Zielsetzung nicht näher, die Massen zu mobilisieren, sie an außerparlamentarische, ungesetzliche Aktionen gegen die Polizei zu gewöhnen und dadurch zur höchsten Form des Klassenkampfes, dem bewaffneten Aufstand überzuleiten. Die dahin zielenden Demonstrationen sind in Fürth bereits in den Ansätzen gescheitert. So radikal und revolutionär sich die kommunistischen Funktionäre auch gaben, so harmlos verliefen ihre Aktionen. Zwischen ihren Worten und ihren Taten bestand eine unaufhebbare Diskrepanz. Ihre eigentliche Zielsetzung, den revolutionären Kampfeswillen der "Massen" zu aktivieren, erwies sich in Fürth immer wieder als illusionär.

Mag man auch darüber streiten können, ob die nationalsozialistische Machtergreifung (im formalen Sinne) legal war, die Aktionen der Gleichschaltung

jedenfalls waren auch in Fürth begleitet von Erpressung, Drohung und offener Gewalt. Parteien, Gewerkschaften, Verbände und Vereine wurden, soweit sie die Nationale Regierung nicht ohnehin freudig begrüßten, verboten oder - im allgemeinen reibungslos - gleichgeschaltet. Jede Organisation, jeder Verein, jeder einzelne Bürger, auch der Oberbürgermeister, standen isoliert, macht- und hilflos der nationalsozialistischen Gewalt gegenüber. Wer nicht mitjubelte, schloß sich selbst aus der Volksgemeinschaft aus. Die willkürlichen Verhaftungen, die drakonischen gerichtlichen Strafen und die offene Drohung mit dem Konzentrationslager sowie die Nachrichten aus Dachau ließen keinen Zweifel daran aufkommen, daß mit seiner (wirtschaftlichen) Existenz und dem Leben spielte, wer sich nicht fügte. Trotz dieser Einsicht in die harten Realitäten bleibt angesichts des Beispiels einzelner jedoch die Alternative eines geschlossenen aktiven und passiven Widerstandes gegen die Machtergreifung und Gleichschaltung ein verführerischer Gedanke.

XIII. TABELLEN - DIAGRAMME - KARTE

Tabelle 1

Die Ergebnisse der Stadt Fürth bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung 1919 und zum Reichstag 1920 bis 1933¹

Wahlen	19.1.1919		6.6.1920		4.5.1924		7.12.1924		20.5.1928	
Wahlberechtigte	49 267		41 282 ⁴		46 365		46 545		50 650	
abgegebene Stimmen	38 491		34 714		37 809		37 941		41 491	
in % der Wahlberechtigten	78,1		84,1		81,5		81,5		81,9	
gültige Stimmen	38 369		33 386		37 522		37 291		40 988	
davon entfielen auf										
Partei	Stimmen	in %	Stimmen	in %	Stimmen	in %	Stimmen	in %	Stimmen	in %
NSDAP	-	-	-	-	9 612 ⁶	25,6	3 045 ⁹	8,2	2 725	6,6
DNVP	1 194	3,1	1 798	5,4	2 906	7,7	6 141	16,5	4 817	11,7
CSVD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
DVP	-	-	2 477	7,4	300	0,8	1 530	4,1	1 523	3,7
WP	-	-	-	-	498	1,3	764	2,0	2 617	6,4
BVP	2 238	5,8	1 908	5,7	1 606	4,3	2 318	6,2	2 197	5,4
DDP	9 687 ³	25,3	7 143	21,4	2 115	5,6	2 898	7,8	2 280	5,6
SPD	22 396	58,4	10 519	31,5	15 790	42,1	17 128	45,9	20 953	51,1
USP	2 854	7,4	8 807	26,4	201	0,6	168	0,4	-	-
KPD	-	-	670 ⁵	2,0	4 170	11,1	2 568	6,9	1 998	4,9
andere Parteien	-	-	64	0,2	326	0,9	731	2,0	1 878	4,6
insgesamt	38 369	100	33 386	100	37 522	100	37 291	100	40 988	100

Wahlen	14.9.1930		31.7.1932		6.11.1932		5.3.1933	
	Stimmen	in %	Stimmen	in %	Stimmen	in %	Stimmen	in %
Wahlberechtigte	52 643		52 041	13	54 171	13	54 155	
abgegebene Stimmen	46 375		46 415		46 673		50 357	
in % der Wahlberechtigten	88,1		89,2		86,2		93,0	
gültige Stimmen	46 003		46 126		46 289		50 093	
davon entfielen auf								
Partei	Stimmen	in %	Stimmen	in %	Stimmen	in %	Stimmen	in %
NSDAP	10 872	23,6	17 853	38,7	16 469	35,6	22 458	44,8
DNVP	1 264	2,7	1 259	2,7	2 269	4,9	1 801	3,6
OSVD	1 636	3,6	549	1,2	736	1,6	558	1,1
DVP	883	1,9	288	0,6	554	1,2	192	0,4
WP	2 658	5,8	236	0,5	231	0,5	-	-
BVP	2 611	5,7	2 662	5,8	2 507	5,4	2 618	5,2
Deutsche Staatspartei	1 443	3,1	413	0,9	422	0,9	664	1,3
SPD	19 918	43,3	16 293	35,3	15 950	34,4	16 773	33,5
KPD	3 670	8,0	6 413	13,9	6 931	15,0	5 003	10,0
andere Parteien	1 048	2,3	160	0,4	220	0,5	26	0,1
insgesamt	46 003	100	46 126	100	46 289	100	50 093	100

Anmerkungen zur Tabelle 1

1 Quellen:

- a) für die Wahl am 19.1.1919:
StadtA Fü: Wahl zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung 1919; StadtA Nbg: Hauptregistratur Nr. 101/I 6 No 49; Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches 28. Jg. (1919), I. Ergänzungsheft;
 - b) für die Wahl am 6.6.1920:
StDR, Bd. 291 (1920) und Bd. 315 (1925);
 - c) für die Wahl am 4.5.1924:
StDR, Bd. 315 (1925);
 - d) für die Wahl am 7.12.1924:
StDR, Bd. 315 (1925);
 - e) für die Wahl am 20.5.1928:
StDR, Bd. 372 (1931);
 - f) für die Wahl am 14.9.1930:
StDR, Bd. 382 (1932);
 - g) für die Wahlen am 31.7.1932, 6.11.1932 und 5.3.1933:
StDR, Bd. 434 (1935).
- 2 Bayerische Mittelpartei und Nationalliberale Landespartei. Ihr Wahlvorschlag im Wahlkreis Franken wurde der DNVP zugerechnet. Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches 28. Jg. (1919), I. Ergänzungsheft, S. 3 f. und S. 54 f.
- 3 Deutsche Volkspartei in Bayern. Ihr Wahlvorschlag im Wahlkreis Franken wurde der DDP zugerechnet. Ebenda.
- 4 Die außergewöhnliche Abnahme um fast 8 000 Wahlberechtigte gegenüber der Wahl am 19.1.1919 läßt sich nicht restlos und nicht mit ausreichender Sicherheit erklären. Da die Bevölkerung Fürths vom 31.12.1918 bis 31.12.1920 um 2 200 Einwohner zunahm (lt. Schreiben des Statistischen Amtes der Stadt Fürth vom 18.4.1973 an den Verf.), hätte die Zahl der Wahlbe-

Anmerkungen zur Tabelle 1 (Fortsetzung)

rechtigten ebenfalls zunehmen müssen. Mindestens 4 000, nach dem Bericht des Fürther Tagblatts vom 7.6.1920 sogar fast 4 600 "Militärpersonen" waren jedoch am 6.6.1920 demobilisiert bzw. nicht mehr stimmberechtigt, denn nach § 2 des Reichswahlgesetzes vom 27.4.1920 (RGBl. 1920, S. 627) ruhte die Ausübung des Wahlrechtes der Soldaten, solange sie der Wehrmacht angehörten. Eine weitere Verminderung, deren Größenordnung allerdings nicht bestimmt werden konnte, dürfte darauf zurückzuführen sein, daß Arbeitskräfte, die während des Krieges in der Rüstungsindustrie beschäftigt waren und im Januar 1919 noch in Fürth als Wahlberechtigte geführt wurden, inzwischen abgewandert waren. Ganz allgemein wurde im Januar 1919 über große Ungenauigkeiten der Wählerlisten geklagt (Rieß, Stadtchronik 1919, 10.1.).

- 5 Deutschsozialistische Partei (Streicher).
- 6 Völkischer Block.
- 7 Wahlvorschlag 9 im Wahlkreis 26: Bayerischer Mittelstandsbund (Deutsche Wirtschaftspartei). StDR, Bd. 315, H. I, S. 65 f.
- 8 Wahlvorschlag 13 im Wahlkreis 26: Deutscher Block in Bayern (Deutsche Demokratische Partei - Deutscher Bauernbund). Ebenda.
- 9 Völkischer Block, Nationalsozialistische Freiheitsbewegung Großdeutschlands. StDR, Bd. 315, H. III, S. 63 f.
- 10 Wahlvorschlag 9 b im Wahlkreis 26: Bayerischer Mittelstandsbund (Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes). Ebenda.
- 11 Es wurde hier davon abgesehen, wie in StDR, Bd. 372, H. II, S. 58, die 200 Stimmen der Volksrechtspartei der DDP hinzuzurechnen. Die Zusammenfassung in der amtlichen Statistik beruht darauf, daß die Reststimmen des Kreiswahlvorschlags 6 a (Volksrechtspartei) auf den Kreiswahlvorschlag 6 (DDP) übergingen.
- 12 Die 19 Stimmen der USP wurden nicht mehr gesondert aufgeführt, sondern bei den "anderen Parteien" dazugerechnet.
- 13 Zur Entwicklung der Zahl der Wahlberechtigten 1932 vgl. S. 38, Anm. 50.
- 14 Kampffront Schwarzweißbrot.

Die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung 1919 und zum Reichstag 1920 bis 1933 ¹

Vergleichende Gegenüberstellung der relativen Wahlergebnisse der Stadt Würth (Fü), des Deutschen Reiches (DtR), Bayerns (Bay), des Wahlkreises Franken (Fr), des Regierungsbezirks Mittelfranken (Mfr) und der Stadt Nürnberg (Nbg)

Wahlbeteiligung/Partei	Wahlge- biet	19.1. 1919	6.6. 1920	4.5. 1924	7.12. 1924	20.5. 1928	14.9. 1930	31.7. 1932	6.11. 1932	5.3. 1933
Wahlbeteiligung	Fü	78,1	84,1	81,5	81,5	81,9	88,1	89,2	86,2	93,0
	DtR	83,0	79,2	77,4	78,8	75,6	82,0	84,1	80,6	88,8
	Bay	82,2	75,8	67,5	79,4	74,4	79,2	81,8	78,1	88,3
	Fr	83,6	75,9	73,3	83,3	77,8	82,3	85,7	82,9	90,2
	Mfr	-	77,5	77,3	84,0	80,2	83,5	87,2	84,3	92,2
	Nbg	88,9	81,1	83,9	82,7	80,9	86,5	87,1	83,4	92,0
NSDAP ²	Fü	-	-	25,6	8,2	6,6	23,6	38,7	35,6	44,8
	DtR	-	-	6,5	3,0	2,6	18,3	37,3	33,1	43,9
	Bay	-	-	16,0	5,1	6,4	17,9	32,9	30,5	43,1
	Fr	-	-	20,7	7,5	9,1	20,5	39,8	36,4	45,7
	Mfr	-	-	24,7	9,1	9,1	23,7	47,7	42,3	51,6
	Nbg	-	-	26,0	10,6	10,6	24,0	37,8	32,8	41,7
DNVP ³	Fü	3,1	5,4	7,7	16,5	11,7	2,7	2,7	4,9	3,6
	DtR	10,3	15,1	19,5	20,5	14,2	7,0	5,9	8,3	8,0
	Bay	3,6	7,0	9,5	14,3	10,0	2,0	3,0	4,5	4,1
	Fr	9,4	20,0	14,9	23,6	18,8	2,3	4,1	6,6	5,4
	Mfr	-	27,8	20,5	31,7	25,8	2,6	5,2	9,0	7,1
	Nbg	3,0	11,2	7,3	16,1	11,6	2,4	2,9	6,4	5,1
DVP	Fü	-	7,4	0,8	4,1	3,7	1,9	0,6	1,2	0,4
	DtR	4,4	13,9	9,2	10,1	8,7	4,5	1,2	1,9	1,1
	Bay	2,7	7,3	2,8	4,3	3,8	1,9	0,9	1,0	0,5
	Fr	-	2,9	0,5	1,3	1,9	1,3	0,6	0,8	0,3
	Mfr	-	3,0	0,5	1,3	2,1	1,3	0,5	0,8	0,3
	Nbg	-	4,8	0,4	1,2	2,8	1,6	0,5	1,2	0,4

	DtR Bay Fr Mfr Nbg	2,7 6,7 2,1 3,9 6,5	3,3 10,4 5,4 6,1 8,1	4,5 3,2 3,6 5,3 6,3	3,9 2,8 3,4 5,1 7,0	0,4 0,4 0,5 0,8 1,3	0,3 0,3 0,4 0,8 1,5		
BVP (1) Zentrum (2)	Fü DtR Bay Fr Mfr Nbg	5,8 19,7 34,6 28,1 9,1	5,7 4,2 13,6 38,9 29,4 13,0 9,1	4,3 3,2 13,4 32,7 2,5 27,9 11,2 7,3	6,2 3,8 13,6 33,1 1,5 26,9 11,5 7,5	5,4 3,1 12,1 27,9 3,2 25,7 11,7 8,6	5,4 3,1 11,9 28,3 3,1 24,4 10,8 8,3	5,2 2,7 11,2 24,2 3,0 22,4 9,8 7,8	
DDP 4	Fü DtR Bay Fr Mfr Nbg	25,3 18,5 13,5 20,0 28,7	21,4 8,3 8,1 12,5 15,2 16,8	5,6 5,7 3,0 3,6 3,5 3,8	7,8 6,3 3,8 4,3 6,6	5,6 4,9 3,1 3,7 4,5 5,7	0,9 1,0 0,5 0,5 0,6 0,7	0,9 1,0 0,4 0,5 0,7 0,8	1,3 0,9 0,4 0,6 1,0 1,5
SPD	Fü DtR Bay Fr Mfr Nbg	58,4 37,9 33,6 36,4 51,7	31,5 21,7 16,4 17,4 22,5 28,8	42,1 20,5 17,7 23,3 26,5 34,3	45,9 26,0 21,1 25,9 29,2 40,7	51,1 29,8 24,4 28,5 31,9 42,7	35,3 21,6 17,1 21,2 24,2 33,5	34,4 20,4 16,4 20,2 23,3 31,0	33,5 18,3 15,5 19,4 23,2 32,7
USP	Fü DtR Bay Fr Mfr Nbg	7,4 7,6 3,7 6,1 7,5	26,4 17,9 13,0 16,6 16,7 25,9	0,6 0,8 0,5 0,4 0,6	0,4 0,3 0,4 0,5 0,4	-	-	-	-
KPD	Fü DtR Bay Fr Mfr Nbg	-	2,0 2,1 2,0 1,1 1,2 2,2	11,1 12,6 8,0 6,1 8,4 13,4	6,9 9,0 5,1 3,7 4,5 7,3	4,9 10,6 3,8 3,0 3,8 6,7	13,9 14,3 8,3 6,9 7,9 12,6	15,0 16,9 10,3 8,5 9,5 15,2	10,0 12,3 6,3 5,0 5,5 8,9

Anmerkungen zur Tabelle 2

- 1 Die Tabelle soll keine vollständige Wahlstatistik der einzelnen Wahlgebiete liefern. Da der Vergleich der Wahlergebnisse auf die Stadt Fürth bezogen ist, wurden in die Tabelle nur die Wahlergebnisse der Parteien aufgenommen, die auch in Fürth eine Rolle spielten. Die Aufrechnung der relativen Ergebnisse ergibt deshalb nicht 100 Prozent.
Quellen vgl. Anm. 1 zu Tabelle 1.
- 2 1924/I und 1924/II: Völkischer Block.
- 3 1933: Kampffront Schwarzweißbrot.
- 4 Seit 1930: Deutsche Staatspartei.
- 5 In 33 von 36 Wahlkreisen. In den Wahlkreisen 8, 14 und 36 konnte die Zahl der Wahlberechtigten nicht ermittelt werden. Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches 28. Jg. (1919), I. Ergänzungsheft, S. 14.
- 6 Bayerische Mittelpartei und Nationalliberale Landespartei in Bayern, und zwar nur in den Wahlkreisen 24 und 26. A.a.O., S. 3 und 18 f.
- 7 Die DVP hatte in Bayern nur im Wahlkreis 27 (Pfalz) einen Wahlvorschlag eingereicht. A.a.O., S. 18 f.
- 8 In den Wahlkreisen 24, 25 und 26: Deutsche Volkspartei in Bayern; im Wahlkreis 27: Deutsche Demokratische Partei. A.a.O., S. 3 und 18 f.
- 9 Nur im Wahlkreis 27. StDR, Bd. 315, H. IV, S. 77.
- 10 Gemeinsamer Wahlvorschlag des Zentrums und der BVP im Wahlkreis 27. Für das Reichswahlergebnis wurde wie in der amtlichen Statistik die Pfalz dem Zentrum zugerechnet. StDR, Bd. 372, H. I, S. 85 und H. III, S. 4 ff.
- 11 Die 200 Stimmen (= 0,5 %) der Volksrechtspartei wurden im Gegensatz zur amtlichen Statistik nicht einbezogen. Vgl. Anm. 11 zu Tabelle 1.
- 12 Wie Anm. 10. StDR, Bd. 382, H. I, S. 94.
- 13 Vgl. Anm. 10 und 12.

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1928 bis 1933

	20.5.1928			14.9.1930		
	Stimmen	in %	= % d. Gesamt- ergeb.	Stimmen	in %	= % d. Gesamt- ergeb.
<u>a) in den 20 SPD-Stimmbezirken</u>						
Wahlberechtigte	13 417	-	26,5	13 557	-	25,9
abgeg. Stimmen	11 183	83,3	26,9	12 121	89,4	26,1
gültige Stimmen	11 023	-	26,9	12 021	-	26,1
NSDAP	628	5,7	23,0	2 379	19,8	21,9
bürgerl. Parteien	2 480	22,5	18,5	2 130	17,7	20,3
SPD	6 745	61,2	32,2	6 116	50,9	30,7
KPD	718	6,5	35,9	1 293	10,8	35,2
SPD + KPD	7 463	67,7	32,5	7 409	61,6	31,4
Sonstige	452	4,1	24,1	103	0,8	9,8
<u>b) in den 20 KPD-Stimmbezirken</u>						
Wahlberechtigte	13 321	-	26,3	13 501	-	25,8
abgeg. Stimmen	11 083	83,2	26,7	12 005	88,9	25,9
gültige Stimmen	10 915	-	26,6	11 919	-	25,9
NSDAP	656	6,0	24,1	2 430	20,4	22,3
bürgerl. Parteien	2 530	23,2	18,8	1 996	16,7	19,0
SPD	6 423	58,8	30,6	5 792	48,6	29,1
KPD	917	8,4	45,9	1 582	13,3	43,1
SPD + KPD	7 340	67,2	32,0	7 374	61,9	31,3
Sonstige	389	3,6	20,7	119	1,0	11,3
<u>c) in den 27 SPD- und KPD-Stimmbezirken</u>						
Wahlberechtigte	18 154	-	35,8	18 363	-	35,1
abgeg. Stimmen	15 119	83,3	36,4	16 353	89,0	35,3
gültige Stimmen	14 897	-	36,3	16 225	-	35,3
NSDAP	863	5,8	31,7	3 338	20,6	30,7
bürgerl. Parteien	3 548	23,8	26,4	2 903	17,9	27,7
SPD	8 786	59,0	41,9	7 939	48,9	39,9
KPD	1 099	7,4	55,0	1 880	11,6	51,2
SPD + KPD	9 885	66,4	43,1	9 819	60,5	41,6
Sonstige	601	4,0	32,0	165	1,0	15,6

31.7.1932			6.11.1932			5.3.1933		
Stimmen	in %	= % d. Gesamt- ergebni.	Stimmen	in %	= % d. Gesamt- ergebni.	Stimmen	in %	= % d. Gesamt- ergebni.
13 378	-	25,7	13 772	-	25,4	13 722	-	25,3
12 038	90,0	25,9	12 034	87,4	25,8	12 751	92,9	25,3
11 970	-	25,9	11 949	-	25,8	12 689	-	25,3
3 823	31,9	21,4	3 578	29,9	21,7	4 904	38,7	21,8
947	7,9	17,5	1 131	9,5	16,8	950	7,5	16,3
4 846	40,5	29,7	4 750	39,8	29,8	5 011	39,5	29,9
2 310	19,3	36,0	2 451	20,5	35,4	1 819	14,3	36,4
7 156	59,8	31,5	7 201	60,3	31,5	6 830	53,8	31,4
44	0,4	27,5	39	0,3	17,7	5	0,0	-
13 270	-	25,5	13 655	-	25,2	13 664	-	25,2
11 907	89,7	25,6	11 835	86,7	25,4	12 661	92,7	25,1
11 829	-	25,6	11 756	-	25,4	12 593	-	25,1
3 630	30,7	20,3	3 406	29,0	20,7	4 687	37,2	20,9
993	8,4	18,4	1 167	9,9	17,4	1 006	8,0	17,2
4 488	37,9	27,5	4 333	36,9	27,2	4 754	37,8	28,3
2 673	22,6	41,7	2 808	23,9	40,5	2 141	17,0	42,8
7 161	60,5	31,5	7 141	60,8	31,2	6 895	54,8	31,7
45	0,4	28,1	42	0,3	19,1	5	0,0	-
18 048	-	34,7	18 587	-	34,3	18 567	-	34,3
16 189	89,7	34,9	16 151	86,9	34,6	17 223	92,8	34,2
16 084	-	34,9	16 039	-	34,6	17 132	-	34,2
5 209	32,4	29,2	4 909	30,6	29,8	6 722	39,2	29,9
1 367	8,5	25,3	1 625	10,1	24,2	1 399	8,2	24,0
6 196	38,5	38,0	6 005	37,4	37,6	6 455	37,7	38,5
3 250	20,2	50,7	3 442	21,5	49,7	2 551	14,9	51,0
9 446	58,7	41,6	9 447	58,9	41,3	9 006	52,6	41,4
62	0,4	38,7	58	0,4	26,4	5	0,0	-

Die Arbeitslosigkeit in Fürth von 1928 bis 1933 ¹

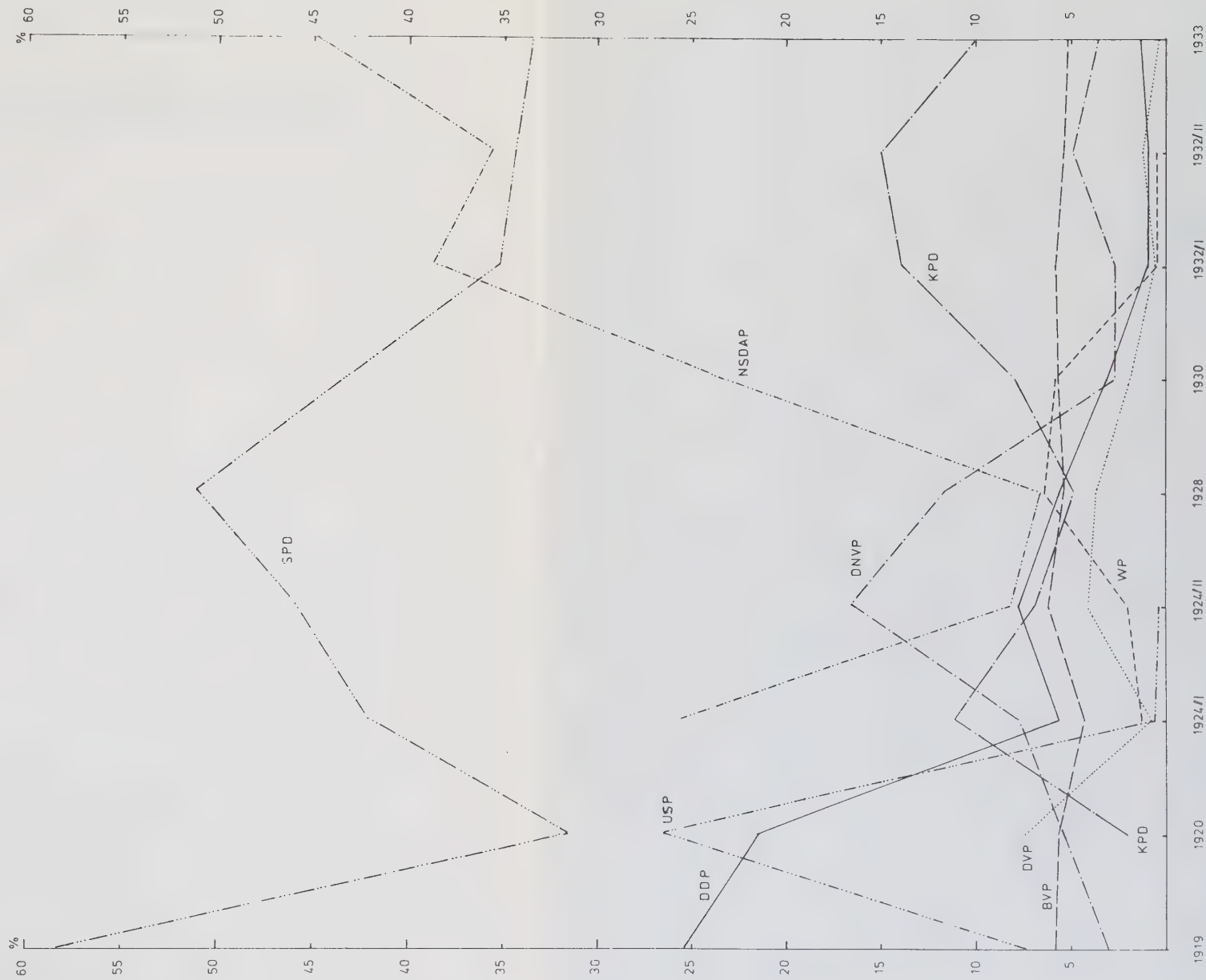
Zeitpunkt	Alu ²	Kru ²	WE ²	Arbeitslose
31.12.27	1 670	849	.	3 587
30. 6.28	1 356	411	.	2 386
30. 9.28	1 659	254	.	2 300
31.12.28	3 141	439	334	4 772
31. 3.29	.	.	329	4 309
30. 6.29	1 892	796	329	3 286
30. 9.29	1 803	712	.	3 378
31.12.29	3 385	989	490	7 008
31. 1.30	5 214	1 181	628	8 045
28. 2.30	5 343	1 265	.	8 115
31. 3.30	4 150	1 234	947	6 851
30. 6.30	3 082	1 365	1 084	6 336
30. 9.30	3 224	1 630	1 155	7 145
31.12.30	3 885	2 015	1 780	9 758
31. 1.31	4 610	2 398	.	10 634
28. 2.31	4 502	2 600	.	10 768
31. 3.31	3 903	2 441	2 699	10 404
30. 6.31	2 666	2 154	2 944	10 097
30. 9.31	2 322	2 418	3 511	10 736
31.12.31	2 738	2 894	4 254	13 713
31. 1.32	3 982	3 277	4 500	14 558
28. 2.32	3 484	4 998	.	14 344
31. 3.32	3 054	3 253	5 283	14 007
30. 6.32	1 175	3 230	5 924	13 771
30. 9.32	.	.	.	.
31.12.32	1 060	2 443	7 185	.
31. 3.33	1 379	3 363	6 431	14 243
16. 6.33	.	.	.	11 937

¹ NBZ vom 6.2., 13.7., 13.10.28, 3.7., 12.10., 31.12.29, 10.1., 11.2., 8.3., 21.3., 9.4., 17.5., 4.7., 9.7., 9.10.30, 9.1., 10.2., 9.3., 13.4., 8.7., 2.10., 9.10.31, 8.1., 11.1., 11.2., 10.3., 8.4., 28.4., 13.5., 8.6., 9.7., 6.8., 9.9., 10.11., 13.12.32, 11.1., 11.4.33; FT vom 26.1.32. Statistisches Jahrbuch deutscher Städte, 27. Jg. (NF 6. Jg.), 1932, S. 314 und 28. Jg. (NF 7. Jg.), 1933, S. 546; StDR, Bd. 456 (1936), Heft 29, S. 38 f. und 46 f.

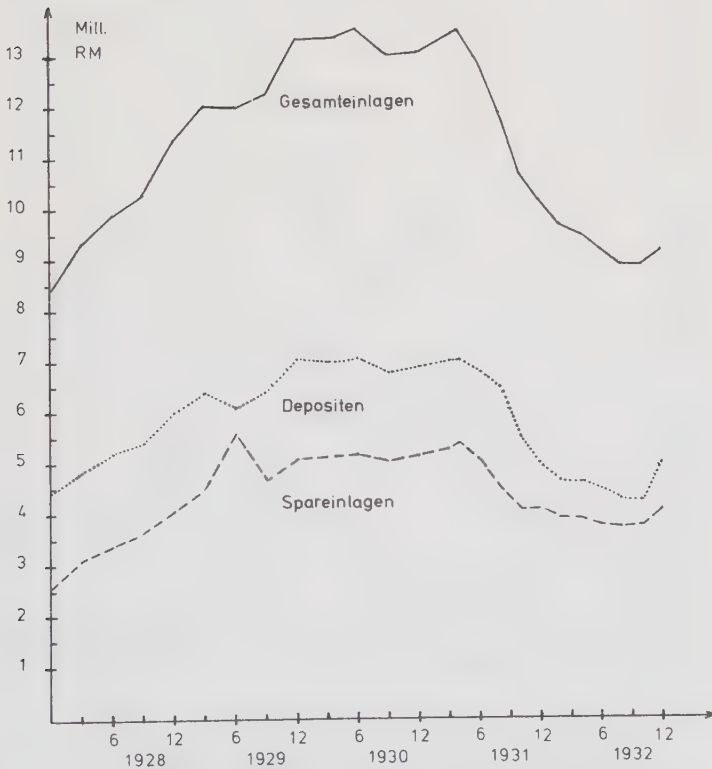
² Alu = Empfänger von Arbeitslosenunterstützung,
Kru = Empfänger von Krisenunterstützung,
WE = Wohlfahrtserwerbslose.

Diagramm 1

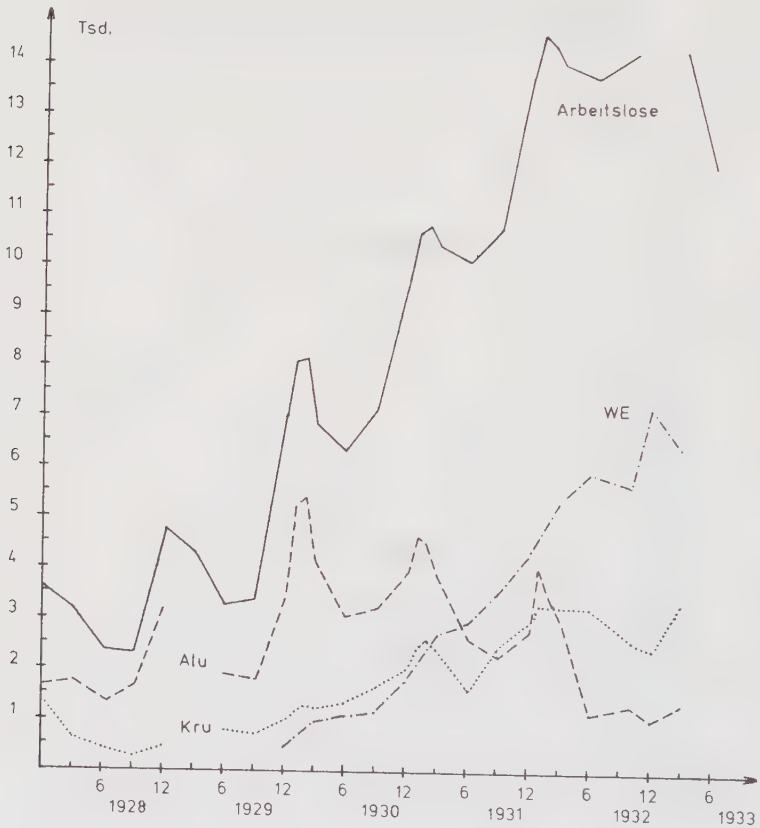
Die Ergebnisse der Wahlen
zur verfassungsgebenden Nationalversammlung 1919
und zum Reichstag 1920 bis 1933 in Pürth
(in Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen)



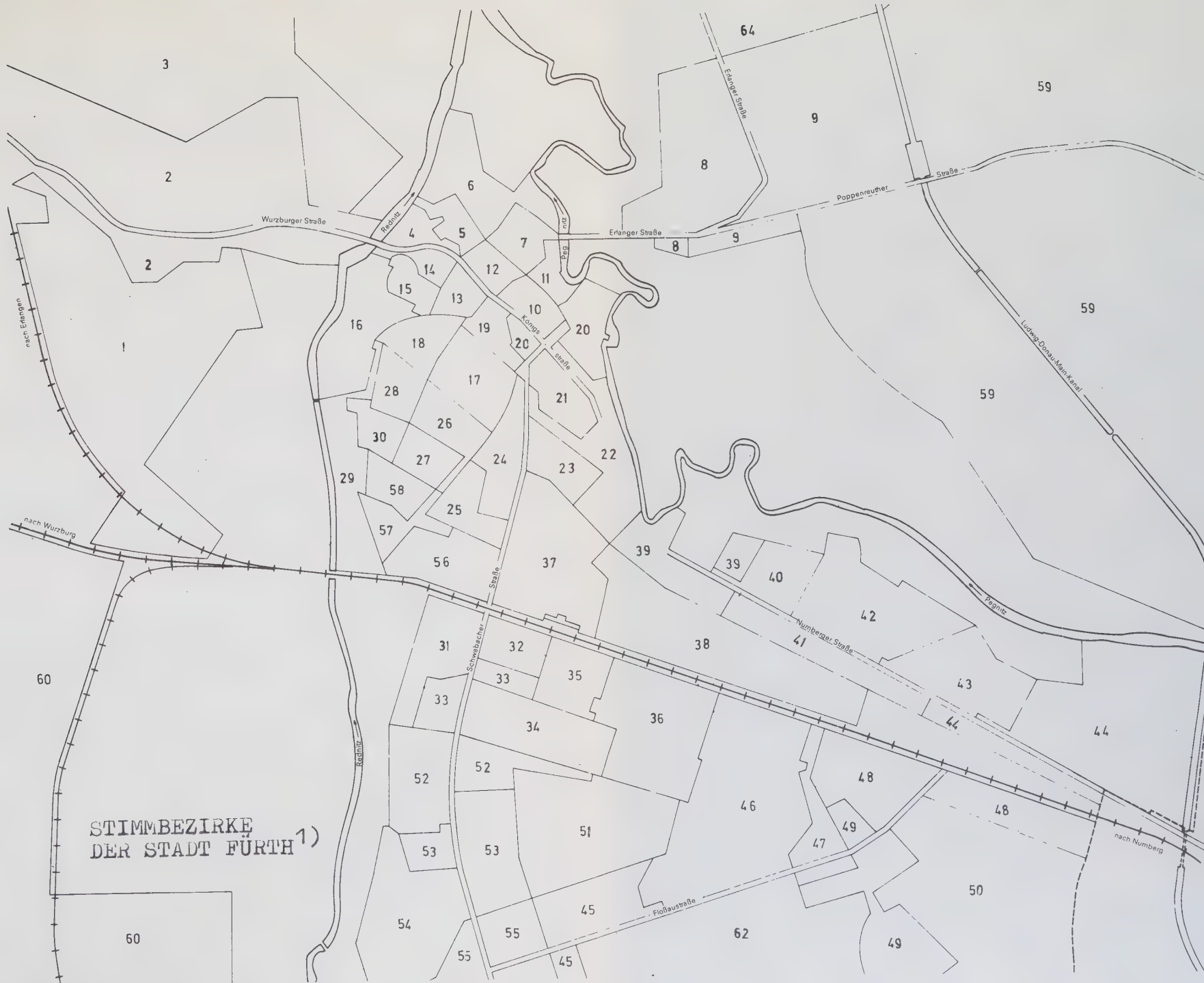
Die Entwicklung der Geldeinlagen bei der
Städtischen Sparkasse Fürth von 1928 bis 1932



Die Arbeitslosigkeit in Fürth von 1928 bis 1933



Alu = Empfänger von Arbeitslosenunterstützung
 Kru = Empfänger von Krisenunterstützung
 WE = Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung



XIV. QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

1. Quellen

Stadtarchiv Fürth

Adreßbuch der Stadt Fürth i. Bay mit den einverleibten Orten. Fürth 1931.

Fronmüller, Georg T.: Chronik der Stadt Fürth. 2. Ausgabe. Fürth 1887.

Käppner, Paul: Chronik der Stadt Fürth. Fürth 1901/07.

-, Chronik der Stadt Fürth. Fürth 1907/08.

Chronik der Stadt Fürth. Aufzeichnungen von Gg. Paul Rieß. Jg. 1 - 9 (1911 - 1919).

Stadtratsprotokolle 1930.

Volks-, Berufs- und Betriebszählung am 16. 6.1925.

Wahlen zum bayerischen Landtag	am 12. 1.1919.
	am 6. 6.1920.
	am 6. 4.1924.
	am 20. 5.1928.
	am 24. 4.1932.

Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung	am 19. 1.1919.
---	----------------

Reichspräsidentenwahlen	am 29. 3.1925
	und am 26. 4.1925.

Reichstagswahlen	am 6. 6.1920.
	am 4. 5.1924.
	am 7.12.1924.
	am 20. 5.1928.
	am 14. 9.1930.
	am 31. 7.1932.
	am 6.11.1932.
	am 5. 3.1933.

- Ausrufung der Räterepublik 1919 (Gruppe 3 e).
 Presse - allgemeines 1933 (Gruppe 3 l).
 Städt. Sparkasse - Prüfung 1933.
 Gemeindewahl am 7.12.1924 (Fach 131, Nr. 72).
 Gemeindewahl am 8.12.1929 (Fach 131, Nr. 74).
 Neubildung des Gemeinderates nach dem Gleichschaltungsgesetz am 22. 4.1933 (Fach 131, Nr. 76).

Zeitungen:

- | | |
|---|-----------------------|
| Fränkischer Kurier | 1928 - 1933. |
| Fränkische Tagespost | 1928 - 1933. |
| Fürther Anzeiger | 1928 - 1933. |
| Fürther Tagblatt | 1928 - 1933. |
| Nordbayerische Zeitung | 1928 - 1933. |
| Nürnberg-Fürther Morgen-
presse (Nürnberg-Fürther
Sonntagspresse) | 1928 - 1931 (18.10.). |

Staatsarchiv Nürnberg

- | | |
|--|--------------------|
| Amtsgericht Fürth, Abgabe 1968 | (Rep. 235/9/VIII). |
| Polizeidirektion Nürnberg-Fürth | (Rep. 218/1/I). |
| Regierung von Mittelfranken,
Kammer des Innern, Abgabe 1968 | (Rep. 270/IV). |

Stadtarchiv Nürnberg

- | | |
|------------|---------------|
| HR Nr. 101 | (I 6 No. 49). |
|------------|---------------|

Allgemein zugängliche Quellen

- Gewerbe und Handel in Bayern nach der Betriebszählung vom 12. 6. 1907. Heft 82 der Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern. München 1911.
- Statistisches Handbuch von Deutschland 1928 - 1944, hrsg. vom Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes. München 1949.
- Handbuch der deutschen Tagespresse, 4. und 5. Auflage. Berlin 1932 und 1934.
- Statistisches Jahrbuch deutscher Städte. Amtliche Veröffentlichungen des deutschen Städtetages. 25. - 28. Jg. (N.F. 4. - 7. Jg.). Jena 1930 - 1933.

Jahrbuch der Tagespresse. 3. Jg. Berlin 1930 (Fortges.
als Handbuch der deutschen Tagespresse).

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender Bd. 69 (1928).

Statistik des Deutschen Reiches

Band 250 (1913): Die Reichstagswahlen 1912.

Band 291 (1920-23): Die Wahlen zum Reichstag am 6.6.1920.

Band 315 (1925): Die Wahlen zum Reichstag am 4.5.1924
und am 7.12.1924 (und mit den end-
gültigen Ergebnissen der Reichstags-
wahl am 6.6.1920).

Band 372 (1931): Die Wahlen zum Reichstag am 20.5.1928.

Band 382 (1932): Die Wahlen zum Reichstag am 14.9.1930.

Band 401 (1930): Ergebnisse der Volkszählung am 16.6.
1925.

Band 402 (1929): Berufszählung. Die berufliche und
soziale Gliederung der Bevölkerung
des Deutschen Reiches.

Band 405 (1928): Die berufliche und soziale Gliederung
der Bevölkerung in den Ländern und
Landesteilen. Süddeutschland und Hessen.

Band 408 (1931): Berufszählung. Textliche Darstellung
der Ergebnisse.

Band 417 (1929): Volks-, Berufs- und Betriebszählung
vom 16.6.1925. Gewerbliche Betriebs-
zählung. Süddeutschland und Hessen.

Band 427 (1932): Die Wahl des Reichspräsidenten am
13.3. und 10.4.1932.

Band 434 (1935): Die Wahlen zum Reichstag am 31.7.
und 6.11.1932 und am 5.3.1933.

Band 450 (1934): Volks-, Berufs- und Betriebszählung
vom 16.6.1933. Amtliches Gemeinde-
verzeichnis für das Deutsche Reich.

Band 451 (1936): Volks-, Berufs- und Betriebszählung
vom 16.6.1933. Volkszählung.

Band 456 (1936): Volks-, Berufs- und Betriebszählung
vom 16.6.1933. Die berufliche und
soziale Gliederung der Bevölkerung
in Süddeutschland und Hessen.

Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches,
28. Jg. (1919). Erstes Ergänzungsheft: Die Wahlen zur
verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung am
19.1.1919.

Deutsche Wirtschaftskunde. Ein Abriß der deutschen Reichs-
statistik. Bearbeitet im Statistischen Reichsamt.
Berlin 1930.

2. Literatur

- (Aufgeführt sind nur die im Text mehrfach zitierten Titel)
- Abendroth, Wolfgang: Aufgaben und Methoden einer deutschen historischen Wahlsoziologie, in: VfZ 5 (1957), S. 300 ff.
- Anderson, Evelyn: Hammer oder Amboß. Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Nürnberg 1948 (Titel der engl. Originalausgabe: Hammer or Anvil).
- Bahne, Siegfried: Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933, S. 655 ff.
- , Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932 - 1935. Frankfurt a. Main/New York 1976.
- Bahrdt, Hans Paul: Soziologische Reflexionen über die gesellschaftlichen Voraussetzungen des Antisemitismus in Deutschland, in: Entscheidungsjahr 1932, S. 135 ff.
- Bauer, Clemens: Deutscher Katholizismus. Entwicklungslinien und Profile. Frankfurt a. Main 1964.
- Becker, Josef: Die deutsche Zentrumspartei 1918 - 1933. Grundprobleme ihrer Entwicklung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zu "Das Parlament", B 11/68 (Gekürzter Wiederabdruck in: Politische Parteien in Deutschland und Frankreich, S. 59 ff.).
- , Das Ende der Zentrumspartei und die Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland, in: Von Weimar zu Hitler, S. 344 ff. (Zuerst veröffentlicht in: Welt als Geschichte 23 (1963), S. 149 ff.).
- Beer, Helmut: Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Nürnberg 1933 - 1945. Nürnberg 1976.
- Bennathan, Esra: Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden, in: Entscheidungsjahr 1932, S. 87 ff.
- Bennecke, Heinrich: Wirtschaftliche Depression und politischer Radikalismus 1918 - 1938. München/Wien 1970.
- Berghahn, Volker Rolf: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918 - 1935. Düsseldorf 1966.
- Blank, R.: Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 20 (1905), S. 507 ff.
- Blankenburg, Erhard: Kirchliche Bindung und Wahlverhalten. Eine Analyse der Parteipräferenzen in Nordrhein-Westfalen von 1961 bis 1966. Olten/Freiburg 1967.

Booms, Hans: Die Deutsche Volkspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, S. 523 ff.

Borchardt, Knut: Wachstum und Wechsellagen 1914 - 1970, in: Hermann Aubin und Wolfgang Zorn (Hrsg.): Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Band 2. Stuttgart 1976, S. 685 ff.

Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. 5. Auflage. Villingen 1971.

-, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus. 4. verbess. Auflage. Köln 1972.

-, Probleme der Wahlentwicklung in der Weimarer Republik, in: ders.: Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur. Beiträge zur neueren Politik und Geschichte. Bern/München/Wien 1964.

-, Die Technik der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: Der Weg in die Diktatur, S. 151 ff.

Bracher, Karl Dietrich, Gerhard Schulz und Wolfgang Sauer: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Band 1 - 3. Frankfurt a. Main/Berlin/Wien 1974 (Ullstein-Buch Nr. 2992 - 2994).

Braunthal, Gerard: The German Free Trade Unions During the Rise of Nazism, in: Journal of Central European Affairs 15 (1956), S. 339 ff.

Broszat, Martin: Der Nationalsozialismus. Weltanschauung, Programm und Wirklichkeit. Stuttgart 1960.

-, Soziale und psychologische Grundlagen des Nationalsozialismus, in: Edgar Josef Feuchtwanger (Hrsg.): Deutschland, Wandel und Bestand, Frankfurt a. Main, S. 129 ff.

-, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung. 2. Auflage. München 1971 (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Band 9).

Buchheim, Karl: Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland. München 1953.

Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. Hrsg. von einem Redaktionskollektiv unter Leitung von Dieter Fricke. Band I und II. Berlin 1968 und 1970.

;

- Chanady, Attila: The Disintegration of the German National Peoples' Party 1924 - 1930, in: The Journal of Modern History 39 (1967), S. 65 ff.
- , The Dissolution of the German Democratic Party in 1930, in: The American Historical Review 73 (1967/68), S. 1435 ff.
- Childers, Thomas: The Social Bases of the National Socialist Vote, in: Journal of Contemporary History 11 (1976), H. 4, S. 17 ff.
- Clauß, G. und H. Ebner: Grundlagen der Statistik für Psychologen, Pädagogen und Soziologen. Frankfurt a. Main/Zürich 1971.
- Conze, Werner und Hans Raupach (Hrsg.): Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33. Sechs Beiträge von Hans Raupach u.a. Stuttgart 1967.
- Dehn, Günther: Proletarische Jugend. Lebensgestaltung und Gedankenwelt der großstädtischen Proletariatsjugend. 3. Auflage. Berlin 1933.
- Diederich, Nils: Empirische Wahlforschung. Konzeptionen und Methoden im internationalen Vergleich. Köln/Opladen 1965.
- Dix, Arthur: Die deutschen Reichstagswahlen 1871 - 1930 und die Wandlungen der Volksgliederung. Tübingen 1930.
- Elliot, C.J.: The Kriegervereine and the Weimar Republic, in: Journal of Contemporary History 10 (1975), S. 109 ff.
- Das Ende der Parteien 1933 s. Matthias, Erich und Rudolf Morsey.
- Entscheidungsjahr 1932 s. Mosse, Werner.
- Esenwein-Rothe, Ingeborg: Theorie der Wirtschaftsstatistik, in: Kompendium der Volkswirtschaftslehre. Hrsg. von Werner Ehrlicher u.a. Band 2. 2. durchgesehene Auflage. Göttingen 1969, S. 427 ff.
- Faul, Erwin (Hrsg.): Wahlen und Wähler in Westdeutschland von Dolf Sternberger u.a. Villingen 1960.
- Fischer, Walter: Die Fürther Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis 1870. Wirtsch.- und sozialwiss. Diss. Nürnberg 1965.
- , Aus der Geschichte der Fürther Gewerkschaftsbewegung, in: Hans Mauersberg: Wirtschaft und Gesellschaft Fürths in neuerer und neuester Zeit. Göttingen 1974, S. 192 ff.

- Fischer, Wolfram: Deutsche Wirtschaftspolitik 1918 - 1945. 3. verb. Auflage mit einem Tabellenanhang von Peter Czada. Opladen 1968.
- Flechtheim, Ossip Kurt: Die KPD in der Weimarer Republik. 3. Auflage. Frankfurt a. Main 1973.
- , Die Rolle der KPD, in: Der Weg in die Diktatur, S. 121 ff.
- Franz, Günther: Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867 bis 1949. 3. ergänzte Auflage. Bremen-Horn 1957.
- Fülberth, Georg und Jürgen Harrer: Die deutsche Sozialdemokratie 1890 bis 1933. Darmstadt/Neuwied 1974.
- Geiger, Theodor: Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit 7 (1930), S. 637 ff.
- , Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage. Stuttgart 1967 (Unveränderter reprografischer Nachdruck der Ausgabe Stuttgart 1932).
- Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Parteien. Wiesbaden 1962.
- , Zentrum und katholische Arbeiterschaft 1918 - 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des Zentrums in der Weimarer Republik. Phil. Diss. Berlin 1953 (Ms.).
- Grieser, Utho: Himmlers Mann in Nürnberg. Der Fall Benno Martin: Eine Studie zur Struktur des Dritten Reiches in der "Stadt der Reichsparteitage". Nürnberg 1974.
- Hagmann, Meinrad: Der Weg ins Verhängnis. Reichstagswahlergebnisse 1919 bis 1933 besonders aus Bayern. München 1946.
- Hambrecht, Rainer: Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925 - 1933). Nürnberg 1976 (Phil. Diss. Würzburg 1975).
- Hamel, Iris G.A.: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Die Politik des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes 1893 - 1933. Frankfurt a. Main 1967.
- Hanschel, Hermann: Oberbürgermeister Hermann Luppe. Nürnberger Kommunalpolitik in der Weimarer Republik. Nürnberg 1977.
- Hauser, Oswald (Hrsg.): Politische Parteien in Deutschland und Frankreich 1918 bis 1939. Wiesbaden 1969.

Heberle, Rudolf: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 - 1932. Stuttgart 1963.

-, From Democracy to Nazism. A Regional Case Study on Political Parties in Germany. Baton Rouge 1945.

-, Social Movements. An Introduction to Political Sociology. New York 1951.

Heer, Hannes: Burgfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930 bis 1933. Neuwied/Berlin 1971.

Heiber, Helmut: Die Republik von Weimar. 7. Auflage. München 1974 (dtv-weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Band 3).

Heiden, Konrad: Geburt des Dritten Reiches. Die Geschichte des Nationalsozialismus bis Herbst 1933. 2. Auflage. Zürich 1934.

Hiller von Gaertringen, Friedrich, Freiherr von: Die Deutschnationale Volkspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, S. 543 ff.

Hirsch-Weber, Wolfgang und Klaus Schütz: Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953. Köln/Opladen 1967.

Holzer, Jerzy: Parteien und Massen. Die politische Krise in Deutschland 1928 - 1930. Wiesbaden 1975.

Hüllbüsch, Ursula: Die deutschen Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise, in: Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs, S. 126 ff.

Hunt, Richard Norman: German Social Democracy, 1918 - 1933. New Haven/London 1964.

Industrielles System und politische Entwicklung s. Mommsen, Hans, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod (Hrsg.).

Jasper, Gotthard (Hrsg.): Von Weimar zu Hitler 1930 - 1933. Köln/Berlin 1968.

Jonas, Erasmus: Die Volkskonservativen 1928 - 1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung. Düsseldorf 1965.

Kaasch, Wienand: Die soziale Struktur der Kommunistischen Partei Deutschlands, in: Die Kommunistische Internationale 9 (1928), S. 1050 ff.

- Kaltefleiter, Werner: Wirtschaft und Politik in Deutschland. Konjunktur als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems. 2. erweiterte Auflage. Köln/Opladen 1968.
- Keese, Dietmar: Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen für das Deutsche Reich in den Jahren 1925 - 1936, in: Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs, S. 35 ff.
- Kele, Max H.: Nazis and Workers. National Socialist Appeals to German Labor, 1919 - 1933. Chapel Hill 1972.
- Kimmel, Christian: Die Entwicklung der Fürther Spiegelglas-Industrie unter besonderer Berücksichtigung der Kriegs- und Nachkriegszeit. Phil. Diss. (Ms.) Erlangen 1924.
- Kneip, Rudolf: Jugend in der Weimarer Zeit. Handbuch der Jugendverbände 1919 - 1938. Frankfurt a. Main 1974.
- Knütter, Hans-Helmuth: Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1928 - 1933. Düsseldorf 1971.
- Kocka, Jürgen: Zur Problematik der deutschen Angestellten 1914 - 1933, in: Industrielles System und politische Entwicklung, S. 792 ff.
- Kracauer, Siegfried: Die Angestellten. Aus dem neuesten Deutschland. Frankfurt a. Main 1930 (Mit einer Rezension von Walter Benjamin erweiterte Ausgabe Frankfurt a. Main 1971).
- Kroll, Gerhard: Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur. Berlin 1958.
- Kuczynski, Jürgen: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33. Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Teil I, Band 5. Berlin 1966.
- Kühr, Herbert: Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen in der Zeit der Weimarer Republik. Unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Sozialstruktur und politischen Wahlen. Düsseldorf 1973.
- Lazarsfeld, Paul F., Bernard Berelson und Hazel Gaudet: Wahlen und Wähler. Soziologie des Wahlverhaltens. Neuwied/Berlin 1969 (Titel der amerik. Originalausgabe: The People's Choice - How the Voter makes up his Mind in a Presidential Campaign. 1. Auflage 1944, 5. Auflage, New York 1960).

- Lepsius, Mario Rainer: Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966.
- Lipset, Seymour Martin: Soziologie der Demokratie. Neuwied/Berlin 1962 (Titel der amerik. Originalausgabe: Political Man. The Social Bases of Politics. New York 1960).
- Löbsack, Wilhelm: Albert Forster. Gauleiter von Danzig. Hamburg 1934.
- Loomis, Charles P. und Allan J. Beegle: The Spread of German Nazism in Rural Areas, in: American Sociological Review 11 (1946), S. 724 ff.
- Matthias, Erich: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933, S. 101 ff.
- , Die Sozialdemokratie und die Macht im Staate, in: Der Weg in die Diktatur, S. 71 ff.
- , Der Untergang der alten Sozialdemokratie, in: Von Weimar zu Hitler, S. 281 ff.
- Matthias, Erich und Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1960.
- Matthias, Erich und Rudolf Morsey: Die Deutsche Staatspartei, in: Das Ende der Parteien, S. 30 ff.
- Mauersberg, Hans: Wirtschaft und Gesellschaft Fürths in neuerer und neuester Zeit. Eine städtegeschichtliche Studie. Göttingen 1974.
- Mc Kibbin, R. J.: The Myth of the Unemployed: Who Did Vote for the Nazis?, in: The Australian Journal of Politics and History 15 (1969), H. 2, S. 25 ff.
- Meissner, Otto und Harry Wilde: Die Machtergreifung. Ein Bericht über die Technik des nationalsozialistischen Staatsstreichs. Stuttgart 1958.
- Mellen, Sydney L. W.: The German People and the Postwar World. A Study Based on Election Statistics 1871 - 1933, in: The American Political Science Review 37 (1943), S. 601 ff.
- Milatz, Alfred: Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik. 2. Auflage. Bonn 1968.
- Mommsen, Hans, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod (Hrsg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12. - 17. Juni 1973. Düsseldorf 1974.

- Morsey, Rudolf: Die deutsche Zentrumsparlei, in: Das Ende der Parteien 1933, S. 279 ff.
- , Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumsparlei zwischen christlichem Selbstverständnis und "Nationaler Erhebung" 1932/33. Stuttgart/Zürich 1977.
- Moser, Hans: Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Fürth i. Bay im 19. Jahrhundert. Wirtschafts- und sozialwissensch. Diplomarbeit (Ms.) Univ. Erlangen-Nürnberg 1976.
- Mosse, Werner Eugen Emil (Hrsg.) unter Mitwirkung von Arnold Paucker: Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Ein Sammelband. Tübingen 1965.
- Mulert, Hermann: Konfession und politische Parteilstellung in Deutschland, in: ZfP 21 (1932), S. 334 ff.
- Neisser, Hans: Sozialstatistische Analyse des Wahlergebnisses, in: Die Arbeit 7 (1930), S. 654 ff.
- Neumann, Sigmund: Die Parteien der Weimarer Republik. Mit einer Einführung von Karl Dietrich Bracher. 3. Auflage. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1973.
- Noakes, Jeremy: The Nazi Party in Lower Saxony 1921 - 1933. London 1971.
- Norden, Günther van: Kirche in der Krise. Die Stellung der evangelischen Kirche zum nationalsozialistischen Staat im Jahre 1933. Düsseldorf 1963.
- O'Lessker, Karl: Who Voted for Hitler? A New Look at the Class Basis of Naziism, in: The American Journal of Sociology 74 (July 1968), S. 63 ff.
- Opitz, Günter: Der Christlich-soziale Volksdienst. Versuch einer protestantischen Partei in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1969.
- Paucker, Arnold: Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Hamburg 1968.
- Petzina, Dietmar: Grundriß der deutschen Wirtschaftsgeschichte 1918 bis 1945, in: Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg. Band II. Stuttgart 1973, S. 663 ff.
- Plum, Günter: Gesellschaftsstruktur und politisches Bewußtsein in einer katholischen Region 1928 - 1933. Untersuchung am Beispiel des Regierungsbezirkes Aachen. Stuttgart 1972.

- Politische Parteien in Deutschland und Frankreich s. Hauser, Oswald (Hrsg.).
- Potthoff, Heinrich: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945. Kleine Geschichte der SPD. Band 1. Bonn-Bad Godesberg 1974.
- Pratt, Samuel Alexander: The Social Basis of Nazism and Communism in Urban Germany. A Correlational Study of the July 31, 1932, Reichstag Elections in Germany. M.A. Thesis Michigan State College 1948.
- Preller, Ludwig: Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Stuttgart 1949.
- Pridham, Geoffrey: Hitler's Rise to Power. The Nazi Movement in Bavaria, 1923 - 1933. London 1973.
- Riemer, Svend: Mittelstand und sozialistische Politik, in: Die Arbeit 9 (1932), S. 265 ff.
- , Zur Soziologie des Nationalsozialismus, in: Die Arbeit 9 (1932), S. 101 ff.
- Rist, Walter: Die KPD in der Krise, in: Neue Blätter für den Sozialismus 2 (1931), S. 434 ff.
- Rohe, Karl: Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik. Düsseldorf 1966.
- Schauff, Johannes: Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei. Eine politisch-statistische Untersuchung der Reichstagswahlen seit 1871. Köln 1928 (Neu hrsg. und eingeleitet von Rudolf Morsey unter dem Titel: Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Mainz 1975).
- , Die Schicksalskurve der Zentrumspartei. Akute und chronische Krise (1928), in: Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken, S. 191 ff.
- , Zur Soziologie der Wahlen, in: Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken, S. 205 ff.
- Scheunemann, Walther: Der Nationalsozialismus. Quellenkritische Studie seiner Staats- und Wirtschaftsauffassung. Berlin 1931.
- Schneider, Michael: Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik. Bonn-Bad Godesberg 1975.

Schönhoven, Klaus: Die Bayerische Volkspartei 1924 - 1932. Düsseldorf 1972.

-, Zwischen Anpassung und Ausschaltung. Die Bayerische Volkspartei in der Endphase der Weimarer Republik 1932/33, in: HZ 224 (1977), S. 340 ff.

Scholder, Klaus: Die Kirchen und das Dritte Reich. Band 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1928 - 1934. Frankfurt a. Main/Berlin/Wien 1977.

Schulz, Gerhard: Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland. Frankfurt a. Main/Berlin/Wien 1975.

Schulze, Hagen (Hrsg.): Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/33. Bonn-Bad Godesberg 1975.

Schumacher, Martin: Hausbesitz, Mittelstand und Wirtschaftspartei in der Weimarer Republik, in: Industrielles System und politische Entwicklung, S. 823 ff.

-, Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei, Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919 - 1933. Düsseldorf 1972.

Schumann, Hans-Gerd: Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der "Deutschen Arbeitsfront". Hannover/Frankfurt a. Main 1958.

Schustereit, Hartmut: Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919 - 1930. Düsseldorf 1975.

Schweitzer, Arthur: Die Nazifizierung des Mittelstandes. Mit einem Vorwort von Gottfried Eisermann. Stuttgart 1970.

Schwend, Karl: Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933. München 1954.

-, Die Bayerische Volkspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, S. 457 ff.

Shirer, William Lawrence: Aufstieg und Fall des Dritten Reiches. Köln/Berlin 1961 (Titel der amerik. Originalausgabe: The Rise and Fall of the Third Reich. A History of Nazi Germany).

Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. München 1962 (Neuaufgabe München 1968).

Stephan, Werner: Zur Soziologie der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, in: ZfP 20 (1931), S. 793 ff.

- , Grenzen des nationalsozialistischen Vormarsches. Eine Analyse der Wahlziffern seit der Reichstagswahl 1930, in: ZfP 21 (1932), S. 570 ff.
- , Die Parteien nach den großen Frühjahrswahlkämpfen. Eine Analyse der Wahlziffern des Jahres 1932, in: ZfP 22 (1933), S. 110 ff.
- , Die Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932. Eine Analyse der Wahlziffern, in: ZfP 22 (1933), S. 353 ff.
- , Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918 - 1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei. Göttingen 1973.

Thieringer, Rolf: Das Verhältnis der Gewerkschaften zu Staat und Parteien in der Weimarer Republik. Die ideologischen Verschiedenheiten und taktischen Gemeinsamkeiten der Richtungsgewerkschaften. Der Weg zur Einheitsgewerkschaft. Phil. Diss. Tübingen 1954.

Thränhardt, Dietrich: Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848 - 1953. Historisch-soziologische Untersuchungen zum Entstehen und zur Neuerrichtung eines Parteiensystems. Düsseldorf 1973.

Tingsten, Herbert: Political Behavior. Studies in Election Statistics. London 1937 (2. Auflage New Jersey 1963).

Tormin, Walter: Geschichte der deutschen Parteien seit 1848. 3. Auflage. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966.

Vogel, Bernhard, Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze: Wahlen in Deutschland. Theorie, Geschichte, Dokumente 1848 - 1970. Berlin/New York 1971.

Wahlen und Wähler in Westdeutschland s. Faul, Erwin (Hrsg.).

Weber, Alexander: Soziale Merkmale der NSDAP-Wähler. Eine Zusammenfassung bisheriger empirischer Untersuchungen und eine Analyse in den Gemeinden der Länder Baden und Hessen. Phil. Diss. Freiburg i. Br. 1969.

Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. Band 1 und 2. Frankfurt a. Main 1969.

Der Weg in die Diktatur 1918 bis 1933. Zehn Beiträge
von Theodor Eschenburg u.a. München 1962.

Von Weimar zu Hitler s. Jasper, Gotthard (Hrsg.).

Wendel, Herbert: Die industrielle Entwicklung der
Stadt Fürth. Coburg 1926 (Phil. Diss. Erlangen 1926).

Wiesemann, Falk: Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen
Machtübernahme in Bayern 1932/33. Berlin
1975.

Winkler, Heinrich August: Mittelstand, Demokratie und
Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung
von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik.
Köln 1972.

-, Vom Protest zur Panik. Der gewerbliche Mittelstand
in der Weimarer Republik, in: Industrielles System
und politische Entwicklung, S. 778 ff.

Würsching, Paul und Adolf Schwammberger: Fürth eine
Industrie- und Handelsstadt. Trautheim/Horb/Frank-
furt a. Main o.J.

Wulf, Peter: Die politische Haltung des schleswig-
holsteinischen Handwerks 1928 - 1932. Phil. Diss.
Kiel 1967.

XV. PERSONENREGISTER

- | | |
|---|--|
| Bauer, Babette 253,
263, 309 | Brüning, Regierung
315 ff., 320, 334, 338,
345, 352, 401 |
| Bauer, Fritz 437 f. | Curtius, Julius 164 |
| Bauernfreund, August
(Lebensmittelwer-
ke AG) 387, 441 f. | Debald, Otto 239 |
| Baumeister, Karl 263,
267, 272 | Dirscherl, Hans 317 |
| Bebel, August 13,
340 | Dirscherl, Rudolf 362 |
| Benario, Rudolf 446 | Duesterberg, Theodor
36, 322 f. |
| Bengert, Ludwig 253 | Eberhard, Konrad 377,
425 |
| Born, Stefan 9 | Ebersberger, Andreas
253, 263, 309 |
| Bornkessel, Hans 421,
441 | Ebert, Friedrich 319 |
| Braun, Hans 276, 280 | Egelseer, Konrad 253,
263, 309 |
| Braun, Otto 28 f. | Eisenbeis, Friedrich 253,
308 |
| Brauns, Heinrich 164 | Epp, Franz X. Ritter v.
385 f., 425 |
| Bredt, Johann V. 312,
316 | Erkelenz, Anton 300 |
| Breitscheid, Rudolf
357 | Esser, Hermann 425 |
| Brüning, Heinrich
316 f., 321 f. | Feder, Gottfried 385 |

Forster, Albert
382 f., 386

Helmreich, Leonhard
263, 309

Förster, Georg 262

Himmler, Heinrich 426

Frank, Jakob 423

Hindenburg, Paul v. 29,
36 f., 94, 271, 317,
322, 339 f., 394, 413

Frick, Wilhelm 385,
393

Hitler, Adolf 36 f., 94,
233, 257, 271, 284, 293,
316 f., 322 f., 325 f.,
327, 334, 339 f., 341 f.,
343, 350 ff., 356, 382,
385 f., 388, 394, 399 f.,
402 ff., 408 f., 412 f.,
415, 430, 435, 445

Friedrich, Hermann
424

Fronmüller, Paul
263, 289

Fuß, Hans 253, 263

Höltermann, Karl 283 f.

Goebbels, Josef 395

Holz, Karl 419

Göring, Hermann 353,
387, 409

Hugenberg, Alfred 257,
316, 320, 322, 328, 338,
353

Goldmann 446

Humar, Josef 254

Graßmann, Peter 342

Jakob, Franz 383 f., 408,
415, 421 - 424, 430 f.

Grzesinski, Albert
342

Jarres, Karl 28

Günther, Hans F.K.
393

Kleemann, Agathe 438

Guttenberg, Enoch Frei-
herr zu 265

Kube, Wilhelm 387

Hausladen, Anton 367,
375, 378, 410, 425

Leipart, Theodor 234

Leleu, Claude 114

Hein, Ludwig 429

Lemmer, Ernst 300

Hellpach, Willy 28 f.

- Liebknecht, Wilhelm
340
- Linsmayer, Max 280,
385
- Löwenstein, Gabriel
10 ff.
- Ludendorff, Erich 28
- Luppe, Hermann 308,
387
- Marx, Wilhelm 29
- Meerwald, Leonhard
263
- Meyer, Hans 381
- Müller, Hermann 352
- Müller-Otfried, Paula
323
- Neumann, Felix 407
- Papen, Franz v. 257,
352, 402, 404 ff.,
408
- Papen, Regierung 242,
324 f., 342, 345 f.,
351 ff., 401, 404 ff.,
409
- Reventlow, Ernst Graf v.
351
- Röhm, Ernst 425
- Rössiger, Max 239
- Schäfer, Ernst 437
- Scheidemann, Philipp
356
- Schemm, Hans 400
- Schied, Heinrich 384,
424
- Schildknecht, Adam 263,
309
- Schleicher, Kurt v. 243
- Schmid, Josef 252
- Schneider, Gustav 305
- Schneider, Michael 383
- Schneider, Paul 253, 297
- Schneppenhorst, Ernst
357
- Scholz, Josef 421 f.
- Schulze-Delitzsch, Her-
mann 10
- Segitz, Erhard 14
- Severing, Carl 349
- Siegfried, André 99
- Straßer, Gregor 386,
392
- Streck, Arnulf 400, 420

Streicher, Julius 1,
23, 386 f., 393,
402 f., 414

Würth, Gustav 253, 309

Stresemann, Gustav
271

Xylander, v., Oberst a.D.
326

Tarnow, Fritz 349

Thälmann, Ernst 28 f.,
36 f.

Vogel, Hans 283 f.,
353

Vollmar, Georg v.
340

Wagner, Adolf 425

Weber, Max 49

Weiskopf, Isaak Löb
263

Wels, Otto 286, 338,
350

Wiesinger, Georg (?)
309

Wild, Robert 418,
420 f., 441

Winter, Franz 291

Winter, Friedrich 327

Wirth, Fritz 252, 263

Wissel, Rudolf 332

Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte.

Hrsg. von Gerhard **Hirschmann**, Hanns Hubert **Hofmann** und Gerhard **Pfeiffer**.
Schriftenreihe des Stadtarchivs Nürnberg.

		DM
Bd. 1	Kunstmann , Hartmut: Zauberwahn und Hexenprozeß in der Reichsstadt Nürnberg, 1970, 214 S.	18,—
Bd. 2	Sothmann , Marlene: Das Armen-, Arbeits-, Zucht- und Werkhaus in Nürnberg bis 1806, 1970, XXXVI und 239 S.	18,50
Bd. 3	Meyer , Wolfgang: Das Vereinswesen der Stadt Nürnberg im 19. Jahrhundert, 1970, 307 S.	vergriffen
Bd. 4	Stahlschmidt , Rainer: Die Geschichte des eisenverarbeitenden Gewerbes in Nürnberg von den ersten Nachrichten im 12.—13. Jahrhundert bis 1630, 1971, 280 S.	16,50
Bd. 5	Wölfel , Dieter: Nürnberger Gesangbuchgeschichte (1524—1791), 1971, 307 S.	33,50
Bd. 6	Schall , Kurt: Die Genannten in Nürnberg, 1971, 200 S.	25,—
Bd. 7	Pfaff , Annette: Studien zu Albrecht Dürers Heller-Altar, 1971, LXXIX und 152 S. und 35 gez. Abb.	21,—
Bd. 8	Schröder , Peter: Die Entwicklung des Nürnberger Großgewerbes 1806—1870, 1971, VIII und 162 S.	vergriffen
Bd. 9	Ecke , Ralf: Franken 1866, Versuch eines politischen Psychogramms, 1972, 327 S.	16,50
Bd. 10	Schmid , Hans-Dieter: Taufertum und Obrigkeit in Nürnberg, 1972, XVI und 323 S.	12,50
Bd. 11	Willers , Johannes Karl Wilhelm: Die Nürnberger Handfeuerwaffe bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts, 1973, 345 S. und 7 Tafeln Abb.	vergr. ~~24,50x~~
Bd. 12	Busse , Ingrid: Der Siechkobel St. Johannis vor Nürnberg (1234—1807), 1974, 212 S.	14,50
Bd. 13	Grieser , Utho: Himmlers Mann in Nürnberg. Der Fall Benno Martin: Eine Studie zur Struktur des Dritten Reiches in der Stadt der Reichsparteitage, 1974, 360 S.	24,50
Bd. 14	Rehm , Harald: Die Nürnberger Handelsgerichtsbarkeit, 1974, 219 S.	17,50
Bd. 15	Wietfeldt , Willard James: The Emblem Literature of Johann Michael Dilherr (1604—1669), 1975, 364 S.	vergr. ~~24,50x~~
Bd. 16	Tausendpfund , Alfred: Die Manufaktur im Fürstentum Neuburg, 1975, 430 S.	vergr. ~~26,50x~~
Bd. 17	Hambrecht , Rainer: Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925—1933), 1976, 612 S.	22,50
Bd. 18	Mogge , Winfried: Nürnberg und der Landsberger Bund (1556—1598), 1976, 492 S.	vergr. ~~17,50x~~
Bd. 19	Zinner , Bernd: Die Handelskammer von Mittelfranken (1842—1889), 1976, 345 S.	19,50

		DM
Bd. 20	Beer, Helmut: Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Nürnberg 1933—1945, 1976, 398 S.	26,50
Bd. 21	Pütz, Klaus-Reiner: Heischurteile der Reichsstadt Nürnberg, 1977, 142 S.	14,50
Bd. 22	Rossmeissl, Dieter: Arbeiterschaft und Sozialdemokratie in Nürnberg 1890—1914, 1977, 378 S.	19,50
Bd. 23	Schultheiß, Werner: Brauwesen und Braurechte in Nürnberg bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, 1978, 164 S.	12,80
Bd. 24	Ringsdorf, Ulrich Otto: Der Eisenbahnbau südlich Nürnbergs 1841—1849, 1978, 348 S.	vergr. ~~21,00~~
Bd. 25	Lorz, Jürgen: Das reformatorische Wirken Dr. Wenzeslaus Lincks in Altenburg und Nürnberg (1523—1547), 1978, 320 S.	22,00
Bd. 26	Toch, Michael: Die Nürnberger Mittelschichten im 15. Jahrhundert, 1979, 229 S.	16,50
Bd. 27	Rusam Hermann: Untersuchung der alten Dorfkerne im städtisch überbauten Bereich Nürnbergs, 1979, 432 S.	22,50
Bd. 28	Schmied Manfred J.: Die Ratsschreiber der Reichsstadt Nürnberg, 1980, 261 S.	17,50

